

"Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen"

125 Jahre Sozialdemokratische Partei in Duisburg



"Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen"

**125 Jahre
Sozialdemokratische Partei
in Duisburg**

Herausgegeben
im Auftrag der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft Duisburg
von Hartmut Pietsch und Horst Scherschel

Erscheint
anlässlich der 125. Wiederkehr des Gründungstages
der SPD Duisburg am 1. Mai 1864

“Ein schwerer Kampf ist’s, den wir wagen”

Zeile aus der 1. Strophe der “Arbeitermarseillaise”, gedichtet 1864
von Jakob Audorf nach der Musik von Rouget de Lisle :

Wohlan, wer Recht und Freiheit achtet, / zu unsrer Fahne steh’ zuhauf !
Wenn auch die Lüg’ uns noch umnachtet, / bald steigt der Morgen hell herauf !
Ein schwerer Kampf ist’s, den wir wagen, / zahllos ist unsrer Feinde Schar !
Doch ob wie Flammen die Gefahr / mög’ über uns zusammenschlagen,
nicht zählen wir den Feind, / nicht die Gefahren all !
Marsch, marsch, marsch, marsch, / und sei’s zum Tod,
denn unsre Fahn’ ist rot !

Inhaltsverzeichnis

	Zum Geleit	S. 4
	Vorwort	S. 6
I.	Gründung und erster Wahlsieg von H. Pietsch	S. 8
	1. Mai 1864, S. 8; Erstes Verbot und erster Wahlsieg, S. 12; Parteileben in den siebziger Jahren, S. 14	
II.	Unter dem Sozialistengesetz von H. Pietsch	S. 18
III.	Aufbau - Der Allgemeine Arbeiterverein für Duisburg und Umgegend 1891 - 1897 von H. Pietsch	S. 20
IV.	Auf dem Weg zur Massenpartei 1898 - 1914 von H. Pietsch.....	S. 30
	Industrie und Freie Gewerkschaften in Duisburg um die Jahrhundertwende, S. 30; Programm und Diskussion, S. 35; Sozialdemokratie im Wahlkreis Duisburg-Mülheim, S. 40; Der Duisburger Sozialdemokratische Verein, S. 49; Sozialdemokratie in den Nachbarorten, S. 55; Linker Niederrhein, S. 58	
V.	Spaltung im Krieg von H. Pietsch	S. 60
VI.	Im Kampf um die Republik Die Duisburger Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit 1919 - 1933 von R. Lengkeit	S. 64
VII.	Entwicklung der Parteiorganisation von R. Lengkeit	S. 84
	Unterbezirk und Ortsvereine, S.84; Sozialdemokratische Bildungsarbeit, S.95; Feste und Feiern, S.97; Arbeiterjugend in Duisburg und Umgebung von 1918 -1933, S. 106; Kinderfreunde in Duisburg 1924 bis 1933, S.115; Frauenpolitik, S. 119	
VIII.	SPD am linken Niederrhein von R. Lengkeit	S. 122
IX.	Sozialdemokratische Bewegung von R. Lengkeit	S. 126
	Freie Gewerkschaften, S. 126; Arbeitersänger und Volkschor, S. 129; Freie Volksbühne, S. 132; Arbeitersport, S. 133; Arbeiter -Schachverein, S.136; Arbeiter-Radio-Bund, S. 136; Arbeiterwohlfahrt, S. 139; Arbeiter-Samariter-Bund, S. 143; Konsumverein Eintracht Essen - Zentrallager Duisburg, S. 144; Freidenkerbewegung, S. 145; Naturfreunde, S.147	
X.	Sozialdemokratie und Kommunalpolitik von R. Lengkeit	S. 150
XI.	Widerstand und Verfolgung 1933 - 1945 von J. Dzudzek	S. 158
XII.	Nachkriegszeit 1945 - 1948 von H. Pietsch	S. 172
XIII.	Wiederaufbau 1948 - 1956 von H. Scherschel.....	S. 180
XIV.	SPD in der Verantwortung 1956 - 1974 von H. Scherschel	S. 190
XV.	Sozialdemokraten am linken Niederrhein 1945 - 1974 von G. Meyer- Schiffer	S. 210
XVI.	Walsum von H. Scherschel	S. 226
XVII.	Kontinuität und Wandel - die SPD in der neuen Stadt Duisburg von H. Scherschel	S. 228
XVIII.	Ausblick von Oberbürgermeister J. Krings	S. 242
	Anhang: Die Duisburger SPD im Jahre 1989	S. 244
	Quellenverzeichnis	S. 248
	Bildnachweis.	S. 249

Zum Geleit

Hans-Jochen Vogel

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Der SPD Duisburg gilt mein herzlicher Glückwunsch zum 125jährigen Bestehen. Ich gratuliere Euch zu diesem Jubiläum im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, aber auch persönlich sehr herzlich. Mit Dankbarkeit gedenke ich aller Genossinnen und Genossen, die in diesen 125 Jahren in unseren Reihen standen und unserer Partei die Treue gehalten haben.

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie - das ist der kontinuierliche Strom derjenigen sozialen, geistigen und politischen Kräfte unseres Volkes, deren Anstrengungen ungeachtet von Rückschlägen, von Unzulänglichkeiten, von Irrtümern und Fehlern von Anbeginn an auf ein friedliebendes, ein freiheitliches und demokratisches, ein sozial- und rechtsstaatliches und auf ein in sein europäisches Umfeld eingebettetes Deutschland gerichtet waren. Die Kräfte, die der Gewalt und der Barbarei widerstanden und die Nation bewahrten, als andere sie in den eigenen Untergang mit hineinreißen wollten.

Trotz aller Umbrüche und Veränderungen und trotz aller Fortschritte, die wir erreicht haben, bewegen uns auch heute die Antriebskräfte, die die Gründer unserer Partei zusammenführten und seitdem Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beseelten, nämlich: Die Überzeugung von der gleichen Würde aller Menschen. Die Sehnsucht nach Freiheit. Das Streben nach Frieden. Die Empörung über Unrecht und das Verlangen nach gleichem Recht. Der Wille, das eigene Tun und Lassen selbst zu verantworten und die Geschicke der Gemeinschaft mitzubestimmen und mitzugestalten. Der Wille auch, den Ablauf der ökonomischen und technologischen Prozesse, die sich selbst und den vermeintlichen Sachzwängen überlassen, die Menschen, ja die Menschheit insgesamt ihrem Wesen entfremden und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen berauben würden, so zu beherrschen, daß sie dem allgemeinen Wohl dienen. Und schließlich das Bedürfnis nach Solidarität.

In diesem Sinne empfinden wir unsere Geschichte nicht als Last, sondern als Auftrag, uns Neuem zu öffnen. Und mit frischem Elan um die Zustimmung der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu werben. Dabei helfen uns unsere Konzepte und unsere Visionen, die wir in Weiterentwicklung des Godesberger Programms in einem neuen Grundsatzprogramm zusammenfassen wollen. Das Konzept der Friedenssicherung, das Nein sagt zur Rüstung im Weltraum und zu einer Modernisierung, die in Wahrheit neue Stationierungen meint. Und die Ja sagt zur Abrüstung, zur beider-seitigen Angriffsunfähigkeit und zum friedlichen Wettstreit unterschiedlicher Systeme.

Unsere Konzepte für die gerechte Verteilung des Sozialprodukts und für dessen ökologische, ökonomische und humane Optimierung. Aber auch für die verantwortliche Beteiligung aller, die arbeiten können und wollen an diesem Prozeß nach der Maßgabe ihrer Fähigkeiten.

Das Konzept, das uns endlich mit der Natur Frieden schließen läßt und deshalb ein Ende macht mit der Zerstörung eines Planeten, der uns nur anvertraut ist, den wir von den kommenden Generationen nur geliehen haben. Und ein Ende auch mit der Atomkraft, also mit einer Technologie, die die Unfehlbarkeit des Menschen voraussetzt.

Unser Konzept der tatsächlichen Gleichstellung der Frauen: Wir sind dabei, in den eigenen Reihen den Übergang vom Reden zum Handeln zu vollziehen.

Die deutsche Sozialdemokratie ist die einzige realistische Alternative zur gegenwärtigen Regierungskoalition. Damit unsere Gedanken und Konzepte Wirklichkeit werden können, brauchen wir Vertrauen und Mehrheiten.

Die Grundlage dafür wird durch die Arbeit in den vielen Ortsvereinen gelegt, in denen die Menschen im täglichen Leben und durch konkrete Arbeit für unsere Programme, Resolutionen und Reden eintreten. In den Ortsvereinen beweist sich: Wo der Dienst am Bürger ernst genommen wird, wo Reden und Handeln übereinstimmt, gewinnen wir an Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Auf diese Arbeit kann unsere Partei stolz sein.

In diesem Sinne wünsche ich Euch guten Erfolg.

Anton Riederer

Vorsitzender der Duisburger SPD

Vor 125 Jahren, am 1. Mai 1864, trat der Duisburger Allgemeine Deutsche Arbeiterverein erstmals an die Öffentlichkeit. Dies sehen wir als die Geburtsstunde der Duisburger Sozialdemokratie an.

Die deutsche Sozialdemokratie, ein Jahr zuvor begründet, blickt damit auf eine über hundertjährige Geschichte zurück, eine Geschichte nicht frei von Irrtümern und Fehlern. Aber nach wie vor gilt das Wort des ersten Vorsitzenden der SPD nach dem 2. Weltkrieg Kurt Schumacher: "Wir sprechen die SPD nicht heilig. Aber das beste und sauberste Stück Deutschland ist trotz aller Fehler und Versehen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands." Die Duisburger Sozialdemokratie hat seit jenem Gründungstag am 1. Mai 1864 diese Geschichte mitgetragen, miterlitten, mitgestaltet.

Als in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sozialdemokratische Vereine sich vielerorts im Deutschen Reich gründeten, war dies eine unmittelbare Reaktion auf das überwältigende soziale Elend, das im Gefolge der Industrialisierung zum Schicksal immer größerer Bevölkerungskreise wurde. Soziale Emanzipation der Arbeitnehmerschaft, die nur als politische denkbar war, immer verbunden mit dem Kampf um persönliche Freiheitsrechte, das sind die Ziele, die die Sozialdemokratie über die Zeitspanne von mehr als einem Jahrhundert verfolgt.

Überblickt man die Epochen in der Entwicklung der Duisburger Sozialdemokratie, so fällt ihre enge Verbundenheit mit der Duisburger Gewerkschaftsbewegung auf. Das gilt schon für die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als sich die ersten gewerkschaftlichen Vereine gründeten, das gilt auch und besonders für den Aufstieg der SPD zur Massenpartei vor dem 1. Weltkrieg und für die Partei der Weimarer Republik, die den Freien Gewerkschaften aufs engste verbunden blieb. Dies gilt erst recht für die Entwicklung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die SPD, getragen vom Vertrauen der Bevölkerung, der bestimmende Faktor auf der kommunalpolitischen Ebene in Duisburg wurde. In der engen Verbundenheit mit der Gewerkschaftsbewegung drückt sich aus, daß die Duisburger Sozialdemokratie die Verbindung zur Breite der Arbeitnehmerschaft, die sie trägt, immer bewahrt hat.

Mit der Duisburger Partei verbunden sind Namen von nationaler Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie wie Wilhelm Hasenclever, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der 1875 gegründeten vereinigten "Sozialistischen Arbeiterpartei", der 1869 in Duisburg bei einer Reichstagsnachwahl in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt wurde, und Otto Braun, der preußische Ministerpräsident, Reichstagskandidat in Duisburg in der Weimarer Republik. Kennzeichnender für die Entwicklung gerade in Duisburg ist jene Vielzahl von Genossinnen und Genossen, die in unermüdlichem Einsatz für die Partei, über Notzeiten und Krisen und über die grausamen Verfolgungsepochen des Sozialistengesetzes und des Nationalsozialismus hinweg, ihrer Überzeugung treu blieben, mit ihrer Arbeit, ihrem Lebensmut und ihrem Einsatz die Partei entwickelt, ihre Politik gestaltet haben. Ihre Arbeit aufzuzeichnen, Ihnen damit eine Dankeschuld abzustatten, ist auch ein Ziel dieser Publikation.

Nach dem Wort von Jean Jaures heißt Traditionen pflegen nicht, "kalte Asche weitergeben. Traditionen pflegen heißt, die Flamme am Brennen halten und von Generation zu Generation weiterreichen. Die Flamme der Freiheit, die Flamme des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität." Traditionen pflegen heißt nicht, sich der eigenen Geschichte unkritisch zuzuwenden, heißt auch nicht, die Vergangenheit als Rezeptbuch für die Gegenwart mißzuverstehen. Traditionen pflegen heißt jedoch, mit unserer Geschichte in stetem Gespräch zu bleiben, in der Vergegenwärtigung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit die Politik für die Zukunft zu entwickeln.

Dazu bietet die vorliegende Geschichte der Duisburger Sozialdemokratie die Grundlage. In mühevoller Arbeit sind die Fakten erschlossen, ist eine Darstellung über 125 Jahre der Parteigeschichte im Duisburger Raum erstellt worden. Die Geschichte Duisburgs bringt es mit sich, daß auch die Parteigeschichte der Orte, die erst seit 1975 mit Duisburg verbunden sind, Rheinhausen, Homberg und Walsum, hier dargestellt wird. Für die erfolgreiche Arbeit am vorliegenden Buch möchte ich der "Historischen Kommission" der Duisburger SPD danken.

Lenkt man den Blick über 125 Jahre in die Zeit zurück, in der der Duisburger Raum ja gerade erst industrialisiert wurde, so fallen Parallelen gerade zu den letzten Jahren auf. Durch die Krise der Grundindustrien im Duisburger Raum, Kohle und Stahl, verändern sich auch heute schnell und krisenhaft die wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt und ihrer Wirtschaft. Die Lebensgrundlage der Bevölkerung und gerade der Arbeitnehmerschaft ist gefährdet. Die Duisburger SPD wird ihre ganze Kraft brauchen, um sich diesen Herausforderungen zu stellen. Wir Duisburger Sozialdemokraten werden die Erfahrungen unserer Tradition, das Festhalten an den Grundwerten der Freiheit, Sozialen Gerechtigkeit und Solidarität verbinden mit der Offenheit und Lernfähigkeit gegenüber neuen Konzepten, wie wir sie in den Diskussionen der letzten Jahre entwickelt haben.

Ich wünsche den Duisburger Sozialdemokraten Mut, Kraft und Glück auf ihrem Weg.

Vorwort

Hartmut Pietsch

Vorsitzender der Historischen Kommission der Duisburger SPD

Der Duisburger SPD-Vorstand hat im Jahre 1986 aus Anlaß des 125jährigen Jubiläums der Duisburger SPD im Jahre 1989 eine "Historische Kommission" ins Leben gerufen und sie mit der Herausgabe einer Geschichte der Duisburger Sozialdemokratie beauftragt. Die Mitglieder der Kommission haben seitdem umfangreiche Materialien erschlossen, die es erlauben, der Darstellung der Geschichte der Duisburger SPD eine Dichte zu geben, wie sie von der zunächst bekannten Quellenlage her nicht absehbar war. Wichtig war es der Kommission, auf die Erinnerung der Duisburger SPD-Mitglieder da zurückzugreifen, wo schriftliche Quellen versagen. In umfangreichen Interviewreihen in Zusammenarbeit mit dem Progressiven Eltern- und Erzieherverband Duisburg (PEV) konnten gerade zur Geschichte der SPD in der Weimarer Zeit, im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit Informationen festgehalten werden, die Aspekte der Parteigeschichte schildern, die wir sonst nicht mehr hätten erschließen können. Wo wir auf Vorarbeiten und wissenschaftliche Veröffentlichungen zurückgreifen konnten, haben wir dies im Literaturverzeichnis vermerkt.

Die "Historische Kommission" setzte sich aus Mitgliedern der Duisburger Sozialdemokratie zusammen, die in der aktiven politischen Arbeit stehen oder bis vor kurzem standen. Dies prägte die Perspektive ihrer Arbeit und die Perspektive der Darstellung. Es soll hier jedoch betont werden, daß die Verbundenheit mit der sozialdemokratischen Partei die kritische Beschäftigung mit ihrer Geschichte einschließt. Nur die ehrliche Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, die nichts ausklammert oder verschweigt, kann eine Hilfe für die Gegenwart sein, nur sie kann die aufklärerische Funktion von Geschichte aufschließen, nur sie begründet Tradition und Identität.

Für die Darstellung wurde eine Form gewählt, die die Nähe zu den Quellen bewußt anstrebt; es konnte zudem ein breites illustratives Material erschlossen werden.

In der Historischen Kommission arbeiteten mit : Herbert Bertling, Klaus David, Jürgen Dzudzek, Fritz Elspösch, Adolf Graber, Reinhold Lengkeit, Rudi Liskan, Gisela Meyer-Schiffer, Hartmut Pietsch, Willi Pott, Horst Scherschel, Manfred Stratmann, Heinz-Josef Thome.

Adolf Graber hat die Bilder der Duisburger Parteigeschichte gesammelt und eine umfangreiche Fotodokumentation erstellt, Reinhold Lengkeit führte in Zusammenarbeit mit dem Progressiven Eltern- und Erzieherverband Duisburg einen größeren Teil der historischen Forschungsarbeit durch. Hartmut Pietsch und Horst Scherschel nahmen die Redaktionsarbeiten zur Herstellung des Endmanuskripts vor.

Die Kapitel über die Sozialdemokratie im Kaiserreich (I - V) und über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (XII) schrieb Hartmut Pietsch, die über die Weimarer Zeit (VI-X) Reinhold Lengkeit, das Kapitel über die Zeit des Nationalsozialismus Jürgen Dzudzek. Die Kapitel über die Entwicklung der Duisburger Sozialdemokratie seit 1948 (XIII, XIV, XVI, XVII) verfaßte Horst Scherschel, das Kapitel über die Nachkriegsentwicklung am linken Niederrhein Gisela Meyer-Schiffer (Kap. XV). Oberbürgermeister Josef Krings gab der Geschichte der Duisburger SPD einen Ausblick auf die künftige Entwicklung mit (XVIII).

Ohne die Hilfe vieler, die hier namentlich nicht erwähnt werden können, hätte diese Veröffentlichung nicht entstehen können. Besonders hervorheben möchte ich den Beitrag jener Genossinnen und Genossen, die aus eigenem Erleben die Parteigeschichte in der Weimarer Republik, in der Zeit des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit erzählt haben.



Rückseite der ältesten erhaltenen Fahne der Duisburger Sozialdemokratie, Fahne des Ortsvereins Schmidthorst-Neumühl von 1929, Vorderseite abgebildet auf dem Titelblatt.

I. Gründung und erster Wahlsieg

1. Mai 1864

Im Saal des Wirtes Wilhelm Kolkmann in der Beguinengasse haben sich an diesem Sonntag, dem 1. Mai 1864, um 18 Uhr zahlreiche Interessenten zu einer ersten öffentlichen Arbeiterversammlung in Duisburg eingefunden. Eingeladen hatte am selben Tag in der Rhein- und Ruhr- Zeitung der Duisburger Maschinenwärter Caspar Bergrath, der kurz zuvor für Duisburg ernannte Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, jener Gründung Ferdinand Lassalles. Über diese Versammlung, die als die eigentliche Gründungsstunde der Sozialdemokratischen Partei in Duisburg gelten kann, berichtete damals die Zeitung in einer kurzen Notiz:

"Ein Bevollmächtigter des Herrn Lassalle war in derselben erschienen, welcher den Anwesenden die Zwecke des Vereins auseinandersetzte und dessen Statuten vorlas. Wie wir vernehmen, haben sich ungefähr 50 hiesige Arbeiter dem 'Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein' angeschlossen. Es wird uns ferner mitgeteilt, es sei wahrscheinlich, daß Herr Lassalle im Laufe dieses Monats hier eintreffen werde, um auch in Duisburg einen seiner bekannten Vorträge zu halten."

Ferdinand Lassalle, jene machtvolle, brillante, auch schillernde Persönlichkeit an der Wiege der deutschen Sozialdemokratie, stand zu diesem Zeitpunkt seit knapp einem Jahr als Präsident an die Spitze des am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründeten 'Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins'. Seine politischen Grundüberzeugungen hat er in dem berühmten "Offenen Antwortschreiben zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig" entwickelt: Die Verelendung der Arbeiter sei nur zu überwinden, wenn sich der Arbeiterstand als selbständige politische Partei organisiere. Das allgemeine und direkte Wahlrecht sei die Grundforderung. Dann könne sich die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiter, in den Parlamenten durchsetzen, könne Verbesserungen erreichen bis hin zu den mit Hilfe des Staates zu gründenden "Produktivassoziationen", d. h. Unter-

Allgemeiner deutscher Arbeiterverein.

Die hiesigen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins werden aufgefordert, sich zu einer öffentlichen Versammlung am Sonntag den 1. Mai, Abends um 6 Uhr im Saale des Herrn Wilh. Kolkmann einzufinden.

Die Mitglieder haben ihre Legitimationsskarten mitzubringen.

Der Eintritt in den Zuhörerraum ist Jedem gestattet.

Der Bevollmächtigte.

Einladungsanzeige zu der ersten öffentlichen Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Duisburg, Rhein- und Ruhrzeitung, 1. Mai 1864

nehmen, die im Besitz der Arbeiter waren. "Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür mit allen gesetzlichen Mitteln zu eröffnen", das erklärte Lassalle zum Ziel der Arbeiterpartei.

Energisch nahm Lassalle im Herbst des Jahres 1863 mit einer Agitationsreise im Rheinland die Werbung für seine Ziele auf. Wie seine Gedanken Duisburg erreichten, darüber hat Lassalle selbst in einer Rede im Mai 1864 berichtet:

"Fünf dortige Arbeiter schreiben mir eines Tages, daß ihnen mein 'Arbeiterlesebuch' in die Hände geraten sei, daß sie, nachdem sie es gelesen, entschlossen seien, eine Gemeinde zu gründen und daher um Einsetzung eines Bevollmächtigten bäten. Einer der Schreiber des Briefes, ein Maschinenwärter, wurde von mir zum Bevollmächtigten ernannt. Er hielt sofort eine öffentliche Versammlung ab, in welcher, obgleich alle Fortschrittskapazitäten jener Stadt erschienen waren, noch an demselben Abend über fünfzig Mitglieder sich in unsere Listen einzeichneten."

Jene öffentliche Versammlung ist die eingangs erwähnte Gründungsversammlung der Duisburger Arbeiterpartei.

Aber nun wurde Lassalle selbst erwartet. Für den 17. Mai, den Dienstag nach Pfingsten, war sein Vortrag angekündigt. 1500 bis 1600 Bürger hatten sich in der "Schützenburg" eingefunden. Lassalle jedoch konnte nicht erscheinen. An seiner Stelle hielt der Bevollmächtigte Caspar Bergrath eine kurze erfolgreiche Rede. 73 weitere Mitglieder für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Duisburg schrieben sich an diesem Abend in die Listen ein.

In den folgenden Monaten bis zum frühen Tode Lassalles - er starb am 31. August 1864 an den Folgen eines Duells - entwickelte sich in Duisburg und den damals selbständigen - Nachbargemeinden eine rege Agitation. Von Versammlungen in Wanheim (Juli), Hochfeld (3. August), Duissem (6. August), in den Nachbarorten Meiderich (16. August) und Ruhrort (3., 16. Juli) wird berichtet. Beim Tode Lassalles zählte die Duisburger Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 309 Mitglieder.

Das war nicht zuletzt dem ersten Bevollmächtigten in Duisburg Caspar Bergrath zu verdanken.

Caspar Bergrath (1827 - 1897), so benannt, weil er als Findelkind in Berg-rath bei Eschweiler aufgefunden wor-den war, lebte seit 1854 in Ruhrort, Laar und Duisburg.

Als überzeugter Anhänger Lassalles und erster Bevollmächtigter des Vereins in Duisburg (21. 4. 1864 - 30. 7. 1865) setzte er sich intensiv für die Ausbrei-tung der Lassalleschen Ideen in Duis-burg und den benachbarten Gemein-den ein. Aufgrund seiner Tätigkeit für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wurde Bergrath aus seinem Arbeitsver-hältnis entlassen; seine zahlreiche Fa-milie geriet in materielle Not. Als er 1866 wegen Schulden in Haft genom-men wurde, setzte unter den Anhängern des ADAV eine Welle der Hilfsberei-tschaft für seine Familie ein. Bergrath, ein kantiger Mann, in seinem Auftreten nicht immer glücklich, verzog Ende 1866 nach Ruhrort. Im Oktober 1867 rief er in Laar eine ADAV-Gemeinde ins Le-ben, deren Bevollmächtigter er wurde. Anfang der siebziger Jahre verlieren sich die Spuren seiner politischen Tätig-keit in Duisburg.



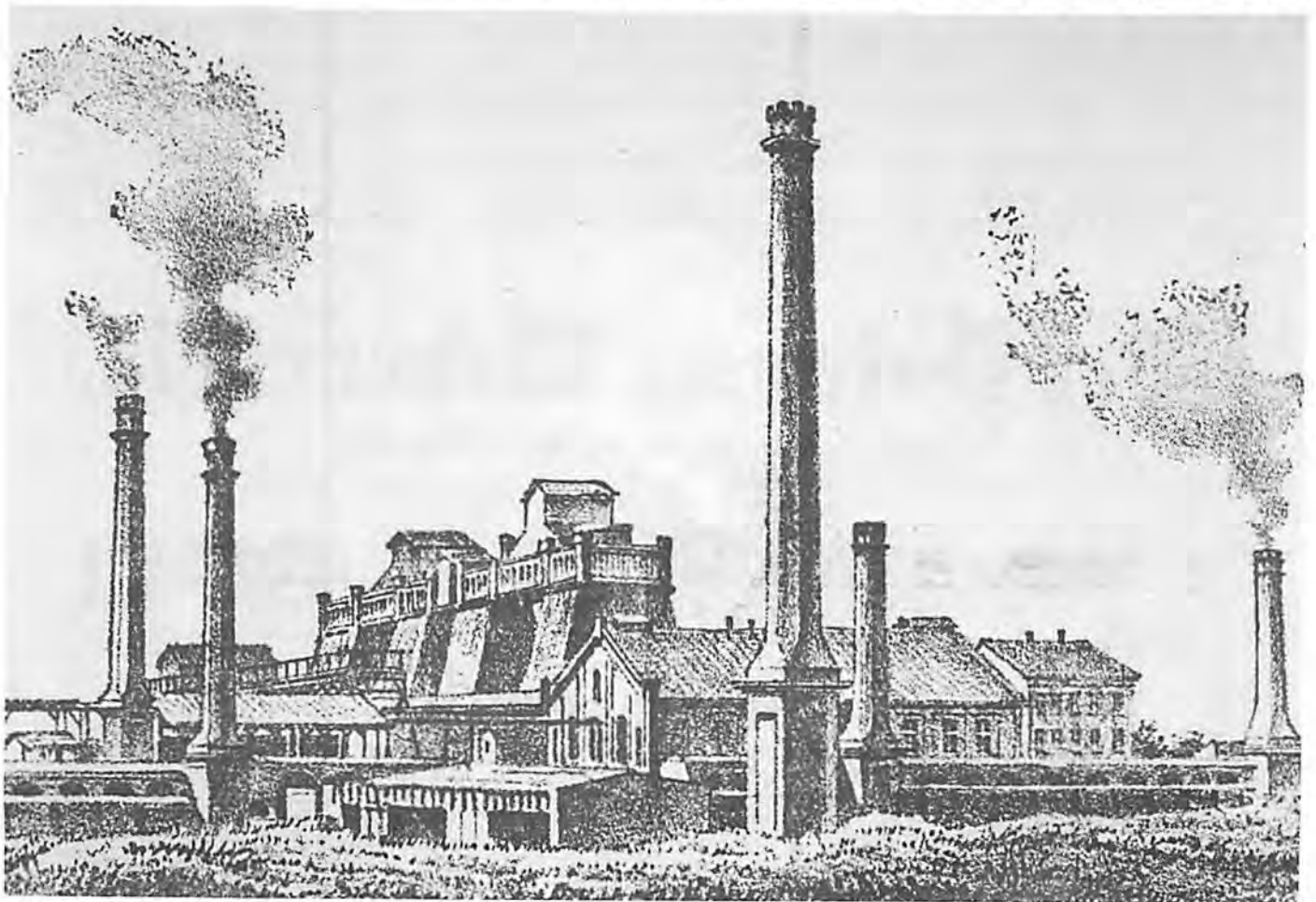
Ferdinand Lassalle (1825 - 1864), Mitbe-gründer der deutschen Sozialdemokratie, Vor-sitzender des Allgemeinen Deutschen Arbei-tervereins 1863/1864

Duisburg zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts - noch sind erst die Anfänge der später so machtvollen in-dustriellen Entwicklung zu spüren. Die Niederrheinische Hütte beschäftigt ge-

rade 209 Arbeiter, die Johanneshütte, gleichfalls am Hochfelder Rheinufer gelegen, 196 Arbeiter. Fast wichtiger als die Eisenindustrie ist zu dieser Zeit in Duisburg noch die traditionelle Ta-bakindustrie mit 6 Tabakfabriken. Ins-gesamt 1645 Fabrikarbeiter und 1421 Tagelöhner und Eisenbahnarbeiter zählt der Verwaltungsbericht Duisburg für 1864 auf - bei einer Bevölkerung von erst 20 756. Im Norden von Duisburg, in Laar, das damals noch nicht zu Duis-burg gehörte, war die Entwicklung zu großindustriellen Unternehmen weiter vorangeschritten: Der "Phönix" beschäf-tigte 1864 schon 1049 Arbeiter.

Die sozialen Folgen der Industrialisie-rung prägten Duisburg wie die anderen schnellwachsenden Industriegemeinden: Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter und ihrer Familien waren be-drückend.

Die Arbeit war hart, die Sicherungs-maßnahmen am Arbeitsplatz waren unzureichend. Die Arbeitszeit in der Hüttenindustrie betrug in der zweiten Jahrhunderthälfte 10 bis 12 Stunden am Tag, bezahlten Urlaub gab es nicht. Die



Hütte "Vulkan", Produktion z. B. 1865 1700 t, 1869 21900 t Roheisen, gelegen am Rheinkanal in Hochfeld, erbaut ab 1854, in Betrieb seit 1856, stillgelegt wegen Absatzschwierigkeiten 1859, 1875 bis 1879.

soziale Absicherung war unzureichend. Erst um die Jahrhundertmitte errichteten einzelne Betriebe Krankenkassen. Unversicherte Kranke fielen der städtischen Armenfürsorge zur Last. Um hier Abhilfe zu schaffen, begründete die Stadt Duisburg 1867 eine eigene Krankenkasse, in die alle diejenigen Arbeiter, die sonst unversichert waren, eintreten mußten. Die Leistungen der Kassen waren jedoch gering. Damit wurde aber noch keine Absicherung der Arbeiter gegen Alter und Invalidität erreicht. Erst in den sechziger Jahren übernahmen einzelne, aber keineswegs alle Betriebskrankenkassen die Leistung von Invaliden- und Witwenrenten.

Unsicherheit herrschte auch am Arbeitsplatz. Einen Kündigungsschutz und Arbeitslosengeld gab es nicht. Im allgemeinen galt eine vierzehntägige Kündigungsfrist. War der Arbeiter entlassen, so stand er ohne Existenzmittel da. Nur wenige hatten etwas sparen können. Er fiel dann in der Regel mit seiner Familie der sehr knappen Armenfürsorge zur Last. Wirtschaftskrisen mit Entlassungen trafen so den Arbeiter voll.

Aber auch der in Beschäftigung stehende Arbeiter hatte kein leichtes Auskommen. Zwar stiegen die Löhne seit der Jahrhundertmitte. Wirtschaftskrisen führten aber sofort zu Lohnkürzungen. Und auch die Preissteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln machten sich unmittelbar in der Lebenshaltung bemerkbar.



Friedrich Albert Lange (1828 - 1875), Lehrer und Publizist in Duisburg

Dabei war die Lebensführung des Arbeiterhaushaltes bescheiden genug. Das zeigte sich schon an den Wohnungen. Wohnungsnot und Wohnungselend waren die Regel. Die Ausstattung des Arbeiterhaushaltes war dürftig. Eine Kanalisation und fließendes Wasser fehlten meist, zur Anschaffung von mehr als dem notwendigsten Mobiliar reichte der Arbeitsverdienst nicht aus. Die Ernährung beruhte auf Kartoffeln und Brot. Fleisch konnte sich die Arbeiterfamilie nur selten leisten, und dann war es oft Pferdefleisch. Ein beliebtes Nahrungsmittel im Arbeiterhaushalt waren Heringe, die damals recht billig zu kaufen waren.

Daß in Duisburg schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die "Soziale Frage" mit besonderer Intensität ins öffentliche Bewußtsein rückte, ist nicht erklärlich ohne das Wirken des Pädagogen, Philosophen und Publizisten Friedrich Albert Lange.

Friedrich Albert Lange (1828 - 1875) arbeitete in Duisburg von 1858 bis 1866. Er war zunächst Lehrer am Gymnasium in Duisburg, dem heutigen Landfermann-Gymnasium. Ein Konflikt mit der Schulaufsicht, die die politische Tätigkeit der Lehrer untersagen wollte, führte 1862 zum Ausscheiden Langes aus dem Schuldienst. Danach war er als Sekretär der Handelskammer, Journalist und Verleger tätig. 1865 erschien seine zentrale sozialpolitische Schrift "Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft". 1865/66 gab er in Duisburg eine eigene Zeitung, den "Boten vom Niederrhein" heraus. Zwar war Lange niemals ein eigentlicher Anhänger Lassalles, mit dessen Auffassungen er nur teilweise übereinstimmte. Seine Bedeutung liegt darin, daß er als Wortführer des radikal-demokratischen Flügels des Bürgertums am Niederrhein die entstehende Arbeiterbewegung unterstützte und publizistisch verteidigt hat. 1866 übernahm Lange eine Professur an der Universität Zürich und verzog aus Duisburg. Wichtig ist auch Langes Unterstützung für den Duisburger Konsumverein gewesen.

Der Bote vom Niederrhein.

Zugleich Anzeiger für den Kreis Duisburg.

Verlag von Fall & Lange in Duisburg. — Verantw. Redacteur: Dr. A. Lange in Duisburg.
Druck von Zul. Sturmberg (Fall & Lange) in Duisburg.

Erscheint wöchentlich dreimal: Mittwochs, Freitags und Sonntags.
Abonnementspreis: vierteljährlich in der Expedition 10 Sgr., mit Botenlohn 11½ Sgr., — durch die Post bezogen 12½ Sgr.
Insertionsgebühren: die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 6 Pfg.

Probenummer.

N^o. 1.

Duisburg, Sonntag, den 1. October.

1865.

An die Leser!

Der „Bote vom Niederrhein“ will seinen Lesern möglichst viele Nachrichten bringen und dabei möglichst wenig Zeit und Geld in Anspruch nehmen. Er hofft dadurch seinen Weg auch zu denen zu finden, die sich bisher um Politik und sonstige Neuigkeiten nicht viel bekümmert haben. Alle Artikel werden so gefaßt sein, daß sie für Jedermann verständlich sind; dagegen vermahnt der Bote die abgeschmackte und verschrobene Sprache, welche so oft als „Volkston“ angewandt wird, meistens von Leuten, die das Volk betrügen wollen. Kurz und bündig, das ist unsere ganze Popularität.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts blühte in Deutschland das Genossenschaftswesen auf, kräftig gefördert von Hermann Schulze aus Delitzsch. Es entstanden Vorschuß- und Kreditvereine, Rohstoffassoziationen zum gemeinschaftlichen Einkauf von Rohstoffen bei Handwerkern und auch Konsumvereine. Schulze-Delitzsch hatte vor allem den durch die Industrialisierung bedrohten Handwerker vor Augen, der sich durch genossenschaftliche Selbsthilfe auch unter den Bedingungen der Fabrikproduktion behaupten sollte. Deshalb förderte er vor allem Kredit- und Rohstoff-Vereine; die Konsumgenossenschaften spielten nur eine Nebenrolle. Arbeiter-Konsumvereine lehnte Schulze-Delitzsch ab, weil sie eine soziale Abgrenzung der Arbeiter zur Folge haben könnten. Gerade diese Selbstbewußtwerdung der Arbeiterschaft strebte aber Friedrich Albert Lange an, der in der Bildung der Konsumvereine eine Vorstufe zur Bildung von Produktivassoziationen (Fabriken in Arbeiterhand) sah.

Der Duisburger Konsumverein wurde im Januar 1863 gegründet. Friedrich Albert Lange war an der Gründung maßgeblich beteiligt und wurde Vorsitzender des Verwaltungsrates, der die Geschäfte kontrollierte. Nur Arbeiter und kleine Handwerker konnten nach dem Statut Mitglieder des Vereins werden. Sie zahlten eine Eintrittsgebühr von 5 Silbergroschen (bei einem damaligen Tagelohn von 16 - 20 Silbergroschen), sodann monatlich 5 Silbergroschen Beitrag, bis eine Einlage von 2 Talern erreicht war. Das Mitglied des Konsumvereines konnte Preisnachlässe auf die verkaufte Ware in Anspruch nehmen; aus dem Gewinn wurde ihm eine Dividende gezahlt.

Der Duisburger Konsumverein richtete zunächst ein "Kolonial- und Spezereigeschäft" ein, also ein Lebensmittelgeschäft. Später wurden auch die "sonstigen Lebensbedürfnisse für die arbeitende Klasse wie Koch- und Eßgeschirr, Arbeitsmittel, Holzschuhe und dergleichen" verkauft. Der Verein gründete schließlich eine eigene Sparkasse und eine Bäckerei.

Der Duisburger Konsumverein war vor allem in den ersten Jahren seines Bestehens sehr erfolgreich. Nach seinem Vorbild wurden Konsumvereine in

 Alle, welche sich für die vollständige Herstellung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins interessieren, werden hierdurch aufgefordert, sich

Sonntag den 10 Juni, Abends 7 Uhr,
bei Semmer auf dem Burgacker versammeln zu wollen.
Duisburg, 8. Juni 1866. **Eickelmann.**

Kettwiger Consum-Verein.

Sonntag den 10. Juni, Nachmittags
von 4 bis 6 Uhr:

Bersammlung der Mitglieder im Vereinslokal des Wirths Gustav Umann.

Tages-Ordnung:

- 1) Entrichtung der Beiträge.
- 2) Verschiedne Vereinsangelegenheiten.

Kettwig, 3. Juni 1866.

Der Vorstand.

Duisburger Consum-Verein.

Sonntag den 10. Juni, Nachmittags
4 Uhr,

im Saale des Herrn Semmer auf dem Burgacker:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

Neuwahl des Verwaltungsraths.

Die Mitglieder werden aufgefordert, der ersten Sache wegen recht zahlreich zu erscheinen.

Der stellvertretende Vorsitzende:

S. Fälsmann.

Manufactur-Waaren- Auction.

Wegen Aufgabe eines Geschäfts sollen im Römer'schen Saale hiersebst

Montag den 11. und Dienstag den 12. d. Mts.,

Nachmittags 2 Uhr beginnend, eine große Partie Manufacturwaaren, als:

Tuche, Burkins, Tibets, Lüster, Kattun, blau Gedruft, Poil de chèvre, Popelin, Siamoisen, Gardinen, blau Leinen, Tücher u. c., für's Meistgebot versteigert werden.

Duisburg, 7. Juni 1866.

de Leuw, Auctionator.

Gutes Mittag- u. Abendessen

zu haben bei

Peter Logen,

Burg Sect. III Nr. 70.

80 Maurer

finden auf den Bahnhöfen Dpladen und Haan sofort dauernde Beschäftigung. Dieselben haben sich in Dpladen bei Herrn Albert Winter, in Haan bei Herrn Friedrich Forst zu melden.

Witten, 7. Juni 1866.

Christ. Forst,
Bau-Unternehmer.

Anzeige im "Boten vom Niederrhein", 10. 6. 1866

Hochfeld und in den umliegenden Städten gegründet. Auch nach dem Weggang Friedrich Albert Langes aus Duisburg hat der Konsumverein noch eine Zeitlang floriert. 1868 wurde der Arbeiterkonsumverein in eine Genossenschaft mit Namen "Vorwärts" umgewandelt. Innere Streitigkeiten entfremdeten dann aber die Arbeiterschaft dem Verein und trugen zu seinem Niedergang bei, so daß der Verein schließlich 1874 liquidiert werden mußte.

Nicht ebenso erfolgreich wie der Konsumverein war in diesen Jahren die beginnende Gewerkschaftsbewegung. In Duisburg hatte es bereits in der Revolutionszeit 1848/49 einen Ansatz zur Bildung eines gewerkschaftlichen Arbeitervereins gegeben, den Duisburger Zweigverein der "Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands". Die Ta-

bakindustrie war damals noch ein Hauptindustriestrom in Duisburg (1849: 7 Tabak- und Zigarrenfabriken mit 521 Arbeitern).

Die Duisburger Zigarrenarbeiter entsandten am 25. September 1848 den Kanzleischreiber beim Duisburger Amtsgericht Martin Adolph Arronge, der seit 1845 in Duisburg ansässig war und zunächst als Meister in der Tabakfabrik von Carstanjen beschäftigt gewesen war, zum ersten Kongreß der Zigarrenarbeiter Deutschlands nach Berlin, wo die Gründung jener "Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands" beschlossen wurde. Im Oktober des Jahres wurde auch ein Duisburger Zweigverein ins Leben gerufen.

In der "Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands" mischten sich noch

zünftlerische Gedanken mit denen einer Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Fabrikherren. So sollten einerseits Frauen aus dem Gewerbe herausgehalten, die Zahl der Lehrlinge beschränkt werden, um Konkurrenz um den Arbeitsplatz zu vermeiden. Andererseits hieß es aber auch im Statut, *„daß die Rechte der Arbeiter, den Rechten der Prinzipale gegenüber, auf dem Wege gegenseitiger Übereinkunft geordnet, und der Willkür in Bezug auf die Normierung des Arbeitslohnes ein Ende gemacht werde.“*

Die lokalen Vereine der Assoziation gründeten Reiseunterstützungs-, Kranken- und Sterbekassen, eine zentrale Witwen- und Invalidenkasse wurde eingerichtet.

Der Duisburger Martin Adolph Arronge spielte in der „Assoziation“ als Vizepräsident (ab 1849) und als Vertreter des zurückgetretenen Präsidenten und Verwalter der zentralen Witwen- und Invalidenkasse (ab 1850) eine bedeutende Rolle, war aber auch an erster

Stelle den mit dem Scheitern der Revolution wieder verschärften Verfolgungen der Polizeibehörden ausgesetzt. Der Duisburger Verein wurde 1851 polizeilich geschlossen, und obgleich das Gericht das Verbot nicht bestätigte, löste sich der Verein angesichts der polizeilichen Verfolgungen Ende 1851 auf.

Auch die von Arronge verwaltete Witwen- und Invalidenkasse, die nach der verschärften preußischen Vereinsgesetzgebung allein noch von der Tätigkeit der „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands“ übriggeblieben war, mußte Ende 1853 aufgelöst werden.

Es dauerte bis in die sechziger Jahre, ehe wieder in Duisburg von gewerkschaftlicher Tätigkeit die Rede sein konnte. Am 16. Juni 1867 wurde in Duisburg der „Niederrheinische Verband“ als Zweig des „Deutschen Buchdruckerverbandes“ gegründet, am selben Tag auch eine Duisburger Ortsorganisation. Im Zusammenhang mit der Gewerkschaftspolitik des „Allgemeinen

Deutschen Arbeitervereins“ stand die Gründung eines Zweiges der „Allgemeinen Deutschen Vereinigten Metall-Arbeiterschaft“ Ende 1868 in Duisburg, als deren Bevollmächtigter Heinrich Lichters erscheint, zugleich Bevollmächtigter des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ in Duisburg. Der Verband trat allerdings in Duisburg nicht weiter hervor. Zur gleichen Zeit versuchte auch die lassallesche „Allgemeine Genossenschaft der Berg-, Hütten- und Salinen-Arbeiter“ im Duisburger Raum Fuß zu fassen. Anfang der siebziger Jahre ist dann von „Gewerkvereinen“ der Maurer, Steinmetzen und Tischler die Rede, die der sozialistischen Bewegung nahestanden. Eine Klempner-Gewerkschaft schließlich ist in Duisburg für 1878 nachgewiesen, doch haben alle diese Gründungen besondere Wirksamkeit allem Anschein nach nicht entwickeln können, nicht zuletzt deshalb, weil ihre Entwicklung durch das 1878 erlassene Sozialistengesetz jäh abgebrochen wurde.

Erstes Verbot und erster Wahlsieg

Nach dem Tode Lassalles nahm der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein im Deutschen Reich unter unterschiedlichen Führungspersonen eine krisenhafte Entwicklung. Von den Richtungsstreitigkeiten innerhalb des ADAV war auch die Duisburger Gemeinde nicht verschont. Dennoch blieb Duisburg das Zentrum der Tätigkeit der Anhänger Lassalles am Niederrhein, während die in den Nachbarorten gegründeten ADAV-Gemeinden wohl nur sporadische Aktivitäten entwickelten. Die Meidericher Gemeinde war im August 1864 ins Leben gerufen worden, die Tätigkeit schloß danach jedoch ein, so daß die Gemeinde 1868 wiedergegründet werden mußte. In Ruhrort ist die Gründung einer Gemeinde auf den 3. Juli 1864 zu datieren. In Laar wurde eine - wohl nur kurzfristig aktive - Gemeinde des ADAV von Caspar Bergrath im Oktober 1867 ins Leben gerufen. Von den übrigen Nachbarorten datiert man in Oberhausen die Gründung einer Gemeinde auf den 9. April 1865, in Mülheim scheiterte eine Gründung auf einer nur schwach besuchten Versammlung am 12. Juni 1864,

im August 1864 wird jedoch von einer ADAV-Gemeinde mit 39 Mitgliedern berichtet.

Der preußischen Obrigkeit waren die Bestrebungen der Lassalleaner von Anfang an ein Dorn im Auge. So kam es Anfang 1866 zum ersten polizeilichen Verbot, das die Duisburger Sozialdemokratie traf. Vorhergegangen war der Plan des Duisburger ADAV, einen rheinisch-westfälischen Arbeitertag nach Duisburg einzuladen. Das war Anlaß für den Duisburger Landrat Anton Keßler,

dem Treiben des Vereins, dem er schon lange mißtrauisch zusah, Einhalt zu gebieten. In einer Begründung an den Regierungspräsidenten Düsseldorf hielt er die Schließung des Vereins *„...nicht bloß für gesetzlich gerechtfertigt, sondern auch umso mehr für dringend geboten..., als die seit geraumer Zeit beinahe jeden Sonntag hier stattfindenden Arbeiter-Versammlungen, angeführt von einigen fanatischen Wortführern, und unablässig gehetzt von einem für die Arbeiterklasse bestimmten Blatte, wie*



Arbeitertag

am Sonntag den 21. Januar, Vormittags von 11—2 und Nachmittags von 3 Uhr ab

im Lokale des Herrn Semmer auf dem Burgacker. Zahlreiche auswärtige Mitglieder haben ihr Erscheinen zugesagt.

Duisburg, 15. Jan. 1866.

Die Duisburger Mitglieder des Allg. Deutsch. Arbeitervereins.

Der Zutritt ist für Jedermann frei.

Anzeige im *„Boten vom Niederrhein“* 19. 1. 1866

Große Allgem. Deutsche Arbeiter-Versammlung

Sonntag den 24. Juni, Abends 6 Uhr,
bei Herrn Semmer auf dem Burgacker.

Wir laden alle Arbeiter, welche für das allgemeine gleiche Stimmrecht sind, ein. Nur wenn dies errungen, wird unsere materielle Lage gebessert.

Der Bevollmächtigte.

Anzeige im "Boten vom Niederrhein", 14. 6. 1866

dem... Boten vom Niederrhein, unverkennbar dahin streben, auf die hiesigen Fabrikherren einen vollständigen Terrorismus zu üben."

Der Regierungspräsident sprach das Verbot für den geplanten Arbeitertag und für den Duisburger Arbeiterverein aus, zwei führende Mitglieder des Duisburger ADAV sowie Friedrich Albert Lange wurden wegen Verstoßes gegen das Preußische Vereinsgesetz angeklagt. Das Gericht verurteilte zwar einen der Angeklagten zu einer Geldstrafe - Lange wurde freigesprochen -, hob das Verbot des Duisburger ADAV jedoch auf, so daß vom Juni 1866 an der Duisburger ADAV wieder ins Leben trat.

Das Verbot hat den Handlungswillen der Duisburger ADAV-Mitglieder nicht lähmen können. Bei den Wahlen zum Verfassungsgebenden Reichstag des Norddeutschen Bundes am 12. Februar 1867 - der gewonnene Krieg gegen Österreich 1866 hatte Bismarck die Bildung des Norddeutschen Bundes, einer Zwischenstufe zur Reichsgründung, ermöglicht - trat mit dem Eisenbahnarbeiter Emanuel Böhm erstmals im Wahlkreis Duisburg-Mülheim ein Kandidat des Arbeitervereins an. Mit respektablen 1734 Stimmen (17%) mußte er zwar dem konservativen und liberalen Kandidaten den Vortritt lassen, zeigte aber doch die schon merkbare Resonanz des Arbeitervereins bei den Wählern.

Zwei Jahre später kam es in Duisburg zu einem großen Triumph der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Bismarckreich: Der ADAV-Kandidat Wilhelm Hasenclever siegte bei einer Nachwahl zum Norddeutschen Reichstag! Vorhergegangen war der Rücktritt des populären liberalen Kandidaten, des Duisburger Bürgermeisters Otto Keller. Zur Kandidatur für die nun fällige Nach-

wahl konnte einer der prominentesten Vertreter des ADAV, Wilhelm Hasenclever aus Arnsberg, gewonnen werden.

Wilhelm Hasenclever war am 19. April 1837 im sauerländischen Arnsberg geboren worden. Er erlernte die Lohgerberei, durchzog als wandernder Handwerksbursche Deutschland und Oberitalien. In Hagen begann er eine journalistische Laufbahn. Schon früh einer der Anhänger Lassalles, stieg er im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein rasch zur Führungsspitze auf, wurde Sekretär, Kassierer und - 1871 - Präsident. Unter ihm kam es 1875 auf dem

Kongreß in Gotha zum Zusammenschluß der bisher konkurrierenden sozialistischen Parteien, der Lassalleaner und der Eisenacher um August Bebel. Hasenclever wurde der erste Vorsitzende der neugegründeten "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands". Er war Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes (1869/70) sowie Reichstagsmitglied von 1874 bis 1888.

Wilhelm Hasenclever hatte bereits bei der vorhergehenden Duisburger Nachwahl am 21. September 1867 kandidiert, doch war seine Benennung erst kurz vor der Wahl erfolgt, der Wahlkampf zudem ungeschickt und zersplittert geführt worden, so daß Hasenclever nur ein geringes Stimmenergebnis erreicht hatte.

Anders bei dieser Wahl: Nach energischem Wahlkampf siegte der Kandidat des ADAV am 25. Februar 1869 mit 6801 Stimmen gegenüber dem schwachen nationalliberalen (2664 Stimmen) und konservativen Kandidaten (2361 Stimmen). Mit welchen Gefühlen man diesen Wahlsieg aufnahm, verrät ein Gedicht, das im "Sozialdemokrat", der zentralen Zeitung des ADAV, erschien:

Die Wahl in Duisburg

"Der Sieg ist unser"! Freudenvolle Kunde,
die weit durch alle deutsche Gaue eilt;
Bei allen Braven, die zu uns' rem Bunde
Gehören, ist die Freude ungeteilt.
Sie preßte Tränen selbst aus manchem Auge,
Nur sie allein hat sie hervorgebracht:
Doch darf kein Mann sich dieser Tränen schämen;
Gewonnen ist die harte heiße Schlacht!

Hart war der Kampf und heiß so manche Stunde,
In der sie stritten für ihr gutes Recht;
Selbst ist der Mann! hieß diesmal die Parole,
Ob arm, ob reich, ob edel oder Knecht.
Dem Proletarier wieder ist's gelungen,
Dem, der nach Armut, der nach Arbeit riecht;
Der oft mit Kummer, mit der Not gerungen,
Verachtet und geschmäht, er hat gesiegt.

Heil Euch, Ihr Wack'ren, die zusammenstanden,
Nicht fürchteten des Kapitals Macht.
Die Mann an Mann sich zu dem Kampf verbanden,
Der Sieg ist Euer, Euch sei Dank gebracht!
Ihr halft für viele Tausende erringen,
Euch werden Tausende einst dankbar sein;
Das Werk, das ihr erstrebt, es mög' gelingen
Zu aller Wohlfahrt und des Volks Gedeih'n!

Es war eine aufgeregte Zeit, in der Hasenclever sein Mandat im Norddeutschen Reichstag wahrnahm. Der Ausbruch des Krieges gegen Frankreich 1870 nötigte den Norddeutschen Reichstag zu einer Abstimmung über die Kriegskredite. Während Hasenclever und die Anhänger Lassalles den Kriegsanleihen am 21. Juli 1870 zunächst zugestimmt hatten, änderte Hasenclever seine Haltung nach den entscheidenden deutschen Siegen im Sommer 1870. Als der Reichstag am 26. November 1870 über die zur Fortsetzung des Krieges notwendigen Geldmittel beriet, lehnte Hasenclever die Gesetzesvorlage ab, *„weil des Blutvergießens über und genug war, weil aus dem Verteidigungskrieg ein Eroberungskrieg entstanden war, und weil die geplante Annexion von Elsaß-Lothringen mir nicht allein ungerecht, sondern auch verderblich für Deutschland erschien“*, wie Hasenclever in seinen Erinnerungen bemerkt. In einer Zeit hochgehender nationaler Emotionen benutzten seine Duisburger



Wilhelm Hasenclever (1837 - 1889), Abgeordneter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Wahlkreis Duisburg

Gegner des Abstimmungsverhalten Hasenclevers zu einer Kampagne gegen ihn im Wahlkreis Duisburg-Mülheim. In Form einer an den König gerichteten *„Adresse“*, unterschrieben von

mehreren hundert *„patriotischen“* Wählern, erklärte man:

„Tretet... einmütig mit uns vor seine Majestät unseren König,... um ... Zeugnis dafür abzulegen, daß die Abstimmung des Duisburger Hasenclever unseren Gesinnungen nicht entspricht, daß wir dieselbe vielmehr verurteilen und uns mit Abscheu von solchen Gesinnungen abwenden.“

Der Überschwang nationaler Gefühle hielt nach der Reichsgründung 1871 an. Hasenclever hatte so im Wahlkampf für den ersten Reichstag des neugegründeten Deutschen Reiches, der am 3. März 1871 gewählt wurde, einen schweren Stand. Die Liberalen hatten sich diesmal auf einen Kandidaten geeinigt und betrieben eine intensive Wahlpropaganda mit massiv chauvinistischen Parolen. Hasenclever konnte bei dieser Wahl seinen Wahlerfolg nicht wiederholen; er unterlag mit immerhin noch 2392 Stimmen dem nationalliberalen Kandidaten Richard v. Dove (9761 Stimmen).

Parteileben in den siebziger Jahren

Im August 1869 wurde in Eisenach unter der maßgebenden Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in deutlicher Opposition zu dem jetzt vom Präsidenten Johann Baptist v. Schweitzer geführten *„Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“* gegründet. Sie unterschied sich von den Lassalleanern in

ihrer stärkeren marxistischen Orientierung, aber auch in einer unterschiedlichen Haltung zu zentralen politischen Fragen der Zeit: die Lassalleaner waren eher kleindeutsch-preußisch und national im Sinne einer deutschen Einigung unter preußischer Führung, die Eisenacher eher großdeutsch-partikularistisch. Auch in Duisburg kam es im Vorfeld

des Kongresses zu Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Richtung Bebel/Liebknecht und den Anhängern des ADAV. Jedoch blieben, wie sich herausstellte, die Anhänger der Bebel/Liebknecht-Richtung in Duisburg in der großen Minderheit. Erst 1872 bildete sich in Duisburg eine kleine Gruppe der Eisenacher Richtung.

Für Beek und Umgegend.

Volks-Versammlung

am Mittwoch den 2. August, Abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn Tillmann Gwers in Beek.

Tagesordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Arbeiterpartei.

Referent: Herr C. J. Kuhl.

Jeder hat freien Zutritt!

Ercheint jeden Montag,
Dienstag und Samstag.

Der monatliche
Abonnementpreis beträgt
in der Provinz 1 M.
50 Pf., durch den Boten
frei in's Land gebracht
1 M. 65 Pf., durch die
Post bezogen 1 M. 70.

Freie Zeitung

Anzeigen
werden die 4spaltige Zeile
oder deren Raum
mit 15 Pf. berechnet.
Arbeitsmarkt per Zeile
10 Pf. — Reflektoren wer-
den nicht aufgenommen.

Für Druck, Verlag und
Redaktion verantwortlich:
C. J. Kuhl, Duisburg,
Bismarckstraße 221.

Organ für das arbeitende Volk der Kreise Duisburg und Mülheim a. d. R.

Kopf der Arbeiterzeitung "Duisburger Freie Zeitung"

Der Vereinigungskongreß der beiden Arbeiterparteien in Gotha 1875 überwand die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Nunmehr existierte im Deutschen Reich eine einheitliche "Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands". Geschäftsleitender Vorsitzender der Partei wurde Wilhelm Hasenclever.

Die Reichstagswahl am 10. Januar 1874 war in Duisburg durch den Gegensatz zwischen Lassalleanern und Eisenachern belastet gewesen. Eine geschickte Wahlpropaganda hatte dem nationalliberalen Kandidaten v. Schulte mit 14967 Stimmen einen großen Wahlsieg gebracht. Grütering (Zentrum) erzielte 7873 Stimmen und Hasenclever 1217 Stimmen.

Zur Reichstagswahl 1877 entfalteten die Duisburger Sozialdemokraten eine besonders rege Agitation. Als Kandidat aufgestellt worden war erstmals der Redakteur Carl Julius Kuhl.

Carl Julius Kuhl, geboren am 29. Juli 1847, war 1876 nach Duisburg gekommen. Hier übernahm er die Redaktion der neugegründeten Arbeiterzeitung "Duisburger Freie Zeitung". Kuhl, ein befähigter Redakteur, leitete das Blatt bis zu seiner Versetzung zur "Westfälischen Freien Presse" in Dortmund im Juni 1877. Von den ständigen Verfolgungen, Haftstrafen und Haussuchungen zermürbt wanderte Kuhl während der Zeit des Sozialistengesetzes nach Amerika aus.

Der energische Wahlkampf der nunmehr vereinigten Sozialdemokraten brachte Erfolge, konnte aber am überlegenen Wahlsieg des nationalliberalen Kandidaten nichts ändern: v. Schulte

(NL) 13403 Stimmen, v. Schorlemer-Alst (Zentrum) 7532 Stimmen, Kuhl 3474 Stimmen (=14%).

Rückhalt fand die sozialdemokratische Agitation dieser Jahre in einer eigenen Zeitung, der "Duisburger Freien Zeitung, Organ für das arbeitende Volk der Kreise Duisburg und Mülheim a.d.R.", die erstmals am 2. Juli 1876 erschien. Die Zeitung wurde dreimal wöchentlich herausgebracht, zunächst mit einer Auflage von 1500 Exemplaren. Im September 1877 dehnte das Blatt seinen Erscheinungsbereich auf den Kreis Duisburg-Mülheim, auf Essen und Düsseldorf aus und änderte am 1. Oktober 1877 den Namen in "Rheinische Freie Zeitung". Die Arbeiterzeitung, wirtschaftlich schwach fundiert, litt jedoch besonders unter den staatlichen Repressionsmaßnahmen, den häufigen Verhaftungen und Verurteilungen des geschäftsführenden Redakteurs. Am 14. März 1878 mußte die Rheinische Freie Zeitung ihr Erscheinen einstellen, nachdem die Abonnentenzahl stark zurückgegangen war.

Die Sozialdemokratie der siebziger Jahre hatte sich gegenüber den Anfängen im vorangegangenen Jahrzehnt fortentwickelt. Sie hatte ein festes Versammlungs-, Rede- und auch Festritual ausgebildet. Das Parteileben erfaßte nicht mehr nur die Männer, sondern die Partei war auch bestrebt, über den bloßen Betrieb der Parteiversammlungen hinaus dem Arbeiter und seiner Familie Heimstatt, auch Halt in einer feindlichen Umwelt zu bieten.

Als Beispiel einer eindrucksvollen sozialdemokratischen Großveranstaltung sei zitiert aus dem Versammlungsbericht, als der damalige Präsident des ADAV Wilhelm Hasenclever Duisburg im September 1871 besuchte:

"Wohl nie hat unsere Stadt einen größeren Jubel gesehen, als Montag, den 11. Sept. d. J. bei Anwesenheit des Vereinspräsidenten. Als derselbe abends gegen acht Uhr am hiesigen Bahnhofs eintraf, wurde er von einer zahlreichen Volksmenge mit ungeteiltem Jubel empfangen. Eine große Anzahl Parteigenossen aus Essen war einige Stunden vorher bereits eingetroffen, und gingen nun, nachdem sich der Zug in Bewegung gesetzt hatte, mit der roten Vereinsfahne voraus durch die Hauptstraßen der Stadt zum Versammlungslokal; dasselbe, die "Schützenburg", das größte Lokal der Stadt, war bis auf den letzten Platz nicht nur gefüllt, sondern buchstäblich überfüllt.

Nachdem die Versammlung eröffnet und das Bureau gewählt war, ergriff zunächst Herr Dreesbach aus Düsseldorf das Wort, indem er darauf hinwies, daß wir am heutigen Tage einen von dem Arbeitervolke allgemein geachteten Mann in unserer Mitte hätten, den man aber nun, um ihn unter allen Umständen aus dem Reichstag fern zu halten, von Seiten unserer Gegner auf die schmachlichste Weise verleumdet habe.

Hierauf erhielt Herr Hasenclever das Wort; derselbe dankte zunächst für die freundliche Bewillkommung, er selbst gestehe es ein, daß er einen so glänzenden Empfang und eine so massenhafte Versammlung nicht erwartet habe, wenn er an jene Schandadresse dächte, worin man sich nicht entblödet habe, ihn und seine Parteigenossen "Vaterlandsverräter" zu nennen. Allein die Arbeiter Duisburgs hätten heute bewiesen, daß sie den Mut nicht verlören und daß sie trotz aller Ränke und Kniffe dennoch in der größten Mehrzahl an dem Mann hängen, dessen Herz sie nach wie vor besäßen.

Hierauf ging Redner zur eigentlichen Tagesordnung über, beleuchtete zunächst die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Salzburg und Gastein und erinnerte an die drohende Sozialistenherze. Das deutsche Proletariat müsse hieraus ersehen, daß unsere Bewegung in Wahrheit weit wichtiger sei, als sie von manchen anerkannt werde. Wenn die socialdemokratischen Ideen durch den Krieg vernichtet wären, wie dies in so manchen Kreisen behauptet würde, dann würde man sich nicht um uns kümmern. Redner erwähnte nochmals jene bekannte Adresse, welche die Bourgeoisie, als er in Duisburg zum zweiten Mal als Kandidat von der Arbeiterpartei aufgestellt sei, gegen ihn losgelassen. Wohl habe sich die liberale Partei nicht geschämt, obgleich Redner zur damaligen Zeit nicht anwesend gewesen, sondern gegen Frankreich habe im Felde stehen müssen, wo er sich also gegen Angriffe nicht verteidigen konnte, ihn (Redner) auf das schmäählichste zu verleumden. Aber frisch und gesund sei er jetzt wieder zurückgekehrt, und mit neuer Kraft werde er sich für die Sache des Proletariats, der er sich geweiht habe, hingeben (Stürmischer Beifall). Redner ging sodann zu der Abstimmung über die letzte Kriegsanleihe im ehemaligen Norddeutschen Reichstage über und erklärte, daß wir von unserem Parteistandpunkte aus überhaupt gegen jeden Krieg seien. Wenn allerdings derselbe unvermeidlich sei, wenn uns ein Krieg aufgedrungen werde, wie dies im Jahre

1870 der Fall gewesen, dann müsse man sich zwar verteidigen. Redner hätte aus diesem Grunde bei der ersten Reichsanleihe mit "Ja" gestimmt. Wenn aber der Krieg kein Verteidigungskrieg mehr sei und es sich nur um die Annexion eines Teils fremden Landes handle, und hierfür das Blut zweier Völker geopfert werde, dann müsse Redner erklären, daß ihm das Blut, welches nach der Kapitulation von Sedan viel reichlicher geflossen, wie vor jener Katastrophe, teurer wäre, wie die Annexion zweier Länder. Und wenn man ihn wegen seiner Abstimmung im Reichstag bei der letzten Kriegsanleihefrage einen Vaterlandsverräter genannt habe, dann solle man nur einmal zurückblicken auf die Haltung der liberalen Partei im Jahre 1866, und man würde einsehen, daß gerade jene Partei, die jetzt am eifrigsten auf ihn geschimpft habe, genau denselben "Vaterlandsverrat" begangen habe. Redner wies ferner darauf hin, wie während des letzten Krieges die Bourgeoisie bei jeder neuen Siegesbotschaft gejubelt habe und dabei nicht einmal die erste 120-Millionen-Anleihe aufgebracht habe. Erst als der Sieg von Wörth erfochten war, wo nunmehr die Bourgeoisie einsah, materiellen Vorteil aus der Anleihe zu ziehen, da zeichnete sie eiligst weiter. Das sei der Patriotismus der Bourgeoisie, und das die Berechtigung derselben, auf Männer zu schmähen, welche weniger blutdürstig sind. (Anhaltender, stürmischer Beifall).

An der Debatte beteiligten sich noch Herr Seelig aus Essen, Rex aus Duisburg, welcher letzterer in glänzender Rede über die Lage der Arbeiterklasse vielfach wohlthuenden Beifall erntete. Zum Schluß nahm der Vereinspräsident nochmals das Wort.

Die Bourgeoisie und die Pfaffenpartei messe unser Vorgehen stets mit einer anderen Elle wie ihr eigenes, aber eine Partei, welche ihre Existenz nur aufrecht erhalten kann, indem sie andere ihr gegenüberstehende Parteien mit Lügen und Verleumdungen angreife, beweise ja eben durch ein derartiges Auftreten, daß sie sich auf redlichem Wege nicht halten könne und ihrem Untergange nahe sei. So wollten denn wir auf dem von uns beschrittenen Wege weitergehen, fest bauend auf die bestimmte Tatsache, daß die Wahrheit stets über die Lüge den Sieg davontragen werde.

Folgende Resolution wurde nunmehr einstimmig angenommen: "Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Abstimmung des früheren Reichstagsabgeordneten in Bezug auf die Kriegsanleihen und mit den entwickelten Ansichten des Vereinspräsidenten Hasenclever vollständig einverstanden und spricht den Wunsch und die Hoffnung aus, denselben bei der nächsten Reichstags-session wieder als ihren Abgeordneten im Reichstage zu sehen."

Auch der Strike (Streik d. V.) der Barmer Metallarbeiter kam unter Anderem zur Sprache, und es wurden zur Unterstützung der Beteiligten reichliche Gaben gespendet. Unter Hochs auf den Verein, die Arbeiter aller Länder, den Präsidenten und dem Gesange der Marseillaise wurde die glänzende Versammlung geschlossen."

Entsprach der Ablauf dieser Versammlung - Wahl des Tagungsbureaus (Tagungspräsidiums), Grußworte, Rede des Hauptreferenten, Diskussion, Resolution - dem Ablauf vieler Versammlungen der Sozialdemokraten, so hatte darüberhinaus die Sozialdemokratie eine eigene Fest- und Feierkultur entwickelt. In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung des Duisburger Arbeitergesangvereins zu erwähnen, der seit dem 16. November 1873 bestand. Vorher hatte unter dem Namen "Freisang" eine



Eine der ersten Mitgliedskarten des ADAV, unterschrieben von Wilhelm Hasenclever

ARBEITER-FEST

(Concert, Festrede, declamatorische Vorträge, Tanzkränzchen),
arrangirt vom Arbeiter-Wahlverein zu Duisburg,
am Sonntag den 10. December 1876
im Unger'schen Saale in Casslerfeld.

Anfang 4 Uhr Nachmittags.

Karten à 30 Pfg. sind vorher zu haben bei den Herren Otto Werth,
Paul, W. Frey, Unger, Aug. Hänichen, in den Versammlungen des Wahlvereins,
sowie in der Expedition d. Blattes.

Zutritt für Damen frei.

Der Heberschuß ist zu Wahlzwecken bestimmt.

Die Arbeiter und Gefinnungs-Genossen von Duisburg, Hochfeld, Ruhrort,
Laar, Weiderich u. s. w. wollen sich mit ihren Familien zahlreich an diesem
Feste betheiligen.

Das Comité.

Festanzeige aus der "Duisburger Freien Zeitung", 30. 11. 1876"

aus Essen, W. Frick aus Barmen und einigen Duisburger Mitgliedern zufriedenstellend erledigt; namentlich wurde der Hinweis auf den bevorstehenden Wahlkampf mit Enthusiasmus begrüßt. Der Festzug, der nach Tausenden zählte, bewegte sich in musterhafter Ordnung durch fast alle Straßen der Stadt, unter dem Jubel der Duisburger Arbeiter. Für eine gewisse Klasse mag derselbe wohl mit seinem Musikcorps, 18 Mann in rother Uniform und den 7 rothen Fahnen, ein recht unangenehmer Wink gewesen sein. Das Konzert wechselte ab mit Musik und Gesangsvorträgen der Vereine "Liberté" aus Dortmund, "Bruderkette" aus Essen und "Freisang" aus Duisburg, sowie verschiedener Quartette; namentlich fanden die Vorträge der Kinder eines Mitgliedes aus Duisburg und des Fräuleins Mathilde Fischer aus Barmen Anklang. Die Festrede hielt der Unterzeichnete. Der Ball hielt die Teilnehmer noch lange vereint. Die Duisburger statten hiermit den auswärtigen Parteigenossen sowie den Gewerkvereinen zu Duisburg ihren besten Dank ab. Gleichzeitig zolle ich im Namen aller Teilnehmer dem Festcomité und namentlich dessen Vorsitzenden, unserm Bevollmächtigten Schäfer, für seine umsichtige und tätige Leitung Anerkennung. Immer so fort, und der Sieg ist unser.

Das Zusammenrücken und die Kampfgemeinschaft der Sozialdemokraten war umso nötiger geworden, als seit Mitte der siebziger Jahre der preußische Staat seine Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie verschärfte.

Im Juni 1874 war der Berliner Allgemeine Deutsche Arbeiterverein polizeilich geschlossen worden, Ende Juni 1874 wurden auch in fast allen anderen preußischen Städten die ADAV-Gemeinden polizeilich aufgehoben. Auch in Duisburg kam das Vereinsleben vorübergehend zum Erliegen, wurden Mitglieder wegen des Verstoßes gegen das preußische Vereinsgesetz angeklagt und verurteilt. Die mißtrauische polizeiliche Überwachung der Sozialdemokraten und die massive Sozialistenhetze der bürgerlichen Presse verschärfte sich mit dem Jahre 1878 zu jener umfassenden Kampagne, die schließlich zum Erlaß des Sozialistengesetzes führte.

Mit social-demokratischen Gruß
August Dreesbach, Zollstr. 1 "

Abteilung des ADAV zu Gestaltung der Feste des Arbeitervereins beigetragen. Als seine Aufgabe bezeichnet es der Verein, "sich im Gesang auszubilden und... in Mußbestunden wissenschaftliche Vorlesungen zu halten". Die Gesangsproben fanden wöchentlich an den Sonntagnachmittagen statt; seine Auftritte hatte der Verein bei den Feiern zu Lassalles Geburtstag am 11. April, zu seinem Todestag am 31. August und beim Stiftungsfest am 23. Mai. Ende 1874/Anfang 1875 änderte der Verein seinen Namen in "Teutonia".

Als Beispiel für die Festkultur der Arbeiterbewegung in diesen Jahren zitieren wir hier aus einem Bericht über das Arbeiterverbrüderungsfest vom April 1873:

"Montag, den 14 ds (Monats), feierten die Mitglieder des Allgemeinen deutsch(en) Arb(eiter)-Vereins zu Duisburg ein Arbeiterverbrüderungsfest nebst Fahnenweihe.

Vormittags 11 Uhr war Volksversammlung, Nachmittags 3 Uhr Zug durch die Stadt, von 4 bis 8 Uhr Konzert, zum Schluß Ball. Für Versammlung, Konzert und Ball standen uns die Räume der Schützenburg, des größten Lokals in Duisburg, zur Verfügung. Von auswärts waren Mitglieder von Dortmund, Essen, Elberfeld und Barmen mit ihren Fahnen erschienen, außerdem Mitglieder von Düsseldorf, Crefeld und Köln. Die Gewerkvereine der Maurer und Steinmetzen und der Tischler zu Duisburg beteiligten sich ebenfalls mit ihren Fahnen an der Feier. Das Fest war von dem herrlichsten Wetter begünstigt. Die Tagesordnung der Volksversammlung: 1) Sociales Fest; 2) die Reichstagswahl, wurde von dem Unterzeichneten, K. Seelig

Für Casslerfeld und Neureuthamp.
Volks-Versammlung
am Sonntag den 15. October, Nachmittags 5 Uhr,
im Locale des Herrn H. Unger in Casslerfeld.
Tages-Ordnung:
Die besondern Bestimmungen sind in der "Duisburger Freie Zeitung".
Vorstand: Herr C. S. Sahl aus Duisburg.
In welchem Ortole steht die
das Arbeiter-Wahlcomité.

Für Essen und Ungergrub.
am Sonntag den 15. October, Nachmittags 4 Uhr.
öffentliche Arbeiterversammlung
im Locale des Herrn Stachelhaus.
Tages-Ordnung: Vortrag von Herrn Stähler aus Gehrathen.
Sings takes die
Mehrere Arbeiter

Versammlungsanzeigen in der "Duisburger Freien Zeitung" v. 12. 10. 1876

II. Unter dem Sozialistengesetz

Der Ausgangspunkt des Sozialistengesetzes, mit dem der Bismarckstaat endgültig die sozialistische Bewegung zu unterdrücken suchte, waren zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I im Jahre 1878, die zu Unrecht den Sozialdemokraten angelastet wurden. Nach dem ersten Attentat hatte Bismarck den Reichstag aufgelöst. In einer Atmosphäre gesteigerten Sozialistenhasses setzte nicht nur der staatliche Repressionsapparat seine Tätigkeit fort, auch die bürgerliche Presse tat das Ihrige, um "das in unseren Staatskörper eingedrungene Gift zu vertreiben", wie die Duisburger Rhein- und Ruhrzeitung schrieb.

Massive Unterstützung fand das Vorgehen gegen die Sozialdemokraten bei den Unternehmern.

In Duisburg wurde im Juli 1878 folgende Erklärung veröffentlicht:

"Es ist der feste Entschluß der hiesigen Industriellen, für die Zukunft keine Personen mehr in ihren Etablissements zu beschäftigen, welche fortfahren, durch Agitation, Beteiligung an sozialdemokratischen Versammlungen und Vereinen, durch Haltung und Verbreitung sozialistischer Blätter und Schriften usw., die unsere ganze gesellschaftliche Ordnung bedrohenden Theorien der Sozialdemokratie zu befördern."

In dieser Atmosphäre mußte die sozialdemokratische Agitation für die am 30. Juli 1878 stattfindende Reichstagswahl in Duisburg auf ein geringes Maß beschränkt werden. Der sozialdemokratische Wahlverein löste sich schon vor

der Wahl auf, wohl damit seine Mitgliederliste nicht in die Hände der Polizei fiel. Das Wahlergebnis für den Kandidaten Wilhelm Hasselmann lag mit 470 Stimmen weit unter den Ergebnissen der vorangegangenen Reichstagswahlen.

Der neugewählte Reichstag nahm jenes "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das sogenannte Sozialistengesetz, an. Es verbot alle "sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen" Versammlungen und Vereinigungen, auch die Gewerkschaften. Die Parteipresse wurde verboten, Sozialisten konnten ausgewiesen werden. Das Gesetz, das die Sozialdemokraten zum ersten Mal in ihrer Geschichte ver-

femte und in die Illegalität drängte, blieb bis zum 30. September 1890 in Kraft.

Das Sozialistengesetz hat die Aktivität der Duisburger Sozialisten lähmen, aber nicht völlig ausschalten können. Wie die Arbeit in der Duisburger Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz aussah, darüber besitzen wir den Bericht eines Augenzeugen. 1930 schrieb Fritz Kahl, um die Jahrhundertwende Führer der Duisburger Sozialdemokratie, in seinen "Erinnerungen eines alten Sozialisten. Was ich als Kreisvertrauensmann des Wahlkreises Duisburg-Mülheim erlebte":

"Wenn Leben kämpfen heißt, dann kann der Sozialdemokrat, namentlich wenn er zur alten Garde gehört, von seinem Leben als reich an Kämpfen sprechen. In der Zeit des Sozialistengesetzes, im Jahre 1886, kam ich als fremder Maurergeselle nach Duisburg. Meine Bemühungen, Anschluß an die Partei zu finden, blieben lange Zeit ohne Erfolg, denn erstens war die Zahl der Genossen eine sehr geringe und zweitens wurde jeder Fremde mit dem größten Mißtrauen betrachtet. Und die größte Zahl der damaligen fremden Maurer und Zimmerer stand der Partei wie der Gewerkschaftsbewegung nicht nur interessentlos, sondern sogar feindlich gegenüber."

Daß letzteres der Grund des Mißtrauens mit war, hatte ich schon vorher in Königsberg, Kassel, Berlin, Braunschweig und Hannover erfahren, wo es meist auch nur durch ältere einheimische Berufskollegen möglich war, in die Kreise der Parteigenossen eingeführt zu werden. Solche Kollegen waren in Duisburg leider nicht vorhanden. Nach längerer Zeit fand ich endlich Anschluß an die Partei und wurde nun auch bald in die vordere Reihe geschoben. Die kleine Kämpferschar jener Zeit im Duisburger Wahlkreis war, was Kampfesmut und Opferbereitschaft anbetrifft, als eine Heldenschar in des Wortes wahrster Bedeutung zu bezeichnen. Brotlosigkeit und Ächtung bedeutete damals die Zugehörigkeit zur Partei und gar die Arbeit dafür brachte für jeden die Gefahr der Ausweisung oder Staatspension hinter vergitterten Fenstern. Und doch hielt

Wähler! Gewiß ist es durch das wilde sozialdemokratische Treiben in unserm deutschen Vaterlande gekommen, daß dasselbe eine traurige Aufnahme findet unter allen Völkern der Erde. Wo gibt es anders, als in Deutschland, fragen wir Euch, einen großen Bruchteil der Bevölkerung, der das eigene Vaterland haßt und es bekämpft? Wo anders erleben wir es, als bei uns, daß die Söhne des Landes gemeinsame Sache machen mit den Feinden desselben, um die Nation, der sie angehören, in Unglück und Verderben zu bringen?

Wähler! Wie konnte dieses geschehen bei einem Volk, dessen Treue, Dieberei und Loyalität sprichwörtlich geworden war in der ganzen Welt? Es konnte solches nur deshalb geschehen, weil man die gewerbmächtigen Heher angeheert haben und führen ließ im ganzen Reiche. Gegen diese Heher und Schürer, welche uns in den Ausnahmezustand der Notwehr versetzt haben, sind Ausnahmegesetze notwendig. Diesen Hehern muß das Handwerk gelegt werden in ihrer Presse, in ihren Versammlungen und in ihren Vereinen. Und wahrlich, es ist dazu die höchste Zeit! Schon liegen Anzeichen vor, daß das Gift eingebracht ist in unser Herr. Sollen wir uns diese Schutzwehr unserer nationalen Sicherheit, dieses mächtige Bollwerk der inneren Freiheit allmählich von Innen heraus zerstören lassen? Ein hervorragender deutscher Socialist, W. Liebknecht, sprach auf dem Socialisten-Congress im September 1877 die folgenden beherzigenswerten Worte aus: „Wir wissen recht gut, Kanonen und Gewehre sind Instrumente, welche der Menschenhand folgen; aber diese Hand werden wir aber bald versägen. Möge der Kaiser sich nicht täuschen, möge er nicht versuchen, die Gewehre zu laden und die Kanonen gegen uns vorzuführen; es wird der Tag kommen, wo Kanonen und Gewehre sich gegen die Feinde des socialistischen Volkes kehren werden, sie zu vernichten.“

Antisozialistischer Hetzartikel, Rhein- und Ruhrzeitung, Juli 1878

die kleine Truppe stand und war immer zur Stelle, wenn es hieß, bei Nacht und Nebel Zeitungen und Flugblätter zu verbreiten oder sonstige Parteiarbeit zu verrichten. War auch die Arbeit schwer, unendlich viel schwieriger als heute, so brachte sie doch auch viel Freude, denn in uns lebte das Gefühl, Kämpfer der Freiheit und des Rechts gegen engstirnige Polizeigewalt zu sein. Das erzeugte in uns einen so prachtvollen Kameradschaftsgeist, wie ich ihn später in meinem Leben nicht mehr kennen gelernt habe...

Wie der Einsatz für die Partei unter dem Sozialistengesetz ablief, darüber gibt es in den Polizeiakten Hinweise. In Meiderich wurden vor den Rheinischen Stahlwerken und der Zeche Ruhr & Rhein Flugblätter zur Reichstagswahl 1887 verteilt. Einer der Verteiler, der Klempner August Bückel aus Duisburg, wurde von Gendarmen dabei gefaßt. Der Polizeibericht vermerkt :

“Derselbe wurde vorläufig festgenommen und in das hiesige Polizeigefängnis abgeführt; er war von einem Helfer begleitet, dem es leider gelungen ist, zu entkommen und dessen Namen anzugeben der Festgenommene sich weigert. Die beiden Personen waren auch mit Mitteln zum Aufkleben von Anschlagzetteln versehen; doch sind solche hier noch nicht bemerkt worden.”

Der zunächst entkommene Helfer wurde schließlich doch ermittelt, die Flugblattverteiler von der Staatsanwaltschaft angeklagt. Wie das Urteil lautete, wissen wir nicht. Das damals verteilte Flugblatt ist in der Polizeiakten jedoch überliefert worden.

Bei dieser Wahl gibt es auch weitere Hinweise auf Wahlkampfaktivitäten. So versuchte man in Beeck eine sozialdemokratische Wählerversammlung abzuhalten, erhielt jedoch kein Lokal, so daß die Versammlung unterbleiben mußte.

Der opferreiche Wahlkampfeinsatz blieb nicht ohne Erfolg : Während bei der Reichstagswahl 1879 nur 95 Stimmen für die Sozialdemokraten im Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim abgegeben wurden (60 in Duisburg), während bei der Reichstagswahl 1881 gar kein Kandidat aufgestellt werden konnte, erhielt bei der Reichstagswahl 1884 der sozialdemokratische Kandidat 942 Stimmen (695 aus Duisburg). Bei der

Reichstagswahl 1887 erzielte der Kandidat Carl Wesch 1090 Stimmen (843 in Duisburg, 12 in Beeck, 7 in Meiderich, 12 in Ruhrort), bei der Reichstagswahl 1890 entfielen auf den Kandidaten Fritz Kahl sogar 2953 Stimmen (1776 in Duisburg).

Noch ein anderes Flugblatt aus der Zeit des Sozialistengesetzes, das einen Einblick in die Programmatik und Rhetorik der Partei damals ermöglicht, ist in den Polizeiakten überliefert worden. Die Verteiler konnte die Polizei allerdings nicht ermitteln:

“Arbeiter! Handwerker! Bauern! Die Verhältnisse zwingen uns in Form eines Flugblattes zu Euch zu sprechen. Versammlungen können wir nicht abhalten, denn solche werden von der hiesigen Polizei, “die nur die Geschäfte der besitzenden und herrschenden Klasse besorgt”, ohne jeden gesetzlichen Grund verboten und aufgelöst. Das gleiche ist mit einer jeden, die Interessen der ärmeren Bevölkerungsklassen vertretenden Zeitung der Fall... Das Sozialisten-Gesetz, der Schandpfleck in der Geschichte des Deutschen Volkes, “unter dessen Schutz sich die Reaction so recht entwickeln konnte”, hat man verlängert. Der Jammer der verwaisten Kinder, die durch dasselbe ihres Vaters beraubt sind, der Fluch der im Kerker schmachtenden, aus ihrer Heimat vertriebenen, braven Arbeiter, dringt zum Himmel, aber rührt den Schöpfer dieses infamen von Haß gegen uns, die Arbeiterklasse zeugenden Gesetzes nicht...

“Die Sozialdemokratie erstrebt den freien Volksstaat und bekämpft den heutigen Klassenstaat.” “Sie will Frieden und Ordnung und bekämpft daher das heutige Militärsystem, weil es den Völkerkrieg naturgemäß erzeugen muß.” “Sie will eine gerechte Steuerverteilung und bekämpft daher alle indirekten Steuern, weil gerade der, der am wenigsten besitzt, diese am meisten zahlen muß.” “Sie will die Bildung aller und bekämpft daher die pfäffische Verdummung und geistige Roheit.” “Sie will die Arbeits-Instrumente, welche heute Ausbeutungs-Instrumente sind, in den Besitz der Gesamtheit überführen, und dadurch die Abschaffung der Lohnsklavereien und Organisation genossenschaftlicher Arbeit herbeiführen.” “Sie will durch diese Maßregel der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen

in jeder Form ein Ende machen, und der von der Nation erzeugte Reichtum, der heute zum größten Theil in die Taschen der Capitalisten und ihrer Schmarotzer fließt, soll in Wahrheit der Reichtum der Nation werden. Es soll nicht mehr die schwelgende Faulheit über die darben-de Arbeit herrschen, sondern jeder soll die Früchte seines Fleißes in vernünftiger Weise genießen können.” “Um dies alles in friedlicher Weise ermöglichen zu können, verlangt die Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für jeden Mann und zu allen Wahlen in Staat und Gemeinde.”

... “Wer also will was wir wollen, wer das bekämpft was wir bekämpfen, der schließe sich uns an, der denke über seine Lage nach, der Sorge, daß er Bücher von unserer Partei bekommt, die ihn aufklären über das, was wir in unserer kurzen Auseinandersetzung nicht klar legen konnten, der gebe dieses Blatt an seinen Nachbar oder Collegen, damit der es auch lese und sich seinen Brüdern im Kampfe für die Menschenrechte anschließe... Arbeiter! Handwerker! Klein Bauern! Wollt ihr nun für eure eigene Unterdrückung und Knechtschaft fernerhin eintreten, so bleibt in eurer Lethargie und laßt euch fernerhin von den herrschenden Parteien gebrauchen. Wollt ihr aber für eure Befreiung aus der ökonomischen und politischen Knechtschaft, in der ihr euch heute befindet, eintreten, so tretet ein in die Reihe der Sozialdemokraten, deren Wahlspruch ist: “Durch Willen zur Macht”

“Durch Macht zur Freiheit”

“Durch Freiheit zu Brod”.

Duisburg, den 1. September 1888.

Ein Sozialdemokrat für Alle”

Das “Sozialistengesetz” hatte in der Sozialdemokratie nur einen Namen: “Schandgesetz”. Als es 1890 vom Reichstag endgültig aufgehoben wurde, formulierte die Düsseldorfer Arbeiterzeitung in einer bissig-ironisch gemeinten “Traueranzeige” folgenden Text:

“Heute starb, nach langem qualvollen Leiden, gestärkt durch die Heilmittel des Zentrums, trotz der zärtlichen Pflege des deutschen Freisinns, unser innigstgeliebtes Kind Ausnahmegesetz im zarten Alter von zwölf Jahren an der unheilbaren Krankheit Nichtnutzigkeit. Die trauernden Hinterbliebenen Junker konservativ nebst Lottchen, geb. Liberal”.

III. Aufbau - Der Allgemeine Arbeiterverein für Duisburg und Umgegend 1891 - 1897

“Unterzeichneter theilt der löblichen Polizeibehörde hierdurch mit, daß sich am 15. d. M. ein allgemeiner Arbeiter Verein gegründet hat. Anbei übersende ich das Statut nebst Mitgliederliste & bitte die vorgeschriebene Bescheinigung hierüber ertheilen zu wollen.”

Mit diesem Schreiben vom 18. Februar 1891 an die Duisburger Polizei zeigte der Schreiner Ferdinand Zimmermann als Kassierer an, daß sich in Duisburg nach der Verfolgungszeit des Sozialistengesetzes wiederum ein “Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein” gegründet hatte.

In seinem Statut formulierte der “Allgemeine Arbeiterverein für Duisburg und Umgegend” als seine Ziele:

“Der Arbeiter-Verein hat zum Zweck gegenseitige Belehrung, Vorträge und Besprechung über öffentliche, soziale, wirtschaftliche, kommunale und politische Angelegenheiten, das Interesse im öffentlichen Leben zu fördern, und Pflege der Geselligkeit durch belehrende Vorträge, Anschaffung einer lehrreichen Bibliothek u.s.w., Gewährung von Unterstützung an in Not geratene oder durch ihre Thätigkeit für den Verein geschädigte Mitglieder.”

Mitglied werden konnte man im Arbeiterverein nach Zahlung einer Einschreibgebühr von 20 Pfennigen, der Monatsbeitrag betrug ebenfalls 20 Pfennige, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit ruhte der Beitrag. Der Verein wurde von einem Vorstand geführt, der die Positionen des 1. und 2. Vorsitzenden, des 1. und 2. Kassierers und des 1. und 2. Schriftführers kannte. Zur Kontrolle “über das ganze Vereinswesen” und die Kasse waren 3 Revisoren gewählt.

Damit war in Duisburg wieder eine Keimzelle der Sozialdemokratie entstanden; und der Verein sah sich, wie der Name belegt, deutlich in der Tradition des stark auf Lassalle ausgerichteten Vorgängervereins vor dem Sozialistengesetz.

Dem ersten gewählten Vorstand gehörten an : Der Maurer Fritz Kahl als Vorsitzender, der Schreiner Ferdinand Zimmermann als Kassierer und Ernst

Fischer als Schriftführer. Im April 1891 hatte der Verein bereits 245 Mitglieder aufgenommen.

Es war nun keineswegs so, daß nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Arbeit des Vereins von der Polizei ungehindert sich hätte entfalten dürfen. Im Gegenteil: Wenngleich die Vereinsgründung und politische Versammlungen nicht mehr verboten waren, so tat sich die überwachende Polizeibehörde doch durch kleinliche Schikanen und Einschränkungen, wo immer möglich, hervor. Fritz Kahl hat darüber aus der Erinnerung berichtet:

“Zu Beginn des Jahres 1891 wurde der Allgemeine Arbeiterverein, der schon vor Inkrafttreten des Schandgesetzes bestanden hatte, neu gegründet. In einer Mitgliederversammlung, die um 12 Uhr noch nicht beendet war, verlangte der überwachende Beamte, daß Schluß gemacht würde, und als dieses nicht geschah, löste er die Versammlung auf. Auf unsere Beschwerde erklärte der Oberbürgermeister: “Auf Grund des Vereinsgesetzes kann eine Versammlung, welche für einen bestimmten Tag angemeldet ist, durch den anwesenden Beauftragten der Polizeibehörde geschlossen werden.” Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß durch die lange Dauer der Versammlungen eine erhebliche Belastung der Polizeiverwaltung eintrete. Nun meldeten wir für nachts 12 Uhr eine neue Versammlung an. Diese, hieß es, könne im Interesse der öffentlichen Ordnung nicht geduldet werden. Erst auf eine Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf, worin auf eine Verfügung des Ministers des Innern Bezug genommen wurde, wurden die Versammlungen aus diesem Grunde nicht mehr aufgelöst. Nun begannen andere Schikanen der überwachenden Beamten. Einer verlangte seinen Platz am Vorstandstisch. Ein anderer, daß jeder Redner vom Rednerpult aus sprechen sollte usw. Sämtliche Mitglieder mußten an- und abgemeldet werden. Wenn die Polizeibehörde nicht mehr durchfinden konnte, verlangte sie

ein ganz neues Verzeichnis. Frauen, Jugendliche und Lehrlinge durften an Vereinsversammlungen nicht teilnehmen. Aber auch aus öffentlichen Versammlungen wurden diese unter den wichtigsten Vorwänden ausgewiesen oder die Versammlungen aufgelöst. Beschwerden gegen diese Willkür wurden mit komischen Gründen abgewiesen. Dafür ein paar Beispiele: In einer Antwort auf eine solche Beschwerde im Jahre 1895 heißt es nach Bezugnahme auf das Vereins- und Versammlungsgesetz: Die öffentliche Versammlung vom 9. August dieses Jahres, auf welche sich Ihre Beschwerde bezieht, kann nach den mir vorliegenden Beschlüssen des Parteitag und nach den Auslassungen der Presse der Sozialdemokratischen Partei nicht als eine von Ihnen, sondern nur als eine von dem sozialdemokratischen Rheinisch-Westfälischen Agitationskomitee angesehen werden. Daraus wäre zu ersehen, daß das A.-K. ein politischer Verein sei und Frauen deshalb nicht teilnehmen durften... Aehnliche Schwierigkeiten wurden bei den Maifeiern gemacht. 1896 wurde um die Erlaubnis ersucht, Konzert, Theater und komische Vorträge zu veranstalten. Das Konzert wurde gestattet, alles andere dagegen verboten, da der Anmeldende weder die Konzession besitze noch sonst als berechtigter Veranstalter angesehen werden könne (!!!) Im Jahre 1897 wurde die Maifeier mit einer anderen Begründung verboten. Nun hieß es, es handele sich lediglich um eine Veranstaltung des Allgemeinen Arbeitervereins zum Zwecke der Agitation, woran Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge nicht teilnehmen dürften. Beschwerden dieserhalb beim Regierungspräsidenten wurden, wie wir allerdings vorher wußten, abschlägig beschieden. Ausflüge, die nun zur Maifeier arrangiert wurden, wo die Beteiligung immer nur eine schwache war, wurden stets von einem starken Polizeiaufgebot begleitet, und wenn es diesen Herrn einfiel, dann verboten sie selbst im Wald das Singen und Pfeifen. Diese angeführten Schikane ließen sich um ein Vielfaches vermehren. Ganz besonders tat sich ein Polizeikommiss-

sar, namens Voß, hervor. Dieser glaubte, die Sozialdemokratie in Duisburg ausrotten zu können. Erreicht hat er nur, daß wir für längere Zeit überhaupt kein Lokal bekamen. Denn bei jeder, auch der kleinsten Veranstaltung, erschien er mit noch einem Beamten zur Überwachung. Einige Beamte postierten sich in der Gaststube und andere vor dem Lokal. Hierdurch wurden die Wirte natürlich eingeschüchtert und der Zweck war erreicht. Doch was ein Bismarck nicht fertigbringen konnte, konnte ein Polizeikommissar noch viel weniger erreichen."

Unterdrückt werden konnte der Sozialdemokratische Arbeiterverein in Duisburg durch die fortgesetzten Verfolgungsmaßnahmen der Polizei nicht mehr, jedoch blieb er in seiner Wirksamkeit vorerst begrenzt. Das zeigt schon die Entwicklung der Mitgliederzahlen (April 1891 - 245; März 1892 - 215; Januar 1894 - 115; Februar 1895 - 86, Jan. 1896 - 58, Januar 1897 - 99 Mitglieder).

In dem kleinen überschaubaren Duisburger Verein herrschte dennoch ein reges, fast familiäres Leben. Der Geschäftsbericht für 1893 spricht etwa von 21 Versammlungen, 8 Vorträgen und 4 Vorlesungen. Die abendlichen Vereinsversammlungen fanden alle vierzehn Tage am Samstag, später am Sonntag statt - bis 1894 im Lokal "Zu den drei Kronen", Knüppelmarkt 2, wo der Verein einen eigenen Schrank besaß und ein Lassalle-Bild an den Gründer erinnerte, danach meist im Lokal Küpper, Klosterstraße 11. Um zu verdeutlichen, wie eine solche Versammlung damals abliefe, sei aus dem Protokoll des überwachenden Polizeibeamten (unsere Hauptkenntnis über die Entwicklung des Arbeitervereins entnehmen wir den archivierten Polizeiprotokollen und dem behördlichen Schriftverkehr) einer Versammlung im September 1891 zitiert, zugleich ein Beispiel für die fortwährenden Schikanen gegenüber den Sozialdemokraten:

"Die am gestrigen Abende in der Wirtschaft von Emil Breßer Knüppelmarkt anberaumte Versammlung des Arbeiter-Vereins wurde um 9.25 Uhr durch den Vorsitzenden Maurer Fritz Kahl eröffnet. Auf der Tagesordnung stand:

Allg. Arbeiter-Verein Duisburg.

Samstag, den 26. März, Abends 8¹/₂ Uhr,
im Vereinslokal bei Herrn Wirth Breßer (8 Kronen):

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die zehn Gebote des Kapitals.
2. Fragekasten - Verschiedenes.

Gäste willkommen. Eintritt frei.

Der Vorstand.

Duisburg.

Sonntag, den 27. März 1892,
Vormittags 11 Uhr,

im großen Saale der „Schänenburg“: (130)
Nochmaliger

**Vortrag über: „Die Judenfrage und die
Bedeutung des Antisemitenthums“.**

Eintritt 20 Pf.

Der Clubrufer.

Sonntag, den 27. März 1892,

Nachmittags 4 Uhr,

in dem großen Saale der „Schänenburg“:

Grosse

Volk's-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Protest gegen das Volksschul-Gesetz.

Referent: Redakteur Klemke-Bleisfeld.

Zur Deckung der Tageslosten werden 10 Pf. Entree erhoben.

Der Clubrufer.

Anzeigen in der "Niederrheinischen Volkstribüne", 24. 3. 1892

1. Vortrag über Volkserziehung

2. Verschiedenes

3. Fragekasten

Der Tischler Maling erhielt über der ersten Punkt der Tagesordnung das Wort, er betonte hauptsächlich, daß gerade die Erziehung der Arbeiterkinder viel zu wünschen übrig lasse. Die Frauen müßten in vielen Fällen, da der Verdienst des Mannes nicht ausreichte, auf Fabriken von morgens früh bis abends spät arbeiten und könnten folglich für die Erziehung ihrer Kinder wenig oder garnichts thun. Man sei daher gezwungen, den Lehrern dies vollständig zu überlassen. Was aber ein Kind in den Volks-

schulen lernte, sei für sein ferneres Fortkommen nicht maßgebend; Religion und Patriotismus würde ihnen eingetrichtert, doch hätten diese beiden Fächer für den Arbeiter keinen Sinn. Ferner seien die Volksschulen überfüllt, er könne Klassen vorweisen von 150 Köpfen, dagegen finde man in den Klassen der höheren Schulen höchstens 50 Schüler. Dann müsse auch dahingewirkt werden, daß den Kindern des Proletariats Gelegenheit geboten würde, die höheren Schulen zu besuchen. Ferner müsse versucht werden, auch in den kleineren Städten Volksschulen, wie solche in Berlin existierten,

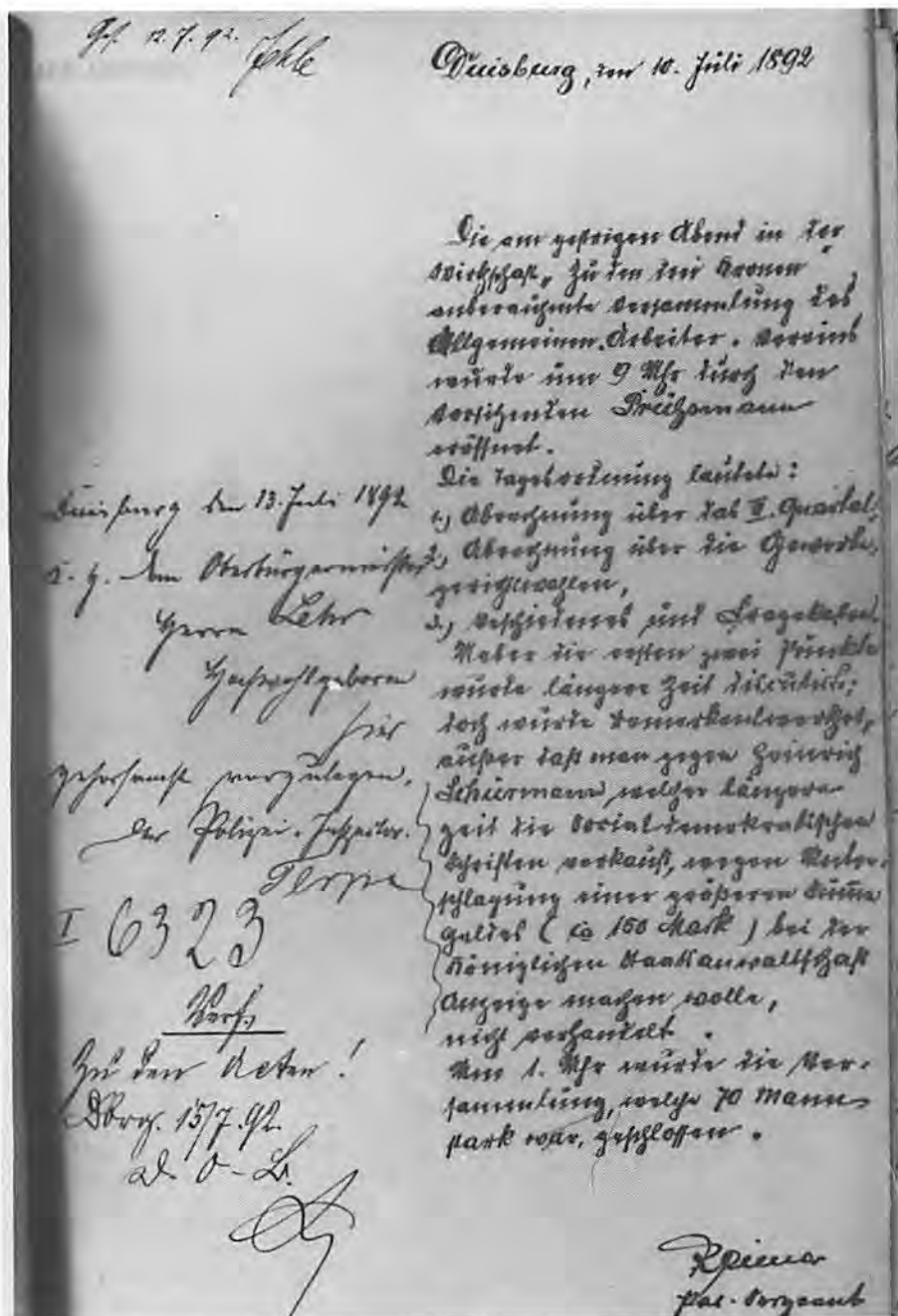
einzuführen; freilich fehle hierfür vorläufig noch das Geld. Diese Schulen würden der Social-Demokratie zu ihrem Zwecke verhelfen. Tischler Geiseler erhält das Wort, derselbe schlägt vor, es müßten gewandte Redner die religiösen Arbeiter-Vereine besuchen und die Leute daselbst in ihrer Dummheit aufklären. Maurer Kahl erwiderte hierauf, ein einzelner ihrer Partei würde bei dieser Schlacht unkommen, der würde rausgeworfen. Er empfehle jedoch dem Antragsteller Geiseler, welcher doch Mitglied des katholischen Gesellenvereins sei, seine katholischen Kollegen in dem Verein aufzuklären, sich wenn möglich bei den stattfindenden Versammlungen zu Wort zu melden usw. Tischler Maling

schlägt vor, am nächsten Samstag 25. d. Mts eine Versammlung, wo auch den Frauen Zutritt gewährt würde, anzuberaumen. p. Kahl erwidert hierauf, daß nach dem Vereinsgesetz Frauen in politischen Vereinen, sobald über Politik diskutiert würde, keinen Zutritt hätten. Es wurden noch einige Fragen erklärt. Da es nun 12 Uhr geworden und von Seiten des Vorsitzenden Kahl, trotz meiner Erinnerung, die Versammlung nicht geschlossen wurde, so löste ich die Versammlung auf mit den Worten: Ich löse hiermit die Versammlung auf. p. Kahl las mir aus einem Zeitungsausschnitt vor, daß ihm das Recht zustünde, nach 12 Uhr zu verbleiben und habe die Polizei kein Recht, die Versammlung aufzu-

lösen. Ich antwortete hierauf, daß ich mich auf Zeitungsberichte nicht einlassen werde; die Versammlung sei eine öffentliche und habe ich sie, da es 12 Uhr sei, aufgelöst. Hierauf erklärte p. Kahl mit den Worten, er werde den Beschwerdeweg einschlagen, die Versammlung sei geschlossen und wurde der Saal von den etwa 100 anwesenden Personen baldigst verlassen.
Reimer Polizei-Sergeant"

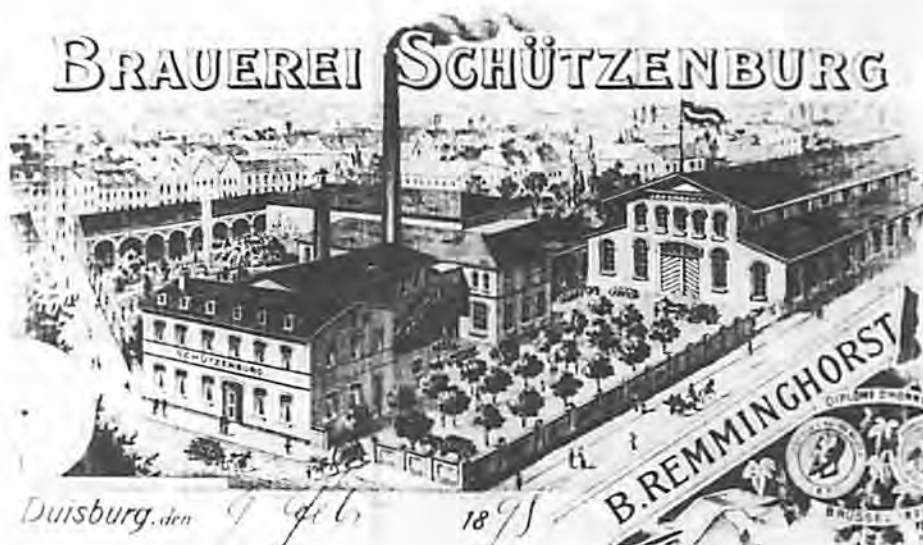
Wie die beschriebene Versammlung verliefen die Abendversammlungen immer nach fester Tagesordnung. Im Mittelpunkt stand meist ein Hauptreferat, zu dem auch auswärtige Redner eingeladen wurden, mit anschließender Diskussion; davor oder danach wurden Parteigeschäfte wie Mitgliedsaufnahmen und die Kassierung erledigt. Themen der Referate waren z. B.: "Die Marx'sche Werth-Theorie (1892), Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft (Martha Rohrlack, Berlin, 1892), Sklaverei und moderne Lohnarbeiter (A.Reichenbach, München, 1893), Verlesung des Erfurter Parteiprogrammes (1893); Die Feinde der Sozialdemokratie (Haukamp, Hilden, 1893); Menschenrechte und ihre Verwirklichung (Wesch, Crefeld, 1893), Sozialreform und Wohlstand (1894); Bedeutung des deutsch-russischen Handelsvertrages (Kahl 1894); Hat die untere Bevölkerung in Zukunft Erlösung zu erwarten? (1894); Partei und Religion (Wessel, Düsseldorf, 1895), Die Revolution des Bürgertums und der Befreiungskampf der Arbeiterklasse (Hetz, Mörs, 1896), Die soziale Partei vom Jahr 325 bis heute (Rapp, Crefeld, 1896); Naturkräfte und Naturgesetze (Fröhling 1896); Die Arbeiterorganisation als Stätte der Schulung, Bildung und Moralität (König, Witten, 1896)". Eine Einrichtung von besonderem Interesse war der "Fragekasten". Hier wurden allgemein wichtige politische Fragen eingeworfen und auf der nächsten Mitgliederversammlung beantwortet, z.B.:

"Wie oft darf der Kaiser den Reichstag auflösen? - Schädigen die Innungen die Sozialdemokratie? - Ist die Behörde verpflichtet, die zu ihrer Kenntnis gelangte Gesetzesübertretung "Ausbeutung jugendlicher Arbeiter" zu verfolgen? -



Polizeiprotokoll der Versammlung des "Allgemeinen Arbeiter-Vereins" 9. 7. 1892

Was bedeutet das Wort "Hospitant"? - Wie kommt es, daß die Frauen aus unseren Versammlungen ausgewiesen werden? - Was heißt sozial und was heißt demokratisch? - Hat ein Polizeibeamter das Recht, eine Person, welche des Nachts auf der Straße steht, wegzubringen bzw. abzuführen? - Was ist ein Ritualmord? - Wie war das Verhältnis der Gräfin Hatzfeld zu Lassalle? "



Schützenburg, Duisburger Festsaal für Großveranstaltungen (Bild von 1898)

Über die Vereinsversammlungen und die öffentlichen Agitationsversammlungen besonders in Wahlzeiten hinaus gab es bestimmte regelmäßige Feiern im Jahr. Seit 1891 führte man in Duisburg die Feier zum 1. Mai durch. Über diese erste Maifeier in Duisburg liegt ein ausführlicher Bericht in der "Allgemeinen Arbeiter-Zeitung" vor:

"Vormittags fand ein FreKonzert im Vereinslokal "Drei Kronen" statt, anschließend wurde die alte wieder restaurierte Fahne geweiht. Die Fahne wurde mit einer kernigen Ansprache des Vorsitzenden dem Fähnrich übergeben, danach sang die Festversammlung die Marseillaise".

Nachmittags fand die offizielle Feier in der Schützenburg statt:

"Der Saal war der Feier gemäß festlich geschmückt. Im Hintergrund prangte der mit Gierlanden und rothen Schleifen geschmückte Wahlspruch von Marx: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Ferner das Portrait von Lassalle und ein Gedenkblatt an den Gothaer Kongreß 1875. An den Pfeilern im Saal waren Inschriften angebracht, welche auf die Arbeiterbewegung Bezug haben. Das Fest wurde mit einem Musikstück eröffnet, hierauf folgte der allgemeine Gesang. Nach dem wurde die Fahne enthüllt, dabei sang die Gesangsabteilung das Bundeslied, welches großen Beifall erntete. Da die Gesangsabteilung auch im Besitze einer sehr schönen rothen Fahne ist, so prangten zwei solcher im Saal. Die Vereinsfahne trägt nachstehende Devise: Unser Banner sei das Morgenroth der Eintracht und Bruderliebe. Einer für Alle. Alle für Einen. Die andere Seite enthält die Worte: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Duisburg 1873. Hierauf wechselten Musikstücke, deklamatorische Vorträge und Gesang einander ab. Beim Vortragen des Liedes: "Die Freiheit", welches von einem Vereinsmitglied verfaßt

ist, wurde die Gesang-Abteilung durch stürmischen Beifall noch einmal hervorgerufen. Sodann sangen noch anwesende gemäßigete Bergleute aus Oberhausen das Lied: "Auf Kameraden durch Nacht zum Licht", welches begeisterte Aufnahme fand. Ebenfalls waren mehrere Essener Genossen vertreten. Die selben konnten dort ein Lokal nicht bekommen und überbrachten den Brudergruß von den dortigen Genossen. Nach Schluß des Konzertes fand ein Festball statt, welcher 4 Uhr Morgens in ungestörter Weise seinen Schluß fand. An den fröhlichen vergnügten Gesichtern bei Alt und Jung konnte man die Zufriedenheit aller sehen. Jeder war beseelt, dem Anderen das Fest so angenehm wie möglich zu machen und wollen wir hoffen, daß manchem noch un-differenten Arbeiter dadurch die Augen geöffnet werden. Auch wollen wir an dieser Stelle auch der Polizeibehörde unseren Dank abstellen, wemgleich dieselbe uns den Festredner verweigerte, so ist dieselbe während des ganzen Festes fast gar nicht erschienen, hätte auch nicht Ursache gehabt irgendwie einzugreifen, es ist nicht das Geringste vorgefallen."

War diese erste Maifeier zwar von der Polizei kaum beeinträchtigt worden, so waren die nachfolgenden Feiern der Polizei doch ein besonderer Dorn im Auge, wie der folgende Bericht der Niederrheinischen Volkstribüne, der in Duisburg verbreiteten Arbeiter-Zeitung, vom 1. Mai 1897 zeigt:

"... In der inneren Stadt wurden uns

schon seit einigen Jahren sämtliche größeren Lokale für unsere Versammlungen und Festlichkeiten verweigert; wir hatten aber wenigstens in den Vororten Hochfeld und Neudorf noch einige Lokale zur Verfügung. Jetzt tritt aber auch hier eine Aenderung ein. Die Hochfelder Wirthe, die um ihre Lokale zur Maifeier angegangen wurden, hatten allerlei Ausflüchte, und der Wirth Eickhold in Neudorf erklärte rund heraus, daß wir auf sein Lokal nicht mehr zu rechnen brauchten, denn die Krieger-, Turn- und Gesangvereine hätten ihm erklärt, daß sie mit den Sozialdemokraten in einem Lokale nicht mehr tagen dürften und könnten, ja, der Turnverein wäre schriftlich von dem Gauvorsitzenden, einem hiesigen Fabrikanten Curtius, der auf allen Turnfesten sich durch seine patriotischen Reden bemerkbar macht, aufgefordert worden, nicht mehr bei ihm (dem Wirth) zu verkehren. Ebenso hätten der Polizeiinspektor und Polizeikommissar ihn überredet, die Sozialdemokraten nicht mehr in seinem Lokale zu dulden. Hoffentlich werden die Arbeiter sich diese Wirthe merken, und dieselben mit ihren Krieger-, Turn- und Gesangvereinen sowie Polizeibeamten alleinlassen."

Als nun trotzdem die Maifeier, welche im Küpper'schen Lokale abgehalten werden soll, beschlossen wurde, mußte natürlich auch die Kampfweise eine andere werden. In erster Linie wurde von der Polizei verlangt, daß sämtliche Gesang- und deklamatorischen Vorträge vorgelegt werden, und als auch

Maifeier 1897.

Samstag, den 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr:
Treffpunkt bei H. Rüpper, Klosterstraße 11.

Abends von 7 Uhr an im obigen Lokale:

Konzert, Gesang- und komische Vorträge.

Abends 9 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent
Genosse Hengsbach-Köln.

Entree 30 Pfg. Entree 30 Pfg.

Da die Polizeibehörde den Frauen die Theilnahme an dieser Feier verboten hat, ist es Pflicht der Männer desto zahlreicher zu erscheinen. 4533 Das Komitee.

Anzeigen zur Maifeier 1897

dieses geschah, mußte dem Herrn Oberbürgermeister hierüber Vortrag gehalten werden.

Die Folge war nun erstens das Verbot des Liedes "Die rothe Fahne", (dem Spießbürger könnte aber auch beim Singen dieses Liedes das Gruseln überlaufen), zweitens das Verbot der Theilnahme der Frauen an der Festlichkeit, weil die ganze Festlichkeit (nach Ansicht der Behörde) von einem politischen Verein, dem Allgemeinen Arbeiterverein, arrangirt sei und wenn dieses evtl. nicht durchgehen sollte, doch die Maifeier-Kommission ein Verein sei.

Alle Vorstellungen unseres Vertrauensmannes gegen diese doch jeden Beweises entbehrenden Behauptungen blieben fruchtlos und hat es somit den Anschein, als ob auf jeden Fall die Maifeier verhindert werden soll. Doch gelehrt und schmiegsam wie die Sozialdemokraten in solchen Fällen sind, werden wir uns auch diesem Verbote anzupassen wissen und trotzdem und allem unsere Maifeier halten. Nach der schriftlichen Zustellung dieses Verbots werden wir noch darauf zurückkommen und selbstredend Beschwerde führen. Pflicht der Genossen ist es, jetzt dafür zu sorgen, daß die diesjährige Maifeier so imposant wie noch nie vorher wird, denn Druck erzeugt natürlich Gegenruck und jeder Genosse muß dahin

streben, daß das Wort von der Macht, die das Böse will und doch das Gute schafft, Wahrheit bleibt."

Neben den Maifeiern fanden die Gedenkfeiern zum Todestag Lassalles statt. Wie eine solche Gedenkfeier abließ, schilderte die "Niederrheinische Volkstribüne" am 8. September 1892:

"Der gestern vom hiesigen Allgemeinen Arbeiterverein zur Feier des Lassalletages unternommene Ausflug ist auf das Beste verlaufen. Um 1 Uhr fuhren die Genossen mit Angehörigen per Extrazug (der Dampfbahn d. V.) zur Monning und von dort ging der Weg etwa eine Stunde weit zu Fuß durch den Wald nach dem Restaurant Rommelswinkel in Saarn. Auch die Genossen von Mülheim a. d. Ruhr hatten sich daselbst zahlreich eingefunden, sodaß die gesammte Gesellschaft wohl über 300 Personen zählte. Die betr. Ortspolizeibehörde hatte Sorge getragen, daß die Gesellschaft in ihren Spielen und Verlustigungen nicht durch unberufene Hände gestört wurde, wohl über ein halbes Dutzend Polizisten und Gendarmen sowie ein Polizeikommissar hielten Wache, und so konnte das Fest denn einen schönen Verlauf nehmen. Auch Regengott Pluvius war den Genossen günstig und sorgte für gutes Wetter, der Gesangverein Teutonia trug einige schöne Lieder vor und brachte

gute Stimmung in die Gesellschaft und der Wirth und die Wirthin taten ihr Bestes, um die Gesellschaft gut zu bewirthen. Um 7 Uhr kehrten die Genossen zurück, um in Duisburg und Mülheim in den Vereinslokalen des großen Kämpfers Ferdinand Lassalle zu gedenken."

Im Zusammenhang mit den Parteifeiern ist auch auf die besondere Rolle der Fahnen hinzuweisen, über die ein Rückblick berichtet:

"Es war uns bekannt, daß vor dem Sozialistengesetz zwei Fahnen vorhanden gewesen waren. Eine des Allgemeinen Arbeitervereins, angeblich ein Geschenk der Gräfin Hatzfeld, und eine des Gesangvereins "Teutonia". Niemand wußte, wo diese geblieben waren. Die Partefahne wurde nach langem Suchen endlich in der Wirtschaft Werth an der Beekstraße oben auf dem Boden, hinter den Sparren steckend, aufgefunden, allerdings von Motten arg zerfressen. Diese wurde dann gereinigt und bei einer Veranstaltung des Allgemeinen Arbeitervereins unter ungeheurer Begeisterung aufs neue geweiht. Die Fahne des Gesangvereins wurde dann auch bald in einer Wirtschaft in der Werthauer Straße entdeckt. Hier aber sollten noch Schulden des alten Vereins beglichen werden. Nach Gründung eines neuen Vereins "Teutonia" gelangte dann auch diese Fahne wieder in den Besitz des Vereins."

Über die traditionellen Feiern hinaus versuchte der "Allgemeine Arbeiterverein", gesellige Abende zu veranstalten, hatte sich hier aber mit dem besonders hartnäckigen Widerstand der Polizei auseinanderzusetzen.

Über einen dieser Abende 1895 berichtete der überwachende Polizeibeamte: "Bei der vom Unterzeichneten und dem Polizeisergeanten Matthäus gestern Abend 9 1/2 Uhr vorgenommenen Revision des vom Vorstande des Allgemeinen Arbeiter-Vereins Richard Zieger zu 9 Uhr im Locale des Wirthes Bernh. Rorei, hier, angemeldeten gemütlichen Abends stellte sich heraus, daß etwa 120 - 150 Personen, worunter sich Frauen, Kinder bzw. Lehrlinge befanden, eine Sitzung abhielten, in welcher Klavier- und declamatorische Vorträge pp. politischen Inhaltes zur Aufführung kamen. Diese Sitzung machte nach diesseitigem Ermessen keineswegs den Eindruck eines

gemüthlichen Beisammenseins, sondern ließ vielmehr in jeder Weise eine socialdemokratische Agitation erkennen, wie sie bereits in früheren Versammlungen angeregt worden ist. Dieserhalb forderte Unterzeichneter den p. Kahl, welcher im Saale sich befand, und sodann, weil dieser nicht competent sein wollte, den Einberufer Zieger, welcher in der unteren Gaststube sich befand, auf, die anwesenden Frauen, Kinder und Lehrlinge zu veranlassen, die Sitzung zu verlassen. Nach dreimaliger Aufforderung leistete p. Zieger Folge, und nun entfernten sich unter lautem Tumult besonders der Frauen die gesammten Anwesenden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und weil p. Buß in aufgeregter Weise auf mich eindrang, ließ ich die Polizeisergeanten Pechstedt und Bölling ins Local rufen..."

Die Duisburger Polizei hat nach dieser Veranstaltung dann besonders intensiv versucht, ähnliche Ansätze zu geselligen Veranstaltungen in den nächsten Jahren zu unterbinden.

Über die politische Arbeit in Mitgliederversammlungen und Wahlkämpfen hinaus spielte die Bildungsarbeit im Leben des Vereins schon zu dieser Zeit eine wichtige Rolle. Seit Vereinsgründung bestand eine Vereinsbibliothek als Ausleihbibliothek für Mitglieder. Die Bibliothekare wurden bei den Vorstandswahlen gewählt. Im Jahre 1894 erwähnt der Geschäftsbericht, daß seit Bestehen

des Vereins 380 Mark für die Bibliothek ausgegeben worden waren - zum Vergleich: Der Jahresarbeitslohn eines Bergarbeiters betrug zu dieser Zeit 1050 DM.

Auf den Festen des Vereins wurden Theaterstücke aufgeführt, z. B. 1892 "Der Preßprozeß oder die Tochter des Staatsanwalts", "Die Arbeitervereine haben doch eine Zukunft. Soziales Bild in 3 Abtheilungen" von Heinrich Friedrich. Außerdem pflegte man gelegentlich "lebende Bilder" zu stellen. 1893 soll ein Dilettanten-Verein (Laienspiel) gegründet werden. Daß aber auch in den Mitgliederversammlungen kulturelle Themen durchaus zur Sprache kamen, zeigt etwa die Tatsache, daß im November/Dezember 1895 in drei Versammlungen nacheinander Hauptmanns Drama "Die Weber" ganz vorgelesen wurde.

Andere kulturelle und allgemeinbildende Themen aus den Jahren 1895/96 waren z.B. "Natur und Religion (Wessel, Düsseldorf, 1895), Entstehung und Entwicklung der Erde und des Menschen (Heusgen, Mülheim, 1895), Naturkräfte und Naturgesetze (Fröhling, Duisburg, 1896), Moderne Volksbildung (Heusgen, Mülheim, 1896), Die Arbeiterorganisation als Stätte der Schulung, Bildung und Moralität (König, Witten 1896), Die Jugenderziehung (Schulz, Berlin, 1896), Religion und Freiheit (Binde, Vohwinkel 1897)".

Ein im Jahre 1892 gegründeter "Diskutierclub", "in dem sich die Genossen die gegenseitige Ausbildung in wissenschaftlichen, wirthschaftlichen und politischen Fragen zur Pflicht machen", scheint aber nur kurze Zeit bestanden zu haben.

Duisburg! Duisburg!

Recht: Et kommt doch wat de komme saß,
Et wot fring wotde oder!

Männer-Gesangverein, Teutonia'.

Rosen-Montag, den 29. Februar,
in Saale des Herrn J. Hansen, am Schloß, im neubauten Saale:

Großer Masken-Ball.

Anfang 6 Uhr. (8)
Karten im Vorverkauf zu 60 Pf., 1 Karte frei. Sind zu haben bei den Mitgliedern, sowie bei den Herren Richard:enzen J. Hansen und G. Steiner.

Sakayreid 75 Pf.

Simplex Damen 50 Pf.

Der Vorstand.

Rüthle: Kheiden an der Hoff.

Festanzeige Gesangverein "Teutonia" (Niederrheinische Volkstribüne vom 25. 2. 1892)

Die einzige Organisation aus dem sozialdemokratischen Umfeld, die auch in der Zeit des Sozialistengesetzes zeitweilig fortbestanden zu haben scheint, war der Gesangverein "Teutonia", der, 1873 gegründet, Anfang der neunziger Jahre neugegründet wurde und sich wieder stark zur Sozialdemokratie hin orientierte. Und entsprechend bekam er es auch sofort mit der Polizei zu tun, wie aus dem folgenden Polizeiprotokoll (vom 29. 4. 1895) hervorgeht:

"Heute Nachmittag gegen 5 Uhr zogen 12 Mitglieder des sozialdemokratischen Gesang-Vereins Teutonia, welche zum größten Theil auffallende Vereinsabzeichen zur Schau trugen, mit Fahne und 3 derselben mit besonders auffallenden breiten rothen Schärpen durch die Pootgasse. Es waren diese 1. Tagelöhner Andreas van der Wielen... als Fahnenträger 2. Tagelöhner Wilhelm Ringler... 3. Tagelöhner Wilhelm Wagner... als direkte Fahnenbegleiter insofern als sie rechts und links neben der Fahne einerschritten. Die anderen 9 Personen folgten den 3 Vorgenannten, so daß man einen öffentlichen Aufzug in ungeordneten Reihen erblickte. Da dieselben zu einem derartigen Aufzug eine polizeiliche Genehmigung auf Erfordern nicht vorzeigen konnten und außerdem der ganze Aufzug wegen der... Abzeichen den Anschein einer sozialdemokratischen Demonstration hatte, so wurde der Aufzug durch den Unterzeichneten im Beisein des Polizeisergeanten... sofort untersagt und die Fahne zur Verhütung einer weiteren Demonstration und eines Menschauflaufes vorläufig festgehalten und im Polizei-Gefängnis untergebracht..."

Duisburg.

Der Allg. Arbeiterverein

feiert am Sonntag, den 29. Januar 1893,
im Saale der „Schützenburg“ im Neßhöfgen

Winter-Fest

unter gütiger Mitwirkung des Männergesangvereins „Teutonia“, bestehend in

Concert, Theater und Ball.

zur Aufführung gelangt:

Die Arbeitervereine haben doch eine Zukunft.

Einzeltes Bild in 3 Abtheilungen von Heinrich Heine.

Anfang des Concerts Nachmittags 4 Uhr.

Entrée 30 Pf.

Anfang des Balles Abends 8 Uhr.

Einleitung durch Mitglieder ist gestattet.

Morgens von 11—1 Uhr Concert im Breitenstalle „Sa den 8 Strassen“.

Das Fest-Comité.

Anzeige zum Winterfest 1892 (Niederrh. Volkstribüne, 26. 1. 1893)

Dem auch weiterhin lebenskräftigen Arbeiter-Gesangverein Teutonia - 1898 gehörten ihm 73 Mitglieder an - folgte als zweiter Arbeitergesangverein der Männer-Gesangs-Verein Cäcilia, 1894 in Hochfeld gegründet, der kurz darauf (1898) in "Liederbund" umbenannt wurde und bald unter sozialdemokratischen Einfluß gekommen zu sein scheint. Um 1900 erfahren wir, daß dieser Arbeitergesangverein wie auch der Gesangverein Teutonia "sozialdemokratischen Forderungen huldigt".

Die Mitgliedschaft der Partei war zu dieser Zeit lupenrein proletarisch. Eine der bei der Polizei einzureichenden Mitgliederlisten verzeichnete 1892 die Berufszugehörigkeit der Mitglieder. Neben den Gerbern, Müllern, Schustern, Schreibern, Maurern, Holzarbeitern, Fabrikarbeitern, Cigarrenarbeitern, Buchdruckern usw. gab es nur einen Techniker, einen Gastwirt, einen Handelsmann. Und auch im Vorstand des Arbeitervereins fanden sich nahezu ausschließlich Arbeiter. Vorsitzende des Duisburger Allgemeinen Arbeiter-Vereins in der Zeit seines Bestehens waren: Maurer Fritz Kahl (1891), Techniker Hermann Prüßmann (1892), wiederum Fritz Kahl (1893 - August 1894), Schreiner-geselle Richard Zieger (1895 - 1896), Johann Schuch (1896), Johann Buß (1897), wiederum Johann Schuch (1897). Der häufige wechselnde Vorsitz weist darauf hin, daß auch in der Mitgliedschaft des Duisburger Arbeitervereins ein häufiger Wechsel stattfand, wie es die bei der Polizeibehörde vorzulegenden Anmelde- und Abmehdelisten erweisen. Das hat seinen Grund weniger in der wechselnden Anhänglichkeit an die Sozialdemokratie als vielmehr im typischen Arbeiterschicksal dieser Jahrzehnte: Häufiger Arbeitsplatzwechsel und damit auch Wohnortwechsel, manchmal mehrmals jährlich, wirkten sich auch auf die Zugehörigkeit zu den sozialdemokratischen Vereinen aus.

Sicherlich der bedeutendste Führer der Sozialdemokraten in diesen Jahren im Duisburger Raum war der Maurer Fritz Kahl. Er kam 1886 nach Duisburg, nach Wanderjahren, die ihn nach Königsberg, Kassel, Berlin, Braunschweig und Hannover geführt hatten und wo er schon den Kontakt zu der unter dem Sozial-

stengesetz verbotenen Partei gesucht hatte. Beschrieben wird er als "ruhiger, sachlicher Kopf". In Duisburg war er Vorsitzender des "Allgemeinen Arbeitervereins", dann lange Jahre Vertrauensmann des Wahlkreises Duisburg-Mülheim, auch Kandidat bei Reichstagswahlen. Ende der neunziger Jahre betrieb Kahl einen Laden ("Halte mich nach wie vor bei Bedarf von Cigarren, Rauch-, Kau- und Schnupftabacken, Schreibmaterialien und Parteiliteratur bestens empfohlen"), zugleich die Filialexpedition der Parteizeitung "Niederrheinische Volkstribüne", ein typisches Parteischicksal, weil die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie oft die Ausübung des erlernten Berufs unmöglich machte. Kahl verzog schließlich als Sekretär des Bauarbeiterverbandes nach Dortmund.



Fritz Kahl, Duisburger Kreisvertrauensmann bis 1901

In den verstreuten Quellen gibt es einige Hinweise über politische Auseinandersetzungen innerhalb des Arbeitervereins in diesen Jahren. Anarchistische Gedankengänge scheinen unter einigen Mitgliedern Anklang gefunden zu haben. So hieß es in einem Redebeitrag in der Mitgliederversammlung 1894:

"Es wird nach der sozialistischen Gesellschaft die anarchistische folgen, das ist meine feste Meinung".

1896 wurde ein Mitglied, das sich in einer Versammlung als "Anarchist" vorstellte, aus dem Arbeiterverein ausgeschlossen. Im Jahre 1897 wurde ein massiver Konflikt im Arbeiterverein um die gewerkschaftliche Orientierung ausgetragen, als der Vorsitzende Buß zurücktrat und dies damit begründete,

"daß schon seit einigen Monaten eine Hetze gegen ihn bestehe und die Mitglieder sich darüber aufgehalten hätten, daß er nicht gewerkschaftlich organisiert sei und doch Vorsitzender des Allgemeinen Arbeitervereins wäre."

Schon vor Gründung des Duisburger "Allgemeinen Arbeiter-Vereins" waren Ansätze für eine Wahlkreisorganisation der Sozialdemokratie für den Reichstagswahlkreis Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr entstanden. Am 19. November 1890 erfahren wir von der Wahl von 3 Vertrauensmännern für den Wahlkreis (Ludwig Scharnweber, Duisburg, Gerhard Schöpfer, Mülheim, Adolf Weissenhaus, Heißen).

Das erste Protokoll eines "Kreistages" ist für den 2. Oktober 1892 überliefert. Die Kreistage fanden in größeren Abständen als Delegiertenkonferenzen statt; die Parteipresse, die Vorbereitung der Wahlkämpfe, die Wahl von Delegierten zu den Parteitagen im Reich und Bezirk waren häufigere Tagesordnungspunkte. Bis 1900 durften politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten. Für die Kontakte mit der überörtlichen Parteiorganisation (ab 1891 gab es ein Agitationskomitee für Rheinland-Westfalen mit Sitz in Elberfeld, das ab 1892 nur für die Rheinlande, ab 1897 als "Niederrheinisches Agitationskomitee" nur für den Regierungsbezirk Düsseldorf zuständig war) wurde deshalb in den Wahlkreisen der "Vertrauensmann" gewählt. Vertrauensmänner der Partei für den Wahlkreis Duisburg-Mülheim waren ab 1892 Johann Diering (1892-1894), Zimmergeselle Richard Roesch (1894), anschließend Fritz Kahl (ab August 1894).

Wichtiges Propagandamittel zur Verbreitung der sozialistischen Ideen war in diesen Jahren die sozialdemokratische Presse. Jedoch gelang es den Sozialdemokraten im Wahlkreis Duisburg-Mülheim zunächst noch nicht, eine eigene Zeitung herauszugeben. Ein Versuch dazu war unmittelbar nach der Wiedergründung des Arbeitervereins in Duisburg gemacht worden. Doch mußte die "Allgemeine Arbeiter-Zeitung" nach nur 2 Monaten (April / Mai 1891) das Erscheinen einstellen, weil sie zu wenige Leser fand. Anschließend bezog man in Duisburg die "Niederrheinische

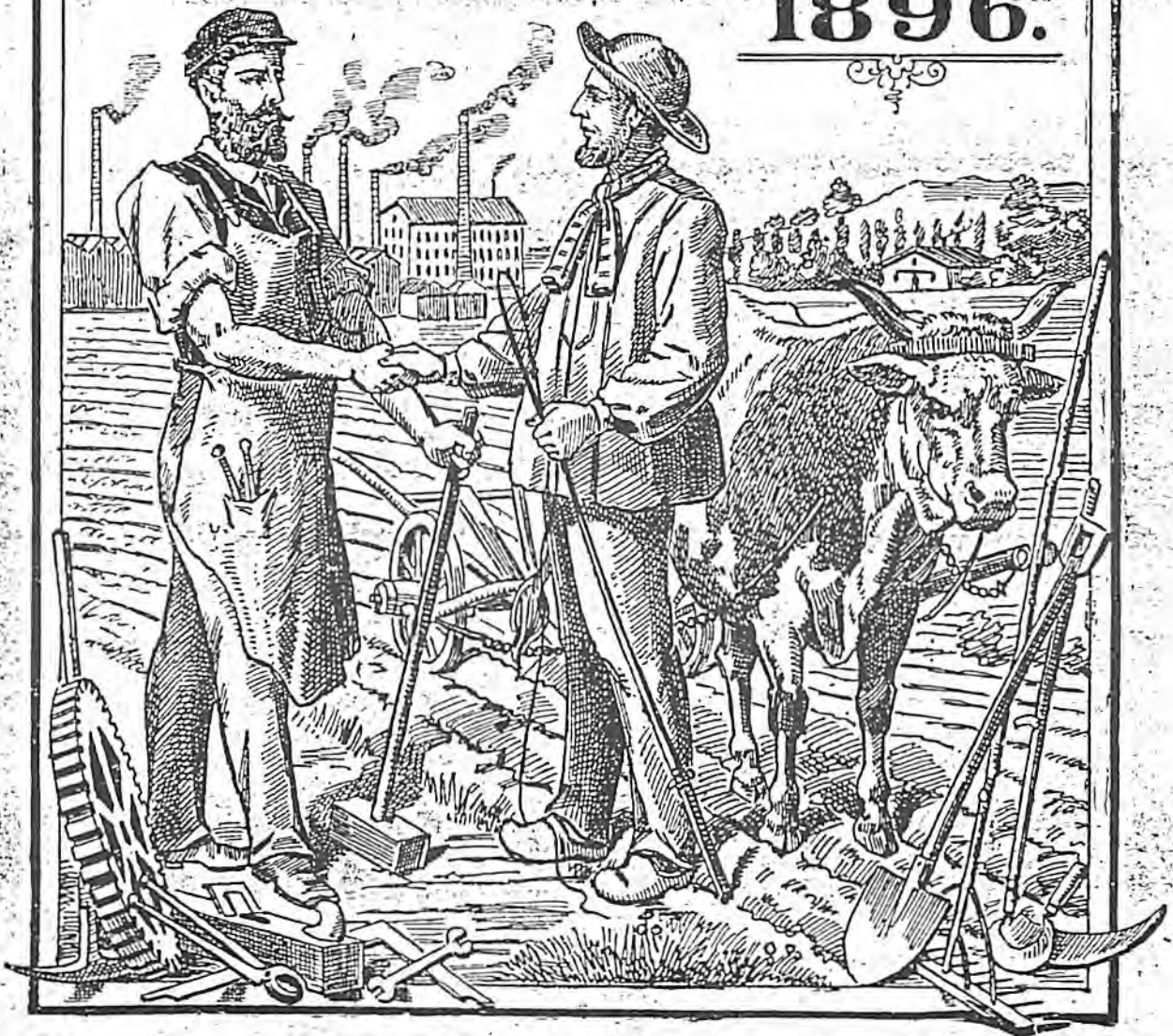
Rheinischer Volkstfreund

Und du ackerst und du säst,
Und du nienst und du nähst,
Und du hämmerst und du spinnst
Sag, o Volk, was du gewinnst?

KALENDER

für das werktätige Volk
in Stadt und Land.

1896.



Druck und Verlag: Buchdruckerei Grimpe, Elberfeld.

Achtung! Parteigenossen

des Wahlkreises Duisburg-Mülheim-Ruhrort-Oberhausen!

Am Sonntag den 28. Mai soll im ganzen Kreis ein Flugblatt verbreitet werden.



Ein Jeder muss auf dem Posten sein!



Die Ausgabestellen und Stunden sind in heutiger Nummer besonders bekannt gemacht!

Aufruf Flugblattverteilung Reichstagswahl 1893 (Anzeige "Niederrheinische Volkstribüne", 27. 5. 1893)

Volkstribüne, Organ für das werktätige Volk der Kreise Düsseldorf, Neuß-Grevenbroich, Mülheim-Duisburg" (gegr. 1889), ein Kopfblatt der Elberfelder "Freien Presse", d. h. die Zeitung erschien unter eigenem Titel, übernahm aber die Artikel zum großen Teil von der Stammzeitung. Wegen des großen Verbreitungsgebietes ging die Zeitung auf die Duisburger Verhältnisse aber nur in beschränktem Maße ein. Periodische Druckschriften, wie sie in den neunziger Jahren unter Sozialdemokraten kursierten, waren die "Neue Welt" und die Monatsschrift "Morgenrot" (ab 1898).

Schwerer als in Alt-Duisburg fiel es den Sozialdemokraten, in den Gebieten nördlich der Ruhr, die damals noch nicht zu Duisburg, wohl aber zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim gehörten, Fuß zu fassen. Zwar versuchten die Duisburger durchaus, die Agitation in diesen Bereichen voranzutreiben. In Ruhrort erfahren wir von einer sozialdemokratischen Wahlversammlung anlässlich der Reichstagswahl 1890. Die erste öffentliche Arbeiterversammlung nach dem Fall des Sozialistengesetzes fand in Ruhrort am 13. Februar 1893 statt.

Das Thema "Die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Kampf der Arbeiter um ihre Rechte" hatte immerhin 120 Personen angezogen. Unter anderem sprach, wie der Polizeibericht meldet, "der als sozialdemokratischer Agitator bekannte Maurer Kahl aus Duisburg."

In Meiderich erhalten wir 1895 Kenntnis von der Verteilung sozialdemokratischer Druckschriften und von der Abhaltung einer Versammlung. Wie der Duisburger Allgemeine Arbeiterverein mitunter versuchte, in den benachbarten Orten zu wirken, geht aus einem Polizeibericht 1896 hervor:

"Die Duisburger Sozialdemokraten, in einer Anzahl von 60 Personen, haben am 1. Mai d. Jhs. nach Meiderich einen Ausflug gemacht, sind jedoch nach Verlauf von einer Stunde, als sie sich von 3 Gendarmen und 7 Polizeibeamten überwacht fühlten, nach Duisburg zurückgekehrt."

Die noch schwache Organisation des Wahlkreisvereins führte dazu, daß in den Wahlen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in Duisburg zwar schon bemerkenswerte Ergebnisse erzielt werden konnten, daß in den umliegenden Ortschaften aber vielfach nur wenige Wählerstimmen für die Partei gewonnen wurden.

Die Reichstagswahl 1890 fand am 20. Februar statt, unmittelbar nachdem der Reichstag es abgelehnt hatte, das Sozialistengesetz zu verlängern (das Sozialistengesetz blieb aber noch bis zum 1. Oktober 1890 in Geltung). Über diesen Wahlkampf noch vor Wiedergründung des "Allgemeinen Arbeitervereins" berichtet aus der Erinnerung Fritz Kahl:

"Auch 1890 konnten Flugblätter nur bei Nacht und Nebel verbreitet werden und Versammlungslokale waren nur selten zu bekommen. Geplante Versammlungen unter freiem Himmel wurden unter den wichtigsten Vorwänden verboten. Nach vielen Bemühungen war es uns gelungen, das Lokal "Zum Stockfisch" in Broich vor den Toren Mülheims für eine Versammlung zu

bekommen. Als Referent war der Genosse Slomka, damals in Hannover, erschienen. Festes Entree durfte damals zu den Versammlungen nicht erhoben werden, deshalb hatten wir am Saaleingang ein paar zuverlässige Genossen mit Tellern gestellt, die freiwillige Spenden entgegennahmen. Doch es erschien gleich ein Herr in Zivil mit einem Polizeikommissar, der sich als Bürgermeister von Broich und als Überwachender der Versammlung vorstellte und befahl, den Teller fortzunehmen. Nach längeren Verhandlungen, bei denen wir erklärten, daß wir ja nur unsere Unkosten, die nicht allzu hoch wären, gedeckt haben wollten, und daß wir ihm gerne den Überschuß für seine Armen übergeben wollten, gestattete er dann, daß die Genossen mit den Tellern am Eingang verbleiben konnten. An eine Kontrolle dachte er glücklicherweise nicht. Die Versammlung wurde nun stark besucht, ungefähr zur Hälfte von Arbeitern und zur Hälfte aus Gegnern..."

Nur wenige weitere Versammlungen konnten in diesem Wahlkampf stattfinden, darunter eine in Ruhrort. Dennoch sammelte der sozialdemokratische Kandidat Fritz Kahl im Wahlkreis

Allg. Arbeiterverein Duisburg.

Sonntag, den 28. Mai, Abends 6 Uhr,
im Saale der Buec Breker, "Drei Kronen":

Öffentliche

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Reichstagswahl, Militarismus und Kultur.
Referent: Genosse Stamer, Düsseldorf.

2. Diskussion.

3. Verschiedenes und Fragestücken.

Um zahlreiches Erscheinen von Gästen erlucht

Der Vorstand.

Ankündigung einer öffentlichen Versammlung (Anzeige "Niederrheinische Volkstribüne", 27. 5. 1893)

Duisburg - Mülheim 2953 Stimmen (= 8%), davon den Hauptanteil in Duisburg (1776). Wie wenig verankert die Sozialdemokratie damals im Norden von Duisburg noch war, das zeigen die geringen Stimmenzahlen in Ruhrort (48), Meiderich (58) und Beeck (mit Hamborn, Marxloh, Alsum, Beeck, Beekerwerth, Stockum und Laar - 62 Stimmen). Im gesamten Deutschen Reich errang die Sozialdemokratie damals mit 1,4 Millionen Stimmen schon fast 20 % aller Wählerstimmen und wurde stärkste Partei, erhielt jedoch wegen des ungerechten Wahlkreischnitts nur 35 Mandate im Reichstag.

Der Grund für die vorzeitige Auflösung des Reichstages 1893 war die Ablehnung einer Heeresvermehrung durch die Reichstagsmehrheit. Entsprechend stand die scharfe Agitation gegen die Militärvorlage im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Wahlversammlungen. Mit dem Redakteur Hermann Rohrlack, Berlin, hatte der Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim einen begabten Redner als Kandidaten gewonnen, der auf den nunmehr doch häufigeren Wahlveranstaltungen auftrat. Auch seine Frau Martha sprach in Duisburg über "Das allgemeine Wahlrecht und die Rechtlosigkeit der Frauen". Höhepunkt des Wahlkampfes war eine Versammlung mit einem der beiden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Paul Singer.

In der "Schützenburg", dem traditionel-

Achtung! Duisburg! Stichwahl!

Freitag, den 23. Juni 1893, Abends 8 Uhr,
in der „Schützenburg“, Duisburg:

Öffentliche sozialdemokratische Partei-Versammlung.

328

Tages-Ordnung:

1. Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu den Stichwahlen und die vorgekommenen Wahlbeeinträchtigungen.
Referent: Genosse G. Rohrlack, Düsseldorf.

2. Diskussion.

Der Reichstagskandidat Schreinermeister Euler ist eingeladen, sein Erscheinen auch zu erwarten, wegen der für ihn so wichtigen Frage.

Angehörige aller Parteien haben als Gäste Zutritt.

Sehr vielen Besuch erwartet

Der Einberufer.

Versammlungsanzeige Reichstagswahl 1893 (Niederrheinische Volkstribüne vom 22. 6. 1893)

len Saal für Großveranstaltungen, forderte er vor 2000 Zuhörern die Ablehnung der Militärvorlage und die Einführung eines Milizsystems, die Abschaffung der Getreidezölle, da sie dem Arbeiter das Brot verteuerten, die Erweiterung des Wahlrechtes auf die Frauen, die Beseitigung der herrschenden Gesellschaftsordnung.

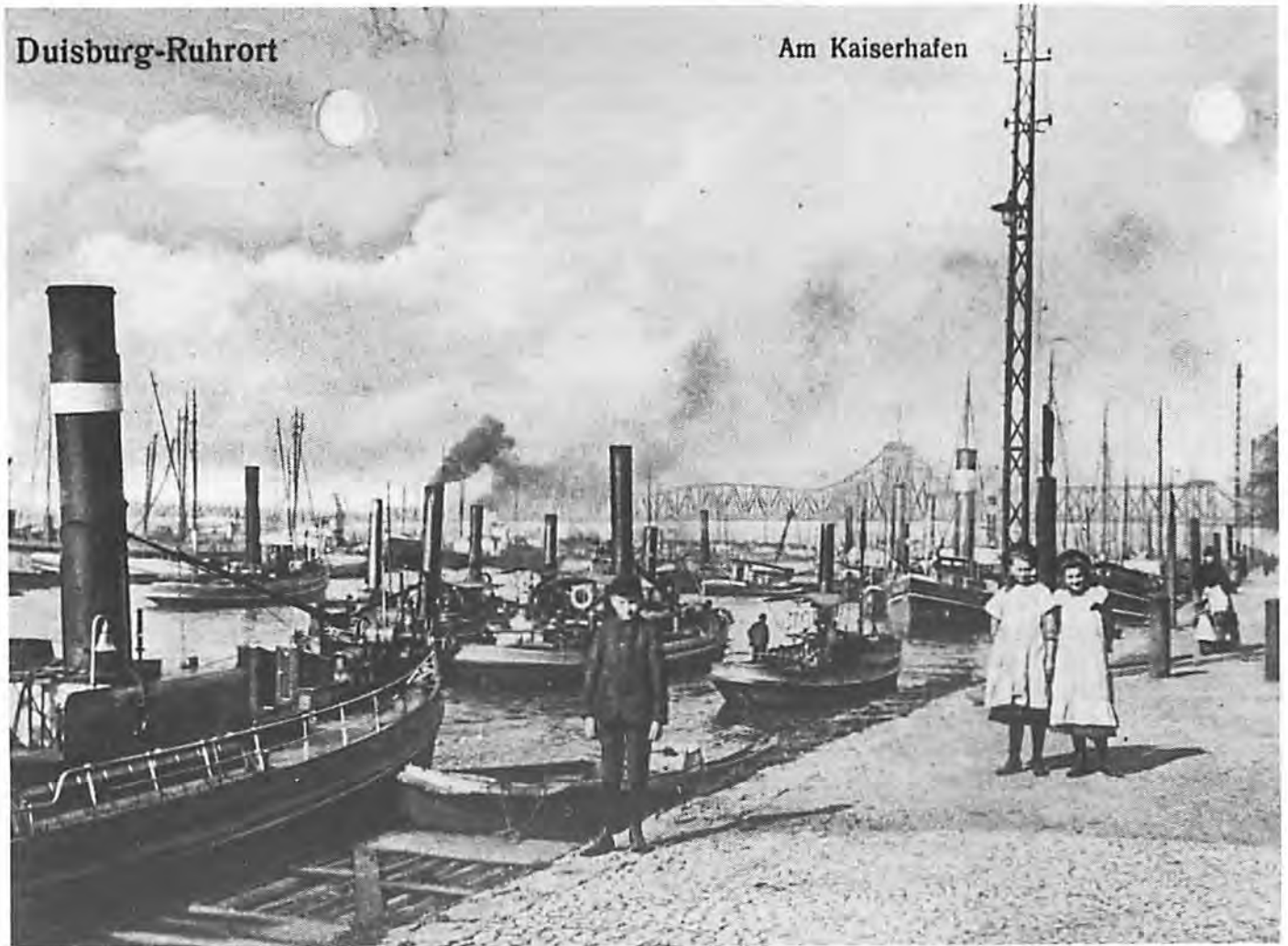
Wiederum ist bei dieser Reichstagswahl ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen im Wahlkreis Duisburg-Mülheim auf 6121 (14,5%) zu verzeichnen, davon 2373 in Duisburg, 251 in Meiderich, 73 in Ruhrort, 372 in Beeck. In die Stichwahl kamen jedoch der nationalliberale Kandidat Dr. Hammacher gegen

den Zentrumskandidaten Schreinermeister Euler. Die Sozialdemokraten hatten sich in der Stichwahl entschlossen, zur Stimmenthaltung aufzurufen. Es siegte der nationalliberale Kandidat. Auch im Deutschen Reich hatte die Sozialdemokratie bei dieser Wahl einen Zuwachs auf 1,7 Mill. Stimmen (23%) erfahren, erhielt dafür aber nur 44 Abgeordnete (14 % der Mandate).

Im Jahre 1897 löste sich der Allgemeine Arbeiterverein für Duisburg und Umgegend auf. Die Duisburger Nachfolgeorganisation bestand fortan unter dem zeitgemäßerem Namen "Sozialdemokratischer Verein".

IV. Auf dem Weg zur Massenpartei 1898 - 1914

Industrie und Freie Gewerkschaften in Duisburg um die Jahrhundertwende



Schlepper im Kaiserhafen in Duisburg-Ruhrort, im Hintergrund die Ruhrort-Homburger Brücke (fertiggestellt 1907)

Duisburg um 1900 - seit der beginnenden Industrialisierung der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte die Region ihr Gesicht tiefgreifend verändert. Die hochaufragenden Schornsteine, die riesigen Werksanlagen mit den Hochöfen und Winderhitzern, den rußigen Werkshallen, die Fördertürme, die gewaltigen Hafenanlagen bestimmten nun das Bild des Duisburger Raumes, der zu einem Zentrum der deutschen Schwerindustrie geworden war. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914 setzte sich die Entwicklung in verschärftem Tempo fort. Ein Maßstab für die gewaltigen Veränderungen, die sich in der Region Duis-

burg in diesen Jahrzehnten vollzogen, ist das Wachstum der Bevölkerung. Lebten im Jahre 1895 160 000 Menschen im Gebiet der heutigen Stadt Duisburg, so war die Zahl bis 1905 auf 306 000 angestiegen, bis 1910 auf 400 000. In Alt-Duisburg selbst stieg die Bevölkerungszahl von 70 363 (1895) auf 112 017 (1905) und 163 089 (1910). Noch rasanter war die Bevölkerungsentwicklung im Norden von Duisburg: Im Hamborn lebten 1895 noch 6 744 Einwohner, 1905 jedoch schon 67 494 und 1910 sogar 100 721 Einwohner. Voraussetzung für den gewaltigen industriellen Aufstieg der Region war der

Ausbau der Häfen und des Eisenbahnnetzes. Die außergewöhnlich günstige Verkehrslage war ein Hauptgrund für das Wachstum der eisenerzeugenden Industrie, die rasch zur Duisburger Hauptindustrie wurde. Neben die am Hochfelder Rheinufer gelegenen älteren Hütten wie die Niederrheinische Hütte, Hütte Vulkan und Johanneshütte und den "Phönix" in Laar waren weitere Großbetriebe getreten: Die Rheinischen Stahlwerke in Meiderich (seit 1870/71), die Thyssenschen Gründungen "Gewerkschaft Deutscher Kaiser" in Hamborn (1889) und die "Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb" in Meiderich (1903).

Jenseits des Rheines in der Nähe der Bahnstation Rheinhausen errichtete Krupp sein gewaltiges Hüttenwerk, dessen erster Hochofen 1897 angeblasen wurde. Neben der Verkehrslage war die Nähe zur Kohle der ausschlaggebende Faktor für die Ansiedlung der eisenerzeugenden Industrie im Duisburger Raum. Die Kohleindustrie wuchs in diesen Jahrzehnten zur zweiten Hauptindustrie in den rechts- und linksrheinischen Gebieten heran. Die ersten erfolglosen Abteufversuche hatte es seit den fünfziger Jahren auf Alt-Duisburger Stadtgebiet gegeben. Erfolgreicher war der Bergbau im Duisburger Norden, wo die Zechen Westende (1871) sowie Ruhr und Rhein (1866), die Gewerkschaft Neumühl (1897) und die Gewerkschaft Deutscher Kaiser (1877) den Betrieb aufnahmen und die Produktion um die Jahrhundertwende gewaltig steigerten. Auch auf linksrheinischem Gebiet, in Homberg (Rheinpreußen 1876) und Rheinhausen (Diergardt 1912, Wilhelmine Mevissen 1914) entstanden große Schachtanlagen.

Kohle und Stahl, die Grundindustrien, hatten zur Folge, daß sich zahlreiche weiterverarbeitende und ergänzende Industriebetriebe in Duisburg ansiedelten, z.B. die Duisburger Maschinenbau AG, vormals Bechem und Keetmann, eines der Stammwerke der späteren DEMAG, die Brückenbauanstalt des Johann Caspar Harkort (seit 1863), die Grillo-Werke in Hamborn / Marxloh (seit 1879), die Metallhütte Duisburg AG in Wanheim



Am Ruhrorter Bahnhof um 1900. Im Hintergrund die Schornsteine des "Phönix" in Laar. Ruhrort kam 1905 mit Meiderich zu Duisburg

(seit 1905), die Duisburger Kupferhütte (seit 1876), um nur einige zu nennen. Auch weitere Chemiewerke wie Sachtleben (1892) und die Gesellschaft für Teerverwertung in Meiderich (1905) wurden in der Region heimisch.

Die Entwicklung der Duisburger Industrie verlief nicht geradlinig; konjunkturelle Einbrüche trafen besonders die Arbeiterschaft. Dennoch war der Duisburger Raum am Vorabend des 1. Weltkrieges ein Zentrum der deutschen Schwerindustrie: mit 3,8 Millionen Tonnen Roheisen wurden hier allein 20% der Produktion des Deutschen Reiches

erzeugt, der Bergbau förderte 10 Millionen Tonnen Kohle, etwa 5% der deutschen Produktion, der Güterumschlag der öffentlichen und privaten Rhein- und Ruhrhäfen übertraf bei weitem alle europäischen Binnenhäfen.

Die Industrie veränderte mit dem äußeren Bild der Landschaft auch die Siedlungsbezirke. Die Kleinstadt Duisburg wuchs zur Industriegroßstadt, die Dörfer der Umgebung wuchsen zu Industriegemeinden und Städten heran. Veränderungen der Verwaltungsgrenzen waren die zwangsläufige Folge. Hatte das Stadtgebiet Duisburgs seit dem Mittelalter im Norden im großen ganzen bis zur Ruhr, im Süden bis Wanheimerort gereicht (Wanheim und Angerhausen gehörten gleichfalls zu Duisburg), so wurden mit den zusammenwachsenden Siedlungsgebieten die Stadtgrenzen erweitert: 1905 wurden die Städte Duisburg, Ruhrort und Meiderich zur neuen Gesamtstadt Duisburg vereinigt. Im Jahre 1900 war Hamborn aus der alten Gemeinde Beeck ausgegliedert worden (mit Alsum, Schwelgern, Bruckhausen, Marxloh, Fahm sowie Schmidthorst-Neumühl). Die Gemeinde wurde 1911 zur selbständigen Stadt Hamborn erhoben. Im Jahre 1929 wurde Hamborn nach Duisburg einbezogen (ebenso wie der heutige Duisburger Süden, der bis dahin zu Angermund gehört hatte).



Ansichtskarte: Die Hochfeld-Rheinhausener Rheinbrücke in Rheinhausen (erbaut 1874) und das Kruppsche Hüttenwerk

Die Dörfer am linken Niederrhein (Frierersheim, Bliersheim, Hochemmerich, Bergheim, Oestrum) bildeten ab 1923 die Landgemeinde Rheinhausen.

Seit 1907 bestand die Landgemeinde Homberg am linken Niederrhein, zu der sich die drei Gemeinden Homberg, Hochemmerich und Essenberg zusammenschlossen hatten.

Der sprunghafte Bevölkerungszuwachs wurde nur zum Teil durch den Geburtenüberschuß der einheimischen Bevölkerung bewirkt.

Vor allem gegen Ende des Jahrhunderts setzte eine Zuwanderung in großem Ausmaß ein, jetzt auch aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und dem Ausland.

Von der Bevölkerung Hamborns im Jahre 1910 waren so z. B. 80 084 Deutsche (darunter 19 000 Polen, also polnisch sprechende Deutsche aus den preußischen Ostprovinzen), 18 052 Österreicher, 1341 Italiener und 2088 Holländer.

Die Zuwanderer kamen meist aus ländlichen Gebieten. Sie traten ein in ein Leben in der industriellen Welt, die ihnen vielfach fremd und bedrohlich erschien. Hier vergrößerten sie die Zahl der Arbeiter, die rasch zum größten Berufsstand wurden.

Über das starke Anwachsen der Arbeiterzahlen in der Duisburger Großindustrie geben folgende Zahlen Aufschluß: Im Jahre 1905 arbeiteten 20 483 Beschäftigte im Duisburger Steinkohlenbergbau, die weitaus größte Zahl Arbeiter, 1910 waren es 32 465.

In der Grobeisenindustrie, den Hütten-, Stahl- und Walzwerken, arbeiteten 1905 22 231 Mann, 1913 waren es 36 237, auch hier zum größten Teil Arbeiter.

Die Verbesserungen in der Lage der Arbeiterklasse seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren begrenzt; in vielen Bereichen hatten sich in der Phase der Hochindustrialisierung sogar Verschlechterungen ergeben.

Um zu verdeutlichen, wie die Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Grobeisenindustrie, der Duisburger Hauptindustrie, waren, sei zitiert aus einem anschaulichen Bericht, den der Duisburger (christliche) Metallarbeiterführer Franz Wieber auf einer aus ganz

Deutschland besuchten Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter im Jahre 1907 in Duisburg gab:

„Aus kleinen Anfängen hat sich die deutsche Eisengroßindustrie zu einer nie geahnten Höhe aufgeschwungen.

Der Aufschwung in der Produktion, welche dieselbe in den letzten Jahrzehnten genommen hat, grenzt an das Fabelhafte...

Wie sehen nun gegenüber dieser gewaltigen Produktions- und Gewinnsteigerung zu Gunsten der Hüttenkapitalisten die Verhältnisse der Arbeiter aus? Traurig, sehr traurig ist es mit der Lage der Arbeiter bestellt.

Da sind zunächst die Lohnverhältnisse, die in absolut keinem Verhältnis zu der schweren und aufreibenden Arbeit stehen...

Im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet schwanken die Jahreslöhne pro 1906 zwischen 1325 und 1618 Mark. Nun steht die Tatsache fest, daß in der Eisengroßindustrie nur die kräftigsten und gesündesten Personen, die sich noch in der Vollkraft ihres Lebens befinden, arbeiten können. Dem gegenüber sprechen die gezahlten Löhne in manchen Gegenden geradezu Hohn...

Neben der Lohnfrage ist es die überlange gesundheitsschädliche Arbeitszeit, unter der die Hüttenarbeiter schwer zu leiden haben.

Während andere Berufsarbeiter sich längst schon die zehnstündige oder eine noch kürzere Arbeitszeit errungen haben, herrscht hier noch die zwölfstündige Arbeitszeit, verbunden mit periodisch wiederkehrender vierundzwanzigstündiger Wechselschicht.

Nicht genug damit, wird auch noch das Überstundenunwesen gefördert und die Sonntagsruhe verkürzt.

Der Hochofenarbeiter ist hierbei noch am schlechtesten gestellt. Weder Weihnachten oder Ostern oder Pfingsten erlöst ihn von seiner Arbeit...

Zu dieser überlangen Arbeitszeit kommt hinzu die Schwere der Arbeit.

In Schweiß ständig gebadet infolge der Hitze, nimmt das Hasten und Jagen während der Schicht kein Ende. Von geregelten Pausen während der Arbeit kann keine Rede sein...

Die gewaltige Steigerung der Produktion stellt an jede einzelne Arbeitskraft oft unmenschliche Anforderungen.

Hierzu kommt noch, daß Rauch, Qualm, Gase, Stickstoffe, Oeldunst etc. infolge mangelhafter Ventilation die Luft verpesten, ferner Schwefel oder sonstige Giftstoffe, welche die Gesundheit der Arbeiter frühzeitig aufreiben.

Daß alle diese Verhältnisse zusammenwirken, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schädigen und zu ruinieren, ist eine feststehende Tatsache.

Die hohe Unfallstatistik, die ihren Grund zum wesentlichen Teil in der überanstrengenden und langen Arbeitszeit hat, liefert hierfür einen deutlichen Beweis...

So wie die Unfallgefahr haben sich auch die Krankheitsziffern gesteigert...

Zu der Unfall- und Krankheitsgefahr gesellen sich in den Feuerbetrieben noch die schweren Mißstände in sanitärer Beziehung...

Wir weisen ferner hin auf die stellenweise rohe Behandlung, Beschimpfung und oft sogar Mißhandlung, die sich der Arbeiter bei der Schwere der Arbeit gefallen lassen muß. Des ferneren das harte Strafsystem, wie es wohl in keinem anderen Berufe anzutreffen ist...

Ebenso sieht es auch mit den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen aus...

Mit diesen Zuständen muß aufgeräumt werden. Hütten- und Walzwerksarbeiter! Wie ein Mann müßt Ihr Euch erheben, um bessere Verhältnisse zu erkämpfen!"

Die soziale Not der Arbeiterklasse war nicht auf den Arbeitsplatz und die Arbeitsverhältnisse beschränkt.

In beengten und ärmlichen, oft erbärmlichen Verhältnissen lebten auch die Arbeiterfrauen und Arbeiterfamilien.

Trotz leicht angestiegener Löhne hatte sich um die Jahrhundertwende auch die Lage der Arbeiterfamilie kaum verbessert.

Über die Situation der Arbeiterfamilie und der Arbeiterfrau in Hamborn liegt eine interessante sozialwissenschaftliche Untersuchung aus dem Jahre 1913 vor. Die Autorin Li Fischer-Eckert untersuchte damals 495 Arbeiterhaushalte, die sie in vier Klassen, je nach Lebensstandard, einteilte.

Zur 1. Klasse (der es am besten ging) zählte sie 103 Haushalte, zur 2. Klasse 189 Haushalte, zur dritten 58 und zur 4. Klasse 145 Haushalte.

Im Zitat schildert die Autorin die Eindrücke, die sie bei Besuchen in den



Phönix - Hochöfen, Eisen- und Stahlwerke in Laar

Wohnungen von Familien mitnahm, die sie den ärmsten Klassen, der 3. und 4. Klasse (das waren etwa 40 % ihrer Stichprobe) zurechnete:

„Die Einrichtung der Wohnung ist auf die nötigsten Gebrauchgegenstände beschränkt, und diesen sieht man oft genug an, dass nur noch der Anstrich sie zusammenhält. Die Betten sind meistens gar nicht mehr überzogen, die Strohsäcke liegen in grauen, schmutzigen Packleinen auf den Matratzen, und sehr oft bilden zusammengerollte Kleiderlappen die Kissen.

An den Fenstern ersetzen bunte Papierstreifen die Gardinen, in der Küche fehlen sie meistens vollständig, was ebenfalls das unbehagliche Aussehen der Wohnung steigert.

Eine müde Gleichgültigkeit spricht aus den Frauen, nur selten, dass eine einmal aus sich herausgeht und einen Wunsch oder eine Hoffnung ausspricht, wie z. B. „dass sie einmal wünschte, so leben zu können, dass die Schulden alle bezahlt wären und sie keine Schulden mehr zu machen brauche“.

Die anderen haben alle auf meine Frage, „wo und wie möchten Sie ihr Alter verbringen“, nur die eine Antwort: „wo wir satt zu essen haben“.

Genug zu essen haben, das ist ihnen der Inbegriff ihrer Sehnsucht. Diese eine Frage beherrscht das Denken der Mutter. Sie stehen alle bei dem Spezerei-

händler dick in der Kreide, und wenn sie vom letzten Lohn oder Abschlag ihm nichts abzahlen konnten, dann weigert er sich oft, weiter zu borgen...

Ist schon über die häusliche Einrichtung der in Klasse III zusammengestellten Familien wenig zu sagen, so bleibt für Klasse IV, was Aufzählung der Einrichtung anbelangt, noch weniger zu erwähnen.

So traf ich bei einer Familie, wo ich gerade um die Mittagszeit einkehrte, die Mutter mit ihren 4 Kindern auf der Erde sitzend, wie sie alle aus einem schwarzen Topf die soeben gekochten Quellkartoffeln als Mittagmahl ohne irgend welche Beigabe verzehrten. Die Kinder waren im Alter von 14 Monaten, 2, 4 und 6 Jahren.

Die Leute wohnen in einem Privathaus und haben zwei Mansardenstuben inne. Auf meine Frage, weshalb denn nicht am Tisch gegessen würde, zeigte die Mutter lakonisch auf die kleinen Kinder, die am bequemsten auf der Erde untergebracht wären.

Die Frau war 1908 aus Posen nach Hamborn gekommen, wo ihr Mann auf der Gewerkschaft Deutscher Kaiser als Fabrikarbeiter Platz fand.

Die Leute sind ohne jedes Möbel von dort hergezogen und haben hier beim Althändler das gekauft, was nach ihren Ansichten für die Einrichtung eines Haushaltes genügt.

Das ist ein Tisch, ein Kruzifix, ein Koch-

topf, in dem Schlafzimmer steht ein breites Bett und ein mit Kleidern gefülltes Waschfass. Das ist der Schlafbehälter für die beiden 2 und 4jährigen Kinder.“

Die soziale Not der Arbeiterklasse, die Bestrebungen, diese Lage zu verbessern, nicht durch Almosen, sondern auf dem Wege des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes, dies führte in den Jahren um die Jahrhundertwende zum Aufblühen nicht nur der sozialistischen Bewegung im Duisburger Raum, sondern auch zum Aufblühen und raschen Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung.

Unter dem Sozialistengesetz waren auch die gewerkschaftlichen Bestrebungen, die sich Ende der siebziger Jahre ja schon deutlich in Duisburg gezeigt hatten, zum Erliegen gekommen.

Vermutlich als einzige Organisation überstand eine Kranken- und Sterbekasse der sozialistischen Metallarbeiter die Zeit des Sozialistengesetzes; ihre Mitgliederzahl blieb aber in ganz bescheidenem Rahmen.

Gegen Ende der 80er Jahre wurden in Duisburg wiederum Ansätze zur Gewerkschaftsbewegung sichtbar. 1887 wurde in Duisburg der „Christliche Fachverein der Former und verwandter Berufsgenossen von Duisburg“ gegründet, ein „Fachverein der Feilenhauer

von Duisburg und Umgegend" im Jahre 1889. Im Zusammenhang mit dem großen Streik im Ruhrbergbau im Jahre 1889 entstanden auch wieder die gewerkschaftlichen Organisationen der Bergarbeiter.

Im Jahrzehnt zwischen 1890 und 1900 wurde erbittert um die Form und Organisation gerungen, die die entstehende Gewerkschaftsbewegung haben sollte. Lokal orientierte oder zentralisierte Gewerkschaft, Fachverein oder Industriegewerkschaft, politische Neutralität oder Anbindung an die sozialistische oder christliche Arbeiterbewegung oder die Liberalen, das waren Fragen, wie sie auch in Duisburg heftig diskutiert wurden.

Der Fachverein der Feilenhauer von Duisburg und Umgegend fand seinen Weg in den 1891 gegründeten Deutschen Metallarbeiter-Verband - eine "Freie" d. h. der sozialistischen Bewegung nahestehende Gewerkschaft.

Die Verwaltungsstelle Duisburg des DMV wurde am 6. Juni 1892 gegründet, doch blieb die Entwicklung zunächst auf kleine Mitgliederzahlen beschränkt. Die Former Duisburgs nahmen einen anderen Weg. Sie entschlossen sich, sich einer Branchen-Zentralorganisation anzuschließen, dem Zentralverein der

Former und Gießereiarbeiter. Da dieser Zentralverein jedoch sich mehr und mehr der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung näherte, traten Franz Wieber und seine christlichen Anhänger wiederum aus diesem Zentralverein aus. Sie bildeten die Kerntruppe für den 1899 von Franz Wieber gegründeten Christlichen Metallarbeiter-Verband Deutschland mit Sitz in Duisburg, der nun allerdings in schroffer Opposition zu dem freigewerkschaftlichen "Deutschen Metallarbeiter-Verband" stand.

An diesem Beispiel wird die unterschiedliche Entwicklung der Gewerkschaften deutlich, wie sie sich auch in Duisburg manifestierte. Die Freien Gewerkschaften hatten sich auf den Kongressen in Berlin 1890 und Halberstadt 1892 auf Grundprinzipien ihrer Organisation geeinigt:

Der Beruf wurde, sieht man von der Metall- und Holzbranche ab, zum Merkmal der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft. Die Berufsverbände, die sich zu reichsweiten Organisationen entwickelten und zentral organisierten, gaben sich ab 1890 in der "Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" eine Zentralinstanz, die nach und nach auch den politischen Kurs der Gewerkschaften insgesamt beeinflussen konnte. Gestützt auf die gerade im Ruhrge-

biet starke katholische Arbeiterbewegung und in Opposition zu den stärker sozialistisch orientierten "Freien Gewerkschaften" bildeten sich ab 1894 zentrale christliche Gewerkschaften, zunächst der "Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter" in Essen (1894), dann der Verband der Textilarbeiter (1898), der Bauarbeiter (1899) und im Oktober 1899 der Christlich-Soziale Metallarbeiter-Verband mit Sitz in Duisburg. Weitere christliche Gewerkschaften folgten nach der Jahrhundertwende.

Gerade in Duisburg organisierten die christlichen Gewerkschaften zahlreiche Anhänger; für die Entwicklung der Duisburger Sozialdemokratie ist der starke Einfluß, den katholische Arbeiterbewegung und christliche Gewerkschaften im Duisburger Raum erringen konnten, besonders bedeutsam. Neben den Freien und Christlichen Gewerkschaften fanden auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und schließlich - im Bergbau und der Metallindustrie - auch die polnischen Gewerkschaften Anhänger.

Welchen Stand die Entwicklung der Freien Gewerkschaften in Duisburg (altes Stadtgebiet) bis Anfang 1907 genommen hatte, darüber gibt die nachstehende Zusammenstellung (der Stadtverwaltung) Auskunft.

In Duisburg bestanden: Gewerkschafts-
Cartell der Freien Gewerkschaften
(Örtlicher Zusammenschluß der Freien
Gewerkschaften), Zahlstellen folgender
Verbände: Verband der Deutschen
Buchdrucker (250 Mitglieder), Central-
Verein Deutscher Böttcher (46 Mit-
glieder), Verband der Bau-, Erd- und
gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands
(120 Mitglieder), Verband der Schnei-
der und Schneiderinnen und verwand-
ten Berufsgenossen (65 Mitglieder),
Central-Verband Deutscher Brauerei-
arbeiter (60 Mitglieder), Deutscher
Tabakarbeiter - Unterstützungsverein
(32 Mitglieder), Verband Deutscher
Zimmerleute (140 Mitglieder), Verband
der vereinigten Dachdecker (50 Mit-
glieder), Deutscher Sennfelder-Bund,
Verband der Lithographen, Steindruck-
ker und verwandte Berufe (18 Mitglie-
der), Deutscher Buchbinder-Verband
(40 Mitglieder), Verband der Fabrik-

Bitte lesen und weitergeben!

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Gross-Duisburg

Büro: Taubenstr. 3. v. l. Etg., geöffnet Vorm. 11 - 1¹/₂ Uhr, Nachm. 5 - 7¹/₂ Uhr.
Telefon No. 4196.

Achtung! Kollegen und Kolleginnen Achtung!
aus dem

Hafen-, Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe.

Donnerstag, den 15. Dezember 1910, abends 8 Uhr

Versammlung mit Frauen

im „Gambrinus“, Friedrich-Wilhelm-Platz 12,

Tagesordnung:

1. Der Kampf der Behörden und Unternehmer gegen den Deutschen
Transportarbeiter-Verband.

2. Diskussion 3. Verbandsangelegenheiten.

Kolleginnen und Kollegen! Agitiert für einen recht zahlreichen
Besuch. Rüttelt die Säumigen und Tragen auf. Erscheint alle, keiner
darf fehlen.

Mit kolleg. Gruss

Die Ortsverwaltung-
I. A.: J. J. m e l n

Druck: Rieberts Arbeiter-Beitrag, Duisburg.

Flugblatt des freigewerkschaftlichen Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (1910)

Land-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (60 Mitglieder), Deutscher Metallarbeiter-Verband (550 Mitglieder), Deutscher Holzarbeiter Verband (300 Mitglieder), Verband der Hafentarbeiter und verwandte Berufsgenossen Deutschlands (410 Mitglieder), Centralverband der Maurer Deutschlands (410 Mitglieder), Centralverband der Stukkateure, Gypser, Pliesterer und verwandte Berufsgenossen Deutschlands (140 Mitglieder), Zentralverband Deutscher Textilarbeiter (70 Mitglieder), Verein der Maler, Lackierer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen (80 Mitglieder), Verband der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen (50 Mitglieder), Verband der Steinsetzer, Pflasterer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (40 Mitglieder), Ortsverein der... Metalldrucker (28 Mitglieder), Isolierer und Rohrumhüller Duisburgs und Umgegend (23 Mitglieder). Die Freien Gewerkschaften bildeten, wengleich in ihrem Verhältnis zur



Maifeier des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Hochfeldstraße (nach 1900)

Sozialdemokratie nicht spannungsfrei, jenes Umfeld, in dem die Duisburger Sozialdemokratie in den Jahren um und

nach der Jahrhundertwende zur Massenpartei anwuchs.

Programm und Diskussion

Die Deutsche Sozialdemokratie hatte sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes auf dem Parteitag in Erfurt 1891 mit dem Namen - Sozialdemokratische Partei Deutschlands - und mit dem Erfurter Programm eine neue Grundlage gegeben.

Das Erfurter Programm akzeptiert stärker als vorhergehende Programme den Marxismus als offizielle theoretische Grundlage der Partei. Das geht vor allem aus dem Eingangskapitel hervor, das sich fast wörtlich an das "Kapital" von Karl Marx anlehnt. Im zweiten Programmteil dominieren gegenüber den abstrakten politischen Globalforderungen des ersten Teils eine Reihe von praktischen Forderungen zur Demokratisierung und zur Erweiterung der Rechte der Arbeiter. Das Erfurter Programm ist auf den folgenden Seiten in der Form abgedruckt, wie es in den Mitgliedsbüchern der Partei im Wahlkreis Duisburg-Mülheim erschien.

Das Erfurter Programm stellte die programmatischen Formeln bereit, wie sie

sich in den kommenden Jahrzehnten in den politischen Reden und Vorträgen im Alltagsleben der Partei vielfach wiederholten. Es weist aber auch schon jenen Doppelcharakter zwischen hehren revolutionären Zielen und praktischer Alltagspolitik auf, der den Charakter der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches in eigentümlicher Weise prägt: Auf der einen Seite das Beschwören der unmittelbar bevorstehenden revolutionären Umwälzung (August Bebel auf dem Erfurter Parteitag: "Ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer Ziele ist so nahe, daß nur wenige in dieser Saal sind, die diese Tage nicht erleben werden"), auf der anderen Seite die unermüdliche praktische Alltagspolitik, die sich auf soziale Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems und damit auf dessen schrittweise Veränderung konzentrierte, eine realpolitische Linie, wie sie vor allem in der aufblühenden Gewerkschaftsbewegung ihren Rückhalt fand. Schon 1891 hatte der bayerische SPD-Politiker Georg von

Vollmar in seinen "Eldorado-Reden" (nach dem Tagungslokal in München) zu einer entschiedenen Reformpolitik auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung aufgerufen. Seine Thesen waren von der Parteimehrheit zurückgewiesen worden. Die Fronten in der Debatte wiederholten sich im sogenannten "Revisionismusstreit" um die Jahrhundertwende: Vor allem Eduard Bernstein vertrat gegen die herrschende Parteimeinung die These, die Partei dürfe ihre Politik nicht von der Hoffnung auf die bevorstehende große soziale Katastrophe, den naturnotwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus und seine zwangsläufige Ablösung durch den Sozialismus diktieren lassen, müsse vielmehr ihre radikal-revolutionären Dogmen revidieren und sich zu dem bekennen, was sie in Wirklichkeit sei: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei. Die Parteitage und die Parteimehrheit übernahmen solche Thesen jedoch nicht. Obwohl die Partei in ihrer Alltagspraxis zunehmend einen Reformkurs verfolgte, prägten revolutionäres

Pathos und populärmarxistische Theorie weiterhin die Parteitage und die Außendarstellung der Sozialdemokraten sowie das Bewußtsein und die Zukunftshoffnungen ihrer Mitglieder und bestimmten die Befürchtungen ihrer Gegner.

Der grundsätzliche Richtungsstreit in der Sozialdemokratie flammte erneut auf in der auch in Duisburg heftig geführten Debatte um die Rolle des Massenstreiks 1905/6. Es ging um die Frage, ob der Massenstreik die "Hauptwaffe" in der politischen Auseinandersetzung sein könne, eine These, die vor allem vom Gewerkschaftsflügel der Partei bekämpft wurde.

Der Mannheimer Parteitag 1906 fand hier die zurückhaltende Kompromißformel, daß die Massenarbeitseinstellung ein geeignetes Abwehrmittel bei einem Anschlag auf das Reichstagswahlrecht und das Koalitionsrecht sei, lehnte aber einen offensiven Einsatz ab. Parteisekretär Weyers vertrat den Mann-

heimer Kompromiß auf der Duisburger Wahlkreis-Konferenz mit folgender Begründung:

"Wir haben den nackten Tatsachen ins Auge zu sehen und da müssen wir erkennen, daß die Masse der Arbeiterschaft noch zu schwerfällig ist, um einen Massenstreik mit Erfolg durchzuführen. Erst wenn die Reaktion die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft unterbinden will, wenn sie versucht, das Wahl- und Koalitionsrecht zu vernichten, dann wird der Massenstreik möglich sein, denn dann werden die Massen durch die Schläge der Gewalthaber aus ihrer Ruhe aufgepeitscht."

Ein anderer Redner formulierte:
"Mannheim wirkte wie ein kalter Wasserstrahl auf die durch Revolutionsromantik erhitzten Gemüter. Mannheim aber ist auch den Gegnern mehr als einer der letzten Parteitage in die Knochen gefahren. Wie die Zahnräder einer

Maschine zusammenfassen, müssen Gewerkschaften und Partei zusammenarbeiten und sich in der Agitation gegenseitig ergänzen."

Die Kreiskonferenz nahm gegen zwei Stimmen eine Resolution an, die die Mannheimer Beschlüsse zum Massenstreik unterstützte.

Die Heftigkeit, mit der die Diskussion auch in Duisburg geführt wurde, zeigt jedoch, daß jene sich bildende Position der Parteilinken um Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Karl Liebknecht, die unter dem Eindruck der russischen Revolutionsbewegung 1905/6 den politischen Massenstreik zum entscheidenden Kampfmittel zur Mobilisierung der Arbeiterschaft entwickeln wollte, (aus der spontanen Erhebung würden sich revolutionäre Kämpfe entwickeln, die schließlich in der sozialistischen Revolution mündeten) auch in Duisburg Anhänger gefunden hatte.

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verjüngenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Je größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Arme der überflüssigen

Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutung und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Stoff gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvermeidbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandwerker zu expropriieren und die Arbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des ge-

jamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Lebensgang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht

bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung richtet sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundskizzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlssystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neuerteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt durch Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Verurteilung in Strasssachen. Entschädigung unschuldig Angelegter. Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu bedecken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle, und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
 - b) Verbot der Kinderarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 30 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe. Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Diensthöfen mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.



Aus Referaten über die theoretischen Grundlagen der Partei, gehalten auf den Wahlkreisversammlungen des Wahlkreises Duisburg-Mülheim 1906/1907:

“Um neue Kämpfer für unsere Sache heranzubilden, bedarf es eifriger Agitatoren, deren Bekennerwort fest wurzelt auf dem Boden unseres Programms. Theoretische Aufklärung und wissenschaftliche Erkenntnis tut darum not.

Die Arbeiterbewegung ist in dem letzten Jahrzehnt mehr in die Breite als in die Tiefe gegangen. Über die anstürmenden und immer mehr anwachsenden Arbeiten der Praxis hat man die Theorie etwas vernachlässigen müssen. So ist es erklärlich, daß selbst in grundsätzlichen Fragen einzelne Genossen, die doch den gleichen Kampf führen, die demselben Ziele zusteuern, geteilter Meinung sind und sich gegenseitig nicht verstehen.

Die Bewegung hat von diesen Zuständen keinen Nutzen, dem Gegner gereichen sie zur Freude.

Lauter und lauter wird der Ruf: Mehr in die Tiefe.

Da ist es denn lebhaft zu begrüßen, daß vom niederrheinischen Agitationskomitee ein Vortragszyklus über unser Programm veranstaltet wird

... Das erste Vortragsthema: “Die Ablösung der urkommunistischen Gesellschaft durch die kapitalistische Privatproduktion” behandelte Genosse Gewehr in einem wohldurchdachten und leicht verständlichen Vortrag.

Durch einen Mangel an methodischem Denken haben einzelne bekannte Parteigenossen sich veranlaßt gefühlt, an dem Parteiprogramm herum zu kritisieren, und haben so wider Willen dem Gegener Waffen geschmiedet, der gestützt auf Reden und Schriften dieser Genossen einzelne unserer Programmsätze als falsch erklärt. Unser Programm ist der Grundstein unserer Stärke, hat doch von allen Parteien nur die Sozialdemokratie ein festes Programm sich gegeben, das vorteilhaft von den waschlappigen Phrasen, die die Gegner ihr Programm nennen, absticht. Was in der Gegner sogenannten “Programmen” wertvolles enthalten scheint, sind Rosinen im salzlosen Teig, gebraucht, um Dumme zu ködern.

Der erste Teil des sozialdemokratischen Programms enthält in kurzen knappen Sätzen die ganze Entwicklungsgeschichte der Menschheit und sein zweiter Teil sind Forderungen an den Gegenwartsstaat, die im Grunde genommen darauf hinauslaufen, die herrschende Klasse zu veranlassen, die Lehren dieser Geschichte zu beachten. Seine Methode, die Menschheitsgeschichte zu erklären, ist der historische Materialismus.

Das hat unseren Gegnern im Zentrumslager, vor allem auch den Gewerkschaftschristen, Veranlassung gegeben zu der Unterschlebung, wir hätten keine Ideale... Ein solcher Materialismus wird aber gerade von uns am schärfsten bekämpft, er ist die Richtschnur des Ausbeutertums, das Kennzeichen des Kapitalismus. Mit dem moralischen und dem philosophischen Materialismus, welcher letzterer im Atheismus gipfelt, hat der historische nicht mehr viel gemein als das Raster. Er ist das natürliche Entwicklungsprinzip, auf die Menschheitsgeschichte übertragen.

Die Gesellschaftsform wird bedingt durch die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse...

Redner zeichnete in kurzen markanten Strichen den Verlauf der Urgeschichte, die Ablösung des Mutterrechts durch das Vaterrecht als die erste politische Revolution, welche die Ablösung des kommunistischen Gemeineigen durch das Privateigentum bedingte. Den Übergang von Jagd und Fischfang zum Ackerbau, das Entstehen der Sklaverei und deren Umwandlung in den jetzigen Arbeitsvertrag, das Entstehen der Feudalherrschaft, die Entwicklung des Handwerkerstandes und endlich das Handelskapital, verstand der Redner aus den ökonomischen Bedingungen ihrer Zeit zu erklären. Mögen unsere Genossen nicht nur das Gehörte in Agitationswaffen umschmieden, sondern auch durch Studium der einschlägigen Parteiliteratur ihr Wissen vertiefen”(29.7.1906).

“Genosse Haberland erhielt sodann das Wort zu seinem Vortrag über: “Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion”.

Redner behandelte hauptsächlich die Entwicklung vom Kleingewerbe zum Großbetrieb und verstand es, in scharfen und klar umgrenzten Gedankengängen den Werdegang des Großkapitals zu schildern. Die kleine Bauernfamilie bildete früher eine wirtschaftliche Einheit; nicht nur durch die Produktion der Agrarprodukte wurde dieselbe bedingt, sondern weil sie alles, was sie zum Lebensunterhalt bedurfte, in ihrem eigenen Kreise herstellen konnte. Mit dem technischen Fortschritt wuchs die Produktion über die Familiengrenzen hinaus. Durch die bald entstehende Arbeitsteilung konnte die Familie von einzelnen Gegenständen mehr produzieren, als sie selbst brauchte, der Tausch begann und die ersten Anfänge der Warenproduktion waren somit gegeben. Der Handwerker war von vornherein Warenproduzent, denn nicht für seinen eigenen Bedarf arbeitete er, sondern er schuf Tauschwerte.

Der Austausch der erzeugten Ware wurde das Geschäft der Kaufleute, die die Waren ohne eigene Produktionsarbeit mit Gewinn vermittelten. Damit wurde mit der Konzentration des Kapitals begonnen und die Grundlage des modernen Kapitalismus war gegeben.

Durch das neu auftauchende Tauschmittel Geld konnten Kapitalien aufgehäuft werden.

Von seinen eigenen Eigenschaften und Fleiß hing die Existenz des Kleinhandwerkers ab.

Anders lag die Sache bei den entstehenden Kapitalisten. Hier hing dieselbe von dem ihm zur Verfügung stehenden Kapital ab.

Damals konnte Massenarmut noch nicht die charakteristische Erscheinung sein, wie es heute der Fall ist. Mochte der Wucherer den kleinen Handwerker noch so sehr ausbeuten, er hatte damals kein Interesse daran, das Kleinhandwerk zu vernichten.

Mit dem Anwachsen des Kapitals und den Fortschritten der Technik kam es zu einer weiteren Teilung innerhalb

des einzelnen Handwerks. Es entwickelten sich die Fähigkeiten des Spezialarbeiters und somit entstanden Klassenunterschiede.

Der verbesserte Verkehr, die Entdeckung neuer Erdteile begünstigte die Entwicklung des Handels. Durch Ausraubung der entdeckten Erdteile wurde wiederum die Entwicklung des Kapitalismus begünstigt. Es entstand der moderne Staat in seiner rohen Form des Absolutismus.

Durch die Pumpwirtschaft der Fürsten wurden diese von den Geldmenschen ihrer Zeit abhängig und zu Subventionen an das entstehende industrielle Großkapital bewogen. Das industrielle Großkapital wurde treibhausmäßig gezüchtet. Der erweiterte Welthandel brauchte die Massenproduktion.

Das Tauschmittel Geld gestattete den Junkern das Bauernlegen und die von ihrer Scholle Getriebenen füllten die Werkstätten der Manufaktur, die Kleinbauern mußten, um leben zu können, als Heimarbeiter in deren Diensten schaffen.

Durch die sich immer mehr spezialisierte Teilarbeit wurde der Einführung der eisernen Hände, der Maschinen, die Bahn geebnet. An Stelle der durch Körperkraft getriebenen Maschine trat bald die Dampfkraft, der Gasmotor und die Elektrizität.

An Stelle des Handarbeiters ist fast vollständig die Maschine getreten.

Die Übermacht der modernen Produktion ist der Untergang des Kleinbetriebs.

Durch die Galvanisierung der alten Zünfte kann sich das Handwerk nicht mehr halten, es hat es aber heute verstanden, ebenso wie das Großkapital Frauen und Kinder auszubeuten, um sich so über Wasser zu halten.

Die Zollpolitik konserviert in der Landwirtschaft die rückständigste Betriebsform. Dennoch macht auch hier die Maschinenteknik Fortschritte und der Kapitalismus dringt siegreich vor. An Stelle des alten Mittelstandes ist der sogenannte "neue Mittelstand" getreten. Aber auch dieser gehört, wenn man sich nicht von seinem höheren Einkommen blenden lassen will, dem Proletariat an...

Aus einigen Handelskammerberichten beweist Redner den Niedergang des Kleinhandwerks zahlenmäßig. Durch gewerkschaftliche Kämpfe werde allerdings auch der Mittelstand in Mitleidenschaft gezogen, das sei jedoch von den Arbeitern nicht beabsichtigt, sondern nur eine unvermeidliche Folge des Kampfes. Die Arbeiter müssen durch den weiteren Ausbau ihrer Organisation ihre Kräfte aufspeichern und die Entwicklung in die für sie günstigen Bahnen lenken.

Redner empfiehlt zur weiteren Vertiefung des gehörten die Lektüre von Kautsky: "Das Erfurter Programm" und die Erwiderung desselben an Bernsteins "Voraussetzungen des Sozialismus"...(25. 10. 1906)

Genosse Haberland erörterte in seinem fünften programmatischen Vortrag "Die Ablösung der kapitalistischen Produktionsmethode durch die sozialistische"... Waren in den schon gehörten Vorträgen die Entwicklung von der urwüchsigen kommunistischen Produktion zum Klein-

handwerk und von diesem zum Großbetrieb behandelt worden, so zeigte Redner in seinem fünften Vortrag die Fortentwicklung dieser zu Aktiengesellschaften, Syndikaten und Untermerrungen und die Lage der Arbeiter unter der Herrschaft des entwickelten Kapitalismus, die sich relativ um fast nichts verbessert hat, während die durch diese Entwicklung erzeugten und erschlossenen Reichtümer den Besitzern der Produktionsmittel mühelos in den Schoß fallen, im Gegensatz zu den Erzeugern derselben, die fast leer ausgehen.

Wenn die Lobredner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Kapitalisten als unentbehrlich zur Leitung der Produktion hinstellen, so wird diese Behauptung, die durch die tatsächlichen Verhältnisse schon längst überholt ist, widerlegt. Den heutigen starken Riesenbetrieben steht der Besitzer als Leiter fast vollständig fern und wird tatsächlich überflüssig. So bei den Aktiengesellschaften...

Die Leiter solcher Betriebe sind nicht ihre Besitzer, sondern nur Lohnarbeiter derselben. Mehr noch ist letzteres bei den Syndikaten und Ringen der Fall, die den einzelnen Betrieb und seine Produktion bestimmend beeinflussen. Dabei wird nicht etwa Rücksicht genommen auf die Bedürfnisse der breiten Volksmassen, sondern auf die Höhe des Profites, der den Besitzern des Betriebskapitals zugeschanzt werden soll.

So wird der Kapitalismus zu einer Gefahr für die Gesellschaft, da er sich nicht nach deren Bedürfnissen richtet, sondern einseitig nur auf den Gewinn des einzelnen abzielt. Die Produktion muß jedoch in Einklang gebracht werden mit den Bedürfnissen der Massen und das Einkommen derselben muß zur Deckung der Bedürfnisse ausreichen. Das trifft heute nicht zu.

Der Kapitalismus sucht nur für sich Gewinne zusammen zu scharren, ohne auf die Bedürfnisse der breiten Volksmassen und die Deckung derselben Rücksicht zu nehmen.

Das zeigt sich am besten an dem Zechenstillegen und wird sich in der jetzt hereinbrechenden Krise noch deutlicher bemerkbar machen und je schroffer zu Tage treten, als sich eine Handvoll Kapitalisten, resp. die Zusammenfassung großkapitalistischer Betriebe der Weltmarktsproduktion bemächtigt. So wird der Kapitalismus zum Feind der Gesamtheit und diese fordert seine Ablösung durch die sozialistische Produktionsmethode.

Das zur politischen Macht gelangende Proletariat muß die Einzelbesitzer enteignen und ihre Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit überführen, um im Interesse der Gesamtheit die Produktion zu leiten.

So ist es zu verstehen, wenn das sozialdemokratische Programm sagt, daß die Befreiung der Arbeiter vom Joch der Lohnsklaverei die Aufhebung der Klassenherrschaft überhaupt sei.

Die sozialistische Gesellschaft, die ihre Produktion nach den wirklichen Bedürfnissen der Gesellschaft reguliert, wird allen Krisen und allem Massenelend ein Ende machen (1. 4. 1907).

Sozialdemokratie im Wahlkreis Duisburg-Mülheim

Die Entwicklung der Duisburger Sozialdemokratie in diesen Jahrzehnten ist geprägt durch die Entwicklung vom überschaubaren Arbeiterverein zur Massenseite: Steigende Mitgliederzahlen, Erfolge bei Reichstagswahlen, Ausbau der Organisation sind kennzeichnende Züge. Jedoch blieb die Sozialdemokratie ausgeschlossen von wirklicher politischer Teilhabe. Sie wurde verschärft bekämpft und ausgegrenzt von den offensiver werdenden gegnerischen Kräften. Nicht zuletzt deshalb entwickelte sie in diesen Jahren in einer Fülle von Vereinen und Nebenorganisationen ihren eigenen Kosmos, ihre eigene Lebenswelt, die dem Mitglied und seiner Familie Schutz und Orientierung in einer feindlichen Umwelt bieten konnte.

Sozialdemokratischer Verein
für den
Wahlkreis Duisburg-Mülheim-Ruhrort-Oberhausen.
General-Versammlung
am Sonntag den 27. Oktober 1907, abends 7 Uhr
im „Saalbau“, Friedrich-Wilhelm-Platz.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsliches.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Bericht vom Ursprungsparagrafen.
4. Fortsetzung der Diskussion über den deutschen Parteitag.
5. Verschiedenes.
Mitgliederbuch kontrolliert.
.abstimmendes Befind. erwartet.
Der Vorstand.

Versammlungsankündigung in der Niederrheinischen Arbeiterzeitung, 23. 10. 1907

Im Jahre 1899 bestanden im Wahlkreis Duisburg-Mülheim zwei feste sozialdemokratische Vereine - der in Duisburg mit 130 Mitgliedern und der in Mülheim mit 70 Mitgliedern. Die Wahlkreisorganisation und die Anbindung der übrigen Mitglieder im Wahlkreis scheint aber noch sehr lose gewesen zu sein. Die Mitgliederzahl des Wahlkreisvereins im Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim stieg in den Jahren seit der Jahrhundertwende erheblich. Im November 1904 sind uns Mitgliederzahlen aus dem Wahlkreisverein und seinen Bezirken überliefert. Danach zählte der gesamte Verein 1016 Mitglieder. Der stärkste Bezirk war Duisburg mit 259 Mitgliedern. In Beek/Laar (97 - mit Ruhrort?), Hamborn (61) Meiderich (62), Marxloh (38) und Neumühl (90) bestanden Teilergliederungen ebenso wie in Oberhausen (117), Mülheim (112), Heißen (55), Holten (22), Sterkrade (15), Dümpten (19), Styrum (51) und Holthausen (38).

Im Jahre 1906 (Juli) werden im gesamten Wahlkreisverein 2284 Mitglieder genannt, zusätzlich 115, die freiwillig zahlen. Im Wahlkreis bestehen 18 "Parteiorde", erstmals genannt werden jetzt Walsum und Buschhausen. Im November 1906 gehören dem Wahlkreisverein 2654 Mitglieder an, im Jahre 1907 (Feb.) 3201 Mitglieder. 1913 wurden im Wahlkreis 4565 Mitglieder gezählt, davon 785 weibliche.

Mit dem beträchtlichen Anstieg der Mitgliederzahlen ging eine Stärkung der Organisation einher. Das Netz der Unterorganisationen wurde dichter, die Wahlkreis-Konferenzen häufiger, die Finanzkraft der Partei größer. Symptomatisch für die Entwicklung der Organisation ist schließlich die Anstellung hauptamtlicher Kräfte für die Partei. Vertrauensmann des Wahlkreises war seit 1894 Fritz Kahl. Die Partei scheint dem Wahlkreis-Vertrauensmann für seinen zeitlich immer aufwendigeren Einsatz später eine Unterstützung gezahlt zu haben.

1900 erfahren wir, daß Kahl ein Zuschuß von jährlich 1500 Mark bewilligt wurde.

Als Nachfolger von Fritz Kahl übernahm César Weyers von 1901 ab das Amt des Wahlkreisvertrauensmannes, das ab 1. Juli 1905 umgewandelt wurde in das Amt eines besoldeten Wahlkreissekretärs im Wahlkreis Duisburg-Mülheim. 1907 folgte Wilhelm Schluchtmann im Amt des besoldeten Parteisekretärs.

Im Ausbau der örtlichen Parteipresse spiegelt sich die weitere Stärkung der Organisation. In den neunziger Jahren war in Duisburg zunächst 1890 die "Niederrheinische Volkstribüne" (für Krefeld) gelesen worden, ein Kopfblatt der Elberfelder "Freien Presse", dann ab September 1891 die "Düsseldorfer Arbeiter-Zeitung", die später in "Niederrheinische Volkstribüne" umbenannt wurde. Da die täglich erscheinende "Düsseldorfer Volkstribüne" in der Verteilung zu aufwendig war, beschloß man, die 3mal wöchentlich erscheinende "Krefelder Volkstribüne" zu beziehen, wechselte dann aber 1899 wiederum die Zeitung, indem man den sechsmal

wöchentlich erscheinenden Essener "Weckruf" (gegr. 1898), ein Kopfblatt der "Dortmunder Arbeiterzeitung", einführte, dann aber wieder die "Dortmunder Arbeiterzeitung" bezog.

Die Pressefrage wurde nach 1900 zu einem immer drängenderen Thema in der Wahlkreisorganisation. 1906 entschloß man sich, die Gründung eines eigenen Presseorgans für Duisburg zu betreiben. In der Kritik an den bisher bestehenden Zuständen führte der Parteisekretär Weyers aus, "daß die Preisverhältnisse unseres Kreises, wie ja allseitig bekannt, sich nachgerade zu einer Kalamität ausgewachsen hätten. Der wie Pilze aus der Erde schießenden bürgerlichen Presse unseres Kreises könnten wir nicht entgegentreten wie wir müßten, weil uns ein Organ, das imstande sei, die örtlichen Angelegenheiten und Spezialverhältnisse zu beleuchten, nicht zur Verfügung stehe. Unsere Dortmunder "Arbeiter-Zeitung", die fünf Wahlkreise zu bedienen habe, sei völlig außer Stande, den Einzelwünschen der Wahlkreise gerecht zu werden." Ende September 1906 wurde für die Duisburger Parteioorganisation die "Niederrheinische Arbeiter-Zeitung" eingeführt als Kopfblatt der "Dortmunder Arbeiter-Zeitung". Es entstand in Duisburg auch eine eigene Geschäftsstelle, deren erster Redakteur Stephan Heise im ersten Jahr seiner Tätigkeit insgesamt sieben Gefängnisstrafen und über 1000 Mark Geldstrafe erhielt.



Zum Ersten!

Partei Genossinnen und Genossen!

Werbt überall, unter euern Arbeitskameraden, in Freundeskreisen, bei geselligen Zusammenkünften Leser für eure Zeitung! Die Zeiten sind ernst! Werbt neue Kämpfer für die Sozialdemokratie durch eure Presse, die

„Niederrhein. Arbeiter-Ztg.“

Verdoppelt zum Quartalswechsel eure Arbeit zur weiteren Ausbreitung eures Blattes.



Werbeanzeige in der Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung vom 30. 3. 1909

Zunächst war die "Niederrheinische Arbeiter-Zeitung" in Dortmund hergestellt worden. Ab 1907 wurde die "Niederrheinische Arbeiterzeitung" als Kopfblatt der neugegründeten "Arbeiter-Zeitung für den Wahlkreis Essen" abgeschlossen. Die "Niederrheinische Arbeiter-Zeitung" florierte; sie bezog zum 1. April 1911 in der Marienstraße 29 ein neuerworbenes Gebäude (hier waren auch alle "Partei- und Gewerkschaftsbüros" beheimatet) und eröffnete 1912 eine eigene Druckerei in Duisburg.

Redakteure der Lokalredaktion in Duisburg, der bald Zweigstellen in Mülheim, Oberhausen, Hamborn und Moers (1910) folgten, waren Wilhelm Thielhorn, der bis 1902 10 Jahre Redakteur beim "Volkswillen" in Hannover gewesen war und danach bis 1907 Arbeitersekretär in Duisburg, und August Schoch, ein ehemaliger Schriftsetzer. 1912 kam als leitender Redakteur Otto Niebuhr hinzu, der 1913 von Carl Minster abgelöst wurde. Als weiteres Redaktionsmitglied stieß Karl Böchel zur "Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung".

Die Stärkung der Organisation erlaubte es der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreis, in den Wahlen und in der Agitation immer druckvoller aufzutreten. Seit Ende der neunziger Jahre bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges konnte die SPD auch zunehmend mehr Wählerstimmen gewinnen.

Die Reichstagswahl 1898 sah erstmals den alten Kämpfer der Sozialdemokratie Wilhelm Liebknecht in Duisburg. Über eine große Wahlversammlung am 9. Juni 1898 berichtete der (bürgerliche) "Duisburger Generalanzeiger":

"Vor einem Zuhörerkreis von etwa 2000 Personen sprach gestern Abend in der Schützenburg der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Liebknecht. Die Versammlung, welche 8 1/2 Uhr beginnen sollte, wies bereits 1/4 Stunde vorher einen so starken Besuch auf, daß der Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Infolgedessen fanden viele Nachzügler keinen Einlaß. Für den Saal selber waren Ordner aufgestellt worden, damit möglichst der Andrang der Massen geregelt werden konnte. Kurz vor 1/2 9 Uhr betrat der Abg. Liebknecht den Saal, begrüßt mit brausenden Hochrufen. Darauf wurde die

Bureauwahl vorgenommen und sodann Herrn Liebknecht das Wort erteilt. Nach den Ausführungen des alten Parteiführers, welcher hier in Duisburg zum ersten Male spricht, haben wir demnächst eine Wahl vorzunehmen, die für die sozialdemokratische Partei und für die Geschichte Deutschlands insofern von äußerster Bedeutung ist, weil das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit für die Wähler auf dem Spiel stehen. Die Gegner haben erkannt, daß gerade der Besitz des Wahlrechts für die arbeitende Klasse eine politische Macht bildet, die dazu benutzt wird, die wirtschaftliche Befreiung des Proletariates herbeizuführen. Fürst Bismarck gab das Wahl-



Wilhelm Liebknecht (1826 - 1900), seit 1874 Mitglied des Reichstages (Bild um 1899)

recht nach dem Muster Louis Napoleons, damit es ihm ermöglicht wurde, das deutsche Reich zu gründen.

Man habe aber von oben her das Wahlrecht gehaßt, weil es Volkssouveränität bedeutet, d. h. ein Ausdruck des Volkswillens ist. Allmählich begriff man, daß der Besitz dieses politischen Rechts es der Sozialdemokratie erleichtert, Einrichtungen zu treffen zur erfolgreichen Führung des Kampfes für die Besserstellung der arbeitenden Klassen. Es wurde versucht, die Sozialdemokratie durch Ausnahmegesetze zu knebeln, aber gerade dadurch sind der Partei tausende Menschen in die Arme getrieben. Die Verhältnisse drängen darauf, den Augiasstall des mittelalterlichen Plunders und des modernen Kapitalismus zu räumen.

Die Reden, die von den Abgeordneten

im Reichstag gehalten wurden, hallten im deutschen Volke wieder, und da sagte sich das Junkertum, wenn es das jetzige Wahlrecht bestehen läßt, dann wird es eines Tages mit seiner Macht vorbei sein. Bei den kommenden Wahlen würde ein Sieg der Regierungsparteien den Bruch des Gesetzes herbeiführen und das Staatswesen auf den Boden der gewalttätigen Willkür stellen, womit die deutsche Freiheit begraben, das deutsche Volk entmündigt ist und wir einen Scheinreichstag besitzen. Hiergegen soll das deutsche Volk am 16. Juni protestieren.

Die Gegner versuchen jetzt wieder die Sozialdemokratie für die Attentate eines Hödel und Nobling verantwortlich zu machen. Hödel sei aber ein Schützling Stöckers gewesen und Nobling habe vor dem Attentat auf nationalliberalen Boden gestanden. Die Sozialdemokratie hält politischen Mord für Unsinn, weil damit nur die Person, nicht das System beseitigt wird.

Des weiteren kam der Redner auf die Kandidaturen im hiesigen Wahlkreise zu sprechen und bezeichnete zunächst den nationalliberalen Kandidaten Möller als einen Feind des Wahlrechts. Seine Vergangenheit sei dadurch gekennzeichnet, daß ihm nach Angabe des Redners das Mandat als Abgeordneter nach erfolgter Verleihung von der Prüfungskommission abgesprochen wurde, weil er in Dortmund unter Beeinflussung der Wähler ernannt worden sei.

Dann kennzeichnete Liebknecht kurz das Zentrum als eine Partei, die abgeschwenkt sei von ihrer früheren demokratischen Anschauung. Redner appellierte an die Anwesenden, dazu beizutragen, daß unser Wahlkreis wieder von den Sozialdemokraten erobert wird.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde die Diskussion eröffnet. Von den Gegnern meldete sich niemand zu Wort. Darauf sprach Frau Zieß aus Hamburg in ihrer bekannt anfeuernden Weise für die Rechte der Frauen und beanspruchte für diese das Wahlrecht von 20 Jahre an. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen:

"Die heute in der Schützenburg tagende zahlreich besuchte Wählerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des langjährigen Abg. Liebknecht einverstanden. Die Versammlung hat erkannt,



Clemens Hengsbach (1857 - 1940), Duisburger Reichstagsabgeordneter

daß die einzige Partei, welche wirklich für die Befreiung der Unterdrückten eintritt, die Sozialdemokratie ist und verspricht am 16. Juni nur dem Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, dem Privatbeamten Clemens Hengsbach aus Köln, ihre Stimme zu geben." Hierauf hielt Herr Hengsbach seine Programmrede und erging sich scharf gegen das Zentrum und die Nationalliberalen. Zum Schluß der Versammlung brachte Herr Kahl ein Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie aus."

Die äußere Form der Veranstaltung zeigt schon, daß die Wahlagitation in Duisburg jetzt druckvoller geworden war. Zahlreiche Versammlungen fanden neben der Hauptversammlung mit Wilhelm Liebknecht statt, der Kandidat Clemens Hengsbach aus Köln fand auch als Person Anhänger.

Clemens Hengsbach (1857 - 1940) war in Köln geboren und, wie sein Vater, Schreiner geworden. 1882 hatte er in Köln einen Tischlerfachverein gegründet, 1891 mit anderen die "Neue Rheinische Zeitung" ins Leben gerufen, deren Inseratenteil er lange Jahre leitete. Er war Mitbegründer einer Genossenschaft aus Gewerkschaftern zum Bau eines Gewerkschaftshauses in Köln, dessen Geschäftsführer er wurde. Erstmals war er 1885 als Redner in Duisburg in der Schützenburg aufgetreten. Bei den Reichstagswahlen 1898, 1901 (Ersatzwahl), 1903, 1907 und 1912 kandidierte er als sozialdemokratischer Kandidat im Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim, 1907 mit Erfolg.

Im Jahre 1898 war das Wahlergebnis trotz des intensiveren Wahlkampfes mit 7804 Stimmen (2894 in Duisburg) noch hinter den Erwartungen zurückgeblie-

ben. In der Stichwahl standen sich der nationalliberale Kandidat Kommerzienrat Möller und der Zentrumskandidat Peter Molz gegenüber; es siegte der Nationalliberale mit 29 476 Stimmen. Auf Reichsebene gewann die Sozialdemokratische Partei bei dieser Wahl 27% der Stimmen und 14% der Reichstagsmandate.

Einen Durchbruch in der Zustimmung bei den Wählern brachten die Reichstagswahlen von 1903. Wiederum hatte die Sozialdemokratie im Wahlkreis Duisburg-Mülheim-Ruhrort-Oberhausen Clemens Hengsbach aus Köln als Kandidaten aufgestellt, wiederum war es gelungen, mit dem Parteivorsitzenden August Bebel einen prominenten Hauptredner nach Duisburg zu holen. Am 7. Mai 1903 sprach August Bebel in der Neudorfer Tonhalle vor 200 Zuhörern. In seiner Rede berührte er die Schwerpunkte der Wahlkampfthematik:

..."Wir haben in Europa verhältnismäßig die stärkste Armee, die so ungeheure Opfer fordert. Jetzt strebt man auch danach, die erste Seemacht zu werden. Es ist keinem europäischen Staat gegeben, zu gleicher Zeit die erste Land- und die erste Seemacht zu sein. Beides zu sein müßte auf die Dauer auch das allerreichste Land zugrunde richten... Der Redner verbreitete sich eingehend über die sozialdemokratische Forderung auf Schaffung eines Volksheeres mit 6 monatiger Ausbildungszeit. Er fährt dann fort: Wenn man sagt, wir Sozialdemokraten sind international, so hat man in gewisser Hinsicht recht, denn wir wollen das vollbringen, was das Christentum 1900 Jahre lang nicht vollbracht hat: wir wollen die allgemeine Völkerverständigung und endlich die allgemeine Völkerverbrüderung... Wir erstreben also eine verständige, friedensliebende Politik auf der einen Seite und auf der anderen Seite einen wirksamen Schutz für den Fall, daß es jemand wagen sollte, uns anzugreifen.

... Wir fordern ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, für die Arbeiterschaft die volle Koalitionsfreiheit und die Gleichstellung beider Geschlechter in rechtlicher und politischer Beziehung. Die Unternehmer nehmen die Koalitionsfreiheit für sich selbst als etwas ganz natürliches in Anspruch und

niemand wagt es, sie daran zu hindern. Dem Arbeiter suchen sie aber nach Möglichkeit dieses Recht zu beschneiden. Ein Unternehmer, der es wagt, dem Arbeiter das Koalitionsrecht zu rauben, sollte für diese Schandtats von Rechtswegen ins Gefängnis wandern. Da man die Organisationsbestrebungen nicht unterdrücken konnte, ging man darauf aus, die Arbeiter unter sich zu spalten. Man gründete konfessionelle Gewerkschaften, da man wußte, daß die Arbeiter um so leichter bekämpft werden können, je uneiniger sie sind...

Im Anschluß daran erörterte der Redner den sozialdemokratischen Programmpunkt: Religion ist Privatsache und Trennung des Staates und der Schule von der Kirche. Im Laufe der diesbezüglichen Auseinandersetzung polemisierte Bebel in scharfer Weise gegen das Zentrum und bezeichnete es als eine Nichtswürdigkeit, seine Privatansichten über die Religion - die Philosophie, welche er sich im Laufe der Jahre angeeignet habe - als die der Partei hinzustellen. 98 Prozent seiner Parteigenossen gehörten heute noch irgendeiner Religionsgemeinschaft an. Warum habe man denn Angst vor ein paar Atheisten. Dies sei keine üble Eigenschaft. Friedrich der Große, Voltaire und andere und sogar einige Päpste seien Atheisten gewesen...

Wir verlangen ferner die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes und eines Reichsarbeitsmarktes. Wir fordern dies schon seit Jahrzehnten und hätten es auch erungen, wenn das Zentrum ebenfalls dafür gestimmt haben würde. Jetzt, da wir vor der Wahl stehen, will es, der Not gehorchend, für die Forderungen stimmen. Die Sozialdemokratie will weiter eintreten für die Zentralisation des gesamten Versicherungswesens, für die Herabsetzung der Wahlperiode von 5 auf 2 Jahre, Einführung einer Arbeitslosenversicherung und Reorganisation des Strafgesetzbuches.

Zum Schlusse betonte der Redner, die Sozialdemokratie würde überall die Lage der Arbeiter zu verbessern suchen, soweit dies in der heutigen Gesellschaftsordnung möglich ist, daneben aber unentwegt die ferneren Ziele vor Augen halten. Er verbreitete sich dann noch in großen Zügen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat...



August Bebel (1840 - 1913), Mitbegründer der Deutschen Sozialdemokratie

Die sehr intensive Wahlagitation der Sozialdemokraten bei dieser Wahl brachte dem sozialdemokratischen Kandidaten Hengsbach ein ausgezeichnetes Ergebnis: mit 23 284 Stimmen (davon 5985 in Duisburg) kam er erstmals in die Stichwahl gegen den nationalliberalen Kandidaten. Dieser siegte dann allerdings mit 36 401 Stimmen gegen 29 942 Stimmen. Auch im Reich errang die Sozialdemokratie bei dieser Wahl überraschende Erfolge: 31,7 % der Stimmen und 20 % der Mandate.

1906/07 stand die Agitation gegen das preußische Landtagswahlrecht im Vordergrund. Das Flugblatt "Auf zum Kampf gegen das elendeste aller Wahlrechte" (1906) führte pointiert die sozialdemokratische Position zum Dreiklassenwahlrecht aus:

"Nach diesem Wahlsystem, das an Widersinn und Verrücktheit seinesgleichen sucht, werden in jedem Wahlbezirk

die Wähler nach der Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt.

Die wenigen Höchstbesteuerten - nicht selten sind es nur 1 oder 2 Steuerzahler in einem Bezirk - wählen in der ersten Klasse, diejenigen, die das zweite Drittel Steuern zahlen, wählen in der zweiten Klasse, die übrig bleibende große Menge der Wähler wählt in der dritten Klasse.

Die Steuerhöhe, welche die Klassen scheidet, differiert dabei in den einzelnen Bezirken in der unglaublichsten Weise und vollendet das Zerrbild eines Wahlgesetzes, wie es nicht sein soll.

In einem Bezirk z. B. genügen je nach der sozialen Zusammensetzung desselben 50 Mk. Staatssteuer, um in der ersten Klasse zu wählen, in einem anderen Bezirk sind wenigstens 2000 Mk. Steuerleistung nötig, um in der zweiten Klasse wählen zu können. Alle Regel und alles Maß wird durch dieses System buchstäblich auf den Kopf gestellt.

Im allgemeinen gestaltet sich das Verhältnis so, daß von hundert Urwählern in der ersten Klasse 2 - 4 Personen, in der zweiten Klasse 4 - 12 Personen, in der dritten Klasse der Rest, also 83 - 90 Personen die sogenannten Wahlmänner wählen, die ihrerseits erst den Abgeordneten zu wählen haben.

Da aber jede Klasse gleichviel Wahlrecht hat, so können die wenigen Wähler der ersten und zweiten Klasse, d.h. die 10 - 17 % der gesamten Wähler den Abgeordneten wählen und die 83 - 90% haben gar keinen Einfluß, auch wenn sie alle wie ein Mann zusammenhalten. Kann es einen größeren Humbug bei einem Gesetz für die Wahl von Volksvertretern geben ?...

Damit sind aber die Schönheiten dieses traurigsten aller Wahlsysteme noch nicht genügend beleuchtet.

Im Gegensatz zum Reichstagswahlrecht ist die Stimmabgabe bei der Wahl der Wahlmänner und Abgeordneten in Preußen eine öffentliche, d. h. der Wähler muß vor dem Wahlvorstande mit lauter Stimme die Namen der Wahlmänner oder der Abgeordneten nennen.

Da aber die große Mehrheit der Wähler sich in sozial abhängiger Stellung befindet und durch öffentliche Stimmabgabe ihr politisches Glaubensbekenntnis verraten würde, so ziehen unendlich viele es vor, nicht zu wählen, aus Furcht, gemäßregelt zu werden.

So kommt es, daß in denselben Bezirken, in denen bei der Reichstagswahl 75 - 80 und noch mehr Prozent Wähler ihre Stimme abgeben, dieselben bei der Landtagswahl auf 15 - 20 Prozent sinken.

Und unter dieser aktiven Zahl Wähler wählen auch viele anders, als sie bei geheimer Wahl wählen würden, z. B. Beamte, Lehrer, Geschäftsleute, Arbeiter in Staatsbetrieben, die nicht selten moralisch gezwungen werden, ihre Stimme abzugeben.

Sonötigt das bestehende Landtagswahlrecht zur politischen Heuchelei und außerdem kommt durch dieses Wahlsystem eine Volksvertretung zusammen, die nur von einem winzigen Teil der Wähler gewählt ist. Ist das nicht ein Unfug und ein Skandal?..."

Es gelang der intensiven sozialdemo-

kratischen Agitation, die gerade die Frage des preußischen Landtagswahlrechtes immer wieder aufgriff, jedoch nicht, bis zur Revolutionszeit 1918 gerade in dieser Frage Erfolge zu erzielen.

Das Jahr 1907 war geprägt durch den größten Erfolg der sozialdemokratischen Agitation in Duisburg vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges. In den sogenannten "Hottentottenwahlen" siegte der sozialdemokratische Kandidat Clemens Hengsbach im Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim!

Vorhergegangen war die brutale Unterdrückung des Befreiungskrieges der Hereros und Hottentotten in Südwestafrika durch deutsche Kolonialtruppen.

Als Zentrum und Sozialdemokraten einem Nachtragshaushalt zur Finanzierung des Kriegsabenteuers die Zustimmung verweigerten, löste der Reichskanzler v. Bülow den Reichstag vorzeitig auf.

Der Wahlkampf war geprägt durch scharfe Kontroversen um die Kolonialpolitik und die steigenden Rüstungsausgaben.

In Duisburg hatte sich der sozialdemokratische Kandidat mit dem Zentrum und den "Vereinigten Nationalen", einem Wahlbündnis der Nationalliberalen, der Konservativen und der Christlich-Sozialen auseinanderzusetzen, das von den bürgerlich-konservativen Verbänden wie den Kriegervereinen, dem Kolonialverein, dem Flottenverein und dem Alldeutschen Verband unterstützt wurde.

Im Wahlkampf nahm Hengsbach eindeutig Stellung :

"Fort mit den wertlosen Kolonien ... Reduzierung der Ausgaben für Heer und Marine."

Während die scharfe nationalistische Propaganda gegen die Sozialdemokratische Partei auf Reichsebene Wirkung zeigte - trotz leichtem Stimmengewinn verlor die Partei fast die Hälfte der Reichstagsmandate und zog nur noch mit 43 Abgeordneten (= 10,8%) in den Reichstag ein - gewann in Duisburg der sozialdemokratische Kandidat im ersten Wahlgang am 25. 1. 1907 zwar nur 27 650 Stimmen (432 in Ruhrort, 558 in Laar, 937 in Beeck, 2 211 in Meiderich, 6 980 in Alt-Duisburg, 860 in Hamborn,

1279 in Marxloh, 503 in Bruckhausen) gegenüber 32 045 Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten und 27 322 Stimmen für das Zentrum, erhielt aber in der nun notwendigen Stichwahl mit 43 753 Stimmen (gegen 39 091 für den nationalliberalen Kandidaten) die Mehrheit und damit das Reichstagsmandat.

Gestützt auf diesen Wahlerfolg kandidierten die Sozialdemokraten im Jahr 1907 mit besonderer Zuversicht bei den Duisburger Stadtverordnetenwahlen, nachdem sich unter dem geltenden Dreiklassenwahlrecht 1903 nur 237 Wähler in der 3. Klasse und 1905 nur 631 Wähler bei der Kommunalwahl zur Sozialdemokratie bekannt hatten.

Ein Flugblatt aus diesem Wahlkampf verdient besonderes Interesse, weil es zugleich damalige sozialdemokratische Grundpositionen im Bereich der kommunalen Politik hervorhebt.

Es ist auf den folgenden Seiten abgedruckt.

Trotz des intensiven Wahlkampfes blieb der Sozialdemokratie in Duisburg unter dem Dreiklassenwahlrecht wiederum der Erfolg versagt, ebenso bei der nachfolgenden Kommunalwahl 1913. Erst 1915 zog als erster Sozialdemokrat der Redakteur der Parteizeitung August Schoch in das Stadtparlament ein.

Angesichts des bei der Reichstagswahl 1907 errungenen knappen Wahlsieges kam dem nächsten Reichstagswahlkampf zur Reichstagswahl 1912 besondere Bedeutung zu.

Nach hart umkämpfter Wahlschlacht gewann der sozialdemokratische Kandidat, wiederum Clemens Hengsbach aus Köln, im ersten Wahlgang zwar die meisten Stimmen (34 187, davon 500 in Ruhrort, 803 in Laar, 1139 in Beeck, 2 843 in Meiderich und 8 315 in Alt-Duisburg sowie 5 573 in Hamborn) gegenüber 33 934 für den nationalliberalen und 31 559 für den Zentrums-kandidaten.

Auf Grund eines Stichwahlabkommens zwischen Nationalliberalen und Zentrum gab es in der Stichwahl jedoch einen Sieg des nationalliberalen Kandidaten (63 617 gegen 43 880 Stimmen).

Zur Stadtverordnetenwahl!

Wähler der 3. Abteilung!

Am 21. und 22. November
finden in der Altstadt Duisburg für die Angehörigen
der 3. Wählerklasse die diesjährigen

Neuwahlen

für das Stadtverordneten-Kollegium statt. Da wird
sich nun wieder so mancher Wähler, der über die Ver-
hältnisse im wirtschaftlichen und kommunalen Leben
nicht im klaren ist, die Frage vorlegen:

Wen wähle ich?

Arbeiter und Bürger!

Wer sich um das öffentliche Wohl kümmert, wer An-
teil nimmt an der kulturellen Entwicklung unseres
Volkes, der weiß, daß die

größere Mehrheit des Volkes ausgeschlossen
ist von der Teilnahme an der Verwaltung auf kommun-
alem Gebiete. Bestimmungen, in die Form von Ge-
setzen gekleidet, sorgen dafür, daß der

Geldsack regiert,

d. h. diese Bestimmungen bringen es mit sich, daß die
besitzende Klasse die Verwaltungsgeschäfte auf kommun-
alem Gebiete ganz nach Gutdünken im eigenen In-
teresse besorgen kann. Und daß das auch wirklich
geschieht, das sehen wir täglich und stündlich, das merkt
das arbeitende Volk auf Schritt und Tritt. Das

Dreiklassenwahlgesetz

ist es, was der großen Mehrheit des Volkes die
freie Selbstbestimmung raubt,

das Dreiklassenwahlrecht sichert von vorn-
herein den Besitzenden Klassen die Majorität
in der Verwaltung.

auch selbst dann, wenn die arbeitende Bevölkerung, die
Angehörigen der 3. Wählerklasse, sämtlich für die
3. Wählerklasse bestimmten Vertreter aus ihren Reihen
wählen würden. Nicht umsonst nannte einst selbst der
arbeiterfeindliche Bismarck das Dreiklassenwahlrecht
das „elendste aller Wahlssysteme“. Und unter diesem
„elendsten aller Wahlssysteme“ muß der für die Volks-
interessen so wichtige preussische Landtag gewählt wer-
den, unter demselben elendsten Wahlssysteme kommen
die Wahlen zu den Stadtverordneten-Kollegien zu-
stande.

Nun könnte mancher Wähler einwenden, daß, wenn
von vornherein die Tatsache feststeht, daß der Besitz die
Macht auch dann in Händen behält, wenn die 3. Klasse
von der Arbeiterschaft erobert wird, es nicht der Mühe
wert sei, sich an der Wahl zu beteiligen. Nichts wäre
verkehrter, wie das. Leider hat die Arbeiterschaft
diesen Standpunkt nur allzu lange vertreten. Erst
durch zwei Wahlperioden hindurch hat die Duisburger
Arbeiterschaft sich auferaus zum Kampfe gegen die
Dreiklassenwahl, zum Kampfe um ihr gutes Recht,
der Teilnahme an der Kommunalverwaltung. Freilich

kounten die ersten Versuche der Wahlbeteiligung der
hiesigen Arbeiterschaft als selbständige Partei noch
keine glänzende Resultate zeitigen. Der Umschlag in
der Auffassung über die Wahlbeteiligung oder Nicht-
beteiligung mußte sich erst allmählich Bahn brechen.
Heute, nachdem überall

für eine gesunde Kommunalpolitik

in den Gemeinden gekämpft wird, nachdem sich die Vor-
teile des Eingreifens der klassenbewußten Arbeiter-
schaft bereits überall da bemerkbar machen, wo wirk-
liche Arbeitervertreter in den Verwaltungen sitzen, da
noch die Notwendigkeit der Beteiligung an den Kom-
munalwahlen bestreiten zu wollen, das hieße die Ver-
hältnisse vollständig verkennen. Gerade

auf kommunalpolitischem Gebiete zeigen
sich die Schäden der heutigen Gesellschafts-
ordnung

so recht deutlich. Hütet doch auch die herrschende und
besitzende Klasse neben dem Landesparlament gerade die
kommunalen Verwaltungskörper vor dem Einflusse
des arbeitenden Volkes. Zu diesem Zwecke hält man
die reaktionären, aus den Zeiten des schwärzesten Will-
kürregiments stammenden preussischen Städte- und
Landgemeindevorstände aufrecht, so lange es irgend
geht. Alle tragen den Stempel der

Geldsackherrschaft.

Es liegt im Interesse der besitzenden Klasse, daß die
kommunalen Verwaltungskörper ihre alleinigen Zum-
melplätze bleiben. Eine

Kleine Minderheit herrscht

schrankenlos

über die große Mehrheit der Besitzlosen,
die sich aus kleineren Beamten, kleinen Handwerkern
und der großen Masse der eigentlichen Arbeiter zu-
sammensetzen. Etwa 15 Prozent Kapital- und Grund-
besitzer bilden die Repräsentanten der 1. und 2. Klasse,
während die große Masse der Besitzlosen die übrigen
85 Prozent ausmachen.

Ein anderes Mittel, die arbeitende Bevölkerung zur
Einflußlosigkeit zu verurteilen, ist die

öffentliche Stimmabgabe.

Man rechnete in den Kreisen der Besitzenden mit
der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter. So
richtig nun auch diese Spekulation an sich war und noch
ist, so verliert sie doch mit jedem Tage an Wert.

Je mehr die Arbeiterschaft selbständig
wird, je weniger wird sie nach der öffent-
lichen Stimmabgabe fragen.

Hier in Duisburg bekannnten sich im Jahre 1903, als
die organisierte Arbeiterschaft zum ersten Male an dem
Kampfe um die Stadtverordnetenmandate teilnahm,
nur

237 Wähler

essentlich zu der Partei, welche die Interessen der Arbeiter unerschrocken vertritt, zur Sozialdemokratie, während es im Jahre 1905, in der folgenden Wahlperiode,

bereits 631

waren, also eine Zunahme von rund 200 Prozent. Gleichzeitig waren die Anhänger der Zentrumsparlei von 2140 Stimmen im Jahre 1908 auf 1618 im Jahre 1905

gesunken.

Diese Tatsache beweist, daß es auch unter dem ungerechtesten aller Wahlsysteme möglich ist, Arbeitervertreter in das Stadtparlament zu wählen, sobald nur die Arbeiterklasse selbständiger austritt und die Schem vor der öffentlichen Stimmabgabe beiseite wirft.

Zwischen den Kommunalwahlen von 1905 und den jetzt vor der Tür stehenden liegt die

Reichstagswahl von 1907,

die das erfreuliche Resultat zeitigte, daß der Wahlkreis Duisburg jetzt durch einen Vertreter der arbeitenden Klasse im Reichstage vertreten wird. Mit welchem Erfolge, das hat bereits das erste Auftreten unseres Abgeordneten im Reichstage bewiesen. Während der frühere Vertreter des krassesten Scharfmachertums, der Herr Dr. Benner, nicht genug Loblieder auf die kapitalistische Herrschaft im Ruhrrevier singen konnte, geißelte unser jetziger Abgeordneter Clemens Heugsbach schonungslos die schauerhaften Zustände auf hygienischem Gebiete, namentlich die Wohnungsmisere in den Gefilden der kapitalistischen Großunternehmer unseres industriell so hoch entwickelten Wahlkreises. Der Erfolg ist bekannt.

Arbeiter! Gesinnungsgenossen!

Auch in unsere Kommunalverwaltung würde ein ganz anderer Zug hinein kommen, wenn es gelingen sollte, in den stillen friedlichen „Karpfenteich“ auf dem Rathaus einige „sozialdemokratische Hechte“ hinein zu wählen. Gerade hier

in Duisburg tut es dringend not, daß auch Vertreter der Arbeiterschaft auf dem Rathaus ein Wörtchen mitzureden haben.

Die Sozialdemokratie, die stärkste Partei unseres Wahlkreises, ist bisher in der Stadtverordneten-Versammlung nicht vertreten.

Sie hat ein Recht auf diese Vertretung, kraft ihrer zahlenmäßigen Stärke, sie fühlt aber die Teilnahme an der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten auch als

Ihre Pflicht,

da sie sich bemüht ist, daß die geradezu jämmerlichen Zustände im Duisburger Gemeindeleben nicht eher anders werden, als bis die Vertreter der Sozialdemokratie im Rathaussaal sitzen, und dort mit allem Nachdruck die Interessen des kleinen Mannes, die Interessen der breiten Masse des Volkes, gegenüber dem allein herrschenden Geldsack vertreten.

Unter dem elenden Dreiklassenwahlrecht ist es der Sozialdemokratie nicht gegeben, den ihr nach ihrer Stärke zukommenden Anteil in der Gemeindevertretung zu erlangen, aber wir müssen zunächst mal jenen beschämenden Zustand beseitigen, daß unsere Partei überhaupt nicht in der Gemeindevertretung zu Worte kommt. Die Sozialdemokratie

muß und will

dort vertreten sein. Eins steht fest, mag die Zahl ihrer Vertreter im Rathaussaal vorab eine noch so kleine sein, durch die freie Kritik der Sozialdemokraten werden die Verhandlungen mit einem Schläge ein ganz anderes Gepräge erhalten. Die

freie Kritik ist auch eine Macht.

Einige Männer mit klarem Blick und vom sozialistischen Geiste durchdrungen, können im Stadtrat viel Gutes anregen und viel Schlimmes verhindern, das durch, daß sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf die bestehenden Mißstände lenken,

dadurch, daß sie sagen, was keine bürgerliche Partei zu sagen wagt, weil sie ohne Rücksicht auf die Gunst und Liebe von oben nur eine Aufgabe kennen: Das Wohl der Allgemeinheit, den wirtschaftlichen und geistigen Fortschritt, die Fürsorge für die Armen und Schwachen.

Allerdings ist es gerade diese freie Kritik, die man in den Kreisen der Besitzenden fürchtet, weil dadurch das herrschende Sonderinteresse in Gefahr gerät. Wie ängstlich man bemüht ist, die sozialdemokratische Kritik vom Rathaus fern zu halten, das ging bei der Wahl im Jahre 1905 aus einer Auslassung der „Rhein- und Ruhr-Zeitung“ hervor, als an ein Eindringen unsererseits in das Stadtparlament noch gar nicht zu denken war. Zur Eingekerkeltheit im bürgerlichen Lager mahnend, schrieb damals das genannte Blatt der lokalen Scharfmacher:

„Glaube man doch ja nicht, wir malten Gespenster an die Wand. Die Zeit wird es lehren, daß unsere Mahnung zum einmütigen Zusammenschluß aller nichtsozialdemokratischen Wähler gegen die Anhänger der roten Internationale sehr berechtigt war. Noch ist es Zeit, den Strom anzuhalten. Aber wehe, wenn es zu spät ist!

Man darf nicht etwa von jenen Leuten erwarten, daß ihnen das Gerechtigkeitsgefühl sagen müßte, auch die Arbeiterschaft, die doch den weitaus größten Teil der Bevölkerung ausmacht, müßte teilnehmen an der kommunalen Verwaltung. Nichts von alledem. Das brutalste Klasseninteresse der Herrschenden ist die Nichtschonung ihres Handelns. In einer Anwendung von Scham über den Ausschluß der Sozialdemokratie erkennen selbst bürgerliche Blätter die Notwendigkeit des sozialistischen Geistes in den vom Dreiklassenwahlrecht geschützten Körperschaften an. So schrieb vor einigen Jahren das führende Zentrumsorgan, die „Rheinische Volkszeitung“:

„Das preussische Abgeordnetenhaus ist unter den größeren Einzelkammerparlamenten das einzige in dem keine Sozialdemokraten sitzen. Daß es darum besser arbeite, ist nicht zu behaupten. Manches, was man da redet, würde man wohl für sich behalten, wenn man von sozialdemokratischer Seite eine Antwort zu erwarten hätte. Ebenso würde etwas mehr sozialer Geist in die Gesetzgebung kommen, wenn sie unter fortgesetzter Kritik der Sozialdemokraten arbeitete. Denn diese fürchtet man doch einigermaßen, während man sich um die Einwände von Nicht-Sozialdemokraten wenig kümmert. Ein paar sozialdemokratische Hechte in dem Karpfenteich könnten gar nicht schaden.“

Und dieselbe „Rheinische Volkszeitung“ schreibt in Bezugnahme auf einen Protest unserer Berliner Parteigenossen gegen Mißstände im Berliner Stadtparlament:

„... Wenn überhaupt ein wenig Sozialpolitik im Berliner Rathaus getrieben wird, so verdankt man das allein dem Drängen der Sozialdemokraten.“

Ähnlich äußerte sich die „Germania“, auch ein führendes Zentrumsorgan, als sie bei derselben Gelegenheit schrieb:

„Man möchte wirklich fast sagen, es sei gut, daß die Sozialdemokraten im Stadtverordneten-

Kollegium als eine Art öffentlicher Kontrollenre-
fieren. Wie würde es sonst zugehen?"

„Wie würde es sonst zugehen!“ ruft hier ein führen-
des Zentrumsorgan aus, wenn keine Sozialdemokraten
im Berliner Stadtverordneten-Kollegium säßen! Das
ist eine Anerkennung der sozialdemokratischen Tätig-
keit, wie sie deutlicher in so knapper Form nicht ge-
geben werden kann.

Und wie sieht es denn hier in Duisburg
aus?

Haben wir etwa von dem sozialen Empfinden der
Herrschenden etwas zu erwarten? — In wiederholten
Malen hat die Arbeiterschaft an das Stadtverordneten-
Kolleg den Antrag gestellt, den 6 Mark-Zensus auf den
Mindestbetrag von 4 Mk. herabzusetzen, weil Tausende
von Arbeitern, die zu uns halten, nicht wählen können.
Hohnschreiend hat man uns abgewiesen, ja, sogar er-
klärt, es sei das auf Grund der rheinischen Städte-
ordnung nicht zulässig! Abgesehen davon, daß bereits
einige Landgemeinden in unserem Wahlkreise nach dem
4 Mark-Zensus wählen, hat auch die Großstadt Köln im
vorigen Jahre den Wahlzensus von 6 auf 4 Mark her-
abgesetzt. Und der hiesigen Arbeiterschaft will man weis
machen, die Städteordnung lasse das nicht zu! Je mehr
aber die herrschende Klasse zu erkennen gibt, daß sie
nichts von ihrer Macht preisgeben will,

um so notwendiger ist es, daß die
Arbeiterschaft eine geschlossene Masse bildet,
und sich die ihr vorenthaltenen Rechte
erringt.

Ohne Kampf, geführt mit Zähigkeit und Ausdauer,
wird die arbeitende Bevölkerung den Einfluß nicht
gewinnen, den sie nach Maßgabe ihrer Bedeutung im
wirtschaftlichen und sozialen Leben auch in der Kom-
munalvertretung haben muß. Deshalb:

Auf die Schanzen!

„Nur der verdient die Freiheit und das
Leben, der täglich sie erkämpfen muß!“

Arbeiter! Bürger! Wer eine wirklich
gesunde Kommunalpolitik will, wer
gegen bürokratische Bevormundung
und politische Entrechtung protestieren
will, wer für eine gerechte Verteilung
der Steuerlasten eintreten will, der
gebe am 21. und 22. November seine
Stimme den Kandidaten der sozial-
demokratischen Arbeiterpartei:

Bernh. Ahlbrinck

Expedient.

Hermann Albertz

Schreiner.

Hermann Martin

Gewerkschaftsbeamter.

August Ramin

Maurer.

Wilhelm Thielhorn

Redakteur.

**Vorstehende Kandidaten werden
im Falle ihrer Wahl auf Grund
des nachstehenden Programms
tätig sein:**

Die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der
Gemeinde ist bestimmt durch die Grundsätze und For-
derungen, die im allgemeinen Programm der sozial-
demokratischen Partei Deutschlands niedergelegt sind.

Davon ausgehend, fordert die Sozialdemokratie wie
für Reich, Staat und Provinz, so auch für die Ge-
meinde:

Allgemeines gleiches direktes Wahl- und
Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über
20 Jahre alten Gemeindebewohner ohne Unter-
schied des Geschlechts; Verhältniswahl; Vornahme
der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetz-
lichen Ruhetage; Entschädigung für die gewählten
Vertreter; Aufhebung jeder Beschränkung politi-
scher Rechte außer im Falle der Entmündigung.
Selbstverwaltung der Gemeinde. Wahl der Be-
hörden durch die Gemeindeangehörigen. Ab-
schaffung des staatlichen Befähigungsrechts. Ver-
antwortlichkeit und Haftbarkeit der Behörden.

Unter Berücksichtigung der besonderen Kommunal-
angelegenheiten in Duisburg stellt die Sozial-
demokratie folgende Forderungen:

Finanzwesen.

Hohe proportionale Besteuerung der unbebauten
Grundstücke. Selbststeinschätzung. Die Gemeinde hat
das Recht, das Grundstück jederzeit zu dem an-
gegebenen Preise zu erwerben. Wirksame und
stufenweise steigende Besteuerung des unverdien-
ten Wertzuwachs.

Diese Forderungen werden erhoben im Interesse
der Wohnungspolitik, sie sollen die Grund und Boden
verteneuernde Spekulation einschränken und einen Teil
des Gewinnes, der den Grundbesitzern durch die Ent-
wicklung des Gemeindegewens, also durchaus unver-
dient, zufließt, wieder der Gemeinde zuwenden.

Aufhebung aller Verbrauchssteuern.

Die Verbrauchssteuern sind ungerechte Steuern,
weil sie nicht nach der Leistungsfähigkeit bemessen wer-
den, sondern Kopfsteuern sind, d. h., den Armen un-
verhältnismäßig belasten.

Die städtischen Betriebe sind nach dem Grund-
satz der Kostendeckung zu verwalten, die Tarife
nach der Leistungsfähigkeit der benutzenden Be-
völkerungskreise zu gestalten.

Die städtischen Betriebe (Gas-, Wasser-, Elektriz-
itätswerke, Straßenbahnen, Schlachthof usw.) dienen der
Allgemeinheit, sie sollen als gemeinnützige, nicht als
gewinnbringende Anstalten betrachtet werden.

Verweigerung öffentlicher Mittel für sogenannte patriotische und für solche sportliche Veranstaltungen, die anderen als erzieherischen und gesundheitslichen Zwecken dienen.

Die Kosten solcher Veranstaltungen, die rein geschäftlich ausbeutet werden, mögen diejenigen tragen, die davon profitieren, oder die sich daran beteiligen. Die öffentlichen Mittel sind nicht dazu da, um Privatinteressen zu dienen, am allerwenigsten dann, wenn bei solchen Veranstaltungen jede geistig oder sittlich bildende Bedeutung fehlt.

Arbeitswesen.

Die dem allgemeinen Interesse dienenden und dazu geeigneten Einrichtungen sind der Privatausbeutung zu entziehen und in Gemeindebetrieb überzuführen.

Die Gemeindegewerbetreibenden, namentlich Bauten aller Art, sind durch die Gemeinde selbst auszuführen.

Es liegt nicht der geringste Grund vor, die der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen und die zu ihrer Herstellung und Erhaltung dienenden Arbeiten der privaten Ausnutzung zu überlassen.

Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes unter Mitwirkung freigewählter Vertreter der Arbeiter als Zentralstelle der kommunalen Sozialpolitik. Arbeiterausschüsse für alle städtischen Betriebe.

Wir verlangen, wie von Reich und Staat, so auch von der Gemeinde eine umfassende, eingehende und gesetzlich geregelte Arbeiterfürsorge, und als die notwendige Vorbedingung dazu die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes in der oben angegebenen Form.

Ausreichender Lohn für die städtischen Arbeiter und Unterbeamten, höchstens 8 Stund. Arbeitszeit, jährlicher Erholungsurlaub mit Fortzahlung des Lohnes. Hinreichende Versorgung der städtischen Arbeiter und Angestellten im Alter als klagbares Recht, Witwen- und Waisengeld. Sicherung des Koalitionsrechts und der politischen Betätigung der städtischen Arbeiter und Angestellten, insbesondere auch in ihrer Tätigkeit als Mitglieder der Arbeiterausschüsse.

Was den höheren Beamten bei hohem Lohn und gemächlicher Arbeitszeit besichert ist: Versorgung im Alter, jährlicher Erholungsurlaub, das können erst recht die unteren Beamten und städtischen Arbeiter verlangen, deren Dasein ohnehin schon beschwerlich genug ist. Die freie Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte sollte selbstverständlich sein, sie bedarf aber, da sie angefochten wird, der besonderen Betonung und Sicherung.

Bei Vergabe städtischer Arbeiten vertragsmäßige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach den anerkannten Tarifen der Gewerkschaften. Bei Arbeiteranstellungen darf den Unternehmern kein Ausschub für die übernommenen Arbeiten gewährt werden.

Eine Gemeinde soll als Arbeitgeberin vorbildlich für die Privatbetriebe wirken, indem sie für ihre Arbeiter und Angestellten die besten Arbeitsbedingungen schafft; sie kann und soll auch als Arbeitgeberin von Arbeiten in sozialpolitischem Sinne auf die Unternehmer einwirken, indem sie diese vertragsmäßig zu anständigen Arbeitsbedingungen für die im Auftrage der Stadt auszuführenden Arbeiten anhält.

Bessere Durchführung der Bauarbeiterschutzbestimmungen im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen; Aufstellung von Bautenkontrollen, gewählt aus Kreisen der Bauarbeiter in der Art der Gewerbeprüfungswahl.

Die häufigen Beschwerden und Berichte der Bauarbeiterschuttkommission sind der beste Beweis, daß die Bauarbeiter zur Mitwirkung bei der Kontrolle heranzuziehen sind. Mit Recht verlangen die Bauarbeiter eine korrektere Ueberwachung der Bauarbeiterschutzbestimmungen.

Wohnungswesen.

Erhaltung und Vermehrung städtischen Eigentums. Anbahnung der Erweiterung des städtischen Enteignungsrechtes. Vorkaufsrecht der Gemeinde bei Zwangsverkäufen von Immobilien. Erbauung von Wohnhäusern durch die Gemeinde, insbesondere für die unbemittelte Klasse. Unterstützung von Bau- und Wohnungsgenossenschaften, die

ohne jede Gewinnabsicht

gute, billige Wohnungen herstellen. Vergabe von Gemeindegelände in Erbbaupacht an solche Genossenschaften. Errichtung eines Wohnungsamtes für regelmäßige Wohnungsanfrage, Wohnungsstatistik und Wohnungsvermittlung. Planmäßige Verbindung der Wohnungspolitik mit der Verkehrspolitik. Erlaß einer Bauordnung mit schonungsloser Bekämpfung jeder die Sicherheit, Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Ausnutzung von Grund und Boden.

Wie überall, so haben wir auch in Duisburg eine Wohnungsnot. Der Mangel an kleinen, gutbesetzten Wohnungen ist außerordentlich groß; insbesondere sind derartige Wohnungen bis zu drei Zimmern nur sehr schwer zu bekommen und auch nur zu hohen Preisen, die den Arbeiter und den kleinen Beamten übermäßig schwer belasten. Die Hausbesitzer nutzen den Wohnungsmangel gründlich aus und treiben die Mietpreise rücksichtslos in die Höhe; zugleich werden sie in bezug auf die Mieter so wählerisch, daß besonders Kinderreichen Familien die Erlangung einer ihren Verhältnissen entsprechenden Wohnung fast unmöglich wird. Diese Wohnungsnot birgt schwere gesundheitliche und sittliche Gefahren in sich. Der Wohnungsnot entgegenzuwirken, ist Pflicht des Staates und der Gemeinde.

Der Duisburger Sozialdemokratische Verein

Traditionell war der Duisburger Sozialdemokratische Verein der stärkste im Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim.

Die Mitgliederzahl war vor der Jahrhundertwende noch recht bescheiden (1899 - 130 Mitglieder), wuchs aber nach 1900 stetig an.

Im Jahre 1904 überliefert ein Protokoll 259 Mitglieder. Mit der Eingemeindung von Ruhrort und Meiderich nach Duisburg stieg die Mitgliederzahl sprunghaft an:

1905 wurden 1059 Mitglieder in einem Polizeibericht gezählt, davon 130 in Ruhrort und 300 in Meiderich. 1906 übermitteln Parteiunterlagen eine Mitgliederzahl von 830 Duisburg, 142 in Meiderich und 94 in Ruhrort/Laar/Beeck.

Im gleichen Jahr gibt ein Polizeibericht

1280 Mitglieder an, davon 110 in Ruhrort und 170 in Meiderich. 1907 waren es nach Parteiangaben 1304 Mitglieder in Duisburg, 152 Mitglieder in Meiderich und 120 Mitglieder in Ruhrort/Laar/Beeck. 1908 zählte der Verein nach dem Polizeibericht 1740 Mitglieder, davon 200 in Ruhrort und 250 in Meiderich. Danach fehlen uns weitere Zahlen.

Die uns bekanntgewordenen Vorsitzenden des Duisburger Vereins in der Vorkriegs- und Kriegszeit sind Cäsar Weyers (bis 1905), Franz Tschander (1906/1907), Bernhard Ahlbrink (1907/8), Kurt Mey, Arbeitersekretär des Holzarbeiterverbandes (1908) und August Schoch.

Unter den Führern der Duisburger Sozialdemokratie in diesen Jahren hat der

Stukkateur Cäsar Weyers (1866 - 1929) sicher eine besondere Bedeutung. Er war seit 1893 in Duisburg für die Sozialdemokratie tätig und wurde 1901 Kreisvertrauensmann und 1905 besoldeter Parteisekretär.

Von ihm ist folgende Schilderung überliefert:

"Mit seinem Temperament, seiner Ironie und Schlagfertigkeit war er nicht nur ein glänzender Redner, der die Massen hinzureißen wußte, sondern auch ein gefürchteter Debatter."

Er gab sein Amt 1907 auf und verzog nach Lübeck, ist aber wenig später wieder als Parteisekretär in Moers tätig und wirkt dort in der Weimarer Zeit als Stadtverordneter und ehrenamtlicher Beigeordneter.



Mitgliedsbuch des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg-Mülheim-Oberhausen-Ruhrort, ausgestellt 1907 (Auszug)

Das Parteileben im Duisburger Verein spielte sich in den aus den neunziger Jahren bekannten Bahnen ab.

Innerhalb des Ortsvereins Duisburg bildeten sich Filialen in Neudorf, Hochfeld, Wanheimerort und Wanheim sowie Duisburg (Mitte), ohne daß wir die Gründungsdaten kennen.

Ein besonderes Thema in den Jahren vor dem Weltkrieg war die Frauenagitation. Die Frau sollte politisch interessiert und für die Forderung nach dem Wahlrecht auch für Frauen mobilisiert werden. So hieß es in einer Resolution, verabschiedet auf einer Frauenversammlung 1911:

„Die Forderung des Frauenwahlrechts ist die notwendige Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten wirtschaftlichen und sozialen Um-

wälzungen, die die Stellung der Frau von Grund auf umgewandelt haben.

Die zirka 10 Millionen Frauen, die im gesellschaftlichen Produktionsprozeß tätig sind, die Millionen Frauen, die als Mutter Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen, die als Hausfrauen die schwersten Pflichten übernehmen, erheben mit allem Nachdruck Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Frauen fordern das Wahlrecht, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft, die erst das volle Menschentum dem Weibe verbürgt.

Damit gewinnt die Frage des Frauenstimmrechts erhöhte Bedeutung für den Klassenkampf des Proletariats, dem so ein mächtiger Bundesgenosse in seinem Befreiungskampfe erwächst...“



Cäsar Weyers (1866 - 1929), Erster Parteisekretär der Duisburger Sozialdemokratie

Besondere Frauenversammlungen in diesen Jahren sollten dem Ziel der Agitation unter den Frauen dienen.

Ab 1912 wurde ein besonderer „Frauentag“ abgehalten, *„um in Frauenkreisen den Gedanken zu propagieren, daß wie den Männern auch ihnen das Wahlrecht zu den parlamentarischen Körperschaften zusteht.“*

Kennzeichnend für die Entwicklung der Sozialdemokratie im Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende war das Aufblühen der sozialdemokratischen Nebenorganisationen, die für den Sozialdemokraten und seine Familie eine eigene Lebenswelt darstellten.

Träger der kulturellen Arbeit, die wie im Vorgängerverein in der Organisation einen besonderen Stellenwert einnahmen, waren die Vereine im Umkreis der Sozialdemokratie.

Neben dem traditionellen Arbeitergesangverein „Teutonia“ (1905 - 70 Mitglieder) wurden weitere Arbeiter-Gesangvereine gegründet:

Der „Allgemeine Arbeiter-Gesang-Verein“ (gegr. 20. März 1904, Vors. Bernhard Ahlbrink, 100 Mitglieder im Jahre 1905), der Arbeiter-Gesang-Verein „Bruderliebe“ (der 1905 besteht, 1907 aber schon wieder eingegangen ist), in Wanheimerort der Arbeitergesangverein „Morgenrot“ (gegr. 1905).

Über ein großes Fest des Wanheimerorter Vereins im Mai 1905 besitzen wir eine anschauliche Schilderung:

„Einen geradezu glänzenden Verlauf nahm die am vergangenen Sonntag vom

Mai-Feier
Duisburg 1902.

Donnerstag, 1. Mai, Mittags 2 Uhr:
Gemeinschaftlicher Ausflug.
Treffpunkt bei den Wirthe.: **Fils**, Oberstraße 6 und **Markt**, Feldstraße 9.
Abends 8 Uhr:
Oeffentl. Volksversammlung
im Saale des Herrn **Rüpper**, Neudorferstraße.
Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai.
Referent: Genosse **Lüder**-Düsseldorf.
Nach der Versammlung:
Fest-Kommers
unter Mitwirkung der Gesangvereine „**Teutonia**“ und „**Vereinerbund**“, sowie eines Dilettantenclubs.
Entree à Person 30 Pfg., wofür ein Festabzeichen befreit wird.
Abzeichen Besuch freigeht

Mai-Feier-Einladung 1902 (Weckruf 29. 4. 1902)

Arbeiter-Gesangverein "Morgenrot"-Wanheimerort veranstaltete Feier des ersten Stiftungsfestes, verbunden mit Fahnenweihe. Die Feier wurde eröffnet durch ein Früh-Konzert im Festlokale Tillmann, Düsseldorfstraße. Nachmittags fanden sich die von auswärts angemeldeten Vereine ein und zwar: "Hoffnung"-Viersen, "Einigkeit"-Uerdingen, "Arbeiter-Gesangverein"-Oberhausen, "Freie Sänger"-Heißen, "Vorwärts"-Styrum, "Wach auf"-Beeck, ferner von Duisburg die Gesangvereine "Teutonia" und "Allgemeiner Arbeiter-Gesang-Verein Duisburg".

Um 4 Uhr begann der Festzug durch die Straßen von Wanheimerort. Einen so großen Festzug hatte man in Wanheimerort noch nie gesehen.

Vorauflief ein Musikkorps, dann folgte zunächst der "Arbeiter-Radfahrer-Verein"-Duisburg auf seinen mit roten Bändern und roten Blumen geschmückten Rädern, hieran schloß sich der Arbeiter-Turnverein "Vorwärts"-Duisburg, worauf dann die einzelnen Gesangvereine mit Fahne und Banner, deren 5 im Festzuge zu verzeichnen waren, folgten. Begünstigt vom herrlichen Wetter, vollzog sich der Festzug, an dem über 600 Personen teilnahmen, programmgemäß. Natürlich war die heilige Hermandad (die Polizei, d. V.) sehr stark vertreten, nahm aber keinen Anstoß, wie das sonst üblich ist, an den im Winde wehenden roten Bannern.

Im Festlokale Tillmann angelangt, begann das Konzertprogramm.

Musikstücke und herrlich vorgetragene Freiheitschöre wechselten der Reihe nach. Der festgebende Verein eröffnete die Gesangsvorträge; er sang als Begrüßungslied den mächtigen Chor: "Brause Freiheitschor" und erntete hierfür stürmischen Beifall. Alle Vereine leisteten im Gesang vorzügliches.

In erhebender Weise nahm Genosse Schulte-Köln die Weihe der neuen Fahne vor. Überall herrschte die größte Ruhe, sogar die Karussells hatten bei diesem Akt ihren Betrieb eingestellt. Der Festredner verstand es, in packenden Worten die Bedeutung dieser Weihe den Anwesenden vor Augen zu führen. Die Hülle fiel und die herrlich und kunstvoll ausgeführte Fahne flatterte, unter stürmischen Hochrufen, in der milden Frühlingluft.

Nach diesem feierlichen Akte erscholl

das von sämtlichen anwesenden Vereinen vorgetragene großartige Fahnenlied. Dann folgten wieder Musik- und Gesangsvorträge.

Auch der "Arbeiter-Radfahrer-Verein", sowie der "Arbeiter-Turn-Verein" trugen wesentlich zur Verschönerung des Festes bei. Nach Beendigung des Programms zogen, nach herzlichem Abschied, die Brudervereine ihrem häuslichen Herd wieder zu, während die Zurückbleibenden und speziell die jüngeren Festteilnehmer das Tanzbein zu schwingen begannen. Am zweiten Tag morgens 10 Uhr rüstete sich die Sängerschar mit Kind und Kegel zum Ausfluge, nachmittags 4 Uhr kamen auch die Frauen zu ihrem Recht, indem Kaffee getrunken wurde. Die Musik ließ ihre Weisen ertönen.

Abends fand als Schlußfeier des schönen Festes für die Mitglieder des Vereins ein geschlossener Festball statt, der in harmonischer Weise verlief.

Alles in allem, es war ein Fest, gefeiert von Proletariern, worauf der Arbeiter-Gesang-Verein "Morgenrot" als Veranstalter mit Stolz zurückblicken darf, trotzdem ihm die größten Schwierigkeiten durch Intriguanen, die das Fest hintertreiben wollten, in den Weg gelegt wurden.

Als man dieses nun nicht fertig bringen konnte, suchte man auf andere Art und Weise dem Fest Abbruch zu tun, indem man Konzert und Ball veranstaltete. Aber auch dieses zog nicht.

Die Arbeiterschaft in Wanheimerort wird sich die Handlungsweise des betreffenden Wirts für immer merken. Den Sängern von "Morgenrot" rufen wir zu, sich fest um ihr Banner zu scharen, zum Ärger und Trutz der Gegner."

Auch Theater wurde gespielt, zunächst in einer Abteilung des "Allgemeinen Arbeiter-Gesang-Vereins" Duisburg, dann im Rahmen eines eigenen Theater-

Statut und Quittungsbuch

des

Allgemeinen Arbeiter-Gesang-Vereins

Duisburg

Mitglied des Arbeiter-Sängerbund „Rheinland“.



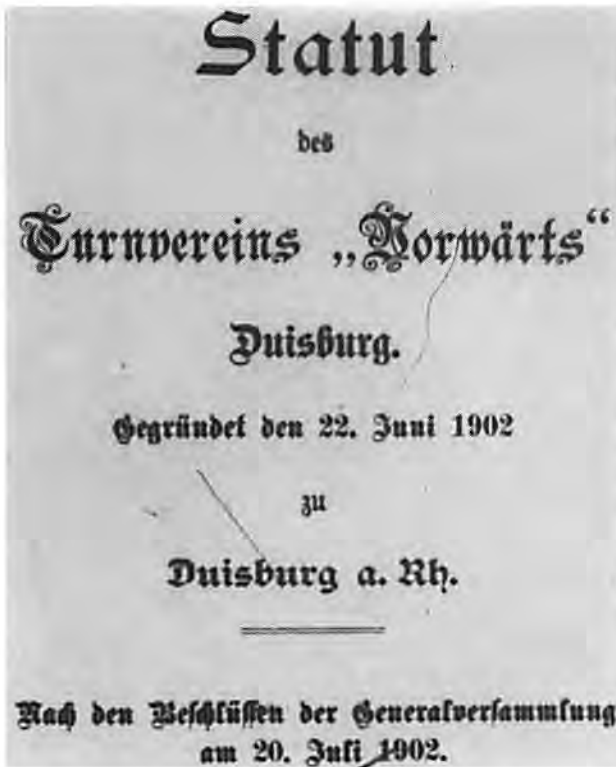
Druck von Witte & Rasner, Duisburg.

Mitgliedsbuch des "Allgemeinen Arbeiter - Gesang - Vereins"
Duisburg 1904

vereins, der "Freien Volksbühne Duisburg" (gegr. 9. Aug. 1907), der es in der Satzung als seinen Zweck bezeichnete, "dem arbeitenden Volke volkstümliche Theaterstücke ernsten und heiteren Inhalts zu bieten, um veredelnd auf den Volkscharakter einzuwirken."

Unter den vielen verstreuten Hinweisen, aus denen wir das Alltagsleben des Duisburger Sozialdemokratischen Vereins zu rekonstruieren versuchen, ist erwähnenswert die Nachricht, daß 1911 eine Zentral-Bibliothek der Sozialdemokraten bestand, offenbar eine Fortsetzung der schon vom "Allgemeinen Arbeiterverein für Duisburg und Umgegend" gegründeten Bibliothek. Die Bücherausleihe fand montags, dienstags, donnerstags und freitags von 7 1/2 bis 9 Uhr (vermutlich abends) statt.

Die Arbeitersportbewegung fand in Duisburg seit 1902 Anhänger. In diesem Jahr soll der Arbeiter-Turnverein "Vorwärts" gegründet worden sein. 1905 erfahren wir erstmals vom



Duisburger Arbeiter-Sportverein "Vorwärts"

Arbeiter-Radfahrer-Verein Duisburg, im Jahre 1914 entstand der erste Arbeiter-Wassersportverein.

Die besonderen Gründe, die zur Entwicklung des Arbeitersports führten, schildert ein Rückblick von 1925:

"Es heißt im allgemeinen, der Sport sei neutral oder sollte es wenigstens sein. Wie kam es nun, daß sich aus der früher einheitlichen Sportbewegung die Arbeitersportler herauschälten und damit die Unterscheidung von bürgerlichem Sport und Arbeitersport herbeiführten. Dies ist in kurzen Worten gesagt.

Alle klassenbewußten Arbeiter, die auch den Bekennermut für ihre wirtschaftliche und politische Auffassung besaßen, wurden systematisch aus jenen angeblich neutralen Sportorganisationen hinausbefördert. Damit war es aber auch um die politische Neutralität der Sportbewegung geschehen.

Auf Grund dieser Vorkommnisse schlossen sich dann die freiorganisierten Arbeiter zusammen, um unbeeinflusst von reaktionären Nadelstichen in wirklich neutraler Weise dem Sport zu huldigen...

Der Arbeitersport hat sich zu einem Teil der freigewerkschaftlichen oder sozialistischen Arbeiterbewegung entwickelt und muß die Erziehungsarbeit der

bürgerlichen Sportbewegung verurteilen. Denn nicht zur Vorbereitung auf den Krieg will der Arbeitersportler den Körper stählen. Nein, er ist durchaus Kriegsgegner und trägt entgegen der bürgerlichen Auffassung das hohe Ziel vor Augen, den Menschen um seiner selbst willen körperlich und geistig für die Gesellschaft brauchbar zu machen...

Die bürgerlichen Sportverbände sind ihrem Wesen und ihrer Auffassung nach fast durchweg Organisationen, die ihre höchste Aufgabe darin erblicken, den Menschen zum Soldaten zu machen, Kanonenfutter für neue Kriege zu erzielen.

Dieser Auffassung muß sich naturgemäß der sozialistische Arbeiter entgegenstellen...

Hinzu kommt noch, daß die Erziehung zum Militarismus zugleich willfährige und gehorsame Sklaven für die kapitalistische Wirtschaft hervorbringt, was sich wiederum gegen die Arbeiterschaft auswirkt."

Über den Touristenverein "Die Naturfreunde" in Duisburg berichtet Fritz

Elsposch in einer 1984 verfaßten Chronik:

"Die Ortsgruppe Duisburg des Touristen-Vereins "Die Naturfreunde" mit Sitz in Wien wurde 1913 durch Karl Reichert gegründet.

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u.a. Wilhelm Baukhage sen., Albert Rheiner, der Däne Oluf Henriksen und der Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Duisburg, Justus Horchler.

Die Gründungsversammlung fand in der Gaststätte Marks "Zum Landgericht" auf der Feldstraße (heute Claubergerstraße) statt. Vorsitzender wurde Karl Reichert, Kassierer Oluf Henriksen und Schriftführer Albert Rheiner.

Als Tagungslokal wählte man die Gaststätte Marks. Dieses Lokal diente auch im ersten Jahr als Vereinsanschrift. Vereinsunterlagen aus der Zeit vor 1933 fehlen vollständig. So kann auch die Chronik nur einen Überblick über das damalige Vereinsleben geben.

Die Mitgliederzahl betrug zur Gründungszeit etwa 20 Genossinnen und Genossen. Sie kamen aus der Gewerkschaftsbewegung und aus der SPD.

Der Mitgliederabend fand wöchentlich im Vereinslokal Marks statt.

Aus der damaligen Tätigkeit ist bekannt, daß der Verein Wanderungen zum Entenfang und zum linken Niederrhein durchführte. Auch zu Vereinstreffen mit anderen Gruppen, z. B. der Ortsgruppe Essen, wanderte man zu einem



Treffen mit Essener Naturfreunden am Heiligen Brunnen (1915 / 16)

Treffpunkt im Wald. Die Wanderungen waren Familienwanderungen, bei denen die Kinder nicht fehlten.

Die Gruppenzusammenkünfte dienten der Bildung und behandelten Themen, die die damalige Arbeiterschaft bewegten... Zu dieser Zeit gründeten die Sozialdemokraten eine Anzahl von Kulturvereinen, in die sie das sozialistische Gedankengut einbrachten.

Die Arbeitersport- und Kulturvereine hatten einen starken Zulauf. Als Teil dieser Bewegung verstanden sich auch die Naturfreunde.

Ihre Bildungsarbeit erschöpfte sich nicht nur in der politischen Bildung, auch die naturwissenschaftliche Bildung und die Heimatkunde nahmen einen breiten Raum ein.

Bekannt ist auch, daß es schon Fotografen in der Gruppe gab. Oluf Henriksen und Justus Horchler stellten ihre Bilder in der eigenen Dunkelkammer her. Die Dunkelkammer war die Küche oder die Toilette.

Durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 erlitt die junge Gruppe ihren ersten Rückschlag.

Ein Teil der jungen Mitglieder wurde eingezogen und opferte Gesundheit und Leben in einem sinnlosen und grausamen Krieg.

Frauen und ältere Männer, auch Jugendliche führten die Arbeit unter den erschwerten Bedingungen weiter.

Der Vorsitz ging 1914 an Wilhelm Baukhage sen., sein Stellvertreter wurde Wilhelm Braun, Kassierer blieb Oluf Henriksen und Schriftführer wurde Willy Specht..."

Über die Entstehung der Arbeiterjugendbewegung in Duisburg liegt ein 1925 verfaßter Bericht von Kurt Müller vor, dem langjährigen Vorsitzenden der Duisburger SAJ:

"Noch unter dem Reichsvereinsgesetz, im Jahre 1910, wurde in Duisburg durch den Genossen Wilhelm Schluchtmann ein Jugendausschuß ins Leben gerufen. Mit Inkrafttreten des "kleinen Sozialistengesetzes" waren unsere Vereine im Reiche für politisch erklärt und infolgedessen verboten worden. Wir schlugen jedoch den preußischen Behörden auch hier wie überall ein Schnippchen und bestanden als sogenannte lose Abonnen-tenvereinigung.



Naturfreunde Duisburg auf Wanderung (am Baum links Obmann Wilhelm Baukhage)

Wir entwickelten uns recht kräftig und zählten sehr bald schon 100 Abonnenten.

Die Arbeit wurde von dem paritätisch aus Parteigenossen, Gewerkschaftlern und Jugendlichen gebildeten Jugendausschuß vorbereitet und durchgeführt. Unsere Veranstaltungen fanden, wie das damals nicht anders möglich war, in Gastwirtschaften statt.

Staatliche oder gemeindliche Unterstützung blieb uns allgemein versagt.

Damals schon unterhielten wir gute, freundschaftliche Beziehungen. Zu Ostern 1912 sahen wir die Düsseldorfer bei uns zu Gast. Eine gemeinsame Hafenrundfahrt mit anschließender geselliger Veranstaltung im Gewerkschaftshaus hielt alle Teilnehmer zusammen. Ebenso besuchten wir die großen Bezirksjugendtage, die seit 1910 alljährlich zu Pfingsten stattfanden und die regelmäßig etwa 5000 Jugendliche zusammenfaßten.

Nach Überwindung mancher Kinderkrankheiten hatten wir es im Jahre 1914 auf rund 250 Abonnenten gebracht. Ein guter Mitarbeiterstamm war herausgebildet worden, aus dem die jetzige kommunistische Abgeordnete Rosi Wolfstein und der Genosse Jakob Altmeier besonders hervortraten.

Außerdem stand uns in dem neuen Druckereigebäude der Partei ein schön eingerichtetes Jugendheim zur Verfügung. Wir sahen damit alle Voraussetzungen

für eine gedeihliche Weiterentwicklung gegeben, als plötzlich der Krieg ausbrach, der alle unsere Hoffnungen zerschanden machte."

Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß sich die Arbeiterjugend ebenso wie die Mutterpartei der hartnäckigen Überwachung und Überprüfung durch die Polizei erfreuen durfte.

1911 wurde in einer Duisburger Parteiversammlung berichtet, "daß die hiesige Polizeibehörde eine Heldentat vollbracht, indem sie nach berühmten Mustern in Berlin und Essen die Leser der "Arbeiter-Jugend" Duisburgs, die ihre Zusammenkünfte im "Gambirinus" abhielten, als politisch stempelte und auflöste, obwohl gar nichts aufzulösen war. Hoffentlich werden die Parteimitglieder aus diesem Übereifer die notwendige und einzig richtige Konsequenz ziehen und nun erst recht ihre Kinder zum Studium der vorzüglichen Jugendzeitschrift anhalten".

Ähnlich mißtrauisch wurden Ausflüge der Duisburger Arbeiterjugend von den lokalen Behörden überwacht. Über einen Ausflug am Ostermontag 1914 berichtete der Angermunder Bürgermeister:

"Die Abteilungen hatten sich auf den Wiesen des Arbeiters Friedrich Bumm in Lintorf No. 22 gesammelt.

Die Wiese liegt im nördlichen Teil von Lintorf.

Es waren etwa 180 bis 200 Personen anwesend, grösstenteils junge Männer und Mädchen im Alter bis zu 18 - 20 Jahren, vereinzelt Männer und Frauen befanden sich auch darunter.

Die Zeit wurde ausgefüllt mit Fussball-Handball- pp. spielen, andere lagerten umher, andere wateten in den Wassergräben, wieder andere führten sonstige Bewegungsspiele auf. Reden pp. wurden nicht gehalten. Gegen 4 1/2 Uhr sammelten sich die einzelnen Trupps und zogen gegen 5 Uhr ab.

Es waren anwesend: Duisburg, Mülheim, Crefeld-Moers. Die ganze Veranstaltung war harmlos spielen, besondere Vorkommnisse sind nicht zu verzeichnen."

Vereine im Umkreis der Sozialdemokratie sind der Freidenkerverein für Ruhrort (gegründet 1898) und der "Freidenker-Verein für Duisburg und Umgegend" (gegründet 1906). Nach dem Statut (für Duisburg) hatte der Verein den Zweck, "ein von Vorurtheilen freies Denken zu fördern, eine auf Vernunft, Wissenschaft und Erfahrung beruhende Welt- und

Lebens- Anschauung zu vertreten und zu verbreiten und allen Bestrebungen zur Förderung der Aufklärung, Humanität und Gewissensfreiheit dienlich zu sein."

Schwerpunkte der Tätigkeit der Freidenker waren die Loslösung von Religion und Kirche, lebensreformerische Bestrebungen und die Suche nach Alternativen insbesondere in der Kinder- und Jugenderziehung.

Die Vereine fanden in Duisburg eine gewisse Resonanz (1900 etwa hatte der Ruhrorter Verein 109 Mitglieder, 1906 80 Mitglieder). Wichtig wurden die Freidenkervereine für viele führende Mit-

№ Bezirk

Beteiligungs-Karte
zur Verbreitung der Zeitschrift
„Arbeiter-Jugend“

Vor- u. Zuname: *Schultz Emil*
Wohnung: *Bl. Riefstr. 7.*
Leser seit: **21 FEB 1911**
Beruf: *Lehrer*
Duisburg den **21 FEB 1911**
Unterschrift: *[Signature]*

Arbeiterjugend-Mitgliedskarte 1911

glieder der Sozialdemokratie, prägten und beeinflussten sie doch tiefgreifend ihre Weltanschauung.

Sozialdemokratie in den Nachbarorten

Weniger zielstrebig als im Duisburger Verein stellt sich die Entwicklung der Sozialdemokratie in den Gemeinden nördlich der Ruhr dar.

Ende der neunziger Jahre verstärkte sich die sozialdemokratische Agitation in den rasch wachsenden Industriegemeinden.

1896 erfahren wir von besonderen Schwierigkeiten der Sozialdemokratie in Bruckhausen *"...., daß es schon in Bruckhausen soweit gekommen sei, daß die Leute mit Finger auf die Wohnungen der Sozialdemokraten deuten, nur um die Leute brotlos zu machen"*.

Bruckhausener Vertreter sind auch weiterhin auf den Kreiskonferenzen der Sozialdemokratie im Wahlkreis Duisburg-Mülheim vertreten. Jedoch scheint die Organisation nicht recht vorangekommen zu sein.

Am 20. Januar 1900 lesen wir von einer Parteiversammlung für den Bezirk Beeck/Bruckhausen (mit Ruhrort, Marxloh und Hamborn) im Lokal Paus, Kaiserstr. 38, in Laar.

Vertrauensmann dieser Untergliederung der Partei ist zu dieser Zeit der Maurer Carl Kühne aus Beeck.

Auf dieser ersten uns im Protokoll bekannten Parteiversammlung im Duisburger Norden ging es in langer Auseinandersetzung um die sozialdemokratische Zeitung (Sollte man den "Weckruf" aus Essen, der gerade eingeführt worden war, wegen schlechter Berichterstattung rügen?), um die Wahl von Delegierten zum bevorstehenden Parteitag des Bezirks Niederhein in Mülheim und um Anträge für denselben.

Der Antrag der "Genossen von Laar, Beeck, Bruckhausen und Umgegend" ist uns im Parteitagsprotokoll überliefert:

"Trotz aller Bemühungen war es den Genossen obiger Orte, eine der bevölkertersten Gegend Rheinlands, nicht möglich, etwas unseren Tendenzen Entsprechendes zu Stande zu bringen. Die Gründe hierfür sind theils die Lokalverweigerungen, theils die brutale Behandlung der Arbeiter durch das hie-

sige Unternehmertum, sowie überhaupt die hiesigen Verhältnisse. Da es nun dringend geboten ist, hier Abhilfe zu schaffen, wir aber unsererseits zu schwach sind, selbständig etwas unserer Sache Förderndes zu leisten, so ersuchen wir den Parteitag, mehr Tätigkeit auf die hiesigen Ortschaften zu verwenden. Das hiesige Unternehmertum sucht jede Regung unsererseits im Keime zu ersticken.

Wir sind daher gezwungen, unsere Agitation auf die Verbreitung von Schriften und Zeitungen zu beschränken. Jedoch sind wir materiell nicht in der Lage, unseren Boten, welcher vom 1. September 1899 den Vertrieb der Schriften für hier übernommen hat, auf die Dauer eine unabhängige Existenz zu schaffen, da voraussichtlich über kurz oder lang ihm sämtliche Erwerbsmittel abgeschnitten sein werden.

Wir richten daher das Ersuchen an den Parteitag, uns durch das niederrheinische Agitationskomitee materielle Hilfe zu leisten. Wir verpflichten uns nach überstandener Krise zur Rückerstattung."

1904 haben sich dann die organisatorischen Verhältnisse im Norden von Duisburg soweit entwickelt, daß jetzt die einzelnen "Bezirke" oder "Parteiorte" eine gewisse Selbständigkeit erreicht zu haben scheinen:

Beeck-Laar (mit Ruhrort?) hat jetzt 97 Mitglieder, Hamborn 61, Marxloh 38, Neumühl 90 und Meiderich 62 Mitglieder.

Über die einzelnen Filialen stehen uns folgende verstreute Nachrichten zur Verfügung:

Aus Ruhrort erwähnt 1903 der Polizeibericht, daß eine offene Parteiagitation anlässlich der Reichstagswahl nicht stattgefunden habe, wohl aber seien Flugblätter verteilt worden.

Bei der Reichstagswahl habe der sozialdemokratische Kandidat Hengsbach 387 Stimmen erhalten, in der Stichwahl dann 598 Stimmen.

Von einem sozialdemokratischen Vertrauensmann für Ruhrort erfahren wir erstmals 1905.

Heinrich Behrend führte die "Lokalabteilung Ruhrort". Für 1906 werden uns

für Ruhrort/Laar/Beeck 94 Mitglieder in einem Parteibericht genannt.

Zur formellen Gründung des Zweigvereins Ruhrort (mit Beeck und Laar) kam es am 22. Februar 1907. Vorsitzender des Vereins wurde Heinrich Nehrdich, eine Mitgliederliste vom Juni 1907 weist 101 Mitglieder auf.

Im Juli 1907 wird erstmals der Arbeiterturnverein "Vorwärts" in Ruhrort erwähnt.

1903 wurde der Arbeiter-Gesang-Verein "Wach auf" in Beeck gegründet, im Jahre 1913 der Arbeiter-Gesang-Verein "Hoffnung" in Beeck. In Laar bestand 1911 der Arbeiter-Radfahrer-Bund "Solidarität" (40 Mitglieder).

Über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Meiderich und die Hemmnisse, die einer festen Organisation im Wege standen, liegt uns ein resümierender Bericht des Bürgermeisters aus dem Jahre 1904 vor:

"Von einer eigentlichen sozialdemokratischen oder anarchistischen Bewegung... ist auch in diesem Jahre nichts besonderes bemerkt worden. Soweit eine solche überhaupt in Frage kommt, deckt sie sich allein mit der hiesigen Bergarbeiterbevölkerung...

Außer unter den Bergleuten gibt es wohl auch unter den anderen Arbeitern - Maurern, Hafen- und Fabrikarbeitern u.s.w. - Sozialdemokraten, die sich aber, weil in der Minderheit, scheuen, als solche in die Öffentlichkeit zu treten. Zu einem festen Zusammenschluß der Letzgenannten wird es hier vorläufig auch nicht kommen, da es ihnen einmal an der nötigen Organisation fehlt, zum anderen aber die hiesigen Wirte und namentlich die Saalwirte den Sozialdemokraten ihre Räume zu Versammlungen und Agitationszwecken nicht zur Verfügung stellen.

Schließlich werden, außer den Bergleuten, die übrigen sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter auch keinen Grund sehen, offen gegen die Arbeitgeber Stellung zu nehmen, weil sie im Allgemeinen über schlechte Löhne und Behandlung nicht klagen können und ihre guten

Arbeitsverhältnisse nicht zwecklos ver-
lieren wollen.

Sozialdemokratische Versammlungen mit
dem Thema über Organisation, Aufbes-
serung der Löhne u.s.w. sind hier nicht
angemeldet und auch im geheimen nicht
abgehalten worden.

In einem Falle versuchten einige wahr-
scheinlich streikende Maurer aus Bruck-
hausen, die Wagenführer und Schaffner
der Kreis-Ruhrorter-Straßenbahngesell-
schaft zu einer geheimen Versammlung
in einer hiesigen Wirtschaft einzuberu-
fen. Die Behörde erhielt aber rechtzeit-
ig Kenntnis davon und die unbekannt
gebliebenen Einberufer verließen schleu-
nigst das Lokal, als sie die zum Ein-
schreiten bestimmten Polizeibeamten
bemerkten. Von den Angestellten der
Straßenbahn war bis dahin noch nie-
mand erschienen.

Als sozialdemokratisches Parteiorgan
kommt hier die Dortmunder Arbeiter-
zeitung in Betracht, die in etwa 6-700
Exemplaren zur Verteilung gelangt."

Tatsächlich hat es gerade im Jahre 1904
eine aktive sozialdemokratische Agita-
tion unter den Arbeitern der Zeche
Westende gegeben, wo auf öffentlichen

Bergarbeiterversammlungen die Miß-
stände auf der Zeche angeprangert
wurden.

Als Hauptredner trat hier der Bergmann
Otto Biebris auf, der auch als sozialde-
mokratischer Vertrauensmann in Mei-
derich galt.

1905 - nach dem großen Bergarbeiter-
streik - konnte der Bürgermeister über
diese Organisationszelle der Sozialde-
mokratie mit Genugtuung berichten:

"... was die sozialdemokratische (Bewe-
gung) anbetrifft, so hat wohl diese Par-
tei in den während und kurz nach Been-
digung des Bergarbeiterstreikes statt-
gefundenen öffentlichen Bergarbeiter-
und Volksversammlungen rege für den
Anschluß an ihre Partei agitiert, doch
kann von einer wesentlichen Zunahme
nicht gesprochen werden.

Im Gegenteil erweckt es den Anschein,
als ob gerade nach dem Streik, auf dem
die Haupträdelsführer, die Bergleute
Schluchtmann, Biebris, Kruse und Ge-
nossen durch Verlust ihrer Arbeit auf
der hiesigen Zeche gezwungen waren,
sich an anderen Orten Arbeit zum Teil
auch Wohnung zu verschaffen und somit
keine Gelegenheit mehr haben, unter

den Bergarbeitern, die ja die Hauptzahl
der Anhänger der sozialdemokratischen
Partei darstellen, in der bisherigen Weise
zu agitieren, ein nicht mehr so enges
Zusammenhalten dieser Partei einge-
treten wäre.

Wenn wohl auch im stillen agitiert wer-
den mag, so fehlt den jetzigen Agitato-
ren aber anscheinend der Mut, um öf-
fentlich als solche aufzutreten, zum
anderen aber auch an Beredsamkeit und
Gewandheit, um die besser gesinnten
Arbeiter zu ihren Ideen zu bekehren."

Aus den Folgejahren fehlen uns nähere
Berichte über die Entwicklung der
Meidericher SPD.

Die Mitgliederzahlen - so ungenau die
Überlieferung sein mag - steigen jedoch
an (1904 - 62 Mitglieder, 1905 - 300,
1906 - 142, 1907 - 152, 1908 - 250).

1908 ist in Meiderich als sozialdemo-
kratischer Vertrauensmann der Berg-
mann Dietrich Ohletz (geb. 1876) nach-
gewiesen.

Über die Hamborner Sozialdemokratie
verdichten sich die Nachrichten nach
1905.

Als Beispiel für die nun lebhaftere Agitation sei zitiert aus dem zusammenfassenden Polizeibericht, der die Tätigkeit der
Hamborner Sozialdemokratie, soweit sie der Polizei zur Kenntnis gekommen ist, im Jahre 1907/1908 beschreibt:

"Die sozialdemokratische Partei war
im Berichtsjahr eifrig bestrebt, wei-
tere Anhänger in ihre Kreise zu zie-
hen und namentlich die freien Ge-
werkschaften auszubauen. Wie in den
Vorjahren, so trat die Partei auch in
diesem Jahre wieder in Versamm-
lungen und durch Flugblattvertei-
lung für die Beseitigung des in Preus-
sen bestehenden Wahlrechts und Ein-
führung der geheimen direkten
Wahlen ein. Eine dahingehende Agi-
tation fand namentlich während ei-
ner im Dezember v. Jrs. von der so-
zialdemokratischen Parteileitung in
Berlin eingeleiteten Wahlrechtsde-
monstration, in einer aus gleichem
Anlass einberufenen, am 18. März
d. Jrs. abgehaltenen Versammlung
und während der Vorbereitungen zu
den verflossenen Landtagswahlen
statt. Fast allen Versammlungen

gingen Flugblattverteilungen voraus;
in den Versammlungen selbst wurde
das bestehende Wahlrecht scharf
gegeißelt und durch Annahme von
Resolutionen die Beseitigung des-
selben gefordert. Straßendemonstra-
tionen, wie solche in anderen Orten
stattgefunden haben, wurden hier
nicht veranstaltet. Die Maifeier ver-
lief, wie in den Vorjahren, ruhig.
Ausser den Führern der Partei nah-
men hauptsächlich solche Personen,
die schichtfrei waren, daran teil. Eine
Maifeierversammlung hat hier nicht
stattgefunden. Die Feiernden durch-
zogen in einzelnen Gruppen, ohne
einen geschlossenen Zug zu bilden,
die Strassen. Der grösste Teil von
ihnen nahm an einer in Duisburg-
Ruhrort stattfindenden Versammlung
teil. Abends fand sich eine Anzahl
Teilnehmer zu gemütlichen Abend-

unterhaltungen zusammen, die in 2
hiesigen Wirtschaften veranstaltet
waren. Ausschreitungen sind nicht
vorgekommen; es ergab sich kein
Anlass zum polizeilichen Einschrei-
ten. Zu den im Herbst v. Jrs. stattge-
fundenen Gemeinderatswahlen hat-
te die Partei 4 Kandidaten aufge-
stellt, von denen jeder durchschnitt-
lich 200 Stimmen erhielt. Die Kandi-
daten waren damit weder gewählt
noch kamen sie in die Stichwahl. An
den verflossenen Landtagswahlen war
die Partei lebhaft beteiligt. Trotz ihrer
rührigen Tätigkeit gelang es ihr je-
doch nur, 297 Stimmen auf ihre
Wahlmänner zu vereinigen, von denen
28 gewählt wurden. Die sozialdemo-
kratischen Wahlmänner haben bei
der Hauptwahl ihre Stimmen dem
Zentrums-kandidaten gegeben."

1907 ist der Bergmann Wilhelm Arnold Vertrauensmann des Sozialdemokratischen Kreis-Vereins der SPD und gleichzeitig Vorsitzender der Zahlstelle Hamborn des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes. In diesem Jahre zählt die SPD in Hamborn 146 Mitglieder.

Aus der Filiale Neumühl-Schmidthorst sind uns folgende Mitgliederzahlen überliefert :

1906 : 107 Mitglieder, 1907 : 145 Mitglieder.

Der Bergmann Adolf Brühl war 1905 Vorsitzender der Filiale und Vorsitzender des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Schmidthorst. Stellvertretender Vorsitzender war der Bergmann Johann Mellinghoff.

1908 war der Bergmann Jakob Brodam Vorsitzender der Filiale Schmidthorst (Kassierer Edgar Röder, Schriftführer Richard Teichmann).

Vertrauensmann des Sozialdemokratischen Kreisvereins in Marxloh war Heinrich Heiling (1905).

Im Jahre 1906 wurden hier 98 Mitglieder gezählt.

An Vereinen im Duisburger Norden werden überliefert (1907): Gesangsverein "Lyra", Hamborn (gegr. Aug. 1905), mit 17 Mitgliedern, Gesangsverein "Zukunft", Marxloh, mit 83 Mitgliedern, Gesangsverein "Einigkeit", Schmidthorst, mit 83 Mitgliedern, Arbeiter-Radfahrer-Verein "Freie Radler", Bruckhausen, mit 17 Mitgliedern.

1911 ist dazugekommen der Arbeiter-Radfahrer-Verein "Flott weg" (33 Mitglieder) in Bruckhausen.

Noch schwerer als in den beschriebenen Industriegemeinden hatten es die Sozialdemokraten, in den noch ländlich geprägten Gebieten im Norden und Süden von Duisburg Fuß zu fassen.

Walsum blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein dörflich-landwirtschaftlich ausgerichtet.

Die Bevölkerung, 1895 erst 2122 Personen, stieg bis 1905 auf 5179, bis 1910 auf 7568.

Noch 1906 konnte der Walsumer Bürgermeister dem Landrat berichten: "Soweit bekannt, sind in der Gemeinde nur 5 Sozialdemokraten vorhanden."

Im gleichen Jahr sprach die SPD-Zeitung anlässlich einer Wahlkreisversammlung der Sozialdemokraten aber von einem "Parteior" Walsum und 5 Neuaufnahmen in die Partei; ein Parteibericht erwähnte 15 sozialdemokratische Mitglieder in Walsum.

Bei der Reichstagswahl 1907 zeigte sich eine erhebliche Anhängerschaft für die Sozialdemokratie in Walsum:

Zwar erhielt der sozialdemokratische Kandidat Clemens Hengsbach im ersten Wahlgang nur 182 Stimmen (= 20%) gegenüber 541 Stimmen für das Zentrum und 170 Stimmen für die Nationalliberalen, für ihn stimmten aber in der Stichwahl 350 Männer gegenüber nur 229 für den liberalen Kandidaten.

Drei Jahre später, 1909, hatte der Walsumer Bürgermeister dann Alarmierendes zu vermelden :

"Am 1. Mai ds Jrs. durchzogen mehrere hundert Arbeiter, unter denen sich vereinzelt Frauen mit noch kleinen Kindern befanden, die hiesige Gemeinde. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Der größte Teil der Arbeiter war aus der Gemeinde Hamborn. Die Gesellschaft kehrte hier in der Wirtschaft Brücker ein.

In diesem Jahre sollte auch vor einigen Monaten ein Arbeiter-Gesang-Verein gegründet werden, der jedoch nicht zustande gekommen ist. Die Personen, die zum Zwecke der Gründung eines Gesang-Vereins zusammengekommen waren, haben dann einen Radfahrerklub gegründet, der seinen Sitz in der Wirtschaft Lockermann in Marxloh haben soll."

Ein Jahr später, 1910, stellte der Bürgermeister in seinem Bericht an den Landrat fest:

"Die hiesigen Wirte haben mit Ausnahme des Wirts Brücker ihre Säle den Sozialdemokraten zu Versammlungen pp. bisher nicht hergegeben. Beim Wirt Brücker finden fast jeden Sonntag Besprechungen der hiesigen Sozialdemokraten statt.

Ihre Zusammenkünfte befassen sich hauptsächlich mit einer Kritisierung der bestehenden Zustände und Verhältnisse."

Allerdings war das nur ein kurzer Aufschwung der Sozialdemokraten in Walsum. Im folgenden Jahr (1911) hieß es:

"Durch den vor 6 Monaten erfolgten Verzug der Wortführer der hiesigen Sozialdemokraten hat die sozialdemokratische Bewegung in hiesiger Gemeinde sehr abgenommen. In der "Niederrheinischen Arbeiterzeitung" hat seit Monaten keine Lokalnotiz aus der hiesigen Gemeinde mehr gestanden. Es kommt ferner hinzu, dass der Wirt Brücker, bei dem die Leute ihre Versammlungen abhielten, sein Lokal nicht mehr zur Verfügung stellt."

Und 1912 berichtete der Bürgermeister:

"Die sozialdemokratische Bewegung hat im letzten Jahre in der hiesigen Gemeinde keine Fortschritte gemacht. Vor einigen Wochen ist in der Wirtschaft "Weusthoff" an der Provinzialstraße ein sozialdemokratischer Gesangsverein "Freie Sänger" gegründet worden. Der Vorsitzende ist ein Milchmann, der früher Bergmann war."

Der Duisburger Süden gehörte (mit Ausnahme von Wanheim-Angerhausen) bis 1929 zur Bürgermeisterei Angermund. Die Bürgermeisterei blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein landwirtschaftlich geprägt. Erst die großen Industrieansiedlungen der Hahnschen Werke in Großenbaum und der Blechwalzwerke von Schulz-Knaut in Huckingen (später Mannesmann) brachten mit dem Einzug der Großindustrie eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur.

Die Arbeiterzahlen der Hahnschen Werke wuchsen bis 1914 auf 1820, die von Schulz-Knaut auf 1172, während die Bevölkerungszahlen im heutigen Duisburger Süden sich folgendermaßen entwickelten :

Von 4 244 (1871) auf 7 898 (1895), dann aber sprunghaft auf 11 037 (1910).

Von sozialdemokratischen Anhängern in diesem Bereich hören wir erstmals 1890.

Bei der Reichstagswahl wurden in Huckingen 16, in Mündelheim 5 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, in der Stichwahl sogar 39 in Huckingen, 7 in Mündelheim.

Der Bericht des Bürgermeisters vermerkt

bei dieser Wahl, es seien Sozialdemokraten aus Duisburg und Düsseldorf erschienen und hätten "Zettel" verteilt.

Erst 1896 erfahren wir wieder von sozialdemokratischen Agitationsversuchen im Angermunder Bereich.

Etwa 30 bis 35 Personen waren mit dem Zuge aus Düsseldorf nach Großenbaum gekommen und hatten begonnen, die "Niederrheinische Volkstribüne" in Großenbaum und Huckingen zu verteilen. Die mißtrauische Polizeibehörde - sie war schon vorgewarnt worden - erwischte einzelne Verteiler, und es gelang ihr immerhin, einige Exemplare zu konfiszieren.

Auch im Folgejahr sind wiederum sozialdemokratische Flugschriften in den Gemeinden verteilt worden.

Bis 1913 blieb die sozialdemokratische Bewegung hier aber nach unseren Quel-

len wenig ausgeprägt. 1913 konnte der Bürgermeister Angermunds berichten: *"Die Anarchie und Sozialdemokratie hat sich im Berichtsjahre hier wenig bemerkbar gemacht.*

In Huckingen fanden zwei öffentliche sozialdemokratische Versammlungen statt, in denen die Reichstagsabgeordneten Haberland aus Barmen und Spiegel aus Düsseldorf als Hauptredner auftraten, die Versammlungen waren schwach besucht und verliefen ohne besondere Zwischenfälle...

Bezüglich der Vertretung der Sozialdemokratie gegenüber den Vorständen anderer Richtung in der Verwaltung der Krankenkasse ist nur bekannt, daß von den 5 Vorstandsmitgliedern der hiesigen Ortskrankenkasse ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei angehört, während die übrigen 4 Mitglieder Anhänger des Zentrums sind."

Und 1914 resümierte der Bürgermeister den Stand der sozialdemokratischen Bewegung folgendermaßen:

"Die Anarchie hat sich im Laufe der Berichtszeit hier nicht bemerkbar gemacht und die Sozialdemokratie nur wenig. Fortschritte auf irgendwelchem Gebiet hat letztere hier nicht gemacht.

Über Vordringen derselben in Turn-, Spiel-, Gesang-, etc. Vereinen ist nichts zu berichten.

Am 6. März des Jahres fand in Grossenbaum eine Distriktsversammlung der sozialdemokratischen Vereinigungen statt. Es handelte sich um eine geschlossene Versammlung, in welcher vorwiegend über die Entrichtung der Beiträge und über innere Vereinsangelegenheiten verhandelt wurde.

In der Landbevölkerung ist die Sozialdemokratie nicht vertreten."

Linker Niederrhein

Motor der industriellen Entwicklung in Rheinhausen war die ab 1904 so benannte Kruppsche Friedrich-Alfred-Hütte, die mit Stahl- und Walzwerken rasch zum größten Hüttenwerk im Duisburger Raum wurde.

1905 beschäftigte die Friedrich-Alfred-Hütte 3 593 Arbeiter, 1913 waren es 7 322.

Die Produktion der Hütte wuchs von 149 000 t Roheisen im Jahre 1900 auf 1 139 000 t im Jahre 1913.

Entsprechend stiegen die Bevölkerungszahlen in der bis dahin noch ländlich geprägten Region. Wohnten 1871 noch 3545 Menschen in den Dörfern des Rheinhausener Raumes, so waren es 1905 schon 12 428 und 1910 schon 18 990 Menschen. Zum weiteren Bevölkerungswachstum trugen auch die Zechen Diergardt und Wilhelmine Mevissen bei, die 1912 bzw. 1914 die Produktion aufnahmen.

Zu einem Verwaltungszusammenschluß in diesem Gebiet kam es aber erst 1923, als sich die Dörfer Friemersheim, Bliersheim, Hochemmerich, Bergheim und Oestrum zur Landgemeinde Rheinhausen zusammenschlossen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Homberger Raumes ist auf den Bergbau zurückzuführen. 1851 hatte hier der

Unternehmer Franz Haniel mit Abteufversuchen begonnen. Die Zeche Rheinpreußen begann 1876 mit der Förderung. 1880 wurden 136 000 t Kohle gefördert, 1900 waren es 717 000 t, 1910 aus nunmehr 5 Schächten sogar 2 450 000 Tonnen.

Das Bevölkerungswachstum hielt mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt:

Lebten 1871 4646 Menschen in diesem Raum, so waren es 1905 23 766, 1910 sogar 254 862. Die drei Dörfer des Homberger Raumes - Homberg, Hochheide und Essenberg - schlossen sich 1907 zur Landgemeinde Homberg zusammen; 1921 wurden Homberg die Stadtrechte verliehen.

Die verstreuten Quellen zeigen, daß die Sozialdemokratie im linksrheinischen Bereich, der bis zur Jahrhundertwende noch überwiegend landwirtschaftlich geprägt war, zunächst nur schwer hat Fuß fassen können.

Bei der Reichstagswahl 1890 etwa erhielt der (Zähl-) Kandidat August Bebel in Homberg (damals mit Essenberg, Hochheide, Baerl, Binsheim, Hochemmerich, Asterlagen, Bergheim und Oestrum) ganze 9 Stimmen (im ganzen Wahlkreis Moers - Rees wurden 1890

99 Stimmen, 1893 226 Stimmen, bei einer Ersatzwahl 1895 156 Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben).

1895 liegt uns eine frühe Nachricht über Agitationsversuche in diesem Gebieten vor, wie die "Niederrheinische Volkstribüne" berichtet:

"Einen Ausflug nach Hochstraß im Wahlkreis Mörs-Rees unternahmen gestern die Genossen von Duisburg, Oberhausen, Ruhrort und Meiderich, hauptsächlich um den Boden für die spätere Agitation zu ebnet und neue Anknüpfungspunkte zu gewinnen.

Auch einzelne Genossen aus Hamburg (Homberg ?), Hochheide und Orsoy waren anwesend. Da derartige Ausflüge beitragen, das Band der Solidarität immer enger zu schließen, den dort vereinzelt stehenden Genossen neuen Muth einzuflößen und die diesseitigen Genossen in der dortigen Gegend für die spätere Agitation zu orientieren, so ist es nur bedauerlich, daß die Mülheimer Genossen sich nicht beteiligen, sondern gerade an diesem Tage, - trotzdem sie rechtzeitig benachrichtigt waren, - eine Parteiversammlung einberufen mußten. Es wurde dies allseitig gemißbilligt."

1898 war die Zahl der Stimmen in Homberg auf 35 Stimmen angestiegen, im ganzen Reichstagswahlkreis auf 214. Noch auf dem Parteitag der niederrheinischen Sozialdemokraten 1900 erfahren wir aber aus dem Jahresbericht zur Entwicklung der Organisation: "Nur der Kreis Mörs hat sich bislang völlig unzugänglich erwiesen."

Nach der Jahrhundertwende mehrte sich jedoch auch hier die Anhängerschaft für die Sozialdemokratie. Bei der Reichstagswahl 1903 erhielt der Kandidat der Sozialdemokraten Trilse bereits 294 Stimmen in Homberg, 206 Stimmen in Hochheide und 39 Stimmen in Essenberg, das waren immerhin schon 17% der 2413 Wähler in diesem Bereich; im ganzen Wahlkreis Moers-Rees waren 1496 Stimmen (5,4%) für die Sozialdemokraten abgegeben worden.

Noch 1905 konnte der Landrat des Kreises Moers allerdings berichten, daß sozialdemokratische Vereine in diesem Kreis nicht bestanden. Bei der Reichstagswahl 1907 erfahren wir erstmals von intensiver Wahlagitation in Rheinhausen. Für den 24. Januar 1907 wurden die "Wähler von Rheinhausen, Friemersheim, Hochhemmerich und Umgebung" zu einer Volksversammlung in die Hochfelder Tonhalle eingeladen.

Das Flugblatt begründet die Wahl des Versammlungslokals wie folgt:

"Arbeiter! Wähler! Ihr wißt, daß uns die Lokale in Friemersheim durch unsere Gegner abgetrieben werden. Erscheint in Massen in dieser Versammlung, wo Abrechnung mit unseren Gegnern gehalten werden soll. Kein Arbeiter der Kruppschen Fabrik darf fehlen."

Es hatten dann aber doch nur 70 Besucher den Weg über die (von Fußgängern zu begehende) Hochfelder Eisenbahnbrücke in die Hochfelder Versammlung

gefunden, in der der Redner die Lage in Rheinhausen so kennzeichnete:

"An der anderen Rheinseite liegen die Verhältnisse so, daß die Firma Krupp in der Lage ist, den Arbeitern jeden Saal abzutreiben."

Er schildert dann weiter die Wohlfahrts-einrichtungen der Firma Krupp in sozialdemokratischem Sinn, ... die Arbeiterkolonien moderne Zuchthäuser, die die Arbeiter ganz unter die Fuchtel ihrer Arbeitgeber bringen, "der Herr im Hause Standpunkt" ist es, worunter die Arbeiter jener Firma zu leiden haben."

Aus dem Wahlkreise Mörs-Rees.

Rheinhausen. Sonntag, 10. Jan., findet im Lokale Küpper an der Rheinbrücke eine Parteiversammlung zwecks Gründung einer Ortsgruppe vom Kreiswahlverein statt. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen und Freundes unserer Sache, die wichtige Parteiversammlung zu besuchen. (Hoffentlich gibt uns der Einsender dieser Einladung auch noch an, zu welchem Zeitpunkte am Sonntag die Versammlung stattfinden soll, damit wir das den Lesern auch noch mitteilen können; das ist doch wichtig genug. D. Red.)

Gründungseinladung der SPD - Ortsgruppe Rheinhausen (Niederrh. Arbeiter - Zeitung 8. 1. 1909)

Vorsitzender dieser Versammlung war der Maurer Wilhelm Köring aus Homberg, der auch in den polizeilichen Listen als sozialdemokratischer Vertrauensmann und Kassierer der Zahlstelle Moers des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands aufgeführt wird.

Weitere Sozialdemokraten, die der Polizei als sozialdemokratische Agitatoren besonders aufgefallen sind, waren zu dieser Zeit der Küfer Georg Kamm aus Essenberg, der Bergmann Anton Dunker aus Hochheide, gleichzeitig Vorsteher der Zahlstelle Hochheide des "Alten" Bergarbeiterverbandes, der Invalide Jakob Senden aus Hochheide und der Bergmann Julius Ohles, gleichfalls aus Hochheide.

Die vermehrte Wahlagitation führte auch zu besseren Wahlergebnissen, die jedoch gegenüber denen auf der rechten Rheinseite zurückblieben: 1907 war das Stimmenergebnis in Homberg auf

741 (22% der Stimmen) angewachsen, im ganzen Wahlkreis Moers auf 2792. Ein sozialdemokratischer Wahlkreisverein für den Reichstagswahlkreis Moers-Rees wurde vermutlich Ende 1908 gegründet. Zweigvereine entstanden in den einzelnen Orten.

So ist uns das Gründungsdatum der Rheinhausener SPD bekannt: Wie die "Niederrheinische Arbeiterzeitung" berichtete, wurde am Sonntag, dem 10. Januar 1909, in das Lokal Küpper an der Rheinbrücke eingeladen "zwecks Gründung einer Ortsgruppe vom Kreiswahlverein" (Moers).

Ähnlich scheinen sozialdemokratische Zweigstellen des für den Wahlkreis Moers bestehenden sozialdemokratischen Wahlkreisvereins in den anderen Orten entstanden zu sein.

Ein besoldeter Parteisekretär wurde 1912 eingestellt (Karl Müller, Moers).

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 wurden im Wahlkreis Moers-Rees immerhin schon 5335 Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben.

Besonders profilierte sich die örtliche Sozialdemokratie im März 1912 beim großen Bergarbeiterstreik.

In Homberg trat der Parteisekretär Karl Müller auf den großen Bergarbeiterversammlungen als einer der Hauptredner auf.

Im Jahre 1917 wird auch aus Kaldenhausen von einer Zweigstelle des Sozialdemokratischen Vereins berichtet.

V. Spaltung im Krieg

Der Mord an dem österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand durch einen serbischen Nationalisten in Sarajewo am 28. Juni 1914 löste jene verhängnisvolle Kette von Ereignissen aus, die zum Ausbruch des 1. Weltkrieges führte.

Noch 2 Tage vor der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland am 1. August 1914 hatte die Duisburger Sozialdemokratie am 30. Juli 1914 zwei große Antikriegskundgebungen veranstaltet. Dennoch gilt: Auch in der Duisburger Bevölkerung hatte die von patriotischem Überschwang genährte Kriegsbegeisterung, die sich vielfach im Reich zeigte, Rückhalt gefunden.

Am 4. August 1914 stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstag geschlossen für die von der Regierung geforderten Kriegskredite. In seiner Erklärung begründete der Parteivorsitzende Hugo Haase die Entscheidung:

„Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die

Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel...

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft stehen bei einem Sieg des russischen Despotismus ... viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Damachen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.“

In der vorhergehenden Fraktionssitzung hatten allerdings 14 Abgeordnete der SPD, darunter Karl Liebknecht, die

Zustimmung zu den Kriegskrediten kritisiert. Sie bildeten den Kern einer sich verstärkenden Oppositionsgruppe in der Reichstagsfraktion. Die Konflikte um die Bewilligung der Kriegskredite führten schließlich zur Spaltung der deutschen Sozialdemokratie.

Die Motive der Reichstagsfraktion zur Abkehr vom bisher vielfach beschworenen Internationalismus sind zu suchen in einer Anpassung an die allgemeine Volksstimmung, einer Abwehrposition gegen den russischen Zarismus und englischen Imperialismus, in der Hoffnung, den eigenen innenpolitischen Status zu verbessern, in der Sorge um die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Positionen sowie die materiellen Besitzstände; sie zeigen zugleich deutlich, daß sich hinter dem Vorhang verbaler Klassenkampfradikalität ein Anpassungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie an die politischen Bedingungen des Kaiserreichs vollzogen hatte, der auf Wandel, nicht Revolution zielte.

Seinen Ausdruck fand dieser Wandlungsprozeß neben der Bewilligung der Kriegskredite in der Unterstützung der sogenannten „Burgfriedenspolitik“ - ein innenpolitischer „Waffenstillstand“ für die Dauer des Krieges - durch die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion.

Die Auseinandersetzungen um die Bewilligung der Kriegskredite und die „Burgfriedenspolitik“ führten auch in Duisburg zu heftigen innerparteilichen Kämpfen.

Wortführer der Opposition innerhalb der Partei im Duisburger Raum wurden Rosi Wolfstein und die Redakteure der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ Carl Minster und August Schoch.

Rose Wolfstein (-Frölich)(1888-1987), aufgewachsen in einem großbürgerlichen Elternhaus, trat 1908 der SPD bei. Sie besuchte 1912/13 die Parteischule in Berlin, wo sie in freundschaftlichen Kontakt mit Rosa Luxemburg trat. 1913 kam sie nach Duisburg und arbeitete im Konsumverein „Eintracht“. Ihre ersten politischen Vorträge hielt sie im November 1913 in Duisburg. Als radikale Gegnerin der „Burgfriedenspolitik“ der



Duisburger General-Anzeiger, 1. August 1914

SPD-Mehrheit wurde sie Anhängerin des Spartakusbundes, erhielt während der Kriegszeit Redeverbot und wurde mehrfach verhaftet. Sie nahm als Delegierte der Duisburger Spartakusgruppe am Gründungsparteitag der USPD im April 1917 teil. Sie war Schriftführerin auf dem Gründungsparteitag der KPD, wurde 1920 als Kandidatin in die Zentrale der KPD gewählt, war 1921 bis 1923 Mitglied der Zentrale der KPD und des Organisationsbüros, Abgeordnete im preußischen Landtag von 1921 bis 1924. Anfang 1929 mit der "rechten" Fraktion aus der KPD ausgeschlossen, schloß sie sich der KPO, dann der SAP an. 1933 war sie zur Emigration gezwungen, war Mitglied der Auslandsleitung der SAP. Nach ihrer Rückkehr aus den USA 1950 in die Bundesrepublik fand Rosi Wolfstein ihren Weg zurück in die SPD.

Rosi Wolfstein vertrat vor allem die jüngeren Parteimitglieder in Duisburg, unter denen sie eine erhebliche Anhängerschaft gewann.

Im Frühjahr 1916 spaltete sich in Duisburg auch die Arbeiterjugend, wenngleich der "Minderheits-Jugend" nach der Verhaftung von Rosi Wolfstein die Wortführerin fehlte und die Minderheitsgruppe sich organisatorisch nicht verfestigte.

In der Duisburger Partei brach die Auseinandersetzung um die politische Linie mit aller Schärfe anlässlich des "Duisburger Redaktionskonflikts" Ende März 1916 auf.

Die Kritikpunkte der Opposition hatte z. B. Minster in einer Rede vor den Mitgliedern der Filiale Hamborn-Bruckhausen am 5. März 1916 so formuliert:

"...sprach ...Minster über den Stand der Partei im Allgemeinen, wobei er das Verhalten der Mehrheit der sozialdem. Reichstagsabgeordneten scharftadelte, weil diese von Anfang an die Kriegskredite bewilligt hätten, und deshalb gezwungen seien, in Zukunft auch sämtliche Steuervorlagen zu bewilligen, welche zur Deckung der Kriegskredite erforderlich würden. Der Krieg überhaupt wäre nur Sache der Kapitalisten, denn diese Leute hätten mehr Interesse an der Gewinnung des Krieges als der Arbeiter..."

Das Verhalten des Abgeordneten Liebknecht findet er für richtig und gut, weil er noch am alten Parteiprogramm festhalte. Durch eine einstimmig gefaßte Resolution wurde Liebknecht ein Vertrauensvotum ausgestellt, und das Lesen seiner Rede vom 3. des Mts. empfohlen.

Sodann wurde beschlossen, die nächste Versammlung im Lokale des Wirtes Johann Hageweg, Ostackerweg 115 hier selbst abzuhalten und dafür Redner der Mehrheit sowie der Minderheit zu gewinnen."

Die Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei spitzten sich am 21. März 1916 auf der Reichsebene zu, als insgesamt 18 Reichstagsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei gegen die Kriegskredite stimmten. Weil die Opposition ihre Absicht, im Reichstag gegen den Fraktionsbeschluß zu stimmen, geheimgehalten hatte, sah die Mehrheit der Fraktion hierin einen "Treubruch" und sprach den Abweichlern die Rechte der Fraktionszugehörigkeit ab. Unter dem Namen der "Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft" konstituierten sich diese als selbständige Fraktion. Das bedeutete zunächst noch nicht die Spaltung der Sozialdemokratie. Jedoch erwiesen sich die Gegensätze als unüberbrückbar. Am 6./7. April 1917 wurde im Volkshaus in Gotha die "Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (USPD) begründet.

In Duisburg hatte die "Niederrheinische Arbeiterzeitung" die Oppositionsposition unterstützt. Daraufhin entließ der SPD-Parteivorstand, der im Besitz der Parteipresse war, am 31. März 1916 die Duisburger Redakteure Carl Minster und August Schoch.

Carl Minster (1873 - 1942) hatte nach einer Ausbildung als Kaufmann Deutschland verlassen und war in den USA als Gewerkschaftssekretär, Zeitungsredakteur und Korrespondent deutscher Arbeiterzeitungen tätig gewesen. Nach



Rosi Wolfstein (1888-1987)

seiner Rückkehr nach Deutschland arbeitete er als Zeitungsredakteur in Remscheid, dann ab Januar 1914 bei der Duisburger "Niederrheinischen Arbeiterzeitung". Mit Kriegsausbruch unterstützte er den antimilitaristisch-pazifistischen Flügel der Reichstagsfraktion und stand der Liebknecht-Gruppe nahe, was zum Konflikt mit der Parteileitung der SPD führte. Zusammen mit seinem Kollegen August Schoch Ende März 1916 als Redakteur der Niederrheinischen Arbeiterzeitung entlassen, gab er ab 31. Mai 1916 ein oppositionelles "Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburgs" heraus, (ab Nr. 4 vom 1. Juli 1916 betitelt "Der Kampf, Sozialistisches Propagandablatt - Organ für Rheinland und Westfalen"). "Der Kampf" erschien in Duisburg bis zum Verbot am 1. Juni 1917, auch nachdem Minster im Oktober 1916 Redakteur des Braunschweiger "Volksfreundes" geworden war. Minster entzog sich einem Gestellungsbefehl 1917 durch Flucht nach Holland, wurde aber im Dezember 1917 an der holländischen Grenze verhaftet. Nach Kriegsende redigierte Minster die kommunistische Zeitung "Die Freiheit" in Mülheim, stieß aber wenig später zur USPD. Minster blieb auch weiterhin der Arbeiterbewegung



Carl Minster (1873- 1942)

verbunden. 1941 wurde er von der Gestapo in Frankreich verhaftet, im Juli 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und wenig später hingerichtet.

Der "Duisburger Redaktionskonflikt" hatte zu erheblichen Turbulenzen in der Duisburger Partei geführt. Zitiert sei aus dem Polizeiprotokoll einer mit 128 Männern und 36 Frauen für die Kriegszeit außergewöhnlich gut besuchten Duisburger Mitgliederversammlung am 16. April 1916:

"Schoch schilderte in längeren Ausführungen den Hergang der Entlassung der beiden Redakteure Schoch und Minster durch die Parteileitung. Er forderte die Anwesenden auf, gegen diese Entlassung zu protestieren, da die Redakteure vom hiesigen Wahlkreise Duisburg, Mülheim, Oberhausen angestellt seien und Klagen bisher aus diesem Kreise nicht laut geworden seien.

Von den Funktionären des Wahlkreises sei bereits eine Resolution gefaßt, wonach gegen die Entlassung protestiert würde. Um der Gewaltpolitik des Parteivorstandes und dem Mißbrauch des auch von der Minderheit gesammelten

Geldes zu begegnen, sind die Beiträge zu sperren, falls innerhalb 14 Tagen geregelte Verhältnisse nicht wiederhergestellt und die gemäßregelten Redakteure nicht wieder eingestellt sind. Scharfe persönliche Angriffe richtet Schoch gegen die Gewerkschafts-Angestellten Ahlbrink und Müller, die bei der Entlassung der Redakteure mitgearbeitet hätten. Ebenfalls werden gegen den neuen Redakteur Porkony und den Leiter der sozialdemokratischen Partei von Alt-Duisburg - Rudolph scharfe Angriffe geführt.

Schoch sagt, man habe bisher nicht gefunden, daß die Behörden bei Reklamationen so entgegenkommend seien, wie es nun in einem Falle geschehen sei. Schluchtmann - Leiter des hiesigen Wahlkreises sei auf

Reklamation entlassen. Als der neue Redakteur Porkony seine Stelle angetreten habe, sei auch sofort die Zensur der Arbeiter-Zeitung aufgehoben worden. ... Er fordert die Anwesenden auf, die vorerwähnte Resolution anzunehmen. Schoch bespricht noch die Verausgabung der Marken der Minderheit und betont, daß diese Marken nur zur Unterstützung der für die Partei ins Gefängnis gewanderten Personen ausgegeben seien.

Funke verliest eine Mitteilung des anwesenden Redakteurs Minster, wodurch Letzterer mitteilen läßt, daß gegen ihn das Redeverbot bestehe, während Schluchtmann infolge telegrafischer Reklamation vom Kriegsministerium auf 3 Monate beurlaubt sei.

An der Diskussion beteiligen sich von der Minderheit: Tschanter, Ring, Franz Amnig, Rodenstock und Spill. Sämtliche Redner mißbilligen das Verhalten der Parteileitung und stimmen für die Resolution.

Von der Mehrheitspartei beteiligen sich Kremers und Behrend... Behrend widerspricht Schoch und sagt, daß er bei der Entlassung der Redakteure nicht mitgewirkt, wohl aber seine Meinung vertreten habe. Er behauptet, die Re-

daktion sei einseitig gewesen. Zur heutigen Zeit müsse in erster Linie an die Landesverteidigung gedacht werden. Das sei heute noch seine Auffassung. Er bedauert, daß er von der Gegenpartei durch Zurufe unterbrochen wurde...

Behrend macht darauf aufmerksam, daß die Mitglieder von der Parteileitung nichts mehr zu fordern hätten, falls die Resolution angenommen würde. Der Versammlungsleiter ließ nunmehr abstimmen. Die Resolution wurde mit 140 gegen 16 Stimmen angenommen."

Die Resolution lautete:

" In der Kündigung der Gen. Minster und Schoch durch den Parteivorstand ohne Zustimmung der Genossen des Kreises erblicken die Funktionäre der Stadt Duisburg eine politische Maßregelung. Sie verurteilen diese Maßregelung, sowie die Verhinderung der Genossen an der Ausübung ihrer Redaktionstätigkeit. Solange dieser Gewaltstreik nicht rückgängig gemacht ist, kann die Niederrheinische Arbeiterzeitung als das Organ der Duisburger Parteigenossen nicht angesehen werden. Die neue Redaktion lehnen wir ab.

Um die Gewaltpolitik des Parteivorstandes in dieser und in anderen Fragen und dem Mißbrauch der Gelder, die auch von den zur Minderheit gehörenden Genossen gesammelt werden, zu begegnen, sind die Beiträge zu sperren, falls innerhalb 14 Tage geregelte Verhältnisse nicht wieder eingekehrt und die gemäßregelten Redakteure nicht wieder eingesetzt sind."

Zunächst hatte eine breite Solidarisierung mit der oppositionellen Position in Duisburg eingesetzt. In der Frage der Beitragssperre wurden aber zuerst die Bedenken laut.

Am 21. Mai gelang es dann dem Parteivorstand in Anwesenheit der Reichstagsabgeordneten Ebert, Braun und Haberland auf einer Funktionärskonferenz der Wahlkreise Duisburg und Moers, die Mehrheit wieder auf den Kurs des Parteivorstandes einzuschwören.

Die Parteifilialen, die den Beschluß zur Beitragssperre gefaßt hatten (Neudorf, Hochfeld und Wanheim) waren allerdings nur informativ und ohne Stimm- und Rederecht zur Versammlung eingeladen worden; ihre Vertreter hatten

deshalb die Versammlung unter Protest verlassen.

Die Versammlung billigte schließlich die Entlassung von Minster und Schoch.

Für die Duisburger SPD bedeutete der "Redaktionskonflikt" einen erheblichen Aderlaß. Die Mitgliederzahl sank danach und durch die Tatsache, daß viele der Mitglieder ins Feld zogen, erheblich.

1916 sollen nur noch 600 eingeschriebene Mitglieder im Wahlkreis existiert haben. Jedoch stieg die Mitgliederzahl bis 1918 wieder auf 2000.

Es waren oft in der Gewerkschaftsarbeit verwurzelte Sozialdemokraten, die in dieser schwierigen Situation zur Mehrheits-Sozialdemokratie hielten. Eine wichtige Rolle in dieser Auseinandersetzung spielte Wilhelm Schluchtmann, Parteisekretär des Wahlkreises Duisburg-Mülheim seit 1907.

Wilhelm Schluchtmann (1877-1930) wuchs als Kind einer Arbeiterfamilie auf. Bis 1907 arbeitete er als Bergmann auf der Zeche Westende in Meiderich, dann in Marxloh, zu dieser Zeit für die Sozialdemokratie und im Bergarbeiterverband politisch und gewerkschaftlich tätig. 1907 wurde er als besoldeter Parteisekretär im Wahlkreis Duisburg-Mülheim berufen. Nach Kriegsausbruch zum Heeresdienst eingezogen, wurde er 1916 auf Reklamation des Parteivorstandes vom Heeresdienst freigegeben und versuchte, die Krise in der Duisburger Partei im Sinne des Parteivorstandes zu lösen. Er war Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Duisburg in der Revolutionszeit, Mitglied der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung und preußischer Landtagsabgeordneter. 1920 - 1930 amtierte er als Landrat im Landkreis Dinslaken.

Während der Parteisekretär Schluchtmann sich bemühte, den alten Parteiver-

band zusammenzuhalten - auch viele der bisherigen profilierten Funktionäre hatten sich der oppositionellen Richtung angeschlossen -, erfahren wir gleichzeitig von Sitzungen des "sozialdemokratischen Vereins - Minderheit".

Doch hat die USPD in Duisburg während der Kriegszeit ein organisatorisches Gefüge allem Anschein nach nicht aufbauen können, während sich die traditionelle Organisation der SPD wieder festigte.

Die Lebensbedingungen der Duisburger Bevölkerung während der Kriegszeit verschlechterten sich fortlaufend. Während die Wirtschaft allgemein darniederlag, florierten die kriegswichtigen und die Rüstungsbetriebe, darunter die

Duisburger Eisen- und Stahlindustrie. Sie setzten allerdings zum Ersatz für die zum Militär eingezogenen Belegschaftsmitglieder in großem Ausmaß Frauen, Kriegsgefangene und ausländische Arbeitnehmer in der Produktion ein.

Ab 1915 wurden die Lebensmittel knapp; ein Brotkartensystem sollte die Verteilung steuern.

Im harten Winter 1916/17, dem sog. Steckrübenwinter, nahm der Lebensmittelmangel katastrophale Formen an; Hungerstreiks waren die Folge. So streikten am 10./11. Januar 1917 die Bergleute der Hamborner Zeche "Deutscher Kaiser", um gegen die Herabsetzung der Kartoffelration zu protestieren.

Im Juli/ August 1918 kam es in Duisburg zu weiteren Streiks, in denen auch die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auftauchte.



Wilhelm Schluchtmann (1877 - 1930)

Öffentliche "Kriegsküchen" wurden eingerichtet, die zu geringen Preisen Suppen an die Bevölkerung abgaben, um wenigstens ein Minimum der Ernährung sicherzustellen.

Dennoch waren große Teile der Bevölkerung unterernährt; Krankheiten und Sterbefälle, auch die Säuglingssterblichkeit nahmen zu. Im Sommer 1917 grassierte eine Ruhrepidemie in Duisburg.

Der mörderische Krieg mit seinen Millionen Toten, die Kriegsfolgen im Zivilleben, die jeden Aspekt des Lebens gerade der Arbeiterbevölkerung beeinträchtigten, enthüllten im vierten Kriegsjahr 1918 immer stärker die Brüchigkeit des monarchischen Systems in Deutschland; der Boden war bereitet für die Revolution.

VI. Im Kampf um die Republik

Die Duisburger Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit 1919 - 1933

Am 11. November 1918 ging mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes im Wald von Compiègne in Frankreich der Erste Weltkrieg zu Ende.

Aus dem alten Duisburg und den heute zu Duisburg gehörenden Gemeinden mußten in diesem Krieg über 7200 Sol-

daten ihr Leben lassen. Die vier Kriegsjahre hatten der Bevölkerung, gerade auch im industriell geprägten Duisburger Raum, äußerste Anstrengungen abverlangt. Hunger, Entbehrungen und Erschöpfung führten in den letzten Kriegsmonaten zu einer großen Frie-

denssehnsucht der Menschen. Mit schrecklicher Deutlichkeit war dem Volk klar geworden, daß es von den alten Mächten ins Verderben geführt worden war. Das Kaiserreich hatte abgewirtschaftet.

Ende Oktober 1918 hatten sich in Kiel die Matrosen der Kriegsmarine gewei- gert, dem selbstmörderischen Befehl zum Auslaufen gegen England zu folgen. Die Kieler Werft- und Hafendarbeiter solidarisierten sich mit den meuternden Matrosen. Eine allgemeine Aufstandsbewegung war die Folge. Das Signal zur Revolution war gegeben.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Revolution in Deutschland. Überall bildeten sich revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte. Der Kaiser floh nach Holland. Unter dem Druck der Ereignisse übergab der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden die Regierungsführung an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der Mehrheitssozialdemokraten. Am 9. November rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin die Republik aus, am gleichen Tag, an dem Karl Liebknecht die sozialistische Republik proklamierte. Unter Friedrich Ebert bildete sich in Berlin eine revolutionäre Regierung, der "Rat der Volksbeauftragten" aus je 3 Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten.

In Duisburg lösten am Abend des 8. November aus Köln kommende Matrosen die Umsturzbewegung aus. Nach der Entwaffnung der Bahnhofswachen befreiten die Soldaten, gemeinsam mit Anhängern der örtlichen USPD, politische und militärische Gefangene aus dem Polizeigefängnis. Noch in der Nacht bildete sich ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR), der sein Hauptquartier in der städtischen Tonhalle bezog. Den Vorsitz übernahm der Bäcker Ulrich Rogg.

Auf dem Burgplatz begrüßte am Samstag, dem 9. November, eine große

An die Bevölkerung Duisburgs!

In der Nacht vom Freitag auf Samstag ist in Duisburg die Revolution ausgebrochen und auf der ganzen Linie Sieger geblieben. Alle öffentliche Gewalt ist in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats, welcher alles weitere veranlassen wird. Die Bevölkerung wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit dringend ersucht, strengste Selbstzucht zu üben und alles zu unterlassen, was die Ordnung stören könnte. Jeder, der von den Sicherheitsorganen des Arbeiter- und Soldatenrates beim Plündern betroffen wird auf der Stelle erschossen. Die Sicherheitsorgane sind vorläufig an weißen und roten Armbinden kenntlich und ist den Anordnungen der selben unbedingt Folge zu leisten. Bedenkt, daß jede Plünderung eine Schändung der Revolution bedeutet und helfe jeder kräftig mit, unsauberen Elementen das Handwerk zu legen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat

J. A.: Ulrich Rogg.

**Das Hauptquartier
des Arbeiter- und Soldatenrats ist in der
Städtischen Tonhalle,
wobin alle Meldungen zu richten sind.**

Menschenmenge den von Rogg proklamierten "Sieg des Proletariats". Vom Rathausbalkon herab forderte Parteisekretär Wilhelm Schluchtmann für die Mehrheitssozialdemokraten "die völlige Beseitigung des alten Systems und den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus".

Über die weiteren Ereignisse berichtete der Niederrheinische Generalanzeiger (12. 11. 1918):

"Die Vertrauensleute der Freien Gewerkschaften und sozialistischen Parteien trafen am Samstag nachmittag, dem 10. 11. 1918, zu einer Versammlung in der Tonhalle zusammen, um, wie der Vorsitzende Rogg in seinen einleitenden Worten erklärte, die endgültige Wahl des Arbeiter- und Soldatenrates vorzunehmen. Ulrich Rogg gab einen Rückblick über die Entwicklung der bisherigen Geschehnisse und führte u. a. aus: Schon vor langer Zeit - man könne jetzt offen die Sache enthüllen, sei hier am Ort ein sogenannter Arbeiterrat gebildet worden, der die Führung der Revolution in die Hand nahm...

In der Freitagnacht sei die Revolution auch hier ausgebrochen, habe sich in ganz Duisburg ausgebreitet und nicht einmal eine Zeit von zehn Stunden sei erforderlich gewesen, um die Macht vollständig in die Hand des AuS-Rates zu bekommen. Der vorläufige AuS-Rat habe nunmehr seine Aufgabe erfüllt, da er nur gebildet worden sei, um die Bewegung, in die vorerst nur wenige eingeweiht werden konnten, zu Ende zu bringen...

Es solle nicht einseitig verfahren werden, und deshalb solle jeder Partei die Möglichkeit gegeben werden, mit ihren Erfahrungen, mit ihren guten Ratschlägen dem Volksganzen dienen zu können. Infolgedessen haben sich die beiden sozialdemokratischen Parteien, die sich bisher bekämpft haben, zusammengefunden. Man sei auch noch weitergegangen. Auch die Arbeiterschaft, die auf einem anderen Standpunkt stehe wie die sozialdemokratische, solle ebenfalls teilnehmen und so die kommende Regierung in Duisburg, die durch den erweiterten AuS-Rat gebildet werde, auf eine breite Basis stellen. Aus diesem Grund habe man nach Verhandlungen, die man mit der christlichen und der Hirsch-

Dunckerschen Arbeiterschaft gepflogen habe, beschlossen, auch diese an der Gestaltung unserer aller Geschicke mitwirken zu lassen..."

Anschließend erklärte Wilhelm Schluchtmann für die MSPD, "daß die schwerste Arbeit noch vor uns liege und daß zu deren Bewältigung alle Organe der Arbeiterschaft bis auf das Letzte angespannt werden müßten...

Das Endziel müsse die vollständige Beseitigung des alten Systems sein, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Gesamtheit schaffe die Werte und müsse sie auch für sich verwenden..."

Dem Arbeiter- und Soldatenrat gehörten unter dem Vorsitz von Rogg und Schluchtmann neben 10 Soldaten an: Von der USPD Rogg, Ring, Rodenstock, Kollinge, Zieger, Tschauter, Horchler, Schmidt, Janken und Kemper; von der MSPD Schluchtmann, Markwald, Woytisiak, Nellen, Ahlbrink, Hölscher, Müller, Appel, Burbach und Irriger; von den Freien Gewerkschaften: Behrend, Palm, Tebben, Fisch, Hengsbach, Cremers, Baukhage, Bonderberg, Sohmen und Rudolph. Hinzu kamen die zehn Mitglieder aus der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft.

Am Montag, dem 11. November 1918, zog eine riesige Menschenmenge vom Dellplatz über die Königstraße und Mülheimer Straße zum städtischen Spielplatz an der Lotharstraße. Rote Fahnen und Arbeitervereinsfahnen wurden im Zug mitgetragen. Unter dem großen Jubel der Anwesenden teilten die vier Redner der sozialdemokratischen Parteien Rogg, Markwald, Schluchtmann und Cremers mit, daß die Feindseligkeiten von beiden Seiten vormittags um 11 Uhr eingestellt worden seien. Folgende Entschliebung kam zur Abstimmung:

"Die Versammelten sprechen ihre Freude über den Sieg der Revolution aus und geloben einstimmig, für die Entwicklung des demokratischen Sozialismus einzustehen".

Zum Abschluß der Kundgebung wurden Hochrufe auf die deutsche und internationale Revolution ausgebracht.

Zum weiteren Zentrum der Revolution wurde Hamborn. Hier hatte am Abend

des 8. November 1918 der Bergmann Anton Pütz (MSPD) eine Versammlung von Arbeitern und Soldaten zusammengerufen, die einen AuSR bildeten, der die öffentliche Gewalt in Hamborn übernahm. Der AuSR setzte sich zusammen aus 17 Arbeitern, 10 Soldaten sowie einem soldatischen Beirat, der neun Personen umfaßte. Er stand unter dem Vorsitz des Hauers Wilhelm Arnold (USPD) und des örtlichen Geschäftsstellenleiters der SPD-Zeitung Johannes Großmann (MSPD). Die übrigen sozialistischen Mitglieder des AuSR waren:

Peter Bachmann (Hauer, MSPD), Anton Dunker (Bezirksleiter des Alten Verbandes, MSPD), Heinrich Göbel (Hauer, USPD), Adolf Grützner (Hauer, MSPD), Georg Grohmann (Schneider, USPD), Wilhelm Kollmann (Hauer, MSPD), Theodor Müller (Hauer), Paul Pawlowski (Hilfsarbeiter), Anton Pütz (Hauer, MSPD), August Sackritz (Fabrikarbeiter, USPD), Hermann Salzmann (Hauer, MSPD), Wilhelm Stenzel (Hauer), Johann Schumacher (Bäckermeister, USPD), Karl Völker (Maurer, USPD), Karl Winkelmann (Hauer, MSPD).

Am 9. November 1918 erklärte der AuSR auf einer Kundgebung, daß alle öffentliche Gewalt auf ihn übergegangen sei. In den folgenden Tagen wurden den führenden Verwaltungsbeamten der Stadt weisungsbefugte Mitglieder des AuSR zugeordnet. Die öffentliche Sicherheit sollte durch Patrouillen und Wachen des Rates gewährleistet werden. Er behielt sich weiterhin vor, über Arbeitsaufnahme und Arbeitsniederlegungen zu entscheiden.

Für den weiteren Verlauf der Revolution wurden die Vorgänge in Berlin entscheidend. Während der Rat der Volksbeauftragten wichtige sozialpolitische Verfügungen traf, die alte langumkämpfte sozialdemokratische Forderungen erfüllten wie Arbeiterschutz, Krankenversicherung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung, allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen sowie Aufhebung der Ausnahmegesetze, stand er gleichzeitig vor der Bewältigung gewaltiger wirtschaftlicher und politischer Probleme. Das wirtschaftliche Chaos des

Kriegsendes mußte gesteuert, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Brennstoffen versorgt, der ordnungsgemäße Truppenrückzug ermöglicht, die Friedensverhandlungen mit den Kriegsgegnern geführt, eine neue politische Ordnung in Deutschland begründet werden.

Entsprechend der demokratischen Tradition der Sozialdemokratie sollte die politische Neuordnung auf dem Weg über eine verfassungsgebende Nationalversammlung erreicht werden, eine Forderung, die auf dem Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin, eine Art Revolutionsparlament, eine breite Mehrheit fand. Gegen diesen Weg der Regierung Ebert, gegen deren Politik, zur Steuerung des Chaos bürgerliche Fachleute in Staatsverwaltung und Wirtschaft auf führenden Positionen zu belassen, sich auf Reichswehrtruppen zu stützen, um Unruhen zu bekämpfen, und gegen die Politik der Freien Gewerkschaften, die gegen Anerkennung des 8-Stundentages und weitere sozialpolitische Zugeständnisse durch die Unternehmer mit

diesen eine Zusammenarbeit vereinbarten, stand der linke Flügel der Sozialisten um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie forderten eine radikale Räterevolution nach russischem Vorbild und sammelten sich in der Anfang Januar 1919 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands. Im sogenannten Spartakusaufstand im Januar 1919 in Berlin, als Reichswehrtruppen und Freikorps, in denen sich reaktionäre Elemente der kaiserlichen Armee sammelten, auf Weisung von Regierungsmitglied Gustav Noske (MSPD) auf kämpfende Arbeiter schossen und Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorpsoldaten brutal ermordet wurden, zerbrach endgültig die Hoffnung auf einen gemeinsamen Weg der deutschen Sozialisten. Die USPD-Mitglieder waren bereits im Dezember aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgeschieden.

Am 19. Januar 1919 wurde die verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt. Von den 421 Mandaten entfielen auf die Mehrheitssozialdemokraten 165 und auf die Unabhängigen 22. Damit gab es in der Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit. Grundlegend für die Verfassung und die sozialpolitische Linie wurde die "Weimarer Koalition" zwischen Mehrheits-Sozialdemokratie, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei. Dies ermöglichte zwar eine demokratische Verfassungsgesetzgebung, zur Enttäuschung vieler Sozialisten jedoch nur bürgerlich-gemäßigte Formen der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Am 11. Februar 1919 wurde Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt, die Weimarer Verfassung trat im August 1919 in Kraft.

Auch im Duisburger Raum brachen schon 1918 die Gegensätze zwischen der radikalen und der gemäßigten Richtung der Arbeiterbewegung auf. Zum Konflikt kam es in Hamborn über der Forderung nach der 8-Stunden-Schicht und Lohnzulagen im Bergbau. Während die Zechenleitungen die Arbeitszeit von der Einfahrt bis zur Ausfahrt des einzelnen Bergmannes berechneten, bezog sich die Forderung der Hamborner Bergarbeiterschaft auf die Regelung der Einfahrt und Ausfahrt der gesamten Schichtbelegschaft, was zu einer 7 1/2 stündigen Arbeitszeit geführt hätte. Der freigewerkschaftliche - der MSPD nahestehende - "Alte Verband", die größte Bergbaugewerkschaft, unterstützte die weitergehenden Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung zunächst nicht. In Hamborn brach, ausgehend von der Belegschaft der Zeche "Deutscher Kaiser", im Dezember 1918 eine sich zunehmend radikalisierende Streikbewegung aus, die nur mühsam durch Lohnzugeständnisse der Zechenleitungen schließlich Ende Dezember beigelegt werden konnte. In diesen Auseinandersetzungen gewann die syndikalistische "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" im Hamborner Bereich zahlreiche Anhänger.

Auch der Spartakus-Aufstand in Berlin hatte in Duisburg Auswirkungen: Am 11. Januar besetzten Spartakisten das Gebäude der sozialdemokratischen "Niederrheinischen Volksstimme" - ein Nachklang der Auseinandersetzungen um die Parteizeitung in der Kriegszeit, blieben aber ohne große Resonanz und mußten nach wenigen Tagen wieder abziehen.

In dieser Situation fand am 19. Januar 1919 die Wahl zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung statt.

Die Sozialdemokratie, der die Novemberereignisse einen großen Mitgliederzustrom gebracht hatten, mobilisierte alle Kräfte. Den Abschluß der Wahlagitatio bildete ein Demonstrationzug von mehreren tausend Menschen durch die Straßen Duisburgs. Es wurden rote Fahnen mitgeführt und Schilder mit der Aufschrift "Wählt Otto Braun!" "Gegen Terror und Diktatur".

Für die Duisburger Mehrheitssozialdemokraten war das Ergebnis ein Erfolg.



Friedrich Ebert (1871 - 1925), ab 1913 Parteivorsitzender der SPD

In Duisburg erhielten sie 35,9 Prozent der Stimmen. In Hamborn waren die Wahlen durch Mitglieder der KPD, die sich demonstrativ nicht an der Wahl beteiligte, massiv gestört worden. In den 5 (von 39) Wahlbezirken, die ausgezählt werden konnten, erhielt die MSPD allerdings 51 Prozent der Stimmen. Die USPD beteiligte sich in Duisburg und Hamborn nicht an der Wahl.

Die kurz darauf (am 26. Januar) folgenden Wahlen zur Preußischen Landesversammlung erbrachten ähnliche Ergebnisse: 36 Prozent für die MSPD in Duisburg, 32 Prozent in Hamborn, wo die Wahlbeteiligung jetzt erheblich gestiegen war.

Das Ruhrgebiet blieb unruhig. Ende März 1919 beschloß eine Schachtdelegiertenkonferenz, die von USPD und KPD dominiert wurde, gegen den Widerstand der Freien Gewerkschaften den Generalstreik, um die Sechs-Stunden-Schicht, eine Lohnerhöhung und die Sozialisierung des Bergbaus zu erzwingen. Die MSPD-geführten Regierungen im Reich und in Preußen verhängten den Belagerungszustand über das Ruhrgebiet und schickten Truppen.

Der ohne große Ergebnisse verlaufende Streik und das brutale Vorgehen der Militärs, verantwortet von einer SPD-Regierung, ließen bleibende Erbitterung in der Arbeiterbevölkerung des Ruhrgebietes zurück.

Im Januar 1920 streikten die Bergarbeiter der Hamborner Thyssen-Zechen wiederum für die Sechs-Stunden-Schicht.

Das Hamborner Rathaus und Geschäfte wurden im Zusammenhang mit dem Streik geplündert. Wiederum schickte die Regierung Freikorpsstruppen, die in Hamborn 350 Personen festnahmen.

Am 13. März 1920 versuchten Freikorpsstruppen in Berlin unter der Führung von Kapp und Lüttwitz einen Militärputsch. Der Reichspräsident und die Reichsregierung wichen nach Dresden bzw. Stuttgart aus. Die gewählte Regierung forderte von Dresden aus das deutsche Volk zum Widerstand gegen die Auführer auf. Die Gewerkschaften riefen den Generalstreik aus, der Putsch brach alsbald zusammen. Kapp flüchtete ins Ausland, die Truppen marschierten in ihre Kasernen zurück. Das Ergebnis des Kapp-Putsches war eine starke Verschiebung nach links in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Im Revier war der Generalstreik allgemein befolgt worden. Gegen die putsch-



Demonstranten auf dem Weg zum Burgplatz, 11. Jan. 1919

freundliche oder zweideutige Haltung der im Ruhrgebiet liegenden Truppen bewaffneten sich die Arbeiter. Eine proletarische "Rote Armee" bildete sich, die bald auf ca. 50.000 Mann anwuchs und die Macht in weiten Teilen des Ruhrgebiets eroberte.

In fast allen Duisburger Betrieben ruhte die Arbeit. Tausende von Menschen befanden sich auf den Straßen.

Auch die politische Führung der Stadt verurteilte den Putsch. Dennoch verweigerte Oberbürgermeister Jarres die von den Gewerkschaften geforderte Auflösung der Einwohnerwehr, die Sympathien für die Putschisten erkennen ließ, und provozierte damit einen schweren Konflikt.

Als ein Aktionsauschuß aus KPD und USPD am 15. März 1920 die Waffenabgabe erzwingen wollte, eröffneten Polizei und Einwohnerwehr das Feuer. In den folgenden Tagen griff auch die Reichswehr in die Kämpfe ein. Es gab 19 Tote und 54 Verwundete. Danach löste die Stadtverwaltung die Einwohnerwehr auf.



Demonstranten und geplünderte Geschäfte am Hamborner Pollmanneck 12. Jan. 1920

Verantwortlich für den Inhalt: ...

Niederrheinische

Verantwortlich für den Inhalt: ...

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für die Wahlkreise Duisburg-Wilhelm-Oberhausen-Samborn u. Wörre-Nees. — Publikations-Organ der freien Gewerkschaften.
Hauptgeschäftsstelle: Duisburg, Marktplatz 23, Fernsprecher 1426. — Schriftleitung: Duisburg, Marktplatz 29, Fernsprecher 1426.
Zweig-Geschäftsstellen: Wilhelm, Wülffelsstr. 44, Fernsprecher 1011. — Oberhausen, Wülffelsstr. 60, Ode-Gäßchenstr. 10, Fernsprecher 141.
D.-Wülffels, Wülffelsstr. 22, Fernsprecher 1054. — Wülffels, Humboldt-Str. 76, Fernsprecher 417.

Weiterverbreitete, politische Zeitung am Niederrhein.

Nr. 189

Samstag, den 19. Juli 1919.

14. Jahrgang

An die Mitglieder der sozialistischen Parteien u. die Gewerkschaftscollegen Groß-Duisburgs!

Montag, 21. Juli, finden Protestkundgebungen der Sozialisten aller Länder gegen den gewalttätigen Imperialismus der Entente u. den Gewaltfrieden statt. Dieser Aktion schließt sich auch das Proletariat Deutschlands an. Infolgedessen beschließen die Führer der drei sozialistischen Parteien sowie die Gewerkschaften Duisburgs in einer gemeinsamen Sitzung, die Arbeiterschaft aufzufordern, am Montag, dem 21. Juli

die Arbeit ruhen zu lassen und zu einer gewaltigen

Massenkundgebung

aufzumarschieren. — Um diese Protestaktion zu einer würdigen und eindrucksvollen zu gestalten, wird den Arbeitern Duisburgs vollständige Arbeitsruhe empfohlen.

Die Arbeit ruht am Montag von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Die erforderlichen Notstandsarbeiten sind zu verrichten.

Die Veranstaltung ist nach folgendem Plan geregelt:

Vormittags 10 Uhr: Massenversammlung auf dem Burgplatz am Rathaus.

Eingeleitet wird die Versammlung durch einen Massenchor des Arbeiter-Sängerkartells („Volkschor“, Duisburg, „Morgenrot“, Wanheimerort und „Freie Sänger“, D.-Weiderich.) Es folgen Ansprachen von Rednern aller drei sozialistischen Parteien. Darauf Aufstellung zu einem

Demonstrationszuge

durch folgende Straßen: Poststraße, Münzstraße, Beckstraße, Kasinostraße, Friedrich-Wilhelm-Platz, Sonnenwall, Königstraße, Wülheimer Straße zum Lotharplatz. Dort Ansprachen von verschiedenen Stellen durch Redner der drei Richtungen und allgemeiner Schlusssong. Darauf Auflösung des Massen-Meetings.

Damit sich die Demonstration in geordneter Bahnen abwickeln kann, wollen die Teilnehmer den Anordnungen der Ordner strikte Folge leisten.

Arbeiter, Genossen, Freunde! Schließt die Reihen! Beteiligt euch in Massen an der Demonstration! Zeigt, daß ihr klassenbewußt und nicht gewillt seid, euch als willenlose Sklaven dem internationalen Imperialismus und Kapitalismus zu unterwerfen!

Hoch die Einigkeit! Hoch der Sozialismus!

Für das sozialistische Kartell:
Horkenbach.

Für die Unabhängige sozialistische Partei:
Horkler.

Für das Kartell der freien Gewerkschaften:
S. Cremers.

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Bernh. Wülffels.

Für die Kommunistische Partei Deutschlands:
Ross.

Für den Allgem. Arbeiterverband:
H. Drewing.

Am 19. März 1920 beschlossen die Vertreter der örtlichen Arbeiterorganisationen, den Generalstreik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Am gleichen Tag rückten jedoch Verbände der "Roten Armee" in Duisburg ein und errichteten hier einen Hauptstapenort. Zwei Vertreter der äußersten Linken, Hubert Koch und Anton Wild, übernahmen die Macht in Duisburg. Die Stadtverwaltung wich nach Ruhrort aus, das von Belgien besetzt war.



Sanitätsfahrzeug der "Roten Ruhr Armee"

Am 2. April 1920 begann mit Billigung der Reichsregierung der Vormarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet, die den Arbeiteraufstand mit großer Brutalität niederschlug. Am 3. April 1920 marschierten unter starken Kämpfen Reichswehrtruppen auch in Duisburg ein. Die Auseinandersetzungen forderten 100 Tote.

Im Duisburger Süden war man glimpflicher davongekommen. Die Gemeinden am linken Niederrhein beteiligten sich zwar am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch, blieben aber von den nachfolgenden Geschehnissen weitgehend unberührt.

Die Ereignisse um die "Märzrevolution" im Ruhrgebiet wirkten sich bei den nachfolgenden Reichstagswahlen vom Juni 1920 für die MSPD vernichtend aus. In Duisburg rutschte sie auf 15,91 % der Stimmen ab, die USPD erhielt 17%, die KPD 8%. In Hamborn, wo die USPD nicht zur Wahl antrat, erhielt die KPD 27%, die MSPD nur 11% der Stimmen.

Bei dieser Wahl ging auf Reichsebene die Mehrheit für die Weimarer Koalition verloren. Die MSPD unterstützte jedoch die nun gebildete bürgerliche Minderheitsregierung, die aber schon im Mai 1921 am Reparationsproblem zerbrach. Aus außenpolitischen Gründen trat die MSPD erneut in die Regierung ein.

Dieser Schritt fand die volle Unterstützung des Ortsvereins Duisburg. Die verabschiedete Resolution hatte folgenden Wortlaut:

"Die am 19. 5. tagende Generalversammlung der SPD von Groß-Duisburg heißt den von der Fraktion des Reichs-

tages getanen Schritt des Eintritts in die Reichsregierung unter den erfolgten Umständen als im Interesse unseres Volkes für notwendig und geboten. Eine Verbreitung der Regierung nach rechts hin lehnt die Versammlung entschieden ab. Eine Umbildung der preußischen Regierung aufgrund der alten Koalition ist unter allen Umständen schnellstens zu erwirken."

Nach Abschluß des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch war die Arbeiterbewegung in die Defensive gedrängt worden. Ausdruck der angespannten innenpolitischen Lage waren die politischen Morde an demokratischen Politikern. Nach der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger riefen die Duisburger Arbeiterparteien zu Protestdemonstrationen auf. Am 31. August 1921 nachmittags um 5 Uhr demonstrierten 3000 bis 4000 Menschen auf dem Königplatz, eine Protestdemonstration, die von MSPD und USPD gemeinsam einberufen worden war. Justus Horchler (zu dieser Zeit noch USPD) und der Stadtverordnete Ernst Müller (MSPD) riefen in ihren Reden zur Verteidigung der demokratischen Regierungsform auf und forderten den Zusammenschluß aller sozialistischen Parteien. Noch mehr Menschen hatten sich in Hamborn zu einem Demonstrationzug, der gemeinsam von MSPD, USPD und KPD beschlossen worden war, versammelt. Es waren zwischen 10 000 und 12 000 Menschen, die, ange-

führt von Musikkapellen, durch die Straßen Hamborns zogen. Rote Fahnen und Fahnen in den Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold prägten das Bild. Viele Teilnehmer trugen Schilder mit den Aufschriften "Nieder mit den Meuchelmördern" und "Nieder mit der Reaktion". Als dann fast zehn Monate später 1922 der Reichsaußenminister Rathenau in Berlin ermordet wurde, ging ein Sturm der Entrüstung durch die Duisburger Bevölkerung. 50 000 Menschen strömten auf den Königplatz zusammen. Die sozialdemokratische Tageszeitung "Volksstimme" kommentierte:

"Eine solche Demonstration hat Duisburg noch nicht gesehen. Wohl der beste Beweis, daß das Maß der Geduld bei der Arbeiterschaft erschöpft ist".

Über den Ablauf der Kundgebung schrieb die "Volksstimme":

"Von vier Stellen des Platzes sprachen Redner aller sozialdemokratischen Parteien zu den Versammelten. Ihre Reden wurden oftmals von stürmischen Pfuirufen unterbrochen, die deutlich die Entrüstung zum Ausdruck brachten, die die Arbeiterschaft über die feigen Taten der Meuchelmörder von Rechts empfindet. Genosse Ernst Müller sprach von der Balustrade des Theaters aus, während Genosse Justus Horchler von der USPD vom Landgericht aus sprach. Der kommunistische Redner hatte bei der Tonhalle Aufstellung genommen.



Französische Truppenparade in Duisburg, 14. 7. 1922. Duisburg und Düsseldorf waren bereits am 8. 3. 1921 zur Sicherung der Reparationsleistungen besetzt worden.

Ebenfalls sprach ein Vertreter der Hirsch-Dunkerschen. Sämtliche Redner geißelten in scharfen Worten die Schandtaten, die in unverantwortlicher Weise von den Mitgliedern der Rechts-Parteien vorbereitet und gebilligt werden. Ihre Presse ist es besonders, die die Morde der letzten Zeit auf dem Gewissen hat (wenn sie überhaupt ein solches besitzt). Für jeden ehrlichen Republikaner kann es nur eins geben: "Hinaus mit diesen Schmutzblättern aus den Wohnungen und hinein mit den Blättern, die in Wort und Tat und, wenn es sein muß, mit Zähnen und Klauen die Republik verteidigen. Nachdem noch einmal die Internationale über den Platz gebraust war, fand die imposant begonnene Demonstration einen ebenso imposanten Abschluß" (28. 6. 1922).

Von einer ähnlich machtvollen Kundgebung wird aus Hamborn berichtet. Die von den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften für den 25. Juni 1922 einberufene Protestversammlung "erhebt auf das schärfste Protest gegen die Ermordung Rathenaus, gegen das immer frechere Auftreten hervorragender Kriegsverbrecher".

Der reaktionäre Anschlag auf die Republik des Jahres 1922 gab den letzten Anstoß zur Wiedervereinigung von MSPD und USPD. Nachdem sich im Dezember 1920 die Mehrheit der USPD-Mitglieder der noch schwachen KPD angeschlossen hatte, ging eineinhalb Jahre später, im Juni 1922, die restliche USPD schließlich auf das Angebot der MSPD

ein, sich mit ihr zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Im September des Jahres 1922 erfolgte der endgültige Zusammenschluß. Seit den Reichstagswahlen von 1920 hatte die USPD in Duisburg erhebliche Rückschläge hinnehmen müssen. Erzielte sie in Duisburg bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 noch 17% (18.445 Stimmen), sogar 1 Prozent mehr als die MSPD, so war der Stimmenanteil bei der Landtagswahl vom 20. Februar 1921 auf 8% gesunken. In Hamborn trat die USPD bei den Reichstagswahlen erst gar nicht an und bei den Landtagswahlen wählten sie nur 5% der Wähler. Sowohl in Duisburg als auch in Hamborn verzichtete die USPD bei allen Stadtverordnetenwahlen auf eine Kandidatur.

Kurz nach der Vereinigung mit der USPD trat die vereinigte SPD aus der Reichsregierung aus. Anlaß war die vom neuen Reichskanzler Wilhelm Kuno geplante Erweiterung seiner Regierung um die DVP, die von der SPD abgelehnt wurde.

Für die Organisationsentwicklung der SPD im Raum Duisburg waren diese Monate außerordentlich schwierig. Konnte der Parteisekretär Huschke auf einer Generalversammlung des Ortsvereins Duisburg im Mai 1922 in seinem Jahresbericht feststellen, daß die "Mitgliederbewegung als zufriedenstellend zu bezeichnen" ist, so mußte er doch bedauern, daß die Parteiarbeit aufgrund der "schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage" nicht einfach ge-

wesen sei. Wenig zufriedenstellend waren auch die Aktivitäten des Ortsvereins. Huschke forderte von den führenden Genossen mehr Initiative in den Gewerkschaften. Weiter kritisierte er, "daß es kaum gelungen sei, die über 18jährigen zur Parteiarbeit heranzuziehen."

Auch nach dem Zusammenschluß von MSPD und USPD änderte sich die Lage der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Duisburg, wie sie jetzt hieß, nicht merkbar. Die schwierige innenpolitische Situation blieb nicht ohne Auswirkung auf die lokale Parteiorganisation. Eine "gewisse Gleichgültigkeit" zeigte sich bei den Mitgliedern und Funktionären.

Mit dem Jahre 1923 trat die Weimarer Republik in die gefährlichste außen- und innenpolitische Krise ein, die sie bis dahin zu bestehen hatte. Den Anlaß lieferten die vom Deutschen Reich zu zahlenden Reparationsleistungen. Die Reparationssumme war nach langwierigen Verhandlungen 1921 von den Siegermächten auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt worden, zahlbar in 30 Jahren. Die Auseinandersetzung um erträgliche Zahlungsbedingungen und Sachlieferungen sowie zeitweiligen Zahlungsaufschub stand in den Jahren der Weimarer Republik im Vordergrund der außenpolitischen Verhandlungen und belastete auch die Innenpolitik schwer. Die Siegermächte hatten zeitweilig auf Barzahlung der Reparationen verzichtet. Stattdessen mußten Waren geliefert werden. Weil Deutschland mit einigen Lieferungen im Rückstand war, besetzten französische und belgische Truppen im Januar 1923 das Ruhrgebiet. Den Hintergrund bildete die französische Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland, die Deutschland dauerhaft schwächen wollte. Von daher wird verständlich, daß die Franzosen Separatistenbewegungen unterstützten, die auf eine Abtrennung des Rheinlandes vom Deutschen Reich abzielten.

Für die SPD gab es keinen Zweifel, daß dem "Fanzösischen Imperialismus... mit seinen belgischen Hilfstruppen" die Schuld an der kriegsähnlichen Aktion zufiel. In ganz Deutschland erhob sich ein Sturm der Entrüstung, der Parteien- und Klassengegensätze zunächst in den

Hintergrund treten ließ. In der Sondernummer zum 25jährigen Bestehen der "Volksstimme" im Jahre 1930 erinnerte sich der Redakteur Bernhard Fisch an das Jahr 1923:

"Das Unglücksjahr 1923 brach an. Anfang Januar rückten starke französische und belgische Truppenmassen in das Ruhrgebiet ein. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Duisburgs nahm sofort zu diesem neuen Gewaltakt Stellung und beschloß zum Zeichen des Einspruchs für Montag, 15. Januar, einen halbstündigen Proteststreik. Diesem Protest schlossen sich die politischen Parteien an. Die "Volksstimme" rief auf zu dieser Demonstration, die zur größten Wut der belgischen Gewalthaber ausgezeichnet klappte. Als um 11 Uhr die Sirenen der Fabriken das Signal gaben, stand alles wie auf einen Ruck."

Die Reichsregierung rief angesichts des Gewaltaktes im Ruhrgebiet zum "passiven Widerstand" in den besetzten Gebieten auf. Die Hamborner SPD verabschiedete am 7. Februar 1923 folgende EntschlieÙung zum passiven Widerstand:

"Die heutige Parteiversammlung erklärt sich bereit, den Abwehrkampf gegen den französischen imperialistischen Gewaltstoß mit allen Mitteln und Kräften zu führen. Sie protestiert gleichzeitig gegen die nationalistischen Treibereien, weil sie geeignet sind, den Abwehrkampf zu gefährden und zu schwächen. Sie fordert die Genossen in der Regierung auf, gegen diese gefährlichen Treibereien mit aller Schärfe vorzugehen."

Es blieb aber nicht bei gewaltfreien Aktionen. Gewalt und Terroraktionen im Ruhrgebiet waren an der Tagesordnung. Die Besatzer reagierten mit Ausgangssperren, Verhaftungen und Ausweisungen. Als erste Zeitung in Duisburg wurde die sozialdemokratische Tageszeitung "Volksstimme" von der Besatzungsmacht verboten, ihr Geschäftsführer Wilhelm Müller und der Redakteur Bernhard Fisch verhaftet. Wilhelm Müller wurde nach 24stündiger Haft wieder entlassen, Bernhard Fisch jedoch erhielt vom Aachener Kriegsgericht eine Geldstrafe von 100.000 Mark.

Mit mehreren EntschlieÙungen und

Aufrufen wandte sich die Duisburger SPD an die Reichsregierung und an die Bevölkerung. Sie wollte damit verhindern, daß die von den Franzosen und Belgiern geförderten Separatisten, die eine "Rheinische Republik" anstrebten, bei der Duisburger Bevölkerung Unterstützung fanden. In einer EntschlieÙung vom 15. 7. 1923 hieß es:

"Die deutsche Republik erlebt gegenwärtig eine ihrer schwersten Schicksalsstunden. Von innen und außen sind die Gefahren aufs Höchste gestiegen. Faschistische Elemente sind geheim und offen am Werk, die Republik zu stürzen, eine schwere Katastrophe herbeizuführen, dem französischen Militarismus eine willkommene Gelegenheit zum Eingreifen zu geben und weiter den Boden vorzubereiten für einen verhängnisvollen Bürgerkrieg. Französischer Imperialismus und Bestrebungen der Rheinischen Sonderbündler suchen Teile der deutschen Republik von dieser loszureißen; die durch Bedrückung und wirtschaftliche Not hervorgerufene Atmosphäre suchen sie zur Verwirklichung ihrer separatistischen Pläne auszunutzen. Dieser Situation gegenüber erklärt die Konferenz der Funktionäre des Unterbezirks Duisburg, Mülheim, Hamborn, Oberhausen der VSPD am 15. Juli:

"Allen Feinden der Deutschen Republik gilt unser Kampf. Allen Mordorganisationen, allen faschistischen Bomben, allen Herausforderern zum aktiven Widerstand und allen Saboteuren der Deutschen Republik rufen wir zu: Nieder mit Euch! Mit der gleichen Entschiedenheit und Entschlossenheit wenden wir uns gegen jede Sonderbestrebungen. Wir werden es nicht dulden, daß deutscher Grund und Boden vom Deutschen Reich getrennt und zur Rheinischen Republik vereinigt werden und damit die Rheinische Arbeiterschaft in ein neues fremdes Joch und wirtschaftliche Abhängigkeit geworfen werden. Das Rheinland war deutsch, ist deutsch und muß deutsch bleiben. Von der deutschen Regierung aber verlangen wir Aufgeben des bisherigen Stillschweigens gegenüber den maßlosen Angriffen auf die deutsche Republik, gegenüber den Provokationen nationalistischer Treibereien...

Wir verlangen von der deutschen Regierung klares und bestimmtes Entgentreten gegenüber allen Lösungsbe-

strebungen von der deutschen Republik."

Die Umtriebe der Separatisten führten auch in Duisburg Ende Oktober 1923 zur kurzfristigen Herrschaft einer Separatistengruppe, die chaotische Verhältnisse heraufbeschwor und sich nur kurze Zeit halten konnte.

Nicht nur die Separatisten bedrohten im Jahr 1923 den Bestand der Republik. Im Hamburg kam es zu blutigen Kämpfen zwischen Kommunisten und der Polizei; in Sachsen marschierte die Reichswehr ein und erzwang der Rücktritt kommunistischer Landesminister. In Bayern planten Rechtsradikale um Adolf Hitler einen Putsch und nach dem Vorbild italienischer Faschisten einen "Marsch" auf Berlin. Der Versuch brach jedoch im Feuer der Polizei zusammen. Die unhaltbar gewordene Lage im Reich, verschärft durch die galoppierende Inflation - Ende November 1923 kostete ein Liter Milch in Duisburg 225 Milliarden Mark -, führte zum Abbruch des "passiven Widerstandes" durch die Reichsregierung Stresemann, gestützt auf eine große Koalition unter Einschluß der SPD: in der Folgezeit konnte bei geänderten außenpolitischen Verhältnissen eine langsame Entspannungspolitik mit den Westmächten eingeleitet werden, die schließlich im August 1925 zur Räumung Duisburgs von den Besatzungstruppen führte.

Die Währungsreform im November 1923 schuf die Voraussetzungen zur Überwindung der wirtschaftlichen Notsituation, um den Preis einer Abwäl-



Fritz Lewerentz (1878 - 1945). Mitglied im preußischen Landtag für den Wahlkreis Düsseldorf-West, umgekommen im Konzentrationslager.

zung der Krisenlasten auf Arbeiterschaft und Mittelstand. Die Arbeitslosigkeit stieg rapide, der Lebensstandard für breite Bevölkerungsschichten war extrem niedrig. Die Ruhrwirtschaft, deren Entwicklung seit dem Weltkrieg trotz schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse gekennzeichnet war durch einen gewaltigen Konzentrations- und Modernisierungsprozeß und die zu den großen Gewinnern der Inflation gehörte, weil Verschuldungstitel in großem Ausmaß getilgt wurden, nutzte die Situation zur Abschaffung der größten Errungenschaft der Novemberrevolution, des Achtstundentages. Abwehrstreiks im Mai/Juni 1924, auch in Duisburg, blieben ohne Erfolg.

In dieser wirtschaftlichen Krisensituation, beeinflusst durch die Erinnerung an die innenpolitischen Kämpfe des Jahres 1923, fand der Reichstagswahlkampf im Frühjahr 1924 statt, der von den Duisburger und Hamborner Sozialdemokraten energisch geführt wurde. Mehrere große Wahlversammlungen wurden mit prominenten Rednern abgehalten. Der Reichstagsabgeordnete Sauerbrey aus Ohligs sprach im April im Bürgerhof in Hochfeld. Nach Hamborn kam am 28. April Fritz Lewerentz aus Krefeld und hielt vor vollem Haus eine zweistündige Wahlrede. Einige Tage vorher konnte der Reichstagspräsident Paul Löbe für eine Wahlversammlung gewonnen werden, die im überfüllten Saal der Börse abgehalten wurde. Den Abschluß und Höhepunkt der sozialdemokratischen Wahlagitatio bildete eine Versammlung in der Duisburger Tonhalle mit dem Spitzenkandidaten der SPD Otto Braun.

Bei unbeständigem kühlen Wetter fand am 4. Mai 1924 die Wahl statt. Die Wahlbeteiligung war deutlich geringer als bei der Reichstagswahl 1920, und das Ergebnis war wenig zufriedenstellend. In Duisburg rutschte die SPD um 1,62 Prozent auf 14,61 Prozent ab. Die

KPD hingegen konnte deutlich zulegen. Sie stieg in ihrem Stimmenanteil von 7,86 auf 22,86 Prozent. In Hamborn gewannen die Sozialdemokraten leicht hinzu. Sie kamen auf 11,18 Prozent. Die KPD in Hamborn erhielt dagegen 41,39 Prozent der Stimmen.

Wenige Wochen nach der glücklosen Wahl hielt die Partei auf einer Jahreshauptversammlung des Ortsvereins kritische Rückschau. Viele Diskussionsredner forderten eine Intensivierung der Organisationsarbeit. Die Mitgliederversammlungen sollten in Zukunft in regelmäßigen Abständen einberufen werden. Öffentliche Versammlungen sollten stärker als bisher die Verbindung zum Wähler herstellen und auch "Fernstehende für die Ideen der Partei" gewinnen. Darüberhinaus forderten alle Redner eine intensivere "Aufklärungsarbeit unter den Frauen", die bisher nicht in dem notwendigen Maße in die Partei einbezogen waren.

Im Sommer 1924 war die Innenpolitik geprägt durch die Auseinandersetzungen um den "Dawes-Plan". Nach diesem Reparationsplan, festgelegt unter Leitung des amerikanischen Finanzsachverständigen Dawes, sollte Deutschland für eine Übergangszeit jährlich zwischen 1 und 1,7 Milliarden Goldmark Reparationen zahlen, anschließend, aber auf zunächst unbestimmte Zeit, jährlich 2,5 Milliarden. Die harten Zahlungsbedingungen waren Anlaß zu heftiger Polemik nationalistischer Kräfte gegen die "Erfüllungspolitik".

Demgegenüber verfolgte der von Außenminister Stresemann geprägte außenpolitische Kurs das Ziel, durch eine Ausgleichspolitik und Annäherung an die Westmächte eine schrittweise Milderung der Friedensbedingungen zu erreichen. Im Reichstag hatte die SPD bei der Abstimmung um des Dawes-Plan eine Schlüsselrolle, denn



Otto Braun (1872 - 1955), Drucker und Redakteur, ab 1911 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und der Weimarer Nationalversammlung, ab 1920 preußischer Ministerpräsident, Reichstagswahlkandidat in Duisburg

die Zustimmung des Reichstages zu diesem Vertragswerk mußte mit qualifizierter Mehrheit erfolgen. Mit Hilfe der SPD-Fraktion erhielt am 29. August 1924 der Dawes-Plan ("Londoner Abkommen") im Reichstag die notwendige Mehrheit.

Wenige Tage vorher, am 22. August, hatte die Duisburger SPD mit einer Entschliebung die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in dieser Frage unterstützt:

"Die gutbesuchte Versammlung des Ortsvereins Duisburg der SPD sieht in der Annahme des Londoner Abkommens den einzigen Weg, von dem furchtbaren Druck, der das deutsche Volk und seine Wirtschaft, vor allem in den besetzten Gebieten, belastet, endlich befreit zu werden. Die Versammelten sind sich wohl bewußt, daß das Abkommen für die Bevölkerung schwere wirtschaftliche Lasten auf Jahrzehnte hinaus bedeutet, daß die Tragung dieser Lasten die Auf-

Flugblattverteilung für den gesamten Unterbezirk am Sonntag, den 13. April

Genossinnen und Genossen! Mehr noch als ein Duzend politische Parteien, Gruppen und Grüppchen, rennen in diesem Wahlkampf gegen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei an. Deshalb muß der Gegenstoß mit doppelter Kraft erfolgen. Schaffen wir Aufklärung! Beteiligt sich jeder an dieser wichtigen Parteiarbeit!

Auf in den Kampf! Es lebe die Tat!

Aufruf zur Flugblattverteilung ; Reichstagswahlkampf April 1924 (Vosti 10. 4. 1924)

wendung aller Kräfte erforderlich macht, aber andererseits wissen sie auch, daß diese Opfer Deutschland endlich die langentbehrten Freiheiten und Sicherungen bringen werden, die es zum Wiederaufbau und zur Gesundung seiner Wirtschaft und Kultur bedarf.

Wir, die wir in dem schwer heimgesuchten besetzten Gebiet wohnen, fordern von der Reichsregierung und dem Reichstag, daß sie sich ihrer Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volk bewußt sind und dem Abkommen zur Annahme verhelfen. Die Versammlung verlangt jedoch, daß die aus dem Vertrag entstehenden Lasten nach der Tragfähigkeit auf die einzelnen Bevölkerungsschichten umgelegt werden müssen."

Im Dezember 1924 wurden Reichstagsneuwahlen erforderlich. Ende Oktober 1924 legte eine Vorständekonferenz des Unterbezirks Duisburg, an der auch Otto Braun und Landtagsabgeordneter Wilhelm Schluchtmann teilnahmen, die Wahlkampfstrategie fest, "um den Wahlkampf, der wohl der schwerste werden wird, der je in Deutschland geführt und der die große Schicksalsfrage: ob Republik oder Monarchie entscheiden muß, zu einem für die Sozialdemokratie siegreichen Ende zu führen".

Hervorgehoben wurde von allen Konferenzteilnehmern, daß das Hauptaugenmerk diesmal auf die "Kleinagitation, auf die Werbung von Mund zu Mund gelegt werden müsse. Auch der Schleppepdienst am Wahltag müsse intensiv aufgenommen werden."

Eine eigens einberufene außerordentliche Unterbezirkskonferenz in Mülheim im November 1924 kann als Auftakt zu einem Wahlkampf gesehen werden, in den die Duisburger Sozialdemokraten mit großem Optimismus gingen. Landtagsabgeordneter Wilhelm Schluchtmann führte aus:

"Unsere Partei kann mit Siegesgewißheit in den Kampf ziehen. Ihre Arbeit für das Wohl der Deutschen Republik, insbesondere auch für die Interessen des arbeitenden Volkes, findet immer mehr Anerkennung und wird sich bei diesem Wahlkampf in dem steigenden Vertrauen der Wählerschaft auswirken. Der Wahlkampf selbst muß angesichts seiner großen Bedeutung und der Rücksichtslosigkeit, die von rechts stehenden Parteien schon angekündigt worden ist,

mit größter Schärfe geführt werden. In den Reihen unserer Parteigenossen ist ein starker Kämpferwille lebendig. Ihn richtig einzusetzen, ist Aufgabe der Organisationsleitungen, die nichts unterlassen dürfen, um eine gute Wahltechnik zu schaffen. Deshalb auf in den Kampf!"

Die Reichstagswahl am 7. 12. 1924 brachte für die SPD mit einem Stimmenanteil von 21,79 Prozent in Duisburg und 19,63 in Hamborn, (der hauptsächlich zu Lasten der auf 12,74 bzw. 27,25 Prozent zurückfallenden KPD ging) eine Festigung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiterschaft, auch wenn die Partei in Duisburg ihr Reichsergebnis vom 26 Prozent (KPD 9 Prozent) nicht erzielen konnte.

In einer gut besuchten Jahreshauptversammlung, die Mitte Januar 1925 im Gewerkschaftshaus in Duisburg stattfand, kennzeichnete der Parteivorsitzende Wilhelm Hohmann die politische Arbeit des vergangenen Jahres:

"Das Jahr 1924 sei ein Kampffahr

gewesen, mußte doch zweimal zum Reichstag gewählt werden... Die Wahlen hätten gezeigt, daß man feste zusammen stehen könne. Man habe ein Recht, stolz zu sein auf alle Mitstreiter bei den vergangenen Wahlkämpfen. Und wenn es für einen Sozialisten auch eine selbstverständliche Pflicht sei, zu kämpfen, wenn er gerufen würde, so müsse man doch anerkennen, daß der Wahlaparat die höchste Leistungsfähigkeit gezeigt habe. Agitation und Propaganda seien ebenfalls auf voller Höhe gewesen, eine solche Partei könne nur siegen! Sie könne nie untergehen!"

Hohmann sagte weiter, daß es "unsere Aufgabe sei, die Wählermassen, die sozialdemokratisch gewählt hätten, zu Sozialdemokraten zu machen. Die Organisation sei natürlich Vorbedingung für alle Arbeit, die ... für eine große Idee geleistet werde. Eine schlagfertige Organisation müsse geschaffen und ausgebaut werden."

Er schloß mit der Aufforderung, "mit

Diese Stimme
bildet die Bürgerschaft
gegen Sozialdemokratie
neue Kriegsgefahr
und weitere Verelendung!

Wahlkampfaufruf 1924



Wahlhelfer im Distrikt Hochfeld

aller Kraft tätig zu sein, um unsere Reihen zu stärken.“ (Volksstimme 19. 1. 1925).

Mit dem frühen Tod des Reichspräsidenten Friederich Ebert am 28. Februar 1925 ging der SPD ein entscheidender Machtfaktor auf nationaler Ebene verloren. Eberts letzte Amtsjahre hatten im Schatten von Auseinandersetzungen mit seiner eigenen Partei, die ihn für zu rechts hielt, und vor allem im Schatten einer von Rechtskräften betriebenen Verleumdungskampagne gestanden.

Zur erforderlichen Neuwahl des Staatsoberhauptes kandidierten Otto Braun (SPD), Marx (Zentrum), Helpach (DDP), der Duisburger Oberbürgermeister Jarres (DVP), Thälmann (KPD), Ludendorff (NSDAP) und Held (BVP).

Über den Auftakt der Reichspräsidentenwahl in Hamborn liegt der Bericht von einer Ortsvereinsversammlung aus dem Hamborner Ratskeller vor:

“In der am Montag, 16. März, stattgefundenen Ortsvereinsversammlung sprach Genosse Ernst Müller, Duisburg, über die Wahl des Reichspräsidenten. In leicht verständlicher Weise zeichnete der Referent ein Bild von den innen- und außenpolitischen Verhältnissen, unter denen diese für die Arbeiterschaft so äußerst wichtige Wahl stattfindet. Innenpolitisch ständen wir durch die verschiedensten Skandale und Prozesse nicht allzu günstig... Außenpolitisch stehen wir günstiger, führte Genosse Müller weiter aus. Heute tut die Reichsregie-

rung das, was wir Sozialisten seit Jahren gefordert haben...

Redner bespricht dann die Verfassung, die er mit denen der Republiken Amerikas, Frankreichs und Rußlands vergleicht, und stellt fest, daß, abgesehen von Rußland, wo überhaupt nicht gewählt wird, in keiner anderen Republik der Präsident direkt vom Volke gewählt wird, wie in Deutschland. Nachdem der Redner sich über die Rechte des Reichspräsidenten geäußert hat, sagt er, daß wir zunächst zu fragen haben, wer und was ist der Mann, den wir als Kandidat dem Volke vorschlagen. Auf der einen Seite stehe der Mann des Kapitals Dr. Jarres, auf der anderen Seite der Mann der Arbeit, Genosse Otto Braun.

Es wäre vielleicht besser gewesen, die Republikaner hätten sich gleich im ersten Wahlgange auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt. Hätte das Zentrum Dr. Wirt vorgeschlagen, wäre es zweifellos zu einer Einigung gekommen, weil Dr. Wirt auch bei der Arbeiterschaft großes Vertrauen genieße, Dr. Jarres sei der Platzhalter der Monarchie, hinter dem sich alle Gegner der Republik sammeln. Es müsse alles getan werden, um die Wahl Dr. Jarres zu verhindern“. (Volksstimme 18. 3. 1925).

Im ersten Wahlgang am 29. März 1925 erhielt keiner der 7 aufgestellten Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit. Als SPD-Kandidat konnte Otto Braun ansehnliche 29 Prozent erzielen (Karl Jarres erhielt 38,8 Prozent der Stimmen im Reich). In Duisburg wählten Braun 27 987, in Hamborn 10 458 Wähler.

Im zweiten Wahlgang, der auf den 26. April 1925 anberaumt worden war, standen sich Marx (für die demokratische Mitte), Hindenburg (für die Rechte) und Thälmann (für die KPD) gegenüber. Hindenburg siegte knapp über Marx.

Die folgenden Jahre bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 verliefen keineswegs ruhig für die Duisburger Sozialdemokraten. Der von beiden Arbeiterparteien in die Wege geleitete Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fand in weiten Kreisen der Bevölkerung Unterstützung. Nachdem in den Jahren 1924 bis 1928 teils Regierungen der bürgerlichen Mittelparteien, teils nach rechts orientierte Kabinette die Politik bestimmt hatten, bestand nach der Wahl vom 20. Mai 1928 eine Möglichkeit, die Republik mit einer großen Koalition zu regieren.

Wenige Tage vor dem Wahltermin hatte die Partei ihre Mitgliedschaft mobilisiert. Die “Volksstimme” vom 18. April 1928 veröffentlichte den Bericht einer stark besuchten Hamborner Mitgliederversammlung der SPD:

“Hierauf hielt Genosse Kolb Düsseldorf ein längeres Referat über die Bedeutung der kommenden Wahlen. Er wies u.a. darauf hin, daß außer in Deutschland auch in anderen parlamentarisch regierten Ländern wie z. B. Frankreich, Belgien und England in diesem Jahre Wahlen stattfänden und daß sehr wohl der Wahlerfolg in dem einen Lande der Schrittmacher zum Erfolge in den anderen Ländern sein könne. In außenpolitischer Hinsicht gelte es den vollen Sieg der Demokratie zu erringen, denn nur diese könne Weltfrieden, Gerechtigkeit und Verständigung der Völker untereinander bringen. Von Ebert bis zum heutigen Tage habe die sozialdemokratische Partei in dem Sinne der Völkerversöhnung gewirkt, und daher müsse jeder einzelne Parteigenosse in dieser kommenden Wahl seine ganze Kraft in den Wahlkampf stellen. In innenpolitischer Beziehung sei dafür Sorge zu tragen, daß Preußen der starke Hort und staatspolitische Rettungsanker bleibe und den Genossen Sewering, Braun und Grzesinski sei durch aktive Wahlarbeit und Erfolg der Dank dafür abzustatten, daß sie aus dem reaktionärsten Landesstaat den festen

Stützpunkt der Republik geschaffen hätten. Weiterhin sei in innenpolitischer Beziehung die Schaffung eines Einheitsstaates zu erreichen, es sei Unsinn, neben Preußen mit zweidrittel Einwohnern des Reiches noch siebzehn kleine Staaten ihr Scheindasein fristen und die eigentliche Macht dem Reich vorenthalten. Bei einem entscheidenden Linkskurs sei diese programmatische Einstellung der Parteien auch in staatspolitischer Beziehung ein wichtiger und großer Fortschritt.

Zum Reichsschulgesetz sei zu bemerken, daß dem Staat die gebührende Aufsicht zukomme, und müßten ihre öffentlichen Interessen vorausgestellt werden. Die Lösung sei daher: "Die Schule dem Staate und der Staat dem Volke". Ein weiterer Ausbau der Wirtschafts- und Sozialpolitik sei mit eines der wichtigsten innenpolitischen Probleme. Die Sozialdemokratie verlange die soziale Volksrepublik, keine Geschenke von Kapitalgnaden, sondern Rechte. Unser Sozialismus ist das Glaubensbekenntnis eines großen Volkes, das aufgebrochen ist, sich ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Die Fundamente seien gelegt, es gelte nun, das Haus auszustatten. Unser sei die Zukunft, darum kämpfen wir für die Gegenwart. Die klaren Ausführungen fanden den vollen Beifall aller Versammelten."

Die enorme Wahlarbeit hatte sich für die Duisburger Sozialdemokraten gelohnt. Sie erreichten ihr bestes Ergebnis seit 1919. Mit 29,8 Prozent aller Stimmen erzielte die SPD im Reich einen beachtlichen Zuwachs, obgleich die KPD ebenfalls Gewinne verbuchte und 10,6 Prozent der Wähler auf sich vereinigte. In Duisburg wählten 24,9% der Wähler die SPD, 16,7% die KPD, in Hamborn allerdings nur 19,86% die SPD (gegenüber 19,63% im Jahre 1924). Die KPD lag hier aber immer noch mit 36,22% (minus 5%) deutlich vor der SPD.

Eine Neuauflage der Weimarer Koalition war nach dem Wahlergebnis ebensowenig möglich wie ein bürgerlich-rechter Mehrheitsblock. Als einzige Möglichkeit blieb die Bildung der großen Koalition mit SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller. Das Kabinett Müller wurde mit einer Amts-

dauer vom 28. Juni 1928 bis zum 27. März 1930 die langlebigste aller Regierungen der Weimarer Republik. Am Ende ist sie aber dennoch an den innenpolitischen Aufgaben, die sich ihr stellten, gescheitert.

Besonders heikel verliefen die Vorgänge um das Gesetz zum Bau eines Panzerkreuzers. Während des Wahlkampfes war die SPD mit der populären Forderung aufgetreten, die Rüstungsgelder zugunsten sozialer Maßnahmen zu kürzen. Nun aber, in der Regierungsverantwortung, mußte die SPD zusammen mit den Koalitionspartnern, die den Panzerkreuzerbau befürworteten, einen entsprechenden Antrag einbringen. Unter den Parteimitgliedern erhob sich ein Proteststurm. Mit Eingaben versuchte die Parteibasis, den Kreuzerbau zu verhindern, wie die folgende Resolution aus dem Ortsverein Hamborn zeigt:

"Die Mitglieder des Ortsvereins Hamborn sind nach wie vor der Meinung, daß der Bau von Kriegsschiffen jeder Art aus finanziellen, moralischen und staatspolitischen Gründen unsinnig ist und daß es Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sein muß, die Verschleuderung von Staatsmitteln für diesen Zweck zu verhindern. Sie bedauert es, daß die parteigenössischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, diesen Standpunkt bei der Durchführung des Reichstagsbeschlusses für den Bau des

Panzerkreuzers zur Geltung zu bringen. Wegen dieses Vorganges die sozialdemokratischen Minister aus der Regierung zu ziehen, halten (wir) für falsch, weil damit der Wille der Wählermassen, die bei ihrer Stimmabgabe in erster Linie eine stabile Regierung mit sozialdemokratischer Führung wollten, ins Gegenteil umgebogen würde. (Wir fordern) vom Parteiausschuß die Einberufung eines Parteitages, damit im vollen Umfange die Stellung der Partei zur Wehrfrage festgelegt und klargestellt wird, welche Möglichkeiten noch gegeben sind, eine weitere Fortführung des Panzerkreuzerbaues zu verhindern."

Am 16. November 1928 genehmigte der Reichstag aber dennoch diese Vorlage gegen die Stimmen der KPD, der SPD und der SPD-Minister, die sich der Fraktionsdisziplin beugten.

Im Herbst 1929 setzte die große Weltwirtschaftskrise ein, die, von New York ausgehend, Europa ergriff und Deutschland am schwersten traf. Die Stadt Duisburg war wegen ihrer großindustriellen Struktur - Stahlindustrie und Kohlebergbau - von der auf Deutschland hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise besonders schwer betroffen. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs in Duisburg stärker an als in anderen Großstädten.



Fahrradgruppe im Hamborner Wahlkampf 1928

Im Februar 1933 mußten 44 Prozent der Bevölkerung Erwerbslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung beziehen. Klein- und Mittelbetriebe gingen in Konkurs, zahlreiche Großbetriebe mußten geschlossen werden oder schränkten die Produktion ein. Der schlimmste Schlag für Duisburg war die schrittweise Stilllegung der Hütte Ruhrort-Meiderich. Etwa 8.600 Arbeitnehmer verloren ihren Arbeitsplatz. Aber auch die August-Thyssen-Hütte und die Zechen im Duisburger Norden mußten Entlassungen vornehmen, ebenso die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen.

Nie gekannte Massenarmut, nie gekanntes Masseneleid waren die Folgen. Angesichts der Hoffnungslosigkeit breiter Bevölkerungskreise fanden radikale Parteien mehr und mehr Anhänger: Die Weimarer Republik destabilisierte sich.

Im März 1930 stürzte das Kabinett der großen Koalition unter dem Reichskanzler Müller über der Frage einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die wegen der ansteigenden Arbeitslosenzahlen notwendig geworden war. Eine parlamentarische Regierungsbildung erwies sich wegen der Parteidifferenzen als unmöglich.

Reichspräsident Hindenburg ernannte am 29. März 1930 den Zentrumspolitiker Brüning zum Reichskanzler, der seine rigorose Sparpolitik zur Bewältigung der

Wirtschaftskrise auf den Notverordnungsparagrafen 48 der Weimarer Reichsverfassung stützte.

Das Kabinett Brüning wurde zunächst von einer Mehrheit der Reichstagsabgeordneten, auch der SPD, toleriert. Jedoch stimmte am 16. Juli 1930 die Reichstagsmehrheit gegen das rigorose Sparprogramm Brünings zur Reform der Staatsfinanzen, die SPD, weil keine Verringerung der Rüstungsausgaben vorgesehen war. Der Reichskanzler setzte daraufhin den Staatshaushalt 1931 mit Hilfe einer Notverordnung in Kraft. Trotzdem verlangte zwei Tage später die Reichstagsmehrheit die Aufhebung dieser Notverordnung. Die Antwort Brünings war die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung von Neuwahlen für den 14. September 1930.

Am 10. August 1930 eröffnete der Unterbezirk Duisburg-Wesel im Gewerkschaftshaus in Duisburg seinen Wahlparteitag unter dem Motto *„Diktatur oder Demokratie? - Das ist hier die Frage“*.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung formulierte der Unterbezirksparteitag seine politischen Forderungen:

„Die letzten parlamentarischen Kämpfe vor der Auflösung des Reichstages haben bewiesen, daß im Laufe der letzten Jahre die Klassegegensätze in der Deutschen Republik immer schärfer und schroffer geworden sind. Der Bürgerblock, die Einheitsfront, hat bei den letzten parlamentarischen Kämpfen des alten Reichstages bewiesen, daß die Bürgerlichen Parteien nur so lange für die Demokratie sind, so lange sie mit Hilfe der Demokratie herrschen und ihre Absichten durchsetzen können. In der Stunde der Gefahr um die Erhaltung der Demokratie steht die Sozialdemokratische Partei allein und ohne Bundesgenossen.

Die klare Scheidung zwischen Kapital und Arbeit ist in der letzten Zeit besonders zum Durchbruch gekommen. Aus diesen Gründen stellt der Unterbezirksparteitag des Unterbezirks Duisburg-Wesel folgende Mindestforderungen für kommende Verhandlungen über die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung auf:

1. Die Notverordnungen der Regierung Brüning sind aufzuheben.

2. Bedingungslose Zusicherung der bisherigen Sozialleistungen unter sofortiger Inangriffnahme der Ausarbeitung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes.

3. Bevorzugte Heranziehung der Besitzenden zur Sanierung der Finanzen: Offenlegung der Steuerlisten.

4. Aufhebung der Sonderbesteuerung der Konsumvereine.

5. Abbau der hohen Gehälter und Kürzung der Pensionen entsprechend den Beschlüssen der SPD-Reichstagsfraktion.

6. Kürzung des Wehretats um mindestens 200 Millionen.“

Als Spitzenkandidat für den Reichstag war für den Unterbezirk zunächst Otto Braun vorgeschlagen worden, der aber von seiner Kandidatur zurücktrat, weil er einen Wahlkreis in seiner Heimatprovinz zu vertreten hatte. Neuer Spitzenkandidat der Sozialdemokraten wurde Landesrat Paul Gerlach aus Düsseldorf.

Als Beispiel für den energischen Wahlkampf der SPD sei der Bericht über eine Demonstration in Hamborn am 8. September 1930 wiedergegeben:

„Eine Kundgebung, wie sie Hamborn lange nicht mehr gesehen hatte, veranstalteten am Sonntag vormittag SPD und Freie Gewerkschaften. Schon um 9 Uhr vormittags sammelten sich in den einzelnen Bezirken die Teilnehmer, um an diesem letzten Sonntag vor der Wahl noch einmal mit aller Deutlichkeit zu zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei mit berechtigtem Siegeswillen in den Wahlkampf zieht. Den imposanten Zug eröffneten Radfahrer, denen die Arbeiterjugend in kleidsamer Tracht folgte. Die Mitte des Zuges führten die überaus zahlreich erschienenen sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsbanners. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Mitglieder des freiorganisierten Berg- und Metallarbeiterverbandes, die Distriktmitglieder des Ortsverbandes Duisburg-Hamborn verstärkten ansehnlich den imposanten Zug, und namentlich die große Anzahl von Frauen bewies, daß auch die Frau, deren Gleichberechtigung ein wichtiger Programmpunkt der Partei ist, Schulter an Schulter mit den Klassengenossen für die Rechte der Arbeiterschaft kämpfen wird. Durch Schmidthorst, durch Alt-Hamborn, durch Bruckhausen und



Paul Gerlach, geb. 1888, Schriftsetzer, dann Redakteur, Vorsitzender der SPD für den Bezirk Niederrhein, Gauführer des Reichsbanners, Gau Rheinland, Reichstagsmitglied seit 1928, Duisburger Reichstagskandidat ab 1930

Sonntag vormittag 10.30 Uhr, veranstalten die Partei und Gewerkschaften in der Tonhalle, Duisburg eine große

Wahl-Kundgebung

Es spricht unser Spitzenkandidat Gerlach. Genossen! Gewerkschaftler! Rüstet!

Gegen Massenelend und
Bürgerblock-Diktatur!
Für den Aufstieg der Arbeiterklasse!

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Samstag, 30. August:

Düsseldorf, abends 7,30 Uhr, im Lokal Luft in Hiesfeld. Redner: Provinziallandtagsabgeordneter Albers, Oberhausen.
Essen, abends 8 Uhr im Saal Wilbrandt. Redner: Landtagsabgeordneter Verbe, Düsseldorf.

Sonntag, 31. August:

Duisburg, vormittags 10,30 Uhr, in der Städtischen Tonhalle. Redner: Reichstagsabgeordneter Gerlach.
Hamborn, vormittags 10 Uhr im Lokal Kaspers, Johannismarkt. Redner: Frau Abgeordnete Wolff, Bocholt.
Oberhausen, vormittags 10,30 Uhr im Lokal Hücher, Marktstraße. Redner: Weimann, Essen.
Stierkrade-Nord, vormittags 11 Uhr im Viktoriaaal (Lentz). Redner: Stadtverordneter Schuy, Oberhausen.
Stierkrade-Süd, vormittags 10,30 Uhr im Lokal John. Redner: Heinz, Westheim, Oberhausen.
Walsum, nachmittags 4 Uhr im Lokal Abel, Rheinstraße. Rednerin: Frau Abgeordnete Wolff, Bocholt.
Spellen, vormittags 11 Uhr im Lokal Sell. Redner: Schulrat Wöhlf, Dinslaken.
Nees, abends 7 Uhr im Lokal Kaspers. Redner: Abgeordneter Kallig, Ettlin.

Genossen! Sorgt für Massenbesuch!
Erscheint selbst reiflos!

Achtung! Wo ruft die Pflicht?

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Samstag, 30. August:

Hamborn, abends 7,30 Uhr, bei Wilmschen (Bismarckplatz). Es spricht Reichstagsabgeordneter Vore Hagen, Düsseldorf.

Sonntag, 31. August:

Hiers, vormittags 10 Uhr bei Feier. Es spricht Jülich-Düsseldorf.
Boerl, abends 7 Uhr bei Haas. Es spricht Landtagsabgeordneter Obermeyer, Essen.
Boerl, vormittags 11 Uhr im Lokal Kass. Es spricht Jäder, Düsseldorf.

Frauen und Männer, Jungwähler, erscheint in Massen!
Großes steht auf dem Spiel!

Bereine und Versammlungen

Zentralverband der Arbeitssoliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Mahrort.

Montag, 1. September, 1930 Uhr, findet in Duisburg-Kuhrort bei Gastwirt Max Schmidt, Harmoniestraße 20, vierte Mitgliederversammlung statt. Das persönliche Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht.

Briefkasten der Redaktion.

Francis. Sie haben in diesem Falle zunächst einmal die Erlaubnis der zuständigen Heimatsbehörde (Regierung) zum Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit nötig. Zur Klärung der übrigen Fragen empfehlen wir Ihnen, sich direkt mit dem Konsulat, Düsseldorf, Grenzstraße 18, in Verbindung zu setzen.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Auf zur Wahlkundgebung der SPD.

am Sonntag, 31. August, in der Tonhalle und am Rheinpark

Es geht in diesem Wahlkampf um die wichtigsten Lebensinteressen der arbeitenden Klasse! Es gilt den Kampf gegen die Sozialreaktion!

Gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung!
Gegen die Schandtat der Brüning-Regierung in der Rentenversicherung!
Gegen die Steuerdiktatur! Für sozialen Fortschritt!
Gegen den Faschismus, die gefährlichste Subjekt des Kapitalismus!
Gegen das Strömland der Straße!
Für Freiheit und Menschenrechte!

Tretet zu an den Sammelstellen: Neudorfer Markt, morgens 9,30 Uhr; Hoffelder Markt, morgens 9,30 Uhr; für rechts der Ruhr am Rinderplatz in Ruhrort, morgens 9,15 Uhr.

Zeigt, daß wir Gewerkschafter eine Macht bilden, wenn es der Kampf gilt für Recht am Leben!

Auf zum Kampf! Auf für unsere Sache!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)
Kreisverband Duisburg-Hamborn
Allgemeiner freier Angestelltenbund (FAO)
Kreisverband Duisburg
Allgemeiner Deutscher Frauenbund (ADF)
Kreisverband Duisburg

Am 14. September ist Reichstagswahl.

Alle Binnenschiffer, die sich am Wahltage voraussichtlich auf Fahrt befinden, besorgen sich bei ihrer Heimatsbehörde einen Stimmschein, mit dem sie in jedem beliebigen Wahllokal ihr Wahlrecht ausüben können.
Jede Stimme gehört der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Liste I.

Aufruf zu Wahlkampfveranstaltungen der SPD, August 1930 (Neueste Nachrichten 29. 8. 1930)

Marxloh bewegte sich der lange, mit roten Fahnen und Transparenten reich ausgeschmückte Demonstrationzug, und überall eilten, angelockt durch die Klänge der drei im Zuge marschierenden Musikkapellen, die Zuschauer in Massen herbei... Bewunderung und auch Erstaunen erregte die Diszipliniertheit des Zuges...

In voller Ordnung gelangte der Zug gegen 12 Uhr auf dem Johannismarkt an. Hier angekommen, marschierte zunächst die Arbeiterjugend unter den Klängen der Internationale auf. Ein wichtiger Sprecher hielt über den Platz. Sonnenglanz umspielte das alte Kampfzeichen der Partei, die roten Fahnen. Dann richtete

nach einem Liede des Volkschores Rodenstock noch einmal die Mahnung an die lautlos verharrende Menge, alles daran zu setzen, um am 14. September den Sieg für die Demokratie, die Liste eins, zu erringen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die völkerbefreiende internationale Sozialdemokratie fand die machtvolle Kundgebung ihr Ende."

Der energisch geführte Wahlkampf brachte aber den Duisburger Sozialdemokraten nicht den gewünschten Erfolg. In der seit 1929 vereinigten Stadt Duisburg Hamborn bekam sie 34.459 Stimmen (15 Prozent), 8.884 Stimmen

weniger als bei der letzten Wahl. Die KPD erzielte dagegen 25,15 Prozent. Bei allen demokratischen Kräften mußte aber das Abschneiden der Nationalsozialisten Entsetzen auslösen. Fast auf Anhieb erreichten sie in Duisburg einen Stimmenanteil von 17,98 Prozent. 41157 Duisburger hatten dieser Partei ihre Stimme gegeben.

Im Reichstag stieg die NSDAP von 12 auf 107 Sitze an.

Es war ihr gelungen, bisher abseits stehende Wählerschichten für sich zu mobilisieren.

Zu einer kritischen Aufarbeitung des Wahlergebnisses traf sich im Dezember 1930 der SPD-Unterbezirksvorstand mit

Vertretern der Gewerkschaften und der Kultur- und Sportkartelle in Duisburg:

“Der Wahlausgang des 11. September hat uns Sozialisten und Gewerkschaften gelehrt, daß wir eine größere Aktivität unseren Gegnern, den Nationalsozialisten und Kommunisten gegenüber, zu entfalten haben. Aus diesem Gedankengang heraus befaßte sich eine Tagung des Unterbezirksvorstandes mit Angestellten der freien Gewerkschaften, den Vorsitzenden des ADGBs, der AFA, des ADB und der größeren Gewerkschaften sowie der Kultur und Sportkartelle mit Maßnahmen, die in Zukunft zu ergreifen sind.

Einleitend (wurde betont)...., daß es erforderlich sei, in der Abwehr gegenüber den Nazis und Kurzis in engster Verbin-

dung mit Partei und Gewerkschaften zu handeln.

Nach einer ausgiebigen Aussprache... wurden folgende Richtlinien von Vorsitzenden der Tagung, Genosse Albertz, Oberhausen, zur Annahme empfohlen:

1. Erforderlich sei ein ständiges Zusammenarbeiten von Partei, Gewerkschaften und verwandten Organisationen - und zwar nicht nur in der Zeit kurz vor den Wahlen -. Ferner ist erforderlich die Bildung von örtlichen Arbeitsausschüssen;

2. Eine systematische Erfassung und Beeinflussung der Erwerbslosen;

3. Ist weiter erforderlich, Aufklärung unter den Mitgliedschaften von Partei und Gewerkschaften und verwandten Organisationen durch beherrschende Vorträge zu schaffen;

4. Öffentliche Versammlungen abzuhalten und Aufzüge und Demonstrationen zu veranstalten;

5. Es muß durch gegenseitige Verständigung vermieden werden, daß durch Doppelveranstaltungen Störungen eintreten;

6. Es ist eine Stärkung der Partei, Gewerkschaften und der verwandten Organisationen erforderlich;

7. Es ist ferner unbedingt erforderlich: Stärkung und Ausbau der Sozialdemokratischen Tagespresse.

Die Anwesenden nahmen diese Richtlinien einstimmig an... Insgesamt wurden aber alle Anwesenden von der Notwendigkeit beherrscht, gerade aus kritischer Situation heraus den Mut zu schöpfen, den Kampf einheitlich gegen alle Gegner zu führen.”

(Neueste Nachrichten 10. 12. 1930)

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e. V.
Ortsgruppe Homberg (Oau Düsseldorf)

Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. Juni 1925

Großer republikanischer Tag und Bannerweihe

PROGRAMM:

Samstag, abends 7—8 Uhr:

Empfang der auswärtigen Vereine. 9 Uhr: Ansetzen zum Fackelzug (Marktplatz Hochheide). Nach dem Fackelzug: Kameradschaftliches Beisammensein in den Festlokalen.

Sonntag, morg. 6 1/2 Uhr: Wecken

8 Uhr: Empfang der ankomm. Vereine. 9 1/2 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Ehrenfriedhof. 10 1/2—11 1/2 Uhr: Konzert, auf dem Bismarckpl. 12—1 1/2 Uhr: Gemeins. Mittagessen.

Nachmittags 2 Uhr: Ansetzen zum Festzug auf dem Marktplatz Hochheide. 2 1/2 Uhr Abmarsch zum Dismarckplatz, dort

Postrede und Bannerweihe

(Preis: Singervereinigung: „Weibellied“ u. „Tord Polson“ von Uthmann. Kapelle: Reichsbannerlied unter Leitung der Anwesenden).

Anschließend Umzug durch die Stadt mit republikan. Fahnen und Musik.

Die Bürgerschaft wird ersucht, die Häuser zu schmücken und in Reichsfarben zu flaggen.

Abendprogramm im Saale des Herrn Daniels. Mitwirkende:

Kapelle des Reichsbanners; Freie Sängervereinigung, Homberg; Herr Konzertsänger Abelmann. Am Flügel: Herr Musikdirektor Hugo Ligges.

Während der Veranstaltung bleiben die Saaltüren geschlossen.

Nachfolgend **BALL.**

Im Saale des Herrn Stöffken ab 8 Uhr

BALL.

Montag, nachm. 5 Uhr, Kaffeekränzchen, bei Daniels. Die Karten sind auf 50 Pfg. herabgesetzt. Karten sind bei den Kameraden und beim Festwirt zu haben. Kaffeeklappen sind mitzubringen.

Seit Mitte 1930 spitzte sich die Weltwirtschaftskrise in Deutschland dramatisch zu. Die politischen Auseinandersetzungen radikalisierten sich zunehmend. Auch die Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD nahmen an Schärfe zu. Die SPD bekämpfte NSDAP und KPD in gleicher Weise als Feinde der Republik. Die KPD agitierte vor allem gegen die SPD und bezeichnete deren Führer als „Sozialfaschisten“, die noch gefährlicher als die Nationalsozialisten seien. Gelegentlich kam es sogar zu einem Zusammengehen zwischen KPD und NSDAP: So versuchten sie 1932, den in Preußen an der Spitze einer „Weimarer Koalition“ stehenden Ministerpräsidenten Otto Braun durch einen „braun-roten Volksentscheid“ zu stürzen.

Die politischen Auseinandersetzungen wurden zunehmend gewaltsam ausgetragen. Die Militarisierung des öffentlichen Lebens schlug sich in Saalschlachten und Straßenkämpfen nieder.

Als Gegengewicht gegen die in Rechtskreisen existierenden paramilitärischen Verbände war bereits am 22. Februar 1924 in Magdeburg unter der Leitung von Otto Hörsing das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet worden. Die SPD und die Gewerkschaften, aber auch Teile des Zentrums mit der Deutschen Demokratischen Partei, unterstützten die neue Organisation. Die SPD blieb

aber bis zum Ende der Republik die bestimmende Kraft und die Arbeiterschaft das soziale Rückgrat des Verbandes. Nach 1926 begann die eigentliche Aufwärtsentwicklung des Verbandes, der seinen Höhepunkt 1931 mit der Gründung der Eisernen Front unter Karl Höltermann erreichte.

In Duisburg wurde das Reichsbanner 1924 gegründet. Die Gründungsver-sammlung fand am 13. Oktober 1924 im Gewerkschaftshaus an der Beeckstraße 61 statt. Von den zahlreich erschienenen Mitgliedern der drei Parteien, Zentrum, Demokraten und SPD, erläuterte der Vorsitzende des vorläufigen Arbeits-ausschusses, der Stadtverordnete Kurt Müller, die Ziele des Kampfbundes. Wenige Wochen vorher, im September 1924, war, ebenfalls unter Beteiligung der drei Parteien, die Gründung des Reichsbanners in Hamborn erfolgt. Den Vorsitz übernahm Zimmermann vom Zentrum. Die Kassengeschäfte führte Döring von der SPD. Bei der Neuwahl des Vorstandes am 25. Januar 1925



Reichsbannerkameradschaft Wanheimerort 1931

übernahm Weyand von der SPD den Vorsitz. Der Vorstand der Ortsgruppe Duisburg setzte sich 1925 zusammen aus dem 1. Vorsitzenden Gustav Anstöß (SPD), aus dem 2. Vorsitzenden Wetter (DDP), aus

dem 3. Vorsitzenden Josef Müller (Zentrum) und aus Kurt Müller (SPD). Die technische Leitung übernahm M. Peschel (SPD). In den folgenden Jahren gehörten zum Vorstand des Reichsbanners Duisburg

Es geht schon los!

Wieder Überfälle der braunen Nordbestien auf Reichsbannerleute und Bürger Ein Reichsbannermann und ein Schlosser schwer verletzt

Duisburg, 18. Juni.

Nach der Aufhebung des Uniformverbots tauchen die Uniformen der SA-Leute zahlreich in den Straßen der Stadt auf. In allen Ecken und Enden kam es bereits am Freitag in den Straßen der Stadt zu Zusammenstößen. Ein Teil der Uniformträger benahm sich wie männliche Mannequins, ein Teil zeigte sich aber recht provozierend. Spaziergehende Bürger wurden angerempelt, als wenn sie überhaupt kein Recht hätten, die Straße zu begehen. Raum wurde älteren Leuten, Frauen und Mädchen Platz gemacht, wenn sie ausbiegen wollten. Auf der Goldstraße wie auch auf der Königstraße kam es zu Zusammenstößen zwischen Nazis und Kommunisten. Aber auch Überfälle auf Angehörige des Reichsbanners waren an der Tagesordnung.

Gegen 11,30 Uhr am Freitagmittag wurde das Mitglied des Reichsbanners, Seib, auf der Wallstraße, der ruhig seines Weges ging, von Nationalsozialisten überfallen. Acht Mann stürzten sich ohne jede Ursache plötzlich auf ihn und mißhandelten ihn so brutal, daß er schwere Kopfverletzungen davontrug und ins Binzenzspital gebracht werden mußte. Ein anderes Mitglied des Reichsbanners wurde ebenfalls verletzt.

Auf der Königstraße wurde ein älterer Mann, ein Schlosser,

durch einen Bauhüsch schwer verletzt, der oberhalb des Abels in den Bauhü drang. Der Gestohlene konnte noch in ein an der Landsermannstraße belegenes Haus flüchten, wo er zusammenbrach und das Bewußtsein verlor. Er mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Als der braune Nordbube von der Polizei abgeführt wurde, grinste er noch roh in die Runde, nahm seine Zigarette aus dem Mund und grüßte seine Kumpane mit „Heil Hitler!“ Er war vorher in das Hotel und Bürohaus geflohen, wo er von der Schnellhilfe herausgeholt wurde. Das blutbefleckte Messer trug er noch bei sich. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

*

Der Polizeibericht meldet zu dem Fall folgendes:

Am Freitag gegen 16,30 Uhr entstand nach Zeugenaussagen zwischen drei Angehörigen der NSDAP, zwei hiervon in Uniform, und drei KPD-Angehörigen an der Ecke König- und Mercatorstraße nach vorausgegangenem Wortwechsel eine Schlägerei. Die Nationalsozialisten sollen hierbei Stiche waffen gezogen haben, worauf die Anhänger der KPD, die Flucht ergriffen. Bei der Verfolgung erhielt der 27jährige Arbeiter Josef Bichsel hier einen lebensgefährlichen Stich in den Unterleib. Er wurde einem Krankenhause zugeführt, wo eine Verletzung des Magens, der Galle und der Leber festgestellt wurde. Zwei der Tat dringend verdächtige Nationalsozialisten wurden inhaftiert.



Kundgebung der Eisernen Front (Neueste Nachrichten 7. 4. 1932)

und Hamborn: Gustav Anstöß (1926), Buchholz (1927), Weyand (1926), Bremer (1927). Einige weitere Namen von Reichsbannermitgliedern aus dem Duisburger Raum sind uns überliefert: Möhlenbeck (1. Vorsitzender, 1929, Marxloh), Leopold (1. Vorsitzender, 1931, Walsum), Knuth (1. Vorsitzender, 1932, Walsum), Roland (1. Vorsitzender, 1931, Meiderich), Hellwig (1. Vorsitzender, 1931, Ruhrort-Laar), Fritz Otto (Wedau-Bissingheim), Schmidt (1930, Homberg), Wintgens (1. Vorsitzender, 1931, Homberg), Kehrer (1. Vorsitzender, 1932, Homberg).

Sogenannte Kameradschaften entstanden bis 1926 in Duisburg-Stadt, Hochfeld, Neudorf-Duisern, Wanheimerort und Wanheim, in Meiderich, Beeck, Beeckerwerth, Ruhrort-Laar und in Wedau-Bissingheim, in Bruckhausen-Alsum, Schmidthorst, Obermarxloh, Marxloh und in Walsum-Wehofen.

Auf der linken Rheinseite gab es Reichsbannerkameradschaften in Homberg und Rheinhausen.

Im August 1932 wurde eine Kameradschaft in Friemersheim gegründet, die größtenteils aus Anhängern des Freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes der Eisenbahner bestand.

Bis 1926 befand sich die Reichsbannerbewegung in einem ständigen

Wachstum. Manche Kameradschaften konnten ihren Mitgliederstand verdoppeln. Um auch die Jugend im "Republikanischen Geist" zu erziehen, erfolgte die Gründung des Jugendbanners. Auch ein eigenes Sanitätskorps wurden geschaffen.

Am 19. Dezember 1931 schlossen sich in Duisburg das Reichsbanner, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Angestellten-Bund, die Arbeitersportler und die SPD zur "Eisernen Front" zusammen. Anfang 1932 folgten die vier Bezirke Rheinhausens, Hochemmerich, Bergheim, Asterlagen und Friemersheim. Die Gründung der Eisernen Front Homberg erfolgte am 13. Januar 1932 auf Initiative des örtlichen Reichsbanners im Saal des Wirtes Daniel in Hochheide.

Reichsbanner und Eiserner Front wurden seit Beginn der dreißiger Jahre zunehmend in die gewaltsamen Auseinandersetzungen und Straßenkämpfe, inszeniert hauptsächlich von der SA gegen sozialdemokratische Versammlungen und Veranstaltungen, hereingezogen.

Die Jahre 1931 bis 1933 waren gekennzeichnet durch eine praktisch ununterbrochene politische Kampf- und Krisenstimmung, nach Kräften geschürt von den Radikalen von rechts und links.

Zum Jahresbeginn 1931 sprach in Duisburg der Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann. Die "Neuesten Nachrichten" berichteten: "In dem schon eine halbe Stunde vor Versammlungsbeginn zum Zerbersten mit Menschen überfüllten, schließlich polizeilich geschlossenen Saal der Tonhalle erwarteten am Samstag abend die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners den Reichstagsabgeordneten Philipp Scheidemann... Scheidemann, mit ungeheuerem Jubel empfangen, kam kurz vor 22.30 Uhr im Saale an und ergriff nach einer

kurzen Begrüßung durch den Versammlungsleiter sofort das Wort. In seiner Rede nahm Scheidemann Stellung zu der Politik der Nationalsozialisten und endete mit den Sätzen: "Der Nationalsozialismus (ist) weder national, noch sozial. Bald genug (wird) er die Maske abwerfen und sich als das erweisen, was er (ist): Der Vorspann des Großkapitalismus."

Am Rande dieser Kundgebung kam es in Bissingheim und vor der Tonhalle zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Reichsbannerleuten und Nazis.

1931 fanden in Duisburg-Hamborn zahlreiche weitere Versammlungen und Massenkundgebungen statt. "Nicht hoffen und harren - sondern leben und erkennen!" Unter dieser Parole für das kommende Jahr versammelten sich am 18. Februar 1931 die Vertreter des Ortsvereins Duisburg-Hamborn im Volkshaus in Meiderich zu ihrer Jahreskonferenz, um die politischen Ziele der Partei für die nächsten Monate festzulegen. Am 9. April 1931 sprach in der Vertreterversammlung des Ortsvereins Duisburg-Hamborn der Reichstagsabgeordnete Seydewitz.

In einer gut besuchten Funktionärsversammlung am 1. November 1931 in Duisburg referierte der Reichstags-

abgeordnete Dr. Herz über *“Die Aufgaben der SPD im Kampfe gegen Wirtschaftsnot und Reaktionen”*. Im gleichen Monat, am 23. November, sprach Professor Nölting auf einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung in der Duisburger Tonhalle.

Nach den Novemberwahlen 1930 regierte das Präsidialkabinett Brüning weiter, gestützt auf den Notverordnungsparagraphen 48 und das Vertrauen des Reichspräsidenten Hindenburg, aber ohne parlamentarische Mehrheit. Hindenburgs Amtszeit endete im Frühjahr 1932. Auf Drängen Brünings stellte sich Hindenburg erneut als Reichspräsident zur Wahl. Nur mit großen Bedenken unterstützte die SPD die Kandidatur Hindenburgs. Am 11. Januar sprach in der überfüllten Duisburger Tonhalle auf einer Kundgebung der Eisernen Front als Hauptredner der Abgeordnete Sollmann; am 7. März 1932 berichteten die *“Neuesten Nachrichten”* von einer machtvollen Demonstration der Duisburger Eisernen Front. Es sprachen der Gauführer des Reichsbanners Petersdorf, der Duisburger Stadtverordnete Ernst Müller und der Bezirksführer des Reichsbanners Weyand aus Hamborn.

Hindenburg setzte sich in der Stichwahl am 10. April 1932 mit Hilfe der bürgerlichen Parteien und der SPD mit 53% der Stimmen gegen Hitler durch, der 37% der Stimmen erhielt. In Duisburg hatte Hindenburg im ersten Wahlgang 46,5 % der Stimmen erzielt (gegenüber



Reichsbannerkameradschaft Rheinhausen

23,6% für Hitler, 24,8% für den KPD-Kandidaten Thälmann), im zweiten Wahlgang 52,3% (30,3% für Hitler, 17,2% für Thälmann).

Bereits am 24. April 1932 waren die Duisburger wieder zur Wahl aufgerufen, diesmal zur Wahl des preußischen Landtages. Hier konnte die Duisburger SPD mit 12,6% der Stimmen (KPD 20,7%, Zentrum 23,5%, NSDAP 29,7%) nur ein sehr schlechtes Wahlergebnis erzielen; in Preußen verlor die Regierungskoalition Otto Braun ihre Mehrheit, amtierte aber als geschäftsführende Regierung weiter.

Nach der Wiederwahl Hindenburgs hatte sich das Verhältnis zwischen Reichskanzler Brüning und Hindenburg ver-

schlechtert. Am 30. Mai war Brüning zurückgetreten. Brünings Nachfolger, der parteilose Franz von Papen, bildete ein Kabinett ohne parlamentarischen Rückhalt und plante eine Umwandlung der Republik in einen autoritären Präsidialstaat. Ein Vorspiel dazu sollte der *“Preußenschlag”* sein, die verfassungswidrige Absetzung der preußischen Regierung unter Otto Braun mit Hilfe einer Notverordnung des Reichspräsidenten am 20. Juli 1932.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in Duisburg-Hamborn die Meldung von den Maßnahmen der Reichsregierung Papen gegen Preußen am 20. Juli 1932. Die Schaufenster der SPD-Geschäftsstelle in der Marienstraße 29 wurden von Menschen belagert, die die neuesten Nachrichten erfahren wollten. Überall auf den Straßen standen Menschengruppen zusammen, die über die Ereignisse diskutierten. Reichsbanner, Eisernen Front und Partei betrachteten den *“Gewaltakt der Reichsregierung als Herausforderung gegenüber der Arbeiterschaft und als ein Entgegenkommen für die Nationalsozialisten.”*

Wie gereizt die Stimmung der Duisburger Sozialdemokraten war, zeigte sich einen Tag später bei einer Versammlung, von der die *“Neuesten Nachrichten”* notierten:

“Die Wirkung des Papenstreiches auf die Wähler konnte nicht eindrücklicher dargetan werden als durch die gestrige Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in der Duisburger Tonhalle.



Gemeinsame Totenwache an der Bahre des ermordeten Arbeiters Bischoff, Juni 1932

Duisburg

Die Duisburger Funktionäre für die Einheit der Partei

Die von rund 70 Teilnehmern besuchte Sitzung des erweiterten Vorstandes der SPD, Duisburg-Hamborn am Montagabend nahm zu den Sonderbestrebungen der Linke um Seydewitz Stellung. Die ausgiebige Aussprache fand in nachstehender Entscheidung, die gegen eine Stimme — zwei Genossen enthielten sich — angenommen wurde, ihren Niederschlag:

Die Mitglieder des erweiterten Ortsvereinsvorstandes von Duisburg-Hamborn verurteilen auf das Allerentschiedenste die Sonderbestrebungen von Seydewitz, Rosenfeld und Genossen, die zur Gründung einer neuen Partei geführt haben. Diese neue Partei spaltet und schwächt die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung in einer Zeit, in der Einigkeit und Geschlossenheit das Gebot der Stunde ist.

Die Funktionäre stellen sich auf den Boden der Beschlüsse des Parteiausschusses vom 22. September, und anerkennen die Maßnahmen des Parteivorstandes zur Erhaltung der Einheit der Parteiorganisation.

Die Mitglieder des erweiterten Ortsvereinsvorstandes billigen und erkennen ebenso an die Beschlüsse der Bezirksleitung Niederrhein vom 1. Oktober zur Durchführung der Maßnahmen des Parteivorstandes. Sie verpflichten sich in diesem Sinne nach außen zu wirken.

Aufruf der Duisburger SPD gegen Spaltungsbestrebungen (Neueste Nachrichten 7. 10. 1931)

Zahlreicher als je waren die Teilnehmer - das eigentliche Versammlungslokal mußte durch den Oberlichtsaal erweitert werden - früher als je mußten die Türen wegen Überfüllung des Saales geschlossen werden...

Ernst Müller und die Düsseldorfer Reichstagsabgeordnete Lore Agnes riefen die Partei zum Widerstand gegen Papen auf: *„Keinesfalls aber ist sie (die sozialdemokratische Arbeiterschaft) geneigt, sich kampfflos einer faschistischen oder halb-faschistischen Diktatur zu beugen.“*

Aber der erwartete Befehl zum Widerstand blieb aus. Die Parteiführung der SPD scheute das Risiko eines Bürgerkrieges. Sie begnügte sich mit der wirkungslosen Geste, gegen die Reichsregierung beim Staatsgerichtshof Klage einzureichen. Angesichts von über 6 Millionen Arbeitslosen schien auch ein Generalstreik nicht denkbar. Aber allein mit dem Appell an die Entscheidung durch den Stimmzettel auf den bevorstehenden Reichstagswahlen war die Republik nicht zu retten.

Die als Kapitulation verstandene Haltung der SPD in der Krise um Preußen erschütterte die Zuversicht vieler ihrer Anhänger, die in der Krisensituation durchaus kampfbereit und kampffest geschlossen waren.

Bereits zuvor hatte der als kraftlos empfundene Kurs der Parteiführung und der

Reichstagsfraktion zu heftiger innerparteilicher Kritik geführt.

Im Jahre 1931 hatte sich von der SPD die SAP (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands) unter Führung von Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld und Ernst Eckstein abgespalten. Die Parteigruppe orientierte sich stärker an marxistischen Gedankengängen. Zu ihr bekannten sich meist jüngere Sozialisten, die die vorsichtige parlamentarisierte Po-

litik der Mutterpartei ablehnten.

In Duisburg wurde eine Ortsgruppe der SAP am 15.10.1931 gegründet. 1. Vorsitzender war Karl Wahl, 2. Vors. Otto Bräutigam. Zum Vorstand gehörten weiter Heinrich Görres, Wilhelm Meinicke und Eberhard Brünen.

Die SAP blieb in der Weimarer Zeit jedoch ohne große Erfolge. In der kurzen Zeitspanne bis Januar 1933 gelang es nicht mehr, die erhoffte Resonanz bei den Arbeitern für den Kampf gegen den deutschen Faschismus zu finden, wengleich sich der Partei energische jüngere Kräfte anschlossen. Nach einem Bericht des Polizeipräsidenten aus Essen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 19. November 1931

zählte die SAP in Duisburg etwa 200, in Hamborn etwa 100 Mitglieder, von denen der größte Teil aus der sozialistischen Arbeiterjugend kam.

Zum Auftakt der Reichstagswahl im Juli 1932 hielt der Spitzenkandidat der SPD des Wahlkreises Düsseldorf-West, Paul Gerlach, *„eine tapfere und feurige Rede“* gegen den deutschen Faschismus. Am 6. Juli 1932 hatten sich Hunderte im Saal der städtischen Tonhalle zusammengefunden, um den Landtagsabgeordneten Professor Dr. Nölting zu hören, der in seiner Rede *„Abrechnung hielt mit den Vertretern der zum Untergang reifen kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer nazistischen Schutzgarde“*.

„Mit uns das Volk mit uns der Sieg!“, so lautete eine Überschrift in der *„Neuesten Nachrichten“*.

Im Wahlkampf kam es zu besonders heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Als Beispiel sei zitiert aus einem Bericht der *„Neuesten Nachrichten“* aus Homberg:

„Mitglieder der Eisernen Front in Stärke von etwa 30 Mann waren zwecks Verteilung von Flugblättern unterwegs, wobei sie auf der Augustastraße in Höhe des Geschäftes Nünninghoff von Nazis gestellt, angerempelt und bedroht wurden. Die Leute der Eisernen Front ließen sich auf diese Provokation nicht ein, sondern riefen telephonisch die Polizei an. Bald waren denn auch 6 Polizeibeamte zur Stelle, die die Flugblattver-



SPD-Kundgebung 30. 6. 1932 im Stadion Hamborn (von l.: Grzesinski, Berlin, Erich Müller, Petersdorf, Düsseldorf, Jakob Weyand, Hamborn, Karl Huschke, W. Müller, Grundner, Michael Rodenstock)

teiler bis zur Duisburger Straße begleiteten. Kaum aber waren die Beamten wieder zurück, als die Nazis in verstärkter Zahl vom Sportplatz Schillerstraße aus die Verfolgung der Flugblattverteiler aufnahmen.

In Höhe der Wirtschaft Peters schoß dann ein Nazibandit plötzlich dreimal auf die Leute der Eisernen Front, wodurch der Kamerad Heinrich Rubach durch einen Steckschuß am linken Unterschenkel verletzt wurde. Trotzdem sich die Flugblattverteiler in erheblicher Minderheit befanden, setzten sie sich zur Wehr u. verteidigten sich so gut wie es ging durch Steinwürfe. Schließlich aber mußten sie der Übermacht weichen und Zuflucht in die anliegenden Häuser nehmen. Die Nazi-Strolche aber verfolgten die einzelnen Leute, umstellten die Häuser und drangen auch in diese ein. Auf diese Weise wurden die Kameraden Bittner und Rosenkranz von den Nazioten blutig geschlagen... Der Kamerad Winkler erhielt durch Steinwurf eine klaffende Wunde am Kopf, ebenso der Kamerad Hölterhoff. Am schlimmsten wurde der über 50 Jahre alte Kamerad Papst zugerichtet, der in einer Haustür überfallen und blutig geschlagen wurde. Er trug nicht weniger als 11 Löcher im Kopfe davon.

Die Nazibanditen, die in so fürchterlicher Weise hausten, benutzten bei ihrem Überfall Drahtpeitschen, Schlagringe, Revolver und Messer.

Wie frech die Nazis vorgehen, beweist die Tatsache, daß die Nazis im Beisein



Wahlhelfer im Distrikt Wanheimerort Nov. 1932

der Polizei versuchten, den alten Kameraden Gutschner zu schlagen, der bereits drei Löcher am Kopf davongetragen hatte..." (22. 7. 1932)

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 errang die SPD in Duisburg-Hamborn 31572 Stimmen (13,5%). Die KPD wählten 62542 (26,9%) und die NSDAP sogar 63868 (27,4%) Duisburger.

Die durch die verantwortungslose Politik der Regierung Papen notwendig gewordene zweite Reichstagswahl im Jahre 1932, am 6. November, fiel für die Duisburger Sozialdemokraten noch schlechter aus. Sie mußten sich mit 27.751 (12,5%) Stimmen zufrieden geben. Die KPD legte nochmals 1.305 Stimmen zu und erzielte einen Stimmenanteil von

63847 (28,6%). Der gleichzeitig erfolgte deutliche Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen (die NSDAP büßte 9213 Stimmen ein und erhielt 24,7%) erfüllte die Duisburger Sozialdemokraten aber mit Optimismus, daß es jetzt mit der NSDAP wieder abwärts gehen würde. Diese Hoffnung erfüllte sich aber nicht. Es sollte im Gegenteil noch schlimmer kommen.

Nach dem Rücktritt der Regierung Papen und dem kurzfristigen Versuch einer Regierung Schleicher wurde am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Jetzt konnten sich die Nationalsozialisten des Staatsapparates bedienen, um in Deutschland den totalitären Willkürstaat zu errichten und all das zu unterdrücken, wofür die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung gekämpft hatte.

VII. Entwicklung der Parteiorganisation

Unterbezirk und Ortsvereine

Die Novemberrevolution war für die Entwicklung der Parteiorganisation im Großraum Duisburg von einschneidender Bedeutung. Die sozialdemokratische Tageszeitung "Volksstimme" schreibt in einem Rückblick: "In Scharen kamen die Massen zu uns..." Ein festes Organisationsgefüge konnte wieder entstehen. Die Aufgaben in den ersten Monaten der Weimarer Republik waren gewaltig. Ein Rechenschaftsbericht für 1919 zählt allein 238 Mitgliederversammlungen, 169 öffentliche Volksversammlungen und 28 Frauenversammlungen im Unterbezirk Duisburg-Wesel auf.

Im September 1919 beschloß die SPD-Niederrhein ein neues Organisationsstatut. Infolge der Neugestaltung der Reichstagswahlkreise wurde die frühere Wahlkreisorganisation, die sich an den alten Reichstagswahlkreisen orientiert hatte, verändert. Aus Zweckmäßig-

keitsgründen wurde der Bezirk Niederrhein in fünf Unterbezirke eingeteilt, darunter den Unterbezirk Duisburg-Wesel. Für die Zeit der Besetzung des Linken Niederheins bildete dieser einen eigenen Bezirk mit eigener Kassenführung und Agitation.

Der Unterbezirk Duisburg-Wesel, zu dem die Städte Duisburg, Hamborn, Mülheim, Oberhausen, Sterkrade und die Landkreise Dinslaken (mit Walsum) und Rees gehörten, gliederte sich in Ortsvereine. Die größeren Ortsvereine wie Duisburg und Hamborn waren noch in Filialen, etwa seit 1927 Distrikte genannt, untergliedert. Zum Unterbezirk Duisburg-Wesel gehörten 44 Filialen, davon in Duisburg zehn, in Hamborn vier und in Walsum zwei.

Zu Beginn der 20er Jahre war die Duisburger SPD noch in zwei Ortsvereine unterteilt, der eine links, der andere rechts

der Ruhr. Zum ersten gehörten die Filialen Duisburg-Stadt, Hochfeld, Neudorf-Duissem, Wanheimerort, Wanheim, Kaßlerfeld und Neuenkamp (ab 1921). Rechts der Ruhr lagen die Filialen Ruhrort, Laar, Beeck, Meiderich und Obermeiderich. Im Jahre 1924 schlossen sich diese beiden Ortsvereine zum Ortsverein Groß-Duisburg zusammen. Der Ortsverein Hamborn bestand aus den Filialen Alt-Hamborn, Marxloh, Bruckhausen-Alsum und Schmidthorst-Neumühl.

Die Ortsvereine Rheinhausen und Homberg gehörten damals noch zum Unterbezirk Moers, die Parteifilialen Wedau-Bissingheim, Hüttenheim und Großenbaum zum SPD-Unterbezirk Düsseldorf.

Der Unterbezirk Duisburg-Wesel stellte hauptamtliche Parteisekretäre an, deren Bedeutung über die bloße Verwaltungstätigkeit für die Partei hinausging. Seit April 1919 war Karl Huschke Parteisekretär, im Jahre 1922 wurde ein weiterer Sekretär, Wilhelm Andres, angestellt. Beide hatten einen großen Teil der Organisationsarbeit in Verbindung mit den Ortsvereinen zu leisten. Sie vermittelten die Redner und Referenten, organisierten und koordinierten die umfangreiche Wahlarbeit, stellten Flugblätter her und verteilten diese an die einzelnen Ortsvereine. Konferenzen, Kundgebungen, Demonstrationen und Partefeste zu organisieren war ebenfalls ihre Aufgabe.

Der erste Vorsitzende von Duisburg links der Ruhr nach der Revolutionszeit war Karl Appel, ab 1923 Wilhelm Hohmann, der auch zum Vorsitzenden der SPD Groß-Duisburg gewählt wurde. Den Ortsverein Hamborn führten Wilhelm Rüländ (1922- 1925, 1926), Rudolf Paletzki (1925), Otto Zille (1927) und Hofmann (1928/29). Die uns bekanntgewordenen Vorstandsmitglieder der SPD in Duisburg und Hamborn sind nebenstehend angeführt.

Im Zusammenhang mit der kommunalen Neugliederung im Jahre 1929 erfolgte ab dem 1. Oktober des Jahres

Vorstand Duisburg links d.Ruhr, gewählt am 28. April 1923:

1. Vors. Wilhelm Hohmann, 2. Vors. Franz Ring, Kassierer Karl Huschke, Schriftführer Ferdinand Schlütermann, Beisitzer: Therese Cremers und Genossin Fleß, außerdem die einzelnen Filialleiter.

Vorstand der SPD Groß-Duisburg 1926:

Wilhelm Hohmann (1. Vors.), Sulz (2. Vors.), Schlösser (Kassierer), Jürß (Schriftführer), Schlütermann, Frau Cremers und Frau Marschant (Beisitzer). 1927 gehörten zum Vorstand: Wilhelm Hohmann (1. Vors.), Buchholz (2. Vors.), Karl Huschke (Kassierer), Schlösser (2. Kassierer), Kurt Müller (Schriftführer, Beeck), Frau Cremers, Schlütermann, Bernhard Ahlbrink (Beisitzer links der Ruhr), Frau Marschant, Remand (Beisitzer rechts der Ruhr). Zum Bildungsausschuß des Ortsvereins gehörten: Thomas (ASL, Meiderich), Grete Baumann (SAJ, Hochfeld), Korski (Freie Volksbühne), Krüppel (Arbeitersänger, Meiderich), Becker (Arbeitersport), Stommel (Freie Schulgesellschaft), Justus Horchler (ADGB).

Vorstand des Ortsvereins Hamborn (1922):

Wilhelm Rüländ (1. Vors.), Eduard Gnoß (2. Vors.), Kurt Müß (Kassierer), Fr. Rüländ (Schriftführerin), Brühl, Adolf Grützner, Bruno Struntz, Anton Pütz (Revisoren). Dem Vorstand gehörten außerdem die Filialleiter Meißner, Schwenn, Pfordt und Schwez an:

1924: Rüländ (1. Vors.), Jakob Weyand (2. Vors.), Fr. Gnoß (Schriftführerin), Kurt Meiß (1. Kassierer), Kanzler (2. Kassierer), vier Filialleiter; Berndt, Martin, Golinski und Strunz;

1925: Rudolf Paletzki (1. Vors.), Eduard Gnoß (2. Vors.), Kurt Meiß (1. Kassierer), Kanzler (2. Kassierer), Neurohr (Schriftführer);

1926: Rüländ (1. Vors.), Adolf Schneider (2. Vors.), Kurt Meiß (Kassierer) und Gustav Hengsbach (Schriftführer);

1927: Otto Zille (1. Vors.), Eduard Gnoß (2. Vors.), Anton Möllenbeck (Schriftführer), Kurt Meiß (Kassierer), Anton Pütz, Heinrich Müßig und Oskar Bremer (Beisitzer);

1928: Hofmann (1. Vors.), Eduard Gnoß (2. Vors.), Weyand (Schriftführer), Kurt Meiß (Kassierer), Fr. Schneider und Struntz, Oskar Bremer, Heinrich Müßig, Anton Pütz, Joost und Golinski (Beisitzer);

1929: Hofmann (1. Vors.), Hermann Lippmann (2. Vors.), Jakob Weyand (Schriftführer), Kurt Meiß (Kassierer), Anton Pütz, Joost, Müßig, Bremer, Golinski, Fr. Struntz und Fr. Schneider (Beisitzer), Koschnowski (Presseobmann), Kausen und Kanzler (Betriebsvertrauensleute) und Mülstein und Brühl (Revisoren).

Vorstand des Unterbezirks Duisburg-Hamborn 1929:

Wilhelm Hohmann (1. Vorsitzender, Duisburg), Hofmann (2. Vorsitzender, Hamborn), Schlütermann (1. Schriftführer, Duisburg), Flechsig (2. Schriftführer, Hamborn), Karl Huschke (Kassierer, Duisburg), Therese Cremers (weibliche Vertrauensperson, Duisburg), Genossin Schneider (stellvertretende weibliche Vertrauensperson, Hamborn), Dr. Meier, Karl Müller, Schneider, Simon und Görres (Beisitzer, Duisburg), Müßig und Peter Junglen (Beisitzer, Hamborn), Steinpfals (Beisitzer, Süden), Justus Horchler und Wilms (Revisoren, Duisburg) und Mülstein (Revisor, Hamborn).

Vorstand des Unterbezirks Duisburg-Hamborn am 16. 2. 1931:

Wilhelm Hohmann (1. Vors.), Graf (2. Vors.), Karl Huschke (Kassierer), Wilhelm Görres und Müß (Schriftführer), Grete Baumann (weibliche Vertrauensperson), Krüger, Heinrich Weyer, Karl Müller, Schneider, Simon, Nelles, Heinze, Neumann (Beisitzer), Justus Horchler, Mülstein, Habel, Otto Albrecht (Revisoren), Helbig, Weyand (Pressekommission) und Weyand, Jost, Cremers (Bildungsausschuß).

auch der Zusammenschluß der Ortsvereine Duisburg und Hamborn zu einem großen SPD-Ortsverein Duisburg-Hamborn. Die Ortsvereine Wedau, Bispingheim, Hüttenheim und Großenbaum wurden ebenfalls dem neuen Ortsverein eingliedert.

Die erste Vertreterversammlung des neuen Ortsvereins Duisburg-Hamborn, die am 23. September 1929 im Bahnhofshotel in Ruhrort tagte, bezeichnete die Neuordnung der Partei als *„eine historische Stunde“*. *„Durch die Zusammenlegung sei der Ortsverein einer der bedeutendsten des Reiches geworden“*, stellte Wilhelm Hohmann in seinem Bericht über Organisationsfragen fest. Vorsitzender des neuen Ortsvereins wurde Wilhelm Hohmann (bis 1933). Dem ersten gemeinsamen Ortsvereinsvorstand gehörten 9 Duisburger, 4 Hamborner und ein Mitglied aus dem Duisburger Süden an.

Über die Mitgliederentwicklung der Duisburger Ortsvereine liegen uns wenige und z. T. widersprüchliche Angaben vor. Für Ende 1920 überliefert eine Akte aus dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf für die SPD im damaligen Duisburg 8500 Mitglieder. In den Filialen Hochfeld wurden 2000 Mitglieder, in Wanheimort und Wanheim jeweils 500, in Neudorf 2000, in Kaßlerfeld und Ruhrort je 500, in Beeck 600, in Laar 400 und in Meiderich 1500 Mitglieder erwähnt. Die Mitgliederzahl der USPD Groß-Duisburg wird in einer Akte für das gleiche Jahr mit 700 angegeben.

Der Geschäftsbericht des Kreisvorstandes für das Geschäftsjahr 1918/19 er-



Wilhelm Hohmann, Vorsitzender der SPD Duisburg-Hamborn bis 1933, Rektor der Freien Schule in Neudorf

wähnt hingegen für den gesamten früheren Wahlkreis Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Hamborn, Sterkrade und Dinslaken einen Mitgliederbestand von 6245 (4895 Männer und 1350 Frauen). Im ersten Quartal kamen 247 neue Mitglieder zur Partei, im zweiten 344, im dritten (Oktober-Dezember 1918) 3358 und im vierten Quartal (Januar-März 1919) waren es immerhin noch 2077. Die parteioffizielle Angabe ist wahrscheinlich genauer, zumal im Oktober 1920 für den neu gebildeten Unterbezirk Duisburg-Wesel vergleichbare Zahlen genannt werden.

In den folgenden Jahren stieg die Mitgliederzahl allmählich an. Sätze wie: *„Aber dennoch ließ sich eine langsame Aufwärtsentwicklung erkennen, selbst wenn die Mitgliederzahl nur um einige hundert gewachsen ist“*, kann man immer wieder in den Organisationsberichten nachlesen.

Der Ortsverein Hamborn hatte unter den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen besonders zu leiden. Der Vorsitzende des Ortsvereins Wilhelm Rüländ bemerkte bei einer Generalversammlung im Juni 1924, daß das vergangene Geschäftsjahr *„in jeder Beziehung katastrophal“* gewesen war. *„Nach der Stabilisierung der Mark (sind) dann wieder geordnete Verhältnisse eingetreten... Der Mitgliederbestand ist zurückgegangen“*. Zwei Jahre benötigte der Hamborner Ortsverein, um wieder einen kleinen Mitgliederzuwachs zu erreichen. In den nachfolgenden Jahren konnte dann der Mitgliederbestand stabil gehalten werden.

Unter dem Eindruck der beginnenden wirtschaftlichen Stabilisierung ab Mitte der zwanziger Jahre bemühte sich die SPD gezielt um neue Mitglieder. Die größten Erfolge wurden in den jährlich durchgeführten Werbewochen erzielt. Am 5. November 1927 veröffentlichte die *„Volksstimme“* folgenden Aufruf zum Auftakt der Werbewoche:

„Sonntag für Sonntag, Monat für Monat, Jahraus, Jahrein muß der Vertrauensmann für die Partei treppauf, treppab laufen. Daneben ist er noch in der Gewerkschaft, im Konsumverein, im Reichsbanner oder in anderen Sparten der Arbeiterbewegung tätig. Da kann nicht verlangt werden, daß in der Werbewoche die ganze Agitation für Partei und Parteipresse auch noch allein von



Karl Huschke, Parteisekretär der SPD Unterbezirk Duisburg - Wesel von 1919 - 1933

den Funktionären besorgt wird. Es muß jedem Genossen möglich sein, in seinem Bekanntenkreise, bei Arbeitskollegen, bei Hausgenossen oder Familienangehörigen für uns zu werben.“

In dem Aufruf heißt es weiter:

„Es kann in unserer Partei doch nicht angehen, daß nur ein Teil der Genossen die Kleinarbeit verrichtet. Das Wesen, der Aufbau und das Ziel unserer Partei verlangen, daß alle Genossen Anteil an der Parteiarbeit nehmen. Wenn jeder den Ernst der Zeit erfaßt, dann wird der Ruf zur Mitarbeit von allen Genossen befolgt, dann wird der Zweck der Werbewoche erfüllt. Mindestens ein neues Mitglied für die Partei! Mindestens einen neuen Abonnenten für die Volksstimme, das ist die Parole.“

Dem Ortsverein Duisburg brachte diese *„Rote Woche“* einen Zuwachs von 253 neuen Mitgliedern.

Trotz Weltwirtschaftskrise ab 1929 konnte die SPD im Duisburger Gebiet ihren Organisationsgrad halten. Erst im Jahre 1931, als die Erwerbslosenzahlen ungeheuer anstiegen, setzte ein leichter Rückgang der Mitgliederzahlen ein. Die Partei bemühte sich durch besondere Veranstaltungen für Erwerbslose und durch den Verkauf von Erwerbslosenmarken, auch die arbeitslosen Mitglieder in der Organisation zu halten.

Die Abspaltung der SAP im Jahre 1931 soll sich auf den Mitgliederbestand kaum ausgewirkt haben. Der SPD-Bezirk Niederrhein verlor nach eigenen Angaben durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und durch die Auswirkungen der Parteispaltung inner-



Mitarbeiter der Vosti 1930. Bildmitte Bernhard und Emil Ahlbrink

halb von 2 Jahren nur 600 Mitglieder.

Die Filialen und späteren Distrikte waren die Keimzellen der örtlichen Partei. Hier erfolgte die eigentliche organisatorische und inhaltliche Arbeit. Wenigstens einmal monatlich fanden Mitgliederversammlungen, entweder an einem Samstagabend oder Sonntagmorgen, statt. Fast immer stand im Mittelpunkt der Versammlung ein Referat, vorgetragen von einem Funktionär aus dem Unterbezirk oder dem Bezirk Niederrhein. Eine Auswahl aus den Themen der Ortsvereinsreferate, wie sie in den Duisburger Filialen und im Ortsverein gehalten wurden, zeigt die nebenstehende Aufstellung. Sie dient zugleich als Hinweis darauf, welche Themen damals in der SPD als existentiell galten, welche Referenten als wichtig angesehen wurden. Veranstaltungen der vielen Nebenorganisationen beanspruchten den größten Teil der Freizeit der Parteimitglieder.

Über das Parteileben in den Duisburger Parteifilialen lassen sich an Hand der Berichte der "Volksstimme" und der "Neuesten Nachrichten" einige wesentliche Nachrichten zusammenstellen: Am 5. Februar 1919 erschien in der sozialdemokratischen Tageszeitung folgender Hinweis:

"Donnerstag, dem 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im oberen Saale des Herrn Bongart (Burghof), Wanheimerstraße: Parteiversammlung: Tagesordnung:

Auswahl aus Referatthemen im Ortsverein Duisburg.:

Wehrmacht und Sozialdemokratie (Hausschild, Elberfeld), Volk und Staat (Polizeipräsident Dr. Meier), Die Stellung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt (Dozent Dr. Schlunz), Sozialdemokratie und Arbeiterschaft (Helbig), Arbeitslosenversicherungsgesetz (Jülich, Oberhausen), Aufgaben und Ausbau der Duisburger Arbeiterwohlfahrt (Genossin Dr. Morgestern), Republik und Sozialdemokratie (Fleisner, Dresden), Die politische Lage und die Sozialdemokratie (Huschke), Der internationale Sozialistenkongreß (Lore Agnes, Düsseldorf), Über die Tätigkeit der Fraktion (Ernst Müller, Duisburg), Über die politische Lage 1927 (Limpertz, Reichstagsabgeordneter Essen), Was will der Volksentscheid am 20. Juni? (Wilhelm Schluchtmann), Politische und soziale Demokratie (Universitätsprofessor Dr. Max Adler, Wien), Welche Stellung zum Staat ergibt sich für die Sozialdemokratie aus der marxistischen Weltanschauung? (Wilhelm Hohmann, Duisburg), Sozialdemokratie und Deutschlands Innenpolitik 1924 (Berten, Düsseldorf), Die neue Reichsverfassung im Lichte der sozialistischen Kritik (Krupp, Hamborn), Unsere Aufgabe in der Kommune und Provinz (Provinziallandtagsabgeordnete Genossin Becker, Düsseldorf), Die Arbeit der Kinderfreunde (Zöllig, Düsseldorf), Was lehren uns die Wahlen vom 20. Mai? (Gnoss, Homberg), Kartell, Trust und Konzerne (Funke, Essen), Ferdinand Lassalle (Cäsar Weyers, Moers), Sozialistische Erziehungsfragen (Grete Baumann, Duisburg), Die Frau und das Wahljahr 1928 (Genossin Becker, Duisburg), Die Sozialdemokratie und die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft (Ernst Gnoss), Friedrich Ebert und sein Wirken (Anstöß, Duisburg), Schulprogramm der SPD (Wilhelm Hohmann, Duisburg), Die Bedeutung der kommenden Wahlen (Kolb, Düsseldorf), Verwaltungsreform in Preußen und im Reich (Genossin Rieckers, Kiel), Jugend und Partei (Dr. Wagner-Römmisch, Hamborn), Wehrmacht und Sozialdemokratie (Wilhelm Hohmann, Duisburg), Staat, Verfassung und Sozialismus (Anstöß, Duisburg), Das Londoner Abkommen und die Arbeiterschaft (Lippmann, Hamborn), Montantrust und Sozialdemokratie (Ring, Duisburg), Konkordatsfrage (Schulrat Böllhoff, Dinslaken), Dawesplan und Dawes-Revision (Erwin Barth, Polizeipräsident, Hannover), Koalition oder Opposition (Zöllig, Düsseldorf), Wirtschaftskrise und Kapitalismus (Zöllig, Düsseldorf), Der Kampf um Preußen (Lore Agnes, Düsseldorf).

Neugründung der Filiale Hochfeld und Wahl der Filialleitung. Genossinnen und Genossen! Seid alle zur Stelle, es gilt der Fortentwicklung unserer Partei im Hochfelder Bezirk. Die Parteileitung."

Einzelheiten über die Versammlung und die Namen der Filialleitung wurden leider nicht mitgeteilt. Für das Jahr 1922 liegen uns die Namen der Hochfelder Vorstandsmitglieder vor, die auf einer Jahresversammlung im Lokal des Wirtes Welsing am 6. Mai gewählt worden sind: Johann Grewe, Adam Schmidt, Johannes Pfaff, Dreiherr und Genossin Lachetzki.

1924 erfolgte wieder eine Vorstandswahl, bei der Anton Vos (1. Vorsitzender), Heinrich Heßler (2. Vorsitzender), Josef Schneider (Schriftführer) und Manowski (Kassierer) gewählt wurden.

Im Jahre 1927 gehörten der Filialleitung an: Anton Vos (1. Vorsitzender), Holt-schneider (2. Vorsitzender), Simon (Kassierer), Arian (Schriftführer) und als Beisitzer Gottrand, Weske und die Genossinnen Schiemann und Heßler. 1931 leitet den Distrikt Hochfeld Arthur Teich. Wichtige Themen, die im Jahr 1921 bei den Mitgliederversammlungen auf der Tagesordnung standen, waren die Auseinandersetzung um den 8-Stunden-Tag und die Parteipresse.

Der Kapp-Putsch, die Besetzung des Ruhrgebietes und die schwierige wirtschaftliche Lage der Region ließen das Parteileben stark unter Druck geraten. Wenn auch die Mitgliederzahlen nicht zurückgegangen waren, so stagnierten sie jedenfalls, wie wir in einem Geschäftsbericht der Filiale Wanheimerort aus dem Jahre 1923 nachlesen können. Aber durch zähe Kleinarbeit in den Betrieben und im Stadtteil gelang es in wenigen Jahren, die Partei zu festigen, so daß der Filialleiter Bernhard Ahlbrink 1927 in seinem Jahresbericht schreiben konnte: *„Im vergangenen Geschäftsjahr kann das Parteileben als stabil und gut bezeichnet werden.“*

Die uns bekanntgewordenen Namen des



Duisburger Tonhalle. In ihr fanden große Veranstaltungen der Duisburger sozialdemokratischen Arbeiterbewegung statt.

Vorstandes der Filiale Wanheimerort für 1923 sind Bernhard Ahlbrink (1. Vorsitzender), Gen. Hailer (2. Vorsitzender), Elisabeth Fisch (Kassiererin), Bernhard Fisch (Schriftführer) und die Gen. Wilke, Graf, Heimbach sowie Genossin Lieske als Beisitzer. 1928 bildeten Bernhard Ahlbrink (1. Vorsitzender), Gen. Krug (2. Vorsitzender), Gen. Heimbach (Kassierer), Gen. Selbiger (Schriftführer) und als Beisitzer die Gen. Graf, Becker und die Genossin Hassler den Vorstand.

Die ganze Familie wurde in das Parteileben mit einbezogen. Wanderungen im Duisburger Wald, Familienabende, Herbstfeste und Weihnachtsfeiern wurden organisiert.

Über eine Weihnachtsfeier der Filiale Wanheimerort vom Dezember 1927 besitzen wir einen kurzen Bericht:

„Am letzten Samstag hielt der Distrikt Wanheimerort ein gut gelungenes Weihnachtsfest im Blankenheimschen Saale ab. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Da das Fest vor allen Din-

gen den Kindern gewidmet war, hatte sich die Jugendgruppe darauf eingestellt, die Lachmuskeln bei Groß und Klein ganz gehörig in Bewegung zu bringen, und das ist ihr auch im vollstem Maße gelungen - im ersten Teil wurde geboten: Prolog, Gedicht und ein lebendes Bild, das besonderen Beifall fand. Genosse Ahlbrink hielt die Festansprache. Er zog eine kurze Bilanz zwischen früher und jetzt und forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, zu werben und zu wecken im Sinne des Sozialismus, damit bei den nächsten Wahlen die reaktionäre Gesellschaft aus dem Sattel gehoben würde. - In der dann folgenden Pause wurden die Kleinen besichert. Das gab freudige Gesichter, und stolz marschierten die kleinen Knirpse auf ihre Plätze zurück und revidierten den Inhalt ihrer gut gefüllten Tüte. Die Freude bei Alt und Jung war gleich groß. - Nach der Bescherung kam die Jugendgruppe wieder zur Geltung, die einige nette Theaterstücke und gut gelungene „Schattenspiele“ bot. Sie ernteten mit ihren Darbietungen lebhaften Beifall. - Die Musik, die schon die kleinen Zwischenpausen ausgefüllt hatte, ging dann zu Tanzmusik über und Alt und Jung war mit einemale gleich geschmeidig und drehte sich fröhlich im Kreise.“

Einen Einblick in die politische Arbeit des Distriktes Wanheimerort ermöglicht uns folgender Jahresrückblick aus der *„Volksstimme“* vom 26. Januar 1929: *„In der beim Wirt Lommes tagenden Jahresversammlung gab Gen. Ahlbrink den Geschäftsbericht für das verflossene Jahr. Hervorzuheben ist, daß*



V.I. Bernhard Ahlbrink, 1. Vorsitzender des Distrikts Wanheimerort, August Ahlbrink

10 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben. Fünfaktuelle Vorträge wurden gehalten von: Gen. Dr. Heinrich Meyer, Gen. Buchholz, Gen. Schluchtmann, Gen. Nelles und Gen. Huschke. Die Kleinarbeit wurde in 10 Funktionsnäsitzungen erledigt. An Festlichkeiten fanden statt: ein Sommerfest mit Belustigungen für alt und jung, ein Winterfest mit Kinderbescherung. Das Parteileben war rege, was sich in der Zunahme von männlichen und weiblichen Mitgliedern auswirkte. Die Wahlarbeiten klappten bis ins kleinste, was durch ein Mehr von 716 Stimmen gegenüber der vorigen Wahl belohnt wurde. Die Beitragszahlung war gut.

Dann ging man zur Neuwahl des Vorstandes über. Die Gen. Krug (2. Vors.) und Schlüter (Schriftführer) stellten ihre Funktion zur Verfügung, um jüngeren Genossen Gelegenheit zu geben, sich einzuarbeiten. Der Vorstand setzt sich jetzt wie folgt zusammen: 1. Vors. Gen. Ahlbrink, 2. Vors. Gen. Karl Harzig, Kassierer Gen. Heimbach, Schriftführer Gen. Meyer, Beisitzer die Genossen Becker, Krug und Rodenstok. Für die Jugend wurde Gen. Schlüter wieder bestimmt. Die Unterkassierer bleiben dieselben, ebenso die Fraktionen für die weltliche Schule. Nachdem noch Gen. Fettweis einen Überblick über die weltliche Schule gegeben, wurde mit einer Aufforderung zu reger Mitarbeit für Partei und Presse die gutbesuchte Versammlung geschlossen."

Die Nachbarfiliale Wanheim tat sich in ihrem Organisationsaufbau schwerer. Für 1926 finden wir den Hinweis, "...daß auch in Wanheim das Parteileben, wenn auch langsam, wieder erwacht."

Vorsitzender der Parteifiliale Duisburg-Stadt war 1920 August Mommertz. Die "Volksstimme" vom 15. Januar 1927 berichtet über eine Jahreshauptversammlung und veröffentlicht die Zusammensetzung des neu gewählten Vorstandes: Karl Drove (1. Vorsitzender), Buchholz (2. Vorsitzender), Woytysiak (Kassierer), Thiele (Schriftführer), Becker (2. Schriftführer) und Mommertz, Frau Woytysiak, Morgenstern, Meyer (Beisitzer).

Ein weiterer Bericht einer Jahreshaupt-

versammlung liegt aus dem Jahre 1929 vor:

"Der Distrikt Stadt hielt im Gewerkschaftshaus seine diesjährige Generalversammlung ab. Den Jahresbericht gab der zweite Vorsitzende Genosse Appel in Vertretung des erkrankten ersten Vorsitzenden. Es ist ihm zu entnehmen, daß die Distriktsleitung durch Abhaltung von Vorträgen lehrreicher Art, familiäre Veranstaltungen sowie durch emsige Werbearbeit es dahin gebracht hat, daß der Distrikt Stadt im "Punkte" Mitgliederzahl an zweiter Stelle im Ortsverein Duisburg steht. Genosse Appel gab als erfreuliches Zeichen bekannt, daß der Mitgliederbestand sich im verflossenen Jahre um 54 Prozent erhöht hat. Der Redner spricht allen Funktionären und Werbern für die guten Erfolge den Dank der Distriktsleitung aus. Zur Neuwahl wurde die erfolgreiche Arbeit des Vorstandes anerkannt und Wiederwahl en bloc vorgeschlagen. Der Vorschlag fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende gab dann die Namen der erfolgreichen Werber bekannt, denen durch Übergabe von Gutscheinen in Beträgen von 15 Mk. bis herab auf 50 Pfg. Buchprämien für ihre geleisteten Arbeiten verabreicht wurden... Genosse W. Müller bittet, die Werbearbeit für die Presse mit demselben Resultat durchzuführen, wie die Werbearbeit für die Partei im verflossenen Jahre und stellt einen namhaften Betrag zur Verteilung als Werbeprämien zur Verfügung. Im Schlußwort forderte der Vorsitzende auf, im neuen Jahre die Werbearbeit für Partei und Presse in noch größerem Umfange durchzuführen. Er schloß mit einem Hoch auf die Internationale."

Der folgende Bericht einer Parteiversammlung vom Dezember 1927, die in der Wirtschaft "Scharnhorst" stattfand, vermittelt uns einen Einblick in die Versammlungstätigkeit der Filiale Kaßlerfeld:

"Alle angesetzten Veranstaltungen und Versammlungen konnten im Gegensatz zu den Vorjahren restlos durchgeführt werden. In den Mitgliederversammlungen wurden neben der Erledigung diverser Parteiangelegenheiten über 5 Themen Vorträge gehalten, die jedesmal eine Aussprache hervorriefen. Unter starkem Antriebe des Vorstandes kam im letzten Frühjahr die Gründung der

SAJ, Gruppe Kaßlerfeld, zustande, deren Entwicklung einen normalen Verlauf nimmt. In engster Fühlung (steht) der Vorstand auch mit der Kaßlerfelder Vertrauensperson der Arbeiterwohlfahrt. Diese Zusammenarbeit (findet) ihren deutlichsten Anklang in der Mitgliederbewegung. Seit Jahresbeginn (ist) die Mitgliederzahl (bis) heute um rund 40% gestiegen."

Für 1927 kennen wir die Zusammensetzung des Vorstandes der SPD Kaßlerfeld: Frensch (1. Vorsitzender), Berger (2. Vorsitzender), Kleinophorst (Kassierer), Idigkeit (Schriftführer), Budde und Genossin Weber (Beisitzer), Berger und Genossin Schmidt (Pressekommission) und die Genossin Schmidt als Vertreterin der AWO.

Auch hier bedeutete das Parteileben mehr als nur den Besuch von politischen Versammlungen. Von einem Herbstfest in Kaßlerfeld im Oktober 1927 liegt uns ein anschaulicher Bericht vor:

"Begünstigt vom herrlichen Herbstwetter und unter außerordentlich starker Beteiligung des Kaßlerfelder Proletariats feierte der Distrikt Kaßlerfeld am vergangenen Sonntag auf der Ruhrwiese an der Ruhrorterstraße und in den Räumen des (Restaurants) "Zur Ruhrbrücke" ein gut gelungenes Herbstfest. Früh am Nachmittag war das Jungvolk auf den Beinen, und unter Vorantritt der starken und mustergültigen Spielmannsriege des Arbeitersportvereins "Einigkeit" - Kaßlerfeld marschierten hunderte von Proletarierkindern in freudigster Stimmung mit riesigen roten und schwarzrot-goldenen Fahnen durch die Straßen von Kaßlerfeld zur Festwiese. Unter Leitung der SPD Kinderfreunde setzte dort ein buntes, fröhliches Treiben ein, das durch wassersportliche Darbietungen auf der Ruhr und des Arbeitersportvereins "Einigkeit" eine besondere Note erhielt. Bei anbrechender Dunkelheit sammelten sich die Kinder, deren Teilnehmerzahl immer größer geworden war, um einen brennenden Holzstoß, dessen riesige Flammen den Höhepunkt der Kleinen hervorzauberten. Inzwischen hatten sich die Räume des Restaurants "Zur Ruhrbrücke" gefüllt, und nach den Kleinen wollten auch die etwas für sich haben, die sich nicht mehr zu ihnen

zählen. Der Distriktleiter stellte in seiner Begrüßung heraus, daß das Herbstfest nichts mit den Rummelfeiern zu tun habe, die sich jetzt schon den ganzen Sommer lang durch Deutschland ziehen und nur als ein nationalistisches Wahlkampfmanöver angesprochen werden könnten. Die sozialistische Arbeiterjugend, Gruppe Kasßlerfeld, trat zum erstenmal an die Öffentlichkeit und unterhielt die Anwesenden mit heiteren Rezitationen und Hans-Sachs-Spielen. Sie erntete dafür ehrlichen Beifall. Im Mittelpunkt der Saalfeier stand die Festrede des Duisburger Ortsvereinsvorsitzenden, Genosse Hohmann, der auf die Notwendigkeiten hinwies, auch in Stunden der Fröhlichkeit den Ernst der Zeit nicht zu vergessen. Von den Zielen und dem Wollen der Sozialdemokratie auf die Entwicklung der Partei übergehend, gab er in kurzen Strichen ein wuchtiges Zeugnis von der sozialistischen Kulturarbeit so wieder, daß die Anwesenden mit ehrlicher Begeisterung in das Hoch auf die internationale Sozialdemokratie einstimmten. Bei Tanz und Musik saßen die Teilnehmer, die der Saal zuletzt kaum fassen konnte, noch lange in anregender Unterhaltung zusammen."

Unter den wenigen Hinweisen über das Leben der Filiale Neudorf-Duisern befindet sich folgende Schilderung einer Parteiversammlung vom Januar 1925:

"Die Filiale Neudorf-Duisern hielt am 23. d. M. ihre erste diesjährige Mitgliederversammlung ab, deren Besuch ein erfreulich guter war. Genosse Schiller leitete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen im neuen Kampffjahr, gleichzeitig mitteilend, daß die Partei im Bereich der Filiale bei der letzten Reichstagswahl einen Stimmenzuwachs von 1000 Wählern zu verzeichnen habe. Aufgabe jedes Genossen sei es, diese zu Mitgliedern und treuen Kämpfern der Partei zu machen. Nach Erledigung einiger weiterer geschäftlicher Angelegenheiten erhielt Genosse Justus Horchler, Bocholt, das Wort zu seinem Vortrage: "Rück- und Ausblick des Sozialismus". Er stellte Vergleiche mit der Vorkriegszeit an. Damals im Kampfe mit einer militärisch-junkerlichen Regierung, die mit allen Mitteln eine freiheitliche aufwärts Bewegung der proletarischen Massen hemmte, mußten wir

nach der Umwälzung, der Logik folgend, denselben Staat im Chaos von Irrungen und Wirrungen, von Meinungsverschiedenheiten und Kämpfen dem Abgrund entreißen. Eine große Verantwortung lag um jene Zeit in unserer Partei. Dazu gehört doch auch eine bewußt denkende und verantwortliche Masse, um die neugeschaffene Staatsform, die junge Republik, zu erhalten und mit sozialistischem Geiste in jeder Beziehung zu erfüllen. Viele unserer Forderungen waren erfüllt auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet. Das freieste Wahlrecht, 8 Stundentag, Betriebsräterecht, usw., aber auch vieles sei wieder verloren gegangen. Wunsch und Wille in den Massen war vorhanden, aber am Allerwichtigsten mangelte es, am tiefen Wissen, an der Erkenntnis der ökonomischen Entwicklung, an der Kenntnis des historischen Materialismus. Hinzu kam, daß diese Umwälzung nicht in geordnete und gesunde Zeit fiel, sondern in eine höchst ungeordnete und ungesunde. Menschenmassen, die vier Jahre lang nichts als Vernichtung und Zerstörung gesehen hatten und treiben mußten, die größtenteils noch in der bürgerlichen Ideologie befangen waren, mußte es versagt bleiben, irgendwie Erfolge für das Proletariat und den Sozialismus zu erreichen. Die Mitgliederzahlen aller Arbeiter- und Beamtenorganisationen schwollen 1918/19 ins Unnatürliche an. Eine wahre Menscheninflation mußten die Organisationen über sich ergehen lassen, und zwar in der Hauptsache von jenen, die noch kurz vorher in Gegensatz zu ihnen standen. Eine Augenblickspsyche war entstanden. Organisation war Mode geworden. Mit dem Gewerkschafts- oder Parteimitgliedsbuch

in der Tasche glaubten sie den Kapitalismus erledigt und das Paradies angebrochen. Augenblicks Erfolge, daher mußte die große Enttäuschung kommen. Als der Kampf beginnen sollte, mußten sie versagen, weil ihnen Schulung im sozialistischen Geiste mangelte. Ein Zurückfluten ins bürgerliche Lager trat ein, während ein übriger Teil dem Extreme verfiel. Daß die Politik der Partei richtig war, beweise Rußland, wo man einen anderen Weg gegangen ist, um den Kapitalismus abzuschaffen. Obwohl die angewandten Mittel dort sehr extrem und undemokratisch waren, müsse heute festgestellt werden, daß man den Kapitalismus wieder vom Auslande importiere, aber auch privaten Kapitalismus nicht mehr hindere. Die jetzige neue Regierung sei eine des trockenen Putsches. Ihr Ziel ist, wieder ein monarchistisches Deutschland zu schaffen. Eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik auf Verständigung sei dann nicht mehr möglich. Die Stellung unserer Partei zur Regierung sei damit gegeben, und zwar die schärfste Opposition. Auch in

Parteinachrichten.

Pressekommissionkonferenz Am Sonntag, dem 21. Sept., vormittags 9 Uhr, findet im Ratheskaale in Hamburg eine Konferenz sämtlicher Pressekommissionmitglieder des Verbreitungsbezirkes der "Niederrheinischen Volksstimme" statt. Alle Filialen der Parteiorganisationen müssen vertreten sein. Zur Teilnahme verpflichtet sind die Pressekommissionsmitglieder, berechnigt zur Teilnahme sind sämtliche Parteifunktionäre. Mitgliedsbuch legitimiert. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redaktors Genossen Boldt über: "Die Aufgaben der Parteipresse". 2. Agitation. — Folgende Zug bzw. Straßenbahnverbindungen werden den in Frage kommenden Genossen empfohlen: Die Duisburger Genossen benutzen die Straßenbahn, Linie 4, vom Ruhler nach Weiberich, von hier aus Linie D bis Rathaus Hamburg. Fahrzeit etwa 1 Stunde. Die Wülheimer von Wilhelm, Hauptbahnhof, ab 7,36 Uhr nach Weiberich, von hier aus mit der Straßenbahn wie oben. Die Oberhausen ab Oberhausen 7,52 Uhr nach Weiberich, dann ebenfalls Straßenbahn wie oben. Von Sterkrade mit der Straßenbahn bis Bahn, von hier aus mit der Linie A bis Rathaus Hamburg. Fahrzeit etwa eine Stunde. Von Wefel, Hauptbahnhof, ab 6,44 Uhr nach Dinslaken, von hier aus mit der Straßenbahn zum Rathaus Hamburg.

Filiale Kasßlerfeld, Samstag, den 20. Sept., abends 8 Uhr, im Lokale Wonsfeldt: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fuchs (Duisburg) über: "Revolution und Sozialdemokratie." 2. Freie Aussprache. Hierzu sind auch die Leser der "Volksstimme" willkommen.

Reudorf-Düsseln, Samstag, den 20. Sept., abends 7½ Uhr, im Lokale Wannel, Wülheimer Straße 123: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Gen. Jagau.

Reudorf-Düsseln, Ausflug am Sonntag, dem 21. Sept. Abfahrt 7,56 Uhr vorm. vom Hauptbahnhof nach Angermund. Spätere am Morgen nach Schwarzenbruch nach Kurmühle Rückfahrt von Angermund. Vormittags: Naturwissenschaftliche Vorträge im Freien; nachmittags: Gemüthliches Zusammenfeiern mit Landsträngen. Neben Probant für den ganzen Tag muß jeder den nötigen Probant mitbringen. Es wird erwartet, daß die Genossen sich mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich beteiligen.

Wülheimerort, Am Samstag, dem 20. Sept., abends 7 Uhr, im Vereinslokal Rohlshorn? Wichtige Funktionärsitzung. Das Erscheinen aller Funktionäre ist dringend erforderlich.

Parteinachrichten aus der Niederrheinischen Volksstimme vom 20. 9. 1919

Preußen sei der Sturz der Regierung Braun wahrscheinlich. Neben Bayern und Thüringen trete damit auch Preußen in den Ring der Reaktion. Unmännlich habe sich die demokratische Fraktion bei der Abstimmung über die Regierungserklärung benommen. Aber auch die Politik des Zentrums unterzog Redner einer scharfen Kritik. Ob die proletarischen Massen in der Zentrumspartei mit der Zentrumspolitik einverstanden sind, bezweifelte er, habe doch Imbusch vor einiger Zeit sagen müssen, daß bei einer Wiederholung der Zeit 1918 mit den Köpfen einiger Unternehmer nicht so glimpflich wieder verfahren würde. Von den Kommunisten sei wenig zu sagen, da sie nur als Schutztruppe der Reaktion, aber als Arbeiterpartei nicht mehr in Frage käme. Positive Arbeiterpolitik zu treiben sei ihr nicht möglich. Für den Sozialismus sei der Weg frei und die Bahn klar. Ein sehr schwerer Kampf stehe bevor. Es gilt jetzt, die Kampfgenossen sowie die neuen Streiter auszurüsten mit tieferem Wissen. So schwer der Kampf auch sei, hungert die Welt trotz alle dem!

Die Diskussion... war zustimmend. Im Schlußwort unterstrich Genosse Horchler die Ausführungen der Diskussionsredner. Nicht nur halbe Kämpfer dürfen wir sein, sondern ganze. Nicht äußerlicher, sondern innerlicher, bewußter Sozialismus führe zum Sieg."

Wenig wissen wir von den Distrikten Meiderich und Obermeiderich, obwohl sie in den 20er Jahren nicht unbedeutend waren. Filialleiter im Jahre 1920 war der Gen. Burbach. 1929 waren der Gen. Serenbeck erster, der Gen. Krämer zweiter Vorsitzender des Distriktes Meiderich. Den Distrikt Obermeiderich leitete 1930 der Gen. Remmond.

Am 15. Juli 1932 veranstaltete die Sozialdemokraten in Meiderich eine große öffentliche Wahlversammlung, auf der Paul Gerlach (Spitzenkandidat für den Reichstagswahlkreis Düsseldorf-West) das Hauptreferat hielt. Die SPD-Zeitung schrieb:

"Eine solche Riesenversammlung wie am Donnerstag abend haben wir in Meiderich noch nicht erlebt. Selbst an den offenen Fenstern der Wirtschaft lauschten viele den durch Lausprecher übertragenen Worten unseres Genos-

sen Gerlach. Die Eiserne Front von Meiderich hatte vor der Versammlung einen Umzug durch einige Straßen Meiderichs gemacht und fand bei ihrem Eintreffen im Volksheim bereits einen besetzten Saal vor. Genosse Gerlach wurde bei seinem Eintritt in den Saal begeistert begrüßt, und als er dann nach einem flotten Marsch der Reichsbannerkapelle und einer kurzen Eröffnungsansprache des Versammlungsleiters das Wort bekam, wurden ihm nochmals begeisterte Ovationen dargebracht. Das Referat war eine schonungslose Abrechnung mit der NSDAP und ihren Hintermännern, den internationalen deutschen Großkapitalisten und den ostelbischen Junkern. Gerlach begann seine Ausführungen mit der Kennzeichnung der heutigen Zeit. Was ist besser geworden, seit das Volk den Nazi nachläuft? Von 1930 bis 1931 haben die Nazi ihre Stimmenzahl von 6 auf 12 Millionen verdoppelt. Aber auch die Zahl der Erwerbslosen hat sich von 3 auf 6 Millionen verdoppelt. Was haben die Nazis von ihren Versprechungen bisher wahrgemacht?

Vor zwei Jahren forderten sie auf mannhohen Plakaten Enteignung der Bank- und Börsenfürsten. Heute ist keine Rede mehr von diesen Dingen. Im Gegenteil. Der Großschieber Lahusen, der sich nächstens vor Gericht für seine Millionenverpressung zu rechtfertigen hat, wird von Hitlers Leibadvokat Frank II. verteidigt. Auch ihr Geschrei gegen hohe Gehälter und Pensionen ist heute verstummt. Die jetzige Regierung hat mit dem "Wohlfahrtsstaat" bereits so gründlich aufgeräumt, daß die Tränen der Arbeitsinvaliden, der Kriegsbeschädigten und Kriegswaisen und die Verzweiflungsausbrüche der Erwerbslosen zum Himmel schreien. Das ist die Frucht des Systemswechsels. Die Leute, die nicht mehr mit Notverordnungen arbeiten wollten, erließen in 14 Tagen bereits 4 von so ungeheurer Belastung für das Volk, die alles in den Schatten stellt. Den Besitz hat man aber nicht nur geschont, sondern sogar durch die Ermäßigung der Industrieabgabe entlastet. Ist es wahr, daß diese Notverordnung von der Regierung Brüning vorbereitet war? Auch das ist Lüge. Brüning wollte keine Belastung der Kriegsoffer. Ein großzügiges Siedlungsprogramm sollte den bankerotten Großgrundbesitz ent-

eignen. Die Krisensteuer sollte 1933 aufgehoben werden. Statt dessen wurden von der Papen-Regierung das SA-Verbot aufgehoben und blutigster Terror im Lande großgezogen. Die Regierung der nationalen Konzentration hat den Erfolg, daß sich die süddeutschen Länder gegen die Maßnahmen dieser Regierung auflehnten. Und wenn nun die ordnungsliebenden Länder des Separatismus oder der Reichsuntreue beschuldigt werden, so ist dazu nur zu sagen, daß der Süden und auch der Westen nicht gewillt sind, eine Diktatur ostelbischer Junker zu ertragen. Es ist auch ein Trugschluß, wenn die Herrschaften glauben, daß bei einem Generalstreik die 6 Millionen Erwerbslosen ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen würden. Heute hat die Reaktion leider noch einen starken Bundesgenossen in der Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Die Uneinigkeit muß angesichts der drohenden Gefahr restlos verschwinden. Wir haben innen- und außenpolitisch Recht gehabt, als wir die Regierung Brüning tolerierten und die Reaktion von der Macht fernhielten. Den Beweis dafür erleben wir in der jetzigen Reichsregierung. Formiert noch einmal die Front! Laßt die drei Pfeile fliegen, dann werden wir den Tag erleben, an dem es wieder aufwärts geht, dann werden wir die Morgenröte einer besseren Zukunft schauen. Am 31. Juli wählt jeder Liste 1, Sozialdemokraten.

Begeisterter Beifall dankte dem Redner für seine temperamentvollen, treffenden Ausführungen. Mit einem kurzen Schlußwort des Versammlungsleiters und einem anfeuernden Marsch der Reichsbannerkapelle wurde die imposante Kundgebung geschlossen."

Die Parteidistrikte Ruhrort und Laar bildeten vor 1918 eine organisatorische Einheit. Die steigende Mitgliederzahl bis Herbst 1919 ließ jedoch eine Trennung wünschenswert erscheinen. Laar und Ruhrort bildeten fortan zwei selbständige Filialen. In einem Ruhrorter Geschäftsbericht heißt es:

"Nun gilt es zu zeigen, daß wir lebens- und entwicklungsfähig sind. Unser Ehrgeiz muß es sein, unsere Filiale zu einer der stärksten und schlagfertigsten des Wahlkreises herauszubilden."

Die uns bekanntgewordenen Vorsitzenden des Distriktes Ruhrort sind Heller-

berg (1920), Joniack (1921) und Frensemeier (1927).

Einen Einblick in das Alltagsleben der Filiale Laar gibt uns ein Ausschnitt aus dem Jahresbericht 1927, der während einer Generalversammlung im Lokal des Wirtes Helbig von dem damaligen Filialleiter Pfeffer vorgetragen wurde:

“Im Jahr 1926 haben stattgefunden: 9 Mitgliederversammlungen, 10 Funktionärssitzungen, 3 Vorstandssitzungen und die Maifeier. Die Filiale weist einen stabilen Mitgliederbestand auf.”

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Fingerhut (1. Vorsitzender), Fritz Rosenstengel (2. Vorsitzender), Petras und Genossin Sprenger (1. und 2. Kassierer), Ziegler und Helbig (1. und 2. Schriftführer) und die Genossinnen Hirtsiepen und Petersen (Beisitzerinnen). Ab 1928 übernahm den Vorsitz des Distriktes Laar Jean van Kessel.

Zum Distrikt Beeck wird uns mitgeteilt, daß im Januar 1925 beschlossen wurde, einen eigenen Agitationsbezirk Beekerwerth innerhalb der Filiale Beeck zu bilden. Die Leitung dieses Bezirkes übernahm der Gen. Sulz, die Kassengeschäfte übernahm der Gen. Illert.

Im Juli 1930 führte der Distrikt Beeck einen kommunalpolitischen Abend durch, zu dem die sozialdemokratischen Stadtverordneten Sander und Frenzel eingeladen worden waren. Die “Neuesten Nachrichten” vom 23. Juli 1930 schildern den Ablauf dieses Abends:

“Im Schlachthofsaale in Beeck versammelten sich am Freitag unsere Parteigenossen und SPD-Wähler, um aus be-rufenem Munde Aufklärung zu erhalten über das Wirken unserer Fraktion im Stadtparlament. Die Genossen Sander und Frenzel zeigten recht klar die reaktionäre, arbeiterfeindliche Einstellung der bürgerlichen Wahlgemeinschaft und des Zentrums. Inwieweit Worte und Taten dieser Parteien übereinstimmen, läßt sich am besten an ihrem “Sparprogramm” erkennen. Beispiel: Es werden, um zu sparen, zwei Beigeordnete neu eingestellt, für die von vornherein keine Arbeit vorhanden war. Die städtischen Volksschulen werden durch Entziehung der notwendigsten Mittel fast arbeitsunfähig gemacht, aber für zwei private ka-

Öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei

**Samstag, den 14. November, 20 Uhr
im Lokale Konrads in Dbg.-Beeck, am
Denkmal. Reichstagsabg. Limbertz,
Essen, spricht über**

Faschismus, Bolschewismus oder Sozialismus?

**Genossinnen und Genossen, sorgt für
guten Besuch.**

*Veranstaltungsanzeige einer öffentlichen Versammlung der SPD in Duisburg - Beeck
(Niederrheinische Volksstimme 14. 1. 1932)*

tholische Mädchenlyzeen werden 60 000 Mark bewilligt. Für Wohnungs- und Straßenbau ist kein Geld aufzutreiben, aber an der Sanierung des Schifferkindeheimes in Ruhrort sollte sich die Stadt beteiligen. 450 000 Mark Zuschuß für das bestbesuchte Hamborner Stadttheater konnten nicht aufgebracht werden (Theaterbesucher sind überwiegend Arbeiter), aber 1 1/2 Million Mark ist die Aufrechterhaltung des Duisburger Hauses wert (Besuch von Arbeitern nicht erwünscht, wir wollen unter uns bleiben). Der drohenden Entsitlichung hat man durch Erhöhung der Badepreise in den Freibädern vorgebeugt. Wozu braucht auch der Vater mit Frau und Kind ins Wasser? Diese Beispiele arbeiterfeindlicher Kommunalpolitik lassen sich weiterspinnen über die geplanten Straßenbahnerentlassungen bis zu dem Beschluß, die Pflichtarbeit beizuhalten. Alle Besserungsvorschläge unserer Fraktion wurden immer niedergestimmt. In den vorbereitenden Ausschüssen wäre schon manchmal etwas zu erreichen gewesen, wenn die Kommunisten nicht so oft gefehlt hätten. Es ist nicht damit getan, daß in Versammlungen radikal geredet und über alles geschimpft wird und dann, wenn dem Gegner etwas abgerungen werden soll, niemand da ist. Mit der Bitte, auch in Zukunft treu zur Partei und Fraktion zu stehen, endeten die Berichte. - Genosse Karl Müller erinnert an die Auflösung des Reichstages und fordert auf zu treuer Pflichterfüllung für die Partei im Wahlkampf.”

Die SPD-Ortsvereine im Duisburger Süden gehörten bis 1929 zum Unterbezirk Düsseldorf. Erst mit der kommunalen Neuordnung kamen sie zum Unterbezirk Duisburg-Wesel.

Einige Hinweise über das Parteileben in Wedau-Bissingheim liegen uns aus den Jahren bis 1929 vor.

Die Parteimitglieder diskutierten anläßlich einer Monatsversammlung im Oktober 1924, “ob es für die hiesige Ortsgruppe der SPD, die bis jetzt dem Unterbezirk Düsseldorf angehört, nicht agitatorisch besser sei, nach Duisburg angeschlossen zu werden”. Die Versammlung einigte sich darauf, die Duisburger SPD-Zeitung “Volksstimme” zu beziehen, aber organisatorisch weiterhin der SPD Düsseldorf zugerechnet zu bleiben.

Aus Anlaß der fünfzigjährigen Wiederkehr der Verkündung des Sozialistengesetzes veranstaltete der Ortsverein Wedau-Bissingheim im Lokal des Wirtes Dickmann am 21. Oktober 1928 eine Gedenkfeier. Die “Volksstimme” schrieb dazu:

“Die Gedenkrede hielt Genosse Sangs, Düsseldorf. Ein Musikstück leitete die Feier ein, und nach einem von dem Jugendgenossen Otto gesprochenen Prolog begann Genosse Sangs seine Festrede. Die schwerste, aber auch ruhmreichste Zeit in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wären die 12 Jahre Ausnahmegesetz. Der Redner

hob besonders den Opfermut und die Unerschrockenheit der Genossen hervor, die trotz Gefängnisstrafen und sonstigen Polizeischikanen ihre Existenz für den Sieg der Sozialdemokratie aufs Spiel setzten. Mit einem Appell, besonders an die Jugend, sich an dem damaligen Verhalten der Genossen ein Beispiel zu nehmen, beendete Genosse Sangs seine Rede. Rezitationen, Lieder zur Laute und sonstige Darbietungen der Jugend trugen dazu bei, den Abend zu verschönern. Mit dem gemeinsam gesungenen Sozialistenmarsch endete die gut besuchte Veranstaltung."

Die folgende Schilderung einer Werbeveranstaltung des Ortsvereins Wedau veröffentlichte die "Volksstimme" am 26. April 1929:

"Die Jahresfeier, verbunden mit Werbeveranstaltung des Ortsvereins Wedau der SPD im neuen Saalbau Wedau erfreute sich eines überaus guten Besuches. Eingeleitet wurde der Abend durch einen Vortrag des Orchesters der weltlichen Schule Neudorf. Rezitationen von Heinrich Heine wurden vom Genossen Gert Schreiner stimmungsvoll zum Vortrag gebracht. Nach einem humoristisch-satirischen Vortrag der "Hackenberger", Kettwig, betitelt: "Vor fünfzig

Jahren", der wie alle übrigen Darbietungen dieser kaum zu überbietenden Komiker stürmischen Anklang fand, betrat Genosse Polizeipräsident Meyer, lebhaft begrüßt, die Bühne. In 3/4stündiger Ansprache erläuterte er Werdegang und Ziele der Partei, gipfelnd in der Aufforderung, allezeit Kämpfer zu sein. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Anschließend Tanzbelustigung hielt die durch die reichhaltigen Darbietungen froh bewegten Teilnehmer in voller Harmonie bis zur Polizeistunde beisammen, ein Beweis, daß der Sozialismus auch in Wedau marschiert."

1929 gehörten dem Vorstand des Ortsvereins Bissingheim an: A. Frenzel (1. Vorsitzender), Svenson (2. Vorsitzender), Steinfals (1. Schriftführer), Fritz Otto (2. Schriftführer), Röschmann (1. Kassierer), Trocha (2. Kassierer) und als Beisitzer die Genossin Schröder und W. Otto.

Es ist kaum möglich, eine befriedigende Schilderung der Entwicklung der Hamborner Distrikte Alt-Hamborn, Marxloh, Bruckhausen-Alsum und Schmidthorst-Neumühl für die Jahre der Weimarer Republik zu geben. Lediglich einige Namen von Distrikt-Vorstandsmitgliedern und einige wenige Berichte über Mitgliederversammlungen sind uns überliefert: Graf, Scholz, Gerloff, Höps, Müßig und Schmidt (1928, Alt-Hamborn); Borges (1927), Martin (1928, Marxloh), Hömmerich, Golinski, Dell, Walther, Teistel und Wilhelm (1928, Bruckhausen); Kießling, Flechsig, Struntz und Weiß (1928, Schmidthorst-Neumühl). Scholz (1. Vorsitzender), Adolph (2. Vorsitzender), Gerloff (Kassierer), Bohrenkämper (Schriftführer), Müßig, Adolph und Trautmann (1929 Distrikt Alt-

Hamborn, weibliche Vertrauensleute): Hömmerich (1. Vorsitzender), Golinski (2. Vorsitzender), Dell (Kasse), Walther (Schriftführer), Treistel, Wilhelm und Fr. Beltermann, (1929, Distrikt Bruckhausen-Alsum, Beisitzer); Kießling (1. Vorsitzender oder Distriktleiter), Babel (2. Vorsitzender), Struntz (Schriftführer), Weiß (Kassierer), Genossin Weiß, (1929, Distrikt Schmidthorst-Neumühl, weibliche Vertrauensperson).

Die zwei folgenden Berichte aus der sozialdemokratischen Tageszeitung "Neueste Nachrichten" aus den Jahren 1930 und 1932 und der Bericht der "Volksstimme" vom Februar 1929 beschreiben einen Ausschnitt der politischen Arbeit der Hamborner Parteidistrikte Bruckhausen-Alsum und Marxloh:

"Daß der Distrikt Bruckhausen von einem unversiegbaren Kampfeswillen durchdrungen ist, davon zeugte die im Lokale Eickermann tagende Mitgliederversammlung. Nach dem ersten Punkt der Tagesordnung... nahm Gen. Hohmann das Wort zu seinem Vortrag über Vergangenes und Zukünftiges in der Partei. Der Referent kennzeichnete u. a. die Art und Weise, wie alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zusammentrafen in dem Vernichtungswillen gegen die Sozialdemokratie. Trotzdem stehe die Partei immer noch wie ein Fels in der brodelnden Brandung da. Auch der Distrikt Bruckhausen habe sich verhältnismäßig, gemessen an der Wahlbeteiligung und der maßlosen Hetze von allen Seiten, sehr gut geschlagen. Wir dürfen trotzdem nicht verkennen, daß die Situation für die Partei kritischer denn je ist. Es sei aber durch den Ausgang der Wahlen festzustellen, daß der Kapitalismus sehr viele Gegner mehr bekommen habe. Dies beweise die starke Zunahme der Nazi-partei. Diese Partei, die angeblich den Sozialismus will, aber den wissenschaftlich von Marx und Engels erforschten Sozialismus ablehnt und offensichtlich vom Geldsack ausgehalten wird, habe alle die durch die vom Kapitalismus erzeugte Weltwirtschaftskrise zu Gegnern der Kapitalisten gewordenen Wähler aufgesogen. Bedauerlich dabei sei, daß diese Menschen bei ihrem ersten Schritt als Gegner der Kapitalisten nicht zu uns gestoßen, sondern den Kapitals-

Gegen Massenelend und Bürgerblock-Diktatur! Für den Aufstieg der Arbeiterklasse!

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Freitag, 22. August:

Meiderich, im Volkshaus, Mühlenstraße, abends 7,30 Uhr. Redner: Reichstagsabgeordneter Fritz Ebert, Berlin.

Bissingheim, im Lokale Dismann, abends 8 Uhr. Redner: Reichstagsabgeordneter Thabor, Krefeld.

Samstag, 23. August:

Dinstalben, im Saalbau Nau, abends 7 Uhr. Redner: Reichstagsabgeordneter Fritz Ebert, Berlin.

Sonntag, 24. August:

Maljum, im Waldschlößchen, vormittags 10,30 Uhr. Redner: Reichstagsabgeordneter Gerlach, Düsseldorf.

Genossen! Sorgt für Massenbezug!

Erscheint selbst reiflos!

Veranstaltungsanzeige Neueste Nachrichten vom 21. 8. 1930

knechten ins Garn gegangen seien.

Nachdem Hohmann alle Parteien hatte Revue passieren lassen und auch den Weg aufgezeigt, den die Partei gehen müssen wird, kam er zu der Feststellung, daß Waren und Bedarfsartikel sowie Arbeitskräfte in Hülle und Fülle vorhanden seien, aber trotzdem Menschen hungernd und zerrissen herumlaufen müssen. Durch die Industrialisierung der früheren Absatzgebiete der deutschen Industrie in den Auslandsstaaten wird es niemals mehr möglich sein, den durch die erhöhte Produktionsleistung bedingten erhöhten Absatz zu schaffen, und es werden weiter die Läger überfüllt sein sowie überschüssige Arbeitskräfte abgestoßen werden, was eine noch größere Verelendung der breiten Masse zur Folge haben wird. Und wer da glaube, wie Herr Brüning, durch kleine und kleinlichste Steuern die durch den Kapitalismus geschaffene Krise zu überwinden, der sei auf dem Holzwege. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird und muß ausgetragen werden, und die Entwicklung zeige, daß letzten Endes kein anderer Ausweg bleibt, als die Profitwirtschaft in die Bedarfswirtschaft hinüberzuleiten. Daß der dazu günstigste Moment von der Partei ins Auge gefaßt und ausgenützt werden müsse, sei selbstverständlich und erfordere, daß alle Genossinnen und Genossen sich darauf einstellen, dem Rufe der Partei zu folgen. Bis dahin heiße es noch intensiver als bisher für die Partei zu werben. In den Diskussionen zeigte sich, daß die Parteimitgliedschaft die von Gen. Hohmann gemachten Ausführungen voll und ganz unterstreicht und Willens ist, für die Partei auch weiterhin mit ihrer Person einzustehen“.

Über eine weitere Versammlung in Bruckhausen wurde geschrieben:

“Die Jahresgeneralversammlung des Parteidistriktes Bruckhausen legte Zeugnis ab von dem unbeugsamen Willen der Partei, die in der jetzigen schwierigen Krise so notwendige Treue zu halten bis zum äußersten. Der Distriktleiter konnte in seinem Bericht über das verflossene Jahr einen erheblichen Mitgliederzuwachs bekannt geben, woraus zu erkennen ist, daß die Spaltung an dem Distrikt Bruckhausen nichts ausrichten konnte. Durch die einstimmige Wieder-



Zweigstelle der Niederrheinischen Volksstimme in Hamborn

wahl kam das Vertrauen der Mitgliedschaft zum Ausdruck. Die Kinderfreundebewegung wurde wieder ins Leben gerufen und die Mitgliedschaft wird aufgefordert, ihre Kinder bei dem Genossen Hans Wilhelm, Heinrichstraße 89, 2. Etage, anzumelden. Als Unterkunft ist der Römerhof in Beeck in Aussicht genommen. Weiter sei mitgeteilt, daß am 5. Februar eine Frauenwerbeveranstaltung stattfindet, zu der auch Freunde unserer Sache eingeladen werden. Näheres folgt durch Zeitungsnotiz. Zum Schlusse der gut besuchten und gut verlaufenen Versammlung richtete der Vorsitzende an die Genossen die Mahnung, sich in die eiserne Front aktiv einzureihen, indem die noch abseits Stehenden sich dem Reichsbanner zur Verfügung stellen.“

Aus Marxloh wurde von der Jahreshauptversammlung 1929 berichtet:

“Seine diesjährige Generalversammlung hielt der Distrikt Marxloh am letzten Mittwoch im Volkshaus bei sehr schwacher Beteiligung der Parteimitglieder ab. Der Distriktsleiter Genosse Martin eröffnete die Versammlung mit einer Ehrung der Toten des vergangenen Jahres und wies auf die Hauptaufgaben, welche sich der Distriktvorstand gestellt hatte, hin. Neben der Vorbereitung für die Reichstagswahl, die im Distrikt der Partei einen guten Stimmenzuwachs

brachte, wurde die Reorganisation der Kassierung in Angriff genommen.

Die von der Parteileitung gewünschte Werbewoche hatte wegen der ungünstigen politischen Situation kein zufriedenstellendes Ergebnis, doch hat sich der Mitgliederstand im Laufe des Jahres gehoben.

Es fanden 4 Mitgliederversammlungen und 7 gutbesuchte Funktionärsitzungen statt. Anschließend erstattete Genosse Sons den Kassenbericht, der ein Anwachsen der Beiträge aufweist. Bei der anschließenden, äußerst regen Debatte wies u. a. Genosse Hohmann daraufhin, daß der Distrikt Marxloh sich im Rahmen des Ortsvereins äußerst gut gehalten habe.

Die nachfolgende Wahl ergab einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes mit Ausnahme des Kassierers, der nach zehnjähriger Tätigkeit um Entlastung von diesem Amt bat.

Es fungieren im neuen Jahr als Distriktsleiter Genosse Martin, als Stellvertreter Genosse Borges, als Schriftführer Genosse Tauffmann, als Kassierer Genosse Lenz und Senbusch und als 2. Schriftführer Genossin Cremers.

Zu Jugendobleuten wurden die Genossin Graber und Genosse Tauffmann gewählt. Zur Unterbezirkstagung entsandte die Versammlung die Genossen Mühs und Kanzler.“

Schwer hatte es die SPD, in Walsum Fuß zu fassen. In den ersten Jahren der

Reichsminister a. D. Rudolf Hilferding

spricht

Mittwoch abend in **Walsum** im Lokale Tofahren, Provinzialstraße,
Donnerstag abend in **Duisburg** in der Tonhalle.



Männer und Frauen der Eisernen Front, sorgt für Massenbesuch trotz Demonstrationsverbots

Veranstaltungsanzeige der SPD (Volksstimme vom 19. 7. 1932)

Weimarer Republik bekamen die Walsumer ideelle Unterstützung durch den Ortsverein Hamborn. Viele Mitgliederversammlungen wurden gemeinsam durchgeführt, wie die vom 11. November 1923 im "Waldschlößchen" in Walsum, auf der Karl Huschke zur gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung nahm:

"In ruhiger sachlicher Form streifte Genosse Huschke in chronologischer Folge unsere Bewegung der letzten 3 Jahre, wobei er die Fehler, die unsere Partei gemacht hat, ohne weiteres zugegab - Fehler, aus denen wir für die Zukunft zu lernen haben. Einen breiten Raum nahmen natürlich die letzten Vorgänge im unbesetzten Gebiet, namentlich in Sachsen und Bayern ein; Ebenfalls die Frage, ob große oder kleine oder gar keine Koalition. Im Bezug auf die Stellungnahme eines Teiles der Parteigenossen, die den Ausschluß des Reichspräsidenten Genosse Ebert forderten, glaubte Genosse Huschke vor voreiligen Beschlüssen warnen zu müssen, weil bisher die Frage rechtlich noch garnicht geklärt sei, ob Ebert wirklich gegen die Reichsverfassung verstoßen habe. Über die Bereitschaft unserer Genossen in Mitteldeutschland für den Kampf gegen die Reaktion macht der Genosse Huschke einige wichtige Mitteilungen.

Nachdem er noch einige Ausführungen über das neue im Entwurf vorliegende Arbeitszeitgesetz gemacht hatte, ging er zu den wirtschaftlichen Verhältnissen im Ruhrgebiet über, um sich dann zum Schluß mit der Frage des Separatismus zu beschäftigen. Die hierauf folgende Diskussion war eine äußerst rege. In der Hauptsache beschäftigte man sich zunächst mit der Wiederaufnahme der Arbeit, und andernfalls wie den in den nächsten Tagen zu erwartenden endgültigen

Massenentlassungen der Arbeiter und Angestellten, die daraus entstehenden Folgen und was man dagegen zu tun gedenkt. Wurden in der Diskussion sonst auch alle Tagesfragen über die Regierungsbildung, die Vorgänge in Sachsen und Bayern, unser Verhalten gegenüber dem Reichspräsidenten, sowie der wilde Devisenhandel, der sich in Düsseldorf, Köln, Ruhrort, Essen usw. unter den Augen der Behörden abspielt, ausführlich behandelt, so nahm den breitesten Raum das Verhalten der vereinigten Hamborner Kaufmannschaft und ihres Syndikus Dr. Lutsch gegenüber den Konsumenten ein. Es wurde betont, daß diese Leute, nachdem sie es erst dem Volke scheffelweise genommen, jetzt, wo die Not bis zur Unerträglichkeit gestiegen ist, löffelweise wieder zurückgeben, weil sie ihre Fensterscheiben schon wieder klirren hören. Durch Spenden will man das ausgesogene Volk wieder beruhigen. Es sei zugegeben, daß eine Anzahl ehrlich denkender Kaufleute ihr möglichstes gegeben haben, um so mehr Empörung rief die Mitteilung hervor, daß ein angesehenes Geschäftsmann, dessen Name man leider nicht erfahren konnte, um die Ärmsten der Armen noch zu verhöhnen, ein großes Paket mit lauter Ein- und Zweimarkscheinen - alles fein gebündelt - abgegeben hat. - Nachdem noch die Genossen Stock (Walsum) und Masz (Hamborn) als Delegierte zum Niederrheinischen Parteitag gewählt wurden, erreichte die Versammlung nach 5stündiger Dauer ihr Ende."

Erst Ende der 20er Jahre gelang es dem Ortsverein Walsum-Wehofen, die Organisation politisch und personell zu festigen. In einem Jahresbericht vom Februar 1927 finden wir zur Situation des Ortsvereins folgenden Hinweis:

"Die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit, so führte der erste Vorsitzende

Genosse Schmitz aus, hatte immer wieder das Ziel, Aufklärung der Mitgliedschaft und Gewinnung neuer Mitglieder, um die Organisation am Orte so zu stärken, daß sie in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterschaft in jeder Weise wahrzunehmen. Der Ortsverein ist diesem Ziel im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Stück näher gekommen, was die Mitgliederzahlen, die um 20 % gestiegen sind, bewiesen. Im vergangenen Jahr ist es auch gelungen, eine eigene Gruppe der SAJ zu gründen."

Von einer Jahreshauptversammlung aus dem Jahre 1932 der Walsumer SPD berichteten die "Neuesten Nachrichten" vom 6. Februar 1932 folgendes:

"Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Walsums versammelten sich zur Jahresschau. Nach der Begrüßung gedachte der Vorsitzende zunächst der vorstorbenen Mitglieder. Sodann gab er einen übersichtlichen Geschäftsbericht. Reger Besuch aller Veranstaltungen zeugte von der innigen Verbundenheit von Partei und Mitgliedern. Auch die Frauenversammlungen hatten durchschlagenden Erfolg. Die Jugendabteilung hat wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen, so daß sie heute stärker als je dasteht. Sodann streifte er einzelne politische Momente. Ebenso beifallsfreudig wurde der Bericht über die Tätigkeit der Fraktion im Gemeinderat aufgenommen, wenn auch die Arbeit derselben durch weitgehende Konzessionen an die Vorsteher von Gemeinden und Städten durch die Notverordnung behindert ist. Trotz der politischen und wirtschaftlichen Krise hat sich der Mitgliederbestand gehoben. Günstig war auch der Kassenbericht, den der Kassierer gab. Ein Mitglied des Kreis Ausschusses gab dann noch einen umfassenden Bericht über die Lage des Krei-

ses Dinslaken, der weniger erfreulich war. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde insgesamt wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte im Namen des Vorstandes für das erwiesene Vertrauen und versprach, im kommenden Jahr in derselben Weise zu arbeiten, wie bisher. In der allgemeinen Aussprache war man sich darüber einig, daß das Jahr 1932

ein Schicksalsjahr der deutschen Republik sein würde, aber die einzelnen Ausführungen ließen erkennen, daß man die mit schweren Opfern erkämpften Rechte nicht kampflös preisgeben will. Die Republik wird von Männern beschützt, die in politischer und wirtschaftlicher Erwägung erkennen, wohin der Kurs der Gegner geht. Diese entschlossene Haltung kam eindeutig zum Aus-

druck, und begeistert sang man als Abschluß und Treubekennnis das Lied: "Brüder zur Sonne, zur Freiheit!"

Vorsitzende des SPD-Distriktes Walsum - Wehofen waren die Genossen Leichsenring (1930) und Schmitz (1931 und 1932).

Sozialdemokratische Bildungsarbeit

Die Arbeiterkulturbewegung und Arbeiterbildungsbewegung im Raum Duisburg erreichte in der Weimarer Republik eine neue Qualität und bisher unbekannte Ausmaße. Im Kaiserreich hatte sich die Arbeiterkulturbewegung nicht wirklich entfalten können. Das reaktionäre Vereinsgesetz und die ständigen Überwachungen durch die Polizei behinderten die Entwicklung einer eigenständigen Arbeiterkultur.

Die Novemberrevolution 1918 und die Errichtung der Weimarer Republik brachten der deutschen Arbeiterbewegung größere politische und auch kulturelle Bewegungsfreiheit. Zahlreiche Arbeiterkulturorganisationen bildeten sich im Duisburger Gebiet. Bereits bestehende, die ihren Ursprung um die Jahrhundertwende hatten, konnten sich nun voll entfalten. Über die Freie Volksbühne, die Arbeitergesangvereine und die vielen Umfeldorganisationen der Sozialdemokratie wird in einem eigenen Kapitel berichtet. Hier sollen zunächst die mit der Partei unmittelbar verknüpften Bildungsbestrebungen dargestellt werden.

Anfang 1919 gründete die SPD in Duisburg eine "Zentrale für Arbeiterbildung", die Kurse über politische, gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen anbieten sollte. Darüber hinaus beinhaltete der Bildungsplan Organisations- und Agitationsfragen.

Die "Zentrale für Arbeiterbildung" befand sich zu dieser Zeit auf dem Pulverweg 86. Als Lehrer stellten sich zur Verfügung: Jagan, H. Cremers, H. Krupp, J. Leimpeter und Wilhelm Schluchtmann, der zugleich Vorsitzender des Bezirksbildungsausschusses war. Der Unterricht fand viermal in der Woche statt; vormittags, nachmittags oder abends, damit die Schichtarbeiter an den angebotenen Kursen teilnehmen konnten.

Daneben bestanden die Ortsbildungsausschüsse; im Unterbezirk Duisburg-Wesel gab es 1922 sieben davon. Deren Tätigkeit fand zu dieser Zeit aber erhebliche Kritik. Sie erschöpfte sich in der Regel in der Organisation von Theatervorstellungen.

"Zusammenhängende Kurse zur geistigen Vertiefung unserer Mitglieder haben... überhaupt nicht stattgefunden."

In den folgenden Jahren gelang es der Partei aber, nicht zuletzt durch die Bildung eines zentralen Bildungsausschusses für den Unterbezirk, die Bildungsarbeit zu intensivieren. Volkswirtschaftliche Kurse fanden bei den Duisburger und Hamburger Parteimitgliedern großen Zuspruch. Kurse zum Thema Kultur, Sozialpolitik, künstlerische Veranstaltungen und Lichtbildervorträge folgten. Auch den Frauen boten die Bildungsausschüsse ein Programm an. Man beschränkte sich hierbei aber auf die Vermittlung von Kenntnissen zu den proletarischen Dichtern, über das Leben der Frauenrechtskämpferinnen und auf das gemeinsame Singen von Volksliedern.

Einen weiteren Anstoß erhielt die Bildungsarbeit der SPD im Unterbezirk durch die Leipziger Kulturwoche (der ersten ihrer Art), die im August 1924 stattfand.

Nachstehend aufgeführt

ZEITSCHRIFTEN

empfehlen wir dringend zum Bezug.

„Die Gewerkschaft“, Internat. Revue für Sozialismus u. Politik, Monatschrift, herausgeg. Rudolf Hilferding	1.20
„Die Woche“, sozialist. Wochenchrift für Politik, Wirtschaft und Kultur	0.20
„Sozialistische Monatshefte“, Monatschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, Technik, Kunst	0.50
„Die neue Internationale“, führende Literaturzeitschrift, wöchentlich ein Heft	2.00
„Der neue Starke“, Monatschrift für Literatur, Politik, Kunst	0.50
„Der neue Strom“, Blätter des jungen Rheinlandes, Monatschrift der Jugendbewegung	0.50
„Neues“, Monatschrift f. Naturwissenschaft, Technik, Kultur, mit hoch. Sachbeilage 120. geb. Hochbeilage Quartal	1.00
„Die Arbeiter“, Wochenchrift für Politik, Kunst, Wirtschaft	0.50
„Die Arbeiter“, Monatschrift für Körperkultur und Lebensreform	1.00

Nicht vergessen!

„Licht und Luft“, das republikanische Wirtsch. Heft, jede Woche ein Heft
 0.25 |

Die heutige Zeit verlangt nach gut informierenden Zeitschriften, denn die Zeitungen, die sich immer mehr auf Tagesereignisse beschränken, können alle Probleme, die der Lösung harren, nicht eingehend behandeln. Die vorstehend aufgeführten Zeitschriften sind geeignet, diese Lücke zu schließen.

Buchhandlung Volksstimme
Duisburg, Marienstraße 23.

Anzeige der Buchhandlung Volksstimme (Niederrheinische Volksstimme vom Juli 1924)

In ähnlicher Weise führte man über die Ostertage des Jahres 1925 auch in Duisburg eine Kulturwoche durch. Im März 1928 berichtete der Vorstand des Unterbezirks Duisburg-Wesel über die Bildungsarbeit für das Geschäftsjahr 1927/28:

"Überall zeigte sich das Bestreben nach verstärkter und vertiefter Massenbildung, nach Ausbildung von Funktionären in der Arbeiterbewegung und Einführung der heranwachsenden Jugend in die sozialistische Gedankenwelt."

Der Unterbezirksbildungsausschuß setzte sich deshalb das Ziel, "ein größeres Maß von Wissen über die wichtigsten Gegenwartsfragen zu vermitteln... auch die Funktionäre mit den notwendigen sachlichen und fachlichen Kenntnissen



1. Buchhandlung der Niederrheinischen Volksstimme in Duisburg, Marienstraße 29

in Gesellschaft- und Staatswissenschaft, Wirtschafts- und Naturwissenschaften auszurüsten.“ Ein zunehmendes Interesse für die Bildungsangebote der örtlichen Ausschüsse war die Folge.

Im Dezember 1929 faßte die Partei die verschiedenen Ansätze der Arbeiterkulturbewegung in Duisburg durch die Gründung eines Kulturkartells zusammen:

“Es soll versucht werden, eine Arbeitsgemeinschaft aller Kulturorganisationen anzustreben. Der Bildungsausschuß soll zu einem Kulturkartell erweitert werden, dergestalt, daß alle Organisationen diesem ihre Bildungsprogramme einreichen, so daß das bisherige Durcheinander durch ein sinnvolles Miteinander-Arbeiten ersetzt wird. Darüber hinaus verpflichten sich alle Organisationen, ihre Feste im Sinne einer sozialistischen Festkultur und im Hinblick auf das sozialistische Endziel zu gestalten.“

Das “Arbeiter-Kultur-Kartell” gab sich folgende Richtlinien:

“1. Förderung der Zusammenarbeit und Pflege des Gemeinschaftsgefühls und der gegenseitigen Unterstützung unter den angeschlossenen Organisationen.

2. Veranstaltung mustergültiger, öffentlicher Darbietungen, besonders an Gedenk- und Festtagen der Arbeiterschaft.

3. Beratung und Förderung der angeschlossenen Organisationen in Bezug auf den ideologischen und künstlerischen Erhalt ihrer eigenen Feste.

4. Zentrale Leitung aller öffentlichen

Veranstaltungen und Aktionen kultureller Art.

5. Förderung und Erziehung der Kinder und der arbeitenden Jugend.

6. Einheitliche Propaganda für alle größeren Veranstaltungen.“

Trotz der Wirtschaftskrise, die Duisburg besonders hart getroffen hatte, ist in den Jahren bis 1932 eine beträchtliche Steigerung der Bildungs- und Kulturarbeit möglich gewesen. Sie wurde seit 1930 auf die aktuellen Tagesfragen aus Politik und Wirtschaft eingestellt, wobei auch den besonderen Bedürfnissen der jüngeren Parteimitglieder Rechnung getragen wurde.

Im Vordergrund standen folgende Themen: “Faschismus - Das Programm der NSDAP”, “Wirtschaftskrise und Arbeiterschaft”, “Krise des Parlamentarismus und der Demokratie”, “Die Aufgaben der jungen Generation in der Partei” und “Der Fünfjahresplan der Sowjetunion”.

Ein besonderes Problem bedeutete die Massenarbeitslosigkeit. Die größeren örtlichen Bildungsausschüsse des Unterbezirks führten spezielle Veranstaltungen für Erwerbslose durch.



Innenansicht der Buchhandlung Volksstimme

Feste und Feiern

Im Mittelpunkt der kulturellen Betätigung der sozialistischen Bewegung standen die Feste und Feiern, die den einzelnen, den Erwachsenen ebenso wie das Kind, gefühlsmäßig ergreifen und an sozialistische Ideen binden sollten. Die sozialistische Gemeinschaft hielt für ihre Anhänger von der frühen Jugend bis ins Alter und zum Tod eine Reihe von Fest- und Feiertagen, von Zeremonien und Ritualen bereit, die den Alltag erhöhen, den Beginn oder das Ende eines Lebensabschnittes herausheben sollten.

Während die Jugendweihen, Sonnenwendfeiern, proletarischen Weihnachtsfeiern u.a. sich vor allem an die eigene Mitgliedschaft wandten, dienten die Revolutionsfeiern, die Verfassungsfeiern, die Maifeiern, der Gedenktag an die Märzgefallenen von 1848, die Lassallefeiern ebenso sehr der propagandistischen Wirkung nach außen und der Vermittlung sozialistischen Gedankengutes. Kulturelle Programmpunkte fanden sich aber auch bei den großen Kundgebungen und Demonstrationen, bei denen die verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Bewegung gemeinsam auftraten.

Bei keiner Veranstaltung fehlten Arbeitersänger mit der Aufführung von traditionellen Arbeiterliedern und "sozialistischen Kantaten", und ohne die Mitwirkung der sozialistischen Arbeiterjugend wäre kaum ein Fest und kaum eine Feier der Duisburger Arbeiterbewegung zu einem Erfolg geworden. Mit ihren Sprech- und Bewegungschören, mit ihren Rezitationen und Liedern suchte gerade die SAJ in den 20er Jahren neue künstlerische Ausdrucksformen.

Der traditionsreichste Festtag der Arbeiterschaft war der 1. Mai, an dem auch in der Weimarer Zeit, über die Spaltung der Arbeiterschaft hinweg, gemeinsame Veranstaltungen möglich waren. Die Maifeiern der 20er Jahre im Duisburger Gebiet waren in ihrer Ausgestaltung große Massenveranstaltungen, wobei die Arbeiterschaft aus den heutigen Duisburger Stadtteilen Innenstadt, Wedau, Bissingheim, Meiderich, Ruhrort, Laar, Beeck, Homberg, Rheinhausen, Hamborn und Walsum jeweils eigene Kundgebungen und Feierstunden durchführte.

Von den Sammelplätzen in den einzelnen Stadtteilen zog man zu den zentralen Kundgebungsorten. Schilder und Plakate, gemeinsam gesungene Lieder propagierten sozialistische Parolen wie Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Frieden, Gegen Imperialismus und Militarismus und vieles andere. In den Demonstrationen, auf den Kundgebungen und bei den Abendveranstaltungen waren alle Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung präsent: Partei, Gewerkschaften, Sozialistische Arbeiterjugend, Kinder-

Märzfeier der SPD, Duisburg-Hamborn

Samstag, den 22. März
Stadttheater Hamborn
Sonntag, den 23. März
Städtische Tonhalle,
Duisburg

Sozialistische

Revue

Orchester, Volkschöre,
Sprechchöre,
Szenen, Chansons

Einlaß 7.30 Uhr
Beginn 8.00 Uhr

Eintrittspreis 60 Pfg.
Karten sind zu haben bei allen Funktionären,
im Parteibüro sowie in der Bücherstube Dietz

Anzeige einer sozialistischen Revue (*Niederrheinische Volksstimme* vom 19. 3. 1930)

freunde und die vielen Kultur-, Sport- und Selbsthilfeverbände ebenso wie das Reichsbanner. Rote und schwarz-rot-goldene Fahnen prägten das Bild. Die "Niederrheinische Volksstimme" vom 2. Mai 1921 veröffentlichte folgende Schilderung einer Maikundgebung in Duisburg:

"...Solch einen Zug hat Duisburg schon lange nicht mehr gesehen. In allen Stadtteilen hatten die Gewerkschaften, die Genossen der SPD und USPD mobil gemacht. Schon früh drücken mit roten Nelken geschmückte Trupps der Stadt das Gepräge auf, und mit Gesang und Musik sammelten sich die einzelnen Filialen am Stadttheater. Der

Parteigenossen! S.P.D. = Gewerkschaftler!
Rüstet zum Kreisfest der Partei
vom 26. bis 29. September 1925 in Duisburg.

Anzeige für das Maifest der SPD Duisburg (*Niederrheinische Volksstimme* vom 10. 9. 1925)

MAI-FEIER

FEST-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Hamborn

Morgens 10 Uhr im Stadtpark:
**Großes Konzert, Ansprachen,
Kinder- u. Volksbelustigungen**

Nachmittags 3 Uhr:
Großer Festball

in den Lokalen Rosendahl, Harziob, Rodemacher, Obermarzloh, Bruckmann, Neumbühl.

Die Musik wird von der 30 Mann starken städtischen Kapelle unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektors Koethke ausgeführt. Bei schlechtem Wetter findet das Konzert in der Stadthalle statt.
Karten für alle Veranstaltungen pro Person 1 Mk.

1919

Bezirk Mülheim

Morgens 9 1/2 Uhr in der Schauburg (Lichtspielhaus), Eppinghofer Straße:
Festakt, bestehend in Konzert, Festrede und Vorführung des zeitgemäßen Filmbewerks „Söhne des Volkes“.

Eintritt 10 Pfg., ohne Herren- oder Damenkarte kein Zutritt. — Nachm. 3 Uhr Sammeln der Festteilnehmer am Kaiserplatz und Spaziergang zum Friedhof „Zum lustigen Schneider“ (Wiese, Wäldchen, St. Bruch). — Ab 4 Uhr nach m.l.

Maifest Konzert u. -Volksbelustigungen für Jung u. Alt. Abends großer Festball.

Im Vorverkauf sind Karten zu haben bei den Punkten der Partei u. der freien Gewerkschaft sowie in der Geschäftsstelle der „Volkstimme“. Herren 1 Mk., Damen 50 Pfg., für die Festkarte außerdem 30 Pfg. 1919/20.

Groß-Duisburg

Morgens 8 Uhr:
Festgruß der Einwohnerschaft
durch die Lauterische Kapelle.

Morgens 10 Uhr in der Städtischen Tonhalle:

Festversammlung
Festspruch, Chorgesang, Festrede.

Einlaßkarten für alle Veranstaltungen zum Preise von Herrenkarte 1 Mk., Damenkarte 50 Pfg., sind bei den Parteifunktionären, in den Parteigeschäftsstellen und in der Buchhandlung der Volkstimme zu haben.

Nachmittags 2 Uhr:
Antreten der Genossen, Genossinnen und Gewerkschaftskollegen mit Familien auf dem Burgplatz am Duisburger Rathaus, zum

Mai-Festzug

Abmarsch mit Musik punkt 2 Uhr zum Kaiserberg. Dortselbst in sämtl. Lokalisationen u. Gartenanlagen der Monning

Großes Doppel-Konzert.

Abends 8 1/2 Uhr Rückmarsch zur Stadt.

Abends 8 Uhr in sämtlichen Räumen und im Garten der Städtischen Tonhalle:

Abendfeier

Orchester-Konzert und Chorgesänge

unter freundlicher Mitwirkung des Volkschors und des Frauen- und Mädchenchors, Duisburg.

Bezirk Sterkrade

Vorm. 10 Uhr bei C. D. Marschhäuser:
Fest-Versammlung
Chorgesang, FESTREDE, Rezitationen.

Nachm. 7 Uhr im Volkspark (Sportwiese), Aufzählung zum

Mai-Festzug.

Nach dem Festzug bei Marschhäuser Abendfeier bestehend in:

Konzert und Ball.
Preis der Festkarte pro Person 1 Mk.

Filiale Buschhausen:
Nach dem Festzug, im Lokale Zahn, Anf. 4 Uhr
Konzert und Ball.

Bezirk Oberhausen

Morgens 7 Uhr Festgruß ausgeführt durch die Wagnerische Kapelle

Mittags 12 Uhr Sammeln am 800markt.
Chorgesang, Festrede.

Hierauf

Festzug
durch Straßen der Stadt nach dem Kaisergarten, Dortselbst:

Konzert, Kinderbelustigungen.

Abends 8 Uhr **Ball** in den Lokalisationen des Kaisergarten, Kätk am Neumarkt, Lehmacher in Axtaden, Mölmann in Dellewig.
Preis der Festkarte pro Person 1 Mk.

Bezirk Dinslaken

Vorm. 10 Uhr, im Lok., Zum Franziskaner's:
Festversammlung

Festrede, Genosse Sebrack, Dinslaken:

Von 4 Uhr nachmittags ab:

Konzert, Theateraufführungen, anshl. Ball.

Filiale Vörde:
4 Uhr nachmittags, im Lokale Westfeld in Spaltes:

Konzert, Festrede, anshl. Ball.

Genossen, Genossinnen! Parteifreunde!

Die diesjährige Maifeier muß zu einer Massenkundgebung für einen gerechten, dauerhaften Völkerfrieden werden.

Auf zur Demonstration! Hoch der Weltfeiertag!



Menschenstrom schien gar kein Ende nehmen zu wollen, und als der "Volkschor" in Gemeinschaft mit dem "Frauen- und Mädchenchor" den sechsstimmigen Chor "Sturm" über die Köpfe der Anwesenden dahinbrausen ließ, lauschten wohl 20.000 Menschen, gepackt von der Musik dieses Uthmannliedes.

Genosse Kleiter entbot den Versammelten die Weihegrüße des Gewerkschaftskartells. Mit kurzen, knappen Worten wies der Redner auf die Bedeutung des Tages hin. Ein Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Solidarität der Arbeiterschaft beschloß die markige Ansprache. Dann setzte sich der Zug in der Richtung Königstraße, Mülheimer Straße, Hansastrasse nach Meiderich in Bewegung.

Er wurde eröffnet durch die Arbeiter-Radfahrer... Ihm folgten die Kinder (ca. 1.000), die Blumen und Girlanden trugen, während die Filialen und Vereine mit roten Fahnen und Emblemen in zwangloser Folge folgten. Die Teilnehmerzahl am Zuge betrug ca. 15.000 Personen, während fast noch einmal so viele, mit Nelken und Karten geschmückt, Spalier bildeten. Ihnen graute wohl vor dem weiten Weg nach Meiderich. Sie haben Unrecht getan, denn mit ihrer Teilnahme wäre die imposante Demonstration zu einer schier überwältigenden geworden. Die Genossen rechts der Ruhr waren in mindestens gleicher Stärke wie die Duisburger angetreten. Und als die beiden Züge aufeinander stießen, schien es, als ob zwei Flüsse sich zu einem Meer vereinten.

"Lord Foleson", von viel hundert Arbeitersängern gesungen, brandete mit gewaltigem Rauschen an die Mauern



Maidemonstration 1925 in Hamborn (v. rechts : Poppert, Vorsitzender des Arbeiter-Radfahrer-Bundes; Zille, Wirt im Volkshaus Hamborn; Ferdinand Jahny)

Meiderichs... Es war aber auch staunenswert, diese wohldisziplinierten Arbeitermassen an- und abmarschieren zu sehen. Das ist eine Macht, mit der man rechnen muß, da gibt es keine Hohlheit und keine Phrase, da gibt es nur einen Willen und der heißt Sieg. Genosse Schluchtmann und nach ihm Genosse Helbig von der USP feierten in zündenden Worten die Bedeutung des 1. Mai. Dann wurde der Heimmarsch angetreten. Gegen 2 Uhr langten die Teilnehmer wieder in Duisburg an, wo sich der Zug in Ordnung auflöste... Duisburg kann auf seinen diesjährigen 1. Mai stolz sein. 30.000 Teilnehmer bekannten sich offen für die Idee des Sozialismus. Ein Beweis, daß es voran geht."

Über eine Abendveranstaltung zum 1. Mai liegt uns ein Bericht aus Hamborn vor:

"Dem Rufe des Kartells der freien Gewerkschaften waren die organisierten Kollegen äußerst zahlreich gefolgt

und sammelten sich am Treffpunkt zu einer überaus stattlichen Zahl. Unter Vorantritt der Radfahrerkolonne des Arbeiterradfahrervereins "Solidarität" Bruckhausen bewegte sich der lange Zug, in dem Arbeiterjugend, Volkschor und die Einzelorganisationen des Kartells überaus zahlreich vertreten waren, durch die Straßen der Stadt zum Stadtpark, wo nach einem Gesangvortrag des "Volkschors" Genosse Rühland auf die Bedeutung des Tages hinwies... Mit einem Freiheitslied schloß der "Volkschor" die würdige Feier. Die Arbeiterjugend vergnügte sich auch eine Weile in lustigem Spiel und Tanz... Am Abend fanden in den verschiedenen Sälen der Stadt die Feiern der Partei statt. Eine äußerst wohl gelungene Feier veranstaltete die Filiale Marxloh im Rießen'schen Saale. Hier trug die Arbeiterjugend wohl das meiste zum Gelingen des Abends bei. Hübsche Volkstänze wechselten mit Einzeldarbietungen der jungen Genossinnen und Genossen. Berta Kausen trug eindrucksvoll "Jungvolk heraus" vor. Paul Müller erfreute mit dem Vortrag "Kampf froher Jugend". Besonderen Anklang fand ein vom Genossen Willi Becker vorgetragenes Mandolinensolo: "Hans Jörg"; die wichtige Ballade von Ernst Preczang fand durch den Genossen Fritz Borges packenden Ausdruck. Magda Liedke erfreute durch ein Gedicht, "Die junge Arbeiterin". Zum Schluß gab Liesel Lingescheidt noch stimmungsvoll "An die Jugend" zum Besten."

Die Arbeiterschaft aus Rheinhausen und Homberg feierte fast in jedem Jahr gemeinsam mit den Moerser Genossinnen und Genossen den 1. Mai.



Maifeier der SPD Rheinhausen , 1928 (Rückweg von der Gaststätte Waldhorn)



Maifeier der SPD Rheinhausen

Am 9. April 1925 veröffentlichte die "Niederrheinische Volksstimme" folgende Ankündigung zur Maifeier:

"Die diesjährige Maifeier des Parteivereins und des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften findet durch Beteiligung an der Moerser Demonstration und Veranstaltung einer Abendfeier im Lokale von Pauls in Oestrum statt. Am 1. Mai, vorm. 9.00 Uhr, antreten beim Konsum "Eintracht", Bergheim. Von dort Marsch nach Straßenkreuzung Römer- und Homberger Straße in Moers-Hochstraße. Von hier Teilnahme an der Moerser Morgenveranstaltung. Nachmittags 6.00 Uhr beginnen auf der Spielwiese in Oestrum Kinderbelustigungen und -spiele. 8.00 Uhr abends im Festsaale Abendfeier. Ein künstlerisches Programm wird den Charakter der Maifeier betonen. Danach gemütliches Beisammensein mit großer Verlosung. Genossen, rüstet zum Maifeiertag des Proletariats."

An der Programmgestaltung und an der Durchführung der abendlichen Mai-Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei im Duisburger Gebiet war die Sozialistische Arbeiterjugend maßgeblich beteiligt:

"Die Abendveranstaltungen im evangelischen Vereinshaus eröffnete die SAJ mit einem Liedervortrag und dem Sprechchor "Mai mach uns frei" ... Nach weiteren Darbietungen der SAJ, von denen besonders die Leistungen des Jugendchors und die des Bewegungschors sowie die rhythmischen Spiele und die Rezita-

tionen usw. sehr erfreuten und beifällig aufgenommen wurden, schloß der gemeinsame Gesang "Brüder zur Sonne" die Maiveranstaltung der Sozialdemokratischen Partei".

Lieder, Sprech- und Bewegungschöre, Rezitationen, gemeinsame Volkstänze waren aus dem Kulturprogramm der Maifeiern im Raum Duisburg nicht wegzudenken.

Als ein weiterer politischer Festtag der Sozialdemokratie galt der 9. November, an dem das Ende des 1. Weltkrieges und die Ausrufung der Republik gefeiert wurde.

Im Mittelpunkt der Revolutionsfeiern der Duisburger Sozialdemokraten stand meist eine Ansprache über die Bedeu-

tung des Tages oder Themen der aktuellen deutschen Innenpolitik. Danach trugen die Volkshöre oder ein anderer Arbeiterchor vor allem Arbeiterlieder, aber auch Lieder von Schubert, Brahms, Cornelius usw. vor. Die Arbeiterjugend glänzte mit ihren Sprech- und Bewegungschören. Rezitationen vervollständigten das Programm.

Im Festkalender der SPD durfte die Lassallefeier nicht fehlen. Über eine solche Feier in Meiderich anlässlich der sozialistischen Kulturwoche in Duisburg veröffentlichte die "Volksstimme" (14. 4. 1925) folgenden Bericht:

"Mit der Einleitung unserer Veranstaltungen zur Kulturwoche und dem Jungentag für den Bezirk Niederrhein war gleichzeitig eine Feier aus Anlaß des 100. Geburtstages unseres unvergeßlichen Kämpfers Ferdinand Lassalle am Samstag abend im Harlos'schen Saale, der bis auf den letzten Platz besetzt war, arrangiert. Kurz nach 8.00 Uhr eröffnete Genosse Sultz die Feier, um hierauf dem Genossen Alberts, Oberhausen, das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache zu geben. Alberts, der im Namen des Unterbezirkes die Anwesenden, namentlich unserer auswärtigen Jugend, herzlich willkommen hieß, betonte in seinen Ausführungen, daß die von der sozialdemokratischen Partei geplante Kulturwoche die erste Veranstaltung dieser Art am Niederrhein sei. Er hoffe, daß sie dazu beitragen möge, den Sozialismus als eine Weltanschauung höherer Kultur und Religion, als die



Rheinhausener Reichsbannerkapelle bei der Maifeier 1930

privatkapitalistische sie habe, zu erkennen. Sodann gelangte der Prolog, "Hinan", ausgeführt von der Soz. Arbeiterjugend (Sprechchor), zum Vortrag und nahm sich im Rahmen der Veranstaltung gut aus.

Der hierauf einsetzende Volkschor Meiderich und Sängerbund Beeck zeigten durch den wirkungsvoll gebrachten "Lassallechor", daß sie mit dem Herzen dabei waren. Nachdem die Töne der uns so lieb gewordenen Lieder verklungen, nahm Reichstagsabgeordneter Genosse Henke das Wort zu einer kurzen Lebensbeschreibung Ferdinand Lassalles.

Nochmals betraten die Sänger die Bühne und zeigten ihr Können durch das stimmungsvoll gegebene Lied "Heilige Freiheit". Weiter hatten die Festteilnehmer Gelegenheit, eine Ouvertüre aus "Zampa" zu hören. ...Zum Schluß rezitierte ein Jungendgenosse das bekannte "Ihr könnt das Wort verbieten, doch töten nicht den Geist". Unter Absingen des Sozialistenmarsches gingen sodann die Festteilnehmer auseinander..."

Eine Neuentwicklung der Weimarer Zeit waren in Duisburg die proletarischen Feiern, in denen, konkurrierend zur christlich-bürgerlichen Feiernkultur, jahreszeitliche Abschnitte oder Lebensabschnitte hervorgehoben wurden. Hierzu gehören die Frühlings- und Sommerfeste, die proletarischen Weihnachtsfeste und ganz besonders die Sonnenwendfeiern zur Sommer- und zur Wintersonnenwende. All diese Feste waren als Gegenstück zu den auf das Jenseits gerichteten und religiöse Heilserwartungen vermittelnden Kirchenfesten gedacht. Der Sozialismus galt hier als Synonym für den Erlöser der Menschheit. Besonders deutlich wird diese Vorstellung bei den proletarischen Weihnachtsfeiern und Sonnenwendfeiern.

"Kein Fest wurzelt so im Volksbewußtsein wie das Weihnachtsfest. Es wird seit Jahrhunderten als Fest der christlichen Kirche gefeiert, das es eigentlich nicht ist. Die Kirche hat es nur klug verstanden, dieses alte heidnische Fest zu übernehmen und für ihre Zwecke umzuformen, ihm kirchlichen Inhalt zu geben. Unsere Aufgabe ist es, diesem Fest wieder seinen ursprünglichen Sinn zu verleihen. Die alten Germanen

feierten im Weihnachtsfest den Sieg des Lichtes, die Hoffnung auf den Frühling. In den finsternen und kältesten Tagen des Jahres, wenn die Sonne ihren tiefsten Stand erreicht hatte, da fühlten sie: nun ist der Tiefpunkt überwunden, die Tage werden wieder länger, es geht dem neuen Leben, dem jungfräulichen Lenz entgegen. Mit diesen Gedanken feierten sie das Fest der Wintersonnenwende, der Wiedergeburt der Natur. Dieser Gedanke muß auch unserem Weihnachtsfest zugrunde liegen. Wir feiern es nicht als das kirchliche Weihnachtsfest, sondern als Fest der Wintersonnenwende."

Die proletarischen Weihnachtsfeiern charakterisierten die krassen Gegensätze häufig an Themen der Armut und Arbeitslosigkeit, wobei immer wieder die Scheinmoral christlicher Bürger angeklagt wurde.

Die folgenden "Weihnachtsgedanken" aus der "Volksstimme" vom Dezember 1924 weisen auf diesen Zusammenhang hin:

"Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Diese schönen Worte, die alle Jahre von neuem von jeder Kanzel heruntertönen, haben schon seit langer Zeit beim Volk keinen Glauben mehr gefunden. Der Weltkrieg mit all seinen Schrecken ging vorüber, und ein neuer, viel größerer Krieg hielt Einzug, geführt mit und ohne Waffen, viel schrecklicher und grausamer als jener. Der "heilige", wirklich internationale Kapitalismus hat alles in seine Bande geschlagen. Seit jenem furchtbaren Menschenmorden leidet die Arbeiterschaft aller Länder mehr oder weniger bitter Not. Den härtesten Kampf ums Dasein kämpft gegen-

wärtig die Arbeiterschaft Deutschlands, denn der deutsche Kapitalismus kann es nicht verschmerzen, daß wir uns vor sechs Jahren ein klein wenig Freiheit nahmen. Um nun diese Freiheit zu vernichten, wird dieser Krieg geführt. Die arbeitende Klasse des deutschen Volkes soll dem Hungertod überantwortet werden, und alles andere, was übrig bleibt, soll und muß sich dann willenlos beugen und im Frondienst des Unternehmers schmachten... Betrachtet man sich die Welt mit offenen Augen, so wird man ohne weiteres den Hohn auf die Menschheit empfinden. Herren und Damen der Gesellschaft in Samt und Seide und in dicke Pelze gehüllt, durchrasen in Autos die Straßen der Stadt und des Landes, ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen. Arme Kriegsinvaliden schleppen sich mühsam fort. Die in Lumpen gehüllten, hohlwangigen Proletarier, Frauen und Kinder, arbeitslose Klassengenossen, die vor Hunger und Entbehrung kaumfähig sind, sich aufrecht zu erhalten, schleichen durch die hellerleuchteten Straßen

Sozialdemokrat. Partei, Bezirk Duisburg

Revolutions- Gedenk- Feier

**Sonntag, den 9. November, abends
5 Uhr, in der Städtischen Tonhalle.**

Mitwirkende:

Marianne Horkenbach (Alt) Duisburg
Karl Eberhardt Duisburg-Düsseldorfer-Stadtheater
Hamborner Städtisches Orchester, Leitung: G. Wengert
Volkschor Duisburg

PROGRAMM

I. Teil.

1. Ouvertüre zur Oper „Maritana“ Wallace
2. Prolog gesprochen von Karl Eberhardt
3. „Empor zum Licht“ (Volkschor) Utbsmann
4. „Dauze Piensoatesi“ Stiniggalla
5. a) Lodernde Flammen } Marianne Horkenbach
- b) Wach auf }
6. Rezitationen Karl Eberhardt
7. a) Die Schwalben zieh au Schwäne } Volks- / Warenblaß
- b) Wiegenlied } cher } Heinzen

20 Minuten Pause.

II. Teil.

8. Große Fantasie aus der Oper „Aida“ Verdi
9. Ansprache über die Bedeutung des Tages
Redakteur Dr. Wilhelm Koze.
10. „Zug d. Frauen z. Münster“ a. d. Oper „Lohengrin“, Wagner
11. a) Hort in den Wälden } Marianne Horkenbach
- b) Winterlied }
12. LASSALLE, mit Orch.-Begleit. (Volkschor), Bartholomey
13. Introdution und Chor aus „Carmen“ Bizet

Karten sind noch an der Kasse zu haben.

Programm einer Revolutions-Gedenk-Feier der SPD Duisburg



Weihnachtsfeier des Arbeiter-Sport-Vereins Schmidthorst - Neumühl, 1931

und besehen sich die vielen, reichen Auslagen in den Schaufenstern, welche doch nur für den Müßiggänger und Schmarotzer möglich sind, während der Prolet kaum in der Lage ist, ein Stück trockenes Brot zu essen. Kalte Wohnungen, nicht genügend warme und kräftige Speisen werden dafür Sorge tragen, daß manchem Proletarierkind der Friede und das Wohlgefallen gebracht wird, indem der Tod sich seiner erbarmt und es von diesem Elend befreit. ...Und wenn das Weihnachtsfest auch dieses Jahr wieder voll schmerzlicher Erinnerung an das getane Unrecht und die Entbehnungen des Proletariats gefeiert wird, so wollen wir geloben, weiter zu kämpfen und weiter zu arbeiten, bis der große Erlösergedanke zur Durchführung gebracht ist."

Gerade bei den Sonnenwendfeiern wird der vorkirchliche und vorchristliche Charakter der religiösen Symbolik betont. Ernst Gnoss, Bezirkssekretär der Niederrheinischen SAJ, schrieb in der Jugendbeilage der "Volksstimme" zu diesem Thema:

"Wenn Arbeiter-Jugend sich an Sonnenwendfeiern zusammfindet, dann soll dieses Symbol des Lichtes ein Zeichen dessen sein, was unsere jungen Kräfte gestalten wollen. Rot ist die Glut des Feuers - Rot ist das Blut in unseren Adern - Rot ist aber auch die Fahne, der wir uns zugesellt und die in unserer Mitte flattert. Wild auflodernd ist die rote Flamme der Glut und verzehrend - das rote Blut in unseren Adern ist es, das

in uns die gewaltige Kraft lebendig werden läßt mit jedem Pulsschlag des Herzens, die uns hineintreibt in den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschheit, gegen Völkermord und -haß. Und endlich: Das Rot unserer Fahne soll in sich bergen den großen Gedanken der allumfassenden Menschenliebe. So ist kein anderer Tag besser geeignet, als der Tag der Sonnenwende, der Tag des Lichts, in großer Gemeinsamkeit dieser Ziele des Sozialismus zu gedenken."

Jeweils zur Winter- und zur Sommer-sonnenwende trafen sich die Mitglieder der Arbeitervereine, um diese Feste in besonders feierlicher Weise zu begehen. Vor allem die sozialdemokratische Arbeiterjugend prägte die Form und den Inhalt der Sonnenwendfeiern, wie der nachfolgende Bericht einer Feier der Unterbezirke Duisburg und Moers aus dem Jahre 1924 zeigt:

"Samstag und Sonntag hatten sich in Moers die Mädels und Burschen vom Unterbezirk Duisburg-Hamborn und Moers-Homberg zusammengefunden,

aber auch noch andere von der näheren Umgebung waren herbeigeeilt, so aus Essen, Barmen, Krefeld usw., um gemeinschaftlich das Fest der Sonnenwende zu begehen... Im herrlichen Moerser Schloßpark an der Freilichtbühne fanden sich dann alle zusammen, um eine ernste Stunde zu begehen, eine Stunde, die dazu angetan war, den Geist und Mut anzuregen, für den großen Kampf... Um 8 Uhr begann die Feier, bestehend aus Musikvorträgen, Rezitationen, Gesang... Es folgte eine kurze Begrüßungsansprache unseres Genossen Hermann Runge... Dann folgte Grögers "Kreuzabnahme", ein Spiel von Schuld und Sühne, dargestellt von den Duisburgern. Mit dem Liede "Hebt unsere Fahne in den Wind, der Mensch ist gut", wurde diese Feier beendet.

Jetzt ging es zum Marktplatz, wo Aufstellung zum Fackelzug genommen wurde, dann Marsch durch die Hauptstraßen von Moers und Meerbeck zur Schloßparkwiese, wo das Sonnenwendfeuer abgebrannt wurde. Das Feuer brannte und eine gewaltige helle Flamme lohte empor. Einige ernste Rezitationen, eine Ansprache unseres Bezirksleiters, dann noch eine symbolische Handlung... Damit war die Sonnenwendfeier beendet."

Ein weiterer Bericht über eine Sonnenwendfeier liegt uns vom Hamborner Arbeiter- Wassersport- Verein vom Dezember 1926 vor:

"Eine Sonnenwendfeier 1926 veranstaltete am vergangenen Sonntag in vorbildlicher Weise der Arbeiter-Wassersport-Verein im Herbst' schen Saale. Vorzügliche musikalische Darbietungen eines Mandolinorchesters leiteten den Abend, der mit einer Festansprache des Vorsitzenden über die Bedeutung der Wintersonnenwende für uns Sozialisten begann, ein. Dann wechselten Deklamationen der Kleinen, rhythmische Freiübungen der Turner und

h Zur Winter-sonnenwendfeier der sozialistischen Arbeiterjugend am 30. Dezember im Brudermannschen Saale, Neumühl, Holtener Straße, nachmittags 5 Uhr beginnend, sind bei den Jugend- und Parteifunktionären Programme zum Preise von 0,50 Goldmark zu haben. Die Darbietungen bestehen in Klavier-vorträgen, Gesang, Rezitationen und Jugend-spielen. Die Jugend glaubt allen einige gute Stunden bereiten zu können und bittet um regen Zuspruch seitens der Parteigenossenschaft,

Anzeige einer Wintersonnenwendfeier (Niederrheinische Volksstimme vom 27. 12. 1923)

Turnerinnen, Volksliederbeiträge der Schwimmerinnen und ein kleines dargestelltes Weihnachtsspiel miteinander ab. Großen Beifall fanden die vorzüglich gestellten "lebenden Bilder" und die mit Grazie und außerordentlicher Bravour ausgeführten Tänze. Nach der Kinderbescherung hielt ein gemütliches Tanzkränzchen die Sportler und Sportfreunde noch lange beisammen. Der Arbeiter - Wassersport - Verein kann mit Stolz auf diese wohlgelungene Feier zurückblicken."

Die Jugendweihe gehörte ebenfalls zu den Festen, die der christlichen Tradition entgegengesetzt wurden. Es war nicht so sehr die Programmgestaltung, sondern der politische Inhalt und die antikirchliche Tendenz, die die proletarische Jugendweihe von der kirchlichen oder der bürgerlichen Feier unterschieden. Vergleicht man die Berichte der regionalen Jugendweihen in der sozialdemokratischen Presse Duisburgs, so zeichnet sich folgender Programmaufbau ab, der im wesentlichen bei allen Feiern durchgehalten wurde:

Eine Jugendweihefeier war kurz und eindrucksvoll. Zusammen mit dem Einzug der Jugendlichen, die an der Jugendweihe teilnahmen, erfolgte ein Aufmarsch von Fahnen und Wimpeln. Das Bühnenbild war in einer Weise gestaltet, daß rote Fahnen, Lorbeerbäume oder frisches Grün und Blumen die Bühne schmückten. Den Einzug der Jugendweihelinder begleitete zumeist Orgelmusik. Nachdem alle Teilnehmer Platz genommen hatten, begann die eigentliche Feier, die nach Möglichkeit eine Einheit in Inhalt und Form sein sollte. Alle Darbietungen, Rezitationen, Sprechchor, Gesang, Musik, Redner (alle diese Veranstaltungspunkte wurden sehr häufig von den Mitgliedern der Arbeiterjugendvereine durchgeführt), standen in

einer organischen Wechselwirkung zueinander. Während der gesamten Feier stand niemals die Einzelleistung im Vordergrund, sondern immer die Leistung des Kollektivs der Jugendlichen. Den Höhepunkt stellte die kurze Jugendweiherede dar. Mit dem Singen der "Internationale" endete die Feierstunde. Die Jugendweihen im Raum Duisburg organisierte die Freie Elternvereinigung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Freidenkerverband. Die SPD war als Organisator an der Vorbereitung und an der Durchführung der Feiern nicht beteiligt. Bekannte Persönlichkeiten der

Partei stellten sich aber für die Weiherede zur Verfügung. Der sozialistischen Arbeiterjugend des Unterbezirks fiel die Aufgabe zu, daß kulturelle Programm einer Jugendweihefeier zu gestalten.

Jährlich nahmen bis zu 800 Kinder an den Feierlichkeiten teil, wobei in den einzelnen Ortsteilen jeweils eigene Veranstaltungen ausgerichtet wurden, wie die folgende Schilderung aus dem Jahre 1928 in Rheinhausen zeigt:

"Die Jugendweihe ist zu einem Festtag des Proletariats geworden, zu einem Feiertag im Leben der siegreich vorwärts schreitenden Arbeiterschaft, die ihre Jugend zum Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht weiht.

Der große Saal der Festhalle des ehemaligen Truppenlagers war bis auf den letzten Platz besetzt von Menschen, die Feiertagsstimmung im Herzen, Glaube an die Zukunft und Stolz auf die neue Jugend im Blick trugen.

Es waren ernste, von keinem Miston getriebene Feierstunden, die wir verlebten. Atemlose Stille herrschte in der weiten, von hellem Morgenlicht durchfluteten Festhalle, als die Jugendweihelinder - 60 an der Zahl - in Begleitung eines Vaters und einer Mutter unter den weihewollen Klängen unseres Trios hereingeführt wurden. Dann rauschten in mächtigen, emporbrausenden Akkorden die Klänge alter Kampf- und Freiheitslieder, gesungen vom Arbeitergesangsverein "Eintracht", durch den Saal und hoben die Herzen mit empor. Unsere Jugendweihelinder aber erlebten ihre Feier nicht passiv, nur aufnehmend, nein, sie selbst nahmen an den Aufführungen lebhaftesten Anteil, stellten sich mit Leib und Seele mitten hinein in ihre Darbietungen, gaben ihr Bestes, das sie hatten, ihre junge, gläubige Persönlichkeit. Und so soll es sein. Sie sollen und wollen ja selbst mit starker Hand ihr Schicksal bauen.

Theater und Musik.

Karl Bröger: Kreuzabnahme.

Ein Spiel von Schuld und Sieg.

Bei Aufführung durch die Soz. Arbeiterjugend Duisburg anlässlich der Revolutionsfeier unserer Partei in der Tonhalle zu Duisburg.

Dies Jahre Weltkrieg. Blut und Haß, Mord und Mier von Anfang bis Untergang. Die Geißel schwingt rastlos, immer neue Opfer in ihren Kreis ziehend, in letzte Leiber sich blutend grabend. Und kein Ende zu sehen. Wahnsinn hat letzten Funken Liebe, letzte brüderliche Einsicht zerstört. Die Kraft der Völker — Männer und Jünglinge verkommen in verschlammten, sinkenden Gräben, werden von der nie ruhenden Kriegshege zermalmt. Die Zukunft der Völker — die Kinder — ohne Schuld verhungert, frühalt, faßl, betrogen um ihr Kindessein. Wer nimmt dieses Kreuz von der Leidenden Menschheit? Kann es der Mensch — und sei er der größte? Reicht heißestes Mitleid die Menschheit zurück von diesem Wege des Grauens, schließt Menschenliebe den ehernen Schlund der Kanonen? Wandelt Gift und Gas in Wohlgerüche? Und wo ist hier die Schuld? Wo die Wurzel des unsäglichen Leides? Ist es die Mutter, die den Feldern in ihrem Sohn sehen will, die ihn nicht lieben lehrte als und jedes. Ist es das Volk, das nicht verstand, den Hohen dieser Erde und ihrem lügnertischen, schmarozenden Trost die Wacht zu nehmen aus ihren rucklosen Händen? Ist es das Volk, das diese Popanzge vergangener Jahrhunderte noch duldet? Oder ist die Schuldfrage in diesem Augenblick sekundär? Sollte nicht die Frage lauten: Wie ist dem fürchterlichen Geschehen Einhalt zu tun, wie ist die Geißel zu zerbrechen? Die Antwort gibt der Autor durch den Mund des „Krieges“:

..... Mein Wirken wohnt
im Geiste, in der Waffe nicht.
Leut um zu euch! Erst wenn ihr ganz
zu eurem Gut und Böse steht,
wird eure Seele zur Konstante,
drin heilige Wandlung vor sich geht."

Selbstsucht verammelt die Tore in neues Land. Der Weg, der zur Gemein schaft führt, bringt Rettung. Wenn Grenzen verschwanden, Grenzpfähle fallen und alle Menschen gleich und alle Waffen, dann endet auch der Wa'n des Krieges. Wenn wir alle „Menschen“ sind, dann ist das Kreuz — der Krieg — geschwunden von der Erde.

Karl Bröger hat dieses Wort in eine eigen-gewaltige Sprache gefaßt. Die Zeit dieses Erlebens war hart und der Dichter, der sich verpflichtet fühlt, Führer der Menschheit aus dem Chaos zu sein, findet Worte gewaltiger Wucht und unendlichen Mitleidfühls mit der verarmten Kreatur des Wahnsinns Krieg. Das Ethos des Dichters ist hier das Ethos des Sozialisten und Pazifisten, der eindringlich mahnt, nichts zu sein als Menschen. Menschen, denen kein Haß werden möge, daß ihnen viel zu tun noch vorhalten ist.

Wägen alle Besucher unserer Revolutionsfeier seines Gedichtes. Paul Satz.

"Kreuzabnahme" von Karl Bröger. Kritik einer Aufführung der SAJ Duisburg (Niederrheinische Volksstimme vom 3. 11. 1924)

Da war der Sprechchor, der in wuchtigen, dumpfen Chören von Proletarierleid und -not zu sagen wußte, aus dem dann aber helle trotzig Stimmen zur Selbstbestimmung mahnten, zum Kampf für die bessere Zukunft, in der allen Menschen ihr Recht zuteil wird, aufriefen. Das Beste aber an den Darbietungen war wohl der unter Leitung der Lehrerin Heinrichs stehende Bewegungschor, der symbolisch den Kampf zwischen Kapital und seinen Vasallen und der Arbeit zeigte.

In der Festansprache gab die Lehrerin Ewen ein Bild von der entseelenden Arbeit in Werken, an Maschinen, Eisenstätten, Zechen. Verkauft euere Arbeitskraft, rief sie den jungen Menschen, die eben ihre ersten Schritte in dieses Leben tun wollen, zu, aber verkauft nicht euere Menschenseele. Seid stolz auf euere Klasse, die für eine gerechte Sache Drangsale und Leiden erduldet, vergeßt nie, daß wir auf euch unsere Hoffnung setzen.... Nachdem dann noch der Arbeitergesangsverein Bergheim einige Lieder vorgetragen hatte, schloß die Feier mit dem gemeinsamen und stehend gesungenen Liede, in dem sich alle Herzen zu Glauben und Kampf zusammenschlossen: *Brüder zur Sonne, zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor.*“

Neben den Jugendweihen fanden als Abschluß oder auch als Höhepunkt der jährlichen Osteragitation Schulentlassungsfeiern statt, für die die Weltlichen Schulen die Verantwortung übernahmen. Ihrer Natur und ihrem Inhalt nach waren diese Feiern im Grunde Frühlingsfeiern, deren eigentlicher Sinn *“der Gedanke der Erneuerung der Natur, des sieghaften Frühlings, der die starre Winterwelt überwindet”*, war.

Ihr Programm unterschied sich kaum von einer Jugendweihe, was der folgende Bericht einer Schulentlassungsfeier der Weltlichen Schule in Duisburg-Meiderich vom April 1928 zeigt:

“Zu einer eindrucksvollen Feier der Schulentlassenen versammelten sich Eltern, Lehrer und Freunde der Weltlichen Schule Duisburg-Meiderich in der Aula des Realgymnasiums an der Ritterstraße. Bis auf den letzten Platz war der weite Saal gefüllt, als ihn die Klänge des Orgelpräladiums, gespielt von Herrn Gustav Stern, durchbrausten, und der Konzertverein Volkschor Duisburg-Meiderich unter Leitung sei-

nes Dirigenten, Herrn Kapellmeister G. Stern, mit der “Kantate” von Mozart die Feier eröffnete. Das von einer Schülerin ausdrucksvoll vorgetragene Gedicht “Ausfahrt” von Max Barthel und die getragene Melodie des “Adagio” aus der Sonate Pathetique von Ludwig van Beethoven leiteten zu der Ansprache über, mit der Lehrer Nelles die schulentlassenen Knaben und Mädchen verabschiedete.

Wie ein Bekenntnis und freudige Zuversicht klangen die Orgel und die Worte des Gedichtes “Unser die Sonne, unser die Erde, unser der Weg in das blühende Land” zu den Ausführungen des Redners. Nachdem Kapellmeister G. Stern in ausgezeichnetem Vortrag die “Sara-bande” von Händel und der Volkschor Duisburg-Meiderich den prächtigen Chor von Dirk Trölstra “Morgenrot” zu Gehör gebracht hatten, beschloß ein Sprechchor mit Gesang von Bruno Schönlank und das gemeinsame Lied “Brüder, zur Sonne, zur Freiheit” die stimmungsvolle Abschiedsfeier...”

Unter den Festen der Duisburger Arbeiterschaft befanden sich auch rein künstlerische Veranstaltungen und Unterhaltungsabende. Der folgende Bericht vom 3. April 1928 aus Beeck beschreibt einen solchen Unterhaltungsabend der SPD:

“Am Samstag abend fanden sich im Konradschen Saale die Parteigenossinnen und -genossen mit ihren Angehörigen, sowie ein Teil Gleichgesinnter und die Soz. Arbeiterjugend zu einer Feier zusammen. Nach vorausgegangenem Prolog und dem Lied der Jugend: “Dem Morgenrot entgegen” ergriff Genosse Hohmann (Duisburg) das Wort zu einer Ansprache. In seinen Ausführungen ging er ein auf den Wahlkampf, den die Partei jetzt zu führen habe, auf das ruhmlose Ende der Bürgerblockregierung mit ihren Taten, das Urteil des Volkes, das mit der Stimmabgabe richten werde. Er forderte zum Schlusse seiner Rede zu tatkräftiger Mitarbeit auf, insbesondere aber rief er die Jugend für diese Kämpfe auf. Das nun folgende Programm wurde von der Soz. Arbeiterjugend bestritten. Volkstänze, Lieder zur Laute, heitere Deklamationen wechselten in hunder Reihe miteinander ab. Hervorzuheben sind das Schattenspiel “Der Schneider in der Höll”, sowie das Hans-Sachs-Spiel “Vom Bösen Weib”, die die

Anwesenden in eine frohe Stimmung versetzten. In der Zwischenzeit sprach Genosse Pause einige Worte über die Soz. Arbeiterjugend. Vor allem ging sein Mahnruf an die Eltern der Schulentlassenen, ihre Kinder bald der Jugend zuzuführen... Mit einigen Schlußworten des Genossen Müller und dem gemeinsamen Liede: “Brüder, zur Sonne” wurde die Veranstaltung beendet...” Neben den vielen offiziellen Festen und Feiern fanden eine Vielzahl von Unterhaltungsabenden und proletarischen Feierstunden in den einzelnen Distrikten statt.

Durch die Aktivitäten der örtlichen Bildungsausschüsse der SPD hatte sich die Veranstaltung von proletarischen Feierstunden, *“Stunden der Entspannung und geistigen Erholung, der Gemütsbelebung und künstlerischen Propaganda unserer weltanschaulichen Ziele”*, stark ausgeweitet. Proletarische Feierstunden, als Ergänzung der *“Zahl-abende”* und *“Versammlungen”*, wurden in unregelmäßigen Abständen veranstaltet. Sowohl Privatwohnungen von Parteigenossen als auch größere Räumlichkeiten konnten als Veranstaltungsorte genutzt werden. Parteipolitik und tagespolitische Fragen wurden an solchen Abenden ausgeklammert.

“Nur unsere Weltanschauung, durch das Sprachrohr der Kunst, der Dichtung, der revolutionären, zukunftsgläubigen Proklamationen, der Musik und des Kunsttanzes, des Reigens, der Sprechchöre sowie der Satire, der politischen Glosse” hatten im Mittelpunkt der Veranstaltungen zu stehen.

Während der Sommermonate wurde das Programm durch Ausflüge ins Freie erweitert. Die Organisation, die Ausarbeitung der Pläne und Programme lag in den Händen des Bezirkbildungsausschusses. Er hatte dafür zu sorgen, daß den örtlichen Organisationen entsprechendes Material zur Verfügung stand. Der Niederrheinische Bezirksbildungsausschuß machte folgenden Programmvorschlag:

1. Sprechchor (z. B. von Bruno Schönlank),
2. Ansprache (Zweck und Sinn der Feierstunde),
3. Musikdarbietung,
4. Gesangschor (Kampflieder)
5. Rezitationen (z. B. aus dem Gedichtband *“Von unten auf!”*).

Am 16. Februar 1929 veranstaltete die Duisburger SPD in der städtischen Tonhalle eine große Werbeveranstaltung. Es wirkten mit die SAJ und das Duisburger Philharmonische Orchester. Am 27. Februar 1929 erschien in der "Volksstimme" hierzu ein kritischer Bericht über den Ablauf dieser Veranstaltung:

"Es ist begrüßenswert, daß auch unsere Partei in Duisburg Wege einer neuen Festkultur geht. Zuletzt waren es "Proletarische Feierstunden", zu denen eingeladen worden war. Die Idee war sehr gut; die Ausführung ließ viel zu wünschen übrig. Wenn hier Kritik geübt wird, so soll sie nicht negativ, sondern fördernd sei. Mögen auch die ungenannt Betroffenen dies im Interesse der Sache berücksichtigen. Proletarische Feierstunden sollen den Menschen hinausheben über die drückende Schwere des Alltags, sollen ihn aufrütteln, sollen ihm vor allem Freude, tiefe, innere Freude bringen. Proletarische Feierstunden sollen auch die Macht der Organisation verkünden und dadurch neuen Kampfmuth bringen. Sie sollen schließlich eine gewaltige Werbekraft auf Fernstehende und auf nur lose zu uns Gehörende ausüben. Unsere Feiern sollen also viel mehr sein als nur einige Stunden Unterhaltung.

Begrüßungsworte und eine wirkungsvoll vorgetragene Rezitation leiteten das Programm gut ein. Geeignete Musikstücke zu finden, ist schon etwas schwierig. Trotzdem war es nicht glücklich gewählt, daß alle drei Musikstücke einzeln und allein die verschiedensten Sätze der "Kleinen Nachtmusik" von Mozart brachten. Das Orchester war gut. Auch das Musikstück selbst ist natürlich von bedeutendem künstlerischen Wert und vermag schon feierliche Stimmung zu erwecken. Darüber kein Streit. Aber in den Rahmen der "Proletarischen Feierstunden" hätte unbedingt etwas anderes, etwas Kürzeres und Wuchtigeres hineingehört. Die Worte an die Frauen waren gut gemeint. Sie sollten Begeisterung für unsere Ziele erwecken. Weil zum Teil immer wieder dasselbe in zu vielen Wendungen gesagt wurde, deshalb verfehlten sie fast ihren Zweck. Festworte dürfen nur kurz sein. Man durfte nicht schon im ersten Teil hören "Es wird zuviel geredet". Das Sololied "Tom der Reimer" paßte gar nicht. Ein

Kampflied hätte dahin gemußt, gesungen von einem Massenchor, oder, wenn nicht möglich, notfalls von einem Solisten, dann aber mit Schwung und Begeisterung.

Zweimal an dem Abend hörte man den Pulsschlag einer neuen Festkultur, da, als der Saal abgedunkelt wurde und die Jugend die Sprechhöhe darbrachte. Das war wohl der Höhepunkt der Veranstaltung. Mochte die chinesische Ballade auch vielleicht etwas schwierig sein für Sprechende und Zuhörende, so war doch Wille und Wirkung gut. Daß danach der Vortragskünstler auftrat und zu Schlagermelodien Lieder sang, geriet furchtbar aus der Reihe. Gemeinsam wurde dann die Internationale gesungen. Es ist sehr schön, wenn Lieder gemeinschaftlich und noch dazu stehend gesungen werden. Das erfaßt alles und bringt die Verbundenheit zum Ausdruck.

Mit diesem Lied hätte der ernstere Teil abgeschlossen werden müssen, und der Abend wäre in etwa gerettet worden. Daß dann noch einmal die Solo-Lieder "Auch ich war ein Jüngling" und das Trinklied aus dem Freischütz folgten, war ein Unglück. So fehlte bedauerlicherweise zum Schluß jegliche Richtlinie. Alles in allem war das Programm auch zu lang. In 1 1/2 bis 2 Stunden muß der erste Teil ohne jede Pause abgewickelt sein. Im Programm selbst aber muß ein Aufbau liegen, muß eine Steigerung sein zu einem Höhepunkt. Will man einen fröhlichen Teil anhängen, wie jetzt die politisch-satirischen Vorträge, was an und für sich erfreulich ist, dann muß der erste Teil der Feier

2. Musikalischer Abend
des Schülerorchesters
der weltlichen Schule
Duisburg-Neudorf

Mittwoch, den 19. Oktober 1927 abends 7 Uhr
im Saale A. Hammers, Neudorfer-Strasse

Reihfolge:

1. Marche héroïque	Schubert
2. Adagio	Beethoven
3. Duo für 2 Violinen	Mozart
4. Alla turca	Mozart
5. Andante für 2 Klarinetten	
6. Scherzo	Schubert
7. Türkischer Marsch	Beethoven
• Pause •	
8. Potpourri aus "Fledermaus"	Strauss
9. Kalif von Bagdad	Reichstein
10. Solo für Cello	Romburg
11. König Mydas	Eilenberg
12. Andante für Streichtrio	Mozart
13. Finale "Eine kleine Nachtmusik"	Mozart
14. Marche hongroise	Schubert

- Änderungen vorbehalten -
Es wird gebeten, das Publikum zu berücksichtigen.

Programm eines musikalischen Abends der weltlichen Schule Duisburg - Neudorf

unter allen Umständen vorher zu einem guten und wirkungsvollen Abschluß gebracht werden. Erst danach eine Pause und dann der unterhaltende Teil. Die "Proletarischen Feierstunden" in Duisburg haben bewiesen, daß wir mit der sozialistischen Festkultur noch in den Kinderschuhen stecken. Diese Feststellung darf aber nicht hindern, auf dem beschrittenen Wege unbeirrt weiterzugehen. Der Fortschritt liegt darin, daß der Anfang überhaupt schon einmal gemacht ist. Beim nächsten Mal wird's sicher besser. Vielleicht gibt's eine große Maifeier in diesem Jahr? Streben wir danach, unsere Feste bewußt zu gestalten, damit ihnen die Kraft entströmt, um den inneren Menschen zu werben."

Arbeiterjugend in Duisburg und Umgebung von 1918 - 1933



SAJ - Heim in Oberhausen - Sterkrade. Die Hamborner SAJ-Gruppen hielten hier oft ihre Gruppenabende ab. (3. v. l. Eberhard Brünen; 4. v. l. Alwine Kuhfeld; 5. v. l. Franz Kuhfeld)

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution wurde von der SPD die durch die Kriegsereignisse und die Spaltung der Arbeiterbewegung stark verminderte Anhängerschaft der Arbeiterjugend neu organisiert.

Im 13. Mai 1919 veröffentlichte die "Niederrheinische Volksstimme" folgenden Aufruf an die Arbeiterjugend Duisburgs, der den jugendpflegerischen Ansatz stark betonte:

"Tretet ein in unseren Kreis, bei uns soll Euer vorwärtsdrängender Geist zur vollen Entfaltung kommen. Ihr sollt freie Menschen werden, die verstehen lernen sollen, das Leben zu meistern. Wir wollen Euch schützen gegen die Gewalt und sozialen Jugendschutz Euch gewährleisten. Ihr sollt bei uns Bildungs- und Erholungsstätte finden. Wir wollen Euren geistigen Bedürfnissen Rechnung tragen und Euch die Wege zur geistigen Weiterbildung weisen. Durch Wandern, Spiel und Sport sollt ihr Euren Körper ertüchtigen. Auch des Lebens reichste Freude sollt Ihr genießen lernen. Schöne Feiern, in denen wahre Freude und echte Fröhlichkeit herrscht, sollen das Ganze umrahmen."

Die Organisation konnte rasch wieder aufgebaut werden. Nach der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien MSPD und USPD im

September 1922 schlossen sich auch deren Jugendorganisationen wieder zusammen. Nun nannte sich die vereinigte Organisation "Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands" (SAJ).

Die sozialistische Arbeiterjugend im Unterbezirk Duisburg-Wesel bestand aus den Gruppen Duisburg (links der Ruhr) mit den Ortsvereinen Hochfeld, Wanheimerort, Neudorf-Duissern, Kaßlerfeld, Stadtmitte und der Abteilung Duisburg (rechts der Ruhr), bestehend aus

den Vereinen Ruhrort-Laar-Beeck und Meiderich. Die Gruppen Marxloh, Obermarxloh, Schmidthorst-Neumühl zählten zum Ortsverband Hamborn. Ebenfalls zur Unterbezirksorganisation gehörte die Gruppe Walsum-Wehofen. Zum Unterbezirk Moers mit den Ortsvereinen Moers, Schwafheim, Meerbeck, Rheinhausen und Homberg bestanden enge Kontakte. Fast zwei Drittel der Mitglieder des SAJ-Bezirks Niederrhein kamen im Jahre 1930 aus diesen beiden Unterbezirken.

Neben der sozialistischen Arbeiterjugend gab es auch Jungsozialistengruppen als Abteilungen der SPD. Die erste Jungsozialistengruppe im Unterbezirk Duisburg-Hamborn wurde Juli/August 1923 in Hamborn von 25 älteren Jugendlichen ins Leben gerufen, um "dem Bildungs- und Betätigungsdrang der älteren Mitglieder der Arbeiterjugend und jüngeren Parteigenossen" entgegen zu kommen.

Für ihre Versammlungen und Treffen nutzten die Arbeiterjugendgruppen meistens öffentliche Räumlichkeiten, insbesondere Schulzimmer, Zeichen- und Turnsäle.

Soweit wie möglich wurden eigene Jugendheime eingerichtet, in denen die Jugendlichen jederzeit, nicht nur während der regelmäßig stattfindenden



SAJ - Heim in Meiderich, Haxtergrund, 1931

Gruppenabende (genannt Nestabende), ihre Freizeit verbringen konnten. In der Regel wurden Gaststätten aus ökonomischen wie aus lebensreformerischen Erwägungen gemieden.

Nur wenigen Gruppen gelang es, eigene Heime zu errichten. Im Unterbezirk Duisburg- Hamborn richtete zuerst der Ortsverein Sterkrade ein eigenes Jugendheim in einer alten Scheune ein, das im September 1925 in einer Feierstunde seiner Bestimmung übergeben wurde. Im Jahre 1929, nach zweijähriger Bauzeit, weihte die Jugendgruppe Meiderich ihr eigenes Heim ein (Im Haxtergund 22). Auf der linken Rheinseite besaßen die Ortsvereine Moers, Meerbeck und Homberg eigene Jugendheime. Alle diese Heime mußten im wesentlichen aus eigener Kraft finanziert und errichtet werden.

Die Lebenswelt der SAJ-Gruppen war vor allem durch die regelmäßigen Gruppentreffen und die Wanderungen in die nähere und weitere Umgebung bestimmt. In den Wintermonaten stand Bildungs- und Kulturarbeit auf dem Programm der Jugendgruppen.

Zumeist an den Sonntagen trafen sich die Mitglieder zum geselligen Beisammensein bei Spielen, Gesang und Volkstanz.

Im Frühling, Sommer und im Herbst wurde zusätzlich gewandert, in der Regel in die nähere Umgebung, den Duisburger Wald oder das Ruhrtal.

Das Wandern wurde als wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsfürsorge und

Gemeinschaftserziehung der Arbeiterjugend verstanden, wie der nachfolgende Artikel aus dem Verbandsorgan "Arbeiterjugend" belegt:

"Gerade die Arbeiterjugend muß tüchtig wandern, Sie muß hinaus aus Höfen und Gassen, dem Fabriklärm und Werkstattlärm. Die Lunge braucht frische Luft, das Ohr andere Klänge, das Auge andere Farben. Und die jungen Beine brauchen das weite, breite Land. Das Wandern erfrischt die Arbeiterjugend körperlich und geistig, es bereichert ihr Leben, schafft Freude... Und frische, lebendige und regsame Jugend müssen wir für den Sozialismus erziehen. Eine Jugend, die bereit ist, alte Lebensbahnen zu verlassen und neue zu suchen; eine Jugend, die frisch genug ist, um einen langen Kampf ohne Ermüdung zu bestehen; eine Jugend, die lebendig genug ist, um

Als Beispiel für die Aktivitäten einer SAJ-Gruppe sei der Arbeitsplan der Arbeiterjugend Neudorf-Duisern für die Monate Januar, Februar, März 1922 zitiert:

Montag	23.1.	Turnen
Donnerstag	26.1.	Vortrag, Dr. Wildschrey: Naturwissenschaftliche Fragen im Sinne des Darwinismus
Sonntag	29.1.	Wanderung
Montag	30.1.	Turnen
Donnerstag	2.2.	Vortrag
Sonntag	5.2.	Unterhaltung
Montag	6.2.	Turnen
Donnerstag	9.2.	Vortrag
Sonntag	12.2.	Unterhaltung
Montag	13.2.	Turnen
Donnerstag	16.2.	Vortrag
Samstag	18.2.	Generalprobe
Sonntag	19.2.	Stiftungsfest
Donnerstag	23.2.	Vortrag
Sonntag	26.2.	Unterhaltung oder Wanderung
Montag	27.2.	Turnen
Donnerstag	2.3.	Wanderburschenabend
Sonntag	5.3.	Unterhaltung
Montag	6.3.	Turnen
Donnerstag	9.3.	Lautenabend
Sonntag	12.3.	Wanderung oder Unterhaltung
Montag	13.3.	Turnen
Donnerstag	16.3.	Vortrag, E. Groß: Über die Jugendbewegung
Sonntag	19.3.	Unterhaltung
Montag	20.3.	Turnen
Donnerstag	23.3.	Volksliederabend
Sonntag	26.3.	Unterhaltung oder Wanderung
Montag	27.3.	Turnen
Donnerstag	30.3.	Abendwanderung
Samstag	1.4.	Generalprobe
Sonntag	2.4.	Frühlingsfest



SAJ - Heim in Homberg, Ulmenhof, 1928

dem vielgewandten Gegner doch noch an Gewandtheit überlegen zu sein; eine Jugend, die regsam genug ist, um viel zu lernen und das Gelernte zu gestalten."

Der folgende Artikel der sozialdemokratischen Tageszeitung "Neueste Nachrichten" vom Juli 1930 betonte darüber hinaus den Aspekt des "Sozialen Wanderns":

"...Wir wollen auf unseren Wanderungen aber auch lernen. Das ganze Werden unseres Erdballs wird aufgerollt, wenn in einem Steinbruch irgendwelche fossilen Pflanzen oder Tierreste gefunden werden. Die Erde selbst wird uns zum lebendigsten Buch. Wenn wir Geschichte studieren, suchen wir auch die alten Kunststätten, Ausgrabungen und Museen auf. Antike Bauwerke erinnern



SAJ-Gruppe aus Rheinhausen auf einer Wanderung in den Duisburger Wald

an die Römerherrschaft. Ringwälle zeugen von den mühsam errichteten Verteidigungswerken der Ureinwohner. Das Mittelalter erscheint vor uns in schönen Fachwerkbauten und hohen Domen. Doch wenn wir in die Stadt kommen, dann besuchen wir nicht nur prunkvolle Kirchen und Paläste, nicht nur schöne Anlagen und Gärten. Auch durch die engsten Gassen, wo das Elend und die Not wohnt, geht unser Weg. Wo die Wohnungen fast baufällig sind. Wo Licht und Luft durch stickigen Dunst ersetzt wird. Wir wissen dann: hier wohnen unsere Klassengenossen. So sehen wir die ganze Zwiespältigkeit unserer Gesellschaft und wissen, welche Folgerung uns daraus erwächst. Wir werden, wir wollen mitarbeiten an der Abänderung dieser Verhältnisse."

Soweit die knappen finanziellen Mittel es zuließen, unternahmen die Jugendgruppen in den Ferien größere Fahrten. Der Unterbezirksvorsitzende der SAJ, Otto Albrecht, beschrieb in der "Volksstimme" aus dem Jahre 1924 eine solche Ferienfahrt, zugleich Ausdruck des Lebensgefühls, das die Arbeiterjugend damals bewegte.

"Ferien! Welch junges Menschenherz läßt dieses Wort nicht höher schlagen! Ferien, für einige Tage frei sein, frei von der Arbeit, von des Tages Last und Mühen, hinausziehen können in die freie Natur. So hatten wir denn auch beschlossen, unsere Ferientage dazu auszunutzen. Unser Ziel war der schöne Oberrhein. Am 26. Juli dampften wir von

Duisburg ab nach Bonn. Von dort aus ging es auf Schusters Rappen weiter, allerdings benutzten wir erst einen halben Tag, um die Stadt zu besichtigen. Bonn ist schon eine ganz alte Stadt, sie wird schon in der Geschichte der Römerzeit erwähnt. Damals eine römische Siedlung (Bonna), heute eine Universitäts- und Verkehrsstadt, bedingt durch seine schöne Lage am Rhein. Die Stadt selbst weist viele schöne und an Architektur reiche Bauwerke auf. Der Geburtsort Beethovens ist überhaupt reich an künstlerischen und kulturellen Eigenschaften.

Von Bonn führte unser Weg nach Godesberg. Dieser Weg ist wohl einer der

schönsten mit hier in dieser Gegend, tritt man aus dem Wald heraus, sieht man auf der anderen Seite das Siebengebirge liegen mit seinen Ruinen, Drachenfels, Wolkenburg usw. Zwischendurch schlängelt sich der Rhein, mächtig und gewaltig, unruhig aufbrausend. Es ist, als sei er sich seiner Bedeutung bewußt. Unser Weg führte immer auf den Höhen entlang durch herrliche Tannen- und Laubwälder, bis ganz plötzlich, tief unten im Tale, Godesberg vor uns liegt. Wir steigen hinab ins Städtchen. Unser Weg gilt der alten Burgruine, die hoch auf dem Berge thront. Die Godesburg, ebenfalls eine Stätte mit recht geschichtlicher Vergangenheit. Erwähnt wird sie bereits im Jahre 360 nach Chr. Zu der Zeit stand dort ein großer Tempel, der dem Gott Jupiter geweiht war. Später wurde dort ein Schloß gebaut, das heute nur noch eine Ruine ist. Wie in all diesen Städten, ist auch in der Ruine eine Wirtschaft errichtet.

Von der Burg schritten wir zum Rhein, mit einer Fähre ließen wir uns hinüber befördern, dann an seinem Ufer entlang nach Königswinter. Königswinter ist ein Ort am Fuße des Siebengebirges. An der Hauptstraße sieht man nur große Hotels liegen, in denen sich die Klasse der oberen Zehntausend erholt von den "Strapazen der Arbeit". Wir wurden angestarrt wie Weltwunder, als wir bepackt durchzogen. Auf dem Strom herrschte reges Leben. Dampfer aller Art zogen rheinauf- und rheinabwärts.



Mitglieder der Neudorfer und Hochfelder SAJ - Gruppen auf einer Harzrundfahrt im Sommer 1929

Vieles gab es zu sehen, neue Eindrücke nahmen wir in uns auf.

Von Königswinter gelangten wir nach Honnef, einem Badeort. Es zeichnet sich ebenfalls durch seine herrliche Lage und seine gesunde Luft aus. Es ist ein Ort, an dem der Kranke seine Gesundheit wiederfinden kann. Wie manchem unserer Klassengenossen könnte geholfen werden, wenn er hier eine Zeitlang leben könnte, er würde gesund an Leib und Seele. Hoffentlich kommt recht bald die Zeit, wo es jedem Menschen möglich ist, in solch schöner gesunder Gegend jedes Jahr ein paar Tage verleben zu können.

Von Honnef zogen wir wieder eilenden Schritts in die Einsamkeit, in die Berge. Es tat weh, die übertriebene Eleganz und Mode der Reichen zu sehen, während auf der anderen Seite krasse Armut herrscht. In den Bergen, in den Wäldern, da konnten wir frei aufatmen, dort war alles natürlich, ein Leben und Gedeihen, geschaffen für alle Menschen. Unser Ziel war der Himmerich, ein 371 Meter hoher Berg, an dessen Abhängen die Naturfreunde-Hütte steht. Auf engen, überwachsenen Pfaden führte uns ein Weg, manchmal steil, meistens aber sanft empor, bis wir ganz plötzlich vor der Hütte standen. Ein ganz eigenartiges Bild zeigte sich dem Auge. Der Berg an der einen Seite, dicht bewaldet, an der anderen Seite halb abgebrochen, etwa 70-100 Meter tief. Ein mächtiger Basaltbruch ist zu sehen, allerwärts liegen große Steinblöcke umher. Auf dem

freien Platze liegt die Hütte, ein kleines Gebäude, einstöckig, unten die Küche und Aufenthaltsräume, oben die Schlafzimmer. Ein herrliches Stückchen Erde. Hier merkt man nichts von kapitalistischer Überkultur, alles natürlich, das Hüttchen, der Umgebung angepaßt. Wie winzig klein ist es gegen den Bergriesen, der finster und mächtig emporragt und wenn er will, alles zertrümmert, Haus und Menschen. Hier zeigte sich die Natur in ihrer ganzen großen Schönheit. Wir

machten es uns bequem, wollten wir doch einige Tage hier bleiben und ausrufen und die nähere Umgebung abstreifen. Zuerst wurde für das leibliche Wohl gesorgt. In der Küche wurde gekocht, alles war da: Herd, Teller, Tassen, alles, was zum Haushalt gehört. Die ganze Einrichtung, überhaupt die ganze Hütte bewies, was Proletarierhände schaffen können durch Idealismus und durch Einigkeit und Geschlossenheit. Die Hütte ist von den Kölner Genossen und Genossinnen hergerichtet worden, ein schweres Stück Arbeit, aber es ist vollbracht worden. Nehmen



SAJ - Gruppe Hochfeld auf einer Sauerlandfahrt , 1929

wir uns ein Beispiel daran. Wenn wir alle einig und geschlossen sind, an uns arbeiten, werden wir auch bald den sozialistischen Staat aufrichten können. Das sei uns immer wegweisend bei unserer Arbeit."

Zu einem bedeutenden Bestandteil in der Arbeit der SAJ-Gruppen wurde die eigenständige Bildungs- und Kulturarbeit. Die SAJ entwickelte sich zu einem wichtigen Kulturträger der Duisburger sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Sie trat, wie oben gezeigt, mit ihren Musik- und Tanzgruppen und mit ihren Sprech- und Bewegungschören bei fast allen Festen und Feiern der Arbeiterorganisationen Duisburgs auf.

Die politische Bildungsarbeit der SAJ im Unterbezirk Duisburg wurde ab 1920 durch eine Kreisbildungszentrale organisiert, der jeweils ein Jugendlicher und ein Erwachsener aus jeder Jugendgruppe angehören sollten. Es wurden Funktionärsschulungen veranstaltet und Referenten an die einzelnen Jugendgruppen vermittelt. Obwohl offiziell die Hauptaufgabe des Verbandes, hat die politische Bildungsarbeit in den ersten Jahren der Weimarer Republik nur einen Anteil von etwa einem Drittel an den Veranstaltungen der SAJ ausgemacht. Geselligkeit, Spiel, Wanderungen, Sport und Fahrten stellten den größten Anteil an den Aktivitäten. Ende der 20er Jahre mehrten sich im Zusammenhang mit



Mitglieder der SAJ aus dem Unterbezirk Duisburg-Hamborn , 1928 (v. links, stehend: Otto Albrecht, von 1921 - 1931 Vorsitzender des SAJ - Unterbezirks Duisburg-Hamborn)

Themen aus dem Bereich der Bildungsarbeit der SAJ im Unterbezirk Duisburg-Hamborn:

1. Arbeiterbewegung und Sozialismus:

Ziel und Zweck der Jugendbewegung; Entwicklung der Gewerkschaften; Bebel's Leben und Wirken; Der Achtstundentag als Errungenschaft der Republik; Revolutionäre, politische, wirtschaftliche und kulturelle Strömungen des 19. Jahrhunderts; Was ist Sozialismus; Jugendbewegung und Alkohol; Arbeiterbewegung und Bildung; Arbeiterdichtung; Jugend und Partei; Jugend und Republik; Unser Weltbild in der Weltlichen Schule; Kulturaufgaben der SAJ; SAJ und Reichsbanner; Gemeinschaftliche Erziehung in der SAJ; SAJ und Fürstenabfindung; Unsere Stellung zur bürgerlichen und kommunistischen Jugend; Die Geschlechterfrage in der Jugendbewegung; Jugendbewegung und Jugendpflege; Das Erziehungs- und Jugendschutzprogramm der SAJ; Das Heidelberger Parteiprogramm; Die Arbeiterjugendinternationale.

2. Geschichte/Politik/Wirtschaft:

Deutsche Vergangenheit; Duisburg einst und jetzt; Weltgeschichte (Unterrichtsreihe); Geschichte des Duisburger Museums; Geschichte der Waffen und Werkzeuge; Das Sturmjahr 1848; Über Faschismus; Kommunalpolitik; Kommunale Wahlen; Die politischen Parteien Deutschlands; Die deutsche Reichsverfassung; Das Parlament und die politischen Parteien; Monarchie und Republik. Wirtschaftspolitik (Kurs); Sozialpolitik (Kurs); Volkswirtschaftslehre (Kurs); Arbeitsgesetze; Deutsche Wirtschaftsgeschichte.

3. Philosophie und weltanschauliche Themen/Naturkunde:

Christentum; Kirche und Sozialismus; Der Sozialismus als Weltanschauung; Über den Ursprung der Religion; Die sittliche Idee des Klassenkampfes; Entwicklung des Menschen; Welterschöpfung; Ausflug in den Weltenraum; Frühlingserwachen in der Natur; Lüneburger Heide; Eine Moselwanderung; Bodenschätze unserer Welt; Natur und Wandern.

4. Allgemeine Themen:

Wie sollen wir Wandern; Leben und Wirken von Schiller; Esperanto-Kurs; Praktische Organisationsarbeit; Kleidung, Wohnung und Schönheit des Körpers; Wie entsteht eine Zeitung; Von der Postkutsche zur Schnellbahn; Deutsche Volkskunst; Erziehung der Jugend in Schule, Elternhaus und Jugendorganisation; Wirklichkeit und Bedeutung der Stenographie; Ferdinand Freiligraths Leben und Wirken; Wie führt man eine Versammlung; Die deutschen Klassiker; Die kulturelle Entwicklung; Die Soziologie der Jugend; Die Technik in der Vorzeit; Einführung in Rechtsfragen.

einer verstärkten Politisierung der SAJ die politischen Themen.

Eine Auswertung der in den SPD-Zeitungen veröffentlichten SAJ-Veranstaltungskalender ergibt die nebenstehenden Themenschwerpunkte der Bildungsarbeit im Unterbezirk Duisburg-Hamborn; die einzelnen Referate wurden oft mehrfach wiederholt.

Innerhalb der SAJ wurde intensiv über die eigene Arbeit nachgedacht. Da die Praxis der Arbeit in den Jugendgruppen zeigte, daß eine "systematische Geistes-schulung" bei den jüngeren Jahrgängen kaum Anklang fand, lag der Schwerpunkt in der "Vielgestaltigkeit" des Programms. Diese bezog sich nicht nur auf das gesamte Monatsprogramm, sondern bereits auf jeden einzelnen Gruppenabend. Das erforderte eine intensive Mitarbeit möglichst vieler Mitglieder der Jugendgruppen.

Vom Bezirksvorstand erhielten die einzelnen SAJ-Gruppen Gestaltungsvorschläge zur Durchführung ihrer Gruppenabende. So sollte z. B. ein Wanderabend mit Wanderliedern und entsprechenden Gedichten umrahmt werden. Dazu konnten Fahrtenerlebnisse ausgetauscht werden. Die vorgetragenen Lieder und Gedichte sollten nach Möglichkeit mit dem Referat inhaltlich in einem engen Zusammenhang stehen. Dazu mußte sich ein Jugendlicher für den nächsten Gruppenabend auf das bestimmte Thema vorbereiten und das benötigte Material zusammentragen. Damit besaß allein schon die Vorbereitung der Gruppenabende einen erzieherischen Wert.

Im Bereich der "systematischen Geistes-schulung" beschränkten die SAJ-Gruppen einen anderen Weg. Interessierte ältere Jugendliche faßte man in Arbeitsgemeinschaften zusammen, in denen über einen längeren Zeitraum bestimmte Wissensgebiete bearbeitet wurden. Im Mittelpunkt standen hier Themen aus den Fachgebieten Naturwissenschaft, Volkswirtschaft, Kulturarbeit, Geschichte der Sozialdemokratie usw. Zur Unterstützung der Arbeit an der Basis fanden regelmäßige Schulungskurse für Funktionäre und Arbeitsgruppenleiter statt, die die Bezirksleitung organisierte.



Volkstanzgruppe der SAJ Duisburg (im Vordergrund: Bernhard Krapfel, Leiter der Gruppe)

Eine zweite intensiv diskutierte Frage innerhalb der SAJ war die Frage der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter. In den Publikationen der SAJ wurde immer wieder hervorgehoben, daß aufgrund der gemeinsamen Klassenlage die Erziehung von Jungen und Mädchen in den Gruppen der sozialistischen Arbeiterjugend gemeinsam zu erfolgen habe. Insgesamt gesehen gelang es den SAJ-Gruppen, durch Mädchenabende, Mädchenkonferenzen und Mädchenkurse die Aktivität der weiblichen Mitglieder zu steigern. Innerhalb des Gesamtverbandes waren im Durchschnitt bis zu 30 Prozent Mädchen organisiert. Der Anteil der Mädchen in der SAJ des Unterbezirks Duisburg-Hamborn betrug gegen Ende der 20er Jahre etwa 45 Prozent. Die Mädchen bekleideten in einigen Ortsvereinen auch führende Positionen als Vorsitzende, Kassiererinnen und Schriftführerinnen.

Dennoch waren die Mädchen weder im Gesamtverband noch im Unterbezirk Duisburg-Hamborn entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft in den Funktionen vertreten. Die Ämter waren vorwiegend von Jungen besetzt, obwohl bei jedem Aufruf zu allen Konferenzen ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die weibliche Delegiertenzahl möglichst ihrem Anteil an der Mitgliederzahl entsprechen sollte.

Eine weitere heftig diskutierte Frage in der SAJ war, wie weit sie sich von der Mutterpartei emanzipierte. Gehörte in den ersten Jahren der Weimarer Republik zumindest ein Vertreter der SPD zum Vorstand der Jugendvereine, so



Musikgruppe der SAJ - Marxloh, 1927

wählten sie ab etwa 1923 mehr und mehr die gesamten Vorstände aus ihrer eigenen Mitte. Diese Loslösung und stärkere Selbständigkeit der Gruppen war nicht ohne Auseinandersetzungen abgegangen.

Insgesamt gesehen hat die SAJ im Duisburger Unterbezirk in der Weimarer Zeit ein umfangreiches Erziehungs- und Bildungsangebot bereitgestellt. Wie weit das Erziehungsziel, die Arbeiterjugendlichen zu lebensstüchtigen und klassenbewußten Menschen zu erziehen, erreicht werden konnte, läßt sich erst abschätzen, wenn der weitere Lebensweg der ehemaligen SAJ-Mitglieder betrachtet wird. Die Erinnerungen eines Großteils der in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg in der Sozialdemokratie

aktiven Funktionäre zeigt, daß sie ihre politische und charakterliche Prägung zu einem wichtigen Teil in der SAJ erfahren haben.

Als politische Gruppierung war die SAJ bewußt auf Außenwirkung bedacht, z.B. bei den jährlich stattfindenden Jugendweihen und Schulentlassungsfeiern, Weihnachtsfeiern bzw. Sonnenwendfeiern. An den Revolutionsfeiern und den Maifesten der erwachsenen Arbeiterschaft nahm die Arbeiterjugend ebenfalls regen Anteil.

Jedes Frühjahr zum Zeitpunkt der Schulentlassung veranstaltete die SAJ Werbekampagnen mit Flugzetteln, Aufrufen und Werbeveranstaltungen, um die Arbeiterjugendlichen in ihren Reihen zu organisieren. Es blieb aber immer ein Problem, daß nur ein geringer Teil der Arbeiterjugend den Weg zur SAJ fand. Das galt auch für die Kinder von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären. Wesentliche Faktoren bei der Werbung neuer Mitglieder für die SAJ waren die Weltliche Schule und die Kinderfreundegruppen. Gerade der Kinderfreundearbeit maß die sozialistische Arbeiterjugend große Bedeutung bei.

Die Jugendtage des Bezirks Niederrhein waren für die SAJ-Gruppen besondere Höhepunkte. Ihre Teilnehmerzahl lag oft bei mehreren tausend. Es trafen sich zu diesen Veranstaltungen SAJ-Gruppen aus dem gesamten Bezirk. Die leidvollen Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre trugen dazu



SAJ-Gruppe Homberg beim Volkstanz, 1926



Delegierte der Unterbezirkskonferenz der SAJ am 9. 1. 1927 in Homburg (Lehnhof)

bei, daß die SAJ-Gruppen aus dem Duisburger Gebiet eine stark pazifistische und auf Völkerverständigung gerichtete Grundhaltung entwickelten. Neben der Teilnahme an Antikriegskundgebungen der SPD organisierte die SAJ ihre eigenen Veranstaltungen. Die Nähe zu Holland begünstigte die engen Kontakte von Duisburg zur holländischen Arbeiterjugend. Hinzu kamen persönliche Beziehungen einzelner Mitglieder zur holländischen Arbeiterbewegung, die eine fruchtbare Verbindung, die sich in den ersten Jahren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus auswirken sollte, förderte. Über ein internationales Jugendfest in den Niederlanden schrieb ein Mitglied der SAJ-Gruppe Neudorf-Duisern in der "Volksstimme" vom 18. / 19. November 1922:

"Die Arbeiterjugend Zuphen (Holland) hatte die Arbeiterjugend Neudorf-Duisern zu einem Fest am 12. November eingeladen. 43 Mitglieder dieser Gruppe fuhren am Samstag nach Holland. Sie wurden von der holländischen Gruppe an der Grenze abgeholt. Beim Überschreiten der Grenze wurde die "Internationale" gesungen. Schwarz-rot-goldene und rote Fahnen wurden mitgetragen. Wir wurden in Privatquartieren untergebracht und lernten dadurch ganz besonders die überaus herzliche und große Gastfreundschaft unserer holländischen Genossen kennen. ... Von dem Gedanken des Völkerfriedens waren auch sämtliche Sonntagsveranstaltungen getragen. Vormittags eine Demonstration durch die Stadt, die mit ihren breiten und peinlich sauberen Straßen einen sehr guten Eindruck machte. Gemein-

sam singen wir immer und immer wieder die "Internationale". Bald lernen unsere holländischen Genossen und Genossinnen auch das Lied: "Dem Morgenrot entgegen". Auf einem freien Platz tanzen wir Deutsche unsere Tänze. Gemeinsam geht es zurück in die Stadt. Am Abend begann das Fest. Beginnend mit der Ansprache eines Holländers. Danach Gesänge des Zuphener Arbeitersängerbundes. Die Deutschen singen, spielen und tanzen. In zwei lebenden Bildern zeigen die Holländer die Bestialität des Krieges und den Segen des Friedens. Es wechselten Musikvorträge, Gesänge und Tänze. Die deutsche Gruppe führte ein Singspiel auf. Anschließend spricht der Leiter der deutschen Gruppe einige Worte des Dankes, der Freude und der Siegeszuversicht.... Nun war es höchste Zeit zur Abfahrt.



Werbeveranstaltung der SAJ-Marxloh in Wehofen .1928 (unter der Rosette: Adolf Graber sen.)

... Steht die deutsche Arbeiterjugend nicht auf dem Vorposten im Kampf für Völkerfrieden? Gehen wir nicht einer schwarzen Nacht entgegen? Will man uns nicht die Republik rauben? Und warum gehen wir so glaubensstark zurück?

Wir wissen jetzt, wie die internationale Arbeiterschaft auf die deutsche Jugend hofft und sind uns unserer Verantwortung voll bewußt... Wer erhält dem deutschen Volke das Ansehen und die Achtung des Auslandes? Die Tragik will es, daß es Deutschlands ärmster Sohn ist, der fähig ist, in einer Zeit der ärgsten Not und des kulturellen Tiefstandes dem Ausland Hochachtung vor seinem Vaterland abzurufen. So ist es auch einzig und allein die deutsche Arbeiterschaft, die sich konsequent für die Erhaltung der deutschen Republik einsetzen wird. Und die deutsche Arbeiterjugend macht sich Karl Brögers Schwur zu eigen: "Deutsche Republik, wir alle schwören, letzter Tropfen Blut soll dir gehören!"

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise gingen auch an der Duisburger SAJ nicht spurlos vorüber. Die inhaltliche Arbeit der SAJ-Gruppen, die bisher durch Wandern, Sport und Spiel bestimmt war, wurde durch die Zuspitzung der politischen Verhältnisse politisiert. Die Jugendgruppen wurden auch zunehmend in die Agitationsarbeit der SPD einbezogen.

Die Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungs politik durch die SPD und

die parteioffizielle Beurteilung des Nationalsozialismus führten aber auch bei der SAJ zu Auseinandersetzungen. Otto Albrecht, langjähriger Vorsitzender des SAJ-Unterbezirks Duisburg-Hamborn, erinnert sich an eine Auseinandersetzung in einer Parteiversammlung zur Frage der Gefahr des Nationalsozialismus:

“Innerhalb der SAJ-Gruppen hatten wir viel über den Nationalsozialismus diskutiert. Ich erinnere mich an eine Parteiversammlung der SPD in Meiderich, auf der der Chefredakteur der Vosti- ich kenne seinen Namen nicht mehr - einen Vortrag über die Einschätzung der faschistischen Gefahr gehalten hatte. Die tatsächliche Gefahr der Nationalsozialisten ist von allen Parteigenossen verharmlost worden. Die sagten: “Laß sie mal ruhig ran, die werden sich schon abwirtschaften”. Daraufhin sind die anwesenden SAJ-Mitglieder dieser Ansicht entgegengetreten. Der Referent hat dann in der Versammlung die Jugendlichen als “dumme Jungs” hingestellt, die keine Ahnung hätten von Politik. Wir sahen aber die Gefahr klarer als die Alten, die sie unterschätzt hatten. Uns blieb dann auch keine andere Möglichkeit mehr, als uns abzuspalten.”

Hinzu kam die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auf der Straße. Walter und Elisabeth Nieft, ehemalige Mitglieder der SAJ-Gruppe



Duisburger SAJ - Mitglieder auf dem internationalen Jugendtag 1929 in Wien

Duisburg-Hochfeld, berichten aus der Erinnerung:

“Und die ewigen Wahlkämpfe in dieser Zeit. Es gab jedes halbe Jahr eine Neuwahl. Und als SAJ-ler sind wir damals so in Viererreihen mit der Fahne vorbeigezogen. Da gehörte die Straße uns. So breit die Straße war, so breit war auch die Viererreihe. Wir haben unsere Arbeiterlieder gesungen. Bei den Demonstrationen ging es zur damaligen Zeit oft sehr hart zu. Wir wurden häufig beschossen, wenn die SA demonstrierte. Die wurden dann aber auch beschossen...”

Ich weiß es heute noch, wie auf der Düsseldorfer Straße/ Ecke Krämerstraße die SA auf den Dächern stand und geschossen hat. Bei diesem Beerdigungszug waren auch Leute dabei, die Pistolen hatten. Auch wir hatten Pistolen bei. Bei den SA-Leuten waren allerdings mehr Waffen als bei uns...”

Die Abspaltung der SAP beeinträchtigte die Duisburger SAJ in besonderem Maße. Der auch hier entbrannte Konflikt blieb zwar insgesamt auf einen kleinen Kreis älterer SAJ-Funktionäre unter der Führung von Eberhard Brünen beschränkt. Da dieser Personenkreis aber die gesamte Arbeit des Verbandes organisiert hatte und zudem wichtige Aufgaben innerhalb der Kinderfreunde wahrnahm, verwundert es nicht, daß zunächst einmal die Arbeit der sozialdemokratischen Jugendorganisation in den von der Spaltung betroffenen Ortsvereinen zusammenbrach und ein größerer Mitgliederanteil zur SAP-Jugend überging. Die SAJ im Unterbezirk Duisburg-Hamborn erholte sich von der Spaltung bis zum Verbot 1933 nicht mehr, auch wenn offiziell die einzelnen Gruppen in der Stadt weiterbestanden.

Als 1933 die Nazis die Macht in Deutschland übernahmen, wurde die SAJ verboten. Trotz des Verbotes trafen sich Anhänger der Arbeiterjugend weiterhin bis Mitte der dreißiger Jahre und versuchten ansatzweise, ihre Gruppenarbeit in der Illegalität fortzusetzen. Seine



SAJ-Gruppe aus Duisburg in Stenden 1931 (2. v. links: Willi Stresemann; mit Gitarre: Johann Asch; rechts: Wilhelm Lücke)



Von der SAJ organisierter Arbeitslosenkurs in Stenden

Erfahrungen schildert Fritz Elspösch aus der Erinnerung:

“Die ganzen Arbeiterjugendverbände wie Kinderfreunde, SAJ, Sozialistischer Jugendverband (SJV), die Arbeitersportorganisationen, die alle 1933 aufgelöst waren, die lebten in irgendeiner Form, wenn auch nicht in dieser geschlossenen Form, weiter. So ging der Fanfarenchor damals vom SJV, dem Jugendverband der SAP, der ja 1933 aufgelöst wurde, als Gruppe zu den Nerotern und hat dann als Gruppe bei den Nerotern eine Zeitlang weiterbestanden. Treffpunkt war oben auf dem Homberg, in der Nähe vom heutigen städtischen Jugendwaldheim. Da trafen sie sich und da führten sie auch noch fast militärische Übungen durch. Die waren ja damals alle militant aufgebaut, ob das Reichsbanner war, ob das Arbeiterjugend war usw.

Bei der Arbeiterjugend gab es auch noch den, ich will mal sagen, romantischen Teil der Jugend mit Volkstanz, Gesang, Literatur usw. Und der andere war dann der militante Teil.

Dann haben sich wieder Jugendliche aus diesen verschiedenen Verbänden weiter getroffen. Auf der früheren Märchenwiese im Wald - die besteht heute nicht mehr, die ist vollkommen eingeforstet worden, hinter dem Entenfang, wo die Brücke über die Bahn geht, da 200 Meter in den Wald rein - da war so ein Treffpunkt gewesen von ehemaligen Jugendbeweglern aus verschiedenen Verbänden, auch Arbeitersportverbänden, auch ehemalige Arbeiterjugend, aber auch aus anderen Verbänden, die damals verboten wurden... Ein anderer Treffpunkt war, und da waren wieder Jugendliche aus den verschiedensten Jugendorganisationen, in dem Milch-

lokal von Finkenberg auf der Lotharstraße am Steinbruch. Der Finkenberg hat der oppositionellen Jugend damals Unterkunft gewährt, und man war da auch ziemlich unbehelligt. Ein weiterer Treffpunkt von Jugendlichen der verschiedensten Verbände war oben am Steinbruchsee in dem Wetterhaus. Auch da haben wir uns mehrmals, mindestens zweimal in der Woche, getroffen als oppositionelle Jugend, bis dann so die ersten eingezogen wurden zum Arbeitsdienst, um 1936 rum.

Die SA hat oben am Steinbruch mehrmals versucht, den Laden aufzulösen. Wir hatten auch ein paar HJ-Mitglieder dabei, die von ihrem HJ-Dienst abends in den Steinbruch kamen und dann ihr schwarzes Halstuch abtaten und dann zum Teil ein rotes Halstuch anlegten oder gar kein Halstuch.”



Ernst Gnoss, Bezirksjugendsekretär der SAJ Niederrhein. Er kommt aus der Hamborner Arbeiterjugendbewegung

Kinderfreunde in Duisburg 1924 bis 1933

Die deutsche Kinderfreundebewegung setzte in den Jahren 1919 und 1920 ein. In Duisburg begann die eigentliche Bewegung mit der Gründung der "Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Duisburg" erst Anfang 1928. Aber schon Jahre vorher bestanden in Duisburg proletarische Kindergruppen, von der AWO und der SAJ organisiert. Der Unterbezirksvorsitzende der SAJ Duisburg-Hamborn, Otto Albrecht, forderte 1924 in der "Volksstimme":

"Dann ein Gebiet, das für uns als junge Menschen in Frage kommt: die seelische und körperliche Not der Kleinen. Wieviel können wir da tun. Man könnte an freien Nachmittagen (vielleicht opfern wir auch mal einen Sonntag dafür) die Kinder zusammenholen auf einen Spielplatz, oder man könnte mit ihnen in den Wald ziehen, tanzen und springen und fröhlich mit ihnen sein, sie auf das Schöne und Große in der Natur aufmerksam machen... Jeder könnte da mithelfen, ob Jungsozialist oder Arbeiterjugendbündler oder -bündlerin."

Positive Impulse für die Duisburger Kinderfreundebewegung gingen von der Gründung der Bezirksarbeitsgemeinschaft Niederrhein der Kinderfreunde am 21. Dezember 1924 aus. Die sich bis dahin nur lose zu Ferienspielen treffenden Kinder wuchsen im Laufe der folgenden Jahre zu festen Kindergruppen



Meidericher Kinderfreunde - Gruppe vor dem SAJ - Heim

zusammen, die sich an mehreren Tagen in der Woche regelmäßig trafen. Als gemeinsame örtliche Organisation wurde am 4. Januar 1928 die "Ortsgruppe der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde für den gesamten Stadtbezirk Duisburg" gegründet. Vorsitzende wurde die sozialdemokratische Stadtverordnete Therese Cremers aus Neudorf, ihr Vertreter war der Kaufmann Alois Pfeffer. Zum weiteren Vorstand gehörten Karl Appel, Ferdinand Korthaus, Elise Fisch, Sibilla Kettler und Anna Hölscher.

Der Zweck dieser organisatorischen Vereinigung der örtlichen Falkengruppen war die "Zusammenfassung der Kinder in den einzelnen Stadtteilen, die Veranstaltung von Zusammenkünften, die mit Spiel, Gesang, Vorlesen, Vorträgen und Märchen ausgefüllt werden, sowie die Veranstaltung von Kinderausflügen."

Ernst Gnos, der Bezirkssekretär des SAJ-Bezirks Niederrhein, faßte die Bedeutung der Kinderfreunde für die sozialdemokratische Bewegung in den folgenden Sätzen zusammen:



Kinderfreunde - Gruppe aus Wanheimerort auf einer Wochenendfahrt nach Heiligenhaus 1931

"Die Arbeit der Kinderfreundebewegung ist von ungeheuer großem erzieherischen Wert. Das Prinzip der Gemeinschaftserziehung und des Gemeinschaftsgeistes muß hier, genau wie in der Arbeiterjugend, die Arbeit bestimmen. Im fröhlichen Spiel, bei Wanderungen und Spaziergängen sollen die Jungs und Mädels körperlich und geistig gesunden und den Wert menschlichen Daseins ahnen; Freundschaft und Kameradschaftlichkeit sollen den Gedanken der Verbundenheit wachsen lassen. Jungs und Mädels, die schon von früh an in diesem Gedanken erzogen werden, müssen aufrechte Menschen geben, die später in der Jugendbewegung und in der Partei ihre Pflichten erfüllen."

Und das Verhältnis von SAJ und Kinderfreunden bestimmte Gnos so:



Kinderfreunde - Gruppe aus Duisburg in Namedy

“Kinderfreunde und Arbeiterjugend sind zwei Erziehungsorganisationen des Sozialismus, die Hand in Hand arbeiten müssen, um so die besten Erfolge für die Bewegung zu erzielen.” Sie müssen ein *“Quell sein, der in der Gestalt der aus der Schule zur Entlassung kommenden Jugendlichen in unsere Bewegung einmündet und so für immer frischen Zufluß auch in der SAJ sorgt. Darüber hinaus müssen die Kindergruppen aber auch Betätigungsfeld älterer Mitglieder der SAJ sein, die hier ihre Erfahrungen für die praktische Arbeit verwerten.”*

Zu diesem Zeitpunkt bestand die Kinderfreundeorganisation in Duisburg aus fünf selbständigen Ortsgruppen (Hochfeld, Neudorf, Wanheimerort, Meiderich und Ruhrort-Laar-Beeck) mit 260 Mitgliedern, die sich wiederum in sieben Kindergruppen unterteilten. Nach der kommunalen Gebietsreform von 1929 kamen die Hamborner Falkengruppen hinzu, und die Organisation zählte nun 480 Schüler und Schülerinnen im Alter von 9 bis 14 Jahren. Im Herbst 1931 sank die Mitgliederzahl auf 460, 260 Jungen und 200 Mädchen. Nach der Spaltung der SPD und der SAJ verloren auch die Kinderfreunde beträchtlich an Mitgliedern. Es wurde sogar erwogen, die Organisation aufzulösen, da jetzt vor allem Helfer fehlten, die von der SAJ zur SAP oder zu kommunistischen Gruppen gewechselt waren. Die Helfergruppe war das Rückgrat der Kinderfreundebewegung. Die Gruppen-

arbeit erforderte von jedem Helfer einen hohen Zeitaufwand, denn sie beschränkte sich keineswegs auf die 1- bis 2 mal wöchentlich stattfindenden Gruppennachmittage. Hinzu kamen die fast wöchentlich stattfindenden Wochenendfahrten oder Ausflüge, dazu die Kinderrepubliken während der Sommerferien, zu ihrer Vorbereitung die Probzeltlager, die Vorbereitung und Durchführung größerer Aktivitäten wie Demonstrationen, Kinderfeste, Parteifeste, Sammlungen, Helferbesprechungen und Helferkurse.

Von besonderer Bedeutung waren die Kinderrepubliken während der Sommerferien. Ein ehemaliges Mitglied

der Duisburger Kinderfreunde sagt dazu: *“In den sogenannten Kinderrepubliken, wo damals zum ersten Male Jungen und Mädchen in einem Lager waren - großes Geschrei von der kirchlichen und reaktionären Seite her. Zum ersten Male waren auch Kinderlager nach dem demokratischen Prinzip aufgebaut, in Dörfern aufgeteilt. Die Mitglieder des Dorfes wählten ihre Dorfleitung selbst, und darüber hinaus wählten die Abgeordneten der Dörfer ihre Lagerleitung selbst und beeinflussten und gestalteten das Programm selbst mit.”*

Für die Kinder, die fast ausschließlich aus Arbeiterfamilien kamen, waren die Zeltlager nicht nur eine willkommene Abwechslung und Erholung vom kärglichen und anstrengenden Alltagsleben. Sie bildeten auch eine attraktive Alternative zu bürgerlichen und kirchlichen Erziehungseinrichtungen. Wer jahrelang in einer proletarischen Kindergemeinschaft aufwuchs, lernte Solidarität und Verantwortungsbewußtsein, für den wurde genossenschaftliches Denken und Einordnung in die Gemeinschaft selbstverständlich.

Das erste Lager fand am 17. Juli 1927 in Seekamp bei Kiel statt. Es folgten Kinderrepubliken auf der Rheininsel Namedy, an der Nordsee, in Belgien und Frankreich, an denen Kinder aus dem Raum Duisburg teilnahmen, wie der folgende Bericht über eine internationale Kinderrepublik in Frankreich zeigt: *“Rund 14 Tage ist der Staat der Arbeiterkinder jetzt alt. Alles ist in Ordnung.*



Kinderfreundelager in Wegberg 1931

Die Verfassung, die Abgeordneten, alles was zu einem Staat gehört, ist da. Längere Zeit hat es auch gedauert, eh die ungeschulten Franzosenkinder sich an die Lebensform in der Kinderrepublik gewöhnt hatten. Jetzt aber sind sie tapfere Falken geworden. Die Republik steht allen Gewalten zum Trotz, das hat sie schon deutlich beweisen können. Und nun zurück zu unserem Lagerleben. Zelt 16 auf froher Wanderschaft. Hinein in die Wälder, die sich weit in die Gegend hineinziehen. Brombeersträucher strotzen von Früchten, die unsern kleinen Wanderer erfrischen. Überall begegnen uns wandernde Falkengruppen. Die "Roten Falken haben sich die Gegend erobert", sagte mir ein Franzose. Aber auch bei der ernsten Arbeit zeigen die Falken aller Zeltländer ihren echten Falkengeist. Das Parlament hat bereits fünfmal getagt und u. a. seinen Helfern mit 50 zu 3 Stimmen Helferfreiheit zuerkannt. Die Kleinen wollen für einige Stunden selbständig sein. Dahin fliegen die Tage, die stets Neues bringen.

... Dann folgte ein lustiger Nachmittag. Das Lager ist voll von Gästen. Ein regelrechter Zirkus bietet sich den Zuschauern dar. Tänzerinnen, Clowns, Zauberei, kurz, alles ist hier zu sehen. Selbst die berühmte Schrammelmusik fehlt nicht. So gehen die Abende dahin... Das Falkenparlament hat beschlossen, der Hauptstadt von Frankreich, Paris, einen Besuch abzustatten. Alles freut sich und rüstet. Mit der Untergrundbahn gehts der französischen



Kinderfreundelager im Lahntal

Metropole zu. Hier geht alles: Tempo, Tempo. Wenn wir eine Straße gruppenweise überqueren, stauen sich wohl Hunderte von Autos und Wagen. Man fühlt sich unsicher bei dem ungewohnten Riesenverkehr... Nun durchstreifen wir Paris, besuchen das Museum, in dem die kostbaren Bilder aller Maler zu finden sind... Wir kommen vorbei an dem Platz, auf dem der König Ludwig, die Königin, kurz darauf Robespierre und andere Revolutionäre ihr Leben aushauchten... Noch Vieles und Schönes gabs zu sehen. Den Eiffelturm, das Wahrzeichen von Paris, verlieren wir kaum aus den Augen... Mit der Untergrundbahn gehts weiter durch Paris zum

Pantheon, wo die berühmtesten Männer Frankreichs, unter ihnen Emile Zola, Viktor Hugo, Jean Jaures und Voltaire begraben liegen... Zu rasch eilt die Zeit dahin, so daß wir an den Aufbruch denken müssen."

Es war aber wegen der notwendigen finanziellen Mittel nicht allen Kindern möglich, die großen Zeltlager zu besuchen. Einen Ersatz boten kleinere Lager in der Nähe, in Hünxe, Stenden und im Ruhrtal. Über ein Falkenlager in Wegberg, an dem 200 Kinder teilnahmen, liegt uns folgender Bericht vor:

"Rote Falken aus Moers, Duisburg, Lintfort, Homberg u. a. niederrheinischen Orten, die diesjährig nicht am Reichszeltlager teilnehmen konnten, verbrachten frohe Ferientage auf dem Gelände der Naturfreunde in Wegberg. Mit vollgepropften Autos ging es über Süchteln nach Wegberg, um hier, mitten in blühender Heide und Fichtenwald, die Zelte aufzuschlagen.

Freundschaft, Ordnung, Solidarität! Diese drei Grundpfeiler der Falken wurden am ersten Tage praktisch in Anwendung gebracht. Um 7 Uhr abends, nachdem 12 Zelte in Reih und Glied aufgestellt, 100 Zentner Stroh darin verpackt, wurde das Symbol der Kinderrepublik, "Die Rote Fahne", mit der Jugendschrift "Freundschaft", an einem 12 Meter hohen Mast aufgezogen, wo dann der Lagerleiter, der Genosse Wahl, die "rote Kinderrepublik" eröffnete. Oberstes Gesetz im Falkenlager ist das Lagerparlament, und so gingen



Kinderfreunde - Gruppe aus Hamborn



Kinderfreunde auf dem Weg ins Zeltlager

unsere Falken gleich am anderen Morgen an die Wahlarbeit, denn jede Zeltgemeinschaft wollte seine Kandidaten ins Parlament entsenden... Nach dem Abendessen trat gleich das Parlament zusammen, um die Arbeiten für das ganze Lager zu verteilen... Am folgenden Morgen, nach Gymnastik, Waldlauf, Waschen und Frühstück, trat das Parlament zur Lagerbesichtigung zusammen... Zum Schluß kam Zirkus "Luft und Schwindel", Riesen-Drommedare, Kamele und Elefanten, sogar das einzigste zahme Nilpferd, wurden vorgeführt... Die Sonne neigte sich gegen Westen. Eine Stunde später vollständige Ruhe im Lager... Morgens um 7 Uhr ist alles auf den Beinen, heißt es doch: Packen, da um 3 Uhr die Heimreise angetreten wird."

Nach den Sommerferien waren die Kinderrepubliken nicht vergessen. Mit ihren noch frischen Eindrücken führten die Falken Werbeveranstaltungen mit Filmvorführungen oder Lichtbildvorträgen über diese Zeltlager durch.

Kontakte zu Falkengruppen aus anderen Städten suchten die örtlichen Gruppen auf vielfältige Weise. Kamen einmal fremde Kindergruppen zu Besuch, so bot man ihnen ein großes Festprogramm, wie der Bericht über den Besuch der Roten Falken aus Kiel zeigt: "Was rote Falken sind und wollen", davon gaben am vergangenen Sonntag 29 frische Jungs und Mädels aus Kiel den Duisburgern Kunde. Der Einla-

dung der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde waren mehr als 400 Kinder gefolgt, die dichtgedrängt die Aula des Landfermannngymnasiums füllten und gespannt der Dinge harrten, die da kommen sollten.

Es öffnen sich die Türen der Aula, und mit Gesang und Musik, an der Spitze die große rote Zeltlagerfahne der Kinderrepublik Seekamp, ziehen unsere roten Falken aus Kiel ein, und sofort beginnt die Veranstaltung. Zuerst in kurzen ernsten Darbietungen bringen sie den Kindern Kunde von großen Aufgaben, die sich die roten Falken gestellt haben. Lieder und Sprechchöre wechseln ab, und den Abschluß bildet eine kurze

Ansprache des Führers der Kieler Gruppe, des Genossen Ernst Ohme. Dann springt ein frisches, frohes Mädel vor und verkündet, daß nun der unterhaltende Teil beginnt, und jetzt würden sie zeigen, wie man mit ganz einfachen Mitteln eine prächtige Unterhaltung zustande bringen könne. Volkstänze, lustige Lieder heben nun an, und dann kommt zum Schluß ein Märchen, das vom König und Bauern handelt, wobei der Bauer dem König beweist, daß das Land wohl ohne König, aber nicht ohne Landmann leben könne. Wutentbrannt schleudert zum Schluß der König seine Königsinsignien von sich und erklärt, jetzt möge König spielen wer wolle - er gehe jetzt "stempeln". Nun wird die weiße Leinwand nach vorne gerückt und der Film von der Kinderrepublik Seekamp rollt ab."

Auch aus dem politischen Tagesgeschehen der damaligen Zeit waren die Duisburger Falken nicht wegzudenken. Fritz Elsposch erinnert sich:

"Die Kinderfreunde waren auch bei den politischen Kundgebungen zum Teil dabei, bei den großen Aufmärschen und dann natürlich auch in der Zeit, als die SA und die SS anfangen zu wirken. Besonders in der Zeit nach 1930, die schweren Zusammenstöße mit den Nazis, wo die Kinderfreunde mitten drin saßen. Aufgabe der Kinderfreunde war es dann, die Fahnen zu retten. Oder ich denke an den Dellplatz, wo auch Alwis Wolf von Hochfeld den Stich mitgekriegt hat. Der war Gruppenleiter der Kinderfreunde



Kinderfreunde aus Duisburg beim Mittagessen

von Hochfeld und hat einen Stich in den Oberarm mitbekommen. Oder wo Hermann Huschke den steinernen Krug gegen den Kopf gekriegt hat, da waren die Kinderfreunde so mittenmang drin. Die Zeit, die war eben damals so, daß die Kinder mitten drin waren. Wir waren damals zwischen 10 und 14 Jahre. Das

war damals eben mitbedingt durch unsere Elternhäuser und durch die freie Schule. Auch bei den Wahlkämpfen hatten die Kinder damals ihre Aufgaben gehabt bei der Verteilung von Wahlmaterial, beim Kleben der Plakate, auch da kam man als Kind in den politischen Kampf mit hinein."

1933 erfolgte das Verbot und die Auflösung der Kinderfreundegruppen in Duisburg durch die Nazis. Einigen aus den Falkengruppen war es jedoch möglich, sich noch zwei Jahre lang illegal mit Gesinnungsgenossen zu treffen und, soweit es ging, die Tradition zu wahren.

Frauenpolitik

Nach 1918 erhielten endlich auch die Frauen das Wahlrecht, und die Gleichberechtigung der Frauen wurde zum erstenmal in der Weimarer Verfassung festgeschrieben. Damit waren wichtige Forderungen der sozialdemokratischen Frauenbewegung erfüllt worden.

Da für die Sozialdemokratie eine Veränderung der Gesellschaft nur auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie, also durch Wahlen, möglich schien, war es das Ziel der sozialdemokratischen Frauenpolitik und Agitation, die Frau als Wählerin zu gewinnen. Auch sollte der Frauenanteil an der Mitgliedschaft verstärkt werden.

Die Hoffnung der Partei, von dem von ihr traditionell geforderten Frauenwahlrecht zu profitieren, erfüllte sich nicht. Schon bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 zogen "die Vertreter der bürgerlichen und rechtsstehenden Parteien mit Hilfe der Frauen ins Parlament" ein. "Zweidrittel der Frauen haben am 19. Januar bürgerlich gewählt."

So äußerte sich die Referentin Ege aus Frankfurt auf einer gut besuchten Frauenversammlung im Mai 1920 in Neumühl. Den Grund für das Wahlverhalten der Frauen gab Maria Arning (Duisburger SPD-Stadtverordnete, später Bezirkssekretärin für die Frauenarbeit der Partei) auf dem 1. sozialdemokratischen Frauentag des Bezirks Niederrhein nach dem Krieg im September 1920 an:

"Durch die unklaren politischen Verhältnisse der letzten 2 Jahre, der Putsch von rechts und links, die vielen Streiks, die immer wieder das Wirtschaftsleben erschütterten, wurden die Frauen verwirrt und unklar gemacht, so daß sie gar nicht recht wußten, wie sie entscheiden sollten, weil von den bürgerlichen Parteien alle Unruhen und Putsche als sozialistische bezeichnet wurden."

Für die Duisburger Region ist auf jeden

Fall mit zu berücksichtigen, daß der katholische Bevölkerungsteil und der Einfluß der Zentrumspartei beträchtlich waren. Arbeiterfrauen blieben stärker an das katholische Milieu gebunden und wählten mehrheitlich das Zentrum.

Innerhalb der örtlichen sozialdemokratischen Frauenbewegung nahm die Diskussion über die Wahlen und das Wahlverhalten einen großen Stellenwert ein. Die Frauenbeilagen der "Volksstimme" veröffentlichten regelmäßig Artikel zu diesen oder ähnlichen Fragen. Themen waren z. B.: Der Staat und die Gemeinde (Hedwig Wachenheim), Frauen und Landtagswahlen (Paul Hirsch), Warum und Wie (Anne Bloß), Ehering und Preußenwahl (Theodor Thomas), Erst wägen, dann wählen! (Johann Weitzel, MDR), Die Kreistagswahl, Religion und Wahlkampf (August Freudenthal), Wie muß die Frau wählen?, Die Frauen und die Reichstagswahl, Weib, deine Stunde ist gekommen!, Die Stellung der Frau im Parlament (Lydia Rüland) usw.

Um die Frauen als Wählerinnen für die Partei zu gewinnen, führte die Duisburger SPD öffentliche Frauenversammlungen mit politischen Referaten und anschließender Aussprache durch. Der Bericht über eine derartige Versammlung vom November 1925 im Ratskeller in Hamborn zeigt den Ablauf solcher Veranstaltungen:

"Eine stattliche Anzahl Frauen hatte sich am Mittwoch nachmittag im Ratskeller eingefunden, um dort die Genossin Frau Professor Funck, Düsseldorf, zu hören. Eingeleitet wurde die Versammlung durch ein stimmungsvoll vorgetragenes Lied des von dem Genossen Möllenbeck dirigierten Frauenchors vom "Volkschor", was der Versammlung eine gewisse Weihe verlieh. Hierauf erteilte Genosse Paletzki der Genossin Funck das Wort, die in vortrefflicher, zuweilen mit Humor gewürz-

ter Rede all die Gründe darlegte, die jede Arbeiterfrau veranlassen sollten, am 29. November bei den Provinziallandtagswahlen sozialdemokratisch zu wählen. Zunächst erinnerte Rednerin daran, daß jetzt gerade 7 Jahre verflossen seien, wo die Frauen erstmals politische Rechte bekamen. Manches wäre besser geworden, wenn die Arbeiterfrauen nicht immer den arbeiterfeindlichen Parteien nachgelaufen wären, deren schädliche Politik die Frauen gerade jetzt am Küchenherd zu spüren bekämen. In humorvoller Art wandte sich Genossin Funck gegen die Männer, die Gegner des Frauenwahlrechts seien, weil die Frauen bisher nicht den richtigen Gebrauch vom Wahlrecht gemacht hätten. Diese Männer sollten doch bedenken, daß die Frauen in der Politik noch sehr jung, erst 7 Jahre alt seien, daß sie auf diesem Gebiet eben erst "schulpflichtig" geworden sind. Als Weggenossen des Mannes müsse man gemeinsam für bessere Verhältnisse kämpfen. Groß sei leider noch die Beeinflussung der Frauen durch die bürgerliche Presse, jene Presse, hinter der die Familie der Kapitalisten stehe. Große Macht übe auch die Musik auf den Menschen aus, was man schon bei den Stadtmusikanten beobachten könne, die zwar während der Besatzung recht brav immer schöne Volkslieder gespielt hätten, jetzt aber mit dem Hohen Friedberger Marsch den Männern den Parademarsch wieder schmackhaft machen wollten. Genossin Funck mahnte dann noch die Frauen, sich dem Konsumverein anzuschließen, geißelte die konfessionelle, kapitalistische Erziehungsmethode, gab einige drastische, selbst erlebte Beispiele zum Besten, schilderte, wie das derzeitige Elend zu beseitigen sei, und sagte, daß die Bürgerlichen das Elend nur regeln, aber nichts dagegen tun wollen. Leider sei bei vielen Arbeitern der Wille

zu einem menschenwürdigen Leben nicht vorhanden. Wenn alle anwesenden Frauen, so schloß Genossin Funck ihre Rede, bis zur Wahl alle anderen Frauen mit helfen aufzuklären, dann werde auch in Hamborn der 29. November ein Siegestag für die Sozialdemokratische Partei. - Da sich niemand zur Diskussion meldete, konnte der Vorsitzende, Genosse Paletzki, feststellen, daß die Referentin allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, worauf die eindrucksvolle Versammlung schloß."

Eigens organisierte Feste für die Frauen dienten ebenfalls der Werbung. Über den "Tag der Frauen" auf dem Kreisfest der Partei Duisburg im September 1925 besitzen wir folgende Schilderung:

"Fröhliches Leben und Treiben herrschte auch am Montag in dem großen 4000 Personen fassenden Zelt. Ein Nachmittag der Frau (...) sollte es sein, ein Nachmittag der Ausspannung vom drückenden Joch der täglichen schweren und sorgenvollen Arbeit der Hausfrau. Sie kamen in Scharen heran; aus dem ganzen Kreise waren die Proletarierinnen erschienen, um im Kreise von Gesinnungsgenossen ein paar Stunden angeregt zu verleben. Es waren gut 1500 Frauen zusammengekommen, um den Worten der Reichstagsabgeordneten Genossin Arning, Magdeburg, und der Genossin Funck, Düsseldorf, zu lauschen. Und sie hörten andächtig zu, was die beiden Genossinnen ihnen zu sagen hatten; man sah es ihnen an, sie gingen mit. In dem reichen Beifall, den beide Genossinnen ernteten, lag das Bekenntnis, das Gehörte nicht nur zu beherzigen, sondern auch tatkräftig mitzuarbeiten an dem heiligen Werk der Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus. Genossin Cremers sprach den Rednerinnen den Dank der Versammlung aus. Erwähnen wollen wir noch, daß die Feier durch einen Gesangvortrag der Damenabteilung des Volkschores Duisburg gut eingeleitet wurde. Danach gabs Kaffee und Kuchen... Und als die Musik kam, da wurde getanzt..."

Der Besuch der Frauenversammlungen war aber nicht immer zufriedenstellend. Die Partei änderte darum die Formen und die Inhalte ihrer Frauenagitation, wie der folgende Bericht zeigt: "Dem erfolgreichen Beispiel anderer Filialen folgend, hatte die Filiale Bruckhausen

am Sonntag, 1. März, nachmittags 4 Uhr, zu einem Frauentag eingeladen. Von der Tatsache ausgehend, daß sich leider die Frauen in der Mehrzahl für einen trockenen Vortrag allein nicht so recht interessieren, hatte man, um von vornherein des Erfolges sicher zu sein, den Werbetag mit einem gemütlichen Zusammensein bei Kaffee und Kuchen verbunden. Der Erfolg war ein so großer wie man ihn in Bruckhausen bisher noch nicht zu verzeichnen hatte..." In einem anderen Bericht heißt es: "...Nach diesem Vortrage saßen die Genossinnen noch lange in zwanglosem Gedankenaustausch, begleitet von musikalischen Darbietungen, zusammen." Die Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag konnten mit einem regen Besuch rechnen. Aus dem Jahre 1927 liegt uns folgender Bericht aus Duisburg vor:

"Sonntag nachmittag 3 Uhr fand im Gewerkschaftshaus der Internationale Frauentag statt. Genossin Schleisig begrüßte die zahlreich Erschienenen und wies darauf hin, daß der heutige Tag den sozialdemokratischen Frauen und Müttern der ganzen Welt gewidmet sei. Genossin Grete Baumann trug den Vorspruch "Schöpfung" von Karl Bröger vor. Dann sang die Frauenabteilung des Volkschores ein Lied. Das Referat hielt Genossin Wolff. Sie beleuchtete den Ausspruch Thomas von Aquins: "Eure Weiber lasset schweigen in der Gemeinde" und entwickelte in glänzender Rhetorik die Spanne weltgeschichtlichen Geschehens, die über das Grab des katholischen Kirchenlehrers dahin rauschte und seine Sentenzen über den Haufen warf. Die Frau von heute ist aus dem kulturellen Leben nicht mehr fortzudenken. Sie wirft ein gewichtiges Wort in die Waagschale, im Wirtschaftsleben wie in der Staatspolitik. Diese Errungenschaften datieren erst seit dem Ende des Weltkrieges her, der in diesem Sinne das einzige Gute zeitigte, daß er den verschütteten Weg frei legte, der zum Menschen führt. Hier erwächst der Frau die große Aufgabe, Wegbereiterin zu sein. Ohne Unterschied der Geburt, des Standes und der Religion sind wir im Leben und im Sterben gleich. In jedem Menschen liegt die Einheit und die Hoheit des Menschentums verankert. Und seine reinste Kristallisation ist das Wort: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Das ist die Gottes Ebenbildschaft in höchster Potenz. Dieses Fundament ins Weltgeschehen hineinzubauen, ist Aufgabe des Sozialismus und der Frau. Der Sozialismus hat die Gleichberechtigung der Frau gefordert. Der Sozialismus hat das Jugendwohlfahrtsgesetz und die Verordnung über die Fürsorgepflicht verlangt. Durch die Initiative unserer Bewegung ist auch der Weg der außenpolitischen Verständigung begangen worden. Es ist unsere Pflicht, daß wir bei der kommenden Wahl dafür Sorge tragen, daß der Ausbau dieser Errungenschaften gefordert und getätigt wird. Die Parole heißt: Zusammenschluß. Dann forderte die Rednerin noch die Abschaffung des ungeschriebenen Gesetzes der Zweitwertigkeit der Frau. Nur dann könnte eine Umwertung der sittlichen Werte erfolgen. Sie bat ihre Zuhörer, nicht ihre Macht zu verkennen. 90 % der Frauen gehören dem Proletariat an. Der Begriff der Menschenliebe umfaßt alle. Wenn wir in einer Front mit unseren Männern gehen und die heranwachsende Jugend zur Solidarität erziehen, dann wird es in und um uns besser werden. Die Rednerin schloß mit den Worten: An die Stelle der Majestäten von Gottes Gnaden tritt die Majestät: Mensch. An euch Frauen wendet sich eine Welt von Geborenen und Ungeborenen. Über Europas blutgedüngten Boden möge dereinst die Sonne der Zukunft leuchten: Für Völkerfrieden und Völkerrecht!

- Genosse Neumann rezitierte noch das Gedicht: "Abkehr vom Kriege" von Karl Bröger. Der Frauentag schloß mit einem dreifachen Hoch auf unsere Bewegung und dem gemeinsamen Lied: Brüder zur Sonne!"

Die sozialdemokratische Frauenbewegung sah sich als Teil der Gesamtpartei. Sie lehnte aus diesem Grund eine Sonderorganisation ab. Aber angesichts der besonderen Probleme und Interessen der Frauen und ihrer geringen politischen Kenntnisse und Erfahrungen stand sie einer organisatorischen Zusammenfassung der weiblichen Mitglieder nicht ablehnend gegenüber. Auf Bezirksebene gab es seit 1920 "zur Hebung der Frauenbewegung" eine Sekretärin, "die nur für die Belebung der Frauenbewegung" arbeiten sollte. Daneben arbeitete das "Frauensekretariat, welches Ratgeberin in allen Frauenfragen sein wird. Die Kleinar-

beit muß allerdings von den Funktionärinnen geleistet werden." Auf der örtlichen Ebene wurden die Frauen in erster Linie durch die monatlichen Frauen-Mitgliederversammlungen, bei denen kulturelle, sozialpolitische und historische Themen vorgetragen wurden, in die Partei integriert. Folgender Bericht aus der "Volksstimme" vom 20. Februar 1928 gibt einen Einblick in das Versammlungsleben:

"Die Distrikte Beeck, Beeckerwerth und Ostacker hielten am Donnerstag, 16. Februar, im Lokale Wellhausen in Beeck eine gemeinsame Frauenversammlung ab. Genossin Birkenhoff begrüßte die Erschienenen, dankte für den zahlreichen Besuch und erteilte der Genossin Cremers, Duisburg, das Wort zu ihrem Vortrag. Vor ungefähr 100 Frauen sprach Genossin Therese Cremers über die Tätigkeit der Frau in der Kommune. Die Referentin schilderte zu Anfang ihrer Ausführungen die Rechtlosigkeit der Frau vor der Revolution. Erst die Revolution habe der Frau die Gleichberechtigung gebracht. Seit 1918 könne die Frau wählen und als Stadtverordnete, Land- und Reichstagsabgeordnete gewählt werden. Rednerin wies darauf hin, daß leider noch zu wenig Frauen in die Parlamente gewählt würden. Bei den Wahlen aber würden die Frauen von allen Parteien umworben. Sie schilderte dann ausgiebig die Tätigkeit der Frau als Stadtverordnete und berichtet über Erfahrungen, die sie selbst gemacht habe. Das Haupttätigkeitsfeld für die Frau ist die Wohlfahrtspflege. Das sei das Gebiet, das der Frau ganz besonders liege und auf dem sich unsere Genossinnen ganz intensiv betätigen müßten. Zum Schluß zeigte Rednerin, wie wichtig es überhaupt sei, die Frau politisch zu schulen, und forderte auf, stets für die sozialdemokratische Partei zu arbeiten und zu agitieren und besonders in den kommenden Wahlkämpfen ihre ganze Kraft zur Verfügung zu stellen. Reicher Beifall lohnte die Rednerin für die interessanten und lehrreichen Ausführungen."

Vielen Sozialdemokratinnen fehlten die Voraussetzungen und auch oft die notwendige Zeit für eine aktive Mitarbeit in der Partei. Frauen, die bereits aus einer sozialdemokratischen Familie kamen, waren eher zur Übernahme von Funktionen bereit. Ein weiteres Rekrutierungs-

Frauenschulungskursus in Oberhausen.

„Die Frau und der Sozialismus“.

Das erste Tertial des Frauenschulungskursus in Groß-Oberhausen ist beendet. Der Kursus begann Mitte Februar unter der Leitung der Genossin S. Niederhellmann. Er fand etwa alle 14 Tage statt. Die Zahl der mitarbeitenden Genossinnen betrug durchschnittlich 25—30. Um die Genossinnen besser zu erfassen und ihnen in der Entfernung zum Tagungslokal entgegenzukommen, fanden die Kurse abwechselnd in den einzelnen Stadtteilen statt. Damit die Genossinnen mit der Technik der Versammlungsleitung usw. bekannt wurden, wählte man in jeder Tagung die Vorsitzende und die Schriftführerin zum nächstfolgenden Kursus. Unter dem Sammelthema: „Die Frau und der Sozialismus“ wurden bisher folgende Fragen behandelt: 1. Die Gleichberechtigung der Frau in Theorie und Praxis. Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau. 2. Das Recht der Frau auf Arbeit. 3. Männer- und Frauenarbeit (Berufe). 4. Das Arbeitschutzgesetz und die Frauen. Die „Open Door Internationale“ Unter der Open Door Internationale versteht man die Bewegung zur Ablehnung besonderer Arbeitschutzbestimmungen für die arbeitende Frau in Amerika.

Anzeige eines Frauenschulungskurses (Niederrheinische Volksstimme vom 14. 4. 1930)

feld für jüngere Funktionärinnen war die Arbeiterjugend. Emilie Thissen, die Tochter von Käthe Oles, einer Funktionärin der Homberger SPD, erinnert sich an ihre Mutter:

"Nach meiner Geburt hat meine Mutter dann in der Partei Fuß gefaßt. Sie kam aus einem religiösen Elternhaus, das war eine Umstellung für sie. Ich weiß soviel, daß 1920, 1921 die Partei einen solchen Aufschwung gekriegt hatte, daß die Aufnahmezettel gar nicht mehr reichten, daß einfach auf einem Blatt Papier die Aufnahmen getätigt wurden. Damals wohnten wir auf der Rheinpreußenstraße. Meine Mutter hat immer ein Haus der offenen Tür geführt. Alles, was ein Anliegen hatte, kam zu ihr. Sie war sehr energisch, wußte, was sie wollte, und hat auch sehr die SPD vertreten. Ich weiß soviel, daß die Frauen immer zusammenkamen, um sich zu beraten, und die Frauen, die aktiv waren, die mußten nach Düsseldorf zur Schulung. Und es war für Frauen, die einen Haushalt mit Kindern hatten, sehr problematisch, denn bis nach Düsseldorf zu kommen, das war noch 'ne Weltreise. Da hat meine Mutter auch die Maria Juchacz (AWO) kennengelernt."

Was die Vorstandsbeteiligung von Frau-

en angeht, so übten sie in den Duisburger Distrikten lediglich Beisitzerfunktionen aus, aber auch nur in wenigen Distrikten. Selbst zu den Unterbezirkskonferenzen und Bezirksparteitagen wurden die Frauen nicht ihrem Anteil entsprechend delegiert.

Innerhalb der Duisburger SPD wurden die Frauen auf die Erziehungsarbeit und auf die Wohlfahrtsarbeit (Kinderfreunde und Arbeiterwohlfahrt) verwiesen. *"Ein wichtiges Gebiet für die Parteigenossinnen ist die Wohlfahrtspflege. Wenn wir sehen, wie gerade die Gegner sich dieses Gebietes bemächtigt haben, dann müßten wir zu der Überzeugung kommen, daß hier ein großes Arbeitsfeld für unsere Genossinnen liegt."*

Mißt man nach dem Eindruck aus den Duisburger Zeugnissen die tatsächliche Vertretung der Frauen in der Partei am verbal erhobenen Anspruch auf Gleichberechtigung, so muß man feststellen, daß ihr Einfluß in der Partei, gemessen an den Führungsgremien, weit dahinter zurückblieb; zudem herrschten, auch bei den Parteigenossinnen selbst, eher traditionelle Auffassungen über Rolle und Aufgabengebiete der Frau in der Partei vor.

VIII. SPD am linken Niederrhein

Auch im Bergbaugebiet am linken Niederrhein war es im letzten Kriegsjahr seit Juli 1918 zu einer Streikwelle gekommen; vorerst blieben aber die Forderungen der Streikenden auf Ernährungs- und Lohnfragen beschränkt. Im September und Oktober des Jahres wurden auch in Homberg und Rheinhausen die Stimmen immer lauter, die eine Beendigung des Krieges forderten. Seit dem 9. November 1918 bildeten sich im Kreis Moers revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte, die sich der öffentlichen Gewalt bemächtigten. Die Gemeindebehörden erklärten sich auch hier bereit, mit dem AuSR zusammenzuarbeiten.

Am 10. November 1918 trafen sich die einzelnen lokalen AuSR aus dem Kreis Moers (u.a. auch aus Homberg, Hochemmerich und Friemersheim) zu einer Sitzung in Moers. Anwesend waren 66 Arbeiterräte, 18 Soldatenräte und zwei Vertreter der Behörde. Nach den einzel-

nen Tätigkeitsberichten verabschiedete der Kreis-AuSR folgende Resolution, die am 21. 11. 1918 der "Grafschafter" veröffentlichte:

"... Das Endziel der revolutionären Bewegung muß die Errichtung der sozialistischen Republik sein. Die Versammlung erklärt sich mit den vorläufigen programmatischen Erklärungen der provisorischen Regierung einverstanden, die endgültige Regelung aller politischen Fragen kann nur durch die gesetzgebende Versammlung erfolgen, die zu einem geeigneten Zeitpunkt einzuberufen ist."

Dem neugewählten Arbeiter- und Soldatenrat, der sich als höchste Gewalt für den Kreis Moers verstand, gehörten 24 Personen an, 11 Soldaten und 13 Arbeitervereiner. Die Arbeitervereiner waren:

Müller (Parteisekretär, Moers), Heim-

bach (Moers), Waschkowitz (Homberg), (Hochemmerich, Friemersheim und Dickscheide stehen noch aus), Petras (Lintfort), Jenschke (Meerbeck), Holtwick (Rheinberg-Orsoy), ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Landwirtschaft (noch offen), ein Grubenbeamter, Zimmer (Freie Gewerkschaften). Vorsitzender des Moerser Arbeiter- und Soldatenrates war SPD-Parteisekretär Karl Müller.

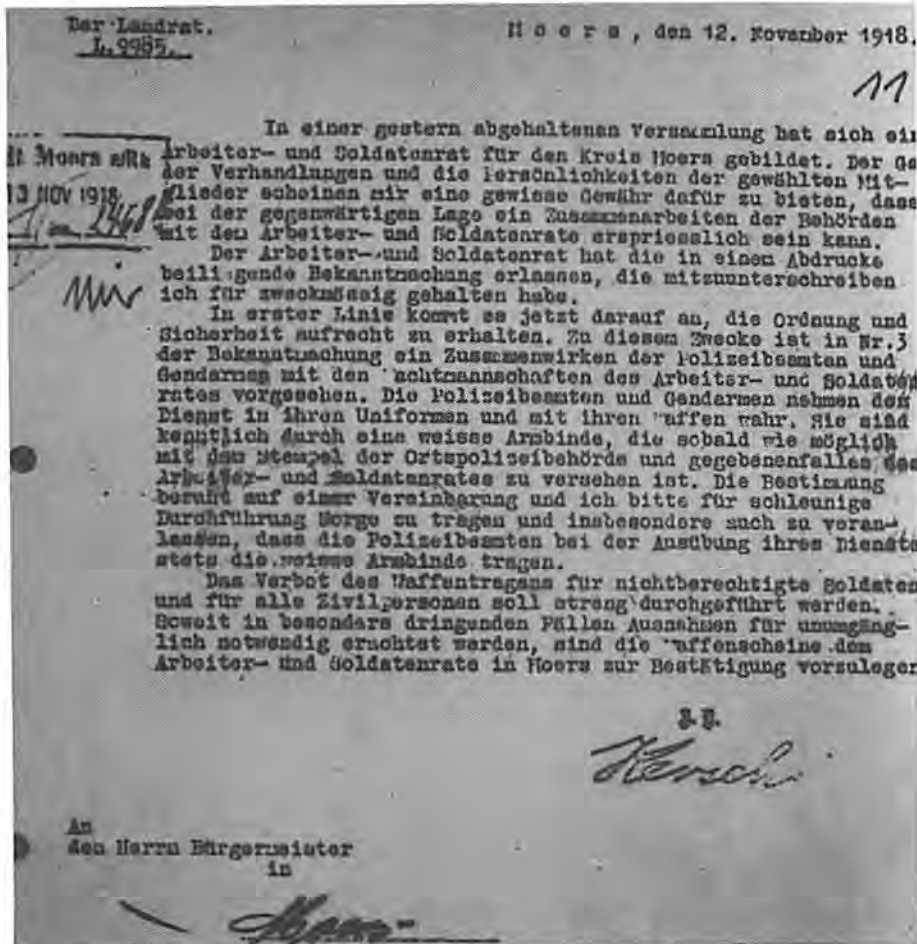
Der Siegesjubel der Bevölkerung über die scheinbar mühelos erfolgte Revolution war kaum verklungen, als man jäh auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt wurde: Am 9. bzw. 12. Dezember 1918 rückten die ersten belgischen Besatzungstruppen in Friemersheim, Hochemmerich und Homberg ein. Die Besatzungszeit sollte bis zum 31. Januar 1926 andauern. Dies bedeutete für die Bevölkerung dieser Gemeinden eine erneute Leidenszeit. Verhaftungen, Verschleppungen, Plünderungen, Zerstörungen, Mißhandlungen, ja sogar Mord durch Angehörige der Besatzungsmacht waren keine Seltenheit.

Zu den Belastungen durch die Besatzungsmacht kamen im weiteren Verlauf der Nachkriegsjahre eine Vielzahl von Unruhen und Streiks hinzu, deren Ursache in der allgemeinen Unzufriedenheit und Verzweiflung großer Teile der Bevölkerung lagen.

Die Auswirkungen der Ruhrbesetzung im Januar 1923, der passive Widerstand, die separatistischen Umtriebe und die Geldentwertung brachten den Menschen in den Gemeinden Rheinhausen und Homberg neue Nöte und Bedrückungen.

Auf die SPD-Ortsvereine Rheinhausen und Homberg blieben die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht ohne Rückwirkungen. Auf dem Niederrheinischen Bezirksparteitag in Elberfeld berichtete der Parteisekretär für den Kreis Moers Karl Müller über die Zustände im linksrheinischen Gebiet:

"Durch den Krieg (ist) das ganze Parteileben im linksrheinischen Gebiet brachgelegt worden, besonders auch durch die Einberufung des Partei-



Schreiben des Landrates vom 12. 11. 1918 an den Moerser Bürgermeister, in dem die Gründung eines AuSR im Kreis Moers mitgeteilt wird

sekretärs Lewerentz. In dem größten Teil der linksrheinischen Wahlkreise (hatten) die Unabhängigen keinen nennenswerten Einfluß; eine Ausnahme machten nur die Wahlkreise Gladbach und Neuß-Grevenbroich... Im übrigen (hatten) alle Kreise nach der Revolution einen guten Aufschwung genommen. Organisation und Presse (haben) sich gut entwickelt. Diese Entwicklung (wurde) aber durch die Besetzung gehemmt, und es (besteht) die Gefahr, daß Rückschläge eintreten. Die durch die Besatzungsbehörden bereiteten Schwierigkeiten (sind) sehr umfangreich und es (ist) bezeichnend, daß die Besatzungsbehörden anderen politischen Parteien, z. B. dem Zentrum gegenüber, ein anderes Gebaren zeigen ... Durch die Handhabung der Zensur (ist) der Inhalt der Presse so notdürftig, daß man sich wundern muß, daß man die Leser noch bei der Stange halten (kann). Bei den Wahlen (hat) unsere Partei selbst in den schwächsten Winkeln besser abgeschnitten, als mancher glaubte. Nun (muß) dafür gesorgt werden, die Massen sozialistisch zu schulen, erst dann (kann) eine zufriedenstellende Politik getrieben werden..."

Zweifellos haben die Sozialdemokraten bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 von dem neuen Wahlrecht profitiert. In den Landgemeinden Friemersheim (2496 Stimmen, 41 Prozent), Hochemmerich (3849 Stimmen, 58,9 Prozent) und in Homberg (4683 Stimmen, 50,5 Prozent) erhielten sie einen enormen Stimmenzuwachs gegenüber den Vorkriegswahlen und wurden zur stärksten Partei. Im gesamten Landkreis Moers lagen die Sozialdemokraten nur 0,3 Prozentpunkte hinter dem Zentrum zurück. Das gute Abschneiden der SPD ist aber auch darauf zurückzuführen, daß große



Beschluß des AuSR des Kreises Moers vom 11. 11. 1918

Teile der arbeitenden Bevölkerung der Industriegemeinden des Landkreises Moers auf eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Umwälzung von Staat und Gesellschaft drängten. Aber die innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland und das Verhalten der Sozialdemokraten als Koalitionspartei enttäuschten viele Hoffnungen der Arbeiterschaft. Schon eineinhalb Jahre später endeten

die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 für die SPD in den Moerser Industriegemeinden mit einer Niederlage, von der sie sich in der Weimarer Zeit nie mehr erholen sollte. Im Vergleich zur Januarwahl 1919 verlor die SPD in Hochemmerich (12%) und Friemersheim (10%) in großem Ausmaß. Das beste Wahlresultat erzielte sie noch in der Stadtgemeinde Homberg, obwohl sie auch hier einen Verlust von 1.570 Wählern zu beklagen hatte, doch mit 3.113 Stimmen (33,8 Prozent) immerhin noch die stärkste Partei war.

Bereits bei den Gemeindewahlen im Dezember 1919 hatte sich dieses verheerende Wahlergebnis abgezeichnet. Bis auf Homberg, wo die SPD 8 Sitze im Gemeinderat erreichen konnte, verloren die Sozialdemokraten deutlich. Die Nutznießer der Stimmenverluste im Landkreis Moers waren die Unabhängigen Sozialdemokraten. Auf Anhieb erzielten sie in Friemersheim 26,7 Prozent (1547 Stimmen) und in Hochemmerich 38,2 Prozent (2667 Stimmen) und wurden zur stärksten Partei und zur stärksten Fraktion in den Gemeinderäten.

In Homberg mußte sich die USPD jedoch mit einem Anteil von 13,1% (1208) zufrieden geben.

Auch bei den Gemeinderatswahlen von 1924 lag die KPD in Rheinhausen beträchtlich vor der SPD (SPD: 1485 Stimmen, KPD: 3882, Zentrum 2106), während sich die SPD

in Homberg besser behaupten konnte (SPD: 2727, KPD: 2173, Zentrum: 1823, Bürgerblock: 3840). Bei den letzten freien Gemeindewahlen 1929 hatte sich die SPD in Rheinhausen etwas stärker ins Spiel bringen können (SPD: 1990, KPD 2048, Zentrum 3478, NSDAP: 1272) und behauptete in Homberg ihre Stellung (SPD: 2787, KPD 1025, Zentrum 2103, Bürgerblock 3544).

Etwas unübersichtlich stellt sich nach den vorliegenden Quellen die Parteientwicklung in Rheinhausen und Homberg dar. Anfang des Jahres 1922 erfahren wir von Schwierigkeiten in der SPD-Ortsgruppe Hochemmerich. Der Vorstand kritisierte anlässlich einer Mitgliederversammlung die mangelnde Aktivität der Genossen:

„Wir müssen schon erwarten, daß die Parteigenossen nicht im Zahlen der Beiträge glauben ihre Pflicht getan zu haben, sondern auch tätig an der Fortentwicklung unserer Partei mitarbeiten... Dieses trifft auch auf die Mitarbeit in agitatorischer Beziehung zu, z. B. bei der Agitation für die Presse. Da ist es nicht notwendig, daß man an einem Tag mit Zeitungen unter dem Arm von Haus zu Haus läuft, sondern wir halten es für richtiger und besser, wenn jeder bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Kollegenkreisen und sonstwo Agitation für die Partei, sowie für die Presse mit Erfolg leistet...“

1925 schienen die größten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit den innenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen überwunden zu sein. Mit Werbeversammlungen, Sommer- und Kinderfesten sowie mit Demonstrationen und Massenversammlungen wie die am 19. April 1925, auf der Dr. Rudolf Hilferding über das Thema: „Reichspräsident und Arbeiterschaft“ sprach, gelang es den Rheinhausener Sozialdemokraten, ihre Organisation zu festigen. Im Januar 1926 konnte der Vorsitzende des Ortsvereins Rheinhausen, Emil Bosbach, den versammelten Parteimitgliedern mitteilen:

„Trotz Hunger und Elend, trotz Arbeitslosigkeit und Feierschichten hat die Partei hier in Rheinhausen ihren Bestand nicht nur erhalten, sondern auch beträchtlich vermehrt“. Ganz besonders erfreulich sei, so betonte Bosbach, *„der Anstieg der weiblichen Mitglieder“.*

Die Partei erzielte einen 25prozentigen Mitgliederzuwachs, was in diesen Jahren eine beachtliche Leistung darstellte.

Ein Thema, das die Parteimitglieder längere Zeit bewegte, war die Um- und Eingemeindungsfrage. Ein Gesetz der Regierung sah nämlich vor, die Rheinfurgemeinden Homberg und Rheinhausen nach Duisburg einzugemeinden. Seit 1928 wurde um die Erhaltung der beiden Gemeinden gerungen. Die Gemeinderäte, die Wirtschaftsverbände, der Kreistag und die Parteien (außer der KPD, die für eine Eingemeindung nach Duisburg eintrat) wehrten sich in zahlreichen Protestschreiben und Resolutionen gegen die Pläne Duisburgs und setzten sich mit Nachdruck für die Kreiszugehörigkeit der beiden Städte ein. Damals hatten sie Erfolg mit ihrem Protest.

Die SPD Rheinhausen unterstützte die ablehnende Haltung u. a. mit folgender Entschliebung vom April 1929:

„Die heutige Parteiversammlung der Ortsgruppe Rheinhausen nimmt nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Lewerentz, Krefeld, zu den Eingemeindungsfragen Stellung und vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß der Eingemeindung Rheinhausens nach Duisburg nach Lage der Verhält-

nisse scharf entgegengetreten werden muß. Die Partei hält für die Zukunft das Verbleiben beim Kreise Moers als eine Voraussetzung zur besseren Lösung der kommunalen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Partei erwartet von den maßgebenden Instanzen die Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bevölkerung Rheinhausens.“

Die zunehmende Radikalisierung der Politik in den Jahren der Wirtschaftskrise zwang die Rheinhausener SPD, stärker noch als bisher für Demokratie und Republik einzutreten. Die Partei kam kaum mehr zur Ruhe. Wahlkundgebungen, öffentliche Volksversammlungen, Demonstrationen, Aufmärsche und Umzüge lösten einander ab und forderten die ganze Kraft der Partei. In den letzten Monaten der Weimarer Republik kam es während der Mitgliederversammlungen, bei denen bis zu 500 Personen erschienen, fast ständig zu heftigen Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern.

Aus den Jahren 1922, 1929 und 1932 sind uns die untenstehenden Namen der Vorstandsmitglieder des Ortsvereins Rheinhausen überliefert

Nur wenige Hinweise liegen uns zur Parteientwicklung in Homberg vor. In einem Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes aus dem Jahre 1929 werden einige Nachrichten überliefert.

So war die Mitgliederzahl im Jahr 1928 um 20 Prozent gestiegen. An Veranstaltungen wurden 1928 durchgeführt:

„14 Mitgliederversammlungen, Vorstands- und Funktionärssitzungen, 16 Maifeiern, Revolutionsfeiern, ein Waldfest und zum Gedenken an das Sozialistengesetz eine große Veranstaltung mit Jubilarehrung“.

Aus dem Jahre 1922 sind uns die Vorstandsmitglieder bekannt:

August Kehler (1. Vors.), Keisel (2. Vors.) Liebig (Kassierer), Schumacher (Schriftführer) und Klötchen (Stellvertreter).

Weitere Namen im Zusammenhang mit der Homberger Parteigeschichte sind uns übermittelt:

Kleinhorst, Pollmeier, Krämer (Fraktionsvorsitzender), Hüsken, Heinrich Schade (1. Vors.), Heinrich Gabriel

Vorstandsmitglieder des Ortsvereins Rheinhausen

1922:

Brinkmeier (1. Vors.), Stende (2. Vors.), Heuer (1. Kassierer), Matull und Winnenberg (Schriftführer);

1929:

Otto Schulenberg (1. Vors.), Karl Matull (2. Vors.), Franz Erkens (1. Schriftführer), Conrads (2. Schriftführer), L. Weller (1. Kassierer), Robert Krause (2. Kassierer), Johann Mundry, Wolf, Frau Schürmann, Frau Bentz (Beisitzer) und Frau Schablewski (Vertrauensfrau für die weiblichen Parteimitglieder);

1932:

Emil Bosbach (1. Vors.), Robert Krause (2. Vors.), Franz Erkens (Schriftführer), Frau Schablewski (Vertrauensfrau für die Frauen), Franz Erkens, Paul Matull, August Polte, Paul Kunert, Frau Drechsler(-Bentz) (Bildungsausschuß). Frau Drechsler ist auch Vorsitzende der Rheinhausener Arbeiterwohlfahrt. Heinrich Schäfer (Vors. SAJ) und Fritz Matull (Vors. Rote Falken).

(Kassierer), Schaltmann (Kassierer 1927), Schweinsberg (2. Vors. 1928), Waschkowitz und Käthe Oles (Vertrauensfrau der Frauenabteilung).

Als Beispiel für die sich radikalisierende politische Entwicklung zu Beginn der dreißiger Jahre zitieren wir aus einem Bericht der Polizeiverwaltung Homberg:

“Gestern vormittag gegen 10 Uhr fand in dem Saale des Wirtes Johann Wilm-schen, hierselbst, eine öffentliche Ver-sammlung der Sozialdemokratischen Partei (Ortsgruppe) Homberg statt. Anwesend waren etwa 500 Personen. Die Versammlung wurde um 10.45 Uhr eröffnet.

Thema: Hakenkreuz, Stahlhelm und Kommunisten im Kampf gegen Preu-ßen. Referent war Reichstagsabgeordneter Tabor, Krefeld.

Nachdem der Redner etwa eine Stunde gesprochen hatte, (11.45 Uhr) wurden von Anhängern der Gegenparteien Zwischenrufe gemacht. Vom Saalschutz, der sich aus Mitgliedern des Reichsbanners zusammensetzte, wurden die Zwischenrufer wiederholt zur Ruhe ermahnt. Trotzdem setzten dieselben ihre Zwischenrufe fort. Einer der Unruhestifter wurde von dem Saalschutz aus dem Saale entfernt. Bei dieser Gelegenheit kamen einige der Gegenpartei dieser Person zur Hilfe. Jetzt entstand in den äußersten Saalecken ein Handgemenge und eine allgemeine Keilerei. Es wurde

Achtung! Wo ruft die Pflicht?

Öffentliche Wähler-Versammlungen

Samstag, 30. August:

**Homberg, abends 7,30 Uhr, bei Wilm-schen (Bismardplatz).
Es spricht Reichstagsabgeordnete Lore Agnes, Düsseldorf.**

Sonntag, 31. August:

**Mörs, vormittags 10 Uhr bei Heier. Es spricht Zöllig-Düsseldorf.
Baerl, abends 7 Uhr bei Haase. Es spricht Landtagsabgeordneter Obermeyer, Essen.**

Borth, vormittags 11 Uhr im Lokale Kaas. Es spricht Jäder, Düsseldorf.

**Frauen und Männer, Jungwähler, erscheint in Massen!
Großes steht auf dem Spiel!**

Anzeige einer öffentlichen Wähler - Versammlung (Neueste Nachrichten vom 28. 8. 1930)

gegenseitig mit Biergläsern und Was-serflaschen geworfen und mit Stühlen geschlagen. Beim Erscheinen der Poli-zei verließen die Ruhestörer den Saal und augenblicklich trat die Ruhe ein.

Bei der Schlägerei sind verschiedene Personen verletzt worden. Besondere Anzeige wird der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Als der Tumult ausbrach, war die Situation nicht klar zu übersehen

und daher die Versammlung aufgelöst.

Nach Wiederherstellung der Ruhe hatte sich vor dem Saale auf der Straße eine erregte Menschenmenge angesammelt. Um Zusammenstöße zu vermeiden, wurde durch den Polizei-Oberinspektor Schröder angeordnet, daß die Versammelten im Saale verbleiben und der Redner in seinen Ausführungen fortfuhr. Der wei-tere Verlauf war ohne Zwischenfälle.”

IX. Sozialdemokratische Bewegung

Freie Gewerkschaften im Großraum Duisburg

“Gewerkschaftsbewegung und Parteibewegung haben in unserem Gebiet gleichen Schritt gehalten... Vor 25 und mehr Jahren war das Gewerkschaftsleben in der hiesigen Gegend trotz ihrer großzügig aufstrebenden Industrie gering, im Vergleich zu manch anderen Gebieten im Deutschen Reich. Recht steiniger Boden war hier zu bearbeiten, und “Fremde waren es meist, die hier gesäht den Geist” der Aufklärung und Solidarität...

Hier ist eine der Hauptstätten der eisen-schaffenden Industrie. Der Rhein, seine Häfen, die Ruhrmündung bieten ihr günstige Lebensbedingungen... Organisierte Arbeiter aus weiter fortgeschrittenen Gegenden fanden hier nicht, was sie gewohnt und befriedigte. Keine geordnete Arbeitszeit gab es, keine allgemeinen Bildungsstätten, keine wohn-

lichen Gaststätten, nur Massenquartiere - ein Wild - West...

Hier herrschte die Schwerindustrie unbeschränkt in den Betrieben nach dem Herr-im-Hause-Standpunkt... Die Aufklärungsarbeiten der Gewerkschaften wurden auch sehr erschwert durch die Abtreibung der Versammlungslokale und anderes mehr. Unter diesen Verhältnissen ist die geleistete Gewerkschafts- und Parteiarbeit früherer Jahrzehnte immerhin hoch zu bewerten. Idealismus und innere Überzeugung zur guten Sache haben uns in befriedigender Weise vorwärts gebracht. Von Jahr zu Jahr haben die Organisationen durch die unermüdlige Tätigkeit aller Gewerkschaftler, unterstützt durch die tatkräftige Mithilfe unserer sozialdemokratischen Presse, gute Fortschritte gemacht... Im Juli 1904 beschließt das Kartell der freien Ge-

werkschaften die Anstellung eines Arbeitersekretärs. Im August 1904 tritt als erster Arbeitersekretär der jetzt verstorbene Genosse Wilhelm Tielhorn die Stelle an. Die weniger öffentlich bekannte vielseitige Tätigkeit der Arbeitersekretariate als Rechtshilfe für die Arbeiterschaft aus dem gesamten sehr komplizierten Gebiete der Sozialversicherungsgesetzgebung sowie des Arbeitsrechts, Arbeitsschutzes usw. hat frühzeitig, besonders in hiesiger Gegend, wertvolle Bedeutung erlangt. Von den primitivsten Anfängen, mit spärlichen Mitteln versehen, wurde das Arbeitersekretariat allmählich den Erfordernissen entsprechend ausgebaut.”

So beschrieb Justus Horchler, Sekretär des ADGB-Duisburg, in einer Rückschau aus dem Jahre 1930 die Duisburger Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg.

Die Entwicklung der Gewerkschaften während des Krieges schilderte am Beispiel des Duisburger Metallarbeiter-Verbandes dessen erster Bevollmächtigter Franz Ring:

“... Wie alle Organisationen, so ging auch der DMV bei Ausbruch des Krieges gewaltig zurück. Ganze Betriebe waren von Kollegen entblößt und drohten der Organisation für immer verloren zu gehen. Die Kriegspsychose tat das Ihrige, so daß der Aufbau der Verwaltungsstelle in Gefahr war. Jedoch es sollte anders kommen. Die brutalen Schikaniierungen durch die Unternehmer brachten die Volksseele in Wallung, und es ergab sich wiederum ein gutes Arbeitsfeld für die Organisationen. Der Vater Staat konnte dem Treiben der Unternehmer und der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter auch nicht mehr tatenlos zusehen und schuf das “Vaterländische Hilfsdienstgesetz”. Man mag zu diesem Gesetz stehen, wie man will, eines steht fest: es war der Organisation mit Hilfe desselben möglich, in vielen Fällen der Arbeiterschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Die logische Folge hiervon war, daß das Zutrauen zum Verband stieg. So kam es, daß beim Zusammenbruch des Krieges die Mitgliederzahl um das Dreieinhalbfache gestiegen war gegenüber 1914.”

Die Verfassung der ersten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden eröffnete den Gewerkschaften bis dahin nicht gewährte Rechte und Chancen. Wichtige klassische gewerkschaftliche Forderungen wie die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie wurden erfüllt. Am 15. November 1918 wurde die “Arbeitsgemeinschaft industrieller und gewerblicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer” begründet. Die Gewerkschaften sahen in dieser Ver-

Verbands-Ausweis

Deutscher Arbeiterverband
der öffentlichen Betriebe

Sachhaft: E Luft- u. Kraftverkehr

Sparte: _____

Mitglieds-Nummer: 374 745

ADAP.-Nr. _____ ASVO.-Nr. _____

Vor- und Zuname: Heinrich Kerkhoff

Beruf: Hafenarbeiter

Geboren am: 11. 6. 05 in Duisburg

Eingetreten am: 28. März 1920

Übernommen vom _____ Verband

am _____ mit _____ bezahlten Beiträgen



[Signature]

Unterschrift des Verbandsleiters
5

Verbandsausweis des Deutschen Arbeiterverbandes der öffentlichen Betriebe aus dem Jahre 1920

einbarung eine Chance für die Mitbestimmung bei wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen und die Ausgangsbasis für eine Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Mitglieder des DMV lehnten sich jedoch gegen diese Vereinbarung auf, so daß der Verband aus der Arbeitsgemeinschaft austrat.

Wie unzureichend die Vereinbarungen waren, zeigte sich bereits in den nächsten Jahren, als die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse es den Unternehmern erlaubten, ihre Positionen deutlich zu stärken. Der Acht-Stunden-Tag wurde 1923 durch eine Arbeitszeitverordnung ungültig, Streikfreiheit und Tarifautonomie durch eine staatliche Schlichtung erheblich eingeschränkt. Auch das Betriebsrätegesetz von 1920 blieb weit hinter den Vorstellungen der Gewerkschaften zurück. Die freien Gewerkschaften erklärten deshalb im Januar 1924 ihren Austritt aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern.

Unmittelbar nach der Novemberrevolution von 1918 hatten die Gewerkschaften einen starken organisatorischen Aufschwung erfahren. Franz Ring schrieb dazu aus der Sicht des deutschen Metallarbeiter-Verbandes Duisburg:

"In Massen drängte man zur Organisation, in der Erwartung, daß der Verband alles Leid, das der viereinhalbjährige Krieg über das Volk gebracht, nun mit einem Schlage beseitige. Alle, die es hofften, haben sich sehr bald getäuscht. Sie waren sich der nationalen und internationalen Zusammenhänge der Wirtschaft nicht bewußt. Dieses ist verständlich, wenn man den Stand der Organisation der Vorkriegszeit berücksichtigt. Hätten die Massen früher regeren Anteil an der Organisation genommen, dann wären solch unerfüllbare

Duisburg, 29. Oktober.

In der Generalversammlung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Ortsverwaltung Niederrhein, gedachte Rodenkopf als Versammlungsleiter zuerst der elf im letzten Quartal verstorbenen Kollegen, insbesondere des Bezirksleiters Thomas, der sehr schnell durch eine hartnäckige Krankheit als Opfer seines Berufes aus seinem Wirkungskreise herausgerissen wurde. Unermüdlich hat er sich zu allen Zeiten, ohne Rücksichtnahme auf seine Person, in den Dienst der Organisation gestellt. Auch bezeugte die Versammlung tiefe Anteilnahme an dem Bergwerksglück von Asdorf und Magbach. Die Ortsgruppenverwaltung hatte in Asdorf einen Kranz niederlegen lassen. Mit Entzückung nahm die Versammlung Kenntnis von der Schreibweise der „Bergwerkszeitung“, die ausführte: „Auf die Dividende der Gesellschaft dürfte das Unglück ohne Einfluß bleiben, da bis zum Jahre 1942 14 Prozent Dividende garantiert wird.“ Nachstehende Entschließung fand einstimmig Annahme:

„Die im Duisburger Gewerkschaftshaus tagende Delegierten-Generalversammlung des Gesamtverbandes nimmt mit tiefer Trauer Kenntnis von den schweren Bergwerksglücken. Sie verlangt anlässlich der sich häufenden schweren Unglücke im Bergbau, daß der ADBG alle Maßnahmen trifft, die zur Klärung der Schuldfrage möglich sind. Auch sollen alle Wege beschritten werden, die zur Beseitigung der Schuldigen führen. Ferner müssen erhöhte Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, damit nach menschlichem Ermessen solche Unglücke unmöglich sind.“

Weiter gedachte die Generalversammlung der Kollegen Karl Eberle und Michael Zimmerer anlässlich ihrer 25jährigen Gewerkschaftszugehörigkeit.

Zum Geschäftsbericht führte Sander sinngemäß aus: Das dritte Quartal habe auch keine Besserung der wirtschaftlichen

Verhältnisse gebracht, im Gegenteil, Verschlechterungen seien zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit habe sich gegenüber dem ersten Quartal innerhalb der Ortsgruppenverwaltung von 300 auf 400 erhöht. Des Weiteren habe die Lohnkommission zu den abgewiesenen Tarifen Stellung genommen und es sei beschlossen worden, daß man auf Grund der augenblicklichen Verhältnisse die Kündigung nicht ausspreche, weil Lohnbewegungen doch noch sehr wenig Aussicht auf Erfolg hätten. Verschiedene Arbeitgeberverbände hätten von der Kündigung Gebrauch gemacht und zwar der Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe wie dem Ziele, eine Senkung der Löhne herbeizuführen. Ehrlich habe die Rheinstra die Kündigung des Tarifvertrages in Aussicht gestellt. Für die Kommunalbetriebe sei eine Kündigung nicht ausgesprochen worden. Auch habe sich die Wirtschaftslage in den Hofenbetrieben wesentlich verschlechtert, so daß hier etwa 200 Kollegen erwerbslos seien. Ferner habe man versucht, Verschlechterungen auf Grund der Rotorordnung für die unständigen Hofenarbeiter bei ihrer Erwerbslosenunterstützung einzuführen, was aber mit Hilfe der Organisation abgewehrt wurde. Dem rechnete Sander noch mit der Niederrheinischen Arbeiterzeitung ab.

Zum Kassenericht führte Laczok aus, daß die Gesamteinnahme des dritten Quartals 84.000,84 RM., der Gesamtaufwand 43.842,84 RM. betrage. An Erwerbslosenunterstützung seien in diesem Quartal ausgezahlt worden 14.000,45 RM., an Krankenkassenunterstützung 11.570,85 RM., an Todesfallunterstützung 1799,50 RM., an Notfallunterstützung 780 RM., an Rechtschutzkosten 780 RM., an Invalidenunterstützung 126 RM., an Streikunterstützung 5374 RM., an Gemahregeltenunterstützung 173,15 RM., für Lohnbewegungen 1833,55 RM.

An der Diskussion beteiligten sich sachlich 15 Kollegen. Sie vertraten die Auffassung, daß alles versucht werden müsse, die Geschlossenheit und Saftkraft der Organisation aufrechtzuerhalten, vor allem die Gefahren der faschistischen und NSD-Bewegungen im Auge zu behalten.

Versammlungsbericht des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs (Neueste Nachrichten vom 30. 10. 1930)

Erwartungen bei ihnen nicht aufzutreten. Der Friedensvertrag mit seinen harten Bestimmungen ging auch nicht spurlos an den Arbeitern vorüber. Nur in mühevoller Arbeit ist es der Organisation gelungen, den Arbeitern in etwa einen erträglichen Anteil am Leben zu sichern. Manches hätte noch zugunsten der Arbeiter geregelt werden können, wenn durch die Arbeiterzersplitterung arbeitfeindlicher Elemente die praktische und politische Arbeit nicht gestört worden wäre."

Die revolutionären Ereignisse hatten die Mitgliederstärke der einzelnen Richtungsgewerkschaften außerordentlich zunehmen lassen. Die Mitgliederzahlen des DMV Duisburg stiegen 1918 von 4.576 auf 13.885 und 1919 auf 18.152 an. Der ADGB organisierte 1922 etwa 38.000 Mitglieder. In der Zeit der veränderten innenpolitischen Machtlage und durch die sich verschärfenden außenpolitischen Sorgen Deutschlands hatten die Gewerkschaften erfahren müssen, daß eine isolierte Lohn- und Sozialpolitik (gerade in der Inflation mußte sich die gewerkschaftliche Lohnpolitik als hilflos erweisen) keine substantiellen Erfolge erzielen konnte, wenn nicht gleichzeitig

die politischen Machtverhältnisse beeinflusst und verändert werden konnten. Die Tradition und fehlender politischer Scharfblick verhinderten jedoch die Entwicklung politischer Perspektiven. Viele Arbeiter verließen jetzt, zweifelnd am Nutzen gewerkschaftlicher Betätigung, die Verbände. Von 1922 bis 1925 verlor der Duisburger ADBG 25.711 Mitglieder und der DMV zwischen 1920 und 1924 etwa 15.000 Mitglieder. Von diesen Rückschlägen im Mitgliederstand haben sich die freien Gewerkschaften Duisburgs nicht wieder erholt. Auf sozialpolitischem Gebiet konnten aber dennoch durch den jahrelangen gewerkschaftlichen Kampf einige Rechte wie das Betriebsrätegesetz (1920), das Arbeitsgerichtsgesetz und das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1927) erstritten werden. Eines der entscheidenden Probleme, dem die Gewerkschaften sich zu Beginn der 30er Jahre stellen mußten, war die hohe Arbeitslosigkeit. Zwar gab es schon bis 1929 einen relativ hohen Arbeitslosensockel, doch mit Beginn der Weltwirtschaftskrise verschärfte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt drastisch. Die Zahl der Arbeitssuchenden in Duisburg stieg von 16.109 (im Dezember 1929) auf 71.101 (im Dezember 1932)

An die Gewerkschaftsmitglieder! Auf zur Wahlkundgebung der SPD.

am Sonntag, dem 7. September in Hamborn.

Es geht in diesem Wahlkampf um die wichtigsten Lebensinteressen der arbeitenden Klasse. Es gilt zum Abwehrkampf gegen die Sozialreaktion.

Gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung.

Gegen die Schandtat der Brüningregierung in der Krankenversicherung.

Gegen die Steuerbikatur. Für sozialen Fortschritt.

Gegen den Faschismus, die gefausten Subjekte des Kapitalismus.

Gegen das Strahlrum der Straße.

Für Freiheit und Menschenrechte.

Treter an an den Sammelstellen:

Marxloh, Volkshaus, morgens 9 Uhr;

Schmidtort, Bergmannsplatz, morgens 9 Uhr;

Hamborn, Kampfstraße, morgens 9.15 Uhr;

Brudhausen, Heinrichsplatz, morgens 8.45 Uhr.

Trigt, daß wir Gewerkschaftler eine Macht bilden, wenn es gilt, um Kampf für Anrecht am Leben.

Bringt auch eure Frauen, erwachsenen Söhne und Töchter und mit uns Sympathisierende mit.

Auf zum Kampf!

Auf für unsere Sache!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB.)

Ortsauschuß Duisburg-Hamborn.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa)

Ortsstell. Duisburg-Hamborn.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (ADB.)

Ortsauschuß Duisburg-Hamborn.

Wahlaufruf an die Gewerkschaftsmitglieder (Neueste Nachrichten vom 5. 9. 1930)

an, wobei die Kategorie "Arbeitssuchend" nur eingeschränkt das reale Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Duisburg wiedergibt, da die "Ausgesteuerten" nicht unter diese Kategorie fielen. Die hohe Arbeitslosigkeit begrenzte natürlich das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten der einzelnen gewerkschaftlichen Verbände. Der durchschnittliche Organisationsgrad der Arbeitnehmer in Duisburg betrug in den Jahren von 1929 bis 1931 nur etwa 27 Prozent.

Im ADGB waren 1931 15 431 Arbeiter organisiert, im DMV 1932 nur 3.749. Angesichts dieser Zahlen mußten die traditionellen Aufgaben der Gewerkschaften - Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen - zwangsläufig in den

die Stilllegungsabsichten der Unternehmer zu verhindern, jedoch ohne Erfolg. Neben dem Kampf gegen Werksstilllegungen und Arbeitslosigkeit kam es in den 30er Jahren immer mehr darauf an, der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie entgegenzutreten. Der Duisburger Generalanzeiger vom 21. Juli 1932 veröffentlichte eine Stellungnahme des ADBG und anderer Gewerkschaften zu den Ereignissen vom 20. Juli 1932, als durch einen Staatsstreik die amtierende preußische Regierung durch die Reichsregierung v. Papen abgesetzt wurde:

"Die Ereignisse in Berlin haben besonders im rheinisch - westfälischen In-

Hintergrund treten. Nur Maßnahmen, die sich ausdrücklich den Arbeitslosen widmeten, konnten fortan als zugkräftige Alternative gelten.

Mit großen Erwerbslosenkundgebungen versuchte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Duisburg seine arbeitslosen Mitglieder zu mobilisieren und in der Organisation zu halten. Darüber hinaus unterstützte er die Forderungen der Gewerkschaftsführung nach Arbeitsbeschaffungsprogrammen.

Ab 1930 setzte in Duisburg eine Serie von Stilllegungen großer Stahl- und Hüttenbetriebe ein. Die Duisburger Gewerkschaften, insbesondere der DMV, versuchten auf dem Verhandlungsweg,

dustriegebiet Gerüchte aufkommen lassen, die von einem bevorstehenden Generalstreik als Protest gegen die Papen-Aktion wissen wollten... Die neuesten politischen Maßnahmen haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren... Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht der gewerkschaftlichen Organisationen..., mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben. Berlin 20. Juli 1932."

Die Gewerkschaftsführer hatten aber nicht den Mut, die geschwächten Verbände - über 45 Prozent der Mitglieder im Reichsgebiet waren arbeitslos, über 22 Prozent arbeiteten kurz - zu einer Kraftprobe aufzurufen, deren Ausgang nicht absehbar war.

Nach der Machtübernahme gaben sich manche Gewerkschaftsfunktionäre der Illusion hin, auch im nationalsozialistischen Staat sei Platz für eine Gewerkschaft. Für die Erhaltung der Organisation waren sie bereit, einen hohen Preis zu zahlen. Alle Versuche, die Gewerkschaften zu erhalten, waren indessen vergeblich.

Am 2. Mai 1933 schlug das Regime mit seiner ganzen Brutalität zu. Das Vorgehen gegen die Duisburger Gewerkschaften war durch besondere Grausamkeiten gekennzeichnet.

Die Gewerkschaftler Julius Birk, Michael Rodenstock, Johann Schlösser und Emil Rentmeister wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai in dem Keller des Gewerkschaftshauses an der Ruhrorter Straße 11 auf bestialische Weise ermordet und anschließend im Hünxer Wald verscharrt.

Arbeitersänger und Volkschor

Nach dem Weltkrieg begann die Blütezeit der Arbeitersängerbewegung in Deutschland. Insbesondere die Volkschöre wurden führende Gesangvereine in den Städten Duisburg und Hamborn. Berufsdirigenten übernahmen fast überall die Leitung der Vereine, die sich in ihrer künstlerischen Leistungsfähigkeit nicht von den bürgerlichen Gesangsvereinen unterschieden.

Im Jahre 1919 schlossen sich die Arbeitergesangsvereine aus Duisburg zum Arbeitersängerkartell zusammen. Ihm gehörten u.a. die Vereine Volkschor Duisburg und Meiderich, Freier Sängerbund Großenbaum, Arbeitergesangsverein Neuenkamp, Sängerbund Beek (gegründet 1879) und die Freie Sängervereinigung Wanheimerort (ehemals "Morgenrot", gegründet 1904) an.

Die Vereine setzten nach den schweren Kriegsjahren die Vorkriegstradition fort. Der Volkschor Duisburg war 1911 durch Fusion des Allgemeinen Arbeitergesangsvereins und der Teutonia entstanden. 1921 gab er sich den Namen "Volkschor Duisburg e.V., Gemeinnütziges Institut für künstlerische Volksbildung". Ein Rückblick von 1929 schildert seine Tätigkeit:

"... Unter der Stabführung des Musikdirektors Willi Düster - Bartholemy war 1920 von seinem Posten zurückgetreten - ging man an das Studium des Oratoriums "Die Jahreszeiten" von Haydn. Am 16. Januar 1922 fand die Erstauf-

führung der "Jahreszeiten" durch den Volkschor statt. Alle Zeitungen waren voller Lob und Anerkennung. Dieser große Erfolg ließ den Volkschor nun aber nicht ruhen. Das nächste große Werk, an das er heranging und das er zu einem durchschlagenden Erfolg gestaltete, war "Die Glocke" von W. Bruch. Stets war das Haus dicht besetzt, so daß Wiederholungen unumgänglich waren. Der Ruf des Volkschors war begründet. Von nun an galt er etwas im Duisburger Musikleben.

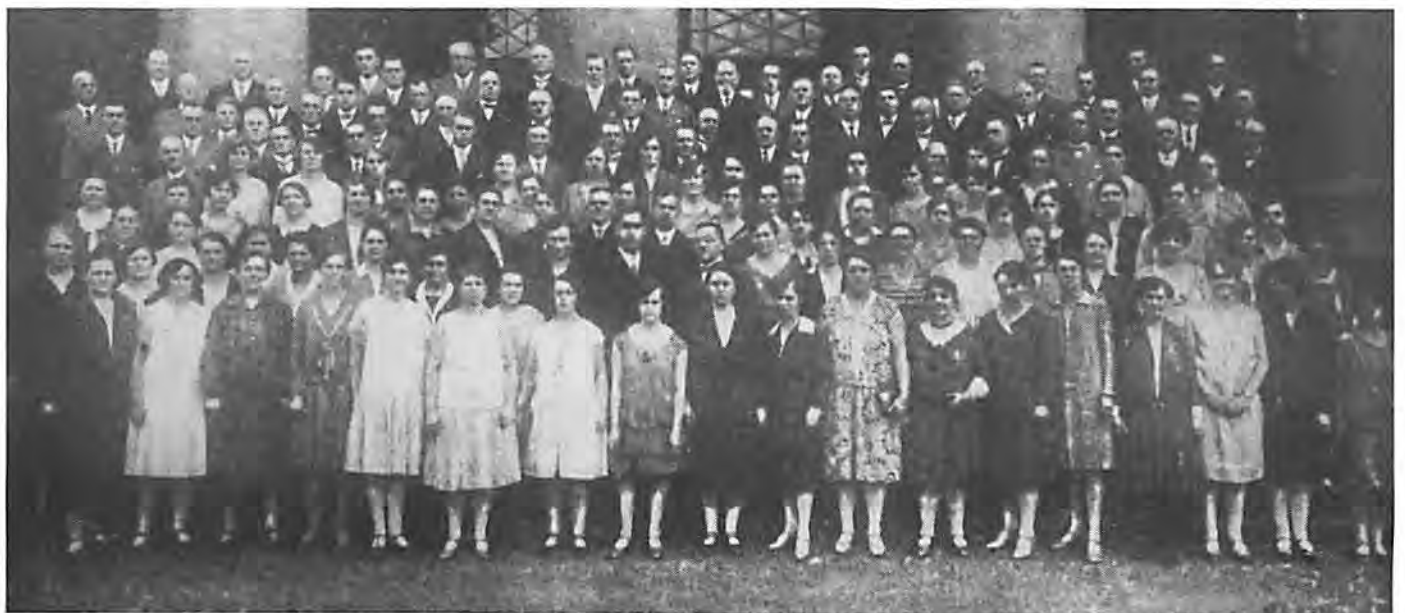
Weiterhin folgte am 20. Januar 1923 eine Sängerfahrt nach Holland auf Einladung des Arbeiter-Zangvereins "De Stem des Volk" in Nijmegen (Holland)... An den Ostertagen 1923 erwiderten die holländischen Arbeitersänger den Besuch der Duisburger, wobei der Volkschor nochmals "Die Glocke" aufführte. Der Sommer 1923 machte den Gesangproben vorläufig ein Ende dadurch, daß

die belgische Besatzung kurzerhand jedwelle Betätigung verbot. Als das Verbot aufgehoben, wurden die Proben erneut aufgenommen, und auch die weitere Entwicklung führte ständig aufwärts.

Musikdirektor Düster legte Anfang 1924 sein Amt nieder. Nach nicht allzu langer Amtstätigkeit des Nachfolgers, Musikdirektors Trümper, dem



Herr Bartholemy. Leiter d. Duisburger Volkschores bis 1920 (l.v.l.).



Volkschor Duisburg, Mitte der zwanziger Jahre



Gustav Stern, Künstlerischer Leiter des Duisburger Volkschores von 1926 bis 1933

ein Provisorium vorausgegangen war, wurde zum Dirigenten Gustav Stern gewählt. Dieser setzte fort, was seine Vorgänger erfolgreich begonnen... Mitwirkungen bei städtischen Verfassungsfeiern und Übernahme ganzer Programme bei von der Stadtverwaltung arrangierten Veranstaltungen brachten dem Verein neue wohlverdiente Lorbeeren. Sieben treue Mitglieder können mit dem Verein auch ihr Jubiläum feiern: Bernhard Ahlbrink, Adam Böskens, Heinrich Brand, Bernhard Fisch, Artur van Latestein, Karl Schrinner und Frau Woytisiak."

Willi Stresemann, ehemaliges Mitglied des Volkschores Duisburg, erinnert sich an diese Jahre:

"Der Duisburger Volkschor war in der Weimarer Zeit - ihn gibt es auch heute noch - ziemlich stark, denn wir hatten auch viele Passiv-Mitglieder. Zu Proben haben sich etwa vierzig bis fünfzig Leute getroffen. Einmal haben wir ein Konzert in der Tonhalle (heute die Mercatorhalle) gehabt mit dem Meidericher Volkschor gemeinsam; das war ein russischer Abend mit russischen Volksliedern, und ein weiteres Mal wurde ein Wiener-Abend veranstaltet mit zweihundert Sängerinnen und Sängern gemeinsam. Die Meidericher hatten ihren eigenen Chor und führten auch eigene Proben durch; die Chormitglieder des Duisburger Südens trafen sich in der Mercatorstraße. Oft haben wir dann auch Stücke gemeinsam einstudiert, die dann in der Tonhalle vorgetragen wurden.

Die Generalprobe haben wir dann immer am jeweiligen Veranstaltungstag vormittags gemacht, wobei alle Arbeitslosen - zu der Zeit gab es ja sehr viele - freien Eintritt hatten."

Einen Eindruck über Leben und Feste der Arbeitergesangsvereine gibt folgender Zeitungsbericht anlässlich des 25jährigen Bestehens des Volkschores Hamborn 1928:

"In ratterndem Getöse bunt belebtem Volksfestes, zu alten Zeiten Jahrmarkt genannt, schreiten wir dem großen, geräumigen Festzelt zu, in dem sich am Vorabend des Jubeltages Alt und Jung versammelt hat, um im frohen Kreise Gleichgesinnter des Tages zu gedenken, an dem sich aus kleinen Anfängen heraus der heute achtungsgebietende Volkschor gründete. Vom nahen Beeck ist der Sängerbund herbeigeeilt und füllt mit dem Jubelverein das Zelt, läßt seine Weisen erklingen. Radfahrer, Turner und Sportgenossen zeigen ihre Künste, und nur zu schnell vergeht der Zeiten unerbittliche Stunde, denn des Lebens ungemischte Freude ward keinem Sterblichen zuteil.

Am frühen lachenden Spätsommer-Sonntagmorgen herrschte im Festzelt reges Leben und Treiben, ankommende Brudervereine werden begrüßt, die Reichsbannerkapelle läßt fröhliche Weisen erklingen und frohe Lieder ertönen... Ein stattlicher Festzug zeigt sich am Nachmittag in den Straßen der Stadt.

Radfahrer im schmucken Dress eröffnen den von der Reichsbannerkapelle geführten Zug. Dinslaken, Uerdingen, Rheinhausen, Altenessen, Oberhausen, Mülheim und viele andere Städte sind vertreten. Am Hindenburgplatz begrüßt Genosse Weyand die von nah und fern herbeigeeilten Sänger... Genosse Cäsar Weyers, der alte Kämpfer unserer Bewegung, hielt in jugendfrischem Temperament dann die Festrede. Er wies

darauf hin, daß wir eins im Glauben, in der Liebe und Hoffnung, im Glauben an den Aufstieg der Menschheit, an die Macht und Kraft und magische Wirkung unseres Gesanges, an die hohe und heilige Mission der Arbeitersänger und -sängerinnen als große Kunst- und Kulturgemeinde, Hand in Hand mit den übrigen Klassengenossen die Menschheit umformen wollen zu der großen geistigen Umstellung des "Ich" auf das "Wir", mit der Hingabe an das "Große Allgemeine". Das sei der tiefere Sinn aller modernen Arbeiterfeste und hebe sich turmhoch über alle bürgerlichen Veranstaltungen. Dieses gemeinsame Band, diese gemeinsame Idee gebe unserm Leben erst Inhalt und Seele, Würze und Weihe, Begeisterung, Rhythmus und Schwung! Der heutige Tag sei ein Tag der seelischen Einkehr, der Erbauung, des Ausruhens, des Verharrens... Machtvoll erklangen dann Uthmanns "Sturm" und "Lord Foleson" über den weiten Platz. Im Festzelt fand dann anschließend ein großes Reihensingen der Brudervereine, die recht stark vertreten waren, statt... Ein anschließender Schlußball hielt die Teilnehmer noch lange in geselliger Stimmung. Am Montag vormittag fand ein gut besuchtes Frühkonzert und Tanz im Festzelt statt. Mit einem Schlußball im Festzelt endet heute abend die fünfundzwanzigjährige Jubelfeier des Volkschores Hamborn."

Volkschor Duisburg

Männer-Abteilung Damen-Abteilung
Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Rheinland.
Chorleiter: Musikdirektor Willi Düster.

Totensonntag, 20. November, abends 6 Uhr,
im grossen Saale der Städtischen Tonhalle:

Volkslieder-Abend

Mitwirkende: Ernst Osterkamp (Bass) von der Kölner Oper,
Fritz Healtz (Horn) vom Städt. Orchester, Duisburg,
Willi Düster, (F. Geil),
Volkschor Duisburg (Männer- u. Damen-Abteilung).

Zum Vortrag gelangen Lieder von Brahms, Schubert, Strauss,
Jülgst, Conradt usw.

Einheitspreis 6.- Mark einschl. Steuer.

Kasseneröffnung 5 Uhr. Beginn 6 Uhr.

Eintrittskarten sind am Konzerttage in der Städt. Tonhalle von
morgens 10-12 Uhr sowie an der Abendkasse von 5 Uhr ab zu haben.

Volkschor Duisburg. Ankündigung eines Volksliederabends

Die Volkschöre übten auf die Mitglieder eine starke integrative Kraft aus. Die Arbeitersänger am Ort entwickelten zahlreiche gemeinsame Aktivitäten. Gemeinsames Erleben war nicht auf die Probe- und Gesangsstunden allein beschränkt. Waldfeste, kleine Ausflüge und Spaziergänge ließen ein intensives Gemeinschaftsgefühl entstehen.

Die ganze Familie wurde in das Vereinsleben miteinbezogen. Die Chöre bauten eigenständige Kinderchöre auf, wie der folgende Bericht über ein Kinderchor-Konzert des Volkschors Duisburg-Meiderich, einem der großen Chöre, zeigt:

„Ein Abend, der die Jugend zu Worte kommen ließ, auch im Zuhörerraum hatten sich viele jugendliche Gäste eingefunden. In der Kinderstimme liegt ein eigener Klang, der Reiz eines von Lebenmüssen, -wollen und -sollen noch Unberührtseins. Unschuldige Klarheit des vom Wissen noch ungetriebenen Kinderauges, Reinheit der vom „Könnenwollen“ noch unberührten Kinderstimme vermögen in gegebenen Momenten zauberhaft seelische Wirkungen auszulösen. So hat auch ein Kinderchor-Konzert sein Eigenes. Herr Bartholemy hat seine hundert Köpfe zählende jugendliche Sängerschar fest in der Hand. Von den dargebotenen Liedern fielen „Heimweh“ und „Wahrheit“ besonders angenehm auf, das „Schifferlied“ von Burchardt war ein Meisterstückchen, während mir das „Zigeunerkind“ etwas stark überzuckert vorkam. - Solist war Kurti Gothe, der kleine 8jährige Xylophon-Virtuose, Sohn eines hiesigen Musikers. Mit famos kecker Eleganz behandelte der kleine Kerl sein Instrument, an einigen Stellen leuchtete tatsächlich schon etwas wie Individualität durch, die seinem Begleiter so unerwartet zu sein schien, daß er sichtlich Mühe hatte, dem kleinen Meister gerecht zu werden. - Die Vorträge wurden umrahmt von Darbietungen des Wanderbundes „Heimatklänge“, die in Inhalt und Form sich dem Charakter des Konzertes vortrefflich anpaßten (Volksstimme 12. 10. 1922)“.

1933 kam auch das Ende der Arbeitergesangsvereine: Willi Stresemann hat die Auflösung des Volkschores miterlebt: *„Den Chor hat man von seiten der Nazis zunächst in Ruhe gelassen, erst 1933 im April oder Mai wurde den Nazis bewußt,*



Volkschor „Eintracht“ Rheinhausen

daß dieser Chor von Gewerkschaftern, Republikanern und Reichsbanner-Leuten durchsetzt war. Auch Sozialdemokraten gehörten natürlich dazu. An einem Abend, bei der Chorprobe, wurden wir dann gewaltsam aufgelöst und nach Hause geschickt. Alle Unterlagen und Instrumente wurden von den Nazis beschlagnahmt.“

Im Duisburger Süden bestand der Arbeiter-Gesangsverein „Bruderkette“ Großenbaum, gegründet 1910. Den Vorsitz übernahm Heinrich Glasmacher. Der Erste Weltkrieg unterbrach die Entwicklung. Im Jahre 1919 nahm der Verein seine Tätigkeit wieder auf und vereinigte sich 1921 mit dem Frauen- und Mädchenchor „Frohsinn“ Großenbaum, dessen Leitung Maria Dietze inne hatte, zum „Volkschor Duisburg-Süd“. 1933 wurde der Verein seines gesamten Vermögens und Notenmaterials beraubt und von den Nazis zur Auflösung gezwungen.

Auch am linken Niederrhein hatte sich eine breite Arbeitergesangsbewegung entwickelt. Nach den vorhandenen Unterlagen gab es in Homberg zwei Arbeiterchöre, den Arbeitergesangsverein „Freie Sänger“ und den „Volkschor“. Anfang 1922 zählte der Arbeitergesangsverein „Freie Sänger“, der im Lokal Brögmann in Hochheide probte, 180 aktive und passive Mitglieder. Der Kinderchor wies 150 regelmäßig die Proben besuchende Kinder auf. Daneben besaß der Verein auch eine Frauenabteilung. Im Jahre 1924 schloß sich die

„Freie Sängervereinigung Homberg“ mit dem „Volkschor Moers“ zu einer Konzertvereinigung zusammen, denn *„in den Kolonien Homberg, Hochheide, Moers und Meerbeck, wo doch große Proletarierrmassen zusammenwohnen, muß es möglich sein, ähnliche Volkschöre und Konzerte zustande zu bringen, wie in unseren Nachbargrößstädten.“* Die wirtschaftliche Misere der folgenden Monate und Jahre durchkreuzte aber die Pläne der Konzertvereinigung. Erst im August 1928 unternahmen die beiden Chöre einen erneuten Versuch, gemeinsame Proben und Konzerte durchzuführen.

Zum „Volkschor“ gab uns Karl-Heinz Kenn einige Hinweise:

„Stark verbunden waren unsere Genossen und Genossinnen mit dem Volkschor... Dem Chor hier in Homberg gehörten zwischen 50 und 60 Personen an, die regelmäßig probten. Leiter des Chors war in der letzten Phase der Weimarer Zeit Bernd Rötters. Der Volkschor trat bei Veranstaltungen der Partei oder der Nebengliederungen auf. Er trat auch auf, wenn die Schulentlassung der Weltlichen Schule war. Der Chor war eine sozialdemokratische Nebeneinrichtung, denn nach dem Singen saßen alle zusammen, und es wurde politisiert. Gesungen wurde z. B. „Hebt unsere Fahne in den Wind“.“

Aus Rheinhausen sind uns der Arbeitergesangsverein „Freiheit“ und der Volkschor „Eintracht“, der im Dezember 1930 sein 20jähriges Bestehen feiern konnte, bekannt geworden.

Freie Volksbühne

Der Gründer und erste Vorsitzende der "Freien Volksbühne" in Berlin 1890, Bruno Wille, erklärte, die Kunst müsse dem Volk gehören, sie dürfe nicht länger das Privileg eines Teils der Bevölkerung, einer Gesellschaftsklasse sein. Das Theater habe die Quelle hohen Kulturgenusses, sittlicher Erhebung und kräftiger Anregung zum Nachdenken über die großen Zeitfragen zu sein. Die Bühne, bisher dem Kapital unterworfen, müsse jedoch für das Volk erobert werden. Billige Eintrittskarten, Theateraufführungen nur am arbeitsfreien Sonntag und die Auswahl "guter" Theaterstücke waren wichtige Ziele.

Am 16. Mai 1922 fand die Gründungsversammlung der freien Volksbühne Duisburg statt. Der Referent des Abends Hans v. Zwehl, Bezirkssekretär des Freien Volksbühnenverbandes, nahm zu den Zielen der Volksbühnenbewegung Stellung:

"Eine der Hauptaufgaben der Freien Volksbühne sei es, Einfluß auf den Spielplan zu gewinnen, der so gestaltet sein müsse, daß er der Empfindungswelt der von ihr vertretenen Kreise entspricht. Neben den Klassikern müsse auch dem modernen Drama Einzug verschafft werden. Ebenfalls sollten gute Lustspiele, Opern und Konzerte geboten werden."

Am 6. November 1922 führte die Freie Volksbühne Duisburg e. V. ihr erstes Stück auf. Es war das klassische spanische Lustspiel "Donna Diana" von

Moreto. Wenige Monate nach Gründung der Duisburger Freien Volksbühne waren bereits 3500 Theaterliebhaber Mitglieder geworden, doch wurde die Tätigkeit der Volksbühne zunächst durch die wirtschaftliche Depression stark beeinträchtigt. Zum Vorstand der Freien Volksbühne gehörte 1924 Dr. Kolski (1. Vors.), Gewerkschaftssekretär Reichert (2. Vors.), Genossin Niederhellmann und Gen. Ring (Schriftführer), dazu drei Beisitzer. Ein künstlerischer Ausschuß unterstützte den Vorstand.

Im Mai 1922 entstand durch die Initiative von Wilhelm Schluchtmann, dem Vorsitzenden des Zentralbildungsausschusses, die Niederrheinische Volksbühne mit Sitz in Dinslaken, die mit eigenem vollständigen Schauspielensemble von Duisburg bis Wesel gutbesuchte, auf hohem künstlerischen Niveau stehende Veranstaltungen gab.

Auch in Hamborn fand die Volksbühnenbewegung Anhänger. Bereits im ersten Jahr des Bestehens (1923/1924) konnte folgendes Programm abgewickelt werden: "Im Winkel am Tore" (soziales Schauspiel von Glekow); "Die im Schatten leben" (Rosenow); "Die ersten Menschen" (Borngräber); "Hans Huckebein" (Blumenthal und Kadelburg); "Die Ehre" (H. Sudermann). An Musikveranstaltungen wurden gegeben ein "Musikliterarischer Abend" (Dostojewski); ein Lieder- und Balladenabend sowie die Vorführung des "Einsteinfilms".

Die Hamborner Freie Volksbühne fand erhebliche Resonanz. Die Mitgliederzahl, der Besuch der einzelnen Vorstellungen (Schauspiel und Operette) verdoppelten sich im Laufe des Jahres 1925. 44 Veranstaltungen wurden in diesem Zeitraum von 19.011 Personen besucht. 1928 zählte die Freie Volksbühne Hamborn 2.340 Mitglieder. 1929 wird von einer "Freien Jugendbühne" Hamborn folgendes berichtet: "Einen besonders erfreulichen Aufstieg hat unsere "Freie Jugend-

bühne" (Sprech- und Bewegungschor) zu verzeichnen, was nicht zuletzt auf die uneigennützig Tätigkeit des künstlerischen Leiters Dr. Schaffner vom Oberhausener Stadttheater und des Solotänzers Herrn Erwin Tietz vom Hamborner Stadttheater zurückzuführen ist."

Aus der "Volksstimme" vom 12. 7. 1928 ist uns ein Spielplan aus Hamborn überliefert.

"Die neue Spielzeit beginnt Anfang September mit einer Sonderveranstaltung. Zur Aufführung gelangen im Schauspiel die Klassiker Schiller mit "Kabale und Liebe", Heibel mit dem Trauerspiel "Maria Magdalena" und Shakespeare mit dem Lustspiel "Ein Sommernachtstraum". An modernen Schauspielen wird Gozzis Bearbeitung von Schillers "Prinzessin Turandot", Wedekinds "Marquis von Reith", Zuckmayers "Gneisenau" gegeben. An älteren literarisch wertvollen Schauspielen werden Hauptmanns "Versunkene Glocke", Ibsens "Peer Gynt", Shaws "Cäsar und Kleopatra" sowie Strindbergs "Karl XII." gegeben. Die Oper wird Bizets "Carmen", Thomas "Mignon" und Lortzings "Zar und Zimmermann" aufführen. Außerdem stehen Boieldieus "Die weiße Dame" und Pergoleßes "Magd als Herrin" auf dem Spielplan. An modernen musikalischen Lustspielen wird "Höllisch Gold", "Die Abreise" und "Versiegelt" gegeben werden. An älteren Operetten gelangen "Der Opernball" und "Die Glocken von Cornville" zur Aufführung. Moderne Operetten werden "Mädi" von Stolz, "Die Zirkusprinzessin" von Kalman, "Hoheit, die Tänzerin" von Götz, "Evelyn" von Granichstätten und "Zigeunerliebe" von Lehar gegeben."

Darüber hinaus führten die Volksbühnen in Duisburg und Hamborn u. a. auf: 1922: "Was ihr wollt" (Shakespeare); 1923: "Gespenster" (Ibsen); "Fuhrmann Henschel" (Gerhard Hauptmann); 1924: die Oper "Carmen", die 9. Sinfonie von Beethoven, "Käthchen von Heilbronn" (H. v. Kleist); 1926: "Das Grabmal des unbekanntenen Soldaten", "Cyankali" (Friedrich Wolf, 1931), "Die Matrosen von Cattaro" (Friedrich Wolf, 1932), "Der wahre Jakob" und eine Reihe von Opern und Operetten.

Den Genossinnen und Genossen geben wir hierdurch bekannt, daß unser bisheriger Vereinsname „Theater-Gesellschaft Freie Rheinische Bühne, Homberg-Hochheide“, durch Beschluß der heutigen Jahreshauptversammlung, in

„Arbeiter-Theater- u. Bildungsverein, Homb.-Hochheide“
umgeändert worden ist.

Homberg-Hochheide, 19. 12. 1920.
Arbeiter-Theater- u. Bildungsverein.

Mitteilung des Arbeiter-, Theater- und Bildungsvereins,
Homberg - Hochheide

Arbeitersport

Die Arbeitersportbewegung mit ihrem breitem Spektrum von Vereinen erlebte in den zwanziger Jahren ihren Höhepunkt. Ihren Sinn und ihre Aufgabe sah die Arbeitersportbewegung darin, den Massensport zu fördern, nicht in der Jagd nach Rekorden, ohne jedoch den Wettbewerbsgedanken vollständig herauszuhalten. In dem Bereich des Frauensports nahm die Arbeitersportbewegung der Weimarer Zeit sicherlich eine Vorreiterrolle ein. Die Stärkung und Förderung von Gesundheit und Selbstbewußtsein, aber auch die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen gab man hier als Ziel an. Neu waren in der Weimarer Zeit die großen Sportfeste, die Arbeiterolympiaden und die großen Massen- und Weihespiele mit Sprech- und Bewegungschören, Musik, Fahnen und Symbolen. Der im Jahre 1902 gegründete "Arbeiter-Turnverein Vorwärts Duisburg am Rhein" kam nach dem Krieg zu neuer Blüte. In Wanheimerort, Meiderich und Beeck bildeten sich weitere ansehnliche Turnvereine. Im Jahre 1926 vereinigten sich die Vereine Arbeiter-Turnverein "Freiheit" Beeck, Turn- und Sportverein Duisburg-Meiderich sowie der Turn- und Sportverein Duisburg 02 zum "Freien Turn- und Sportverein Groß-Duisburg". Am 2. August 1920 wurde in der Gaststätte Baron in der Unterstraße der "Arbeiter-Wassersport-Verein Groß



Arbeiter-Sport-Kartellfest im Duisburger Stadion 1929, Einzug der Freien Schwimmer

Duisburg" aus der Taufe gehoben. Fritz Elspösch erinnert sich:

"Meine Eltern waren damals Gründungsmitglieder des Arbeiterwassersportvereins, jetzige "Freie Schwimmer". Die erste Anlage war an der jetzigen Anlage der Niederrheinischen Hütte an der Wedau. Der Verein hatte dies Gelände von Thyssen gepachtet und hat da zuerst eine Baracke stehen gehabt. Die Baracke hatte nur einen Raum zum Umkleiden. Da mußten sich Männer

und Frauen gemeinsam drin umkleiden. Das ging meist im Wechsel ab.

Nachher wurde in Eigenarbeit eine Steinbaracke gebaut mit verschiedenen Umkleideräumen, eine Bootshalle und auch ein Organisationsraum für den Verein und ein Sportplatz für Rasenspiele. Dann wurde mit Hilfe der Kollegen aus der Industrie und der Betriebsräte ein 10-Meter-Stahlsprungturm gebaut. Die Arbeitersportler haben damals recht gute Leistungen gebracht, besonders im Springen. Um einen Namen zu erwähnen: Willi Opladen war damals einer der besten Turmspringer in Westdeutschland. Auch Willi Bergendahl.

Bis dann die Niederrheinische Hütte diese Anlage für sich in Anspruch nehmen wollte als Freizeitanlage für ihre Beschäftigten und den Vertrag gekündigt hat. Die Arbeitersportler standen dann ohne Anlage da. Da hat die Stadt geholfen und das Gelände der jetzigen Freien Schwimmer den Arbeitersportlern gegeben. Dann ging der Aufbau wieder von vorn los, erst mit einer Baracke, dann mit dem Aufbau des jetzigen Clubhauses, nicht in der jetzigen Größe - die ganze vordere Terrasse hat es damals nicht gegeben. Als das Haus gerade fertig war, kam 1933. Da wurde die Anlage beschlagnahmt, der Verein aufgelöst.

Man hat dann versucht, diese Anlage



Arbeiter-Sport-Kartellfest im Duisburger Stadion 1929



Arbeiter-Sport-Verein Schmidthorst, 1931

anderen Vereinen zu übergeben. 98 suchte damals eine neue Anlage. Die waren gegenüber dem Strandbad, da, wo heute diese Aussichtsplattform ist. 98 hat aber abgelehnt, die Anlage des Arbeiterwassersports zu übernehmen. Sie wollten an diesem Spiel nicht teilhaben. Die Anlage ist dann verkauft worden von der SA für 300 Mark an den Angelverein, das ist der Angelverein, der jetzt auf der anderen Seite liegt. Dieser Verein hat die Anlage dann bis 1945 gehabt.

Als die Auflösung war, 1933, sind wir mit der Jugend-Wasserballmannschaft nach 98 gegangen, um weiterspielen zu können. 98 hatte damals keine Jugendmannschaft. Dazu gehörten auch die Worms. Wir sind mit unseren roten Badehosen bei 98 aufgetreten.

Das ist eine ganze Zeit gutgegangen, bis die Nazi-Führung den Verein unter Druck setzte, daß die Jugendlichen mit den roten Badehosen nicht mehr auftreten dürfen. Dann hat der Vorstand von 98 gesagt, wir sollen uns schwarze Badehosen kaufen. Da haben wir gesagt: "Da haben wir kein Geld für, das tun wir auch nicht. Entweder spielen wir mit unseren roten Hosen oder wir spielen da überhaupt nicht mehr."

Dadurch ist damals die Mannschaft zerbrochen. Ein Teil, dazu gehörte ich auch, ist dann bei 98 ausgetreten, die Worms sind in 98 geblieben und haben dann da gespielt."

Der Arbeiterwassersportverein stellte

mit Sofie Heier und Ewald Matern zwei Bundesmeister über 100 Meter Brustschwimmen. Bei der Arbeiter-Olympiade in Wien erreichte 1931 Ewald Matern den 3. Platz im 100 Meter Brustschwimmen und den 4. Platz im 200 Meter Brustschwimmen.

Im Jahre 1922 entstand als Abteilung des Arbeiter-Wassersport-Vereins auch eine Bootsabteilung, die sich dann im Jahre 1928 mit dem Sportverein "Einigkeit" Kablerfeld zu einem neuen Verein mit dem Namen "Freie Wasserfahrer Duisburg" zusammenschloß.

Der Einzug des Wettbewerbs in die Arbeitersportbewegung und eine Orientierung auf den Mannschaftssport machten sich auch bei den Duisburger Vereinen bemerkbar. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg fanden sich Sportfreunde in Meide-

rich zusammen, um zwei Fußballvereine, "Vorwärts" und "Westende" Meiderich, zu gründen, die schon bald Fühlung mit den bestehenden Arbeiterorganisationen aufnahmen und durch die Vermittlung des alten Turnvereins 02 Duisburg Mitglied im "Arbeiter-Turn- und Sportbund" wurden.

Im Duisburger Süden erfolgte die Gründung des uns bekannten "Freien Turn- und Sportvereins" am 7. Oktober 1929. Die Fußball spielenden Mitglieder des Vereins gründeten am 1. März 1930 eine eigenständige Fußballabteilung. Im Duisburger Norden, in Hamborn, bereitete die Gründung von Arbeitersportvereinen größere Schwierigkeiten als im übrigen Duisburg. Die ersten Anfänge gehen auf das Jahr 1910 zurück, als sich in Bruckhausen Freunde des Arbeiter-Turnerbundes zusammenschlossen. Eine weitere Abteilung entstand im Jahre 1912 in Schmidthorst-Neumühl, die den Grundstock für die "Freie Turnerschaft Schmidthorst" bildete.

Im März des Jahres 1926 fand sich im Stadtteil Alt-Hamborn eine Schar von Sportlern zur Gründung des Arbeiter-



Mitgliedskarte des Arbeiter-Athletenbundes

Sportvereins "Teutonia" zusammen. Auf Initiative von Franz Kuhfeld entstand am 6. April 1930 in Hamborn-Obermarxloh der Turn- und Spielverein "Frei Heil".

Trotz mangelhafter schwimmsportlicher Anlagen am Rhein gründeten Arbeiter im Februar 1922 den Arbeiter-Wassersportverein Groß-Hamborn.

Vom linken Niederrhein sind uns die nachfolgenden Vereine bekannt:

"Arbeiter Turn- und Sportverein Einigkeit Homburg-Hochheide", "Arbeiter-Turner-Bund Hochemmerich-Friemersheim", "Freie Spielvereinigung Rheinhäusen", "Frei Heil Friemersheim" und der "Arbeiter-Radfahrerbund Hochemmerich".

In der Arbeitersportbewegung gab es zunächst keine parteipolitische Trennung. Mitglieder der SPD, der KPD, der Gewerkschaften und Parteilose gingen gemeinsam ihren sportlichen Interessen nach. Aber mit der zunehmenden ideologischen Fixierung der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger Jahre nahmen auch die Spannungen innerhalb der Arbeitersportbewegung zu. 1929 kam es dann zum endgültigen Bruch: die kommunistischen Arbeitersportler bildeten

Arbeiter-Wassersport-Verein Groß-Duisburg
 Arbeiter-Wassersport-Verein Groß-Hamborn
 Freie Wasserfahrer Hamborn
 Freie Wasserfahrer Duisburg
 Freie Turn- und Sportvereinigung Groß-Duisburg
 Freie Turnerschaft Hamborn-Schmidthorst
 Sportklub Kickers Hochfeld
 Sportklub Vorwärts Duisburg
 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Großenbaum
 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Duisburg
 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität Hamborn
 Arbeiter-Schachbund, Ortsgruppe Duisburg
 Arbeiter-Schachbund, Ortsgruppe Beeck
 Touristen-Verein "Die Naturfreunde" Duisburg
 Touristen-Verein "Die Naturfreunde" Meiderich
 Vereinigte Sportfreunde Meiderich
 Freie Turn- und Sportvereinigung Duisburg-Süd
 Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba Duisburg.-Hamborn
 Arbeiter-Sportverein Teutonia Hamborn
 Turn- und Sportverein Frei Heil Hamborn
 Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Duisburg-Hamborn

Karl Becker
 Wilhelm Mahling
 Fritz Weyand
 Heinrich Worm
 Erich Meerwald
 Wilhelm Oeser
 Anton Rhöse
 Artur Grossklos
 Johann Manroth
 Ludwig Hettling
 Paul Trautmann
 Felix Hopmann
 Paul Nopor
 Karl Harzig
 Heinrich Groß
 Heinrich Klaffs
 Gerhard Serfort
 Kläre Rosenbaum
 Johann Smittowitz
 Franz Kuhfeld
 Bernhard Pieter

Duisburg. Angeschlossene Vereine 1930

eigene Vereine.

Im Duisburger Raum erfolgte die Spaltung bereits Ende September 1928 nach monatelangen heftigen Auseinandersetzungen. Die sozialdemokratisch orientierten Arbeitersportler schlossen sich zu einem neuen Arbeiter-Sportkartell zusammen, dem im Juni 1930 die in der

obenstehenden Tabelle aufgeführten Arbeitersportvereine aus Duisburg-Hamborn angehörten.

Im Frühjahr des Jahres 1933 wurde die Duisburger Arbeitersportbewegung wie die anderen Arbeiter-Organisationen von den Nazis zerschlagen. Die Vereinsheime - soweit vorhanden - wurden von der SA besetzt und alle Materialien und Geräte beschlagnahmt, wie das nachfolgende Schreiben des Duisburger Polizeipräsidenten vom 18. September 1933 zeigt:

"Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 28. 2. 33. beschlagnahme ich hiermit die am 24. 7. 1933 beim Wassersport-Verein sichergestellten Gegenstände, wie 2 Handbälle, 1 Wasserball, 1 Luftwasserball, 1 Leine, 6 Springleinen, 2 Luftpumpen, 10 Badehosen, 1 Wurfspieß, 1 Verfielfältigungsapparat Marke Greif und eine Schreibmaschine Marke Remington ohne Nr. und Clubhaus, weil sie einer Nebenorganisation der S.P.D. und somit einer staatsfeindlichen Organisation angehörten."

Das Schachspiel fand in der Arbeiterbe-



Freie Turnerschaft Bruckhausen

Arbeiter-Schachverein

wegung relativ spät Anhänger. Seit dem Jahre 1912 kann man in Deutschland von einer Arbeiterschachbewegung sprechen. Der Vorsitzende des Arbeiter-Schach-Vereins Neumühl Ernst Detering beschrieb die Ziele des Verbandes 1930 folgendermaßen:

“Die große Mehrzahl des arbeitenden Volkes ist nicht an geistige Arbeit gewöhnt. Und die Schule mit ihrem schematischen Auswendiglernen ist ganz und gar nicht dazu geeignet, diese Fähigkeit zur selbständigen geistigen Arbeit anzuerziehen. Hier setzen wir den Hebel an: Das, was die Schule versäumte, und das Elternhaus in den weitaus meisten Fällen nicht vermochte, das wollen wir nachholen. Wir wollen uns einen Kern von geistig regsamen Klassengenossen erziehen. Indem wir das Schach als Erziehungsmittel benutzen, werden wir dieses Ziel spielend erreichen.”

Das Schachspiel, bisher ein Vorrecht des Bürgertums, sollte Eingang in die Arbeiterkreise finden und sich zu einem Kulturfaktor in der Arbeiterbewegung entwickeln.

Die Arbeiter-Schach-Bewegung im Duisburger Gebiet wurde zwar nie zur Massenbewegung, dennoch fand sie eine erhebliche Zahl Anhänger.

Im Dezember 1921 gründeten vierzehn

Schachfreunde in Duisburg eine Ortsgruppe. Im Jahre 1922 zählte diese Gruppe bereits 62 Mitglieder, schrumpfte in der folgenden Krisenzeit allerdings auf 6 Mitspieler. 1930 hatte sich der Verein soweit gefestigt, daß Abteilungen in Hochfeld, in Neudorf, in Wanheimerort und im Duisburger Süden entstehen konnten. Eine weitere Gruppe gründete sich 1922 im Lokal Hörseemann in Beeck.

Zum zehnjährigen Jubiläum des Arbeiter-Schachvereins Beeck veröffentlichte die sozialdemokratische Tageszeitung "Neueste Nachrichten" vom 11. 10. 1932 eine Darstellung der Vereinsgeschichte:

“Durch freiwillige Spenden und großzügigen Opfersinn wurde das nötige Vereinsinventar angeschafft. In der Inflation stieg die Mitgliedschaft rapide auf 80 Mann. Um das vorhandene Spielbedürfnis zu befriedigen, wurden Abteilungen im Ostacker und in Beeckerwerth gegründet. Die Einführung des Zehnstundentages in der Metallindustrie nach der Inflation brachte ein Abflauen des Spielbetriebes und auch Mitgliederverlust mit sich. Schließlich mußten die Abteilungen Ostacker und Beeckerwerth aufgelöst werden. Nach Durchführung der Reorganisation war die Mitgliederzahl um die Hälfte zurückgegangen. Dafür

aber konnte der Verein Aufbauarbeit im Sinne des Sozialismus leisten. Durch Anschluß an das Arbeiter-Sport-Kartell Duisburg wurde Fühlung mit anderen Arbeitersportvereinen und sympathisierenden Bruderorganisationen genommen. Auch wurde durch Vereinigung mit dem Arbeiter-Schachverein Hamborn das Spiel technisch bedeutend gefördert...

Der Umgemeindung Rechnung tragend, wurde dann die Schachvereinigung Hamborn-Beeck aufgelöst und der Stadtverband Duisburg-Hamborner Arbeiterschachvereine gegründet. Bereits im Verein mit Hamborn errang Beeck die Abteilungsmeisterschaft.. Eine besondere Aufgabe der Beecker Ortsgruppe ist die Jugendpflege. In den letzten Jahren wurden auch Schülerkurse abgehalten. Es gelang, eine Schülermannschaft aufzustellen, die sich in manchem Schülertreffen (Duisburg, Gladbeck, Essen, Dortmund) wacker schlug. Obwohl die Jugendpflege für den Denksport bedeutend schwieriger als für den Körpersport ist, so hat doch die Zeit manche Erfahrungen ergeben, so daß man getrost in die Zukunft sehen kann...

Trotz der schweren Zeit steigt die Mitgliederzahl, ein Zeichen, daß der sozialistische Gedanke immer noch werbend wirkt.”

Schon bald nach der ersten öffentlichen

Arbeiter-Radio-Bund

und begeistert aufgenommenen Radiosendung seit Oktober 1923 bildeten sich im gesamten Reichsgebiet Radio-Bastelvereine. Sie schlossen sich zum SPD-nahen Arbeiter-Radio-Klub e. V. zusammen. Über die Gründung des Duisburger Klubs im April 1927 liegt uns ein Bericht der "Volksstimme" vor:

“Am Freitagabend vereinigten sich im kleinen Gesellschaftszimmer des Gasthauses “Prinz-Heinrich” die Interessenten der Radio-Bastelei. Herr Domgörgen, Lehrer an der Weltlichen Schule in Neudorf, hatte durch eine selbsterbaute Lautsprecherbühne den Saal dekorativ verschönt. Die stilistische Einfachheit seiner Arbeit ließen eine

wesentliche Konzentration der Hörer, den Funkübertragungen gegenüber, zu. Einer der Einberufer der Versammlung, Herr Prinz, betonte die Notwendigkeit, auch in Duisburg einen Arbeiter-Radio-Klub zu schaffen. Er wies darauf hin, daß beim Zusammenschluß aller Radiobastler durch konsumartigen Einkauf der Gerätschaften ein bedeutender Rabatt ermöglicht werden kann. Dann soll der Klub Belehrung, Gedankenaustausch, technische Hilfe und auch einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung des Langenberger Programms tätigen. - Nach eingehender Debatte wurden in den provisorischen Vorstand gewählt: Prinz, Vorsitzender, Wellmann, Lehrer der Elektrotechnik an der Gewerbeschule,

als technischer Leiter, Domgörgen und Möblich als praktische Beiräte... Der Abend endete mit der Übertragung des Volkskonzertes des Kölner Doppelquartetts 1908.”

Ein Monatsprogramm für Juli 1929 der Ortsgruppe-Beeck des Arbeiter-Radio-Bundes teilt uns die "Volksstimme" vom 2. Juli 1929 mit:

“Die Ortsgruppe Duisburg-Beeck hat von jetzt ab ihre Bastelstunden von Sonntag auf Mittwochabend 8.00 Uhr verlegt, und zwar mit folgendem Programm im Monat Juli: Mittwoch, 3. Juli, Schwingungslehre für Anfänger, von Gewerbeoberlehrer Wellmann;

9. Juli: Bastelabend an den Empfangsgeräten für Mitglieder; Sonntag, 14. Juli, vormittags 10.00 Uhr, Monatsversammlung; 17. Juli, Experimentierabend unter Leitung des Bastelmeisters; 24. Juli, Schaltungen im allgemeinen, Ohmsches Gesetz und seine Anordnung, Leiter Schaake, Duisburg, 31. Juli, Bastelabend für Anfänger unter der Leitung des Bastelmeisters. - Auch Nichtmitglieder sind zu den Bastelabenden willkommen. Vereinslokal: Waterkamp, Duisburg-Beeckerwerth."

Der Arbeiter-Radio-Bund verstand sich als "Arbeiterkulturorganisation" und nicht als "Bastelklub". Ein Schreiben der Ortsgruppe Duisburg-Beeck an die Redaktion der "Volksstimme", das am 2. Juli 1929 veröffentlicht wurde, beschreibt ausführlich das Selbstverständnis der Arbeiter-Radio-Bewegung:

"Zweck und Ziel ist: Zusammenschluß der am Rundfunk interessierten werktätigen Bevölkerung Deutschlands, engste Zusammenarbeit mit den Arbeiter-Radio-Organisationen aller Länder, Förderung sozialistischer Kulturarbeit gemeinsam mit den Organisationen der freien Arbeiter-Bewegung, Einwirkung auf die das Radiowesen berührende Gesetzgebung und Einflußnahme auf alle Rundfunk-Darbietungen, insbesondere auf die Sende-Darbietungen. Das Verständnis für die Radiotechnik in der arbeitenden Klasse zu wecken und den Mitgliedern im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und unter Berücksichtigung der öffentlichen Verkehrsinteressen die Möglichkeit zur praktischen Betätigung auf dem Gebiete der Radiotechnik zu schaffen. Herausgabe eigener gemeinverständlicher Organe und Schriften. Gemeinnützigkeit.

Als gemeinnützige Vereinigung stellt der Bund weder einen auf Gewinn abzielenden Geschäftsbetrieb dar, noch verfolgt er parteipolitische Ziele. Der Arbeiter-Radio-Bund verlangt Gleichberechtigung aller am Rundfunk beteiligten Rundfunkhörer, u. a. weltliche und freigeistige Morgenfeiern, gleichberechtigt neben kirchlichen. Veranstaltungen von Arbeiterfesten unter Mitwirkung der eigenen Kräfte der Arbeiterschaft (Feierstunden-, Mai-, Verfassungs- und Revolutionsfeiern). Übertragung wertvoller Veranstaltungen der Arbeiterschaft



Arbeiter-Radio-Bund Ortsgruppe Duisburg, Besichtigungsfahrt zum Langenberger Sender

(Tagungen, Gedenkfeiern, Jugendweihen). Vorträge über alle, für die Arbeiterschaft in Betracht kommenden Gebiete.

Unsere Weltanschauung, unsere Gesellschaftsauffassung wollen wir hören. Die Arbeiterchöre, Gewerkschaftler, unsere Redner und Künstler müssen immer wieder ans Mikrofon, Menschen, die unsere Sprache verstehen und reden, die mit uns denken und fühlen. Darum, Rundfunkhörer: Erkennt die Notwendigkeit einer starken Arbeiter-Radio-Bewegung als eine der wichtigsten Organisationen im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterschaft...

In jedes Heim, in die ärmste Familie soll dieser Kulturüberbringer dringen. Daher fordert der Arbeiter-Radio-Bund die Herabsetzung der Rundfunkgebühren und völligen Erlaß der Gebühren für Blinde, Schwerbeschädigte und Erwerbslose. Der Rundfunk kann nur dann Allgemeingut werden, wenn außerdem auch die Empfangsgeräte erschwinglich sind. Deshalb führt der Arbeiter-Radio-Bund seine Mitglieder durch Vorträge, Kurse und belehrende Experimente in die Geheimnisse der Radiotechnik ein, so daß sie gute und billige Empfangsgeräte selbst basteln und bedienen können."

In ähnliche Richtung zielte eine Entschließung der Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen (der Vorort des Bezirks war Köln, die Gruppen in Duisburg, Beeck und Meiderich hatten sich der

Bezirksorganisation des ARB angeschlossen):

"Die Bezirkskonferenz des ARB für Rheinland-Westfalen sieht in der Zusammensetzung des vor kurzem berufenen Kulturbeirates des Westdeutschen Rundfunks eine Brückierung der gesamten Arbeiterschaft des Sendebereichs. Entsprechend der Beteiligung der proletarischen Hörer am Rundfunk fordert die Konferenz, daß mindestens drei Mitglieder der proletarischen Organisationen dem Kulturbeirat angehören müssen." (26. 2. 1928)

Über die weitere Entwicklung und Arbeit der Duisburger Ortsgruppe liegt uns ein Bericht von Hermann Monning (Jahrgang 1908) vor, der von 1927 bis 1933 Mitglied des Arbeiter-Radio-Bundes in Duisburg war:

"Der Arbeiter-Radio-Bund ist um 1927 gegründet worden. Kleine Gruppen gab es aber schon vorher, die sich zusammengetan hatten, weil das Radio-Basteln gerade groß in Mode kam. Diese Gruppe war aber noch kein Verein. Ich gehörte auch so einer kleinen Gruppe an. In der Gruppe waren ein Elektromeister, ein Elektroingenieur und einige Elektriker, die sich mit der Hochfrequenztechnik, die gerade aufkam, befassen wollten, um das auch in ihrem Beruf zu gebrauchen. Dann haben sich alle zusammengetan und haben einen

Verein gegründet.

Weil einige Verbindung zur Freien Schule in Neudorf hatten, haben wir dort einen Bastelraum bekommen - vorher trafen wir uns in einer Wirtschaft in der Landfermannstraße. Wir konnten dort unsere Schalttafeln und Prüfstände unterbringen und brauchten alles nicht mehr mit nach Hause zu nehmen. Wir haben dann Verstärkeranlagen für Säle gebaut, die damals groß und schwer waren, wegen der vielen Röhren in den Geräten.

Wir haben uns einmal in der Woche für etwa zwei Stunden in der Freien Schule getroffen. Eine Stunde wurde theoretisch gelehrt, Zeichnungen der Radiogeräte studiert. Die zweite Stunde haben wir dann praktisch gearbeitet, also Radios gebastelt. Man konnte sein Gerät, was man zu Hause hatte, mitbringen und dort fertigstellen. So habe ich denn den Radiobund genutzt, um zu meinem Detektor (damals war ja die Detektorzeit) einer zweiröhriigen Verstärkeranlage zu kommen.

Wichtig war aber auch, daß wir durch unsere Mitgliedschaft im Radio-Bund in einigen Geschäften in Duisburg auf alle Einzelteile, die wir kauften, 10 oder 12 Prozent Rabatt bekamen. Am Anfang waren wir vielleicht erst etwa 20 Mitglieder aus ganz Duisburg. Da hat der Vorstand gesagt: "Es gibt in Deutschland einen Arbeiter-Radio-Bund und die für uns infrage kommende Organisation ist in Köln".

Diesem Verein haben wir uns dann angeschlossen, weil unser Radiobund in Duisburg aus Mitgliedern bestand, die auch in der SPD oder überhaupt in der Arbeiterbewegung tätig waren. Ich war damals in der Arbeiterjugend und bei den Kinderfreunden aktiv. Ende 1927 oder Mitte 1928 haben wir uns dann dem Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands angeschlossen.

Wir hatten dann, nachdem wir eingetragener Verein waren und sich herum gesprochen hatte, daß für die Mitglie-

der alle Einzelteile über den Verein billiger einzukaufen waren, eine Mitgliederzahl von vielleicht 50. Bis 1933 hatte sich diese Zahl auf 200 für ganz Duisburg erhöht. Zeitweise hatten wir sogar zwischen 400 und 500 Mitglieder, genau weiß ich die Zahl heute leider nicht mehr.

Aber zu einem Bastelabend in der Freien Schule auf der Neudorfer Straße kamen durchschnittlich nur 30 Personen. Nicht immer dieselben, sondern immer wieder andere. Frauen waren bei uns nicht im Verein.

Aus Hamborn, aus dem Duisburger Süden, von der linken Rheinseite und auch von Mülheim und Oberhausen sind einige zu unseren Gruppenabenden gekommen. Das waren meistens Leute, die entweder was lernen wollten oder die Möglichkeit des günstigen Einkaufs ausnutzen wollten. Der Maschinenmeister Rudolph von der "Volksstimme" war auch im Radio-Bund. Er und sein Sohn haben dafür gesorgt, daß auch über das Basteln hinaus andere Veranstaltungen durchgeführt wurden. So hat er einmal eine Besichtigungsfahrt zum Langenberger Sender organisiert. Das war damals gar nicht so einfach. Durch Vermittlung unserer Kölner Bezirksstelle bekamen wir nach einiger Zeit die Genehmigung, den Sender mit 80 Personen besuchen zu dürfen.

Einmal hatten wir sogar im Saal der Börse eine Karnevalsfeier veranstaltet, zu der wir die Prominenz vom Sender eingeladen hatten, eine Sängerin und zwei Schauspieler. Es war aber ein Fehler von uns, daß wir das gemacht hatten. Die haben sich von uns bewirten lassen und haben dann auch noch Geld verlangt. Diese Veranstaltung hatte dann auch zur Uneinigkeit in unserem Radiobund geführt und auch sogar zu Austritten.

Um die Politik hat sich dieser Arbeiter-Radio-Bund wenig gekümmert. Denn wir waren nun mal ein Interessenverein

gewesen, der wirklich die Interessen derjenigen, die sich mit Radio und Basteln beschäftigten, vertreten hatte. Ich habe wohl immer versucht, Mitglieder aus der Partei, der Gewerkschaft, der Arbeiterjugend usw. mit zu unseren Abenden zu nehmen. Wir zählten uns ja zur Arbeiterbewegung.

Ich weiß wohl, daß man von der Partei aus versucht hatte, daß auch der Arbeiter-Radio-Bund einen Einfluß auf die Programmgestaltung nehmen sollte. Die Partei hat sich an uns gewandt, ob wir nicht Forderungen an den Sender unterstützen wollten, ob wir auch dafür waren. Dann haben sich natürlich große Teile von uns auch dafür ausgesprochen. Unsere Vereinsleitung hatte aber wenig Interesse daran, der ging es nur um Technik. Also um den Bau von Radiogeräten. Sie stellte sich nicht offen dagegen, sie sagte nur:

"Wir sind eine zu kleine Gruppe, um auf den Sender Einfluß zu nehmen. Das sollte von der Gewerkschaft und von der Partei gemacht werden."

Aber wie es dann so auf 1933 zugeht, schrumpfte unsere Mitgliederzahl, weil wir ja eben viele Mitglieder hatten, die nicht der Arbeiterbewegung nahe standen. Die haben gehört, das ist ein politischer Verein, da können wir nicht mitmachen, denn das entspricht nicht unserer Auffassung. Die wollten nur von dem Verein profitieren. Aber der eigentliche Kern des Verbandes, Mitglieder wie Epding und Rudolph usw., die sind alle bis zum Umsturz geblieben.

Dann kam 1933 die SA oder SS und haben bei Nacht und Nebel unsere Räume in der Weltlichen Schule ausgeräumt und die ganzen Schalttafeln und alles mitgenommen. Wir bekamen dann auch Bescheid, daß der Arbeiter-Radio-Bund verboten sei und daß auch die Geräte beschlagnahmt seien. Wir trafen uns aber trotzdem noch einige Zeit weiter."

Trotz der bürgerlichen Wohlfahrtsve-

Arbeiterwohlfahrt

Trotz der bürgerlichen Wohlfahrtsvereine in Duisburg und Hamborn herrschte nach dem Ende des Weltkrieges in vielen Arbeiterfamilien bittere Not. Darum beschloß die sozialdemokratische Arbeiterschaft der beiden Ruhrgebietsstädte Anfang 1919 die Gründung eines sozialdemokratischen Frauenfürsorgevereins, der sich seit 1920 Verein für Arbeiterwohlfahrt nannte.

Im Reichsgebiet war es am 13. Dezember 1919 durch die Reichstagsabgeordnete und Frauensekretärin im Vorstand der SPD Maria Juchacz zur Gründung einer Selbsthilfeorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gekommen, des "Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt (AWO)", dem sich die Duisburger Vereine bald anschlossen.

"Der Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt übte keine Wohltätigkeit aus, wie es die bürgerlichen Vereine tun, die den Armen durch Unterstützungen Wohlthaten entgegenbringen wollen, sondern er will Kräfte für den sozialen Gedanken mobil machen, die die Not des anderen als eigene tragen helfen. Dazu gehört vor allem gegenseitiges Vertrauen untereinander, um stark genug zu sein, den Menschheitsgedanken, der jedem das Recht zu leben zuspricht, in immer weitere Kreise hineinragen zu können."

So formulierte der Verein in einem Artikel



Nähstube der Arbeiterwohlfahrt Homberg, 1929



Kinderfest der Arbeiterwohlfahrt Hamborn 1926 im Mattlerbusch

der Volksstimme seine Zielvorstellungen.

Die Arbeit des Duisburger Ortsausschusses leisteten hauptsächlich ehrenamtlich tätige Frauen. Bereits 1922 erweiterte die AWO ihre bisherigen Arbeitsgebiete um die Jugendfürsorge. Vertreter der AWO arbeiteten in den maßgebenden Ausschüssen der Wohlfahrtspflege der Kommunen mit. Aus der Alltagsarbeit der AWO seien einige Tätigkeitsbereiche näher geschildert:

Die AWO unterstützte aus öffentlichen Mitteln Familien mit einer größeren

Kinderzahl und andere Notleidende, zumeist durch Lieferungen von Lebensmitteln, wobei insbesondere der Arbeiter-Konsumverein preisgünstige Angebote machte.

Die Ortsausschüsse sammelten neben Lebensmitteln vor allem Kleider, Wäsche und Schuhe. Die Kleider und Stoffe wurden in eigenen Nähstuben verarbeitet. In harten Wintermonaten waren Helfer aus der AWO als Hilfskräfte bei den Volksspeisungen tätig. Andere bemühten sich mit Erfolg darum, Kinder aus notleidenden Elternhäusern in Familien zu privaten Speisungen unterzubringen.

Kinderverschickungen nach Holland, Dänemark, der Schweiz und ins übrige Reichsgebiet, z. B. nach Sachsen, waren eine weitere wichtige Aufgabe der Ortsausschüsse. So konnten bis zu 750 Kinder in manchen Jahren zu einem Landaufenthalt verschickt werden. In den Sommermonaten fanden Ferienspiele und Kinderwanderungen statt, an denen fast 1.000 Kinder teilnahmen. Die Vertrauenspersonen und Helferinnen übernahmen die Betreuung der Kinder.

Über einen Kinderausflug des Ortsausschusses Duisburg der AWO im Jahre 1924 berichtete die "Volksstimme": "Zum dritten Ausflug waren die sämtlichen Duisburger Genossinnen zur Teilnahme eingeladen. Trotzdem noch kurz



Arbeiterwohlfahrt Hamborn (2. von rechts: Anton Pütz, 1. Vors. der AWO; 1. v. rechts: Gen. Stulich; 3. v. rechts: Adolf Graber sen.)

vor Abmarsch ein schwerer Regenschauer niederging, hatten sich doch noch rund 80 Genossinnen mit 170 Kindern eingefunden. Unter Vorantritt einer Musikkapelle gings im 3-stündigen Marsch durch den Wald zur Waldschänke... Und nun begann allgemeines Kaffeetrinken für Klein und Groß. Daran anschließend Polonaise der Kinder unter den Klängen des Sozialistenmarsches mit nachfolgender Schokoladeverteilung. Komische Vorträge im Saal. Manche ältere Genossinnen liefen und sprangen mit den Kindern wie junge Backfische. Andere schwangen nach den Klängen eines Walzers das Tanzbein. Allen wars noch zu früh, als das Kommando zum Aufbruch ertönte. Erst in der Dunkelheit langte man wieder auf der Mülheimerstraße an."

Im Winter organisierten die Vereine für die Kinder Märchenerzählungen und Unterhaltungsstunden. Den Höhepunkt bildeten die Weihnachtsfeiern, die jede Filiale für Eltern und Kinder gestaltete, oft unter Mitarbeit von SAJ-Gruppen.

Viele Arbeiter standen der Arbeit jedoch zurückhaltend gegenüber, wie es folgender Bericht der Vertreterkonferenz 1924 feststellte:

"Die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt ist zwar leider nicht so in die Breite gegangen, die wir gewünscht haben. Einmal stehen manche unserer Genossinnen und Genossen der Bestrebungen der Arbeiterwohlfahrt fremd, teils sogar ablehnend gegenüber. Sie wissen, es handelte sich um eine Art karitativer Wohltätigkeitsvereine, um einen humanitären Sport, durch den die Parteigenossen und -genossinnen von den wichtigsten politischen Aufgaben der Arbeiterklasse abge-

lenkt werden könnten. In Wirklichkeit handelt es sich darum, unseren Parteigenossen, die früher nur Objekt der öffentlichen Wohlfahrtspflege waren, sobald sie in eine größere Notlage gerieten, jetzt zur Betätigung auf diesem

Gebiet heranzuziehen, die die Leiden und Nöte der Arbeiter aus eigener Erfahrung kennen."

Nachdem sich die Währungsverhältnisse gebessert hatten, war an einen Neuaufbau zu denken. Anfang 1925 konnte ein eigenes Büro eingerichtet, wenige Monate darauf eine Sekretärin des Ortsausschusses Duisburg eingestellt werden. Das Büro in der Marienstraße stand in den Sprechstunden jedem offen, denn der Verein half nicht nur SPD-Mitgliedern.

Zur Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Helfer der AWO fanden in regelmäßigen Abständen Vortragsreihen und Kurse über die verschiedenen Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Gesundheitspflege statt. Für 1926 liegt uns das Programm eines Schulungskurses vor:

1. Moderne Grundsätze in der Körperpflege (Beigeordneter Cremers);
2. Die Mitarbeit der Arbeiterwohlfahrt in der Jugendwohlfahrt, insbesondere beim Gefährdetenproblem. (Frau Hirschmann-Röhl, M. d. L. Köln);
3. Die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes (Rechtsanwalt Dr. Kolski);
4. Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (Fr. Dr. Morgenstern);
5. Jugendgerichtsgesetz und Jugendgerichtshilfe (Amtsgerichtsrat Franz);
6. Fürsorgeerziehung, gesetzliche Regelung und Praxis (Landesrat Wingen-der, Düsseldorf).

Einen weiteren Tätigkeitsbereich erschloß sich die AWO Duisburg am 18. Oktober 1926 mit der Einweihung eines



Arbeiterwohlfahrt Hamborn, 1929 (rechts stehend Alwine Kuhfeld; mit Mütze G. Tauffmann)

Kinderhortes für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren in einem Raum der Volksschule an der Fröbelstraße in Duisburg-Hochfeld. Grete Baumann übernahm die pädagogische Leitung dieser Einrichtung.

Die Hamborner AWO - mit Filialen in Hamborn, Marxloh, Schmidthorst und Bruckhausen- unterschied sich in ihren Arbeitsfeldern kaum von dem Duisburger Ortsausschuß. Die Gründung einer Ortsgruppe der AWO in Walsum-Wehofen erfolgte Anfang März 1927.

Über die Arbeit der Homberger Arbeiterwohlfahrt entnehmen wir folgende Einzelheiten dem Geschäftsbericht vom 22. Februar 1932 :

„Heim- und Erwerbslosenfürsorge. Zum erstenmale haben wir in diesem Jahre unser Heim vom 1. Oktober ab für die Erwerbslosen als Aufenthaltsraum zur Verfügung gestellt. Die Beteiligung ist sehr rege. Nach unserer Aufstellung besuchen im Durchschnitt täglich 60 bis 100 Erwerbslose (in der Hauptsache Jugendliche) unser Heim. Zur Unterhaltung dieser armen Menschen haben wir eine Radioanlage angelegt, Spiele und Lesestoff zur Verfügung gestellt. Außerdem hat uns das Kartell der freien Gewerkschaften in zuvorkommender Weise seine Bibliothek zur Verfügung gestellt, so daß für Unterhaltung gesorgt ist. Wöchentlich ein- bis zweimal

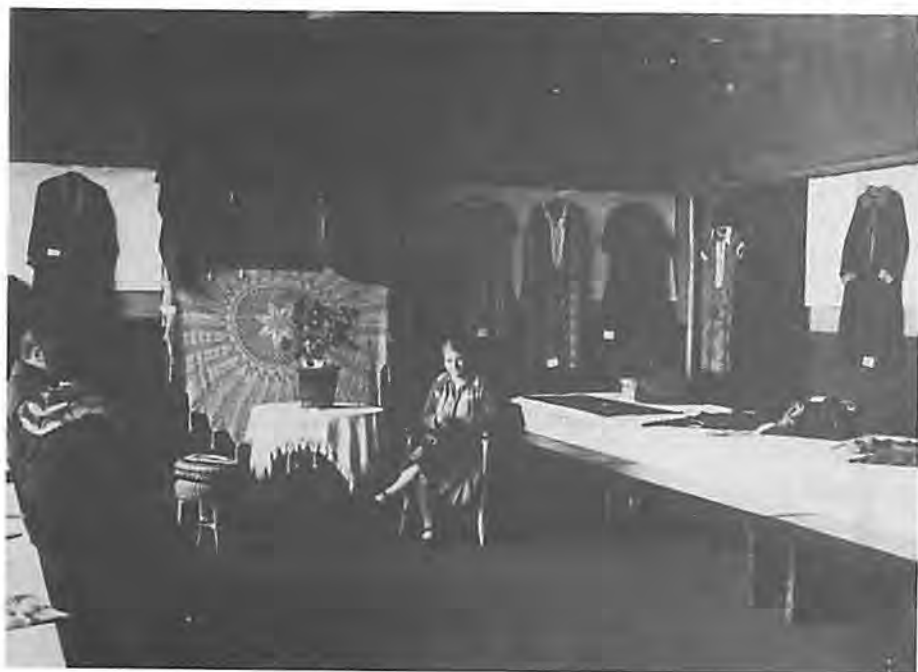


Nähstube der Arbeiterwohlfahrt Homberg 1929

werden belehrende Vorträge abgehalten und die Erwerbslosen von Zeit zu Zeit, soweit es unsere Mittel erlauben, gespeist... Es stellt sich immer mehr heraus, daß unsere Waschanstalt, in welcher für Alte und Kranke die Wäsche unentgeltlich schrankfertig gemacht wird, eine unentbehrliche Einrichtung ist. Es wurde für 155 Familien gewaschen... Infolge der knappen Mittel war es uns nicht möglich, die Zahl unserer 10 Nähmaschinen und 5 elektrischen Bügeleisen zu vermehren, trotzdem ein Bedürfnis vorhanden ist. Unter Leitung

einer geprüften Schneidermeisterin wurden im ganzen Jahre Nähstunden und Kurse abgehalten, deren Beteiligung sehr rege war. Besonders hervorheben möchten wir, daß die Arbeitskurse, worin erwerbslose junge Mädchen unterrichtet werden, sehr stark besucht waren... Die Krankenpflege wird von unseren Helferinnen in der Form betrieben, daß sie in den Familien sämtliche Hausarbeiten übernehmen, damit der Ehemann nicht noch von der Arbeit fern bleiben muß, um für die Kinder zu sorgen. Wie bei aller Arbeit, so stellten sich unsere Helferinnen auch hier unentgeltlich zur Verfügung und halfen durch ihren Idealismus manche Not lindern. Die Arbeiter-Samariterkolonne arbeitet mit uns Hand in Hand, und dadurch konnten wir alle Fälle zur Zufriedenheit ausführen... Unsere 6 Wanderkörbe wurden recht oft in Anspruch genommen. Den bedürftigen Wöchenerinnen halfen wir mit Wäschestücken und Stärkungsmitteln aus...

Wie schon anfangs erwähnt, ging ein großer Teil der diesjährigen Wohlfahrtspflege auf die städtische Winterhilfe über, so daß die Mittel für uns nicht so reichlich flossen. Trotzdem wurden für die Wohlfahrtspflege 1.834,03 Mark verausgabt. Die uns zur Verfügung stehenden Mittel reichen bei weitem nicht aus, auch nur annähernd alle Bedürfnisse befriedigen zu können... Die alljährlich von uns veranstalteten Kinderausflüge haben wieder, wie wir es gewohnt sind, den besten Erfolg erzielt. Wir machten



Arbeiterwohlfahrt Homberg, Verkauf von selbstgefertigten Kleidungsstücken



Ausflug der Rheinhausen - Bergheimer Arbeiterwohlfahrt

während der Ferienzeit 5 Kinderausflüge. Zum Teil mit dem Dampfer, Eisenbahn und Autobus. Die Beteiligung war größer, als in den vorhergehenden Jahren. An jedem Ausflug nahmen etwa 300 bis 400 Kinder teil. Außerdem nahmen an den Ausflügen als besondere Gruppe alte Leute unter besonderer Führung teil. Alle Fälle in Vormundschaftssachen, Jugendpflege und Jugendschutzaufsicht etc., die wir zu betreuen hatten, konnten erledigt werden."

Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit seit Ende der 20er Jahre steigerten die Hilfsanforderungen an die Ortsausschüsse der Arbeiterwohlfahrt in einem solchen Ausmaß, daß sie kaum noch zu bewältigen waren. Die Leistungen der Reichsbehörden und der Stadt, ohnehin ungenügend, wurden mit der Zuspitzung der Krise weiter gekürzt. Unter der Überschrift "Erfolgreicher Kleinkrieg gegen die Not" veröffentlichten die "Neuesten Nachrichten" vom 3. 2. 1932 den nachfolgenden Geschäftsbericht der Rheinhauser Arbeiterwohlfahrt:

"Das Jahr 1931, gekennzeichnet durch seine Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit und Krisen, hat eine ungeheure Not auch in Rheinhausen gebracht. Nach Mitteilung des Amtes beziehen von 40.000 Einwohnern 10.000 Personen Anfang Januar Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Die Arbeiterwohlfahrt hat sich mit ganzer Kraft an der Linderung der Not beteiligt. Leider ist auch diesmal die Not- hilfe auf die freien Vereinigungen über-

tragen worden. Wir hätten diese Organisation durch das Wohlfahrtsamt unter Billigung ehrenamtlicher Kräfte lieber gesehen. Immerhin haben die Helfer und Helferinnen der A. W. aufopfernde Arbeit geleistet.

147 Familien wurden während des Jahres mit Wäsche und Stoffen bedacht. Aus Anlaß des Sonnenwendfestes erfolgte

noch eine besondere Unterstützung. Barunterstützungen konnten nur in ganz dringenden Fällen gegeben werden. Zur Jugendweihe wurden verschiedene Kinder mit Wäsche betreut. Am 30. und 31. Mai ging die A. W. mit 68 Kindern nach Stenden zum Kinderfest. Es entstand pro Familie nur ein Unkostenbeitrag von 30 Pfg. Die Ferienspiele erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit, es nahmen jede Woche durchschnittlich 65-70 Kinder daran teil. Anfang des Jahres richtete die A. W. einen Nähkursus für erwerbslose Mädchen ein; sie übernahm vom Amt 14 Mädchen. Leider konnte sie diesen Kursus nach drei Monaten nicht mehr weiterführen, weil es an Mitteln fehlte. Seit Ende November findet wieder ein Bastelkursus für erwerbslose Mädchen im ehemaligen Lyzeum statt, der von Fr. Heinrichs geleitet wird. Für die männliche erwerbslose Jugend hält die A. W. seit 17. November allwöchentlich Vorträge mit nachfolgender Speisung ab; es beteiligten sich durchschnittlich 35-40 Jugendliche. Im Jahr 1931 konnte die A. W. ferner 3 kinderreichen Müttern eine Erholung von 4 Wochen im Jugendheim Stenden vom Wohlfahrtsamt erwirken".

Vorstandsmitglieder der AWO Duisburg

1924:

1. Vors. Therese Cremers (DU-Stadt), 2. Vors. Lehrer Kaiser (DU-Laar), Kassierer Karl Appel (Neudorf-Duissern), Beisitzerinnen Schlüter (DU-Hochfeld), Hollerberg (DU-Ruhrort). Außerdem gehörten dem Vorstand je ein Vertreter des Parteivorstandes links und rechts der Ruhr an. Jede Filiale der AWO stellte zusätzlich eine Vertrauensperson. Für 1923 waren dies in den einzelnen Stadtteilen:

Genossinnen Krämer (Meiderich), Cremers (Duisburg Stadt), Wallach (Be-
eck), Flaß (Hochfeld), Fisch (Wanheim, Wanheimerort), Trapp (Kaßlerfeld,
Neuenkamp), Aloys Pfeffer (Ruhrort und Laar), Karl Appel (Neudorf-Duis-
sern)

1928:

Therese Cremers (1. Vors.), Aloys Pfeffer (2. Vors.), Genossin Ludwig (Kas-
siererin), Gen. Harthaus (Schriftführer), Genossin Hölscher, Kettler, Gen.
Frensch als Beisitzer

Vorstandsmitglieder der AWO Hamborn

1924:

Anton Pütz (1. Vors.), Genossin Hengsbach (2. Vors. und Kassiererin),
Taufmann als Schriftführer

1927:

Wilhelm Rüländ (1. Vors.), Genossin Schneider (2. Vors.), W. Holstein
(Schriftführer), Hermann Hofmann (Kassierer), Kremers, Kerstgens, Kuh-
feldt, Gustegger (Beisitzerinnen), Genossin Schildmann (Sachwalterin),
Gen. Tauffmann (Sekretär). SPD-Fraktion und Partei stellten je einen
Beisitzer.

Arbeiter-Samariter-Bund

In Berlin waren 1888 die ersten Arbeiter-Samariter-Kolonnen zum Unfallschutz in den Arbeitervierteln entstanden. Nach dem Weltkrieg fand der 1909 gegründete Arbeiter-Samariter-Bund auch im Duisburger Raum Anhänger. Die Kolonne Duisburg zählte Anfang 1924 etwa 270 aktive und passive Mitglieder. Weitere Kolonnen bestanden in Hamborn und Beeck. Die Homberger Gruppe wurde 1925 gegründet, die in Rheinhausen 1922. Im Jahre 1928 bestanden hier zwei Ortsgruppen bzw. Kolonnen, eine in Friemersheim mit 41 aktiven und 102 passiven Mitgliedern und eine in Hochemmerich mit 32 aktiven und 62 passiven Mitgliedern.

Über die Arbeit der Homberger Kolonne liegt uns ein ausführlicher Bericht aus den "Neuesten Nachrichten" vom 21. 2. 1930 vor:

"Edel sei der Mensch, hilfreich und gut." Unter diesem Leitgedanken wurde die hiesige Arbeitersamariter-Kolonnie am 22. Februar 1925 im Lokale Klotten gegründet. Langsam entwickelte sich die junge Kolonne und steht heute festgefügt innerhalb des Bundes... Von Jahr zu Jahr wurden die technischen Einrichtungen und besonders die Ausrüstungen verbessert... Wer zur praktischen Mitarbeit nicht fähig ist, der unterstütze wenigstens die Einrichtungen, die im Interesse aller Bevölkerungsschichten für die erste Hilfeleistung bei plötzlichen Erkrankungen und Unglücksfällen, wie für die Aufklärungsarbeit geschaffen wurden. Alljährlich finden Kurse der Kolonne im Orte statt, um Helfer auszubilden... Die Homberger Kolonne konnte in ihrem Jahresbericht über eine rege Tätigkeit berichten. Bei 779 Unfällen, darunter 26 schwerer Natur, konnte die Kolonne erste Hilfe leisten. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß diese Hilfe nur in der Bürgerschaft geleistet wurde, weil in den Werken Betriebs-samariter noch nicht vorhanden sind. Auf Sportplätzen und in Sälen wurden in 82 Fällen Wachen angefordert, so daß insgesamt 470 Dienststunden gemacht wurden. Ferner wurden 86 Transporte ausgeführt und zur Krankenpflege 80 Stunden verwandt. An dem derzeitigen Kursus für Fortgeschrittene, der unter der Leitung von Dr. Schulte-

Middelmann begann und von Dr. Rademacher weiter geleitet wurde, nehmen 16 Mitglieder teil. Die Abschlußprüfung soll am 16. März stattfinden... Mitteilungen geschäftlicher Art sind an den ersten Vorsitzenden Julius Frickel, Homberg, Hanielstraße 48-50, zu richten. Wachenanforderungen werden vom technischen Leiter Josef Lichtrauer, Eberhardstraße 31, und vom Kolonnenführer Oskar Meinhold, Charlottenstraße 86, entgegengenommen. Außerdem machen wir die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß Material zur Krankenpflege unentgeltlich von der Kolonne zur Verfügung gestellt wird. Anforderungen sind an unsere Materialverwalterin Frau Zwirn, Ulmenhof 18c, zu richten."

Aber nicht nur unmittelbare erste Hilfe leisteten die Arbeiter-Samariter. Einen Einblick in weitere Tätigkeitsfelder vermittelt der Geschäftsbericht der Kolonne Duisburg von 1924:

"Die der Kolonne angeschlossene Abteilung für Kinderhilfe hat auch im verflossenen Jahre in treuer Pflichterfüllung ihr segensreiches Werk in einer Weise durchgeführt, wofür allen, die daran mitwirkten, der Dank der Armen gebührt, denen geholfen wurde. So wurden Weihnachten 1923 dreihundertfünfzig Kinder, hundert Familien und dreißig alte Leute mit warmer Unterwäsche und reichlich mit Lebensmitteln bedacht. Im Januar 1924 konnten weitere hundert Familien ausgiebig mit Wäsche beschenkt werden; außerdem wurden zwölf Zentner Kartoffeln und eine größere Anzahl Eßkarton an



Philipp Kenn vom Arbeiter-Samariter-Bund Homberg 1925

Erwerbslose verteilt. Gleichzeitig wurde einhundertzwanzig Kindern freier Mittagstisch gewährt und einer größeren Anzahl von Säuglingen kostenlos Milch geliefert.

Zur Schulentlassung wurden hundert Kinder armer Familien nach Bedarf mit Schuhen, Kleidern oder Wäsche versorgt. Eine Anzahl Wöchnerinnen wurde mit Bett- und Säuglingswäsche bedacht und damit der größten Sorge um die Kleinsten enthoben. Zu Ostern des vergangenen Jahres wurde im Duisburger Wald ein Eiersuchen veranstaltet, an dem sich vierhundert Kinder beteiligten. Tausend Eier und mehrere Körbe Gebäck kamen dabei zur Verteilung. Im Laufe des Sommers fanden des öfteren gemeinsame Ausflüge statt, um die Kinder sich am Waldesgrün und Spielen im Freien erfreuen zu lassen. Im Dezember veranstaltete die Kolonne im Gewerkschaftshaus eine Sonnenwendfeier, an der vierhundertzweiundfünfzig Kinder, eine Anzahl alte Leute und

Erwerbslose teilnahmen. Die Feier fand in Verbindung mit einer Bescherung statt. Über fünfhundert Kinder und Bedürftige wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet und reichlich beschenkt. Musikalische Vorträge und solche von Kindern, wechselten einander ab und boten den Teilnehmern einen angenehmen Abend. In harmonischer Weise verlief auch diese Veranstaltung als Abschluß des Jahres."

1933 wurden die Arbeitersamariter wie alle anderen Organisationen der Arbeiterbewegung von den Nazis aufgelöst. Emilie Thissen erinnert sich an die Vorgänge in Homberg:

"Meine Mutter (Frau Oles) war die erste Vorsitzende der Arbeiter-Samariter, und damals, als es brenzlich wurde, da hatte man aus dem Ulmenhof das ganze Ma-

terial verteilt, Bettflaschen, Gummitücher, alles was man zur Krankenpflege braucht, das wurde dann verteilt, damit das nicht unter das Fußvolk kam. Denn mittlerweile hatte die Arbeiterwohlfahrt ihr Heimquittieren müssen, mit Nähmaschinen, mit allem Drum und Dran, das wurde alles einkassiert. Die Falken hatten ein sehr schönes rundes Zelt, das hatten wir uns mit Bausteinen mühsam zusammengekratzt, das hatte dann wohl eine Frau Schöpe unter dem Dach verwahrt. Die haben dann die Haussuchung gemacht. Unter anderem hatten wir dann ein Schild "Arbeiter-Samariter-Bund". Da kamen sie mit so einer Brechstange - man hätte das Schild so abnehmen können. Von oben bis unten haben die das Haus durchsucht. Wir waren Kinder, meine Mutter war nicht da, mein

Vater war zur Arbeit, nutzte nichts, die Betten, alles auseinander genommen. Mutter war so raffiniert - wir hatten ein Vertiko, das stand so schräg im Zimmer - da hatte die alle Bücher, alles, was an Wert war, hingeworfen, und die haben gesucht, da hat keiner hinterguckt. Ich weiß noch, ich stand da, und ich hatte solche Angst gehabt. Ein paar mal wurde die Hausdurchsuchung gemacht. Und dann ging meine Mutter noch in ihrer Tracht - über die Moerser Straße. Da kommt ein SS-Mann und spuckt ihr ins Gesicht. Und die nicht dumm, rechts und links dem ein paar um die Ohren gehauen. So wie die war. Dann wurde sie angezeigt. Sie mußte dann zum Rathaus kommen, einmal am Tag, ein halbes Jahr, und mußte "Heil Hitler" sagen."

Der Konsumverein "Eintracht" Essen - Zentrallager Duisburg

Auch Sie sollten als Leser der Volksstimme Mitglied im **Konsumverein „Eintracht“** e. G. m. b. H., Essen sein!

Der Konsumverein erstrebt als gemeinnütziges Unternehmen, welches nur im Interesse seiner Mitglieder arbeitet, mit Erfolg die **Hebung der Lebenshaltung auch Ihrer Familie!**

Als größte Verbraucherorganisation Rheinlands und Westfalens unterhält die Genossenschaft, welche bereits im Jahre 1902 gegründet wurde,

Ober 72000 Mitglieder	205 Kolonialwaren-Verteilungsstellen
Jährlich 3000000 Mk. Umsatz	40 Fleischwaren-Verteilungsstellen
Jährl. Rückvergütung an die Mitglieder ca. 2500000 Mk.	3 Zentralbüros
	2 Kaufhäuser (in Essen u. Homberg-Hochheide)
	3 Textil-Verteilungsstellen (Buer-Hassel, Hüttenheim, Meerbeck)

Eigenbetriebe: 2 Großbäckereien und Konditoreien, Kaffeerösterei und Malzkaffee-Fabrik, Fleischwaren-Fabrik in Essen-Altenessen, Großmühle, Weinkellerei, Landgut mit Geflügelarm und Schweinemastanstalt in Kirchhellen, Molkerei in Logden (Westf.)

Den **vorzüglichen Produkten** dieser, in technischer und hygienischer Beziehung vorbildlichen Betriebe stehen die zahlreichen **Qualitätszeugnisse** der **GEG** würdig zur Seite!

GEG-Fabrikate werden in den 52 eigenen Fabriken der **Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine** nach genossenschaftlichen Grundsätzen nur aus **bestem Rohmaterial**, bei **besten Verarbeitungen** hergestellt!

GEG-Erzeugnisse sind infolge ihrer Preiswürdigkeit und Güte **allerorts beliebt** und nur im

Konsumverein „Eintracht“ e. G. m. b. H., Essen erhältlich! Erwerben Sie in einer unserer Vertikungsstellen oder bei unseren Funktionären die Mitgliedschaft!

Bei jedem Preisabzug Ihres Umsatzes erhalten Sie 6% Rückvergütung!

Anzeige des Konsumvereins "Eintracht" (Niederrheinische Volksstimme vom 15. 2. 1930)

Der Genossenschaftsgedanke, der in Duisburg schon in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts zur Gründung ei-

nes Konsumvereins geführt hatte, der allerdings nur wenige Jahre bestand, fand nach der Jahrhundertwende in den rasch wachsenden Industriestädten des Ruhrgebietes neuen Rückhalt. So entstanden fast um dieselbe Zeit in allen größeren Industrieorten des Ruhrgebiets Konsumvereine, von denen in den nachfolgenden Jahren eine Reihe wieder eingingen oder mit anderen Vereinen verschmolzen.

Das letztere war auch der Fall mit den in Duisburg bestehenden Vereinen, so dem Allgemeinen Konsumverein für Duisburg mit zwei Verkaufsstellen und dem Konsumverein für Ruhrort und Umgebung, die sich 1908 bzw. 1909 dem Konsumverein "Eintracht" in Essen anschlossen. Die Duisburger Zentrale an der Weseler Straße wurde im Jahr 1912 nach langen und beschwerlichen Verhandlungen mit den staatlichen und städtischen Behörden erworben.

Im Jahre 1925 umfaßte das Verbreitungsgebiet der "Eintracht" neununddreißig Orte, darunter sieben Großstädte, und erstreckte sich im Osten bis nach Recklinghausen und im Westen weit über den Rhein hinaus bis nach Repelen und Kamp-Lintfort. Im Norden zählten Wesel und Dorsten und im Süden Altdorf zum Verbreitungsgebiet.

Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren

wirtschaftlichen Folgen beeinträchtigten die Genossenschaftsarbeit. Die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel durch die Gemeinden legte die Einkaufstätigkeit der Konsumgenossenschaft lahm. Die Inflation tat das übrige. Auch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung blieb nicht ohne Wirkung.

In der Nachkriegszeit baute der Verein die Eigenproduktionszweige aus. Er betrieb Bäckereien, eine Kaffeerösterei und eine Molkerei, ab 1922 eine Großmühle in Duisburg und eine Großschlächtereier und Wurstfabrik in Essen. Als neuer Zweig wurde der Vertrieb von Textilwaren und Schuhen aufgenommen.

Das Kaufhaus in Homberg-Hochheide, Kirchstraße 103, belieferte das linksniederrheinische und das Duisburger Gebiet mit diesen Waren.

Die Duisburger Zentrale besaß neben der Mühle eine Bäckerei, ein Warenlager, einen Weinkeller und mehrere Werkstätten. Verkaufsstellen der "Eintracht" gab es in verschiedenen Stadtteilen Alt-Duisburgs, in Hamborn, Walsum, Homberg, Hochemmerich, Bergheim, Mülheim, Oberhausen, Meerbeck und Moers-Stadt.

Wie die anderen Neberorganisationen der Arbeiterbewegung fiel auch der Konsumverein "Eintracht" der Naziherrschaft zum Opfer.

Freidenkerbewegung

Die sozialistische Freidenkerbewegung, die schon vor dem Ersten Weltkrieg ihre Anhänger in Duisburg gefunden hatte, entwickelte sich erst in der Weimarer Republik zu einer Massenbewegung.

Im Duisburger Gebiet lassen sich folgende Ortsgruppen des "Vereins der Freidenker für Feuerbestattung" (gegr. 1905 in Berlin) nachweisen: Hamborn (Hermann Lippmann), Meiderich, Duisburg, Wedau-Bissingheim und Homberg (D. Schöbel).

Im Jahre 1921 erhalten wir Kenntnis vom Bestehen einer Ortsgruppe des "Zentralverbandes deutscher Freidenkervereine" in Hamborn. Aus der Verschmelzung dieses Zentralverbandes proletarischer Freidenker mit kleineren Verbänden entstand 1922 in Kassel die "Gemeinschaft proletarischer Freidenker". Ortsgruppen gab es in Homberg, Duisburg und Hamborn. Weitere kleinere Freidenkervereine sind uns aus Duisburg, Ruhrort, Laar, Beeck und Homberg-Hochheide bekannt, die sich bis 1923 der Gemeinschaft proletarischer Freidenker anschlossen.

Die beiden proletarischen Freidenkerorganisationen "Gemeinschaft proletarischer Freidenker" und "Verein der Freidenker für Feuerbestattung" schlossen sich 1927 zum "Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung e.V." zusammen, dem die bestehenden Freidenkergruppen im Duisburger Raum beitraten.

Im Duisburger Süden, in Wedau-Bissingheim, wo es bisher noch keine Freidenkerorganisationen gab, erfolgte die Gründung einer Freidenkergruppe im September 1927. Die Ortsgruppe Hamborn zählte im Jahre 1929 1.000 und die Duisburger Gruppe etwa 2.300 Mitglieder. Die Homberger Freidenkergruppe besaß nach Angaben des Verwaltungsberichts 1931 und 1932 eine Mitgliederzahl von 413 bzw. 424 Personen, bei 1324 bzw. 1327 Konfessionslosen.

Die Konflikte innerhalb der Arbeiterbewegung wirkten sich auch auf die Freidenker aus. Die kommunistische Opposition verselbständigte sich zu einem eigenen Verband, der sich im März 1931 gründete und "Verband proletarischer



Hermann Lippmann, Vorsitzender des Hamborner Freidenkerverbandes

Freidenker Deutschlands" nannte. In Hamborn z. B. sind von den 1.000 Mitgliedern 300 in den neuen Verband gewechselt.

Eine zentrale Aufgabe sahen die Freidenker in der Feuerbestattung, ebenso sehr aus weltanschaulichen wie finanziellen Überlegungen. Durch den Zustrom vieler Arbeiterfamilien, die die hohen Erdbestattungskosten nicht aufbringen konnten, erlebte der Feuerbestattungsgedanke eine enorme Verbreitung.

Der "Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung" besaß ein eigenes Sägewerk und eine Sargfabrik. Damit war es ihm möglich, die Feuerbestattung für seine Mitglieder noch kostengünstiger anzubieten. Nach einjähriger Mitgliedschaft übernahm der Verband sogar alle anfallenden Kosten für die Feuerbestattung. Die kleineren Freidenkervereine in Duisburg waren dazu allerdings nicht in der Lage.

Duisburg besaß kein Krematorium. Nach dem Weltkrieg nahmen deshalb die Freidenker- und Feuerbestattungsverbände die alte Forderung nach Errichtung eines Krematoriums wieder auf. Im Zusammenhang mit der Einrichtung des "Neuen Friedhofes in Wanheimerort" stellte die sozialdemokratische Fraktion den Antrag zur Errichtung eines Krematoriums. Die Duisburger Feuerbestattungsvereine, (darunter auch der "Verein für Feuerbestattung", gegr. 1901)



Die
Neue Feuerbestattungskasse
orgon. Freidenker Leipzig e. V.

ist das Sammelbecken **aller** freigeistig organisierter Anhänger der Feuerbestattung, sie kämpft in **engter** Arbeitsgemeinschaft mit dem **Bund sozialistischer Freidenker** gegen die gesamte Kulturreaktion.

Der Monatsbeitrag beträgt für Jugendliche unter 18 Jahren Mk. 0.20, für Erwachsene über 18 Jahre Mk. 0.40.

Familienbeitrag Mk. 1.—

Nach 20 jähriger Beitragszahlung beitragsfrei!

Auskunft erteilt:
W. Bruckmann, Duisburg-Hochfeld, Blücherstraße 23
Karl Berg, Duisburg, Untermauerstraße 23
Klara Sander, Duisburg, Heerstraße 268
Maria Reulert, Duisburg, Bülowstraße 4

Anzeige der Neuen Feuerbestattungskasse der Freidenker (Neueste Nachrichten, 22. 11. 1930)

Fort mit dem unwissenschaftl. Religionsunterricht aus den Schulen! Heraus aus der Kirche!

Alle diejenigen, die mit der Religion gebrochen haben, sollten um der Wahrheit willen aus der Kirche austreten. Der Kirchenaustritt muß mit ein Protest werden dagegen, daß die Religion dazu benutzt wird, das arbeitende Volk niederzuhalten. Der Kirchenaustritt muß eine Kundgebung gegen den Gewissenszwang sein, dagegen, daß man immer noch versucht, unsere Kinder weiter an dem unwissenschaftlichen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Wer die Forderung wirksam unterstützen will:

„Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ der trete aus der Kirche aus.

Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr:

Öffentl. Versammlung

im Lokale des Herrn Renner, Hamborn, Beeder Straße.

Referent: H. Lippmann, Hamborn.

Hierzu wird die geehrte Bürgerschaft freundlichst eingeladen.

Eintritt 30 Pfg.

Zentralverband proletar. Freidenker.

Zentralverband proletarischer Freidenker Hamborn. Aufruf zu einer öffentlichen Veranstaltung (Niederrheinische Volksstimme vom 10. 7. 1919)

bildeten zur Unterstützung des Vorhabens einen gemeinsamen Ausschuß. Nur mit finanzieller Unterstützung der Feuerbestattungsvereine war es schließlich möglich, das Krematorium bis 1932 zu errichten. Die SPD-Zeitung „Neueste Nachrichten“ meldete:

„Heute wird die seit langem projektierte und vor drei Jahren in Bau genommene Feuerbestattungsanlage in Duisburg ihrer Bestimmung übergeben... Das Rheinland leidet, wie alle Gebiete, in denen das Zentrum über starken kommunalpolitischen Einfluß verfügt, unter der Tatsache, daß die katholischen Organisationen mit allen Kräften das

Vordringen der Feuerbestattung zu verhindern suchen. In der gesamten Rheinprovinz war bis jetzt in Krefeld das einzige Krematorium, so daß die Feuerbestattung allein durch die Transportkosten bis Krefeld erheblich verteuert worden ist. Ausgerechnet im westdeutschen Industriegebiet, wo zahlreiche Großstädte auf dichtem Raum zusammengedrängt sind und die Feuerbestattung allein darum eine weit höhere Bedeutung besitzt und weitestgehende Beachtung verdiente, wurde das Verbrennungswesen durch die Sabotage von Krematoriumbauten gehemmt. Dem Duisburger Institut kommt daher eine außerordentliche kulturpolitische Be-

deutung zu, denn man darf damit rechnen, daß jede Erleichterung für das Feuerbestattungswesen einen Aufschwung dieser modernen Bestattungsart mit sich bringt.“

Neben der Werbung für Feuerbestattung, die zugleich einen starken ökonomischen Anreiz zum Beitritt bot, lagen weitere Schwerpunkte der Freidenkerarbeit insbesondere auf schulpolitischem Gebiet (Forderung nach der Weltlichkeit der Schule, Befreiung der Kinder vom Religionsunterricht, Kampf gegen die Konfessionsschule. Sozialdemokratische Pädagogen wie Anna Siemsen und Kurt Löwenstein unterstützten diese Forderungen), der Propaganda gegen die Kirchen, auf dem Gebiet der Fest- und Feiernkultur (Jugendweihen, proletarische Totenfeiern, Wintersonnenwendfeiern) und auf dem Gebiet der Fürsorge und Wohlfahrtspflege. Zur Bildung und Schulung wurden Vorträge auf Mitgliederversammlungen gehalten. Hier eine Auswahl von Vortragsthemen aus Duisburg, Hamborn, Wedau-Bissingheim, Rheinhausen und Homberg:

Religion und Sozialdemokratie, Die Spalter als Helfer der Kulturreaktion und unsere nächsten Aufgaben (Bezirkssekretär Schlieff, Köln), Warum Sonnenwendfeiern! (August Schult, Köln), Im Kampf gegen Religion, Kirche und Faschismus (Vorsitzender des deutschen Freidenkerbundes Max Sievers, Berlin), Kulturelle Gegenwartsfragen (Wilhelm Hohmann), Kirche und Faschismus in Italien (Crumbürgen), Die Kirche in der Karikatur (Vorsitzender des Unterbezirks des deutschen Freidenkerverbandes, Sitte), Kampf gegen Muckertum und Verdummung (Dr. Erich Zeigner), Das faschistische Italien (Sitte), Wird der gegenwärtige Kampf enden mit dem Siege der Vernunft oder des Faschismus (Sitte), Die Götterwelt der Germanen (Lembrecht), Klöster und klösterliches Leben (Lembrecht).“

Nach der Machtübernahme der Nazis mußte auch der Deutsche Freidenkerverband seine kulturpolitische Arbeit einstellen. Am 20. Juli 1933 wurde nach dem Verbot politischer und antireligiöser Bestrebungen der Verband gleichgeschaltet und die Versicherungsgeschäfte in die „Neue deutsche Bestattungskasse“ übergeführt. Die Angestellten des Verbandes wurden entlassen.

Naturfreunde

Die Entwicklung der Duisburger "Naturfreunde" schildert Fritz Elspösch in einer 1984 verfaßten Chronik:

"Die Nachkriegszeit brachte einen neuen Aufschwung. Ständig stieg die Mitgliederzahl. Eine neue Generation übernahm die Arbeit. Wilhelm Baukhage sen. blieb Vorsitzender, Kassierer wurde Georg Reitknecht. Die Gründung der USPD und der KPD hatte keine Auswirkung auf die Gruppe. Das neue Tagungslokal war ein Klassenzimmer in der Oberrealschule an der Musfeldstraße (heute Mercatorgymnasium). In einer Wirtschaft zu tagen widersprach der damaligen Geisteshaltung der Gruppe. Alkohol und Nikotin wurde von der Mehrzahl der Mitglieder abgelehnt. Die Voraussetzung zur Aufnahme bei den Naturfreunden in Duisburg war die Mitgliedschaft in einer freien Gewerkschaft oder mit achtzehn Jahren auch die Mitgliedschaft in der SPD.

1923 wurde August Seeling ... Schriftführer und Jugendleiter, der Bezirk Niederrhein-Ruhr wählte ihn zum Bezirksleiter. Diese Funktion behielt er bis 1933. Zeitweise war er auch Mitglied der Gauleitung. 1924 bekam die Gruppe durch die Vermittlung des Vorsitzenden des "Stadtverbandes für Jugendwandern" Otto Löwenstein einen festen



Naturfreunde Duisburg. In der Mitte der 1. Vors. Wilhelm Baukhage

Vereinsraum in der Jugendherberge Böninger-Mühle im Böningerpark an der Musfeldstraße. Die Gruppe tagte freitags, die Jugendgruppe dienstags, die Naturkundler donnerstags und montags tagte eine Arbeitsgemeinschaft. Die Zahl der Mitglieder stieg zeitweise bis über einhundert. 1926 war Theo Gollers Vorsitzender und Georg Reitknecht führte die Vereinskasse. Um 1930 wurde Theo Gollers von Karl Harzig abgelöst.

Über die Gruppenarbeit aus dieser Zeit wird uns folgendes überliefert: Einer der Schwerpunkte war das Wandern. Sonntags traf man sich um vier Uhr früh am Steinbruch. Von dort ging es zum Entenfang, zur Maienwiese zum Niederrhein, zu den Ruhrbergen oder zu anderen Zielen. Über Ostern zogen die Naturfreunde für vier Tage zum Bauer in die Scheune, oder auch später zum Naturfreundehaus Laachersee. Bei den Wanderungen spielte die Erforschung der Natur und das Erkennen der sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in den durchwanderten Orten - das soziale Wandern - eine große Rolle.

Besonders die von Ewald Boldt geleitete Arbeitsgemeinschaft "Natur und Volkskunde" beschäftigte sich mit diesen Fragen. Ebenso die Fotogruppe. Nicht nur die Heimat wurde erwandert. Größere Ferienfahrten führten in verschiedene Landschaften und bis zum Grabe August Bebel's nach Zürich. Bergwanderungen und alpine Klettertouren führten in die Alpengebiete. Karl Appel und Willi Baukhage jun. bestiegen die Zugspitze durch das Höllental.

Ein weiteres Betätigungsfeld war die Teilnahme an den archäologischen Ausgrabungen des Heimatmuseums unter der Leitung von Dr. Wildschrey, der



Jugendgruppe der Naturfreunde Duisburg, 1923 (von rechts nach links: 3. August Seeling, 5. Minchen Kalthoff (Heise), 7. Karl Appel, 9. Georg Reitknecht)



Naturfreunde Konferenz - Böninger-Mühle, Duisburg (oben Mitte: August Seeling)

auch einen Teil der fachkundlichen Wanderungen leitete.

Am Naturfreundehaus Tönisheide hat die Gruppe kräftig mitgearbeitet. Mit der Reichsbahn und einer Sonntagsfahrkarte erreichte man Kettwig an der Ruhr. Dort schulterten die baufreudigen Naturfreunde aus Duisburg ihren Rucksack und wanderten zur Baustelle nach Tönisheid.

Die Sonnenwendfeiern wurden von der Bezirksleitung durchgeführt und fanden auf den Ruhrhöhen statt. Die Feiern waren Ausdruck des Willens um den Kampf für eine bessere Welt in sozialer Gerechtigkeit und Frieden. Eigene Sonnenwendfeiern der Ortsgruppe fanden auch am Entenfang statt.

Bei den Gruppenzusammenkünften beschäftigten sich die Mitglieder mit der musischen, naturkundlichen, heimatkundlichen und der politischen Arbeit: Liederabende, Volkstanz, literarische Abende über Arbeiterdichter und Klassiker. Die Texte wurden mit verteilten Rollen gelesen. Ebenso bereitete man sich durch Lesen der Texte mit verteilten Rollen auf die Theaterbesuche vor.

Nach den größeren Fahrten wurden die Fahrtenberichte besprochen. Geologische und biologische Zusammenhänge wurden erarbeitet und diskutiert. Die politische Bildung nahm einen

besonderen Platz ein. Der Leitgedanke war der Aufruf "Nie wieder Krieg".

Zur SPD, Sozialistischen Arbeiterjugend, Gewerkschaften, den Arbeiterkultur- und Sportvereinen sowie zu den linken christlichen Gruppen "Kreuzfahrer" und "Quickborn" gab es gute Kontakte und eine gute Zusammenarbeit. Im Stadtverband für Jugendwandern war die Gruppe Mitglied.

1931 führten die Spannungen innerhalb der SPD zur Abspaltung des linken Flügels und zur Gründung der SAP.



Wanderung der Jugendgruppe der Naturfreunde Duisburg , 1919

Auch die Naturfreundemitglieder spalteten sich in zwei Lager... Die Naturfreundegruppe wurde nicht gespalten und alte Freundschaften blieben erhalten.

Politisch versuchte man auf zwei verschiedenen Wegen das gleiche Ziel zu erreichen, in der Gruppe suchte man das Gemeinsame und tolerierte sich gegenseitig.

1933 wurde durch die Machtübernahme der Faschisten das vorläufige Aus der Naturfreundebewegung eingeleitet. Im März 1933 besetzte die Hitlerjugend das Heim in der Böninger-Mühle. Der Schrank mit dem Vereinseigentum und den Archivunterlagen wurde beschlagnahmt. Die Mitglieder durften das Heim nicht mehr betreten. Bis zur Auflösung traf man sich, soweit das noch möglich war, im Restaurant des Gewerkschaftshauses auf der Beeckstraße.

Die Auflösung der Naturfreunde und die Beschlagnahme des Eigentums, soweit nicht schon durch Willkürakte geschehen, erfolgte am 19. 9. 1933 durch eine Verfügung des Preußischen Ministers des Inneren. Einige Gruppen nahmen Verbindungen zum "Sauerländischen Gebirgsverein" oder zum "Verein linker Niederrhein" auf. Andere führten ihre Arbeit noch eine Zeitlang illegal in kleinen Gruppen weiter.

August Seeling bekam von seinen Freunden den Auftrag, für die Ortsgruppe Duisburg mit der Abteilung Duisburg des "Sauerländischen Gebirgsvereins" zu verhandeln. In seiner Erinnerung sagte er, daß der "SGV" sich sehr wohl bewußt war, aus welcher Organisation seine neuen Gäste und Mitglieder kamen. Waren es doch die von den Nazis verfolgten und beschimpften "Roten". Wir wurden dennoch von den SGV-Mitgliedern freundschaftlich und kameradschaftlich aufgenommen. Die Erfahrung der Naturfreunde und ihre aktive Mitarbeit wurde voll anerkannt und geschätzt.

Neben der Ortsgruppe Duisburg bestanden im Stadtbereich noch die Ortsgruppe Duisburg-Meiderich, der Vorsitzende war 1926 August Hallerberg aus Ruhrort und der Kassierer Wilhelm Jansen. Der Tagungsort der Gruppe war dienstags und der Jugendgruppe freitags in der Bekenntnisfreien Schule auf der Gartsträucherstraße; und die Ortsgruppe Hamborn tagte unter der Leitung von Hermann Pude in der Schule



Naturfreunde Duisburg, 1926 (l. v. rechts August Seeling)

Rolandstraße. Über diese Gruppen, die ebenfalls dem Bezirk vier angehörten, müßte die Geschichte der Gruppe Duisburg-Meiderich Auskunft geben können. Eine weitere Gruppe im Süden, die

Ortsgruppe Großenbaum, gehörte zum Bezirk fünf Düsseldorf. Sie wurde 1926 von Gustav Jakobi geleitet, und der Kassierer war Fritz Jakobi. Über diese Gruppe ist heute nichts mehr bekannt."

X. Sozialdemokratie und Kommunalpolitik

Am 23. Februar 1919 - im Schatten der Revolution - wurde erstmals in Preußen auf der kommunalen Ebene nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt, nachdem das vorher geltende Dreiklassenwahlrecht die Sozialdemokraten fast regelmäßig von der Mitar-

beit in Stadt und Gemeinde ausgeschlossen hatte.

Das erste kommunalpolitische Programm, mit dem die Duisburger SPD damals zur Wahl antrat, ist uns überliefert. Folgende Ziele wurden formuliert:

Kommunalwahlprogramm Duisburg 1919

a) Die Anteilnahme weitester Kreise am Leben der Gemeinde und an den Gemeindevorrichtungen; b) Eine gerechte Verteilung der steuerlichen Lasten; c) Eine Ausgestaltung der öffentlichen Einrichtungen; d) Der Ausbau des öffentlichen Bildungswesens; e) Eine gesunde Sozialpolitik; f) Eine durchgreifende Wohnungsfürsorge für die Minderbemittelten; g) Eine planmäßige Gesundheitspflege; h) Eine umfassende Armenpflege; i) Eine soziale Regelung des Begräbniswesens; k) Eine umsichtige Verkehrspolitik; l) Eine vorsorgende und tatkräftige Betätigung in der Übergangswirtschaft.

Dazu sind folgende Forderungen zu erheben:

a) An die Stadtleitung: Tunlichste Heranziehung der Bürgerschaft zur Mitarbeit, Ausschließung der Mitglieder städtischer Körperschaften vom Arbeiten und Lieferungen für die Stadt.

b) An die Steuerpolitik: Minderung der Einkommenssteuern, stärkere Heranziehung der unbebauten Grundstücke im Weichbild der Stadt zu den Gemeindelasten. Ausbau der Wertzuwachssteuer; Gesunde Bodenpolitik.

c) Für den Gemeindebetrieb: Erwerbung von Großbetrieben, die Monopolstellung haben, in Gemeindebesitz: Gaswerk, Wasserwerk, Straßenbahn, Abfuhrwesen. Ausbau dieser und der bereits im Stadtbesitz befindlichen Einrichtungen zum allgemeinen Besten.

d) Zu Schul- Bildungswesen: Ausbau des Schulwesens. Fortbildungsschulen für beide Geschlechter, Zwangshaushaltungsschulen für Mädchen, kaufmännische Fachschulen, Besserstellung der Lehrpersonen, Lehrmittelfreiheit, Förderung aller Bestrebungen auf Weckung des Heimatsinns und Stärkung des Heimatgefühls, Förderung volksbildender Vorträge, Konzerte und Theatervorstellungen.

e) Zu sozialer Arbeit: Ausreichende Besoldung der städtischen Arbeiter und Angestellten, Förderung der Gemeinnützigen Rechtsauskunft. Förderungen aller sonstigen Bestrebungen auf Besserstellung der wirtschaftlich Schwachen. Ausbau des unparteiischen Arbeitsnachweises, Ausbau des gewerblichen Reinigungswesens, geordnete Jugendpflege, Kriegsbeschädigtenfürsorge.

f) Zur Wohnungsfrage: Schaffung eines Wohnungsamtes für Statistik, Wohnungsaufsicht, Wohnungsnachweis, Wohnungspflege. Tatkräftige Hilfe der Stadt bei der Herstellung von Kleinwohnungen für Minderbemittelte. Erhaltung und Mehrung des städtischen Grundeigentums. Schaffung von Freiflächen für Spiel und Sport.

g) Zur Gesundheitspflege: Anstellung von Schulärzten, Ärztinnen und Armenärzten, Fürsorge für Lungenkranke, Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten. Unterstützung aller auf Stärkung des Familienlebens gerichteten Bestrebungen. Mütterberatung und Säuglingspflege, Bau von Wöchnerinnen- und Kinderheimen.

h) Zur Armenfürsorge: Anstellung von Armenpflegern oder -pflegerinnen vorzugsweise aus Arbeiterkreisen, Zahlung von Unterstützungen an arbeitsunfähige und erwerbslose Personen. Einrichtung einer Unterkunft mit Arbeitsstelle für Wanderarme. Berufsvormundschaft. Geordnete Waisenpflege.

i) Zum Begräbniswesen: Gebührenfreiheit für Beerdigungen.

k) Zur Verkehrsfrage: Möglichste Übernahme von Verkehrswegen in städtische Regie, Ausbau des Straßenbahnnetzes, billige Fahrtarife für regelmäßige Fahrten von und zur Arbeitsstelle.

l) Zur Übergangswirtschaft: Durchführung aller behördlichen Anordnungen zur besseren Versorgung der Bürgerschaft mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs unter Anhörung und Mitarbeit von geeigneten Fachleuten und Vertretern der Verbraucher. Mitwirkung der Stadt auch zur besseren Versorgung von Handel und Gewerbe mit Lebensmitteln, Waren und Rohstoffen, insbesondere zur Beschaffung billiger Baumaterialien. Hand in Hand arbeiten mit den zuständigen gemeinnützigen Vereinigungen (wie Konsumverein, Baugenossenschaften).

Das ehemalige Mitglied des ersten sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes der Duisburger SPD-Fraktion Otto Schrank schilderte anschaulich, wie er diese erste Kommunalwahl nach der Revolution erlebt hat:

“...Die Parteien entfalteten zum Teil eine fieberhafte Tätigkeit. Ich erinnere mich, daß ich damals in öffentlichen Wahlversammlungen in Hochfeld, Meiderich und Kaßlerfeld sprach. Die Säle waren bei den Veranstaltungen der Sozialdemokraten meist überfüllt. Tausend Menschen kamen allein zu unserer Veranstaltung nach Meiderich. Es gehörte zum Stil der damaligen Agitation, daß die SPD ihre Diskussionsredner auch in die Wahlversammlungen anderer Parteien schickte. Wahlkundgebungen ohne freie Aussprache gab es nicht. Ein Ausfallen der Diskussion hätte man als einen Verstoß gegen die demokratischen Freiheiten aufgefaßt. Die Besucher solcher Parteiveranstaltungen hatten bei dieser Methode den Vorteil, daß sie sich besser über die einzelnen Organisationen orientieren konnten. Zur Wahl stellten sich damals in Duisburg außer den Sozialdemokraten das Zentrum, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschen Demokraten, die Kommunisten und die Polen, die nicht nur in Hamborn, sondern auch in Duisburg eine beachtliche Minderheit darstellten...

Zum erstenmal standen in Duisburg auch 24 Frauen auf den Listen... Wir Sozialdemokraten gingen bei dieser ersten freien Gemeindewahl als zweitstärkste Partei hervor. Bei den vorausgegangenen National- und Preußenwahlen hatten wir beide Male mit großem Abstand den ersten Platz behauptet. Die inzwischen erfolgte Abspaltung der linksradikalen Kräfte kostete die Partei entscheidende Stimmen. Das Zentrum machte diesmal das Rennen...”

In Duisburg hatte die Mehrheitssozialdemokratie bei dieser ersten Kommunalwahl nach dem Weltkrieg 27 Prozent der Stimmen erringen können, die KPD nur 5 Prozent. Anders sah es in Hamborn aus: Hier wurde das

Zentrum stärkste Partei (25% der Stimmen, 14 Vertreter), zweitstärkste Gruppe waren die Polen (11 Vertreter). Die KPD hatte hier mit 20 % (9 Vertreter) den Mehrheitssozialisten den Rang abgelaufen (15%, 7 Vertreter).

Nur 392 Stimmen erzielten die Walsumer Sozialdemokraten. Die KPD lag mit 1.053 Stimmen deutlich vor der SPD. An die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Duisburger Stadtparlament bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise erinnerte sich der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende Ernst Müller in einem Artikel in der Volksstimme 1930:

“In den meisten Großstädten der Deutschen Republik war es in der Vorkriegszeit infolge des Dreiklassen-Wahlrechts nicht möglich, daß die Sozialistische Partei auf den Rathäusern etwas zu sagen hatte. Es waren nur einige Oasen in der kommunalen Wüste vorhanden... Durch die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu allen parlamentarischen Körperschaften gelang es 1919, einundzwanzig Mandate zu erreichen. Die Kommunisten zogen mit 4 Mandaten ein.

Der Kampf, der mit der bürgerlichen Mehrheit zu führen war, war kein leichter. In den ersten Monaten spielten 3 große Fragen eine Rolle: Die Beschaffung von Lebensmitteln, Bereitstellung von Wohnungen und Bewilligung von Steuern für die nötigen Ausgaben. Durch



Ernst Müller, Sozialdemokratischer Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender

die Besetzung des linken Rheinuferes war die Herbeischaffung von Lebensmitteln außerordentlich schwer. Die sozialdemokratische Fraktion versuchte die Bürgerlichen zu überzeugen, daß es erste Pflicht der Gemeindevertretung sei, der Bevölkerung Lebensmittel zu verschaffen und die Preise so niedrig zu gestalten, daß es der Masse möglich war, sich dieses Lebensmittel auch kaufen zu können. In den ersten Jahren nach dem Krieg war es unmöglich, an den Wohnungsbau heranzugehen, und es mußte daher zu Palliativmitteln, wie Wohnungs-rationalisierung und Beschlagnahmung geschritten werden.

Nach der Verordnung vom 28. November 1918 über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel bestand eine Anmeldepflicht von leeren Wohnungen und sonstigen leerstehenden Räumlichkeiten. Diese konnten für Wohnungszwecke beschlagnahmt werden. Von diesen Maßnahmen machte die Stadtverwaltung leider nur sehr wenig Gebrauch. Die SPD-Fraktion brachte diesbezügliche Anträge ein, und es gab am 8. Juli 1919 eine große Wohnungsdebatte im Stadtverordneten-Kollegium. Die Sprecher der Sozialdemokraten wiesen auf die ungeheuerliche Wohnungsnot hin und zeigten Mittel und Wege, wie es möglich sei, die Wohnungsnot in etwa zu beheben. Die Wohnungsbeschlagnehmung brachte auch in Duisburg nicht die geringste Erleichterung der Wohnungsnot. Erst als später mit dem Wohnungsbau begonnen wurde, ist eine Besserung auf diesem Gebiete eingetreten, und die Wahrheit verlangt die Feststellung, daß die Stadt Duisburg eine Reihe von Jahren im Industriegebiet im Wohnungsbau an erster Stelle stand.

Die sozialdemokratische Fraktion kann für sich in Anspruch nehmen, stets der treibende Keil bei den Fragen des Wohnungsbaues gewesen zu sein. Leider sieht es zur Zeit mit dem Wohnungsbau, obwohl die Not noch groß ist, sehr trübe aus. Bevor die Erzbergersche Steuerreform einsetzte, hatten die Kommunen das Recht der örtlichen Zuschläge zur Staatseinkommensteuer. Daher stand die erste Etatsberatung im Jahre 1919 im Zeichen des Kampfes um die Festlegung der örtlichen Zuschläge, die 280 Prozent betragen. Ein Notgesetz ließ zu, daß die Einkommen bis zu 1500



Otto Schrank

Mark von den örtlichen Zuschlägen freigelassen und daß die Einkommen von 1650 bis 3900 Mark nur mit der Hälfte belastet werden dürften. Die SPD hatte den Antrag auf volle Anwendung des Gesetzes gestellt, d. h., daß auch die Einkommen von 1650 bis 3900 Mark vollständig frei blieben. Die bürgerlichen Parteien unter Führung des Zentrums waren gegen den Antrag und lehnten ihn ab. Dadurch wurden auch die geringen Einkommen zu der örtlichen Veranlagung herangezogen.

In kultureller Hinsicht mußte ein ebenfalls nicht leichter Kampf geführt werden. Dieser Kampf war nicht erfolglos. Die Sozialdemokraten haben den schönen Erfolg zu verzeichnen, daß bei den Volksschulen die Beträge für Lehr- und Lernmittel, die im Jahre 1919 pro Klasse und Jahr 7 Mark betragen, zurzeit auf 40 Mark pro Jahr und Klasse gestiegen sind. Eine Verbesserung des Verkehrswesens herbeizuführen, gehörte mit zu den Hauptaufgaben der sozialdemokratischen Fraktion. Schon im Jahre 1919 wurde der Antrag gestellt, eine Kommission einzusetzen, die untersuchen sollte, welche Betriebe für die Kommunalisierung reif waren. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die bürgerliche Mehrheit aus dem Ratshaus hatte in der Vorkriegszeit zwei wichtige Verkehrsbetriebe durch Vertrag vollständig aus der Hand der Stadt Duisburg gegeben. Es handelte sich um die Duisburger Häfen und die Duisburger Straßenbahn. Im Jahre 1926 kam die heutige Häfen A. G. zustande, wodurch die Stadt wieder in den Vollbesitz ihres Eigentums gekommen ist. Die Verhandlungen führten zu einem für die Stadt annehmbaren Vertrag. Heute ist die Stadt zu 51 Prozent Inhaber der

Aktien der Duisburger Straßenbahn G. m. b. H. Auch hier war die sozialdemokratische Fraktion diejenige, die durch ihren Antrag den Stein ins Rollen gebracht hat. Hoffen wir, daß recht bald eine Verkehrsregelung eintritt, die den Wünschen der gesamten Bevölkerung Duisburg-Hamborns entspricht. Es braucht wohl nicht darauf hingewiesen zu werden, daß in dem kommunalpolitischen Kampf Fraktion und Presse für die Erhaltung, Erweiterung und Verbesserung der eigenen Betriebe alles getan haben, um zu verhüten, daß die Wünsche der Mittelständler erfüllt wurden, die dahin gehen, den eigenen Betrieben der Kommunen das Lebenslicht auszublenden. Auch für eine Verbilligung der Preise für Gas, Wasser und elektrisches Licht ist die sozialdemokratische Fraktion eingetreten und hat auch Erfolge erzielt.

In der Frage der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist die SPD-Fraktion stets dahin tätig gewesen, daß den unteren Beamten, Angestellten und Arbeitern Gehälter und Löhne gezahlt wurden, die ein menschenmögliches Auskommen zusicherten. Bei der ersten Besoldungsordnung 1922 hat die SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, der besagte, daß den unteren Beamten ein Existenzminimum zugesichert werden müsse, und bei der letzten Besoldungsordnung ist beantragt worden, daß die Verteilung der persönlichen Zulagen nicht nach Gunst und Gabe, sondern nach dem Dienstalter zu erfolgen habe. Beide Anträge wurden abgelehnt. Bei keiner Besoldungsordnung noch bei irgendwelchen Wahlen von höheren Beamten hat die Fraktion für die hohen Gehälter des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten gestimmt.

Bei den alljährlichen Etatberatungen tauchte beim Zentrum immer wieder die Frage über die mangelnde konfessionelle Parität bei den städtischen Beamten auf. Herr Feldhaus ritt da stets eine sehr scharfe Attacke gegen die Stadtverwaltung und rechnete ihr vor, wieviel evangelische und wieviel katholische Beamte bei der Stadt tätig seien. Der sozialdemokratische Sprecher wandte sich gegen diesen Paritätsfimmel und wies darauf hin, daß, wenn man die Beamtenfrage nach diese Seite hin betrachte, weder die Rechte noch das Zentrum sich zu beschweren brauchten.

Grund zur Beschwerde hätten dann wohl die Sozialdemokraten, da, soweit feststehe, unter den städtischen Beamten nur ein einziger Freidenker vorhanden sei. Bei der Besetzung von Beamtenstellen müsse die Religion ausgeschaltet werden. Nur die Befähigung sei zu berücksichtigen. Aber Herr Feldhaus hat nicht nur Paritätsschmerzen, sondern er versuchte auch im Jahre 1920 Gesinnungsschnüffelei zu betreiben. Er veranlaßte den damaligen Beigeordneten Kögel, der das Wohnungsamt verwaltete, ihm mitzuteilen, welchen politischen Parteien die Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes angehörten. Kögel hat denn auch den Wünschen des Herrn Feldhaus entsprochen. Es kam dieserhalb in der Duisburger Stadtverordnetenversammlung vom 17. September 1920 zu einer Anfrage der SPD-Fraktion. Bei der Besprechung hierüber wurde das Vorgehen Feldhaus sehr scharf von unserem Redner kritisiert...

Im Jahre 1921 hatte die Fraktion beantragt, im Duisburger Wald eine Kindererholungsstätte zu errichten. Gegen diesen Antrag wurde vom Zentrum Sturm gelaufen. Wie damals in der Bürgerschaft erzählt wurde, war die Gegnerschaft des Zentrums besonders auf Herrn Klöckner zurückzuführen, weil nicht weit von seiner Villa die Walderholungsstätte errichtet werden sollte. Der Antrag wurde denn auch abgelehnt ...

Dagegen trat die SPD-Fraktion für die Errichtung einer Frauenschule in Duisburg-Meiderich ein. Das Zentrum erkannte wohl die Notwendigkeit, allen Frauen und Mädchen eine Bildungsmöglichkeit zu geben, an, lehnte aber die Errichtung der Frauenschule ab. Das zurzeit im Bau befindliche Krematorium ist stets der Zentrumspartei ein Stein des Anstoßes gewesen, obwohl der Beschluß zum Baubereits im Jahre 1912 von der damaligen liberalen Rathausmehrheit gefaßt wurde. Das Zentrum hat trotzdem mehrmals durch Stellung von Anträgen versucht, den Beschluß aus dem Jahre 1912 rückgängig zu machen. Das ist aber nicht gelungen. Noch im Jahre 1928, als alle Finanzangelegenheiten fertig waren, hatte sich das Zentrum hinter den Regierungspräsidenten in Düsseldorf gestellt und der zum Zentrum gehörige Vizepräsident hat die Nichtgenehmigung des Baues des Krematoriums ausgesprochen. Aber

auch diese Verfügung mußte aufgehoben werden.

Als im Jahre 1920 der Kapp-Putsch ausbrach, gingen die Wogen besonders in Duisburg hoch. Die Verwaltung mußte ihre Verwaltungsgeschäfte von Ruhrort aus erledigen. Das Schifferheim, das bekanntlich in der Zwei-Kilometer-Zone lag, bot besonders den Führern der Abwehr Unterschlupf. Von hier aus wurde unter Führung der Sozialdemokraten der Gegenstoß und der Kampf in Flugblättern und Zeitungsartikeln geführt. Es war wiederum die Sozialdemokratie, die sich vor alle die stellte, die von der Reichswehr gefangengenommen waren. Die im Jahre 1921 erfolgte Sanktionsbesetzung von Duisburg erforderte von den sozialdemokratischen Stadtverordneten sehr viel Nervenkraft. Bei den Verhandlungen mit dem kommandierenden belgischen General handelte es sich für die SPD darum, besonders die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Von der Besetzung wurden sehr oft Forderungen gestellt, die zu erfüllen unmöglich war. In der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. Januar 1923 protestierte Genossin Cremers im Auftrage der Frauen gegen die Beschlagnahme der Milch durch die Besatzungsbehörde. Die Stadt bekam täglich 6000 Liter Milch, obwohl sie gering gerechnet 23.000 Liter pro Tag benötigt hätte. Von diesen 6000 Litern nahm die Besatzungsbehörde 1500 Liter fort. Es ist festgestellt worden, daß Militärpersonen persönlich 4-5 Liter für sich beanspruchten. Ein großer Teil der Duisburger Säuglinge mußte elendig zugrunde gehen. Ein Vorstelligwerden der Vertreter der Stadtverordneten bei der Besatzungsbehörde führte zu keinem Erfolg.

Im Abwehrkampf während des passiven Widerstandes waren die Führer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion diejenigen, die überall dort zu finden waren, wo es um die Interessen der Allgemeinheit ging. Es soll an dieser Stelle nicht darauf eingegangen werden, welche Opfer damals gebracht worden sind.

Der historischen Wahrheit halber sei darauf hingewiesen, daß die Stadt Duisburg beim Tode des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert sofort die Stadtverordneten zu einer dringlichen Sitzung einberufen hat, um in einer

schlichten Gedenkfeier den Verstorbenen zu ehren. Oberbürgermeister Dr. Jarres würdigte in seiner Ansprache die Verdienste Eberts um die deutsche Republik und ehrte in Ebert den Menschen..."

Die Ergebnisse der Kommunalwahl 1924 brachten den Sozialdemokraten erhebliche Stimmeinbußen. Sie erhielt in Duisburg nur 15% der Stimmen gegenüber 21% für die KPD und 25% für das Zentrum, in Hamborn sogar nur 12% (40% KPD, 21% Zentrum). Damit hatte der Wähler nicht auf die kommunalpolitischen Leistungen der Sozialdemokratie reagiert, sondern auf die politische Großwetterlage. Die "Volksstimme" (7. 5. 1924) kommentierte :

"Die Duisburger Stadtratswahlen brachten der Sozialdemokratie eine Einbuße an Mandaten. Zwölf Sitze. ... Der Ausfall der Stadtratswahlen traf nicht die Sozialdemokratie als solche, sondern getroffen wurde allein die Duisburger werktätige Bevölkerung. Sie wird das Fehlen der starken sozialdemokratischen Fraktion noch oft und fühlbar zu spüren bekommen. Denn die Hoffnungen, die die kommunistischen Wähler auf die Kommunisten setzten, werden sich nie und nimmer erfüllen. Der Sieg der Kommunisten war ein Sieg der Bürgerlichen! Im offiziellen Zentrum wird der starke Erfolg der Kommunisten ein großer Trost im Schmerze sein. Den Verlust der dreizehn Mandate wird es nicht so sehr



Eduard Gnoss; SPD-Stadtverordneter in Hamborn

spüren, da seine verhaßteste und erbitterteste Gegnerin, die Sozialdemokratie, geschwächt in das Rathaus zurückkommt. Mit den Kommunisten wird die Zentrumsfraktion schon fertig, dafür wird die KPD selbst sorgen...

Die Sozialdemokraten werden als drittstärkste Fraktion heftige Kämpfe nach rechts und links zu führen haben. Die kampferprobten Genossen werden aber auch hier ihren Mann stehen. Sie nehmen es als echte Sozialisten auf mit allen...

Die Deutschnationalen haben einen scheinbaren Verlust von vier Sitzen, der aber wettgemacht wird durch das Hinzukommen der Deutschvölkischen...

Die Deutsche Volkspartei ist die einzige Partei auf dem Rathause, die bei der Sache etwas "verdient" hat...

Die Demokraten fielen ihrer Natur zum Opfer. Nicht Fisch noch Fleisch, glaubt kein Mensch mehr an ihre angebliche große Mission. Und trotz allen ehrlichen Strebens besonders des Führers der Fraktion, Blank, konnte es nicht anders kommen, wie es gekommen ist. Die bürgerlichen Demokraten werden nie in Deutschland hochkommen, ebensowenig wie das dem Freisinn gelang... Daß die beiden Polen aus dem Rathause verschwunden sind, ist kein Verlust für die Arbeiterschaft. Sie betätigten sich doch immer als Hospitanten des Zentrums. Selten mal stimmten sie mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Unsere Freunde und Wähler brauchen ob des Ausfalls der Wahl nicht den Kopf hängen zu lassen. Was unsere Partei an Mandaten auf dem Duisburger Rathause abgeht, wird unsere Fraktion durch erhöhte Aktivitäten im Interesse der breiten Volksmasse, verbunden mit Sachkunde auf dem Gebiet der Kommunalpolitik ersetzen."

Die besondere Entwicklung in Hamborn beleuchtet der nachfolgende Bericht aus Hamborn (Volksstimme 6. 6. 1925):

" Am anschaulichsten läßt sich unsere Parteibewegung in der Nachkriegszeit an den verschiedensten Wahlergebnissen verfolgen. Infolge des Bruderkrieges kurz vor den Wahlen 1919 zogen die Bürgerlichen als Mehrheit ins Stadtparlament. Unsere Partei erhielt damals sieben Sitze, die Kommunisten zwölf Sitze. Bei den Maiwahlen 1924 konnten wir unsere Stimmzahl auf 5.000 Stimmen



Bernhard Fisch; SPD-Stadtverordneter und Redakteur der Niederrheinischen Volksstimme

erhöhen, erhielten aber, infolge der hohen Wahlbeteiligung, nur sechs Sitze. Die Kommunisten dagegen stiegen auf 19.000 Stimmen und 20 Sitze... Seit Mai 1924 haben wir mit den Kommunisten eine Linksmehrheit. Mit dieser Mehrheit hätte sich manches zum Wohle der Arbeiterschaft herausholen lassen, wenn die Kommunisten ins Stadtparlament gezogen wären, um praktische Arbeit zu leisten. Durch ihr unwürdiges Krakelen haben sie jedoch der Arbeiterschaft gezeigt, daß sie nicht ernst genommen werden wollen. Der gewaltige Rückgang der kommunistischen Stimmen und die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen beweist, daß die Hamborner Arbeiterschaft zu denken beginnt, daß sich der politische Gesundungsprozeß zu unseren Gunsten vollzieht.

Das unwürdige politische Kinderspiel der Kommunisten im Stadtparlament hatte eine Spaltung der kommunistischen Fraktion zur Folge. Fünf besonnene Stadtverordnete, die es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen ernst nahmen, sind aus der kommunistischen Fraktion ausgetreten und haben sich der sozialdemokratischen Fraktion und Partei angeschlossen. Bei der Stadtverwaltung hatten wir bisher zwei besoldete Beigeordnete, zu denen wir, nach dem Übertritt der fünf Kommunisten, noch zwei unbesoldete entsenden konnten. Der augenblickliche Kampf um die Steuervorlage, wobei unsere Fraktion, die in ihrer Vorlage die Steuern auf die Industrie abwälzen will, so geschickt arbeitete, daß sie bisher, auch ohne die Kommunisten, Sieger blieb, zeigt am



Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Duisburg, 1931 (4. v. rechts: OB Karl Jarres)

besten, daß die Wählerschaft ihr Vertrauen in die richtige Partei mit den richtigen Männern gesetzt hat."

Im nachfolgenden Bericht vom Juni 1929 über eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Hamborn beschreibt der Referent Georg Grohmann ein Jahr sozialdemokratischer Kommunalpolitik in Hamborn:

"Während des Krieges und der Inflation habe die SPD-Fraktion nicht so arbeiten können, wie nötig gewesen, und erst in letzter Zeit könne man sagen, daß es in unserem Sinne langsam voran gehe. In der Verwaltung sei die Rechnungsprüfungskommission auf Drängen der Fraktion eingesetzt.

Der Wohnungsbaufrage habe man die größte Sorgfalt und Aufmerksamkeit gewidmet und den genossenschaftlichen Bauvereinen die größte Sympathie zugewandt, da diese für die geringstmöglichen Mieten garantieren... Im diesjährigen Wohnungsbauprogramm seien 900 Wohnungen vorgesehen.

Im Wohlfahrtswesen habe in diesem Notjahre die Fraktion einen besonders schweren Stand gehabt, um eine rigorose Herabsetzung des Wohlfahrtsetats zu verhindern.

Im Schuletat wurde erreicht, daß die Frequenzzahl der Volksschule auf 44,3 gesunken ist, weiter müsse eine größere Angleichung der Kosten für höhere und Volksschüler erstrebt werden. Wenn Hamborn in nächster Zeit über das

schönste und modernste Berufsschulgebäude Rheinlands verfüge, so habe die Fraktion auch hierzu ihren gebührenden Teil beigetragen.

Wenn man heute durch Hamborn gehe, so müsse man überhaupt feststellen, daß der Ausbau der Straßen und auch die Kanalisation ganz bedeutende Fortschritte machen, und wenn erst die Sammelanlage an der Markgrafenstraße fertig-

gestellt sei, werde auch das Kolonienviertel in Schmidhorst bessere Kanalisation bekommen. Weiterhin sei die Fraktion erfolgreich für die Kulturbelange eingetreten. Das Theater möglichst der breiten Masse zugänglich zu machen, sei Verdienst der Volksbühne, des Dezernenten und auch der Fraktion, die Mittel für die Weiterführung durchgedrückt hätten. Schulmusikpflege und öffentliche Konzerte, die heute in Erscheinung treten, seien gleichfalls auf der Plusseite der Fraktion zu buchen. Das A und O aller Kom-

munalpolitik sei die Finanzfrage und hier habe die Fraktion sich im Gegensatz zu den Kommunisten dafür eingesetzt, daß die Ausgaben auch mit den Einnahmen einigermaßen ins Verhältnis gesetzt wurden.

In der Umgemeindungsfrage habe die Fraktion einen besonders schweren Stand gehabt, als sie sich aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Hamborner Belange einsetzte.

Pütz ergänzte die Ausführungen Grohmanns und kennzeichnete die negative Oppositionspolitik der Kommunisten, mit denen ein sachliches Arbeiten unmöglich war. An zahlreichen Beispielen aus seiner Praxis als unbesoldeter Beigeordneter wies er von Fall zu Fall auf das arbeiterfeindliche Verhalten der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion hin.

An einer äußerst rege geführten Debatte beteiligten sich die Genossen ... Gegen vier Stimmen nahm der Ortsverein eine Resolution in der Eingemeindungsfrage ... an."

Am 1. August 1929 trat das Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch - westfälischen Industriegebietes in Kraft, offensichtlich gegen den Widerstand auch der Hamborner



SPD Stadtverordneter Jakob Weyand (Mitte) auf einer Kundgebung am 30. 6. 1932 im Stadion Hamborn zusammen mit Petersdorf (links) und Karl Huschke (rechts)

Sozialdemokraten. Duisburg und Hamborn wurden nach langen Diskussionen vereinigt. Teile des Amtes Walsum und der nördliche Teil des Landkreises Düsseldorf kamen dazu. Die neue Stadt, deren Einwohnerzahl von 278.000 auf 433.000 gestiegen war, bekam den Namen Duisburg-Hamborn.

Die letzten "freien Wahlen" zu den Kommunalparlamenten fanden am 17. November 1929 statt.

In Duisburg-Hamborn erreichte die SPD 16% der Stimmen, die KPD 18%. Stärkste Partei blieb das Zentrum, wie denn auch die bürgerliche Mehrheit im Stadtparlament unangefochten blieb.

Durch eine praktische Mitarbeit an allen kommunalen Aufgaben wollte die SPD möglichst viele Verbesserungen für alle Arbeitnehmer und sozial Schwachen erzielen. Ihre kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten mußten aber zwangsläufig schon dadurch beschränkt bleiben, daß die SPD in den Stadtparlamenten von Duisburg und Hamborn eine Minderheitsfraktion blieb. Darüber hinaus gelang es ihr nicht, in die Verwaltungsspitze vorzudringen. Denn die kommunalen Machtstrukturen der vorrevolutionären Zeit blieben im wesentlichen erhalten. An der Zusammensetzung der besoldeten Beigeordneten hat sich im Vergleich zu den Jahren vor 1918 kaum etwas verändert. Von zehn besoldeten Beigeordneten in Duisburg gehörte Ende der zwanziger Jahre nur einer, Heinrich Cremers, zuständig für die Wohlfahrtspflege, der SPD an.

Eine zentrale kommunalpolitische Frage, die weit in die Mitgliedschaft hinein leidenschaftliche Anteilnahme erregte, war die Einrichtung von "Freien Schulen". Der Konflikt hatte sich am Religionsunterricht der staatlichen Schulen entzündet. Zur Begründung einer anderen Schulform führte die "Volksstimme" aus:

"Die Schule eines demokratischen Staates darf keinen Platz mehr haben für den Religionsunterricht bestimmter Konfessionen. Der demokratische Staat fragt bei der Wertung seiner Bürger nicht nach der Konfession. Ihm ist es gleich, ob seine Bürger einer Glaubensgemeinschaft angehören oder nicht. Deshalb muß auch die Schule als Veranstaltung des Staates ihr Nicht-Interessiertsein an

Stadtverordnete der SPD in Duisburg, Hamborn und Walsum 1919-1932 (unvollständig)

Hamborn 1919 - 1929:

Anton Pütz (Bergmann), Anton Dunker (Arbeitersekretär), Wilhelm Vogel (Metallarbeiter), Jakob Weyand (Vollziehungs-Beamter), Adolf Grützner (Bergmann), Wilhelm Rüländ (Wirtschafts-Vertreter), Eduard Gnoß (Angestellter), Hubert Krupp (Lehrer), Schildmann (Eisenbahn-Gütervorsteher), Jean van Kessel (Lehrer), Hermann Lippmann (Bergmann), Otto Laue (Bergmann) Adolf Schneider (Schreiner), Bruno Strunz (Hauer), Georg Grohmann (Schneider), Josef Kuntz (Schlosser), Wilhelm Schmidt (Bergmann), Peter Junglen (Arbeiter)

Duisburg 1919 - 1929:

Karl Appel (Krankenkassenangestellter), Maria Arning (Hausfrau), Heinrich Behrend (Ang. d. Bauarbeiterverbandes), Hermann van den Burg (Bergmann), Heinrich Cremers (Ang. d. Metallarbeiterverbandes), Therese Cremers (Hausfrau), Karl Drove (Amtsgerichtssekretär), Georg Einzinger (Ingenieur), Bernhard Fisch (Buchdrucker), Heinrich Heermann (Auktionator), Karl Kaldauke (Geschäftsführer), Friedrich Krug (Bauarbeiter), Ernst Müller (Ang. d. Transportarb.-Verbandes), Wilhelm Müller (Kaufmann), Heinrich Ostenrath (Wirt), Rudolf Paletzki (Buchdrucker), Johannes Pfaff (Holzarbeiter), Hermann Rudolph (Ang. d. Binnenschiffahrt), Otto Schrank (Lehrer), Josef Schumacher (Kesselschmied), Paul Wenzel (Kaufmann), Wilhelm Görres (Bauarbeiter), Josef Samen (Bergarbeiter), Wilhelm Palm (Angestellter), Wilhelm Kirchner (Hüttenarbeiter), August Mommertz (Gerichtsdienner), Maria Krämer (Hausfrau), Hermann Kipp (Tischler), Wilhelm Hohmann (Lehrer), Franz Ring (Angestellter), Ferdinand Schlütermann (Elektromonteur), Hubert Gansen (Kesselwärter)

Duisburg - Hamborn 1929 - 1933:

Ernst Müller (Reichs-Angestellter), Wilhelm Hohmann (Rektor), Georg Graf (Maschinist), Magda Wilke (Wohlfahrtspflegerin), Anton Pütz (Angestellter), Gustav Sander (Gewerkschafts-Angestellter), Franz Ring (Gewerkschafts-Angestellter), Karl Drove (Justiz-Inspektor), Walter Kießling (Bergarbeiter), Karl Kaldauke (Angestellter), Anton Vos (Metallarbeiter), Josef Heintze (Bergmann), Adolf Frenzel (Isolierer), Michael Rodenstock (Gewerkschafts-Sekretär), Robert Steininger (Bergmann), Frensch, Margarete Ludwig (Hausfrau), Hermann Sors (Dreher), Karl Kuron (Schlosser)

Walsum 1919:

Gustav Klug (Obersekretär), Hermann Ellerbrock (Bergmann), Gustav Richter (Fliesenleger), Minna Ihme (Hausfrau)

den Konfessionen zum Ausdruck bringen, was sie aber nur durch die Ablehnung des Religionsunterrichts kann. Will der Staat sich demokratisch nennen, muß er seine Schulen verweltlichen."

Die vermutlich erste Aktion im Raum Duisburg zur Schaffung einer bekenntnisfreien Schule erfolgte im Dezember 1919. In Neuenkamp hatte eine Frau Unterschriften für die Einrichtung einer Weltlichen Schule gesammelt. Eine große Anzahl Erziehungsberechtigter erklärten sich schriftlich für diese Schulform und meldete ihre Kinder vom Religionsunterricht ab.

Einige Wochen später lagen von einigen hundert sozialistischen Eltern für etwa 1500 Schüler und Schülerinnen schriftliche Erklärungen vor. In Neu-

dorf, Hochfeld und Meiderich genügte die Zahl bereits, um je eine Weltliche Schule einzurichten.

Zur Unterstützung der Weltlichen Schule schlossen sich in Duisburg viele Eltern zur "Freien Elterngemeinschaft" zusammen, die sich überwiegend aus Sozialdemokraten, Mitgliedern des Freidenkerverbandes und aus einer kommunistischen Minderheit zusammensetzte. Die freie Elterngemeinschaft entwickelte eine rege Tätigkeit. Sie führte eine Vielzahl von Vortragsabenden durch, die sich mit den Inhalten der bekenntnisfreien Schule befaßten.

Die bürgerliche Mehrheit in den Rathäusern lehnte aber zunächst jeden Antrag der SPD-Fraktion in bezug auf bekenntnisfreie Schulen ab. Die freie



Schulklasse der Freien Schule Neudorfer Straße (links: Rektor Wilhelm Hohmann)

Elterngemeinschaft sah deshalb keinen anderen Weg zur Durchsetzung ihrer Forderungen als den Schulstreik. Dieser brach in Duisburg am 13. April 1921 aus. Etwa 1.800 Kinder blieben dem Unterricht in den konfessionellen Schulen fern. In Hamborn begann der Schulstreik am 25. April 1921 an 23 von 27 Volksschulen; er hatte im März 1922 noch immer kein Ende gefunden. Der Kampf um die Freie Schule wurde hier mit aller Schärfe geführt. Auf dem Verhandlungsweg war keine Einigung zu erwarten, denn die Fronten hatten sich verhärtet. Die "Volksstimme" schrieb zu der Haltung des Zentrums:

"Wenn man diese fanatischen Gesichter sah und ihre giftigen Reden hörte, glaubte man, das blutdürstige Mittelalter mit Folter und Scheiterhaufen habe sich von neuem aufgetan... So etwas von Haß und Fanatismen haben wir noch nicht erlebt..."

An einer anderen Stelle klagte die "Volksstimme" die doppelte Moral der Gegner der Freien Schule mit den Worten an:

"In den Elternversammlungen der katholischen Schulen wird auf den Streik geschimpft und im selben Atemzug die Drohung ausgesprochen, daß im Bereich der katholischen Schulen der Streik ausbrechen würde, falls durch Gesetz die weltliche Schule zur Tatsache werden würde."

Leiter der Bewegung war der Vorsitzende des Hamborner Freidenkervereins,

der Gewerkschaftsangestellte Heinrich Lippmann aus Schmidthorst. Die vom Schulunterricht ferngehaltenen Kinder wurden von Mitgliedern der Elternvereinigung zu gemeinsamen Spaziergängen nach Beeck und Meiderich zusammengefaßt. Auf dem Weg dorthin führten die Kinder Schilder mit den Aufschriften "Wir fordern die freie Schule" und "Freie Bahn dem Tüchtigen" mit. Aber erst 1926 erreichten die Eltern ihr Ziel. Am 2. September des Jahres wurde in der Hohenzollernschule in Hamborn die Weltliche Schule eingerichtet. Die Elternvereinigung von Duisburg hingegen hatte mehr Erfolg. Durch zähe

Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und dem Kultusministerium entstanden im April und Mai 1922 die Weltlichen Schulen oder "die Schulen ohne Religionsunterricht", wie sie offiziell genannt wurden.

Fünf Schulen mit 30 Klassen für 1.500 Kinder waren es am Anfang. Die Stadtverwaltung hatte der neuen Schulform nicht gerade die schönsten Schulen überlassen. Zum Teil standen nur einzelne Klassenräume in den konfessionellen Schulen oder gar nur Baracken zur Verfügung. Die Ausstattung an Lehrmaterial war ebenfalls sehr dürftig. Es fehlten Schaubilder und Karten, Geräte für den naturwissenschaftlichen Unterricht und Bücher für die Schulbibliothek. Durch die tatkräftige Unterstützung der Eltern konnten diese Mängel behoben werden.

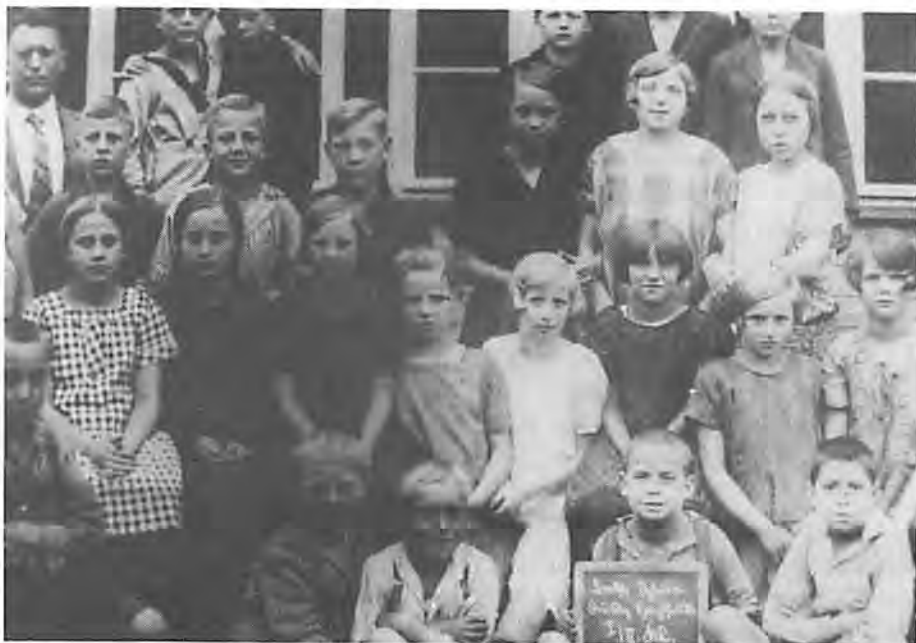
1926 bestanden im Duisburger Stadtgebiet sechs bekenntnisfreie Schulen. In Wanheimerort (Buchenstr.), in Hochfeld (Hochfeldstr.), in Neudorf (Neudorferstr.), in Meiderich (Gartsträucherstr.), in Ruhrort (Kaiserstr.) und in Beeckerwerth.

In Walsum hatten jahrelange Elternforderungen nach einer Weltlichen Schule im April 1927 Erfolg, nachdem alle Fraktionen der Stadt der Errichtung der Freien Schule zustimmten. Am linken Niederrhein, in Rheinhausen und Homberg, gab es ebenfalls Weltliche Schulen, die gleichfalls nur mit erheblichen Schwierigkeiten eingerichtet werden konnten, in Rheinhausen, in



Schulklasse der Freien Schule in Rheinhausen . 1924

Hochemmerich und Friemersheim (ab 1923). In Homberg wurden ab 1923 bekenntnisfreie Sammelklassen an anderen Schulen geführt; 3 Klassen für die Stadtteile Homberg und Essenberg in der Schule an der Feldstraße und fünf Klassen für Hochheide in der Schule Ottostraße. In den Jahren zwischen 1926 und 1931 besuchten im Durchschnitt 293 Kinder die Homberger Sammelklassen.



Schulklasse der Freien Schule in Hochfeld, 1925 (3. Reihe, 2. v. links: Rudolf Schock)

Was war anders an der "Freien Schule"? "Die 'Freie Schule', erinnert sich Fritz Elspösch, "die hatte zunächst keinen Rektor, die hatte einen Schulleiter. Sie lehnte die Bezeichnung Rektor wie an den bürgerlichen Schulen in den ersten Jahren ab. Die Schule war ja ganz anders aufgebaut. An der freien Schule, da konnte man ja schon die Mitbestimmung der Schüler, gewählte Klassensprecher usw. Wilhelm Hohmann war Schulleiter an der Schule (in Neudorf), war Unterbezirksvorsitzender, war Referent sowohl bei der Arbeiterjugend wie auch bei den Naturfreunden. Die Verbindung zwischen Schule, dem Freien Schulträgerverband und Freidenkerverband, zwischen Arbeiterjugend, Naturfreunden, Arbeitersport, die war so eng, daß man sicher sagen kann, das ist eine Familie gewesen. Es gab zwar zwei Richtungen in der bekenntnisfreien Schule, einmal die kommunistische Richtung und die sozialdemokratische Richtung. Und dazwischen gab es auch Kinder, die einfach freisinnig waren und keiner dieser beiden Richtungen angehörten. Bestim-

mend war eigentlich in der Schule die sozialdemokratische Richtung."

Auch Anneliese Jülich erinnert sich an ihre Schulzeit in der bekenntnisfreien Schule:

"Ab 1928 besuchte ich die bekenntnisfreie Schule in Duisburg-Hochfeld an der Hochfeldstraße. Für uns war die bekenntnisfreie schon die bessere Schule, weil da nach einem bestimmten pädagogischen System erzogen wurde. Es gab keine Prügelstrafe, die war strikt untersagt, und wir haben doch, was heute noch modern ist, spielend gelernt...

Ich kam dann noch nach Neudorf. Kurz vor 1933 sind wir von Hochfeld nach Neudorf verzogen, weil mein Vater Angst hatte, die SA würde ihn in Hochfeld, wo er gut bekannt war, die Hucke vollhauen. Ich kam auf die bekenntnisfreie Schule am Neudorfer Markt... Man hörte, daß die Schule nicht mehr lange bestehen würde. Und so ist es ja dann auch gekommen. Ich kann nicht mehr genau sagen, wann die bekenntnisfreie Schule geschlossen wurde. Ich war jedenfalls 2 Jahre in Neudorf, als sie geschlossen wurde und wir mußten uns auf die katholischen und evangelischen Schulen aufteilen. Wir waren sieben Kinder, die zur Gneisenaus Schule gingen. Jetzt wurden wir natürlich gefragt, wie das mit dem Religionsunterricht gehen sollte, und da sind wir alle katholisch geworden. Wir waren Kinder, das muß man richtig verstehen. Wir wären ja Außenseiter gewesen, wenn wir nicht alles mitgemacht hätten."

Die Freien Schulen in Duisburg wurden wegen ihrer Nähe zur Arbeiterbewegung von den Nationalsozialisten schon bald nach der Machtübernahme geschlossen. Die Kinder mußten nun wieder die konfessionellen Schulen besuchen. Das Lehrpersonal wurde entlassen (so die Lehrerin Johanna Niederhellmann) oder an andere Schulen versetzt. Der Rektor der weltlichen Schule in Neudorf, Wilhelm Hohmann, ließ sich beurlauben, um einen offiziellen Berufsverbot zuvorkommen.



Klassenraum der Freien Schule in Neudorf

XI. Widerstand und Verfolgung 1933 - 1945

Marienstraße 29. Auf dem Duisburger Stadtplan sucht man heute diese Adresse vergebens. Mit ihr ist offenbar auch die Erinnerung an dieses für Duisburg außerordentlich bedeutsame geistige Zentrum der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Bewegung sowie der genossenschaftlichen Selbsthilfe verschwunden.

In der Marienstraße 29 hatten viele Organisationen der Arbeiterbewegung ihren Sitz.

Es war das Haus der Niederrheinischen Volksstimme, kurz Vosti genannt, der sozialdemokratischen Zeitung für Duisburg und Umgebung. Hier hatte die "Tageszeitung für alle schaffenden Stände" der Bezirke Duisburg, Mülheim, Hamborn, Dinslaken, Wesel, Rees und Moers ihre Hauptgeschäftsstelle. Besitzer war das Druckhaus Clemens Hengsbach & Co., seinerzeit gegründet vom Duisburger Reichstagsabgeordneten Clemens Hengsbach, das nicht nur die Vosti erstellte, sondern auch "Drucksachen aller Art für Industrie, Gewerbe, Handel und Private".

Zwei weitere Räume in der Parterre wurden bis zu seinem Umzug in die Ruhrorter Straße 11 vom Deutschen Metallarbeiter-Verband genutzt. Im September/Oktober 1930 war hier die

Volksfürsorge eingezogen, das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen.

Kam man die Treppe hinauf in die erste Etage, so fand man dort den Ortsausschuß und das Arbeitersekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Duisburg. Hier hatte der ADGB-Sekretär und Sozialdemokrat Justus Horchler sein Büro, der zuvor seit 1907 Sekretär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gewesen war. Hier war auch die Duisburger Zahlstelle der "Bank der Arbeiter, Angestellten, Beamten AG", der sogenannten Arbeiterbank, wichtigster Vorläufer der heutigen Bank für Gemeinwirtschaft. Auch die 1.230 Bände umfassende Bibliothek des ADGB-Ortsausschusses Duisburg befand sich hier. Sie nannte sich "Bibliothek links der Ruhr". Es gab eine zweite 470 Bände umfassende Bibliothek rechts der Ruhr im Lokal Mertens in der Wolfstraße 11 in Duisburg-Laar. In der ersten Etage fand man weiterhin die Geschäftsräume des Baugewerksbundes. Eine Treppe höher betrat der Besucher die Geschäftsstelle der Duisburger SPD, des ältesten Zweiges der Duisburger Arbeiterbewegung. Sie wurde vom Parteisekretär Karl Huschke geführt.

Außerdem war auch noch der freigewerkschaftliche Holzarbeiter-Verband in der Marienstraße 29 untergebracht.

Auf das Haus Marienstraße 29 hatten es die Nazis im Frühjahr 1933 besonders abgesehen. Bereits in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar wurden die Scheiben der Buchhandlung der Volksstimme eingeworfen. Zwei Nächte später zog ein Trupp von SA-Leuten am Haus vorbei und zerschlug die noch nicht zerstörten Scheiben. Wiederum zwei Tage später wurden zum dritten Male innerhalb weniger Tage Steine in die Scheiben der Buchhandlung geworfen. Bei dieser dritten Aktion konnte ein Nationalsozialist von der Polizei festgenommen werden. Knapp drei Wochen später, in der Nacht vom 18. zum 19. Februar 1933, wurde das Haus Marienstraße 29 unter Beschuß genommen. Pistolenschüsse durchschlugen Türen, Fenster und Mobiliar.

Am 2. Mai 1933 wurden reichsweit die Freien Gewerkschaften zerschlagen. Bei dem von der "Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO)" geleiteten Einsatz in Duisburg war das Haus Marienstraße 29 ein besonderes Ziel.

Verhaftet wurden die verhassten sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretäre wie der über 60jährige Sekretär des ADGB, Justus Horchler, die Sekretäre des Baugewerksbundes Hermann Kirchhoff und Fritz Sulz und, obwohl die Aktion eigentlich nur gegen die Freien Gewerkschaften gerichtet war, auch der SPD-Parteisekretär Karl Huschke. Er mußte ebenso die Leiden und Schmähungen dieses Tages erdulden bis hin zum Zug durch die Straßen der Duisburger Innenstadt unter Aufsicht der SS, bei dem vorneweg Gustav Sander das Schild umgehängt worden war: "Wir haben die Arbeiter verraten".

Unmittelbar zuvor waren die vier Duisburger Gewerkschafter Julius Birk, Michael Rodenstock, Emil Rentmeister und Johann Schlösser im Keller des Hauses des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in der Ruhrorter Straße 11 bestialisch von der SS erschlagen worden.



Rückansicht des Hauses Marienstr. 29 mit dem Druckereigebäude der SPD-Tageszeitung Volksstimme (VOSTI)

Am 10. Mai erfolgte im gesamten Deutschen Reich auf Initiative Görings die Beschlagnahme aller Parteihäuser, Parteizeitungen und Parteigeschäftsräume sowie des Vermögens von SPD und Reichsbanner. An diesem Tag wurde die Redaktion der Volksstimme geschlossen, das gesamte Vermögen und das Inventar des Hauses sowie 5 Autos, die der Volksstimme gehörten, beschlagnahmt. Das war das Ende dieses so wichtigen Zentrums der sozialdemokratischen Bewegung in Duisburg.

Ihre terroristischen Aktionen richteten die Nationalsozialisten nicht nur gegen die Parteizentrale in der Marienstraße, sondern in großem Ausmaß auch gegen Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratie. Der massive Terror gegen die Sozialdemokraten hatte schon nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 eingesetzt.

Schon der Wahlkampf der SPD zu den Märzahlen war von den Nazis als den neuen Machthabern massiv behindert worden. Die SPD eröffnete ihren Wahlkampf am 5. Februar 1933 mit einer Massenkundgebung auf dem Königsplatz. Vor rund 8.000 Teilnehmern sprach der Reichstagsabgeordnete Gerlach. Anschließend zogen Teilnehmer in einem langen Demonstrationzug durch die Duisburger Innenstadt. Es war die letzte Großveranstaltung, die die Duisburger SPD unbehelligt von den Nazis durchführen konnte.

Die große Wahlveranstaltung am 24. Februar 1933 mit rund 1.000 Teilnehmern in der Tonhalle wurde nach einer Stunde wegen angeblich regierungsfeindlicher Äußerungen des aus Berlin angereisten Referenten Dr. Siegfried Rosenfeld polizeilich aufgelöst. Nach dieser polizeilich getarnten Behinderung und dem offenen Terror gegen die Parteizentrale in der Marienstraße in der Nacht vom 18. zum 19. Februar schienen weitere Massenveranstaltungen aussichtslos bzw. nur ein gefährlicher Vorwand für provokatorische Terrorakte der Nazis.

In der gleichen Nacht überfielen Nazis mit kaum vorstellbarer Brutalität den Arbeiterschwimmverein in Hamborn-Alsum. Der Jungarbeiter Heinrich Schürg wurde erschossen, 4 weitere Arbeiterschwimmer erlitten schwere Schußverletzungen.

In den Tagen bis zum 12. März gab es eine Vielzahl terroristischer Übergriffe gegen einzelne Parteimitglieder. Am 10. März überfiel die SA das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Volkshaus in Hamborn. Sie zerstörte gründlich das Inventar der Büros und besetzte das Haus. In den folgenden Tagen entwendete die SA zahlreiche Materialien. Desungeachtet lehnte die Polizei die Freigabe des Hauses ab.

Obwohl die Wahl massiv beeinflußt worden war, gelang es der NSDAP nicht, bei der Stadtverordnetenwahl in Duisburg am 12. März 1933 die absolute Mehrheit und damit die Herrschaft über die Stadt zu erringen. Den 36,4 % der Stimmen und 30 Sitzen für die NSDAP und 7 Sitzen für die mit der NSDAP kooperierende Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) standen 40 Sitze für Zentrum, SPD und KPD gegenüber. Mit der "feierlichen" Eröffnungssitzung des neugewählten Stadtparlaments am 31. März wurde die terroristische Machtpolitik ins Rathaus verlagert. Systematisch versuchte die NSDAP in den folgenden Wochen, die Anhänger der demokratischen Parteien aus dem Rathaus zu verdrängen. Zu Hilfe kam ihr dabei der Erlaß des preußischen Innenministers vom 20. März, der kommunistischen Stadtverordneten die Ausübung des Mandats verbot, weil sie aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur KPD unter "Verdacht des Hochverrats" standen. Durch diese bürokratische Maßnahme hatte die NSDAP schon für die Eröffnungssitzung am 31. März zusammen mit der DNVP in der sogenannten Kampffront eine absolute Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erreicht. Der Machtmißbrauch der Nationalsozialisten ging jedoch weiter und richtete sich nun in erster Linie gegen die SPD-Fraktion. Als erster wurde der SPD-Stadtverordnete Heinze als städtischer Arbeiter durch eine Verfügung von der Teilnahme an den Stadtverordnetensitzungen ausgeschlossen. Danach wurde der Fraktionsführer der SPD, der Schulleiter der Freien Schule in Neudorf Wilhelm Hohmann, einen Tag vor der Eröffnungssitzung in sogenannte Schutzhaft genommen, so daß an der Eröffnungssitzung nur noch 7 Sozialdemokraten teilnehmen konnten. Wilhelm Hohmann wurde von den Nazis bis zum

8. Juli 1933 in Schutzhaft gehalten, solange, bis sie die SPD in Duisburg ausgeschaltet hatten. Erst danach gaben sie den, wie sie ihn nannten, "SPD-Häuptling" wieder frei.

Obwohl bis zum 31. März 1933 zahlreiche Ausschreitungen gegen sozialdemokratische Stadtverordnete bekannt geworden waren, nahmen die sieben verbliebenen sozialdemokratischen Stadtverordneten an der Eröffnungssitzung teil. In den folgenden Wochen verschärfte sich der Druck auf die Ratsherren. So wurde auch der Stadtverordnete und ehemalige Betriebsratsvorsitzende der Hütte Ruhrort Karl Kuron von den Nazis in Schutzhaft genommen. Am 2. Mai wurde der Stadtverordnete und Gewerkschaftssekretär Michael Rodenstock bei der blutigen "Gleichschaltungsaktion" der Gewerkschaften von Nazis brutal ermordet. Die noch verbliebenen 5 Stadtverordneten der SPD Robert Steiniger, Hermann Sors, Ernst Müller, Margarete Ludwig und Georg Graf legten Ende April bzw. Anfang Mai ihre Mandate nieder. Die SPD-Fraktion löste sich auf.

Die von den demokratischen Parteien noch verbliebene Zentrumsfraktion wurde in der Folgezeit zunehmend dezimiert. Bis Mitte 1933 kam das demokratische Duisburg zum Erliegen. Die Nationalsozialisten hatten die demokratischen Strukturen und die demokratischen Organisationen vernichtet, an der Spitze sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterbewegung.

Nachdem der SPD die Basis ihrer Arbeit entzogen worden war - ergänzt wurden die bereits genannten Maßnahmen durch einen in der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März beschlossenen Dringlichkeitsantrag der NSDAP, wonach der Stadtverwaltung aufgetragen wurde, die bis dahin allen "marxistischen Organisationen" zur Verfügung gestellten städtischen Räume zu entziehen und Zuwendungen sofort einzustellen - erfolgte als letzter Schritt am 22. Juni 1933 das vom nationalsozialistischen Reichsinnenminister Wilhelm Frick verordnete Betätigungsverbot der SPD. Dadurch wurde die SPD zur volks- und staatsfeindlichen Partei erklärt; ihr wurde die Ausübung aller Abgeordnetenmandate verboten.



Hanna Niederhellmann (1891-1956)

Um einer illegalen Weiterführung der Parteiarbeit der SPD entgegenzuwirken, wurde einen Monat nach dem Parteiverbot am 23. Juli 1933 eine großangelegte Aktion der SA-Standarte Duisburg mit etwa 20 Hausdurchsuchungen bei ehemaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten und Funktionären durchgeführt. Es sollte alles beschlagnahmt werden, was zur Weiterführung der Parteiarbeit hätte dienen können. Die dabei beschlagnahmten Schriften und Bilder wurden zu Propagandazwecken auf dem Hamborner Altmarkt verbrannt. Auch in der Folgezeit wurden ehemalige führende sozialdemokratische Funktionäre von den Nazis ständig überwacht, so daß es ihnen nur schwerlich möglich war, die Parteiarbeit fortzuführen.

Nach dem 22. Juni 1933 gab es die SPD als einheitliche Partei nicht mehr. In den Monaten vor dem Verbot hatte sich die Parteiführung nicht auf einen einheitlichen Kurs im Kampf gegen die Nationalsozialisten und gegen die drohende Zerschlagung der Partei einigen können. Ein Teil der Parteiführung mit dem Reichstagspräsidenten Paul Löbe an der Spitze plädierte für einen Anpassungskurs an die Nationalsozialisten, um den Erhalt der Partei sichern zu können. Die Unsinnigkeit dieser Überlegungen wurde durch das Parteiverbot belegt. Auch diese Parteigenossen fanden sich wenige Wochen später zum größten Teil in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten wieder. Der andere Teil der Parteiführung zog andere Konsequenzen und ging über Saarbrücken nach Prag ins Exil. Dort wurde die Exil-

organisation SOPADE (SOzialdemokratische PARtei DEutschlands) gegründet. Es war dies der Teil der Partei, der bereit war, aktiv den Kampf gegen den Nationalsozialismus zu führen mit dem Ziel, die Verbindungen innerhalb der Partei aufrecht zu erhalten und über eine illegal tätige Parteiorganisation zum Sturz der Nationalsozialisten beizutragen. Um dies zu erreichen, eröffnete die SOPADE im Ausland an allen Grenzen des Deutschen Reiches sogenannte Grenzsekretariate, von denen aus die illegale Arbeit der Parteigenossen im deutschen Reich jeweils koordiniert werden sollte.

Das erste Grenzsekretariat für Nordwestdeutschland baute der nach Holland emigrierte Bezirksvorsitzende der SPD-Niederrhein Ernst Schumacher in Arnheim auf. In Holland hatten sich zahlreiche sozialdemokratische Emigranten aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet getroffen. Sie versuchten bereits wenige Wochen nach dem Verbot der Partei, von Holland aus mit dem Aufbau illegaler Organisationen und illegaler Informationsverbreitung der Festigung der Naziherrschaft im Deutschen Reich Widerstand entgegenzusetzen.

Die nach dem Parteiverbot vorhandenen Verbindungen innerhalb der Duisburger Sozialdemokratie sowie die Verbindungen nach außerhalb sind bisher nur in einem sehr geringen Maße bekannt und wenig durchsichtig. Dennoch gibt es zahlreiche Anhaltspunkte für weiter bestehende Kontakte zwischen Parteimitgliedern und für Verbindungen zu den Emigranten in Holland. Es gab z. B. Kontakte zu der von emigrierten Sozialdemokraten in Amsterdam gegründeten und herausgegebenen linkssozialistischen Zeitung "Freie Presse", die dort über ein Jahr lang bis zu ihrem Verbot im Herbst 1934 erschien. Diese Zeitung war von dem aus Düsseldorf stammenden sozialdemokratischen Redakteur Helmut Kern unter Mitarbeit des im Mai 1933 emigrierten Redakteurs der Gelsenkirchener Sozialdemokratischen Zeitung "Volkswille" Alfred Zingler gegründet worden. Die Duisburger Lehrerin Hanna Niederhellmann hatte schon im Jahre 1933 Kontakte zu dieser Zeitung und zu ihren Redakteuren. Schon 1933 gelangten u. a. über diesen Weg sozialdemokratische Exilschriften nach Duisburg.

Es waren insbesondere jüngere Parteigenossen, die versuchten, Parteiverbindungen aufrecht zu erhalten. Dabei spielten ehemalige SAJ-Funktionäre eine wichtige Rolle. Zu ihnen gehörte der langjährige SAJ-Bezirksjugendsekretär Ernst Gnoss aus Duisburg-Hamborn, der Anfang 1933 noch als Parteisekretär nach Essen gerufen worden war. Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit als Bezirksjugendsekretär der SAJ verfügte er über gute Kontakte zu anderen ehemaligen SAJ-Funktionären im gesamten Rhein-Ruhr-Gebiet. Er war eine der herausragenden Personen, die nach dem Parteiverbot die illegalen Kontakte zwischen ehemaligen Parteigenossen aufrechterhielten.

Zu dieser Gruppe zählte auch der damals 30jährige Hermann Runge aus Moers. Er war von 1922 bis 1929 Vorsitzender der SAJ im Kreis Moers und seit 1931 Parteisekretär und gehörte zu denjenigen, die nicht wahrhaben wollten, daß die von ihnen so mühsam entwickelte Parteiarbeit mit einer einzigen Verordnung nach einem politischen Machtwechsel völlig zunichte gemacht werden konnte. Deshalb setzten diese jungen Parteifunktionäre ihre ganze Kraft dafür ein, daß die Voraussetzungen für eine spätere Wiedermalassung der Partei hergestellt wurden.

Durch diese Verbindungen gelangte schon sehr frühzeitig die Exilzeitung der SOPADE, die "Sozialistische Aktion", nach Duisburg und konnte hier unter den ehemaligen Parteimitgliedern verbreitet werden. Sie war das wichtigste Bindeglied der Sozialdemokraten untereinander.

Ausgangspunkt für eine koordinierte Untergrundarbeit war eine Konferenz der SOPADE in Brüssel im Mai 1934. An dieser Konferenz nahmen Hermann Runge sowie aus Duisburg Karl Hankamer teil. Karl Hankamer war bis zum Parteiverbot stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender in Duisburg-Hochfeld gewesen. Der gelernte Stellmacher war vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten beim städtischen Fuhrbetrieb beschäftigt. Er wurde dort wegen des, wie die Nationalsozialisten es formulierten, "Verdachts der staatsfeindlichen Einstellung" entlassen. Gewerkschaftlich war er seit 1919 im Holzarbeiter-Verband organisiert und von 1925-29 Jugendleiter des ADGB in Duisburg.

SOZIALISTISCHE AKTION

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

November 1936

Ein Kriegsplan, kein Wirtschaftsplan

Unmittelbare Kriegsvorbereitung des deutschen Militarismus

Kopf der illegalen Zeitung der SOPADE, Hauptlektüre der zu "Lesekreisen" zusammengefaßten Widerstandsgruppen

Auf der Brüsseler Konferenz wurden konkrete Richtlinien für die Untergrundarbeit der SOPADE aufgestellt. Schwerpunkte dieser Richtlinien waren

- Auf- und Ausbau von illegalen Gruppen durch "Lesezirkel",
- Intensivierung der Zeitungsverbreitung der Zeitung der SOPADE, der "Sozialistischen Aktion",
- Festlegung eines Nachrichtenschemas für alle Informationen aus dem Reich an die Grenzsekretariate.

Zur Intensivierung der Untergrundarbeit der SOPADE in Nordwestdeutschland wurde neben dem holländischen Grenzsekretariat, das von Ernst Schumacher geleitet wurde, ein zweites Grenzsekretariat für Nordwestdeutschland unter der Leitung von Gustav Ferl in Brüssel eingerichtet. Ferl war bis 1933 Bezirksparteisekretär der SPD in Magdeburg und seit 1925 Mitglied des Reichstages.

Hermann Runge wurde in Brüssel mit der Leitung des illegalen Wiederaufbaus der Parteiverbindungen in Zusammenarbeit mit den Grenzsekretariaten beauftragt. Mitstreiter dafür fand er unter den bereits illegal Arbeitenden. Zur Schlüsselperson für seine Pläne wurde Hanna Niederhellmann. In der Wohnung der Lehrerin in der Carpstraße 18 in Ruhrort wurde einer der größten Widerstandskreise im Reich ins Leben gerufen. Hanna Niederhellmann knüpfte entscheidende Verbindungen. Sie machte Hermann Runge mit Sebastian Dani bekannt, der in Duisburg bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933

Gewerkschaftssekretär im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband war. Dani hatte nach der Zerschlagung der Gewerkschaften bei seinem Kollegen Benecke in Mülheim als Brotfahrer gearbeitet, der wie Dani bis zur Zerschlagung 1933 Gewerkschaftssekretär des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes in Essen gewesen war. Er hatte sich dann selbständig gemacht, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Beide nutzten diese Tätigkeit bereits dazu, illegale Kontakte zur Weiterführung ihrer Gewerkschaftsorganisation aufzubauen und zu pflegen. Das war durch den Brotvertrieb, insbesondere in Arbeitersiedlungen, möglich.

Runge, Niederhellmann und Dani ergänzten sich für die Widerstandstätigkeit in idealer Weise. Hermann Runge war mit Organisationstalent und Tatkraft ausgestattet, Hanna Niederhellmann knüpfte die Verbindungen und Sebastian Dani brachte die Erfahrung für den Aufbau eines Widerstandskreises über eine Brotfabrik mit. Diese Idee konnte Hanna Niederhellmann durch ihre Verbindungen umsetzen. Sie kannte den Genossen August Kordahs, ehemals Mitglied der "Freien Wasserfahrer Hamborn", des Reichsbanners und der Arbeitersänger, der gerade eine Brotfabrik in Duisburg-Hamborn übernommen hatte. Kordahs war Fabrikarbeiter gewesen und hatte sich in der Weltwirtschaftskrise nach längerer Arbeitslosigkeit mit einer Bäckerei selbständig gemacht. Kordahs war daran interessiert, Mitarbeiter zu finden, um die heruntergewirtschaftete Brotfabrik

möglichst schnell wieder rentabel zu machen.

In den Besprechungen in der Carpstraße zwischen Hanna Niederhellmann, Hermann Runge und Sebastian Dani entstand der Plan, über die Brotfabrik Germania in Duisburg-Hamborn ein weitgespanntes Netz für einen Widerstandskreis in Verbindung mit den Grenzsekretariaten der SOPADE aufzubauen. August Kordahs konnte für diese Idee gewonnen werden. Wenn sich auch Kordahs nicht aktiv an dem Widerstandskreis beteiligte, so geschah doch alles mit seiner Duldung.

So stellte er Sebastian Dani und Hermann Runge auf Vermittlung von



Hermann Runge, Leiter des Widerstandskreises um die Brotfabrik "Germania"



August Kordahs : Sozialdemokrat und Besitzer der Brotfabrik "Germania"

Hanna Niederhellmann als Brotfahrer ein und suchte selbst weitere Brotfahrer, die zugleich tragende Kräfte des Widerstandskreises wurden. Er verpflichtete u.a. Otto König aus Oberhausen, bis 1933 Betriebsratsvorsitzender in der Oberhausener Herdfabrik Phönix, der ebenfalls bereit war, aktiv Widerstand zu leisten und der illegalen sozialdemokratischen Verbindung im Rahmen der SOPADE beizutreten.

Diese Konzeption kam den geschäftlichen Interessen von August Kordahs durchaus entgegen. Denn das Konzept des Widerstandskreises basierte darauf, Brot in Arbeitersiedlungen zu verkaufen. Dadurch war es möglich, die Fabrik innerhalb weniger Wochen zu einem florierenden Unternehmen zu machen. Denn die Brotfahrer als alte Funktionäre aus SPD und Gewerkschaften fanden sehr schnell Kunden in den Arbeitersiedlungen in Duisburg, in Hamborn, in Oberhausen, in Mülheim, in Dinslaken usw. und konnten darüber den Brotverkauf enorm steigern.

Für die Versorgung mit illegalen Schriften der SOPADE, d. h. insbesondere der "Sozialistischen Aktion", sorgte Hermann Runge über die Kontaktstellen des Grenzsekretariates in Aachen und Mönchen-Gladbach. Zu den Brotfahrern zählte außerdem Peter Bailly. Er hatte 15 Jahre lang bei Thyssen in Hamborn und in Dinslaken gearbeitet, bis er 1930 mit 30 Jahren als Familienvater rausgeschmissen und erwerbslos wurde. Auch Bailly war Sozialdemo-

krat und, wie Otto König, Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewesen. Er lieferte Brot nach Dinslaken.

Zunächst fuhren die Brotfahrer ihr Brot mit Pferdewagen aus. Doch schon bald konnten aufgrund des florierenden Geschäftes von Kordahs Dreiradlieferwagen angeschafft werden, mit denen die Brotfahrer zweimal wöchentlich Brot und Informationen lieferten. Die Brotfahrer organisierten nun in den einzelnen Orten des Ruhrgebietes Gruppen, die sich wiederum verteilten in kleine Lesezirkel von ca. 5 Personen, in denen man sich regelmäßig zur Lektüre der sozialistischen Aktion sowie zur Diskussion der Lage traf. Aus diesen Gruppen heraus flossen auch Informationen zurück an die SOPADE, die diese wiederum in ihren berühmt gewordenen Deutschlandberichten verwertete. Innerhalb dieses Nachrichtensystems spielte Hermann Runge eine entscheidende Rolle als Sammelstelle und Kurier dieser Informationen ins Ausland. Diese gingen nicht in Reinschrift ins Ausland, sondern sie wurden nach einem bestimmten Code verschlüsselt.

Den Umfang der Duisburger Gruppe des Widerstandskreises Germania können wir bisher nur aus dem erschließen, was die Gestapo nach der Verhaftung der Beteiligten ermittelt hat. Wir müssen allerdings aufgrund bestimmter Hinweise davon ausgehen, daß es ihr nicht möglich gewesen ist, den gesamten Kreis auszuheben, so daß er wahrscheinlich in Duisburg viel größer war, als wir es aus den Gestapounterlagen und den Prozeßunterlagen des Oberlandesgerichtes Hamm entnehmen können.

Die drei genannten Gründer des Widerstandskreises waren auch diejenigen, die im Duisburger Raum Gruppen organisierten. Hanna Niederhellmann knüpfte Kontakte zu Sozialdemokraten in Ruhrort und Laar. Sebastian Dani wohnte in Neudorf. Er lieferte illegale Materialien in verschiedene Stadtteile Alt-Duisburgs. Hermann Runge belieferte die Arbeitersiedlungen u. a. in Rheinhausen und Homberg. Über die Aktivitäten des aus Hochfeld stammenden Karl Hankammer wissen wir weiter nichts. Er konnte sie so gut verdecken, daß ihm vor dem Volksgerichtshof nichts nachgewiesen

werden konnte und er freigesprochen wurde.

Hanna Niederhellmann stand in Verbindung mit dem Duisburger SPD-Stadtvorordneten und ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden der Hütte Ruhrort-Meiderich Karl Kuron. Zu dieser Ruhrort-Laarer-Gruppe gehörte auch Rudolf Heuer. Der Sozialdemokrat Heuer war einer der Pioniere der Duisburger Gewerkschaftsbewegung, denn er war von 1912-1920 der letzte Vorsitzende des von 1874-1920 selbständigen Ortsvereins Ruhrort im Verband der Deutschen Buchdrucker.

Illegale Materialien und Brot lieferte Sebastian Dani in Duisburg auch an Ludwig Krause, der in der Trautenaustraße in der Nähe des Hochfelder Marktes wohnte. Ludwig Krause war seit 1919 Mitglied der SPD, war aber 1931 zur SAP übergetreten. Er war von 1933 Betriebsratsmitglied bei den Städtischen Gas- und Wasserwerken in Duisburg. Ähnlich wie Karl Kuron für Ruhrort-Laar war er für das südliche Hochfeld eine Schlüsselfigur. Denn als langjähriger Betriebsrat verfügte er über vielfältige Kontakte, so daß davon auszugehen ist, daß sowohl Karl Kuron als auch Ludwig Krause in größerem Umfang illegale Schriften weitergeleitet haben und eigene Lesekreise organisiert haben. Augenscheinlich gelang es ihnen, diese weitergehenden Kontakte vor der Gestapo geheimzuhalten.

Die "Sozialistische Aktion" lieferte Sebastian Dani im Kleinformat in Zigarettenschachteln. Er lieferte sie auch in den Ortsteil Duissern, zu Theodor Brückers. Brückers wohnte auf der Hansastraße in der Nähe des Straßenbahndepots. Von 1921-1925 war er



Sebastian Dani

Schaffner der Duisburger Straßenbahn, zugleich Gewerkschaftsmitglied im Deutschen Verkehrsbund und Betriebsrat der Duisburger Straßenbahn AG. 1925 wurde er jedoch für einige Monate erwerbslos. Er trat der SPD bei und erhielt ab Januar 1926 eine Stelle beim Arbeitsamt Duisburg. Später war er Arbeitsvermittler der Reichsanstalt für das Verkehrsgewerbe.

Den Kreis derjenigen, die er mit illegalen Materialien belieferte, versammelte Sebastian Dani mehrfach in seiner Wohnung in der Grabenstraße 74 in Neudorf. In das gleiche Haus gezogen war ein weiterer Kollege aus seiner Zeit als Gewerkschaftssekretär beim Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband. Es war Reinhold Mörders, der bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 seit 1928 hauptamtlicher Kassierer dieses Verbandes in Essen war.

Er hatte sich auch schon mit Benecke und Dani zum freiberuflichen Brotvertrieb in Mülheim zusammengetan und war mit Dani zu Kordahs gewechselt. Vermutlich war Reinhold Mörders auch einbezogen in die großräumige Verteilung der illegalen SOPADE-Materialien, was die Gestapo ihm aber nicht nachweisen konnte. Es spricht viel dafür, daß Dani seine hauptamtlichen Kollegen aus dem Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband für den Widerstandskreis um die Brotfabrik Germania hatte gewinnen können. Dazu



Emil Bohsbach



Karl Wahl als Brotfahrer der Brotfabrik Germania

zählte auch der ehemalige Bezirksleiter des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes Frank, der in Düsseldorf saß.

Frank erhielt Material über Dani und lieferte dieses weiter an den ehemaligen Duisburg-Hamborner SAJ-Funktionär Ernst Gnoss. Ernst Gnoss wiederum war eine der zentralen Verteilstellen bis in den Raum Solingen/Remscheid, wohin er sich nach einer kurzen Zeit der Tätigkeit als Parteisekretär in Essen zurückgezogen hatte, um seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Rasierklingen zu verdienen und sich der Überwachung der Gestapo zu entziehen. Ernst Gnoss spielte eine zentrale Rolle im Germaniakreis, denn er verfügte über ausgezeichnete Verbindungen im gesamten Rheinland.

Nach dem zweiten Weltkrieg baute Ernst Gnoss in Solingen die SPD wieder auf, war Landtagsmitglied und Landesminister.

Auf der Grabenstraße im sogenannten grünen Block, d. h. in den Häusern der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft, wohnte auch Karl Wahl. Karl Wahl war ebenfalls Brotfahrer bei Kordahs für die Brotfabrik Germania. Er war 1931 von der SPD zur SAP übergetreten und war der 1. Vorsitzende der Duisburger SAP. Auch ihm gelang es, sich den Verdächtigungen der Gestapo zu entziehen und die vielfältigen Verbindungen zu den ehemaligen Mitgliedern von SPD und SAP in Neudorf zu verdecken. Sebastian Dani lieferte

außerdem illegales Material nach Essen, Mülheim und Düsseldorf.

Auch am linken Niederrhein bestanden nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten illegale Kontakte weiter. Unmittelbar nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 hatte es in Rheinhausen eine erste Verhaftungswelle von führenden Genossen der SPD gegeben. Am 24. Juni 1933 wurden u.a. Robert Krause, Fritz Anlahr und Emil Bohsbach in "Schutzhaft" genommen.

In Bergheim wurde auch nach dem Parteiverbot versucht, den Zusammenhalt der Partei in einem kleineren Kreise aufrechtzuerhalten, insbesondere bei den jüngeren Mitgliedern.

Über Hermann Runge kamen die Bergheimer und Rheinhauser in Kontakt mit dem Widerstandskreis um die Brotfabrik Germania. Dieser lieferte mit dem Brotwagen das illegale Material für die dann gebildeten Lesekreise in Fünfer-Gruppen.

In Bergheim hatte sich der Kern der Partei erhalten. Es waren ausschließlich Bergleute der Zeche Diergardt-Mevissen aus der alten Siedlung in Bergheim. Hier war auch die Anlaufstelle von Hermann Runge für die Verteilung der von ihm mitgebrachten Materialien. Die Kontakte gingen auch über diesen Kreis hinaus. Allerdings waren die Sozialdemokraten unter den Bergleuten der Zeche Diergardt-Mevissen ungleich stärker vertreten als auf der

Friedrich-Alfred-Hütte von Krupp. Dort hatten die Nationalsozialisten ein erhebliches Übergewicht, insbesondere unter den Angestellten und vor allen Dingen in den leitenden Positionen.

Auch in Homberg gab es unter den sozialdemokratischen Bergleuten einen über die Machtergreifung der Nationalsozialisten hinausgehenden Zusammenhalt. Auch sie wurden von Hermann Runge mit Material beliefert und konnten in den Jahren 1934 bis Mitte 1935 ihren Zusammenhalt im wesentlichen aufrechterhalten.

Schon im Januar 1935 war die Tätigkeit des Widerstandskreises um die Brotfabrik Germania bedroht. Am 4. Januar 1935 meldete der Moerser Ortsgruppenleiter Suhr dem Duisburger Kreisleiter:

“In meiner Eigenschaft als Ortsgruppenleiter, Beigeordneter und Polizeidezernent der Stadt Moers sehe ich mich veranlaßt, Ihnen nachstehendes mitzuteilen. Es ist hier festgestellt worden, daß die Gewerkschaftssekretäre der ehemaligen SPD der Ortsgruppe Moers-Meerbeck, und zwar Bernhard Jung, Walter Leese und Hermann Runge... bei der Firma August Kordahs, Brotfabrik in Duisburg-Hamborn... als Brotkutscher eingestellt worden sind und die hiesigen Bergarbeiterkolonien bereisen. Ihre Kundschaft setzt sich hauptsächlich aus ehemaligen Marxisten zusammen und dürfte ihre Beschäftigung mit einer getarnten politischen Tätigkeit verbunden sein.

Ich bitte Sie, darüber Feststellung zu treffen und den betreffenden Betriebszellenobmann darüber zu hören. Interessant wird es sein, zu erfahren, durch welche Vermittlung die Vorgenannten in den Betrieb gekommen sind. Vielleicht ist der ganze Betrieb nur von Kommunisten durchsetzt. Wer ist der Inhaber und wie ist dessen politische Einstellung?”

Für den Duisburger Kreisleiter Loch war die Brotfabrik Germania bis zu diesem Zeitpunkt kein Thema. Loch fragte bei dem Hamborner Ortsgruppenleiter Lerche an, ob etwas über die Brotfabrik Germania vorliege. Tatsächlich war die Brotfabrik Germania bei

den Hamborner Nationalsozialisten längst keine Unbekannte mehr. Insbesondere die Deutsche Arbeitsfront in Hamborn klagte seit Monaten über “unhaltbare Zustände”. Firmeninhaber August Kordahs sei “ein alter SPD-Bonze”. Er treibe seine Leute in unzumutbarer Weise zur Arbeit an und habe es geschafft, Arbeitsfrontmitglieder herauszuekeln. Schließlich habe er am 2. Dezember 1934 den Betriebszellenobmann, “der wirklich noch als einziger Verfechter des Nationalsozialismus übriggeblieben war”, entlassen. Seitdem prozessiere die Deutsche Arbeitsfront gegen Kordahs. Es sei unglaublich, daß *“heute nur noch frühere Reichstagsabgeordnete, Gewerkschaftssekretäre und sonstiges lichtscheues Gesindel der SPD in dem Betrieb beschäftigt werden.”* *“Bei der DAF Hamborn-Marxloh besteht die Ansicht, daß die Beschäftigung dieser ehemaligen Marxisten mit einer getarnten politischen Tätigkeit unter ihrer Kundschaft verbunden ist.”* Es sei bisher nicht möglich gewesen, *“diesen Herrschaften auf frischer Tat das Handwerk zu legen.”*

Diese Meldung vom 10. 1. 1935 gab Kreisleiter Loch an die Gestapo in Düsseldorf weiter, die darauf aber zunächst nicht reagierte. Erst die Antwort auf die Rückfrage der Gestapo Düsseldorf beim Staatspolizeiamt Berlin, ob dort ähnliche Vorkommnisse bekannt seien, löste Aktivitäten der politischen Polizei im Regierungsbezirk Düsseldorf aus. In der Antwort aus Berlin hatte es geheißt, daß in Braunschweig, Kassel, Hannover und Koblenz ehemalige SPD-Funktionäre, als Seifenverkäufer getarnt, Kontakte mit ehemaligen Sozialdemokraten suchten. Deshalb forderte das Staatspolizeiamt Berlin die Düsseldorfer Staatspolizei auf, über ihre Wahrnehmungen genaueren Bericht zu erstatten. Daraufhin setzte eine Überwachung der Brotfabrik Germania ein. Die Gestapo setzt V-Männer auf die Kunden der Brotfabrik Germania an und überwachte Telefongespräche zwischen Hamborn und Moers. Diese Maßnahme führte jedoch zu keinem Erfolg der Gestapo, weil auf diese Weise nichts herauszukriegen war, denn gerade gegen eine solche Überwachung war das System der illegalen Tätigkeit dieses Widerstandskreises gefeit. Noch am 28. Mai 1935 meldete die Überwachungsstelle im Duisburger Postamt an der

Königstraße 100: *“Wir haben auch in diesem Monat keinerlei Feststellung bezüglich staatsfeindlicher Gespräche machen können.”*

Die Größe des Widerstandskreises barg allerdings die Gefahr, daß einzelne Unachtsamkeiten zu einer Gefahr für den gesamten Widerstandskreis werden konnten. Wenn auch der Widerstandskreis nach einem konspirativen System aufgebaut worden war, so waren doch alle einzelnen Gruppen im gesamten Rhein-Ruhr-Gebiet miteinander verbunden. Eine solche Unachtsamkeit mit fatalen Folgen passierte am 1. Mai 1935 in Essen-Werden, wo sich zahlreiche Mitglieder des Widerstandskreises zu einer Maifeier trafen. Im Polizeibericht heißt es:

“Am 1. 5. 1935, gegen 11 Uhr, vormittags, wurde von der Ortsgruppe der NSDAP in Essen-Werden fernmündlich mitgeteilt, daß in der Gaststätte ‘Alteburg’, Essen-Werden, Pastoratsberg, vermutlich eine Zusammenkunft ehem. SPD-Angehöriger stattfände. Gemeinsam mit dem Krimn.-Assistenten Wintgen begab ich mich mittels Dienstkraftwagens nach Werden, um die erforderlichen Feststellungen zu treffen. In dem Lokal ‘Alteburg’ hielten sich tatsächlich eine größere Anzahl Männer auf, die teilweise eine rote Blume im Knopfloch trugen. Kurz nach unserem Erscheinen entfernten sich die Personen.

Wie festgestellt wurde, hatten sie sich mit anderen in der Wirtschaft Kimmeskamp, Werden, Ruhrstraße, verabredet. Während der Beobachtung dieses Lokals erschienen auch noch drei Personen, die auch in dem Lokal ‘Alteburg’ gewesen waren. Als sie (Max Becker, Hermann Rothhäuser und Heinrich Hildebrand) den Krim.-Assistenten Wintgen und dann auch mich sahen, schlugen sie, die die bestimmte Richtung auf den Eingang des Lokals Kimmeskamp hatten, eine andere Richtung ein. Als sie außer Sehweite des Lokals waren, wurden sie festgenommen und dem 22. Revier zugeführt.

Danach wurde das Lokal Kimmeskamp mit Unterstützung von Beamten des 22. Polizeireviers überholt und die auf der vorgehefteten Einlieferungsanzeige aufgeführten Personen, die alle in einem Saal neben dem eigentlichen Wirtschaftsraum saßen, vorläufig festgenommen. Auch unter diesen be-

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 646 KONSTANZ, 16. August 1933

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Die Intervention der NSDAP in Spanien
Friedensverträge zur Kriegsvorbereitung
Aus einer kleinen Despotie
Die faschistische Weltverschönerung

Braune Justiz-Olympiade

Massenprozeß gegen illegale Sozialdemokraten in Rheinland-Westfalen. — 600 Angeklagte, 450 bereits abgeurteilt. — Viele hundert Jahre Zuchthaus. — Unmenschliche Folterungen in der Voruntersuchung

Gegenwärtig wickelt sich vor dem Oberlandesgericht in Hamm in Westfalen die Serie eines Massenprozesses gegen frühere sozialdemokratisch organisierte Männer und Frauen ab, den man im ganzen Westen den »Brotfabrik-Prozess« nennt. Den Namen hat der Prozeß bekommen, weil er seinen Ausgang genommen hat von einer Brotfabrik »Germania« in Hamm. Hier waren viele Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler beschäftigt gewesen und hier hatte die Gestapo die ersten Verhaftungen vorgenommen. Ende April 1933, also bereits vor 14 Jahren, erfolgten hier die ersten Verhaftungen.

Die Fabrik wurde von der Gestapo geschlossen, angeblich weil hier ein kommunistisches Nest entdeckt worden war, in dem man sich nicht nur gegen den nationalsozialistischen Staat betätigte, sondern auch unter unhygienischen Verhältnissen Brot herstellte. Die Nazipresse behauptete z. B., daß in den Backrösten — man staune — sechs Sechsmeter hohe Staubschichten entdeckt worden waren. Natürlich hat das Schwindel. Jedem guten sense Bewusstseinsgenossen ist die Möglichkeit wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Besitzer durchzuführen und die Fabrik zu schließen. Der Besitzer wurde verhaftet und schließlich wurde die Fabrik von der Arbeitsrat des Herrn Dr. Ley wieder eröffnet.

Im ganzen Lande erfolgten Woche für Woche neue Verhaftungen. Man griff wahllos zu. Die Verhaftungswelle erstreckte sich von Godesberg am Mittelrhein bis nach Krefeld und Kruppen am Niederrhein, von Aachen an der belgischen Grenze bis nach Lünen im Ruhrgebiet.

Man holte sich junge Arbeiter aus den Kruppwerken in Essen und ergraute Familienväter aus den Schneidwarenfabriken in Solingen, schwer arbeitende Bergkumpel von den Gruben in Hamm und sozialdemokratische Protesten aus den Fabriken in Köln, Textilarbeiter aus München-Gladbach und Metallarbeiter aus den Messingwerken in Stolberg. Mitten hinein in das industrielle Herz des Westens stieß man. Denselben Westens, der so unendlich viel Not und Elend im Interesse des deutschen Volkes in den vergangenen Jahren ertragen hatte. Im Kriege bei Kohlruben und Marmelade, in der Nachkriegszeit, in der Inflation, in der Zeit der Separatistenkämpfe und im Bürgerkrieg. Man holte sich gerade die sozialdemokratischen Arbeiter, die in all den Jahren nicht nur treu zur Demokratie gestanden hatten, sondern die auch treu zu ihrem Vaterland standen, wenn andere sich feige verkrochen hatten. Die trotz schwerster Entbehrungen nicht etwa »Bolschewiken« wurden, sondern mehr oft ihre eigenen Interessen hinter die der Gesamtheit zurückstellten.

Jetzt sollen alle diese Arbeiter, unter dem Vorwand ihrer ehemaligen Gewerkschaftsangehörigkeit und »Parteilosigkeit«, gegen die Sicherheit des Staates verstoßen haben. Das wird ihnen die Anklage vor. Die Anklageschrift gegen die 17 Hauptangeklagten, die zuletzt, vorbehaltlich Ende August, Anfang September zur Aburteilung kommen sollen, besagt, daß

Hochverrat eines organisatorischen Zusammenhalts bereitstellen und aufricht zu erhalten, die Massen durch Verbreitung von Schriften zu beeinflussen. Die Schriften wurden zum Zwecke der Verbreitung im Inlande, aus dem Auslande eingeführt. Die Angeklagten haben an dem Ausben einer illegalen sozialdemokratischen Organisation mitgearbeitet, die die Einfuhr und Verbreitung hochverräterischer Druckschriften, die Einziehung von Beiträgen zu deren Bezahlung und der Übermittlung von Nachrichten über innerdeutsche Verhältnisse in das Ausland zum Gegenstand hatten. Alle Angeklagten haben im Rahmen dieser Tätigkeit auch an Besprechungen im Auslande teilgenommen.

Der Massenprozeß wird seit Anfang Mai in mehreren Abteilungen durchgeführt. Bevor der erste Abschnitt des Prozesses begann, hat man viele Angeklagte halb tot geprügelt. Einer von ihnen, der frühere Gewerkschaftsleiter Georg Reiter in Köln, ist an den Folgen der Mißhandlungen gestorben. Die Gestapo hat behauptet, er wäre nicht infolge »Gefängnis« verstorben, sondern seine Angehörigen den Toten vor der Beerdigung nicht mehr sehen und das beweist wohl zur Genüge, wie es mit der Behauptung der Gestapo steht. Ein Sohn des toten Genossen Reiter wurde übrigens zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er versucht haben soll, illegale SAJ-Gruppen zu organisieren.

Herrmann Runge aus Mörs, Dr. Jacob Schiefer aus Köln, Ernst Goos aus Solingen, Ludwig Lude aus Stolberg, Adam Rompy aus München-Gladbach und viele andere hat man unmenschlich zerschlagen. Der eine ist auf einem Auge blind geworden, dem anderen sind die Nerven zerschlagen. Viele sind für ihr Leben menschliche Ruinen geworden. So kamen die »Geständnisse« der Angeklagten zustande, und die so rüstende gekommenen Untersuchungsprotokolle bilden nun die Grundlage der Verhandlungen vor dem Sondergericht.

Beim ersten Prozeß wurde eine grundsätzliche Entscheidung dahingehend gefällt, daß die SPD als hochverräterische Partei und Organisation zu gelten habe. Sie sei nicht nur eine hochverräterische Bewegung, sondern auch eine hochverräterische Organisation, deren Unterstellung objektiv betrachtet, die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens darstelle. Es genüge dabei die Propaganda von Mund zu Mund und die Verbreitung der Gedanken der SPD, weiterhin Beitragszahlungen oder monatliche geldliche Zuwendungen. Das letztere bedeutet in der Praxis, daß alle diejenigen verurteilt werden können, die das Elend der Familien der Inhaftierten durch Hilfsmaßnahmen zu lindern suchten.

Von den 600 Angeklagten sind bis jetzt etwa 450 abgeurteilt worden. Bei den Verhandlungen wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und nur hin und wieder wurden einzelne Urteile veröffentlicht. Trotzdem dringen die Nachrichten über den Ausgang der Gerichtsverhandlungen bis in das letzte Arbeiterheim.

Die hiesigen Urteile betreffen zum Beispiel 11 Monate und 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und zwischen 1 1/2 Jahren und 5 Jahren Zuchthaus. Die Verurteilten stammen aus allen größeren Orten des Rhein-Ruhr-Gebietes, aus dem Orten Aachen, Bonn, Brühl, Gestrop, Dinslaken, Dülberg, Düsseldorf, Dülken, Dortmund, Eosen, Gelsenkirchen, Godesberg a. Rh., Hamm, Hamm, Hornberg, Kaarpack bei Köln, Krefeld, Kruppen, Köln, Lünen, Lindorf, Mörs, Mühlheim a. Ruhr, München-Gladbach, Oberhausen, Pöhlagen, Stolberg und anderen Orten. Unter den bereits abgeurteilten befinden sich drei Frauen, Marie Scheuten aus Dülken, Emmy Horch aus Düsseldorf und Liesel Jung aus Mörs.

Ein Teil der Angeklagten mußte freigesprochen werden, weil nicht der geringste Beweis für ihre angebliche Tätigkeit gefunden werden konnte. Man hatte ja wahllos verhaftet und man wollte absolut die Sozialdemokratie treffen. Überhört viel Unglück hat über viele Hunderte von Familien gekommen.

Die Väter steckte man ins Gefängnis, die Familien überließ man ihrem Unglück. So haben, daß die Mütter der Verhafteten hungern mußten und daß sich Mütter erkängten.

Der Massenprozeß dauert bereits über zwei Monate. Man rechnet mit dem Schluß Ende August. Dann soll der Hauptplatz gegen die 17 »Rädelführer« geführt werden. Es sind dies:

Herrmann Runge-Mörs, Ludwig Lude-Stolberg, Edward Diets-Aachen, Ferdinand Besserler, Franz Bött, Will. Schirmer-Köln, Adam Rompy, Theodor Steigermann-München-Gladbach, Karl Hasekamp, Gerhard Schaub, Wilhelm Kallwinkei-Lünen, Heinrich Hammacher, Wilhelm Wate, Dr. Jacob Schiefer-Köln, Ernst Goos-Solingen, Sebastian Dast.

Unter den oben Genannten befinden sich Arbeiter und Angestellte, ehemalige Gewerkschafts- und Parteiangestellte, Arbeiterreporter und Naturfreunde. Alles geschulte sozialdemokratische Funktionäre. Diese 17 wollen, daß Deutschland lebt, die Welt nicht erlöset dem Nazi-Regime in der Unterjoch schüttere; das ist ihr ganzes Verbrechen. Der Staatsanwalt aber will für möglichst viele von ihnen die höchste Strafe, viele Jahre Zuchthaus, vielleicht will er vereinigen ihren Kopf. Und das System ersehen unheimlichen Schrecken mit drohenden Urteilen verbreiten. Im Grunde hat Angst vor der unterirdischen Unruhe.

In Berlin findet gegenwärtig die Olympiade statt. Herr Gebel versucht durch seine riesige Propaganda bei dieser Gelegenheit die Welt von der Harmlosigkeit des Dritten Reiches zu überzeugen. Das wird ihm zu vieles vielleicht sogar vorübergehend gelingen. Denn die Besucher der Olympiade werden ja nicht von dem unterirdischen Geschickliche von dem Elend, das der Nationalsozialismus für das deutsche Volk bedeutet. Wie die Welt auch an diesem Prozeß teilnehmen vorübergehen? Wird sie sich durch Felle u. Felle belüben lassen? Wir hoffen sehr, immer, daß es nicht so sein werde. Sollte aber so sein, wie es Herr Gebel wünscht, dann wird die Welt genau so für ihre Nerst nicht blühen müssen, wie jetzt das deutsche Volk und der Welt wird es genau so ergebnislos den Diktator, die wird sich eines Tages im europäischen Gefängnis befinden.

Terrorurteile in Berlin

Zuchthausstrafen für Sozialdemokraten und Reichsbannermitglieder

Am Donnerstag, den 6./8. und Freitag den 7./8. standen 13 ehemalige Sozialdemokraten und Reichsbannermitglieder aus Berlin vor dem Kammergericht. Diese wurde Vorbereitung zum Hochverrat zur Last gelegt. Es wurden verurteilt:

Antrag des Staatsanwaltes:		Urteil:	
Arbervmann	4 Jahre Zuchthaus	3 Jahre Zuchthaus	
Fröhe	3 1/2 "	3 "	Gefängnis
Matthee	2 1/2 "	3 "	freigesprochen
Schröder	4 "	3 "	Zuchthaus
Dewald	3 "	3 "	Gefängnis
Werner	3 1/2 "	1 1/2 "	"
Schulze	3 "	3 "	freigesprochen
Boech	3 "	1 1/2 "	Gefängnis
Barts	3 "	3 "	freigesprochen
Greenes	3 "	1 1/2 "	Gefängnis
Kihs	3 "	1 1/2 "	"
Metzwith	4 1/2 "	4 "	Zuchthaus
Löbel	3 "	3 "	freigesprochen

Der Angeklagte Metzwith erhielt die höchste Strafe, weil er bereits in einem früheren Prozeß gegen Berliner Sozialdemokraten als Angeklagter erachtet und bestraft worden war. Das Gericht nahm eine Fortsetzung dieser verbotenen Tätigkeit an und verurteilte ihn deshalb zu 4 Jahren Zuchthaus. Allen Verurteilten wurde die Unterschlagung angedroht.

Der Botschafter der Hintertreppe

Edwinstrop — Millers Botschafter in London

Es ist eine allgemeine Regel: Für schwere Unterhandlungen müßte man die Erfahrungen der scharfsinnigsten Geister gebrauchen oder bedarf nicht nur listige Köpfe für die Intrige geschmeidiger, um sich beliebt zu machen. Sie müssen auch ein gutes Auge haben, daß sie die Heimlichkeiten eines Mannes im Gesicht schauen können. Mit ihrem Geschickreichen Blick nicht selbste und allen durch Macht ihres Rückens auch erhellte.

(Friedrich H. Antmann) Vier Monate lang hat nach dem Tod des Botschafters von Konrad die deutsche Botschaft des Deutschen Reiches unentsetzt gelitten. Das England war ein Volk mindestens ebenso feindlich wie

fanden sich wieder eine größere Anzahl, die schon vorher im Lokal 'Altenburg' gewesen waren.

In einer auf der Fensterbank liegenden Aktentasche, die nach Angaben des Krim-Assistenten Wintgen dem Wilhelm Lorenz gehört, wurde ein Buch 'Erinnerungen und Erlebnisse' von Angelika Balabanoff vorgefunden. Es handelt sich um ein rein marxistisches Buch.

Alle Personen sind nach Rücksprache mit K. K. Schweim dem Polizeigefängnis zugeführt worden. Die Jugendlichen Paul Krüger und Siegfried Kreuzenbeck habe ich nach Vernehmung entlassen."

Fast zur gleichen Zeit wurden bei einer überraschend durchgeführten Durchsichtung der Geschäftsräume des Sozialdemokraten Wilhelm Woeste in Lüdenscheid 200 Exemplare der "Sozialistischen Aktion" aufgespürt. Das Geschäft von Wilhelm Woeste wurde schon ab 1933 zu einer ähnlich zentralen Verteilungsstelle illegaler sozialdemokratischer Schriften für Rheinland und Westfalen wie die Brotfabrik Germania in Hamborn. Das Tabakwarengeschäft Woeste war zunächst Anlaufstelle der bei Aachen über die Grenze geschmuggelten "Sozialistischen Aktion", die von Lüdenscheid aus nach Dortmund, Iserlohn und Altena weitergeleitet wurde. Mindestens zwei Sendungen kamen von Hermann Runge aus Duisburg-Hamborn über Hermann Rothhäuser in Essen und dem ehemaligen SAJ-Vorsitzenden für den Bezirk Westliches Westfalen, Willi Renner aus Gelsenkirchen, zu Woeste. Später kamen die Lieferungen aus Berlin, Breslau und Dresden nach Lüdenscheid.

Die Staatspolizei entdeckte Spuren von Lüdenscheid nach Köln, Aachen, Mönchengladbach und von dort aus zu Hermann Runge nach Moers. Dabei gelang der Staatspolizei mit der Verhaftung der Verbindungsleute Ludwig Lude (Stollberg/Aachen), Franz Bott (Köln-Höhenhaus), Wilhelm Schirmmacher (Köln-Mülheim), Karl Lucht (Köln-Höhenhaus), Adam Romboy (Mönchengladbach-Rheydt) und Wilhelm Linkenheil (Mönchengladbach-Rheydt) ein entscheidender Einbruch in das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Widerstandsnetz im Rheinland und in Westfalen. Lude, Romboy und Linkenheil waren direkte Verbindungsleute von Hermann

Runge, dem Leiter des über die Brotfabrik Germania organisierten Widerstandsnetzes am Niederrhein und im Ruhrgebiet. Am 29. Mai 1935 wurde Hermann Runge verhaftet. Knapp 40 Jahre später erinnerte er sich.

"Am Vorabend waren Alfred Hitz aus Rheinhausen und Schumacher aus Moers noch bei mir. Da bekam ich durch unseren Kurier aus Mönchengladbach die Nachricht: Hermann, in Lüdenscheid, Mönchengladbach und Köln sind führende Leute hoch. Der nächste wirst du wahrscheinlich sein. Verschwinde! Was machen wir jetzt, sagte ich zu Hitz. Emigrantenbrot essen, das ist hartes Brot. Und kann ich das, jetzt ausreißen, ohne schon sicher zu sein, daß sie mich wirklich in den nächsten Stunden holen. Dann heißt es doch, ja, erst hat er uns in die illegale Organisation reingebracht und jetzt hat er sich verdrückt. Die Opfer sind wir. Das muß ich mir gründlich überlegen. Nachts um zwei Uhr wurde ich verhaftet."

Die Verhaftung von Hermann Runge wies der Gestapo den Weg zur Brotfabrik Germania. Am 3. Juni 1935 war es soweit. In einer blindwütigen Aktion ging die Gestapo gegen die Brotfabrik Germania vor. Völlig wahllos wurden Anwesende und Ankömmlinge verhaftet, auf offene LKWs verfrachtet und zur Vernehmung ins Polizeipräsidium gebracht. Dabei wurde kein Unterschied gemacht zwischen zurückkommenden Brotfahrern und Nachbarn, die aus Geldnot das bei den Auslieferungsfahrten nicht verkaufte alte Brot verbilligt erwerben wollten.

Ottomar Dernac war einer der Bäckergesellen der Brotfabrik Germania: *"Wie bei einem Überfall stürmte früh morgens die Gestapo begleitet von SS-Männern auf LKWs auf den Hof der Brotfabrik und verhafteten alle, die ihr in den Weg kamen. Wir Bäckergesellen mußten unser Tageskontingent zu Ende backen, allerdings wurde neben jedem von uns ein SS-Mann postiert, der uns überwachte. Die Charakterlosigkeit dieser Nazi-Schergen zeigte sich daran, daß sie auch vor dem Schlafzimmer der damals sehr schwer erkrankten Frau Kordahs nicht Halt machten. Andererseits waren diese Helden nicht in der Lage,*

unseren Schäferhund zu bändigen. Er machte sie und ihre Befehlshierarchie, die zu seiner vergeblichen Bändigung eingesetzt wurde, lächerlich. Nach Beendigung unserer Arbeit wurden wir Gesellen ebenfalls zum Polizeipräsidium nach Duisburg gebracht. Obwohl ich mit dem Widerstandskreis nichts zu tun hatte, wurde ich drei Tage lang sehr schweren Verhören unterzogen."

In der Duisburger Lokalpresse wurde die Brotfabrik mit Lügen verunglimpft. Ein dunkler Betonsockel auf den Backöfen wurde zu einer zehn Zentimeter (!) hohen Staubschicht umdefiniert. Damit dies Lügenmärchen aber auch wirklich die beabsichtigte Propagandawirkung erzielte, ließ man sie phantasievoll bei jedem Windstoß aufwirbeln und den Teig sowie die Brote beschmutzen. Damit wurde vom tatsächlichen Grund der Besetzung der Brotfabrik Germania abgelenkt. Die Nazis trauten sich auch im Juni 1935 nicht, öffentlich zuzugeben, daß der Grund der Besetzung die Aufdeckung organisierter Verbindungen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften war. Deshalb stellten sie die Verhältnisse im Betrieb als Sabotage der Betriebsgemeinschaft sowie des Vertrauens der Kunden dar, wofür sie in erster Linie August Kordahs und seine "marxistische Belegschaft" verantwortlich machten. *"Daß auch noch staatsfeindliche Umtriebe hinzukämen"*, wurde zwar erwähnt, aber auf diesen Nebensatz beschränkt. Dementsprechend wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als Urheber der Aktion der Geheimen Staatspolizei genannt. Schließlich wurde *"eine gründliche Säuberung und Umgestaltung"* sowie eine Fortführung des Betriebes der Brotfabrik Germania *"nach nationalsozialistischem Arbeitsgrundsatz"* angekündigt. Was für ein Saubermann der neue von den Nationalsozialisten eingesetzte "Betriebsführer" war, stellte sich einige Zeit später heraus, als er seine Stellung wegen Unterschlagungen räumen mußte.

Neben August Kordahs wurden bei der Besetzung der Brotfabrik am 3. Juni 1935 u. a. die Brotfahrer Otto König aus Oberhausen und Peter Bailly aus Dinslaken festgenommen. Diese Verhaftungswelle endete am 6. Juni 1935 mit der Verhaftung der Duisburger Ludwig

Krause, Theodor Brückers, Hanna Niederhellmann sowie der Mülheimer Otto Striebeck und Willi Molitor (7. 6. 1935). Dessen gleichzeitige Aktivitäten für den Widerstandskreis der Eisenbahnergewerkschaft sowie seine Verbindungstätigkeit zwischen beiden Kreisen wurde von der Gestapo aber nicht entdeckt. Insgesamt wurden 41 Personen festgenommen.

Es schlossen sich brutale Verhöre an in der berüchtigten Dortmunder Steinwache und im Duisburger Polizeigefängnis, in dem es nicht weniger unmenschlich zugeht. Bis zum 21. Juni 1935 hatte sich die Gestapo einen Überblick über das westdeutsche Netz des von den Grenzsekretariaten der SOPADE gelenkten sozialdemokratischen Widerstandes verschafft. An diesen Tag stellte sie die wesentlichen Ergebnisse der Verhöre in Dortmund in einem Bericht zusammen. Der Gestapo war es gelungen, die wichtigsten Verbindungen *„zum Zwecke des illegalen Wiederaufbaus der SPD“* in Rheinland und Westfalen aufzudecken. Aufgedeckt wurden auch die Verbindungen zu den Grenzsekretariaten der SOPADE in Belgien und Holland, der Nachrichtendienst für die Deutschland-Berichte der SOPADE in Prag und die wichtigsten Verteilungswege der illegalen Schriften. Weitgehend aufgedeckt wurde auch die Beteiligung an Konferenzen mit den Grenzsekretariaten und dem Vorstand der SOPADE in Brüssel, Lüttich, Antwerpen und Maastricht. Bis zu diesem Tage erfolgten keine weiteren Verhaftungen.

Nachdem die Verhörten vom 19. - 24. Juni in die Untersuchungsgefängnisse überführt worden waren (ausgenommen Bott und Schirmmacher aus Köln, sie wurden erst am 4. 7. überführt), setzte eine weitere Verhaftungswelle ein. Die meisten Verhaftungen erfolgten unmittelbar danach vom 24. - 29. Juni, sie erstreckten sich jedoch in Einzelfällen bis zum August 1935. In diesem Zusammenhang wurden auch einige der bereits am 1. Mai Festgenommenen erneut verhaftet, die noch am 17. Juni 1935 freigelassen worden waren. Offensichtlich hatte die Gestapo bei den Verhören in Dortmund die einzelnen Verbindungen zwischen den am 1. Mai und Ende Mai / Anfang Juni Verhafteten

aufgedeckt. Diese Verhaftungswelle galt den Unterverteilern und Empfängern der illegalen Schriften.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juni 1935 wurde Alfred Hitz an seinem Arbeitsplatz auf der Zeche Mevissen in Rheinhausen verhaftet. Vor ihm waren bereits Robert Krause und Fritz Anlahr, die wie Alfred Hitz in der alten Siedlung der Zeche Mevissen in Rheinhausen-Bergheim wohnten, verhaftet worden. Alfred Hitz fühlte sich seit der Verhaftung von Hermann Runge bedroht, weshalb er das Haus der Familie Wittfeld in der alten Zechensiedlung in Bergheim in der Folgezeit kaum verließ, wo er in der Nähe der elterlichen Wohnung in Kost war. Am 14. Juni 1935 heiratete Alfred Hitz Christine Leppel. An seinem 27. Geburtstag am 21. Juni zog Christine Hitz zu Verwandten nach Essen-Rüttenscheid. Sie wollte dort ein Lebensmittelgeschäft eröffnen. Alfred Hitz wollte nachkommen, sobald er seinen Arbeitsplatz als Bergmann wechseln konnte, um sich einer möglichen Überwachung durch die Gestapo oder auch nur durch Nachbarn und Mitbewohner, denen seine Aktivitäten u.U. aufgefallen waren, zu entziehen.

Er war einer der Aktivsten am linken Niederrhein, die versuchten, die Parteiorganisation wieder aufzubauen. Dazu unterstützte er direkt Hermann Runge. Er unternahm häufig Kurierfahrten zur deutsch-niederländischen Grenze, um illegale Schriften abzuholen. Bei diesen meist nur über Waldwege führenden Fahrten mit dem Fahrrad begleitete ihn oft seine Frau zur Tarnung, um einen gemeinsamen Ausflug vorzutäuschen. Die auf Dünndruckpapier im Kleinformat hergestellten Schriften transportierte er im Rahmen seines Fahrrads nach Rheinhausen.

In Rheinhausen hatte Alfred Hitz einen Abnehmerkreis von 40 - 50 Personen für die illegalen Schriften. Er lieferte nicht nur an Einzelpersonen und Lesekreise in Bergheim. In Friemersheim belieferte er beispielsweise die auch zu einem Lesekreis gehörende siebenköpfige Familie Schiemann. Ein Treffpunkt für die Übergabe illegaler Schriften war in der Nähe die im Wald zwischen Rheinhausen und Kapellen gelegene damalige Stehbierhalle, das



Alfred Hitz

heutige Ausflugslokal *„Waldborn“*.

Die Zahl der allein von Alfred Hitz verteilten Schriften erscheint hoch. Er mußte allerdings sehr häufig erleben, daß ehemalige Genossen nicht bereit waren, die Schriften anzunehmen. Die Zahl der Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen, die auch in der Illegalität und trotz eines großen persönlichen Risikos weitermachten, war doch relativ klein.

Vielorts wurden Familienväter auch bewußt aus der illegalen Arbeit herausgehalten, um nicht zusätzlich auch ihre Familien zu gefährden. In Rheinhausen-Bergheim war es trotz vielerlei Einschränkungen möglich, die Ortsvereinsarbeit der Partei bis Juni 1935 illegal weiterzuführen. Das war, soweit es zur Zeit zu überblicken ist, in keinem anderen Ortsverein im heutigen Duisburg möglich.

Am 4. Juli 1935, 14 Tage nach ihrer Hochzeit, erhielt Christine Hitz in Essen durch die Polizei die Nachricht, ihr Mann sei auf der Flucht erschossen worden. Der Sarg wurde mit einer zweiten, jetzt offiziellen Version der Todesursache, nämlich Selbstmord durch Erhängen, zum Trompeter Friedhof in Rheinhausen überstellt.

Dem Friedhofsangestellten wurde unter Androhung einer Bestrafung strikt untersagt, den Sarg zu öffnen. Auf Initiative seines Vaters, der genau wissen wollte, woran Alfred Hitz gestorben war, und

mit Unterstützung des Bergheimer Pfarrers Reiter öffneten die Angehörigen am Samstagabend (6. 7.) den Sarg. Mit einem Blick waren die menschenunwürdigen Lügen des genauso erbarmungslos wie erbärmlichen Herrschaftsapparats entlarvt.

Alfred Hitz war weder erschossen worden noch hatte er sich erhängt. Er war vielmehr im Duisburger Polizeipräsidium an der Düsseldorfer Straße von Staatsbeamten bestialisch und grauenvoll zugerichtet worden. Der ganze Körper wies Spuren gewaltiger Schläge auf, Kopf und Hände waren sehr stark geschwollen. Die Finger der linken Hand waren fast abgetrennt, der linke Arm mehrmals gebrochen, das Genick war zertrümmert. Die Nazi-Schergen hatten sich nicht einmal bemüht, das Blut abzuwischen.

Um die offizielle Version seines Todes zu bestätigen, händigte die Geheime Staatspolizei den Angehörigen ein Dokument aus, das auch den Prozeßunterlagen des sog. Brotfahrerprozesses beigelegt wurde.

Es enthält einen von Alfred Hitz in sechs Sätzen selbst verfaßten kurzen Lebenslauf. Darunter findet sich der folgende zynische Vermerk eines Gestapo-Beamten.

„Hitz begann mit vorstehendem Bericht in seiner Zelle am 4. Juli 1935 kurz nach dem Morgentreffen. Er hat dann vorgezogen, sich zu erhängen, scheinbar um

nicht die von ihm in mündlicher Vernehmung genannten 8 weiteren Beschuldigten auch schriftlich angeben zu müssen.“

Das war ein fingiertes Geständnis, dem durch die Kombination mit dem von Alfred Hitz selbst geschriebenen Lebenslauf der Schein von Echtheit verliehen werden sollte. Zwar wurden am 9. Juli acht sozialdemokratische Bergleute aus Bergheim verhaftet, nämlich Wilhelm Müller, Dietrich Kleuken, Albin Ginhöhl, Max Rybacki, Ernst Voss, Leo Salewska, Friedrich Simon und Albert Hummes, doch kann daraus kein Geständnis abgeleitet werden, das vielmehr der Gestapo als Begründung für die Lüge vom Erhängen diente. Deshalb muß das Alfred Hitz unterschobene Geständnis ebenfalls als Lüge gewertet werden. Leider ist diese Falschdarstellung auch in die Literatur eingegangen.

Hans-Josef Steinberg, Verfasser der Untersuchung *„Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 - 1945“* im Auftrage des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung übernahm bedauerlicherweise ungeprüft die Gestapoversion von Selbstmord und Geständnis und druckte das Dokument als Beleg dazu ab.

Die Beerdigung von Alfred Hitz am 8. Juli wurde überwacht. Dennoch fanden sich seine Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen zu seiner Beerdigung ein. Es war ihre letzte gemeinsame

Demonstration. Am nächsten Tag wurden die acht Genannten wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Lesekreisen des Germaniakreises verhaftet.

Am 25. Juni 1935 wurden in Duisburg Heinrich Hellwig, Rudolf Heuer, Reinhold Moerders, am 29. Juni 1935 Karl Kuron verhaftet. In Homberg wurden Paul Schneider, Roman Ebner, Josef Beischl, Josef Cigan, Wilhelm Kleinhorst, Wilhelm Schuhmacher, Friedrich Golkowsky, Oskar Wintges und Heinrich Diecks festgenommen. Es gelang der Gestapo, den maßgeblichen Teil des Widerstandskreises durch Verhaftungen auszuschalten. Allerdings muß betont werden, daß sie bei weitem nicht aller Mitglieder von Lesekreisen bzw. aller Verteiler von Schriften habhaft werden konnte. Es gelang den Verhafteten, viele Verbindungen und Aktivitäten zum Schutze der Betroffenen zu verschweigen. Das Ausmaß der Verfolgung wäre ansonsten sicherlich weitaus höher gewesen.

Alfred Hitz blieb nicht das einzige Opfer der gewalttätigen Vernehmungen, allerdings war sein Schicksal besonders tragisch. Er hinterließ eine schwangere Frau. Drei weitere Bergleute aus Moers-Meerbeck, nämlich Alexander Nöthen, Reinhold Büttner und Gustav Großmann wurden bei den unmenschlichen Verhören im Duisburger Polizeigefängnis ermordet.

Unglaublich brutal ging die Gestapo auch

Im Namen des Deutschen Volkes!

Der II. Strafsenat des Oberlandesgerichtes in Hamm (Westf.) hat am 9. Juli, 22. Juli und 4. August 1936 für Recht erkannt:
Es werden verurteilt

1. der Bauerbeiter Hermann Rothhäuser aus Essen-Borbeck, Rabenhorst 105, geb. am 15. 2. 1897 zu Essen-Borbeck, zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus
2. der Schlosser Ludwig Krause aus Duisburg, Trautenaust. 18, geb. am 18. Dezember 1885 zu Saarbrücken, zu einer Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis
3. der Angestellte Theodor Brückers aus Duisburg, Hansastr. 125, geb. am 28. Dezember 1893 in Grieth, Kreis Cleve, zu einer Gesamtstrafe von acht Monaten Gefängnis
4. die Lehrerin a.D. Johanna Niederheilmann aus Duisburg-Ruhrort, Corpstr. 18, geb. am 6. Februar 1891 zu München-Gladbach, zu drei Jahren Zuchthaus
5. der Schlosser Karl Kuron aus Duisburg-Laar, Rotlandstr. 14, geb. am 20. Dezember 1891 zu Hindenburg in O.S., zu zwei Jahren zwei Monaten Gefängnis
6. der Fräser Heinrich Hellwig aus Duisburg-Laar, Austr. 27, geb. am 3. März 1890 zu Welerbach, Kreis St. Wendel, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis
7. der Invalide Rudolf Heuer aus Duisburg-Ruhrort, König-Friedrich-Wilhelm-Str. 58, geb. am 28. Juni 1872 zu Dortmund, zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis
8. der Fleischer Reinhold Moerders aus Duisburg, Grabenstr. 74, geb. am 13. Mai 1889 zu Dülken, Kreis Kempen, Vorverfahren eingestellt
9. der Straßenbahnschaffner Karl Koch aus Essen-Borbeck, Erdweg 25, geb. am 4. März 1897 in Borbeck, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis
10. der Wäschereiarbeiter Johann Klein aus Essen-Borbeck, Bergmühle 122, geb. am 20. März 1906 in Borbeck, zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus
11. der Friseur Wilhelm Jöhren aus Essen-Borbeck, Heckelsberg 17, geb. am 22. August 1905 in Essen, zu fünf Monaten Gefängnis
12. der Bergmann Max Marx aus Essen-Borbeck, Bergmühlenstr. 13, geb. am 6. September 1890 zu Dettenschwang, zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis
13. der Schmied Georg Einig aus Essen-Borbeck, Hoegstr. 41, geb. am 23. März 1900 zu Cleve, zu sechs Monaten Gefängnis
14. der Bergmann Fritz Runge aus Essen-Heidhausen, Wilbergstr. 32, geb. am 3. Juni 1901 in Konradsthal, Kreis Waldenburg, zu vier Jahren drei Monaten Zuchthaus
15. der Bergmann Albert Schäfer aus Essen-Werden, Viehhauserstr. 49, geb. am 18. Juni 1893 in Werden, zu zwei Jahren Zuchthaus
16. der Bergmann Wilhelm Kreuzenbeck aus Essen-Werden, Pastoralacker 15, geb. am 23. Dezember 1888 in Werden, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis
17. der Schlosser Heinrich Hildebrandt aus Essen-Heisingen, Bonnenbergstr. 118, geb. am 11. März 1902 in Lango, zu zwei Jahren zwei Monaten Zuchthaus
18. der Invalide Karl Rose aus Essen-Kupferdreh, Marienberg 43, geb. am 10. Dezember 1890 in Groß-Gotteswalde, Kreis Mohrungen, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis
19. der Kaufmann Hans Habermehl aus Essen-Kray, Stahlerpfad 1, geb. am 21. September 1901 zu Kray, zu zwei Jahren zwei Monaten Gefängnis
20. der Modellzeichner August Habermehl aus Essen-Kray, Karstr. 34, geb. am 2. März 1910 zu Kray, zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis
21. der Berginvalide Paul Volkmer aus Essen-Kray, Brunnhildenstr. 13, geb. am 11. November 1876 in Gierichswalde, Kreis Falkenstein, zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis
22. der Schlosser Otto Meiser aus Essen-Borbeck, Am Brauhaus 25, geb. am 12. März 1885 zu Gleina, Kreis Querfurt, zu zwei Jahren zehn Monaten Zuchthaus
23. der Rentner Wilhelm Lorenz aus Gelsenkirchen, Böhlenstr. 18, geb. am 20. März 1873 in Schönebeck, Kreis Calbe an der Saale, zu drei Jahren Zuchthaus
24. der Heizer Ewald Happe aus Gelsenkirchen, Marianstr. 16a, geb. am 18. Oktober 1899 in Hoerde, zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis
25. der Bergmann Paul Krüger aus Gelsenkirchen, Zithenstr. 33, geb. am 1. März 1889 zu Althof, Kreis Heilsberg, zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus
26. der Kassenbote Karl Nickel aus Gelsenkirchen, Brombergstr. 76, geb. am 8. Februar 1884 in Königsgut, Kreis Osterode, zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis
27. der Asphaltaur Fritz Bohne aus Gelsenkirchen, Mathildenstr. 45, geb. am 20. Januar 1904 in Hannover-Liridon, zu zwei Jahren Gefängnis
28. der Schlosser Paul Pfaffner aus Gelsenkirchen, Bergmannstr. 11, geb. am 10. April 1903 in Kruschwitz, Kreis Strehlo (Polen), zu einer Gesamtstrafe von elf Monaten Gefängnis
29. der Klopfer Paul Starke aus Gelsenkirchen, Rhein-Elbestr. 30, geb. am 10. Dezember 1911 zu Gelsenkirchen zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis
30. der Werkzeugschlosser Lambertus Schomaker aus Gelsenkirchen, Haldenstr. 36, geb. am 31. Dezember 1913 zu Coesfeld, zu einer Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis
31. der Bergarbeiter Heini Bender aus Essen-West, Köterstr. 26, geb. am 22. Januar 1906 zu Kassel, zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus
32. der Bauschlosser Karl Niggemann aus Essen-Altenessen, Philippstr. 32, geb. am 19. Oktober 1895 in Hamm (Westf.), zu zwei Jahren Zuchthaus
33. der Schlosser Georg Gindner aus Essen-Altenessen, Schwarzstr. 102, geb. am 7. August 1888 in Pirmkonau, Kreis Sprottau, zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis
34. der Schlosser Paul Schmidt aus Essen-Altenessen, Schwarzstr. 102, geb. am 7. August 1881 in Essen, zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis
35. der Schlosser Hans Schwerdtner aus Essen-Fronhausen, Drumannstr. 3, geb. am 19. Januar 1905 in Gelsenkirchen, zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis
36. der Schlosser Willi Meißner aus Mülheim-Ruhr-Broich, Reichstr. 50, geb. am 25. Mai 1902 in Essen, zu drei Jahren Zuchthaus
37. der Bergarbeiter Otto Striebeck aus Mülheim-Styrum, Poststr. 140, geb. am 18. September 1894 in Baak, Kreis Hattingen, zu zwei Jahren zehn Monaten Zuchthaus
38. der Müller Peter Hendricks aus Mülheim-Speldorf, Hunsbuschstr. 48, geb. am 2. Februar 1890 in Duisburg, zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus
39. der Anstreicher Georg Dieckermann aus Mülheim-Broich, Salfestr. 30, geb. am 18. Oktober 1895 zu Mülheim-Ruhr, zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis



Gedenktafel für die politisch Verfolgten des Nazi-Regimes auf dem Alfred-Hitz-Platz in Rheinhausen-Bergheim. 1980 wurde der Name Alfred-Hitz-Gymnasium für das Rheinhausener Gymnasium diskutiert. Die Schule wurde dann jedoch Krupp-Gymnasium genannt! (Die Firma Krupp beschäftigte im Krieg Tausende von Zwangsarbeitern)

gegen den am 1. Mai 1935 verhafteten Franz Voutta vor, den sie für einen der Rädelsführer hielt. Der ehemalige Essener SAP-Vorsitzende hatte am 1. Mai die Rede gehalten. Ihm wurden bei den Verhören die Nieren losgetreten. Er vegetierte noch einige Monate dahin, bis er kurz nach dem sogenannten Brotfahrerprozeß starb. Sein Verfahren war zuvor aus dem Prozeß abgetrennt worden. Auch der Borbecker Arbeiter Johann Klein wurde für ein ganzes Jahr krankenhausaufgeschlagen. In Köln nahm man bei den unmenschlichen Verhören den Tod eines Beschuldigten in Kauf. Der ehemalige Gewerkschaftssekretär Georg Reiter wurde beim Verhör ebenfalls zu Tode gequält. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich die Darstellung damals üblicher "normaler Grausamkeiten".

Dennoch gelang es der Gestapo nicht, alles aus den Verhafteten herauszuquetschen. Den meisten gelang es trotz Folter, weitere Verbindungsleute und insbesondere die Adressaten der illegalen Schriften und die Teilnehmer an den Lesekreisen nicht der Gestapo preiszugeben. Ihrer Standhaftigkeit trotz entsetzlicher Leiden ist es zu verdanken, daß der Kreis der Verfolgten und Opfer der Naziherrschaft unter den Sozialdemokraten und Gewerkschaftern nicht noch größer geworden ist.

Dennoch war der Aderlaß enorm. Nicht nur, daß der illegale Wiederaufbau für das gesamte Rhein-Ruhr-Gebiet gescheitert war, es wanderten auch die besten Kräfte für viele Jahre hinter Gefängnis-, Zuchthaus- und Konzentrationslagermauern. Allein 167 Mitglieder des Kreises um die Brotfabrik Germania wurden im sogenannten Brotfahrerprozeß angeklagt. Er fand als Massenprozeß vom 30. Juni bis 4. August 1936 vor dem Oberlandesgericht in Hamm statt. Da alle Angeklagten in Duisburg im Untersuchungsgefängnis saßen, führte das Oberlandesgericht den Prozeß in Duisburg durch. Aufgrund der großen Zahl der Angeklagten unterteilte das Gericht den Prozeß in drei Abteilungen, die getrennt behandelt wurden. In weiteren Prozessen wurden Mitglieder dieses Widerstandskreises aus Düsseldorf, Neuss, Köln, Solingen, Lüdenscheid und dem Aachener Raum verurteilt. Angesichts dieser Massenprozesse in

den westlichen Provinzen des Deutschen Reichs, das sich zu diesem Zeitpunkt für die Olympiade in Berlin herausputzte, sprach die Exilzeitung "NEUER VORWÄRTS" in ihrer Ausgabe vom 16. August 1936 in einem fast ganzseitigen Titelaufmacher von "BRAUNER JUSTIZ-OLYMPIADE". Die Olympiade war auch der Grund, weshalb der Prozeß gegen die 18 Hauptangeklagten mit Hermann Runge an der Spitze vor dem Volksgerichtshof verschoben wurde. Um ihn der internationalen Aufmerksamkeit zu entziehen, fand der Prozeß erst vom 30. November bis zum 11. Dezember 1936 in Düsseldorf statt. Hermann Runge wurde in diesem Prozeß zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt, Sebastian Dani zu 4 Jahren Zuchthaus, Karl Hankamer wurde mangels Beweisen freigesprochen.

Der Widerstandskreis um die "Germania" war die größte Widerstandsorganisation aus der SPD-Tradition, die in Duisburg aufgebaut worden war. Daneben war Duisburg eines der drei Zentren des Widerstandes der SAP in Westdeutschland. Die SAP war bereits im März 1933 in die Illegalität gegangen. In Duisburg-Hamborn führte die ehemalige Bezirksleitung ihre Arbeit illegal weiter, und zwar für den Bezirk Duisburg-Niederrhein. Daneben bestanden illegale SAP-Leitungen für den Bezirk Mittelrhein in Köln und für den Bezirk Westfalen in Dortmund. Die Leitung aller drei Bezirke über-

DAS BANNER

DER REVOLUTIONÄREN EINHEIT

Man muss den wütenden
Druck noch größer machen,
indem man ihm die Bewusstheit
des Drucks beifügt; die
Schmach noch schmerzvoller,
indem man sie publiziert.

UM DIE SAAR

Kopf der illegalen Zeitung der SAP

nahm der Duisburger Eberhard Brünen, der bereits am 2. Mai 1933 fast verhaftet worden wäre und danach in der Illegalität lebte.

Zur Duisburger Gruppe gehörten u.a. Karl Völker, Adolf Graber, Kurt Flechsig, Wilhelm Pennekamp, Franz Kuhfeld, Rudolf Bienstock und Paul Grabosch. Der Gestapo Dortmund, die die zentrale Ermittlung gegen die westdeutsche SAP leitete, gelang es am 3. November 1934, Eberhard Brünen und im Anschluß daran die übrigen Duisburger Mitglieder der illegalen SAP zu verhaften. Am 13. Juli 1935 wurden 35 Duisburger Mitglieder der SAP wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt.

Mit der Verhaftung der Widerstandsgruppe um die Brotfabrik "Germania" und die SAP war der Gestapo ein entscheidender Einbruch in die Duisburger SPD-Anhängerschaft gelungen. Mit Gefängnis und Zuchthaus, mit Folter, Verfolgung und Tod bezahlten die

Widerstandskämpfer für ihren Mut. Organisierter Widerstand auf der breiten lokalen Ebene aus der SPD-Tradition erwies sich danach unter dem faschistischen Terrorregime als nicht mehr möglich. Jedoch wissen wir um zahlreiche Kontakte, die einzelne Sozialdemokraten zum Ausland hatten und die zum Transport von illegalem Material benutzt wurden.

Wir wissen vom bedrückenden Schicksal einzelner, die wegen oppositioneller Haltung in die Fänge des Regimes gerieten und schwer bestraft wurden. Wir wissen, daß einzelne Duisburger Sozialdemokraten und Gewerkschafter auch über die furchtbare Zeit des 2. Weltkrieges hinweg untereinander Kontakt hielten, daß sie, nachdem das Naziregime unnennbares Leid über Deutschland, Europa und die Welt gebracht hatte, mit ihrer ganzen Kraft für den Wiederaufbau eines neuen, eines anderen Deutschland eintraten.

XII. Nachkriegszeit 1945 - 1948

In den letzten Tagen des März und Anfang April 1945 rückten amerikanische Kampftruppen ohne größere Kämpfe ins Gebiet der heutigen Stadt Duisburg ein und beendeten damit den 2. Weltkrieg für Duisburg. Die Truppen marschierten ein in eine Region, die von den Auswirkungen des Krieges furchtbar verwüstet worden war. Der Bombenkrieg und der Artilleriebeschuß der letzten Kriegswochen hatten die Wohn- und Fabrikviertel der Stadt in Trümmer gelegt. Riesige Schuttmengen, ausgebrannte Ruinen, zerstörte Brücken, Kanäle, Straßen, versenkte Schiffe in Rhein und Häfen kennzeichneten das Bild der Stadt. Auch die Industrie, die Lebensgrundlage der Stadt, war schwer betroffen worden.

In jenen chaotischen Nachkriegswochen, die der Besetzung durch die Amerikaner folgten, war die alles entscheidende Macht in den Städten die Militärregierung, ein Stab von zunächst amerikanischen, dann britischen Offizieren, der sich in Duisburg im Hause Fuldastraße 28 einrichtete. Zunächst war die Militärregierung vor allem an militärischer Sicherheit interessiert. Sie verbreitete strenge Kontrollvorschriften für die deutsche Bevölkerung: Sperrstunde, Verdunkelung, Ausweispflicht. Später versuchte sie aber auch, die deutschen Verhältnisse soweit zu ordnen, daß die lebensnotwendigsten Dienste und Einrichtungen wiederhergestellt wurden. Die Militärregierung beauftragte damit deutsche Verwaltungsstellen, zunächst vor

allem die Stadtverwaltung, die sie zu diesem Zweck auf Nazi-Anhänger überprüfte und einer von NS-Anhängern unbelasteten Führung unterstellte. Zum Duisburger Oberbürgermeister wurde der Rechtsanwalt Dr. Heinrich Weitz ernannt, ein ehemaliger Duisburger Dezent, bis 1933 Oberbürgermeister von Trier, als Zentrumsmitglied von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängt.

Der Moment des Zusammenbruchs war das Signal für die Nazigegner, vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten, den energischen Versuch zu unternehmen, auf die politischen Verhältnisse wieder Einfluß zu gewinnen. In vielen Duisburger Vororten bildeten sich Aktionsausschüsse, die die Nazis zu Aufräumaktionen und zur Trümmerschuttbeseitigung zusammenriefen. Die Militärregierung hat diesen Aktionen allerdings aus Sicherheitsbedenken bald ein Ende gesetzt.

Erfolgreicher waren die Gewerkschafter, auch, weil die Militärregierung in den ersten Nachkriegsmonaten politische Tätigkeit strikt untersagt hatte, der gewerkschaftlichen aber ein wenig freundlicher gegenüberstand. In den Duisburger Betrieben bildeten sich Betriebsräte. Bereits am 4. Mai 1945 schrieb Gustav Sander, sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, an den Kommandanten der Militärregierung in Duisburg, um eine Erlaubnis für die Gewerkschaftsgründung zu erreichen. Am 14. Mai konnte ein Vorbereitungskomi-

tee in einem ersten allgemeinen Rundschreiben zur Bildung einer Einheitsgewerkschaft über alle früheren weltanschaulichen Grenzen hinweg aufrufen:

„Die Nazipest ist beseitigt. Hitler und seine Trabanten sind zur Strecke gebracht. Noch aber ist die Hitlerbrut nicht vollständig vernichtet. Es muß deshalb die vornehmste Aufgabe der Arbeiterschaft sein, für die restlose Beseitigung aller Überreste des Nationalsozialismus Sorge zu tragen... In fast allen Betrieben sind nun wieder Betriebsräte ins Leben gerufen worden und nun gilt es, eine machtvolle Organisation der Arbeiter ins Leben zu rufen... Arbeitnehmerschaft von Duisburg! Unterstützt uns beim Aufbau einer neuen Einheitsgewerkschaft, des Instruments für die Abwehr der Unternehmerwillkür. Habt Vertrauen zu den Männern, die in den verflochtenen zwölf Jahren aufrechtstanden für die Sache der Arbeitnehmerschaft. Es lebe die Freiheit, es lebe die Einigkeit! Es lebe die Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer.“

Im vorläufigen Vorstand der neuen Einheitsgewerkschaft sind mit Gustav Sander, Karl Kuron, Adam Dienst, Alois Nickel und Hanna Niederhellmann wieder Sozialdemokraten an führender Stelle tätig.

Am 26. Juli 1945 konnte auf der ersten Vertreterversammlung der „Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer in Groß-Duisburg“ die offizielle Gewerkschaftsgründung erfolgen. Mit Gustav Sander und Wilhelm Pennekamp gehörten zwei Sozialdemokraten neben zwei Kommunisten (Oskar Triebel, später SPD, Wilhelm Stock) und zwei christlichen Gewerkschaftern (Matthias Föcher und Johann Andermahr) dem Leitungskomitee an.

Jenen großen Entwurf der Duisburger Gewerkschafter, die umfassende Einheitsgewerkschaft, konnten die Deutschen in den Folgemonaten angesichts von Widerständen auf seiten der Militärregierung, die einen zu großen gewerkschaftlichen Machtzuwachs fürchtete, nicht verwirklichen. Von 1946 an wurden vielmehr Einzelgewerkschaften



Rheinbrücke zwischen Duisburg und Homberg im Jahr 1945

ins Leben gerufen, wie wir sie als DGB-Gewerkschaften heute kennen. Als erster wurde in Duisburg am 17. März 1946 der Industrieverband Metall gegründet. Örtliche Zusammenschlüsse der Gewerkschaften (Ortsausschüsse, Vorläufer des DGB) wurden erst danach eingerichtet, der in Duisburg am 26. September 1946.

Die Duisburger Gewerkschaftsentwicklung zeigt schon, daß bei den Sozialisten in den ersten Nachkriegsmonaten das Bedürfnis weit verbreitet war, jene unselige Spaltung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, die den Faschismus begünstigt, wenn nicht ermöglicht hatte, zu überwinden. In Duisburg fand das Ausdruck im gemeinsamen Auftreten von ehemaligen SPD- und ehemaligen KPD-Mitgliedern in der "Antifaschistischen Einheitsfront". Als politische Organisation verfestigte sich die "Antifa" jedoch nicht. Als vom Juni ab die überörtliche Entwicklung vor allem in der Reichshauptstadt Berlin zunächst auf die separate Gründung von SPD und KPD abzielte, bildeten sich auch in Duisburg wieder getrennte Parteien. Über die Schritte zur Wiedergründung der Duisburg SPD seit dem Kriegsende berichtet ein Rückblick:

"Ohne Gas und elektrischen Strom, zum großen Teil auch ohne Wasser, knappste Lebensmittelzuteilung, dazu die Ungewißheit, was die nächste Zukunft bringen würde, die Familien auseinandergerissen, Männer ohne Nachricht von ihren Frauen und Kindern, Frauen, die seit Monaten ohne Nachricht von ihren Männern waren, Mütter, die keine Kenntnis vom Schicksal ihrer Kinder hatten, das war die Situation, die ganz zwangsläufig zur Hoffnungslosigkeit führen mußte.

Und doch zeigten sich schon nach wenigen Tagen die ersten Zeichen des neu erwachenden Lebens. Erst vereinzelt zwar nur, aber dann doch stetig wachsend, regte sich der alte sozialistische Kampfgeist wieder. Es war, als ob nach langer Fesselung die Glieder zuerst wieder sich an die freie Bewegung gewöhnen mußten. Zuerst verständigten sich die alten Gewerkschaftler untereinander, und in den Betrieben bildeten sich die ersten Betriebsvertretungen auf freier Grundlage. Der Gedanke der



Nachkriegssituation am Rathaus

Einheitsgewerkschaft wurde zur Tat. Dann aber setzte auch die Arbeit für den Aufbau der Sozialdemokratischen Partei wieder ein, und es war wirklich herzerfrischend, wie eine ganze Reihe der alten SPD - Genossen, trotz der zwölf Jahre Naziterror mit ungebrochenem Mute den Neuaufbau der Partei in Angriff nahmen...

Als dann am 30. August 1945 auf eine Eingabe an die Militärregierung die Genehmigung zur Bildung eines Organisationsausschusses erteilt wurde, war ein erster Abschnitt erreicht."

Das Programm, das der Vorbereitungsausschuß unter Führung von Wilhelm Tenhagen der Militärregierung vorlegte, macht deutlich, wie stark die Anknüpfung an die sozialistischen Traditionen in Duisburg war:

"Getreu unserer geschichtlichen Vergangenheit erkennen wir, daß das Chaos der Gegenwart seine Ursache in der wirtschaftlichen Entwicklung der bürgerlichen Welt hat, die zum Ausdruck kommt in den aufeinanderprallenden Interessen des Kapitalismus und seiner

oft sinnlosen Produktion, die immer einen Wettlauf um die Rohstoffquellen und Absatzmärkte zur Folge hatte. Zweimal in kaum einem halben Jahrhundert wurde in diesen zwei Weltkriegen mehr an Werten zerstört, als die Arbeitenden der Welt im gleichen Zeitraum zu schaffen in der Lage wären.

Darum bekennen wir uns auch als Gegner des kapitalistischen Machtstrebens und sehen das Ziel unserer Arbeit in der Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die auf dem Wege der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Völker auch dem Wohle der gesamten Menschheit dient. Wir erstreben daher die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, an Rohstoffen und Verarbeitungswerkstätten und Überführung desselben in Gesellschaftseigentum. Und weiter die Abschaffung der kapitalistischen Profitwirtschaft, an deren Stelle eine planvolle Gemeinwirtschaft treten muß, damit die Arbeit aller Schaffenden zu einer Quelle des friedlichen Aufbaues und höchster Wohlfahrt der Menschen wird...

Wir erkennen, daß die demokratische Republik diejenige Staatsform ist, in-

nerhalb der unsere Arbeit am sichersten gewährleistet ist...

Wir erstreben

a) die Schaffung einer deutschen Einheitsrepublik auf der Grundlage der Selbstverwaltung aller staatlichen und kommunalen Glieder mit einer starken Führung und einer Verfassung, die dem Volke das allgemein gleiche geheime Wahlrecht sichert und nur solche Parteien zuläßt, die sich uneingeschränkt bejahend auf den Boden der demokratischen Republik stellen.

b) die Schaffung einer Verwaltung nach demokratischen Grundsätzen unter Einbeziehung aller Kräfte, die sich positiv zum demokratischen Staat bekennen.

c) eine Rechtsordnung und Strafrecht, die den Grundsätzen eines fortschrittlichen, sozialen und demokratischen Staates entsprechen und Willkür und Vorrechte ausschalten.

d) eine Kultur- und Erziehungspolitik, die die Vorrechte der Besitzenden beseitigt und den Tüchtigen auf Kosten der Allgemeinheit den Weg zur Führung ebnet und die getragen ist von dem Gedanken einer wirklichen Volksgemeinschaft und der Völkerverständigung.

e) die Aufbringung der Finanzen und Steuern nach dem Grundsatz der Schonung der wirtschaftlich Schwachen und stärkeren Belastung der Besitzenden.

f) entsprechend ihrer grundsätzlichen Einstellung zur wirtschaftlichen Neugestaltung fordern wir in der Wirtschaftspolitik

1. daß Grund und Boden, Wohnungsbau, Banken, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, sowie alle Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs und Transportwesens der einseitigen und unsozialen Privatwirtschaft zu entziehen sind und in den Besitz der staatlichen und kommunalen Gemeinwirtschaft überführt werden müssen.

2. Die Demokratisierung der Wirtschaft und das Mitbestimmungsrecht der Schaffenden in Organisationen der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

3. Die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft, Förderung des Klein- und Mittelbesitzes in der Landwirtschaft, sowie die Auflösung des Großgrundbesitzes mit dem Ziel der Schaffung land-

wirtschaftlicher Siedlungen auf genossenschaftlicher Grundlage.

Internationale Politik

In der Erkenntnis, daß bei voller Berücksichtigung der nationalen Eigenheit des deutschen Volkes und seiner berechtigten Interessen die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Völkern der Erde zum friedlichen Aufbau einer demokratischen Weltordnung notwendig ist, erklären wir, unsere Politik darauf abzustellen und diese Zusammenarbeit mit allen Mitteln zu fördern."

Am 9. September 1945 führte der Organisationsausschuß der SPD die erste öffentliche Versammlung im Rheinland seit 1933 durch, die Wiedergründungsversammlung der SPD Duisburg. Im Stadttheater sprach der Vizepräsident der Regierung Düsseldorf Walter Kolb, auf einer Parallelveranstaltung in Hamburg im "Modernen Theater, Weseler Str.8" Regierungsrat Böllhoff.

Dieser führte in seiner Rede u.a. aus:

"Als nächste Aufgaben stellen wir uns:

1. Festigung der sozialdemokratischen Partei als Organ der Neuerstehung einer demokratischen Selbstverwaltung.

2. Gemeinsame unermüdliche Anstrengung für den möglichst raschen Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnungen für die Bevölkerung zu schaffen.

3. Rücksichtslose Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens von allen Trägern und Formen des Hitlertums.

4. Kampf gegen alle militaristischen Gedankengänge, gegen jede Art der Völker- und Rassenverhetzung.

5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung einer auf gegenseitiger Achtung gegründeten Zusammenarbeit mit allen Völkern.

6. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens.

7. Wiederherstellung der Rechtssicherheit in einem demokratischen Rechtsstaate.

Geschichtlich gesehen, war der Nazismus der erneute Versuch des Militarismus und des Kapitalismus in Deutschland, sich durch einen Eroberungskrieg vor seiner Entmachtung durch die Demokratie zu retten. Ganz Deutschland ein Kasernenhof, ein Zuchthaus, schließlich ein einziges Leichen- und

Trümmerfeld. Das war sein Drittes Reich. Ungleich schwerer als nach dem Weltkrieg 1914/18 ist das Los unseres Volkes, das Hitler uns hinterließ.

Vergeßt das niemals!

Wir Sozialdemokraten packen auf allen Gebieten in voller Erkenntnis und mit verdoppeltem Verantwortungsbewußtsein gegenüber diesen Riesenaufgaben wieder zu, mehr noch als nach dem Weltkrieg 1918, in welchem das kaiserlich-militaristische Deutschland seine erste Niederlage erlitt.

Ein drittes Mal darf und wird sich das nicht wiederholen.

Nie wieder Krieg! Es lebe die Demokratie!

Seht hin auf die Millionenopfer, auf all das Herzeleid, die Trümmer, die Tränen, den unabsehbaren Jammer!

Hört nun endlich auf uns, auf unser Mahnen, auf unsere Lehren!

Allem Schweren setzen wir Tag um Tag unser trotziges Dennoch entgegen. Fest und zuversichtlich blicken wir auf unser hohes Ziel!

Mutig und verantwortungsbewußt betreten wir den Weg zu schwerer Arbeit. Schließt euch an! Folgt uns alle, soweit ihr guten Sinnes seid!

Die kapitalistische Diktatur hat versagt, wird immer versagen!

Das preußisch-militaristische 'Stillgestanden' war euer Feldgeschrei, eure Naziparole.

Wir sind wieder auf dem Marsche. Der demokratische Weltruf 'Rührt euch' ist unsere Losung.

Ja, rührt euch, ihr Männer und Frauen in Stadt und Land, und du, deutsche Jugend! Dann werden wir wieder wie einst in der einigen Arbeiterschaft unter Bebel und Liebknecht singend durch die Straßen und die Wälder ziehen mit unserem stolzen Lied:

Der Erde Glück, der Sonne Pracht, des Geistes Licht, des Wissens Macht. Der ganzen Menschheit sei's gegeben! Das ist das Ziel, das wir erstreben!"

Die wiedergegründete Duisburger Sozialdemokratie knüpfte in ihrer Organisationsstruktur an die Erfahrungen von Weimar an. Wiederum wurden Distrikte als Untergliederungen des Ortsvereins Duisburg ins Leben gerufen (z. T. waren sie schon vor der öffentlichen Gründungsversammlung des Ortsvereins Duisburg am 9. Septem-

ber 1945 gegründet worden, - so wählte z. B. der Distrikt Wanheimerort am 24. Juli 1945 seinen Vorstand mit Karl Harzig als Vorsitzendem). Die zunächst 18 in Duisburg eingerichteten Distrikte waren: Neudorf-Duissern, Stadtmitte, Kaßlerfeld-Neuenkamp, Hochfeld, Wanheimerort, Wanheim-Hüttenheim, Wedau, Bissingheim, Rahm, Großenbaum, Ruhrort, Laar, Beeck, Meiderich, Obermeiderich, Bruckhausen, Marxloh, Schmidthorst.

Eine Referentenliste vom September 1945 zeigt uns die Namen der damals besonders aktiven Genossen: Gustav Sander, Wanheimerort, Karl Harzig, Wanheimerort, Paul Nelles, Werner Tauffmann, Hamborn, Eberhard Brünen, Hochfeld, Hubert Wagner, Neudorf, Oswald Kwitnewski, Wilhelm Tenhagen, Neudorf, Georg Oder, Wanheimerort, Kurt Müller, Neudorf, Karl Reuter, Neudorf und Richard Frütel, Neuenkamp.

Zum Vorsitzenden des Duisburger Ortsvereins wurde zunächst Wilhelm Tenhagen gewählt, ab Ende 1945 gefolgt von Robert Stahl.

Auch der Unterbezirk Duisburg-Wesel (mit Duisburg, Oberhausen, den Landkreisen Dinslaken und Rees) wurde im August 1945 wiedergegründet. Zum ersten Unterbezirksvorsitzenden wählte die Delegiertenversammlung am 26. August 1945 Wilhelm Tenhagen, zum Unterbezirkssekretär Eberhard Brünen. Da Wilhelm Tenhagen nach seiner Berufung zum städtischen Dezernenten von seinen politischen Ämtern zurücktreten mußte, folgte ihm im Unterbezirksvorsitz Heinrich Jochem aus Oberhausen (gewählt am 2. 12. 1945), Stellvertreter wurde Arthur Teich aus Duisburg.

Auf der Unterbezirksdelegiertenkonferenz am 18. 5. 1947 wurde Ernst Schmidt aus Oberhausen zum neuen Vorsitzenden, Dr. Berger, Wesel, zu seinem Stellvertreter gewählt. Der Unterbezirk Duisburg-Wesel bestand bis 1949, als die SPD-Organisation auf die Stadt bzw. Landkreise zugeschnitten wurde. Seitdem bildet der Stadtkreis Duisburg einen selbständigen Unterbezirk.

Der Neuaufbau der Duisburger SPD nach dem Krieg und ihr Weg bis in die siebziger Jahre ist eng verknüpft mit dem Namen Eberhard Brünen.

Eberhard Brünen (1906 - 1980), lebens-

lang ein kämpferischer Sozialist, war 1925 Mitglied und bald Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend in Duisburg geworden. 1928 trat er der SPD bei, schloß sich aber mit vielen jüngeren Genossen in der Endphase der Weimarer Republik der SAP an, für die er nach 1933 führend illegal tätig wurde. Er wurde von der Gestapo gefaßt, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und blieb bis Kriegsende in Haft. Als erster Parteisekretär in Duisburg war er 1945 führend am Aufbau der SPD beteiligt und gestaltete als Ratsherr (1946 - 1969), Landtagsabgeordneter (1947-1950, 1954-1961) und Bundestagsabgeordneter (1949-1953, 1961-1972) in führenden Positionen die Duisburger SPD-Politik mit.

Die Mitgliederentwicklung zeigt, daß es der Duisburger SPD rasch gelang, wieder eine erhebliche Anhängerschaft in der Bevölkerung zu finden: Ende 1945 waren schon 1173 Mitglieder in der SPD organisiert (weibliche Mitglieder 147), am 31. 12. 46: 3945, am 31. 12. 47: 4781 (weibliche Mitglieder 683), am 31. 12. 48: 5123 (weibliche Mitglieder: 946), am 1. 1. 1950: 4463 Mitglieder (weibliche Mitglieder: 907). Auch der Ortsverein Walsum, der am 9. 9. 1945 wiederbegründet worden war, organisierte bald eine zahlreiche Anhängerschaft: 31. 12. 45: 94; Dezember 1946: 359 (weibliche Mitglieder: 81); Juni 1948: 502 Mitglieder.

Es wurde auch wiederum versucht, anknüpfend an die Parteitradition, sozialdemokratische Nebenorganisationen ins Leben zu rufen. Allerdings fiel eine gegenüber den Weimarer Verhältnissen abweichende Grundentscheidung: Separate Sport- und Kulturorganisationen der Arbeiterschaft sollten nicht wieder aufgebaut werden. Vielmehr wollte man durch aktive Mitarbeit in den wiederum entstehenden demokratischen Organisationen und Vereinen hier das sozialdemokratische Gedankengut verbreiten.

Neu begründet wurde die Arbeiterwohlfahrt, die Anfang 1946 ins Leben trat. Leni Biergans berichtet:

„Es muß Anfang 1946 gewesen sein. Da war ich bei der AWO Geschäftsführerin. Wir hatten den ersten Raum



Eberhard Brünen

auf der Dickelsbachstraße in der zweiten Etage in der Wohnung des Vorsitzenden Julius French, der bei der DEMAG beschäftigt war. Herta Brünen(-Niederhellmann) war die zweite Vorsitzende. Meine Arbeit bei der Arbeiterwohlfahrt war sehr vielschichtig. Man hatte ja auch Sozialarbeit im Auftrag des Jugendamtes zu leisten. Wir haben Spenden bekommen, vor allem aus Schweden und aus der Schweiz. Die wurden dann verteilt. Aus Amerika kamen die Care-Pakete. Das lief folgendermaßen:

Die Amerikaner haben den Angehörigen mitgeteilt, daß sie ein Care-Paket zu erwarten haben. Und die Austeilung der Care-Pakete lief über die Wohlfahrtsverbände. Dann haben wir die schweren Pakete in die zweite Etage geschleppt. Dort wurden sie dann abgeholt.

Wir haben auch zusammen mit den Falken ein Jugendlager am Entenfang gemacht im Auftrag des Jugendamtes. Die Engländer haben uns die Zelte zur Verfügung gestellt, dann die Pötte und was dazugehört. Und die brachten auch das Milchpulver und das Suppenpulver. Da haben alle dran gearbeitet, Bernhard Krapfl mit den Falken, Waltraut Lauer, Hans Lauer und Herbert Knapp.“

Einen Bericht über die Ausgangslage beim Aufbau einer sozialistischen Jugendbewegung gab Gen. Hankammer auf einer Distriktsversammlung in

Wanheimerort im Mai 1946:

„Nach Schilderung der durch den Zusammenbruch als rat-, hilf-, haltlos und verzweifelt sich darbietenden Jugend stellt Gen. Hankammer die Forderung an alle interessierten Kreise, alles daran zu setzen, um die durch die Nazis systematisch herabgesetzten Ideale : Demokratie, Sozialismus u. a. bei der Jugend zu wecken und zu stärken und sie zu selbstverantwortlichen, aufbauwilligen Staatsbürgern zu erziehen, die gewillt sind, Deutschland aus der Not herauszuführen. Im Gegensatz zu den kath. Jugendorganisationen, die in der Kirche ihre weltanschauliche und politische Tradition durch die Nazizeit haben aufrecht erhalten können, müssen die freien Organisationen ihre Arbeit mit unzulänglichen Mitteln unter schwierigsten Umständen von vorne beginnen... Andernorts ist die Falkenorganisation gut im Aufbau und Fortschritt, Widerstände - auch solche von der Mil.-Beh. (Behörde d. V.) - konnten bislang überall überwunden werden.

Aufgabe und Arbeitsgebiete der Organisation sind folgende:

Erziehung der Mitglieder nach sozialistischen Grundsätzen, Beschäftigung durch Spiel, Sport, Basteln, Musik und Volkstanz, Wandern, Weiterbildung im Wissen durch Vorträge und Kurse...

An Gründung und Aufbau der Sozial-

istischen Jugend „Die Falken“ 1945/46 in Duisburg erinnert sich der damalige Vorsitzende Fritz Elspösch:

„Ab Juni 1945 trafen sich in einer Wohnung in Hochfeld ehemalige Mitglieder der Sozialistischen und Kommunistischen Jugend zur Gründung eines einheitlichen Jugendverbandes 'Freie Jugend Duisburg'. Das Ziel dieser Gruppe war, innerhalb der 'Antifaschistischen Front' die unselbige Spaltung der Arbeiterjugend in der Weimarer Republik zu überwinden.

Unabhängig davon gründete Jakob Epding in der Mozartschule in Neudorf eine Kindergruppe unter dem Namen 'Falkengruppe'. Die Gruppe stand in der Tradition der 1933 verbotenen Kinderfreunde. Die Mitgliederzahl stieg sehr schnell auf über 60 an.

In der Gruppe der 'Freien Jugend Duisburg' gab es endlose Debatten über die Organisationsform und über den politischen Weg.

Anfang 1946 diskutierte der Ortsvereinsvorstand der Partei unter der Leitung von Robert Stahl über die Erfahrungen in den beiden Gruppen. Der Vorstand beschloß die Trennung von der 'Freien Jugend Duisburg' und die Gründung der Sozialistischen Jugend 'Die Falken'. Mit der Gründung wurden die Vorstandsmitglieder Herta Brünen-Niederhellmann

und Fritz Elspösch beauftragt. Eberhard Brünen versprach, mit seiner Erfahrung die Arbeit zu unterstützen. In den folgenden Wochen und Monaten kam es zu Gruppengründungen in den folgenden Stadtteilen: Neudorf-Duisern (Resi Epding, Änne Elspösch, Else Schneider), Hochfeld (Erich Zirwes, Hilde König), Wanheimerort (Michel Heil, Erna Heil), Stadtmitte-Kaßlerfeld (Willi Tüffers), Wanheim (Alfred Heinen), Bissingheim (Heini Schröder), Meiderich (Christian Schreiber, Albert Kieren, Emmy und Otto Philipp), Beeck (Karl Voß), Laar (Hans Thiel), Hamborn (Franz Kuhfeld, Menne Stuhlfarth).

In den Ortsvereinsvorstand Duisburg der Sozialistischen Jugend 'Die Falken' wurden gewählt: Fritz Elspösch (Neudorf) als Vorsitzender, Hermann Monning (Neudorf) als Kassierer, Henny Poppke (Wanheimerort) als Schriftführerin. Henny Poppke wurde bald durch Waltraud Teich/Lauer (Hochfeld) abgelöst.

Der erste größere öffentliche Auftritt der Falken war ein von der Militärregierung verbotener Jugendmarsch anlässlich der Wahlkundgebung am 6. Oktober 1946 mit Kurt Schumacher vom Königsplatz zum Burgplatz. Bei der Ankunft auf dem Burgplatz ordnete die Militärregierung das Einrollen der roten Fahnen und der Transparente an. Der verantwortliche Falkenleiter F. Elspösch bekam im Rathaus eine Verwarnung."

Zäh verliefen die Auseinandersetzungen mit der Militärregierung um den Wiederaufbau einer eigenen Presse. Als Presseorgan wurde schließlich das "Rhein-Echo, die Volkszeitung am Niederrhein" ab März 1946, dann ab Juli 1946 die "Neue Ruhr Zeitung (NRZ)" ins Leben gerufen. Über die Pressepolitik gab es aber alsbald Auseinandersetzungen, wie aus einer Entschließung der Unterbezirkskonferenz Duisburg-Wesel vom 27. Juli 1947 hervorgeht:

"Die Unterbezirkskonferenz stellt fest, daß es die Aufgabe der 'Neuen Ruhr-Zeitung' ist, Sprachrohr der sozialistischen Bewegung und Ideen zu sein. Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß die N.R.Z. diese Aufgabe nicht erfüllt und beauftragt daher die Mitglieder des Pressebeirates des Un-



Lord Pakenham, Minister der brit. Labour-Regierung für die Britische Zone, in Duisburg, Mai 1948 (stehend v. l.: Bürgermeister Stahl (SPD), Müssgen, Frau Brauksiepe, Gustav Sander (SPD), Dr. Müller-Vogt, Wilhelm Tenhagen (SPD), Mr. Laycock, sitzend: Col. Stockwell, Oberstadtdirektor Klimpel (SPD), Lord Pakenham, Dr. Storm)

terbezirks Duisburg-Wesel, Maßnahmen zu ergreifen, um die NRZ diesen Aufgaben zuzuführen."

Die Redaktion der NRZ behauptete gegenüber diesem Anspruch aber mit Erfolg ihren Standpunkt einer journalistischen Unabhängigkeit und nur losen Anbindung an die Parteiorganisation.

Kurzzeitig gab der Unterbezirk Duisburg-Wesel auch ein eigenes Mitteilungsblatt heraus, genannt "Vorwärts", Mitteilungs- und Ausspracheblatt der SPD, Unterbezirk Duisburg - Wesel (Nr. 1, 6. 3. 1948), dem aber offenbar keine lange Existenz beschieden war. Schon vor der Einsetzung einer bürgerschaftlichen Vertretung bei der Stadtverwaltung waren Sozialdemokraten kommunalpolitisch aktiv geworden. Vor allem Gustav Sander hatte beim Oberbürgermeister Dr. Weitz, der sein Amt demokratisch, aber seiner politischen Einstellung als ehemaliges Zentrums- und späteres CDU-Mitglied gemäß bürgerlich-konservativ führte, wiederholt interveniert, vor allem gegen das Verbleiben von Nationalsozialisten im Verwaltungsbereich.

Seit dem 6. Juli 1945 bestand in Duisburg wieder eine Bürgervertretung, nicht gewählt zwar, sondern auf Vorschlag des Oberbürgermeisters und nach Überprüfung durch die Militärregierung berufen und mit Vertretern aus den gesellschaftlichen Gruppen besetzt, darunter auch 18 Vertretern der Arbeiterschaft, je sechs aus der sozialdemokratischen, der kommunistischen und der christlichen Richtung. Hier haben die Arbeitervertreter mit Gustav Sander als Sprecher der sozialistischen Gruppe die wesentlichen kommunalpolitischen Forderungen des Nachkriegsjahres erhoben: Erfassung und Bestrafung der Nationalsozialisten, Berücksichtigung der Sozialisten bei der Besetzung der städtischen Spitzenpositionen, Bekämpfung des Schwarz- und Schleichhandels, energische Aufräum- und Wiederaufbaumaßnahmen.

Vor allem das Nazi- Problem wurde immer wieder von den Sozialisten zum Thema gemacht. Über den Stand der Säuberung der Verwaltungen und Betriebe von Nationalsozialisten berichtete Gustav Sander vor einer Distrikt-Mitgliederversammlung in Wanhei-

merort im November 1945:

"Bei der Reinigung der kommunalen Verwaltung, der städtischen Betriebe, der Verkehrsgesellschaft, der Häfen-AG seien im wesentlichen folgende Grundsätze und Gedanken maßgebend gewesen: Es soll vermieden werden, aus persönlichem Übelwollen oder kleinlicher Rache irgend jemand aus seiner Stellung zu bringen. Es hat ein ordnungsgemäßes Verfahren nach den vorgeschriebenen Richtlinien der Besatzungsbehörde statzufinden. Nach einer Verfügung der Militärregierung vom 9. Juni 1945 sind alle willkürlichen und betriebsstörenden Maßnahmen zu unterlassen. Das letzte Wort spricht überhaupt die M. R. Wer der Besatzungsbehörde nicht tragbar ist, scheidet ohne weiteres aus. Bei den Beamten ist Mitgliedschaft vor 1933 als Treubruch anzusehen und Entlassungsgrund. Betriebsstörer - als solche sind auch Arbeitskollegen anzusehen, mit denen die Belegschaft die Zusammenarbeit wegen ihres faschistischen Verhaltens ablehnt, sind zu entlassen und als Aktivisten anzusehen. In Verwaltung, Industrie und allen größeren Wirtschaftsorganisationen sind Überprüfungsausschüsse gebildet worden, die nach den Richtlinien der M. R. über die Tragbarkeit entscheiden. Die Grundlagen hierzu bilden die Fragebogen der Engländer. Selbstverständlich ist natürlich, daß Nazis, welche sich an der Judenaktion oder irgendwelchen Maßnahmen, um Volksgenossen aus politischen Gründen in Konzentrationslager oder Zuchthäuser zu bringen, beteiligten, als Betriebsstörer angesehen werden müssen. Es kann vorkommen, daß Leute bleiben, welche als untragbar angesehen werden, dann liegen aber ganz besondere Gründe vor (Spitzel). Jeder Entlassene hat das Recht des Einspruchs. Darum soll ohne zwingende Gründe gegen niemand ein Verfahren eröffnet werden. In den Gewerkschaften nimmt man Parteigenossen, die lediglich formale Mitgliedschaft besaßen, auf, sie können aber keine Funktionäre werden. Trotz aller generellen Richtlinien soll dennoch stets individuell verfahren werden."

Auf dieser Sitzung wurde weiter von einer Vertreterversammlung der Duisburger SPD berichtet, auf der zum Nazi-

Problem beschlossen wurde: " ... ehemalige Nazi-P.-G.'s (Parteigenossen d. V.) nicht aufzunehmen; 2. die Säuberungsaktion auf private Betriebe auszudehnen; 3. die Aktivisten zu registrieren; 4. die ehemaligen P. G.'s für die Kriegsfolgen in jeder Beziehung haftbar zu machen."

Ein weiterer Schwerpunkt der kommunalpolitischen Auseinandersetzungen waren die Versuche der Sozialdemokraten, auf die Besetzung der Spitzenpositionen der Stadtverwaltung Einfluß zu nehmen. Nur mit nachdrücklichem Bemühen war es im September 1945 gelungen, Wilhelm Tenhagen zum ersten sozialdemokratischen Dezernenten der Stadtverwaltung zu machen.

Wilhelm Tenhagen (1888-1965) war in Duisburg im Arbeiterhaushalt aufgewachsen. 1920 war er als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der DEMAG maßgeblich am Aufbau des Betriebsrätegesetzes in der Metallindustrie beteiligt gewesen. Er wurde Landesarbeitsrichter in Halle und 1928 1. Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes Halle-Merseburg. Im 3. Reich zeitweise inhaftiert, wurde Tenhagen 1945 erster Vorsitzender der Duisburger SPD und des Unterbezirks Duisburg-Wesel, bis er durch seine Berufung zum städtischen Beigeordneten und Bürgermeister aus diesen Ämtern ausscheiden mußte. Ihm unterstanden in der Nachkriegszeit die wichtigsten städtischen Ämter, das Ernährungs- und Wirtschaftsamt; mit ungewöhnlicher Tatkraft und unorthodoxen Methoden ging er nach der Währungsreform das zentrale kommunale Problem, den Wiederaufbau der Wohnungen, an. 1954 in den Ruhestand getreten, war er noch 3 Jahre Vorstandsvorsitzender der GEBAG.

Zu besonders heftigen Auseinandersetzungen mit dem Oberbürgermeister Weitz kam es über die Frage nach der Besetzung der Stelle des Oberstadtdirektors. Die Briten hatten ab Ende 1945 im Rahmen ihrer demokratischen Reformen eine kommunale Verfassungsreform in Gang gesetzt, die einerseits die Berufung von bürgerschaftlichen Beiräten bei den kommunalen Verwaltungen vorsah - diese sollten zunächst berufen, später gewählt werden und über

alle wesentlichen Stadtangelegenheiten entscheiden-, andererseits die Trennung der städtischen Spitzenpositionen in einen politischen Oberbürgermeister als Vorsitzenden des Rates, der ehrenamtlich tätig sein sollte, und einen hauptamtlichen Verwaltungschef, den Oberstadtdirektor, den man sich als unpolitischen Verwaltungsfachmann vorstellte. Da Weitz auf den Posten des Oberbürgermeisters wechselte, beanspruchte die SPD den des Oberstadtdirektors. Jedoch wurden zwei von der SPD vorgeschlagene Kandidaten zunächst abgelehnt, auf Betreiben von Weitz, wie die SPD vermutete.

Schließlich ernannte die Militärregierung als Kompromißkandidaten den Sozialdemokraten Gustav Klimpel aus Berlin, einen Kommunalfachmann. Das Verfahren hatte jedoch soviel Spannungen erzeugt, daß SPD und KPD dem Oberbürgermeister das Vertrauen entzogen, eine Aktion, die allerdings ohne Wirkung blieb.

Es waren gerade die Auseinandersetzungen um die kommunalen Spitzenpositionen und die näherrückenden ersten Wahlen, die das zunächst bestehende Einvernehmen zwischen den sich wieder bildenden demokratischen Parteien trübten.

Verändert hatte sich in Duisburg zum Zeitpunkt der ersten Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 auch das Verhältnis zwischen SPD und KPD. Während im Jahr 1945 in Duisburg die Betonung der Gemeinsamkeiten vorgeherrscht hatte - in der "Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft" gab es häufige gemeinsame Besprechungen -, veränderte sich das Klima 1946. Diese Veränderung ist zu sehen im Zusammenhang mit der Entwicklung in den Westzonen und in Berlin. In den Westzonen setzte sich die Führung Kurt Schumachers, des kämpferischen und charismatischen Führers der Nachkriegssozialdemokratie, durch. Seine Position zur KPD hat er auf der ersten Bezirkskonferenz des Bezirks Niederrhein am 1. Dezember 1945 klargelegt:

"Von allen deutschen Parteien ist die Sozialdemokratische Partei die einzige, die vor dem Richter das Examen bestanden hat. Dabei leugnen wir nicht, auch Fehler gemacht zu haben; aber das haben

andere auch. Das Ziel unserer Arbeiterpolitik ist, die Einheit aller Arbeiter zu erreichen. Aber woran scheitert diese Einigung? Es stehen dort nicht nur Streitigkeiten der Vergangenheit im Wege. Die Einheit ist da, wo die K.P.D. aufhört, ein Machtinstrument der russischen Außenpolitik zu sein. Im Sinne der deutschen Politik ist die K.P.D. überflüssig. Ihr Lehrgebäude ist zertrümmert und ihr Weg durch die Geschichte widerlegt. Die Kommunisten waren Todfeinde der Demokratie und des parlamentarischen Systems. Ohne ihre arbeitfeindliche Politik hätte die Machtergreifung der Nazis nie zur Diskussion gestanden. Jetzt kann es als Einheitspartei des arbeitenden Volkes nur die S.P.D. geben..."

Einen anderen Weg nahm der SPD-Zentralausschuß um Otto Grotewohl in Berlin. Hier strebte man ab dem Frühjahr 1946 die Vereinigung mit der KPD in der Sozialistischen Einheitspartei an, die auf dem Gründungskongreß der SED am 21. und 22. April 1946 in Berlin beschlossen wurde. Obwohl dieser Kurs im Duisburger Raum Anhänger fand, verblieb eine Mehrheit des Unterbezirks Duisburg-Wesel näher an der Position Schumachers.

In einer Resolution des Unterbezirks vom 14. April 1946 hieß es :

"Die Versammlung bekennt sich zu der Notwendigkeit einer geeinten großen sozialistischen Arbeiterbewegung und strebt ihre Verwirklichung an. Doch hält sie den Zeitpunkt der Vereinigung noch nicht für gegeben durch das Fehlen der praktischen und theoretischen Klärung. Die Einheit kann nur wachsen aus der Zusammenarbeit in Tagesfragen, die das vorhandene Mißtrauen überwinden wird. Sie kann nur erfolgen unter Beibehaltung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes und auf dem Boden des Marxismus. Die Schaffung der Einheit ist eine Angelegenheit eines Reichsparteitages, der unabhängig vom Einfluß eines anderen Staates seine Beschlüsse fassen kann. Eine überstürzte Vereinigung beider soz. Parteien würde der gesamtsozialistischen Bewegung mehr schaden als nützen... Die kommenden Wahlen werden das Stärkeverhältnis der beiden Parteien feststellen und so die Grundlage für eine sachliche Diskus-

sion geben. Es kann also zunächst nur eine harmonische Zusammenarbeit beider Parteien gewünscht und gefördert werden..."

Der Parteitag der SPD in den Westzonen vom 9. bis 11. Mai 1946 bekräftigte den Distanzierungskurs des Parteivorsitzenden Kurt Schumachers, an den auch der Unterbezirk Duisburg- Wesel und der Ortsverein Duisburg, wenn auch mit Verzögerung, heranrückten. In Duisburg standen noch vor der Kommunalwahl 1946 gemeinsame Kandidatenlisten mit der KPD zur Diskussion, was aber am Verbot der Militärregierung scheiterte.

Bei der ersten Kommunalwahl 1946 trat die CDU in Duisburg mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Oberbürgermeister Weitz, an. Auf einer großen Wahlkundgebung auf dem Burgplatz sprach am 6. Oktober 1946 der Vorsitzende der SPD Kurt Schumacher:

"Wir stehen vor der Frage: entweder die Restauration des Kapitalismus oder den direkten Weg auf das Ziel des Sozialismus...(In der Kölner Erklärung) erklärt die Sozialdemokratische Partei frei und offen der ganzen Welt, daß sie beim Neubau Deutschlands die politische Verantwortung nur dann zu tragen gewillt ist, wenn die Welt ihr gewisse Voraussetzungen gibt. Das ist eine historische EntschlieÙung..., denn zum ersten Male wagt es eine deutsche Partei, der ganzen Welt zweierlei zu sagen, einmal, daß gewisse Prinzipien der Entwicklung zum sozialen Sinn ganz deutlich von der Welt für Deutschland bejaht werden müssen und zweitens, daß Deutschland, auch dieses armselige, zerrüttete, zerrissene Deutschland ein Anrecht auf die Hilfe der Welt hat..."

Ich möchte Euch Anhänger der CDU, euch christliche Gewerkschaftler und kleinen Gewerbetreibenden, euch geistige Arbeiter, euch Intellektuellen fragen, was trennt denn euch von der Sozialdemokratie? Wenn ihr genau hinschaut: nichts... Ich bin gerecht genug, um anzuerkennen, daß die CDU Elemente umfaßt, die ehrlich den demokratischen und sozialen Willen zeigen. Und ich weiß, daß man diese Elemente jetzt in die Agitation schickt. Aber... diese linken CDU-Elemente, die machen das

Vokabularium der Agitation, aber die Rechten, die machen die praktische Politik, und die Rechten, das sind die Besitzfanatiker und die Reste des deutschen Großkapitals. Es ist nicht wahr, daß die heutige CDU der Herren Adenauer und Konsorten, daß sie berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes an das Gewissen der Welt zu appellieren, denn es ist ja tatsächlich die Politik der bürgerlichen Parteien gewesen, die den braunen Kettenhund haben großfüttern lassen, um ihn auf die Arbeiterklasse loszulassen...

Wenn die Welt den Frieden haben will, dann wird sie auch den Sozialismus in Deutschland haben müssen (Bravo). Denn es wird auf die Dauer gesehen in Deutschland die Demokratie sozialistisch sein oder sie wird gar nicht sein (Beifall). Diese Fragen sind es, die uns alle grundsätzlich bewegen. Aber die praktische Hilfe in der Ernährung, in der Hausbrandversorgung und in allen diesen Dingen sind ja auch nicht weniger wichtig...

Bei dieser ersten Wahl nach dem Krieg errang die SPD in Duisburg 34,8% der Wählerstimmen, die KPD 14,2 %, die CDU 39,5 %, das Zentrum 6,2% und die FDP 5,2 %. Nach dem besonderen Mehrheitswahlssystem, das die Engländer verordnet hatten, erhielt die CDU mit 28 von 48 Sitzen im Stadtparlament die Mehrheit, die SPD erhielt nur 15 Sitze, die KPD 3, Zentrum und FDP je einen Sitz.

Über die erste Landtagswahl nach dem Krieg, die in die Phase der schlimmsten Notsituation der Nachkriegszeit fiel, sei zitiert aus einem Bericht des Duisburger Polizeichefs:

„Die von Woche zu Woche schlechter werdende Ernährungslage hat in der Bevölkerung eine gereizte Stimmung hervorgerufen. Den sich stets widersprechenden Bekanntmachungen deutscher und maßgeblicher ausländischer Stellen wird kein Glauben mehr geschenkt. Aus dieser Stimmung heraus fanden in der Berichtszeit unter Leitung der Gewerkschaften erstmalig nach dem Zusammenbruch Hungerdemonstrationen statt. Auch kam es wiederholt zu Arbeitsniederlegungen, die auch von den Bergleuten vorgenommen wurden. Am 1. August 1947 erfolgte in der Zeit



Kurt Schumacher in Duisburg, 29. 10. 1951 (von links: Brünen, Tenhagen, Stahl, Schumacher, Seeling)

von 8 - 12.00 Uhr auf dem König-Heinrich-Platz in Duisburg und auf dem Altmarkt in Hamborn eine Protestkundgebung mit Arbeitsniederlegung, an der 75 000 Personen aus allen Betrieben und Behörden beteiligt waren. Zu Ausschreitungen ist es in keinem Fall gekommen. Im übrigen stand der Berichtsmonat weiterhin im Zeichen der Wahl agitation für die Landtagswahlen am 20. 4. 1947. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Bevölkerung geringes Interesse für die Wahlen aufbrachte. Die Versammlungen waren sehr schwach besucht. Die beste Besucherzahl hatte die KPD aufzuweisen. Diese Interessenlosigkeit in politischen Angelegenheiten ist ebenfalls auf die bisher gemachten Erfahrungen nach Kriegsschluß zurückzuführen. Wenn ein großer Teil der Bevölkerung nach dem Zusammenbruch die Siegerstaaten tatsächlich als Befreier von einem unerträglichen Joch angesehen hatte und in dem Bewußtsein, schwere Lasten aufnehmen zu müssen, doch fest davon überzeugt war, daß auf Seiten der Siegerstaaten der Wille vorhanden war, etwas Neues und Besseres zum Wohle der ganzen Menschheit einschließlich der Besiegten zu schaffen ohne Anwendung von Gewalt und Unterdrückung auf gerechter Grundlage und unter der Beachtung der Gesetze der Menschlichkeit und Freiheit aller Völker, so steht man jetzt auf dem Standpunkt, daß die Siegerstaaten gar nicht beabsichtigen, einen gerechten Frieden auf der Grundlage der notwendigen Lebensbedürfnisse für Deutsch-

land herbeizuführen, sondern vielmehr das Prinzip einer ewigen Vergeltung vorherrscht und daß man aus Deutschland so viel wie möglich herauspreßt, um Nutzen davon zu haben, auch wenn es dabei gänzlich zugrunde geht. Allgemein hat die Bevölkerung das Gefühl, daß die Gesetze der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und der Freiheit nur für die Siegerstaaten gelten, da über die gerechtfertigten Forderungen zur Abstellung von unfaßbaren Leiden und Nöten unschuldiger Menschen geschwiegen wird. Unter diesem Gesichtspunkt glaubt man, daß eine deutsche Regierung, die unter Kontrolle der Siegermächte steht, zwecklos ist, da sie in allen entscheidenden Fragen wie beim Wiederaufbau der Wirtschaft, Kohlenverteilung, Einfuhr der notwendigen Lebensmittel ... nur sehr beschränkte Befugnisse hat und jedenfalls nicht so arbeiten kann, wie das zum Wohle des Volkes notwendig wäre. Es ist damit zu rechnen, daß die Wahlbeteiligung eine geringe sein wird.“

Tatsächlich erreichte die Wahlbeteiligung bei dieser ersten Landtagswahl nur 60%; von der verzweifelten Stimmungslage profitierte die KPD, die mit 23 % ihr bestes Nachkriegsergebnis erzielen konnte. Stärkste Duisburger Partei wurde die SPD, jedoch mit nur 31 % der Stimmen, vor der CDU (29 % der Stimmen). Als direkt gewählte Mitglieder zogen neben 3 CDU-Vertretern Eberhard Brünen und Robert Stahl in den ersten gewählten Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen ein.

XIII. Wiederaufbau 1948 - 1956

“In der Wahlnacht vom 17. zum 18. Oktober 1948, als sich herausstellte, daß die SPD stärkste Partei in der Stadt geworden war, kam der Vorsitzende der Partei auf mich zu - das war damals Robert Stahl - und sagte: ‘Jetzt mußt Du Oberbürgermeister werden!’ Ich habe ihn für verrückt erklärt! Ich hielt das für völlig ausgeschlossen. Aber bei der konstituierenden Fraktionssitzung hat man solange auf mich ‘eingehämmert’, daß ich schließlich schweren Herzens zustimmte. Ich habe von Anfang an betont, daß ich nicht meinen Beruf aufgeben werde und ich dieses Amt nicht als Funktionsaufgabe ansehe. Nur wenn sich herausstellt, daß beides miteinander vereinbar sei, würde ich den Ver-

such machen. Es hieß auch, es sei ja nur für ein Jahr.”

So schildert August Seeling fast vier Jahrzehnte später, was ihn bewegte, als er von seiner Partei dazu ausersehen wurde, Duisburgs erster sozialdemokratischer Oberbürgermeister zu werden.

In der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt am 9. November 1948 schlug der Vorsitzende der SPD-Fraktion Gustav Sander namens der größten Fraktion vor, August Seeling zum Oberbürgermeister zu wählen. In offener Abstimmung wurden 29 Stimmen dafür abgegeben, 14 Ratsmitglieder,

darunter Seeling selbst, enthielten sich der Stimme. Die Fraktionen von SPD, KPD, Zentrum und FDP hatten für den Vorschlag der SPD gestimmt. Die CDU-Fraktion hatte sich enthalten. Warum?

Bei der ersten Kommunalwahl nach dem Krieg am 13. Oktober 1946 hatte die CDU - begünstigt durch ein kompliziertes Mehrheitswahlsystem (36 Direktmandate, 12 Listenplätze) - mit 39,5 Prozent der abgegebenen Stimmen 28 Mandate und damit die absolute Mehrheit erreicht. Auf die anderen Parteien waren entfallen: SPD 34,8 % (15 Mandate), KPD 14,2 % (3 Mandate), Zentrum 6,2 % (1 Mandat), FDP 5,2 % (1 Mandat). Zum Oberbürgermeister wurde damals auf Vorschlag der stärksten Fraktion Dr. Heinrich Weitz (CDU) und zum Bürgermeister Robert Stahl (SPD) gewählt. Als Weitz 1947 zum Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen berufen wurde, bestimmte der Rat Dr. Leo Storm (CDU) zu seinem Nachfolger.

Die Kommunalwahl am 17. Oktober 1948 brachte nach der Einführung eines neuen Wahlsystems (27 Direktmandate, 17 Listenplätze) eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt. Stärkste Fraktion wurde mit 18 Mandaten und 40,5 % der abgegebenen Stimmen die SPD. Auf die übrigen Parteien entfielen: CDU 32,6 % (14 Mandate), KPD 11,2 % (5 Mandate), Zentrum 8,2 % (4 Mandate), FDP 7,5 % (3 Mandate). Die SPD beanspruchte entsprechend den parlamentarischen Gepflogenheiten als stärkste Fraktion nunmehr das Amt des Oberbürgermeisters für sich. Dem widersprach aber die CDU mit dem Argument, daß bereits Oberstadtdirektor Dr. Klimpel Sozialdemokrat sei und deshalb nicht auch noch ein Sozialdemokrat zum Oberbürgermeister gewählt werden solle. Da jedoch die anderen Fraktionen erklärten, daß sie ihre Stimmen August Seeling geben wollten, enthielt sich die CDU-Fraktion.

Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister wandte sich August Seeling mit einer versöhnlichen, vorwärtsblickenden Erklärung an den Rat der Stadt:



August Seeling (Mitte) nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister

“Sie haben mich soeben zum Vorsitzenden des Rates der Stadt gewählt. Ich möchte Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben, herzlich danken. Ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen, auch das Vertrauen jener Ratsherren, die nicht glauben, ihre Stimme diesem Wahllakt geben zu können... Das zweite Wort des Dankes möchte ich aussprechen meinem Amtsvorgänger, dem scheidenden Oberbürgermeister Dr. Storm. Ich darf Ihnen danken für die unermüdliche Arbeit, die Sie für die Stadt Duisburg in schwerer Zeit geleistet haben. Ich weiß, daß Ihre besonnene und freundliche Art Ihnen persönliche Sympathien aller Kreise gebracht hat. Ich darf damit den Wunsch für eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit für die Zukunft verbinden.

Ich möchte... ein kurzes persönliches Bekenntnis hinzufügen und einige Gedankengänge zu Beginn der Übernahme des Amtes kurz skizzieren: Ich bin aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus.

Das ist keine Enge, sondern eine Weite, wenn man den Sozialismus als einen gangbaren Weg zu einer sinnvollen Ordnung unseres Lebens ansieht und wenn man dabei die geistige Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortung anerkennt. Die bestmögliche Lösung der sozialen Frage ist ja doch wohl das brennendste Anliegen des 20. Jahrhunderts. In dieser großen Schau ist der Sozialismus als das Streben nach sozialer Gerechtigkeit nur denkbar auf dem Boden einer echten Demokratie.

Mit einer solchen Demokratie ist verbunden die Freiheit der eigenen Urteilskraft und die Achtung der menschlichen Persönlichkeit. Und damit ist verbunden die Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und vor den politisch Andersdenkenden.

Ich bin der Meinung, daß dies selbstverständliche Formen des öffentlichen Lebens sein müßten. Darum meine ich auch, daß eine Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit gegeben sein müßte...

Die Probleme unserer Stadt sind unübersehbar, und nur im Zusammenwirken aller positiven Kräfte werden wir an die Verwirklichung dieser Aufgaben

herangehen können. Dabei ist die Voraussetzung eine friedliche Entwicklung, eine bescheidene Neuordnung unseres Deutschen Hauses und ein weltoffener Blick für die Aufgabe eines größeren Europas. Wir werden in diesem Hause zu den Nöten unserer Zeit und unserer Stadt Stellung nehmen müssen... Die Gefahr der Demontage von friedlichen Produktionsstätten ist immer noch akut. Vielleicht haben jene Arbeiter in Bochum recht, die ruhig und würdevoll dagegen gestreikt haben. Ich brauche nur die August-Thyssen-Hütte zu erwähnen, um daran zu demonstrieren, was das Demontage-Problem für Duisburg bedeutet...

Wir müssen annehmen, daß nicht ein Zeitraum von 100 Jahren notwendig ist, um planmäßig bei der Trümmerbeseitigung unserer Stadt vorzugehen, sondern daß wir in zwanzig bis dreißig Jahren über dieses Problem Herr werden können. Dabei kommt es darauf an, daß der Stadt ein Gesicht gegeben wird, das den Erfordernissen unserer Zeit entspricht...

Wenn wir wissen, daß 16.000 Haushalte in Duisburg ohne Wohnung sind und daß diese Menschen nur in primitiven und behelfsmäßigen Unterkünften wohnen, dann mögen wir daran ermes-sen, welch erstrangiges Problem der Wohnungsbau ist...

Innerhalb unserer Bürgerschaft ist viel menschliche Not durch das Schicksal der Vermißten und Kriegsgefangenen. Die soziale Not ist nicht minder groß... Ich möchte auch der jüngsten Generation ein Wort zurufen und ihr sagen, daß sie bemüht bleiben soll, sich aktiv in das politische Leben einzuschalten. Sie soll nicht kühl und skeptisch abseits stehen. Die Jugend wird bei mir immer ein gutes und offenes Ohr finden für ihre Probleme. Und wenn mir neben meinem Beruf noch Zeit bleibt, werde ich immer wieder den Rucksack packen und die Jugendherbergen besuchen und die Probleme der Jugend mit ihr selbst zu meistern versuchen.

Ich möchte zum Schluß den Ruf richten an alle Ratsherren, an alle Kollegen des Hauses und an alle Männer und Frauen, die im kommunalpolitischen Leben tätig sind, an die Arbeit zu gehen und die uns gestellten Aufgaben mutig und zuverlässig in Angriff zu nehmen. Dem Parlament wollen wir



August Seeling

eine Periode glücklichen Schaffens für unsere Heimatstadt wünschen.“

August Seeling (geb. 1906) war bei seiner Wahl mit 42 Jahren der jüngste Oberbürgermeister Deutschlands und sollte bei seinem Rücktritt 21 Jahre später mit Abstand der dienstälteste sein. Geboren in Duisburg, besuchte er die Volksschule und wurde nach kaufmännischer Lehrzeit und anschließender Tätigkeit als Verkaufskorrespondent im Eisengroßhandel 1929 Geschäftsführer beim Zentralverband der Angestellten in Duisburg. Seit 1924 Mitglied der SPD, wurde er am 2. Mai 1933 gemeinsam mit vielen anderen Duisburger Gewerkschaftern verhaftet. Als die Nationalsozialisten den Zentralverband der Angestellten auflösten, verlor er seine Arbeit, fand aber 1935 eine Anstellung beim Duisburger Bauunternehmen Karl Hitzbleck, wo er bis zu seiner Pensionierung 1971 beschäftigt war. Anlässlich seines 70. Geburtstages verlieh ihm der Rat der Stadt Duisburg das Ehrenbürgerrecht.

Nachdem August Seeling in der konstituierenden Ratssitzung am 9. November 1948 zum Oberbürgermeister gewählt worden war, kandidierten Dr. Leo Storm (CDU) und Anton Gebler (KPD) für das Amt des Bürgermeisters. Für die SPD-Fraktion erklärte Eberhard Brünnen, daß der CDU als zweitstärkster Fraktion das Recht zukomme, den Bürgermeister zu stellen, daß sich die Sozialdemokraten aber wegen des



Ratssitzung 1949. Sander, Brünen, Stahl (v. l.)

Verhaltens der CDU bei der Oberbürgermeisterwahl der Stimme enthalten würden. Dr. Storm wurde dann mit den Stimmen von CDU, Zentrum und FDP, gegen die Stimmen der KPD und bei Enthaltung der SPD zum Bürgermeister gewählt.

Unter Vorsitz von Gustav Sander richtete die SPD-Fraktion - vielfach in Übereinstimmung mit den anderen Parteien - ihr Hauptaugenmerk von Beginn an auf den Erhalt der Arbeitsplätze und die Linderung der Wohnungsnot. Erhalt von Arbeitsplätzen bedeutete in der Stahlstadt Duisburg in erster Linie Kampf gegen die drohende Demontage der Hüttenwerke, von der die wirtschaftliche Existenz eines Viertels der Duisburger Bevölkerung, die bereits wieder auf 400.000 angewachsen war, abhing.

Als am 13. April 1949 ein von den Außenministern der Westmächte unterzeichnetes Demontageabkommen veröffentlicht wurde, das den Abbau der August-Thyssen-Hütte in Hamborn und der Niederrheinischen Hütte in Hochfeld vorsah, reagierte der Rat der Stadt Duisburg mit einer spektakulären Aktion. Für den 2. Mai wurde eine öffentliche Ratssitzung nach Hamborn einberufen. In unmittelbarer Nachbarschaft zur August-Thyssen-Hütte wurde der einzige Tagesordnungspunkt "Entschließung zur geplanten Demontage der August-Thyssen-Hütte in

Duisburg-Hamborn und zur beabsichtigten Teildemontage des Hüttenwerkes Niederrhein" ohne Aussprache abgehandelt. Nachdem der Oberbürgermeister im Auftrag aller Fraktionen auf die zu erwartenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der Demontage hingewiesen hatte, verabschiedete der Rat einstimmig die folgende Entschließung:

"Die August-Thyssen-Hütte ist nach dem Gutachten von Sachverständigen mit internationalem Ruf der leistungsfähigste Stahlbetrieb Europas. Die mit ihrer einzigartig günstigen geographischen Lage verbundenen Vorteile würden bei einer Demontage dieses Werkes für die ganze europäische Wirtschaft verloren gehen. Die Arbeiter und Angestellten der August-Thyssen-Hütte und des Hüttenwerkes Niederrhein zeichnen sich durch große Treue und höchste fachliche Leistungen aus. Diese beiden Werke haben seit ihrem Bestehen niemals Kriegsmaterial erzeugt. Alle deutschen Stellen und der Humphrey-Ausschuß haben sich aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft für die Erhaltung der genannten Betriebe ausgesprochen. Die Stadtvertretung kann angesichts dieser Tatsachen nicht annehmen, daß für den Beschluß der Demontage der August-Thyssen-Hütte und zur Teildemontage des Hüttenwerkes Niederrhein wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen sind. Bei der Durchführung dieser Demontage steht

die wirtschaftliche Existenz von mehr als 100.000 Bürgern unserer Stadt auf dem Spiel. Der soziale Friede, der wirtschaftliche und demokratische Aufbau sind ernstlich gefährdet. Die Stadtvertretung appelliert deshalb nochmals an das politische und soziale Gewissen sowie an die wirtschaftliche Einsicht der Alliierten. Sie bittet eindringlich, von den in Duisburg geplanten Demontagen abzusehen."

Mit dieser politischen Demonstration machte sich der Rat der Stadt zum Sprecher der von Arbeitslosigkeit bedrohten Belegschaften und gab damit ihrem Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze mit den ihm zur Verfügung stehenden politischen Mitteln Rückhalt. Und die gemeinsamen Anstrengungen hatten Erfolg: Nach langen und schwierigen Verhandlungen gaben die Alliierten im November 1950 schließlich die Demontageabsichten auf. Damit war die wirtschaftliche Existenz vieler tausend Duisburger Familien vorerst gesichert.

Doch die Menschen brauchten nicht nur Arbeit, sondern auch ein Zuhause. Das bereitete in den ersten Nachkriegsjahren große Probleme. Von den 110.000 Wohnungen, die im Jahre 1939 im Duisburger Stadtgebiet vorhanden gewesen waren, wurden bis Kriegsende mehr als 30.000 vollkommen zerstört, etwa 45.000 mehr oder weniger stark beschädigt und nur knapp 35.000 blieben von Kriegseinwirkungen verschont. Zwar zählte Duisburg bei Kriegsende nur noch knapp 150.000 Einwohner, aber die Zahl stieg in den nächsten Jahren durch Rückwanderer, Kriegsheimkehrer und Heimatvertriebene wieder an, so daß bereits im Jahre 1949 die Zahl von 400.000 Einwohnern erneut überschritten wurde.

In diesem Jahr gab es in Duisburg mehr als 50.000 Wohnungssuchende, denen möglichst schnell und effektiv geholfen werden mußte. Auf Initiative der SPD-Fraktion beschloß der Rat der Stadt, ein Wohnungsbau- und Siedlungsamt zu gründen, dessen Aufgabe es sein sollte, schnell und unbürokratisch den Wiederaufbau und den Neubau von Wohnungen zu fördern und auch selbst durchzuführen. Rückblickend kann man feststellen, daß diese Einrichtung

überaus erfolgreich gearbeitet hat. Zwischen 1949 und 1959 wurden mit Hilfe dieses Amtes insgesamt 62.000 Wohnungen errichtet, womit Duisburg beim Wiederaufbau an der Spitze der Ruhrgebietsstädte lag.

Ähnlich katastrophal war die Ausgangssituation im Schulbereich. Bernhard Plenter, Lehrer und SPD-Ratsherr, beschreibt die Situation :

“Mai 1945: 63 % aller Duisburger Schulen liegen in Schutt und Asche. In den unzerstörten oder beschädigten Schulgebäuden werden Lebensmittelkarten und Bezugsscheine ausgegeben. In einigen Klassenräumen, die durch Eltern, Lehrer und Kinder notdürftig hergerichtet worden sind, wird wieder unterrichtet. Das Wort ‘Schicht’ bekommt eine neue Bedeutung: ‘Schicht’ - unterrichtet belastet unsere Kinder. Ein Beispiel für viele ähnliche: In einer Schule müssen 21 Klassen in 5 Unterrichtsräumen vierschichtig unterrichtet werden. Ein Klassenraum dieser Schule ist in der Mitte mit Schulmöbeln abgeteilt. In der einen Hälfte unterrichtet ein Lehrer, in der anderen wohnt eine Mutter mit ihrem Kind.”

Schaffung von Unterrichtsräumen - eine fast unlösbare Aufgabe in einer Stadt, in der Menschen immer noch in Ruinen und Kellern lebten. Und doch aus Sicht der SPD-Fraktion eine bittere Notwendigkeit. Waren Bildung und Erziehung an sich schon unverzichtbar, so erschien der SPD nach 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft ein



Gustav Sander



Fahrnerstraße in Hamborn (9. 4. 43)

funktionierendes, demokratisches Schulsystem besonders wichtig für den erfolgreichen Aufbau eines demokratischen Staates. Daß umfassende Bildung der beste Schutzwall gegen einen Rückfall in den nationalsozialistischen Rassenwahn sei, war in der 18-köpfigen SPD-Fraktion, deren Mitglieder noch durchweg von den kulturellen Traditionen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik geprägt waren, unumstritten. Unter Führung des altgedienten Gewerkschafters Gustav Sander setzte die SPD-Fraktion ganz selbstverständlich frühzeitig im Schulraumbau einen ihrer politischen Schwerpunkte.

Gustav Sander (1881 - 1955), von 1946 bis 1950 erster Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion nach dem zweiten Weltkrieg, ein Arbeiterführer von altem Schrot und Korn, repräsentiert schon durch seine Biographie die Verwurzelung in den Traditionen der Arbeiterbewegung. Geboren als Sohn einer Rheinschifferfamilie, befuhr er zunächst als Schiffsjunge und Matrose den Rhein, wurde 1898 Hafendarbeiter in Ruhrort und beteiligte sich an mehreren Streiks. Seit 1905 Mitglied der Gewerkschaft und in vorderster Reihe aktiv, arbeitete er nach dem ersten Weltkrieg als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär und wurde 1922 Bevollmächtigter des Transportarbeiterverbandes. Seit 1906 war er Mitglied der SPD und von 1926 bis 1933 Stadtverordneter. Bereits im Juli

1945 wurde er zum Bürgervertreter berufen und Sprecher der sozialistischen Gruppe, später Vorsitzender der sozialdemokratischen Ratsfraktion. 1946 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Gewerkschaft Transport und Verkehr. Von 1949 bis 1953 war er Mitglied des Ersten Deutschen Bundestages. 1950 legte er, 69jährig, das Amt des Fraktionsvorsitzenden nieder, gehörte aber dem Rat der Stadt bis zu seinem Tode weiterhin an.

In den Kommunalwahlkampf 1952 zog die SPD-Fraktion unter Führung ihres neuen Vorsitzenden Karl Harzig. Und obwohl die bürgerlichen Parteien eine harte Konfrontation, insbesondere mit der SPD, suchten nach dem Motto: Kampf der roten Herrschaft im Rathaus, konnten die Sozialdemokraten einen großen Wahlerfolg feiern und die Hälfte der Mandate im Rat der Stadt erringen. Nach der neuen Gemeindeordnung wurde die Zahl der Ratsmitglieder von 44 auf 54 erhöht. Die SPD erzielte am 9. November 1952 46,4 % (+ 5,9 %) der Stimmen und 27 Mandate. Die übrigen Stimmen verteilten sich folgendermaßen: CDU 28,2 % (-4,4 %, 17 Mandate), FDP 9,9 % (+ 2,4 %, 6 Mandate), KPD 6,3% (-4,9 %, 4 Mandate). Das Zentrum war mit 4,4 % (- 3,8 %) an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert. Zum Oberbürgermeister wurde wiederum August Seeling gewählt. Erstmals erhielt er

zwei Stellvertreter: Mathias Kuckhoff (CDU) und Wilhelm Mues (SPD).

Die Sozialdemokraten hatten damit ihre Position im Rat der Stadt ausbauen und festigen können. Es fehlte ihnen zwar eine Stimme an der absoluten Mehrheit, andererseits aber konnten sie nicht überstimmt werden, so daß ihnen eine Schlüsselposition zufiel und sie dem Wiederaufbau und der Neugestaltung der Stadt ihre Handschrift geben konnten. Das hieß übersetzt in praktische Politik: Sicherung der Existenzgrundlage der Bevölkerung einerseits und Schaffung eines breiten Geflechts von Erholungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen.

Nach der Abwendung der Demontage und dem Wiederaufbau der Eisen- und Stahlindustrie sowie des Bergbaus war die wirtschaftliche Grundlage der Stadt fürs erste gesichert. Neben den beein-

druckenden Leistungen im Wohnungsbau wurde in den 50er Jahren vor allem in den Schulbau investiert. Bis zum Jahre 1959 wurden 692 Klassenräume, 263 Räume für den Fachunterricht, 24 Schulturnhallen, 30 Lehrküchen und 20 Aulen neu gebaut. Jedoch reichten diese enormen Anstrengungen noch nicht aus, den Schichtunterricht ganz abzuschaffen.

Von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen und die Versorgung der Bevölkerung war die Wiederherstellung bzw. der Aufbau eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes. Die Beseitigung der Kriegsschäden, vor allem der Wiederaufbau der zerstörten Brücken, mußte gekoppelt werden mit einer zukunftsweisenden Verkehrsplanung, die den stetig steigenden Kraftfahrzeugverkehr berücksichtigte. Ratsherr Georg Lewenton, von Beruf Diplomingenieur, beschreibt die Problemlage:

„Parallel zur Rheinwasserstraße in 22,4 km Länge (Luftlinie) hingelagert bei einer verhältnismäßig geringen Breite zwischen 5 bis höchstens 12 km, in der Mitte durch die breite Ruhr-Mündung und Niederung in etwa gleich große Stadthälften gespalten, erfordert die Vereinigung der verschiedenen Stadtteile Duisburgs eine von den großstädtischen Verkehrsplanungen einer gewachsenen, zentral orientierten Stadt wie Hannover oder München gänzlich abweichende Konzeption. Neben diesen Tatsachen ist davon auszugehen, daß einer großen Zahl von Verkehrswegen ins östliche Hinterland im Stadtgebiet selbst auf der Westseite nur zwei Straßenbrücken über den Rhein gegenüberstehen und eine dritte Rheinbrücke - die Krefelder Brücke - sich nur peripher am Südrand des Stadtgebietes befindet. Die beiden städtischen Brücken liegen relativ nahe dem Schwerpunkt der Stadt, die Rheinhauser Brücke südlich in Hochfeld und die Ruhrort-Homberger Brücke nördlich der Ruhr-Mündung. Problem Nr. 1 ist nach den geschilderten Umständen eine richtig liegende Nord-Süd-Verbindung zur Entlastung von zwei sich bisher als Stadtteilverbindung hinwindenden historischen Strassenzügen, von denen der landeinwärts gelegene im Laufe der Jahre kräftig ausgebaut ist und als Bundesstraße 8, von Düsseldorf kommend, den Verkehr nach Wesel und Holland durch Duisburg führt...“

Der Gedanke einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verkehrsverbindung ist schon alt. Er taucht bereits 1909 auf, wird nach dem 1. Weltkrieg zuerst auf die Planungen der Rheinisch-Westfälischen-Schnellbahn übertragen. Beim Wettbewerb Bahnhofsvorplatz (1929) ist der Gedanke Nord-Süd-Verbindung konsequenter Leitgedanke, und es entsteht der zweietagige Platz mit der unteren Ebene zur Durchführung der Straße (1932). Im Jahre 1957 wurde hier das erste Teilstück der Nord-Süd-Straße verwirklicht...“

Verkehrstechnisch kommt mit dieser übergeordneten Stadtautobahn folgende Ordnung in die Planung: Neben dem innerstädtischen Nord-Süd-Schnellverkehr dient die Nord-Süd-Straße als Verteiler für den aus Osten an vielen Stellen zugeführten Verkehr, seine Nord-Süd-Verschiebung in Bezug auf die zu erreichenden Stadtteile, insbesondere aber auf die Hinleitung zu den drei Rheinbrücken. Das gleiche gilt natürlich umgekehrt für den West-Ostverkehr.“



Prof. Georg Lewenton

Der eigentliche Wiederaufbau der zerstörten Stadt wurde von den Sozialdemokraten seit Ende der 40er Jahre unter drei Hauptaspekten betrieben: Erhalt und Sicherung der Existenzgrundlage, Wiederaufbau und Erschließung der Wohn- und Industriegebiete sowie Schaffung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen.

Duisburg war in der Weimarer Republik eine Hochburg des Sports gewesen. Bei Kriegsende lagen die damals geschaffenen Sportanlagen überwiegend in Schutt und Asche. Viele wurden von den Sportvereinen selbst, mit großzügiger finanzieller Unterstützung der Stadt, bis Mitte der 50er Jahre wiederhergestellt. Der Sportpark Wedau mit dem Stadion und der Regattabahn wurde zur zentralen Wettkampfstätte erweitert. Als 1957 das Regattahaus eingeweiht wurde, galt die Bahn als die beste Europas und hatte bereits bedeutende internationale Wettkämpfe gesehen. In Hochfeld und Ruhrort wurden die zerstörten städtischen Hallenbäder wieder aufgebaut, in Hamborn eine neue Sporthalle errichtet. Für den Duisburger Süden, Meiderich und Hamborn wurden Sportparks geplant. Die Förderung des Sports, der als Ausgleich und Erholung für die schwer arbeitende Bevölkerung eine wichtige Funktion hatte, lag den Duisburger Sozialdemokraten immer besonders am Herzen.

Der Bau und die Förderung von Sportstätten wurden abgerundet durch eine großzügige Erholungs- und Grünflächenplanung, wofür die Sechs-Seen-

Platte, die Erweiterung des Zoos und der Ankauf des Biegerhofes nur einige Beispiele sind. Von weitreichender Bedeutung war das erfolgreiche Bemühen, trotz städtischen Grundstücksman- gels bedeutende Grün- und Freiflächen zu erhalten, in ihrem Bestand zu si- chern und auszubauen. In einem Auf- satz des Ratsherrn Arnold Masselter liest sich das so:

“Der SPD-Fraktion blieb es vorbehalten, das allgemeine Wohl gegen starke Gruppeninteressen zu verteidigen und zu behaupten. Die SPD hat nein gesagt, wenn begüterte Bauherren ihre Villen in Waldgebieten errichten wollten, die der Bevölkerung als Erholungsgebiete dienen. Sie hat nein gesagt, als die Industrie das letzte Stück Rheinflucht im Süden beanspruchte. Sie hat nein ge- sagt, wenn Konzerne durch neue Fa- brikationsanlagen den Charakter einer Landschaft einschneidend verändern wollten.

Die SPD hat auf der anderen Seite der Schaffung neuer Betriebseinrichtungen zugestimmt, wenn von ihnen die Wett- bewerbsfähigkeit eines Werkes (und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze) abhing. Sie hat diese Genehmigungen allerdings stets von zahlreichen Aufla- gen im Interesse des Bürgers abhängig gemacht.

Ein Musterbeispiel für ein Eingreifen der SPD bietet die planerische Ent- wicklung einer Sechs-Seen-Platte in Verbindung mit einem Erholungspark



Sechs-Seen-Platte

im Duisburger Süden. Wir verhindern durch die Aufstellung bindender Fluchtlinienpläne eine wilde Auskie- sung des Geländes zwischen Wambach- see und Saarner Straße (Großenbaum) und fanden Wege, den Grafen Spee an der vollkommenen Beseitigung des Waldes in diesem Gebiet zu hindern.”

Das Duisburger Stadttheater war am 20. Dezember 1942 den Bomben zum Opfer gefallen. Ein Stück erfolgreicher Duisburger Theatergeschichte hatte damit ein abruptes Ende gefunden. Doch bereits am 1. Oktober 1950 konnte das Theater wieder eröffnet werden, wenn- gleich ohne eigenes Ensemble.

Seit Beginn der Spielzeit 1956/57 be- sitzt Duisburg, gemeinsam mit Düssel-

dorf, mit der Deutschen Oper am Rhein auch wieder ein eigenes Ensemble, wobei jedoch das Sprechtheater weiterhin durch Gastspiele bestritten wurde.

Die Duisburger Theatertradition und der rasche Wiederaufbau nach dem Krieg widerlegen eindrucksvoll die Vorurteile, daß eine Stadt der Schwer- industrie mit der sie prägenden Indus- triearbeiterschaft kulturelle Provinz sein muß.

Der großen Nachfrage in der Bevölke- rung entsprechend - noch im Jahre 1961 gab es in Duisburg 125 gewerbliche Mietbüchereien - wurde die Duis- burger Stadtbibliothek zügig zu einem Institut ausgebaut, das sowohl den Bedürfnissen der wissenschaftlichen Disziplinen als auch den Lesegewohn- heiten breiter Bevölkerungskreise ent- spricht.

Kennzeichnend für das Duisburger Bibliothekskonzept, das in den 50er Jahren von der SPD entwickelt wurde und bis heute Gültigkeit hat, ist, daß die gesamte Bibliothek dezentral organi- siert wird und mit einem Netz von Zweigstellen das gesamte Stadtgebiet abdeckt.

Bereits Ende der 50er Jahre gab es neben der Zentralbücherei 7 Zweig- stellen in den Stadtteilen und eine mobile Autobibliothek. Bildung sollte nicht länger ein Privileg für wenige sein. Das war das zentrale Motiv der SPD beim Aufbau des flächendeckenden Netzes von Bibliothekszweigstellen. Jedermann sollte ohne große Mühen und Kosten Zugang zur Literatur haben können.



Stadttheater und König-Heinrich-Platz, 1959



Konstituierende Ratssitzung am 12. 11. 1956

Obwohl gerade die Wiederaufbauzeit der Duisburger Kommunalpolitik von weitgehender Übereinstimmung zwischen den im Rat vertretenen Parteien geprägt war, kam es bei grundsätzlichen Weichenstellungen immer wieder zu Konflikten. Insbesondere über die Abgrenzung der Aufgaben der Gemeinde gegenüber den Aufgaben einzelner gesellschaftlicher Gruppen hat es gerade mit den bürgerlichen Parteien oft harte Auseinandersetzungen gegeben. Im Rechenschaftsbericht des Fraktionsvorsitzenden Karl Harzig aus dem Jahre 1951 lesen wir dazu:

"In all diesen Sitzungen (des Rates der Stadt, d.V.) werden in vielen Fällen Entscheidungen getroffen, die die einstimmige Auffassung der Beteiligten darstellen. Aber auch sehr oft müssen Entscheidungen in Kampfabstimmungen getroffen werden, wenn es sich um wichtige Grundsatzfragen handelt. Ich will hier zwei Beispiele herausgreifen, die für das Zuletztgesagte zutreffen: 1. Der Bau des Altersheimes in Großenbaum und 2. der Bau des Jugendheimes in Marxloh. Während von uns die Auffassung vertreten wurde, daß die Errichtung und Führung dieser Heime echte kommunale Aufgaben sind, vertrat die Gegenseite (in diesem Falle CDU und Zentrum) die Auffassung, daß diese Aufgaben am zweckmäßigsten von den caritativen Organisationen mit Unterstützung der Gemeinden durchgeführt werden sollen."

Was Harzig an dieser Stelle nicht sagt, aber was wohl der Hauptkonfliktpunkt

war, ist die Frage, in welchem Umfang soziale Dienstleistungen und Institutionen an konfessionell ausgerichtete Träger gebunden sein sollen. Eine zwischen SPD und CDU bis heute heftig umstrittene Frage.

Bei den Kommunalwahlen am 28. Oktober 1956 fanden die sozialdemokratischen Positionen bei der Duisburger Bevölkerung breite Zustimmung. Die SPD erreichte zum ersten Mal die absolute Mehrheit der Mandate im Rat der Stadt Duisburg. In der Neuen Ruhr Zeitung vom 29. Oktober heißt es dazu:

"Sozialdemokraten errangen überwältigenden Wahlsieg. Mehrheit in 29 von 30 Wahlbezirken Wahlbeteiligung 73,5 %."

Die SPD erzielte einen Stimmenanteil von 55,9 % (+ 9,5 %) und erreichte damit eine absolute Mehrheit von 36 der 60 Mandate. Auf die anderen Parteien entfielen: CDU 32,2 % (+ 4 %, 20 Mandate), FDP 6,8 % (- 3,1 %, 4 Mandate), das Zentrum (2,5 %) und der BHE (2,2 %) scheiterten an der Fünf-Prozent-Klausel. Die KPD war seit August 1956 durch Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes verboten und hatte nicht mehr kandidieren können. In der konstituierenden Sitzung des Rates wurden August Seeling erneut zum Oberbürgermeister, Dr. Leo Storm (CDU) und Wilhelm Mues (SPD) zu Bürgermeistern gewählt.

Innerhalb von nur 12 Jahren hatten Duisburgs Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil bei Kommunalwahlen um mehr als 20 % erhöhen können und sich

auf lokaler Ebene als tragende politische Kraft durchgesetzt, obwohl die Arbeit manches Mandatsträgers in den Augen der Partei durchaus zu wünschen übrig ließ. Im Jahresbericht 1953 des Unterbezirks Duisburg-Hamborn wurde vermerkt:

"Nicht alle Genossen haben die übernommenen Pflichten so erfüllt, wie es zu erwarten war. Der Vorstand des Unterbezirkes hat sich in seiner Sitzung am 10. Dezember 1953 damit befaßt und folgenden Beschluß gefaßt: Alle Parteimitglieder, die in der kommunalpolitischen Arbeit im Zusammenwirken mit der Fraktion in irgendeinem städtischen Ausschuß tätig sind und zweimal ohne Entschuldigung den angesetzten Vorbesprechungen fernbleiben, werden ihrer Funktion enthoben."

Duisburg war bis dahin - ebenso wie das gesamte Ruhrgebiet - nicht gerade eine sozialdemokratische Hochburg in dem Sinne gewesen, daß die SPD, gestützt auf eine starke Organisation und breite Zustimmung in der Bevölkerung, das gesellschaftliche Leben und die Politik dominiert hätte. Es gab nicht nur eine KPD, die besonders in Hamborn zeitweise erfolgreicher war als die SPD, sondern auch einen beträchtlichen Anteil von konfessionell stark gebundenen Arbeitern, die dem Zentrum bzw. der CDU nahe standen. Und dennoch konnte sich die SPD den gesellschaftlichen Wandel nach dem 2. Weltkrieg erfolgreich zunutze machen. Dabei waren zwei Entwicklungen von entscheidender Bedeutung: Die Schaffung der Einheitsgewerkschaft mit dem darin für die SPD erfolgreich verlaufenen Machtkampf mit der KPD und der Aufbau einer Parteiorganisation, die sowohl die Betriebe als auch die Wohnbereiche erfaßte und miteinander verknüpfte. Der sozialdemokratische Funktionärskörper war in der Gewerkschaft und den Großbetrieben ebenso verankert wie in der Kommunalpolitik, wohingegen die KPD ihre Organisation weitgehend auf die Betriebe und Gewerkschaften beschränkte.

Wie sah die Duisburger Parteiorganisation aus? Die Mitgliederzahl ist, das geht aus den wenigen noch vorhandenen Unterlagen hervor, zwischen 1947 und 1956 nahezu konstant geblieben.

1947 hatte der Unterbezirk Duisburg-Hamborn 4.781 Mitglieder, die bis 1955 auf 4.594 abgenommen hatten. Ein Jahr später war mit 4.735 fast wieder die Ausgangsbasis erreicht. Obwohl die SPD in diesem Zeitraum ihren Stimmenanteil bei Kommunalwahlen erheblich steigern konnte, hatte das keinen Einfluß auf die Mitgliederbewegung. Offensichtlich tat sich die SPD schwer, neue Mitglieder zu gewinnen. Ernst Ermert, damals einer der aktivsten Duisburger Jungsozialisten, beschreibt die Mitgliederstruktur im Jahre 1951:

“Nach der bedingungslosen Kapitulation im Jahre 1945 fanden sich zunächst einmal nur alte Sozialdemokraten, die über eine Erfahrung aus der Weimarer Republik verfügten, zur Neugründung der Partei zusammen. Erst nach und nach stießen auch junge Kräfte hinzu. Das Gros dieser jungen Kräfte rekrutierte sich aus Söhnen und Töchtern alter Sozialdemokraten. Diese jungen Menschen brachten, durch ihr Elternhaus und durch ihre Erziehung bedingt, eine gewisse sozialistische Vorkenntnis mit. Im Laufe der Nachkriegsjahre traten jedoch auch junge Menschen, die einen Weg zur Neuordnung suchten, zur Partei. Sie hatten bisher keine Gelegenheit, sich das notwendige Rüstzeug, das Wissen um gesellschaftliche und soziologische Vorgänge und Zusammenhänge anzueignen.”

Die Duisburger SPD war zu dieser Zeit eine personell und ideologisch weitgehend homogene Gruppe, die in ihrer politischen Theorie und Praxis an die Entwicklung anzuknüpfen versuchte, die 1933 durch die nationalsozialistische Unterdrückung abrupt beendet worden war. Keimzelle der Organisation war der Distrikt, von dem es 1952 (aus den Jahren davor existieren keine vollständigen Unterlagen) bereits wieder 23 in den folgenden Ortsteilen gab: Großenbaum, Hüttenheim, Wanheim, Wedau, Bissingheim, Wanheimerort, Hochfeld, Neudorf, Duissern, Stadtmitte, Neuenkamp, Kaßlerfeld, Ruhrort, Laar, Beeck, Beeckerwerth, Meiderich I, Meiderich II, Obermarxloh, Schmidthorst, Marxloh, Bruckhausen, Röttgersbach. Neben diesen flächendeckenden ortsteilbezogenen Organisationen wurde schon recht bald mit

dem Aufbau von Arbeitsgemeinschaften und Betriebsgruppen begonnen. Nach 12 Jahren Verbot und Unterdrückung fehlten der Partei jedoch zwei Generationen von Mitgliedern: Ein Großteil der 25- bis 45jährigen waren im Krieg gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft, und die unter 25jährigen waren zu jung, um sich bewußt an die sozialdemokratische Tradition der Arbeiterbewegung erinnern zu können. Schon der erste Parteitag der SPD 1946 in Hannover erkannte diese Schwäche in der Mitgliederstruktur und beschloß deshalb, die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten wieder zu aktivieren mit

dem Ziel, junge Genossinnen und Genossen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren zur Schulung und Wissensvermittlung in dafür einzurichtenden Gruppen zusammenzufassen. Im Jahre 1952 gab es im Unterbezirk Duisburg-Hamborn Jungsozialistengruppen in den Distrikten Hochfeld und Neudorf. Einen zusammenfassenden Bericht über die Arbeit der Duisburger Parteiorganisation entnehmen wir dem Jahresbericht 1952 des Unterbezirks Duisburg-Hamborn. Nach einer kurzgefaßten Analyse der politischen Großwetterlage wird die folgende Darstellung des eigenen Wirkens im Jahre 1952 abgegeben:

“Vom Unterbezirks-Vorstand wurden im vergangenen Jahr durchgeführt: 7 Vorstandssitzungen, 4 Sitzungen des erweiterten Vorstandes, 2 Vertreterversammlungen, 3 Funktionärskonferenzen und 2 Kundgebungen... Zur Ratsherrenwahl wurden durch den Unterbezirk durchgeführt 2 Großkundgebungen, und zwar eine mit dem Genossen Prof. Ernst Reuter, regierender Bürgermeister der Stadt Berlin. Die andere mit dem Bundestagsabgeordneten, Genosse Herbert Wehner, Hamburg... Die geringe Anzahl von Veranstaltungen des Unterbezirks könnte den Eindruck erwecken oder hervorrufen, daß ein gewisser Stillstand in unserem Parteileben entstanden sei, daß dem nicht so ist, sehen wir aus dem Versammlungsleben in den Distrikten. Hier sehen wir, daß die Verlagerung der Parteiarbeit in die unteren Organe von Erfolg gewesen ist. Gewiß sind auch hier noch große Mängel vorhanden, die sich erst mit der Zeit überwinden lassen...

Entscheidend sollte auch hierbei sein das lebendige Zusammengehörigkeitsgefühl der Vergangenheit (das zugegeben, früher unsere Stärke in der Partei war) wieder zu erneuern...

In den Distrikten wurden durchgeführt: 106 Vorstandssitzungen, 139 Funktionärversammlungen, 239 Mitgliederversammlungen (163 im Jahre 1951) 16 I.-Mai-Veranstaltungen, 9 Unterhaltungsabende, 5 Distriktausflüge und am Ende des Jahres 4 Weihnachtsfeiern zum Besten unserer alten Parteimitglieder und zum Besten schulpflichtiger Kinder. Zur Ratsherrenwahl wurden neben den Veranstaltungen des Unterbezirks auf Initiative einiger Distrikte zusätzlich 6 Wahlversammlungen durchgeführt... Entgegen den Gepflogenheiten der bürgerlichen Parteien, haben unsere Mitglieder und Funktionäre den Wahlkampf ausschließlich ideell und materiell allein bestritten. Hierfür gebührt an dieser Stelle allen Parteimitgliedern unser herzlichster Dank. Hierbei soll und muß vor allem unseren Hauskassierern uneingeschränktes Lob und uneingeschränkte Anerkennung für ihre schwierige Arbeit ausgesprochen werden...

Die Arbeit der Frauengruppe hat ebenfalls im vergangenen Jahr, Dank der Aktivität unserer Frauen, einen erfreulichen Aufschwung genommen... An Veranstaltungen wurden durchgeführt: 6 Arbeitsausschuß-Besprechungen im Unterbezirk, 89 Distrikts-Frauenversammlungen, 20 Frauenveranstaltungen mit Kaffee und Kuchen und eine Großkundgebung im Festsaal des Solebades Raffelberg mit der Genossin Frau Luise Schroeder, Bürgermeister a. D. der Stadt Berlin... Bei der Ratsherrenwahl haben unsere Frauen 6 größere Veranstaltungen aufgezogen und mit maßgeblichem Erfolg durchgeführt...

Unsere Jungsozialisten haben mit anerkennenswerter Tatkraft verstanden, die vorhandenen Gruppen auszubauen und ideell zu untermauern. Jedoch darf und muß auch hier mit aller Offenheit ausgesprochen werden, daß unseren jungen Genossen nicht immer das nötige Verständnis für ihre Arbeit entgegengebracht wird. Darüberhinaus fehlt es oft bei der Durchführung von Veranstaltungen an der erforderlichen Unterstützung der älteren Parteimitgliedschaft. War früher das Sprichwort 'Wer die Jugend hat, hat die Zukunft' richtungweisend in unserer Parteiarbeit, so sollte sich heute die Erkenntnis durchgerungen haben, daß aufgrund der traurigen Vergangenheit eine Abwandlung dieses Sprichwortes Gültigkeit haben muß. Wer eine lebendige, zukunftsgestaltende Politik betreibt, nur dem ist die Jugend zugetan. ... Jungsozialistengruppen bestehen zur Zeit nur in Neudorf und Hochfeld. Diese beiden Gruppen haben im vergangenen Jahr mehr als 60 Veranstaltungen durchgeführt, die sich zum Teil mit der Geschichte der Partei und dem Aktionsprogramm beschäftigt haben. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Lehrer hat ebenfalls im vergangenen Jahr einen Aufschwung erlebt, und es besteht berechtigte Hoffnung, daß auch hier der Kreis der Teilnehmer und das Anwachsen der Mitgliedschaft größer werden wird... Die Vereinigung Politisch verfolgter Sozialdemokraten hat neben einigen Veranstaltungen im Laufe des vergangenen Jahres, zur Erledigung einer Reihe materieller Fragen Sprechstunden im Parteibüro durchgeführt.. Eine Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Juristen besteht zur Zeit noch nicht in Duisburg...

Erwähnt werden muß zum Schluß die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Jugendorganisation "Die Falken". Wenn diese Organisation auch ein politisches und organisatorisches Eigenleben führt, so dürfen wir mit Fug und Recht sagen: Die Zusammenarbeit mit der Partei ist sehr gut. Um weite Kreise der Parteimitgliedschaft für die Arbeit der Falken zu interessieren, haben wir der Vertreterin dieser Jugendorganisation, der Genossin Waltraud Lauer, die Möglichkeit gegeben, in Parteiversammlungen über die Bedeutung der Jugendbewegung für die Partei zu sprechen, wovon sie entsprechenden Gebrauch gemacht hat.

Die aufgeführten Darstellungen beweisen, daß von einem Stillstand unseres Organisationslebens im Unterbezirk Duisburg trotz einiger Mängel keine Rede sein kann."



Hans Sudowe

Im Organisationsbericht nicht erwähnt - ohne Zweifel aber in diesen Zusammenhang gehörend - wird die Gründung der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft Duisburg e.V. am 15. Mai 1952 in der Bürgerschänke Duisburg-Ruhrort, Zweck der SBG war, eine intensive und systematische Bildungsarbeit in enger Abstimmung mit der Partei aufzubauen, aber auch über die Partei hinaus zur Verbreitung sozialistischen Gedankengutes beizutragen, wozu in den Anfangsjahren auch der Betrieb einer eigenen kleinen Bibliothek gehörte.

Entsprachen die Distrikte und Arbeitsgemeinschaften dem traditionellen Organisationsaufbau der Sozialdemokratie, so wurde bereits Ende der 40er Jahre mit dem gezielten Aufbau einer weiteren Organisationsgliederung - den Betriebsgruppen - begonnen. Die Gründung der Betriebsgruppen erfolgte nach dem sozialdemokratischen Verständnis als Reaktion auf den Versuch der KPD, über ihre Betriebsorganisationen eine Mehrheit in den Betriebsräten der Großbetriebe und der neugegründeten Einheitsgewerkschaft zu erlangen. Dem wollte die SPD konzentriert und organisiert entgegenzutreten. Die Aufgabenstellung und die bis dahin geleistete Arbeit der auch innerhalb der Parteimitgliedschaft zu Anfang umstrittenen SPD-Betriebsgruppen erläutert Hans Sudowe, im Unterbezirksvorstand für die Betriebsgruppenarbeit verantwortlich, im Jahresbericht 1951 des Unterbezirks Duisburg-Hamborn:

„Als in der Jahreshauptversammlung (des Unterbezirks, d. V.) am 8. April 1951 erstmalig ein für die Betriebsgruppentätigkeit Verantwortlicher in den Unterbezirksvorstand gewählt wurde, wurde damit eine bis dahin vorhandene Lücke ausgefüllt, die sich in den Jahren zuvor für unsere Parteigenossen im Betrieb schmerzlich bemerkbar machte. Wenngleich mit dem Aufbau von Betriebsgruppen schon 1949 in Duisburg begonnen wurde - weil das Vorhandensein anderer politischer Betriebsgruppen uns als SPD dazu zwang -, so waren diese damals gebildeten Betriebsgruppen nicht aktionsfähig, wie es an sich notwendig gewesen wäre. Der Grund hierfür lag darin, daß viele Genossen die Bildung von Betriebsgruppen aus den verschiedensten Gründen ablehnten... Wenn es uns durch intensive Aufklärungs- und Organisationsarbeit im Laufe des vergangenen Jahres gelungen ist, in der gesamten Metallindustrie, in allen Betrieben des öffentlichen Dienstes, in mehreren Schachtanlagen des Bergbaus, in der chemischen Industrie, in der Bauwirtschaft usw. arbeitsfähige Betriebsgruppen zu bilden, dann ist dies ein beachtlicher Fortschritt...

Ein Teil der Genossen war der Ansicht, die Bildung von Betriebsgruppen würde den Bestand der Einheitsgewerkschaft gefährden. Diese Ansicht ist deshalb falsch, weil man doch den gegebenen Verhältnissen nach erkennen muß, daß andere politische Gruppen sehr aktiv waren und die von diesen Gruppen ausgelösten, durchaus nicht immer gewerkschaftsfreundlichen Aktionen den Bestand der Einheitsgewerkschaft bedroht hätten, wenn das notwendige Gegengewicht, durch die Schaffung sozialdemokratischer Betriebsgruppen nicht erstellt worden wäre...

Die Aufgabe sozialdemokratischer Betriebsgruppen besteht darin, im Betrieb, in der Verwaltung, ja überall dort wo Sozialdemokraten mit anderen Menschen zusammen arbeiten, durch zielbewußte und überzeugende Verbreitung sozialdemokratischer Ideen und Forderungen betriebswirtschaftlicher Art... in das Wesen des Betriebes Einblick zu erhalten... Eindringen in die kaufmännischen und finanztechnischen Gepflogenheiten, zur Erreichung der fachlichen und sachlichen Fähigkeiten

eines wirtschaftlichen und sozialen Mitbestimmungsrechtes, das soll die Arbeit unserer Betriebsgruppen sein. Politisch haben die Betriebsgruppen die Aufgabe, den Einfluß aller störenden und zersetzenden Kräfte zu erkennen und mit allen Mitteln zu bekämpfen, wie da sind: Verhinderung der systematischen Infiltration durch Kommunisten...

Darüberhinaus ist aber auch dem politischen Klerus in allen Betrieben, wo dieser in Erscheinung tritt, mit Entschiedenheit zu begegnen, weil hier die Gefahr besteht, daß auf dem Wege des Gefühls die arbeitenden Menschen für die Belange des Unternehmertums mißbraucht werden können. Die Aufgabe unserer Betriebsgruppen besteht also darin, durch Vermittlung von politischem Wissen und volkswirtschaftlicher Erkenntnis im Geiste einer wahren sozialen Demokratie im Betrieb tätig zu sein, um dadurch für unsere Partei zu werben und zu wirken.“

Eine, wie sich aus den Wahlergebnissen unschwer ablesen läßt, zumindest auf kommunaler Ebene sehr erfolgreiche Strategie. Maßgeblichen Anteil an der Formulierung und Durchführung der Politik hatte Robert Stahl, Parteivorsitzender in Duisburg von Oktober 1945 bis März 1954.

Robert Stahl (1902 - 1975) wurde in Hagen geboren und lernte nach dem Besuch der Volksschule das Schreinerhandwerk. 1920 kam er nach Duisburg, arbeitete bei der Demag, blieb aber gewerkschaftlich im Holzarbeiterverband organisiert, dem er seit 1917 angehörte und in dessen engeren Vorstand er von 1928 bis 1933 tätig



Robert Stahl

war. In die SPD war er 1922 eingetreten, hatte bereits in der Weimarer Republik Parteifunktionen übernommen und gehörte zu den Mitbegründern des Distriktes Hochfeld, dessen 1. Vorsitzender er nach dem Krieg wurde. Im Oktober 1945 übernahm er den Vorsitz der Duisburger SPD, eine Funktion, die er bis März 1954 innehatte. Von 1946 bis 1948 amtierte er als Bürgermeister, von 1947 bis 1954 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an. Beschäftigung fand er 1945 zunächst beim Arbeitsamt, bis er 1947 zum Arbeitsdirektor bei den Hahnschen Werken berufen wurde. In dieser Funktion, die er mit seiner kommunalpolitischen Arbeit erfolgreich zu verknüpfen mußte, widmete er sich besonders dem Wohnungsbau, wovon die "Robert-Stahl-Siedlung" in Großenbaum nur ein Beispiel ist.

Zu seinem Nachfolger im Parteivorsitz wurde am 14. März 1954 der Lehrer und Landtagsabgeordnete Jean van Kessel gewählt, der allerdings nur zwei Jahre bis zu seinem plötzlichen Tod amtierte.

Bei den Bundes- und Landtagswahlen zwischen 1947 und 1957 gelang es der SPD in Duisburg zwar auch, ihre Wahlergebnisse von Wahl zu Wahl zu verbessern, jedoch war der Zuwachs ungleich geringer als bei den Kommunalwahlen, wie ein Blick auf die Ergebnisse zeigt:



Jean van Kessel



Plakat zur Landtagswahl 1954

KW 1946: 34,8 % (CDU: 39,5 %);
 LTW 1947: 31,2 % (CDU: 29,2%);
 KW 1948: 40,5 % (CDU: 32,6 %);
 BTW 1949: 38,1 % (CDU: 30,4%);
 LTW 1950: 40,0 % (CDU: 30,4%);
 KW 1952: 46,4 % (CDU: 28,2 %);
 BTW 1953: 39,2 % (CDU: 44,3 %);
 LTW 1954: 43,3 % (CDU: 35,6 %);
 KW 1956: 55,9 % (CDU: 32,2 %);
 BTW 1957: 39,7 % (CDU: 50,1 %).

Zwischen den 21,1 % Zuwachs bei den Kommunalwahlen und den mageren 1,6 % bei den Bundestagswahlen klafft eine riesige Lücke. Die SPD konnte zwar bei der Bundestagswahl 1949 mit ihren beiden Kandidaten Eberhard Brünen und Gustav Sander beide Wahlkreise direkt gewinnen, mußte sich aber 1953 und 1957 der CDU geschlagen geben. Gelang es der SPD in der Kommunalpolitik und zunehmend auch in der Landespolitik, die zentralen Bedürfnisse der Bevölkerung anzusprechen und in ihre Politik umzusetzen, so war ihre bundespolitische Konzeption ganz offensichtlich noch nicht mehrheitsfähig.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 und der kurz darauf erfolgten Konstituierung der DDR war eine wichtige Vorentscheidung über das Schicksal Deutschlands gefallen. Unter dem bewußten Verzicht auf eine realistische Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands betrieb der erste Kanzler der Bundesrepublik Konrad Adenauer eine Politik der einseitigen Orientierung an den Westmächten und der Abgrenzung gegenüber dem Osten. Die SPD dagegen verfolgte eine Poli-

itik, in der die Wiedervereinigung Deutschlands als Nahziel eine zentrale Rolle spielte. Der kalte Krieg zwischen den Großmächten USA und UDSSR, der durch den Ausbruch des Korea-Krieges eskalierte, spitzte die innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland auf die Kontroverse um die Wiederbewaffnung und die Aufstellung der Bundeswehr zu. Als die SPD nach den Bundestagswahlen 1953 nur noch weniger als ein Drittel der Abgeordneten stellte, konnten die Konservativen mit der benötigten Zwei-Drittel-Mehrheit das Grundgesetz ändern und die Aufstellung der Bundeswehr auch gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten durchsetzen.

Erschwerend für die SPD kam hinzu, daß die Erhardsche Wirtschaftspolitik, beflügelt durch den Wiederaufbau, zwar bedeutende soziale Ungerechtigkeiten hervorrief, aber im großen und ganzen mit ihrem "Wirtschaftswunder" und dem stetigen Aufschwung den Bedürfnissen breiter Bevölkerungskreise entsprach, wohingegen die prinzipielle Ablehnung der marktwirtschaftlichen Ordnung durch die SPD und ihre Konzeption einer staatlich gelenkten Wirtschaft mit sozialisierten Grundstoff- und Schlüsselindustrien vielen, die die neu gewonnene Freiheit nach 12 Jahren Diktatur auskosten wollten, wenig attraktiv erschien. So gelang es bis zur Bundestagswahl 1957 in Duisburg nicht, die kommunalpolitischen Erfolge in ebenso großen Zuspruch bei Bundestagswahlen umzusetzen.

XIV. SPD in der Verantwortung 1956 - 1974

Aus der Kommunalwahl des Jahres 1956 war die SPD eindeutig als Sieger hervorgegangen und verfügte nunmehr mit 36 Mandaten im Rat der Stadt - die CDU erzielte 20 und die FDP 4 Mandate - über die absolute Mehrheit. Zum ersten Mal konnten die Duisburger Sozialdemokraten nun, ohne auf die Unterstützung anderer angewiesen zu sein, ihre politische Gestaltungskraft unter Beweis stellen. Dabei sollten jedoch diejenigen, die eine spektakuläre Änderung der Politik befürchteten oder vielleicht auch erhofft hatten, enttäuscht werden. Die SPD knüpfte weitgehend an ihre bisherige kommunalpolitische Linie an, wengleich sie nunmehr in der Lage war, einige Akzente deutlicher als bisher zu setzen.

Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Wohnungen und Schulen, die Schaffung eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes sowie der Erhalt und Ausbau von Grünflächen und Sportstätten blieben die beherrschenden kommunalpolitischen Themen bis in die 60er Jahre hinein. Waren im Jahre 1956 noch fast 5.000 Schüler in 111 Klassen vom Schichtunterricht betroffen, so war Duisburg sechs Jahre später die erste Stadt im Ruhrgebiet, in der es keinen Schichtunterricht mehr gab und jede Klasse ihren eigenen Raum, "ihr eigenes Zuhause in der Schule" hatte.

Bei einer Bevölkerungszunahme, die 1959 bei rund 1.000 Personen im Monat

lag, war mit einer Beendigung der Wohnungsnot in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Es gab fast 20.000 Wohnungssuchende in Duisburg, die Landeszuschüsse für den Wohnungsbau flossen aber immer spärlicher. Während die CDU-geführte Landesregierung für 1962 das Ende der Wohnungsnot ankündigte und ihre Zuschüsse reduzierte, wurde ihr von der Duisburger SPD in der Mitgliederzeitschrift "argumente" vorgerechnet:

"Eine Befragung von Gemeinden, die gut ein Viertel der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens ausmachen, ergab eine Differenz zwischen dem statistischen Wohnungsdefizit der Landesregierung und dem tatsächlichen Wohnungsfehlbedarf dieser Gemeinden von rund 85.000 Wohnungen. Tatsächlich fehlen in NRW rund 400.000 Wohnungen. Duisburg ist an diesem Defizit mit 20.000 Wohnungen beteiligt."

Für den Wohnungsbau, aber ebenso für den Bau und die Instandsetzung der verschiedensten städtischen Gebäude und öffentlichen Einrichtungen von der Feuerwache bis zum Kindergarten, vom Schlachthof bis zum Jugendheim wurden unverändert hohe Investitionssummen benötigt, so daß die Sozialdemokraten sich allen Versuchen von FDP und CDU widersetzen, die Steuern zu senken. Diese jährlich wiederkehrende Diskussion über die angeblich zu hohe



Karl Harzig

Gewerbesteuer führte im Ergebnis dazu, daß die SPD-Fraktion seit 1956 den städtischen Haushalt gegen die Stimmen von CDU und FDP allein verabschiedete. Daran änderte sich auch durch die beiden rasch aufeinander folgenden Wechsel im Fraktionsvorsitz nichts.

Karl Harzig (1903 bis 1970) mußte im Mai 1957 nach 7 Jahren den Vorsitz der SPD-Fraktion aus gesundheitlichen Gründen niederlegen. Geboren in Duisburg und aufgewachsen in einer sozialdemokratischen Familie, trat er bereits 1918 der Holzarbeitergewerkschaft und ein Jahr später der sozialistischen Arbeiterjugend bei. Nach Schreinerlehre und Meisterprüfung arbeitete er als Betriebsleiter und absolvierte 1925

argumente

INFORMATION FÜR MITGLIEDER DER S P D

Nr. 1/1962

die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Düsseldorf. Seit 1922 Mitglied der SPD, bis 1933 Funktionär im Holzarbeiterverband, wurde er 1945 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Duisburger SPD gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1949 inne. Seit 1948 Mitglied des Rates, wählte ihn die Fraktion 1950 zu ihrem Vorsitzenden. 1952 wurde er zum Arbeitsdirektor der Mannesmann-Hüttenwerke in Huckingen berufen und war dort 12 Jahre lang für die soziale Betreuung der rund 11.000 Belegschaftsmitglieder zuständig.

Zu seinem Nachfolger wählte die Fraktion Oskar Triebel (1891 bis 1968), der aber bereits nach einem guten Jahr im Juli 1958 das Amt niederlegen mußte. Seine langandauernde Krankheit zwang ihn ein Jahr später auch zur Aufgabe seines Ratsmandates. Bis zu seinem Ausschluß 1928 war er Mitglied der KPD, am Arbeiteraufstand gegen den Kapp-Putsch beteiligt und kommunistischer Abgeordneter im Preußischen Provinzial-Landtag und in der Duisburger Stadtverordnetenversammlung. Zwischen 1934 und 1945 wurde er von den Nationalsozialisten verfolgt, verhaftet, verurteilt und ins Konzentrationslager Oranienburg verbracht, aus dem er schwer krank entlassen wurde. 1945 trat er der SPD bei. Im selben Jahr wurde er mit dem Aufbau der Arbeitsverwaltung beauftragt und blieb dort bis zu seiner Pensionierung beschäftigt.

Seit August 1958 führte Arnold Masselter die Fraktion und erlebte gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Krise im Ruhrbergbau, von der in Duisburg der Stadtteil Neumühl in ganz besonderer Weise betroffen wurde. In seinem ersten Rechenschaftsbericht für die Delegiertenkonferenz der Duisburger SPD am 23. Mai 1959 schrieb Masselter:

„Die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in unserer Stadt beurteilen wir mit Sorge. Die Stilllegung der Rheinpreussen-Zeche Neumühl ist beschlossen. Der Hamborner Bergbau hat in den letzten Tagen ebenfalls Mitteilung von beabsichtigter Stilllegung von Schachanlagen gemacht. Die Sorge um die dort beschäftigten Menschen hat uns gelei-

tet, daß bei unvermeidlichen Stilllegungen andere Industriezweige angesiedelt werden und die Möglichkeit bieten, in der Hauptsache die Über-Tage-Arbeiter weiter zu beschäftigen.“

Damit ist der Beginn einer Entwicklung markiert, die rund 20 Jahre später nach Sanierung und Umgestaltung eines ganzen Stadtteils erfolgreich abgeschlossen wurde. Im neugeschaffenen Neumühler Gewerbegebiet beschäftigen die dort neu angesiedelten Betriebe heute mehr Menschen als ehemals die Zeche Rheinpreußen.

Neben die Sorge um die Arbeitsplätze im Bergbau trat erstmals Ende der 50er Jahre auch die Sorge um die von der Luftbelastung gefährdete Gesundheit der Menschen. In der Mitgliederzeitung „argumente“ erschien um die Jahreswende 1959/60 unter der Überschrift *„Wir wollen die Rauchglocke sprengen“* ein programmatischer Artikel:

„Die Menschen, die gezwungen sind, unter der Dunstglocke des Reviers zu leben, müssen sich eine Minderung des Sonnenlichtes um 30 Prozent gefallen lassen. In manchen industrienahen Bezirken der Stadt Duisburg regnen täglich 8 Tonnen Staub pro Quadratkilometer vom Himmel...“

Duisburgs Sozialdemokraten im Rat der Stadt haben die Konsequenz aus diesem Tatbestand gezogen. Sie lautet, auf einen einfachen Nenner gebracht: Schach der Luftverschmutzung! Die SPD-Fraktion ist nicht gewillt, die Luftverschmutzung als eine unabänderliche Schicksalsfügung hinzunehmen. Dreck und Gas in der Luft, die wir atmen, sind in ihren Augen nicht der Tribut, der für den stolzen Namen 'Stadt Montan' gezahlt werden muß.

Die Sozialdemokraten übersehen nicht, daß die Industrie, die hunderttausenden Menschen in unserer Stadt das tägliche Brot gibt, Duisburg ihren Stempel aufprägen muß. Duisburg wird nie ein Luftkurort werden können. Aber Duisburg soll auch kein Dreckloch sein... Niemand kann den anderen Vorschriften machen, der nicht bereit ist, sich selbst nach ihnen zu richten. Darum hat die Stadt Duisburg inzwischen für ihr altes Kraftwerk Elektrofilter bestellt. Sie werden 1,92 Millionen DM kosten.



Oskar Triebel

Die Stadt bringt diese Summe auf, um mit gutem Beispiel voranzugehen, nachdem sie schon in ihrem neuen Kraftwerk vorbildliche Entstaubungsanlagen eingebaut hat.

Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Beschäftigung mit dem Problem Luftverschmutzung zu einer permanenten Aufgabe des Hauptausschusses des Rates der Stadt erklärt. Es liegt auf der gleichen Linie, daß die Sozialdemokraten die Intensivierung der Staub- und Abgasmessungen im Raum Duisburg fordern. Auf einen Antrag von ihnen hin sollen jeweils 150 bis 180 Staub- und Abmeßstellen eingerichtet werden. Aus den Ergebnissen werden kartographische Unterlagen zusammengestellt, mit deren Hilfe man die bedeutendsten Luftverschmutzer einkreisen will. Man hofft, durch derartige Statistiken auch Ansprüche der Bürger auf Schadenersatz unterstreichen zu können...“

Zur Kommunalwahl 1961 trat die SPD erstmals mit einem eigenen Kommunalwahlprogramm an, in dem die Absichten der Sozialdemokraten für die kommende Legislaturperiode zusammengefaßt waren, dem *„Duisburg-Plan 1961 bis 1964“*. Seinem Motto:

„Eine blühende Stadt mit fortschrittlichem Gesicht, gesicherten Arbeitsplätzen und einer krisenfesten Wirtschaft ist das Ziel unserer Arbeit“, folgten zehn Einzelkapitel mit konkreten Forderungen für die nächste Wahlperiode, deren Überschriften die

DUISBURG-PLAN

1961-1964

**Eine blühende Stadt
mit fortschrittlichem Gesicht,
gesicherten Arbeitsplätzen
und einer krisenfesten Wirtschaft,
ist das Ziel unserer Arbeit.**

Breite des kommunalpolitischen Handlungsspektrums verdeutlichen:

„Gesundheit, unser höchstes Gut; Die Bürger Duisburgs brauchen Stätten der Erholung; Ausgedehnte Grünflächen in allen Teilen der Stadt; Großzügiger Ausbau des Straßennetzes; Unsere Stadt muß gesünder und sauberer werden; Schluß mit dem Schichtunterricht; Wir sorgen für unsere Jugend; Sportstätten für die Freizeit des Bürgers; Beseitigung der Wohnungsnot; Hilfe für den Bürger beim Umgang mit den Ämtern.“

Nachdem die SPD fünf Jahre lang über eine absolute Mehrheit im Rat der Stadt verfügt hatte und die Verantwortung für die Entwicklung Duisburgs allein übernehmen mußte, sollte die Kommunalwahl 1961 zeigen, ob die Sozialdemokraten mit ihrer Politik die richtigen Schwerpunkte gesetzt hatten und ihr Wahlprogramm ebenso große Zustimmung finden konnte wie bei der letzten Wahl. Der Wahlkampf war hart und von der CDU zum Teil beleidigend geführt worden. Hauptangriffspunkt der CDU war die absolute Mehrheit der SPD, die angeblich zu Vetternwirtschaft und Filz geführt hatte. Einige bekannte Sozialdemokraten, darunter Oberbürgermeister August Seeling, Fraktionsvorsitzender Arnold Masselter und die Ratsherren Hans Sudowe, Heinz Conle und Heinz-Josef Thome wurden in CDU-Veröffentlichungen persönlich verunglimpft, wobei hauptsächlich Personal-

entscheidungen im Zentrum der Auseinandersetzungen standen.

Als am Abend des 19. März 1961 die Stimmen ausgezählt waren, hatte die SPD gegenüber der letzten Wahl zwar 6,3 % der abgegebenen Stimmen verlo-

ren, aber mit 49,6 % und 31 von 60 Mandaten ihre absolute Mehrheit gerade noch verteidigt. Auf die anderen Parteien entfielen: CDU 39,4 % (+ 7,2 %, 25 Mandate), FDP 7,7 % (+ 0,9 %, 4 Mandate). BHE (1,0 %) und DFU (2,3 %) scheiterten an der Fünf-Prozent-Klausel. Enttäuschung und Verbitterung saßen so tief bei den Sozialdemokraten, daß sie bei der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt am 29. März die Wahl eines CDU-Kandidaten zum Bürgermeister ablehnten. Dazu gab der Vorsitzende der Fraktion Arnold Masselter folgende Erklärung ab:

„Entgegen den in unserer Stadt üblichen guten demokratischen Sitten ist in der letzten Woche vor der Kommunalwahl durch bestimmte Kräfte innerhalb der CDU ein ungewöhnlich diffamierender, die Grenzen des guten Geschmacks überschreitender Wahlkampf geführt worden. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, daß diesen Praktiken, die schon einmal zu einem bitteren Ende



Wahlplakate zur Kommunalwahl 1964

demokratischen Zusammenlebens geführt haben, Einhalt geboten werden muß. Aus dieser Verantwortung heraus hat die SPD-Fraktion der Wahl eines CDU-Bürgermeisters ihre Zustimmung versagt. Diese Haltung bedeutet dennoch, daß sie zu einer sachlichen und loyalen Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerschaft mit allen im Rat vertretenen Fraktionen bereit ist. Sie erklärt heute mit Nachdruck, daß sie die wiedererrungende absolute Mehrheit nicht zur Majorisierung der Minderheit ausnutzen wird. An dieser Stelle ruft vielmehr die SPD-Fraktion alle gutwilligen und verantwortungsbewußten Mitglieder dieses Hauses zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit im Interesse der Gesamtstadt Duisburg auf."

Gewählt wurden anschließend August Seeling zum Oberbürgermeister und Hermann Spillecke (SPD) sowie Walter Hohmann (FDP) zu Bürgermeistern. Bereits zwei Jahre zuvor war Hermann Spillecke für den am 29. Mai 1957 verstorbenen Wilhelm Mues, der von 1949 bis 1956 auch das Amt des stellvertretenden Duisburger SPD-Vorsitzenden inne hatte, erstmals zum Bürgermeister gewählt worden. Obwohl die SPD-Fraktion mit ihrer Mehrheit der CDU bei der Bürgermeisterwahl einen "Denkzettel" verpaßte, deutete ihr Vorsitzender Masselter schon an, daß ihr an einer weiteren Polarisierung nicht gelegen war. Schließlich hatte die SPD als einzige der drei im Rat vertretenen Parteien erheblich an Stimmen verloren. Daraus zog sie die Konsequenz, den Dialog mit den beiden anderen Fraktionen zu suchen und erneut und verstärkt für die eigenen Vorstellungen zu werben.

Bergbaukrise, Luftverschmutzung, Wohnungsnot und ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen in dieser Stadt waren die Dauerbrenner der kommunalpolitischen Diskussion einer auf nur 3 1/2 Jahre verkürzten Wahlperiode des Stadtrates. Die Fraktionen hatten, nachdem die Wunden des Kommunalwahlkampfes von 1961 verheilt waren, recht bald wieder zu einer sachlichen Auseinandersetzung gefunden und sahen dem Wahlausgang am 27. September 1964 mit Spannung entgegen.

Würde die SPD abermals Verluste hin-



Konstituierende Ratssitzung am 29. 3. 1961

nehmen müssen und damit ihre absolute Mehrheit einbüßen oder würde sie zum dritten Mal hintereinander die absolute Mehrheit der Mandate im Rat der Stadt erringen können?

Die Antwort, die die Wähler auf diese Frage gaben, war überraschend, aber eindeutig:

Die SPD erhielt 57,2 % der abgegebenen Stimmen und 38 der 61 Mandate. Sie konnte ihren Stimmenanteil damit um 7,6 % steigern und selbst das Ergebnis aus dem Jahre 1956 (55,9 %) noch übertreffen. Die CDU fiel auf 35,1 % (- 4,3 %, 23 Mandate) zurück. Die FDP scheiterte mit 4,9 % (- 2,8 %) ebenso an der Fünf-Prozent-Klausel wie die DFU

mit 2,7 %. Damit waren erstmals nur noch zwei Fraktionen im Rat der Stadt vertreten, und die SPD-Fraktion war mit 38 Mitgliedern so stark geworden wie nie zuvor. Sie hatte nicht nur das Tief der vorangegangenen Kommunalwahl überwunden, sondern den bisher größten Erfolg in der Duisburger Parteigeschichte überhaupt errungen und verfügte nun zum dritten Mal hintereinander über eine absolute Mehrheit im Rat der Stadt.

Zum Oberbürgermeister wurde wiederum August Seeling und zu Bürgermeistern wurden Dr. Leo Storm (CDU) und Hermann Spillecke (SPD) gewählt. Es sollte Seelings letzte Ratsperiode



Konstituierende Ratssitzung am 12. 10. 1964

werden, nachdem er seit 1948 ununterbrochen als Oberbürgermeister amtiert hatte.

Rechnet man die Wahlperiode von 1952 bis 1956 hinzu, in der die SPD mit 27 von 54 Sitzen im Rat der Stadt zwar keine Mehrheit, aber eine Schlüsselposition inne hatte, so wird man sagen können, daß die Duisburger Sozialdemokraten seit Anfang der 50er Jahre die Richtung angaben, in der sich der Wiederaufbau und die Neugestaltung der Stadt entwickeln sollten. Und legt man die Kommunalwahlergebnisse als Gradmesser zugrunde, so hat die SPD unter dem Strich wachsende Zustimmung bei der Bevölkerung für ihre Politik gefunden. Wiederaufbau, Arbeitsplätze, Wohnungen, Bildungsangebote, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie Gesundheitsvorsorge sind die Stichworte, mit denen die Entwicklung der 50er und 60er Jahre zu beschreiben ist. Die Duisburger selber zeigten offenbar weitgehende Übereinstimmung mit dieser Zielsetzung.

Doch wie wurde diese Entwicklung von außen beurteilt? Vom Hörfunk des Westdeutschen Rundfunks wurde dazu

am 14. Dezember 1968 unter dem Titel *„Die unruhige Stadt - Duisburg heute und morgen“* ein interessanter Beitrag gesendet. Die Journalistin Renate Eichholz beschrieb ihre Eindrücke:

„Wer Duisburg hört, denkt unwillkürlich: Kohlepott, Industriekoloß, Menschen- und Häusermassen grau in grau, belebt allenfalls vom gespenstischen Leuchten der Hochöfen, deren Feuer auch bei Nacht nicht ausgeht, Hafen, das heißt: Der größte Binnenhafen Europas und - als einziges, was nach Freizeit aussieht - MSV Duisburg, zu deutsch: Meidericher Spielverein, Bundesliga. Alles in allem aber: Stahl und Eisen. Stimmt das? Ist das heute noch so? Wird es morgen so sein?“

Diese Fragen wurden im Verlauf der Reportage differenziert und unterschiedlich beantwortet. Zweifellos sei Duisburg nach wie vor eine Stadt, deren Industrie hauptsächlich Kohle, Eisen und Stahl produziere. Duisburg sei aber auch ein Knotenpunkt von Eisenbahnstrecken und Wasserstraßen und mit dem Hafen ebenso eine Stadt des Han-

dels, dessen Tradition bis ins 15. Jahrhundert zurückreicht, als die Stadt Mitglied der Hanse war. Der Rhein sei aber nicht nur Lebensader, sondern auch Grenze. Duisburg sei die einzige bedeutende Hafenstadt der Bundesrepublik, die sich nur auf einer Seite des Flusses ausdehnen könne, was eine unvorteilhafte Stadtgeographie und problematische Verkehrsverbindungen bedinge. Die geplanten und zum Teil im Bau befindlichen Nord-Süd- und West-Ost-Verbindungen und deren Verknüpfung würden jedoch in absehbarer Zeit eine Verkehrsinfrastruktur schaffen, die Voraussetzung für eine günstige Wirtschaftsentwicklung sei. Interessant ist auch, wie Angebot und Nachfrage städtischer Einrichtungen beschrieben wurden:

„Von Volkshochschule, Konzerten und Theater, von Wilhelm-Lehmbruck-Museum und dem Niederrheinischen Museum im Immanuel-Kant-Park machen die Duisburger Bürger erfreulich regen und unkomplizierten Gebrauch. Man ist hier wirklich der Meinung, daß Bibliothek, Museum oder

Theater einfach 'zum Gebrauch' da sind, nicht als Einrichtungen, die man allenfalls an hohen Fest- und Feiertagen mit steifem Kragen von innen sieht."

Duisburg im Jahre 1968 ist in den Augen der Journalistin vor allem eine Stadt in Bewegung:

"Der Besucher, der tagelang kreuz und quer durch die Stadt streift, weiß die Inseln der Ruhe zu schätzen, genauso wie der Duisburger, der hier seine Wochenenden und viele warme Sommerabende verbringt. Denn nicht nur der erste, sondern auch noch der nächste oder übernächste Eindruck, den diese Stadt auf den Gast macht, ist der einer dauernden Bewegung. Vielleicht kommt man einer Beschreibung dieses Eindrucks am ehesten mit dem Begriff der 'schöpferischen Unruhe' nahe. Aktivität, Vorwärtsdrängen ist in jedem Moment spürbar - ob im Schiffsverkehr auf dem Strom, im Laden und Löschen in den Häfen, ob in den ununterbrochen arbeitenden Eisen- und Stahlwerken oder dem lebhaften Hin und Her in der City. In allem steckt - wie es scheint - niederheinische Zielstrebigkeit und Gründlichkeit, doch ohne die Behäbigkeit, die die Nachbarn vom Land auszeichnet."

Dieser Bewegung die Richtung zu geben war und ist die Aufgabe der Politik. Die Duisburger SPD versuchte mit ihrem Kommunalwahlprogramm - dem Duisburg-Plan 1969 bis 1974 - die Entwicklungsziele in den wichtigsten Politikbereichen zu bestimmen. Von welchem Selbstverständnis die Sozialdemokraten dabei getragen wurden, entnehmen wir dem Vorwort des Fraktionsvorsitzenden Arnold Masselter:

"Der Duisburg-Plan, der ihnen hiermit vorgelegt wird, ist das 'Regierungsprogramm' der Duisburger SPD für die kommenden fünf Jahre. Der Duisburg-Plan ist kein unverbindlicher Wunschzettel, sondern eine auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten unserer Stadt abgestellte Investitionsliste, die von der SPD-Ratsfraktion in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Finanzexperten entwickelt worden ist. Die dem Duisburg-Plan zugrundeliegenden Berechnungen gehen von einer maßvoll steigenden Wirtschaftsentwick-

3 | Schule

Die Schule muß den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Die moderne Industriegesellschaft braucht den vielseitig ausgebildeten Menschen. Geld, das wir heute in den Schulbau stecken, sichert unseren künftigen Lebensstandard.

Enorme Summen sind in den 21 Jahren, in denen Sozialdemokraten die Geschicke Duisburgs bestimmen, in den Schulbau geflossen: 266 Millionen DM.

Allein 1969 werden Schulprojekte in Höhe von 56,3 Millionen DM in Angriff genommen oder weitergeführt. Rd. 1100 Klassenräume, 415 Sonderklassen, 45 Lehrküchen, 42 Aulen, 60 Turnhallen und 8 Lehrschwimmbekken sind entstanden.

169 Klassenräume, 54 Sonderklassen, 5 Aulen, 4 Lehrküchen und 7 Turnhallen entstehen zur Zeit. Diese Anstrengungen sollen in Zukunft verstärkt fortgesetzt werden. Von 1969 bis 1971 wird die Zahl der Grundschüler um 4000 steigen. Das erfordert 100 zusätzliche Klassenräume. Zusätzliche Räume brauchen auch die Hauptschulen, die Realschulen und die Gymnasien.

Duisburg besitzt einen Ruf als Schul-Stadt. Hier wurden in der Vergangenheit richtungweisende Schul-Modelle entwickelt. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Schulkindergärten werden künftig unseren Kindern die Anpassung an die Schule erleichtern.

Förderunterricht und Tagesheime an Gymnasien werden den Eltern und Schülern künftig manche Sorge abnehmen.

Wir richten Gesamtschulen ein, eine neue Schulform, die erstmalig die Möglichkeit bietet, jedes Kind seiner Begabung entsprechend zu fördern.

Aus dem Duisburg-Plan 1969-1974

lung aus. Die städtische Steuerkraft, gepaart mit Hilfen von Land und Bund, ist seine solide Basis. Nicht Utopie oder Millionenrausch, sondern der spitze Rechenstift stand Pate.

Der Duisburg-Plan berücksichtigt in wesentlichen Punkten die Ergebnisse des Duisburg-Tests, in dem über 4.000 Familien unserer Stadt ihre Wünsche und Vorstellungen zur Kommunalpolitik geäußert haben. Die SPD dankt allen Bürgern sehr herzlich, die sich daran beteiligten. Die vielen wertvollen Anregungen und Ideen aus der Bürgerschaft waren eine gute Hilfe."

Die zehn Kapitel "Sichere Arbeitsplätze; Wohnungsbau; Schule; Gesundheit; Verkehr; Jugend; Freizeit und Sport; Hilfe für alte Menschen; Kultur; Duisburg - lebendiger Mittelpunkt" knüpfen an den ersten Duisburg-Plan von 1961 an, griffen aber zum Teil auch schon weit darüber hinaus. Wenn etwa der Anspruch formuliert wurde, Duisburg als Zentrum des Niederrheins zu betrachten, zeugt das von den Erfolgen des Wiederaufbaus, die Duisburg weit über seine Grenzen hinaus an Anzie-

Das bringt der Duisburg-Plan der SPD:

Schulkindergärten in allen Stadtteilen.

- 5 Hauptschulen, vordringlich an der Weyerstraße, Möhlenkampstraße und Salzmannstraße.
- 10 Grundschulen. Vordringlich an der Dorotheenstraße, Am Tollberg, Kantstraße, Münchener Straße, in Neuenkamp, Hochfeld und Müldelheim-Nord.
- 5 Realschulen und Gymnasien: Gymnasium Hamborn, Realschule Beeck, 2. Gymnasium Süd, Gymnasium Neudorf, Realschule Süd.
- Zusammenfassung der Sonderschulen für behinderte Kinder in schulischen Zentren für Lebenshilfe.
- Einrichtung von Tagesheimen an den Gymnasien Süd, Hamborn und Neudorf.
- Bessere Ausstattung der berufsbildenden Schulen.
- Bau von weiteren Turnhallen.
- Intensivierung des Schulsports.
- Unterstützung von Plänen, die Pädagogische Hochschule zu einer Universität auszubauen.

hungskraft gewinnen ließen und dem daraus resultierenden Selbstbewußtsein. Zwei Programmschwerpunkte sind zu betonen:

Der Neubau eines städtischen Krankenhauses am Kalkweg und die gebündelten Anstrengungen im Bereich der Pädagogik. Dabei wurde die Absicht zur Errichtung einer Gesamtschule und der Einrichtung von "Tagesheimen" an drei Gymnasien besonders herausgestellt.

Die Kommunalwahl am 9. November 1969 erbrachte keine grundlegenden Änderungen der politischen Gewichtsverteilung. Die SPD erzielte 55,1 % (-2,1 %) der abgegebenen Stimmen und 34 der 61 Mandate im Rat der Stadt. Sie hatte damit ihre absolute Mehrheit sicher verteidigt, wenngleich sie 4 Mandate verlor. Das war im wesentlichen auf eine mit 57,1 % extrem niedrige Wahlbeteiligung zurückzuführen, wodurch es der FDP gelang, mit 5,3 % (+0,4 %) der Stimmen und 3 Mandaten in den Rat der Stadt zurückzukehren, obwohl sie 2.147 Stimmen weniger erhalten hatte als bei der vorangegangenen Wahl, als sie an der Fünf-Pro-



Gratulation für Arnold Masselter (2.v.l.) nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister

zent-Klausel gescheitert war. Die CDU konnte sich um 2,8 % verbessern und erhielt für ihre 37,9 % der Stimmen 24 Ratsmandate. In der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt verabschiedete sich August Seeling, der nicht mehr für den Rat kandidiert hatte, nach 21 Jahren aus dem Amt des Oberbürgermeisters.

Als seinen Nachfolger schlug die SPD-Fraktion ihren langjährigen Fraktionsvorsitzenden Arnold Masselter vor, der ebenso wie die beiden neu ins Amt kommenden Bürgermeister Friedel Heinen (CDU) und Josef Krings (SPD) mit großer Mehrheit vom Rat gewählt



Arnold Masselter

wurde.

Arnold Masselter (1922 bis 1984), geboren in Merschweiler/Saar kam als Vierjähriger mit seinen Eltern nach Duisburg - der Vater fand hier Beschäftigung im Bergbau - und lernte im Eisenwerk Wanheim Maschinenschlosser. Im Krieg war er Kampfflieger und Fluglehrer, und als er im Sommer 1945 in seinen Betrieb zurückkehrte, wurde er Mitglied der IG Metall. Bereits 1949 wurde er erstmals in den Betriebsrat gewählt, dessen Vorsitzender er von 1953 bis 1969 war. 1947 war er der SPD beigetreten, arbeitete anfangs bei den Jungsozialisten und leitete von 1948 bis 1950 den Juso-Unterbezirk Duisburg-Wesel. In den Rat der Stadt wurde er erstmals 1952 gewählt. Bereits 1954 wählte die Fraktion ihn zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden, und 1958 übernahm er den Vorsitz. Seit 1958 war er auch Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, legte sein Mandat aber nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister nieder. 1974 verzichtete er auf eine Wiederwahl, nachdem er zum Kaufmännischen Direktor der Zoo Duisburg AG berufen worden war. Aus gesundheitlichen Gründen mußte er vorzeitig in den Ruhestand gehen und verstarb nach schwerer Krankheit kurz nach seinem 62. Geburtstag.

Mit Arnold Masselter trat ein Politiker das Amt des Oberbürgermeisters an,

der ein neues, weniger von Traditionen bestimmtes Amtsverständnis mitbrachte. Bereits in seiner Antrittsrede prägte er den Begriff des "Gläsernen Rathauses", der gleichsam programmatisch seiner Amtsführung zugrunde lag. Nachdem er sich für seine Wahl bedankt hatte, fuhr er fort:

"Es ist mir nicht entgangen, daß einige Kollegen etwas erstaunt zur Kenntnis genommen haben, daß ich an dieses Diskussionspult hier getreten bin; eben jenes Diskussionspult, von dem aus in der Vergangenheit die entscheidenden Akzente für die Duisburger Kommunalpolitik gesetzt worden sind. Ich weiß, in diesem Hause ist es üblich, daß der Oberbürgermeister zwei, oder sind es drei, Stufen über dem Rat thront. Nun, es ist gewiß nicht die Bürde eines seit wenigen Minuten auf meinen Schultern ruhenden Amtes, die mich hindert, auf diesen Hochsitz zu klettern. Ich meine, der Oberbürgermeister dieser Stadt sollte zum Rat nie von einem erhöhten Podium aus sprechen, und er sollte sich selbst nie auf ein Podest setzen lassen. Der frei gewählte Vorsitzende dieses frei gewählten Rates sollte sich nie in der Rolle eines Schulmeisters gefallen, auch wenn er notgedrungen auf einem 'Wilhelminischen Katheder' sitzt. Wir müssen, wie es scheint, diese Sitzordnung ertragen. Aber, wenn es uns ernst ist mit einer Demokratisierung unseres Gemeinwesens, werden wir zwei Dinge tun müssen. Wir müssen

1. Formen entwickeln, unsere Arbeit und das Geschehen in dieser Gemeinde transparenter, ich will sagen, durchsichtiger zu machen.

Wir müssen dem Bürger mehr Einblick in die Entscheidungsprozesse geben. Unser Rathaus sollte, bildlich gesprochen, ein Gebäude aus Glas sein, in dem jeder alles sehen kann und darf.

Und wir müssen

2. dem Bürger Gelegenheit geben, sich in stärkerem Maße als bisher ein direktes Bild über die Arbeit des Rathauses der Stadt zu verschaffen.

In einem Ratssaal der Zukunft sollte der Platz des Oberbürgermeisters nicht nur inmitten des Rates zu finden sein, so wie wir es vor einigen Monaten im Arnheimer Rathaus gesehen haben. Dieser Ratssaal sollte vor allen Dingen geeignetere Zuschauertribünen besitzen. Ich

würde mich freuen, wenn auf diesen Tribünen sehr oft junge Menschen sitzen würden, auch wenn sie nicht mit allem einverstanden sind, was wir tun."

Arnold Masselter beendete seine erste Rede als Oberbürgermeister mit den Worten: "Als ich vor nunmehr 17 Jahren in den Rat der Stadt gewählt worden bin, hat mich ein alter Wanheimer auf die Seite genommen und hat zu mir gesagt: 'Jung', nun bisse ja Ratsherr, aber jetzt musse kiecke, datte watt schaffst.' Ein besseres Motto für die vor uns liegende Arbeit habe ich ihnen kaum zu bieten. Lassen sie uns zusehen, daß wir etwas schaffen."

Zum Nachfolger Masselters als Vorsitzender der SPD-Fraktion wurde einstimmig der Hochfelder Ratsherr und Landtagsabgeordnete Ernst Ermert gewählt.

Ernst Ermert (1918 bis 1988), geboren in Gladbeck, gehörte einer Generation an, deren Lebensweg entscheidend vom Krieg und seinen Folgen geprägt wurde. Nach der mittleren Reife folgten Arbeitsdienst, Ausbildung bei der Luftwaffe und Kriegsteilnahme. Nach der Entlassung aus der Gefangenschaft arbeitete er zunächst als Schwellenleger, bevor er heim Arbeitsamt eine Ausbildung als Statistiker und Berufsberater absolvierte. 1946 trat er der neugegründeten Gewerkschaft ÖTV ebenso wie der SPD bei und gründete im Distrikt Wanheimerort eine Jungsozialistengruppe, der damals auch der spätere Parteivorsitzende und Bürgermeister Hermann Spillecke angehörte. Kurz darauf wurde Ermert Vorsitzender der Duisburger Jungsozialisten, und seit 1959 war er Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes. Ratsmitglied von 1951 bis 1952 und von 1961 bis 1988, wurde er 1969 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt und führte die Fraktion bis zu seinem Tod im Jahre 1988 unangefochten und souverän. In seine Amtszeit fielen die Kommunale Neuordnung und die Aufgabe, aus den Fraktionsmitgliedern der fünf ehemaligen selbständigen Gemeinden eine Einheit zu formen. Nicht zuletzt seiner Integrationskraft ist es zu danken, daß sich recht bald nach der Kommunalen Neugliederung alle Fraktionsmitglie-



Letzte Sitzung des Rates der Stadt Duisburg vor der Kommunalen Neugliederung (16. 12. 1974)

der für das Wohl der gesamten neuen Stadt Duisburg verantwortlich fühlten und die neue Fraktion zu einem homogenen Block wurde, in dem die regionale Zugehörigkeit nur eine untergeordnete Rolle spielte. Von 1954 bis 1958 und von 1962 bis 1975 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an. Von Januar 1975 bis zur Kommunalwahl am 4. Mai amtierte er als "Beauftragter für die Aufgaben des Rates und des Oberbürgermeisters" der neuen Stadt Duisburg. Er verstarb nach langer, schwerer Krankheit am 11. April 1988, kurz nach seinem 70. Geburtstag.

Die Auseinandersetzung um und die Vorbereitung auf die Kommunale Neugliederung bestimmten weite Teile der politischen Diskussion Anfang der 70er Jahre. Duisburg, als langer, schmaler Schlauch ausschließlich am rechten Rheinufer gelegen, betrieb hauptsächlich aus zwei Gründen seine Expansion. Einerseits sollte der Sprung über den Rhein die ungünstige geographische Lage verbessern helfen, zu einer koordinierten Entwicklung auf beiden Ufern beitragen sowie das Tor zum Niederrhein aufstoßen, als dessen Oberzentrum sich Duisburg verstand. Andererseits sollte der Bevölkerung, die wegen der Nähe zur Industrie und dem Mangel an bebaubaren Freiflächen ständig schrumpfte, attraktives Bauland in den Mauern der Stadt angeboten werden, um den Strom der Be-

rufseinpender eindämmen zu können.

Die betroffenen Nachbarstädte und -gemeinden sahen das ganz anders. Sie wollten, wenn sie schon durch die kommunale Neugliederung ihre Selbständigkeit verlieren sollten, nicht in der Großstadt Duisburg aufgehen, wodurch sie den Verlust ihrer Identität befürchteten, sondern betrieben den Zusammenschluß zu kleineren Einheiten. So wollte sich z. B. Walsum mit Dinslaken vereinigen, und die linksrheinischen Gemeinden orientierten sich an Partnern auf ihrer Seite des Flusses, um den Rhein als Grenze festzuschrei-



Ernst Ermert

ben. Der Widerstand gegen den Zusammenschluß mit Duisburg war so groß, daß ein Volksbegehren dagegen ins Leben gerufen wurde, das aber erfolglos blieb.

Am 26. November 1974 zog der Landtag von Nordrhein-Westfalen mit der Verabschiedung des "Neugliederungsschlußgesetzes" endgültig einen Schlußstrich unter die Diskussion. Damit wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1975 an aus Duisburg (alt) Walsum, Homberg, Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen die neue Stadt Duisburg gebildet, worin zusätzlich Teile von Rheinberg, Moers, Budberg, Dinslaken und Amt Angerland eingegliedert wurden.

Durch den Zusammenschluß verloren die beteiligten Gemeinden, Duisburg inbegriffen, vom 1. Januar bis zur Kommunalwahl am 4. Mai 1975 ihre Selbstständigkeit und verfügten weder über Rat noch Verwaltung. Diese Aufgaben wurden von "Beauftragten" des Innenministers wahrgenommen. Zum "Beauftragten für die Aufgaben des Rates und des Oberbürgermeisters" wurde Ernst Ermert bestellt. Als "Beauftragter für die Aufgaben des Oberstadtdirektors" fungierte Dr. Ernst Caumanns, Oberstadtdirektor der alten Stadt Duisburg. Ihre Befugnisse wurden durch Richtlinien des Innenministers geregelt. Danach war beim "Beauftragten für die Aufgaben des Rates und des Oberbürgermeisters" ein Beirat mit beratender Funktion zu bilden. Vorschlagsberechtigt für die Besetzung des Beirates waren Parteien, die bei der letzten Kommunalwahl mindestens 5 % der abgegebenen Stimmen im Gebiet der neuen Stadt Duisburg erreicht hatten. Von den 17 Sitzen des Beirates entfielen 10 auf die SPD, 6 auf die CDU und einer auf die FPD. Zum Sprecher der SPD-Beiratsfraktion wurde Josef Krings gewählt.

Bereits zur Kommunalwahl im Mai 1975 trat die SPD mit einer neu formierten, auf die neue Stadt Duisburg zugeschnittenen Parteiorganisation an, wobei nicht vorauszusehen war, ob die SPD in der neuen Stadt Duisburg an ihre Kommunalwählerfolge seit den 50er Jahren würde anknüpfen können.

Nachdem die Duisburger Sozialdemokraten aus der Kommunalwahl im Oktober 1956 mit 55,9 % der Stimmen

weit vor CDU(32,2 %) und FDP(6,8%) als klare Sieger hervorgegangen waren, hegten sie die Hoffnung, diesen Erfolg auch bei der Bundestagswahl 1957 wiederholen zu können und damit die Niederlage von 1953, als die CDU erstmals seit 1947 mehr Stimmen als die SPD erzielen konnte, auszubügeln. Diese Hoffnung schien nicht unberechtigt. Die SPD in Duisburg hatte mit Ausnahme der Bundestagswahl 1953 ihren Stimmenanteil ständig erhöhen können, wengleich zwischen den Kommunalwahlergebnissen einerseits und den Ergebnissen bei Bundestags- und Landtagswahlen andererseits immer eine beträchtliche Lücke klaffte.

Der Ausgang der Bundestagswahl im September 1957 traf die Duisburger Sozialdemokraten jedoch doppelt hart: Nicht nur daß die CDU erstmals bundesweit die absolute Mehrheit erhielt, auch in Duisburg erzielte sie mit 50,1 % (+ 5,8 %) zum ersten Mal mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Die SPD blieb mit 39,7 % (+ 0,5 %) weit abgeschlagen und mußte schmerzhaft erkennen, daß erfolgreiche Kommunalpolitik nicht ohne weiteres zu Erfolgen bei überregionalen Wahlen führte.

Im Gegenteil: Die soweit auseinanderklaffenden Wahlergebnisse innerhalb von nur 12 Monaten beleuchteten schlaglichtartig die Diskrepanz sozialdemokratischer Politik. Während sich die SPD mit ihrer kommunalen Politik des Wiederaufbaues und der Sicherung der elementaren Lebensgrundlagen weitgehend in Übereinstimmung mit den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung befand, schwamm sie ganz offensichtlich mit ihrer außen- und deutschlandpolitischen Konzeption gegen den Strom.

Im Widerstand gegen die Adenauer'sche Politik der Westintegration mit den Debatten um die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in den Europarat, die Aufstellung der Bundeswehr und die Aufnahme in die NATO blieben die Sozialdemokraten erfolglos und verloren damit die erste große Auseinandersetzung mit den Konservativen ganz deutlich.

Die Landtagswahl im Juli 1958 sollte zeigen, ob die Duisburger SPD es schaffen konnte, überregionale Politik ebenso mehrheitsfähig zu machen wie

Kommunalpolitik. Die Voraussetzungen dazu erschienen günstig. Es gab seit zwei Jahren eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten Steinhoff an der Spitze und die Absicht der Landespartei, den Wahlkampf ganz auf die erfolgreiche Regierungspolitik abzustellen.

Diese Absicht wurde aber von der CDU durchkreuzt. Bereits vor Beginn des Landtagswahlkampfes war in Duisburg ebenso wie in vielen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen und der gesamten Bundesrepublik die Aktion "Kampf dem Atomtod" gegründet worden. Ziel dieser Kampagne war es, gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu demonstrieren und eine Volksbefragung zu diesem Thema durchzusetzen.

Die CDU machte die Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zum Hauptthema ihres Wahlkampfes, um die SPD in eine Neuauflage der bundespolitischen Auseinandersetzung um die Verteidigungspolitik zu drängen und eine landespolitische Auseinandersetzung zu vermeiden. Mit ihrer Hauptwahlkampfparole "Bund und Land - Hand in Hand" suchte sie den nahtlosen Anschluß an die vorangegangene Bundestagswahl, was ihr zumindest im Landesdurchschnitt gelang, wo sie erstmals eine absolute Mehrheit erreichen konnte.

In Duisburg sah das Wahlergebnis anders aus. Hier konnte die CDU im Vergleich zur letzten Landtagswahl zwar 7,8 % der abgegebenen Stimmen hinzugewinnen, mußte sich aber mit 43,4 % den Sozialdemokraten geschlagen geben, die 48,3 % (+ 5 %) der Stimmen erreichten und 4 von 5 Wahlkreisen gewannen.

Die SPD in Duisburg konnte damit - bei einem von der Thematik vergleichbaren Wahlkampf - den Einbruch der vorangegangenen Bundestagswahl wieder wettmachen und ihre Stellung als stärkste Partei behaupten. Das Faszinierende an diesem Wahlergebnis war, daß bei unveränderten Ausgangspositionen der beiden Parteien die Wähler einmal der einen und einmal der anderen Position mehrheitlich zuneigten. Diese, am Vorabend des Godesberger Parteitages gemachten Äußerungen,

Wie die SPD darauf reagierte, entnehmen wir wiederum der Wahlanalyse

des Parteisekretärs Thome für die Unterbezirkskonferenz am 23. Mai 1959:

“Es gibt ein gefährliches Wort, das einmal, ich glaube von Viktor Adler, dem bekannten Austromarxisten gesprochen wurde, welches lautete, ‘lieber mit den Massen irren, als gegen die Massen stehen’. Umgewandelt auf unsere Situation und Aufgabe würde das bedeuten, unsere Politik dem Geschmack der Massen anzupassen, wenn notwendig, sie sogar im Kern verändern. Ich glaube, die konstante und sich langsam vermehrende Zahl unserer Wähler ist eine Bestätigung unserer Politik als eine Alternative zur Bundesregierung. Daß dieser Politik stabil in Deutschland mehr oder gleichviel Kräfte zugeordnet sind als der Politik der CDU, bedeutet für uns, diese unsere Politik im Kern weiterzuführen. Die Politik ist eine Sache des Tages und der Situation. Sie ist deshalb zeitbedingten Wandlungen unterworfen. Wenn sie sich in diesem Sinne ändert, so ist das richtig. Ihre Änderung darf jedoch niemals aus Opportunismus und Spekulation auf Wählergunst sein. Wenn also die Politik nicht geändert werden soll, dann kann die Entscheidung der Wahl nur in der Verpackung, das heißt von der Propaganda her beeinflusst werden. Es geht also bei festen politischen Frontstellungen um die 20 % der weichen Wähler, die nicht festgelegt zwischen den großen Parteiblöcken schwanken, unentschieden bleiben, oder bereit sind, ihre Entscheidung von Fall zu Fall zu verändern.”

wurden von den Delegierten, wie wir dem Protokoll entnehmen, “mit Beifall” aufgenommen.

Die Diskussion über die Frage, ob die SPD sich im streng marxistischen Sinn weiterhin als Organisation der Arbeiterklasse begreifen und dementsprechend handeln solle oder ob sie sich öffnen solle für andere geschichtsphilosophische Strömungen, mit denen sie gemeinsame gesellschaftspolitische Zielvorstellungen formulieren könne, um langfristig mehrheitsfähig zu werden, war auch in Duisburg entbrannt und spiegelte sich in der Debatte um den Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes wider.

Am 11. April 1958 hatte sich erstmals eine Delegiertenkonferenz des Unterbezirks Duisburg mit dem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm beschäftigt. Allerdings wird Willi Eichler, Referent des Abends und Vorsitzender der Programmkommission, nach Abschluß der Diskussion noch keine Klarheit darüber gehabt haben, ob die Duisburger SPD für oder gegen die Öffnung zur Volkspartei stimmen würde. Von

den fünf im Protokoll vermerkten Diskussionsrednern sprach sich nur einer eindeutig für die neuen programmatischen Grundsätze aus, wohingegen die anderen sich jeweils verschiedenen Teilaspekten zuwandten.

Ein Jahr später hatten sich die Fronten aber geklärt. In den Sitzungen des Unterbezirksvorstands am 16. September 1959 und des erweiterten Unterbezirksvorstandes ebenfalls am 16. und am 24. September 1959 wurde ganz deutlich, daß die große Mehrzahl der verantwortlichen Funktionäre bereit war, den Schritt von der marxistisch orientierten Klassenpartei zur demokratisch-sozialistischen Volkspartei mitzugehen.

Lediglich eine kleine Gruppe um Eberhard Brünen, Herta Brünen-Niederhellmann und Reinhard Bulitz lehnte den Entwurf des Grundsatzprogrammes ab.

Im Protokoll der erweiterten Unterbezirksvorstandssitzung vom 24. September 1959 wurden Brünen's Argumente folgendermaßen zusammengefaßt: *“Genosse Brünen kritisierte, daß eine gründliche Debatte bis zum Godesber-*

ger Parteitag nicht mehr möglich sei. Deshalb halte er einen Beschluß für verhängnisvoll, der den Entwurf zum Programm mache. Die Debatte vor der Öffentlichkeit erinnere an einen Ausspruch Kurt Schumachers vom Jahre 1945, der sagte, die Nazi-Herrschaft habe einen Typ Mensch hinterlassen, der nichts wisse, aber immer lauter dreinrede, wenn ihm nichts passiert.

Er hielt den Entwurf für unmöglich. Es sei keine wissenschaftliche Arbeit. Er hielt es für gefährlich und verhängnisvoll, daß auf eine Zeitanalyse verzichtet worden sei. Das sei aber nicht zufällig, sondern absichtlich geschehen.

Er vertrat die These, daß die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln geändert werden müßten, da sie die Ursache für alle Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben seien. Die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln würde erst Sozialismus und klassenlose Gesellschaft möglich machen. Der Entwurf enthalte starke Formulierungen, die vollkommen abweichen von allen bisherigen Programmen bis hin zur programmatischen Erklärung Kurt Schumachers.

Auch das Verhältnis zu den Kirchen, wie es im Programmentwurf fixiert sei, sei falsch. Die Kirchen im europäischen Raum seien im Wesen und der Lehre nach totalitär, deshalb müssen sie unduldsam sein. Auch die Stellung zur Landesverteidigung sei falsch. Angesichts der Teilung Deutschlands sei bei der Einschmelzung in die beiden Paktsysteme ein Angriff auf die Bundesrepublik und ihre Verteidigung mit den heutigen Waffen gleichbedeutend mit Ausrottung.

Er... wies auf das englische Wahlprogramm der Labour-Party hin, die Stahlindustrie und Großverkehr sofort verstaatlichen und dann überlegen wolle, was noch zu verstaatlichen sei. Insgesamt lehnte Genosse Brünen den Entwurf als eine Ungeheuerlichkeit ab.”

Die Traditionalisten um Eberhard Brünen, die an den marxistischen Grundsätzen festhalten wollten, blieben aber sowohl im Unterbezirksvorstand als auch auf der Unterbezirksdelegiertenkonferenz in der Minderheit. Die Delegier-

tenkonferenz wählte auf Vorschlag des Vorstandes mit Helmut Prinz und Heinz-Josef Thome zwei Befürworter des neuen Programmentwurfs zu Delegierten für den Bundesparteitag vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg, nachdem Eberhard Brünen auf eine Kandidatur verzichtet hatte. Die Duisburger SPD hatte sich damit, obwohl sie stark in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften verwurzelt und lokalpolitisch bisher durchaus erfolgreich war, mit großer Mehrheit für eine Öffnung der Partei in Richtung anderer gesellschaftlicher Gruppen entschieden. Daß diese Entscheidung auch als Konsequenz aus den beiden schmerzlichen Wahlniederlagen der Jahre 1957 und 1958 zu verstehen war, entnehmen wir dem Jahresbericht 1958:

„Unsere gute alte Partei ist von jeher nicht Selbstzweck gewesen, sondern war ein Mittel, des kämpfenden Sozialisten um die Macht im Staate. Es war von Anbeginn an deutlich und kommt besonders in der Gestalt unseres großen Ahnen Ferdinand Lassalle zum Ausdruck. Leider hat in langen Jahren des Kampfes oft das Doktrinäre, das Suchen nach guten Programmen diese unsere Hauptaufgabe als Partei zurücktreten lassen, und wir haben oft in blinder Geschichtsgläubigkeit unsere Aufgaben für den Tag vergessen. Bitter, Genossen, ist es trotz der großen Programme für eine Partei, das harte



Wilhelm Kalisch

Brot der Opposition zu essen, denn es kommt im machtpolitischen Kampf nicht darauf an, Recht zu behalten, sondern Recht zu haben und das heißt: In der Demokratie die Mehrheit hinter sich zu bringen und darauf in ihrem Auftrag zu gestalten. Alle noch so guten Gedanken, ohne die Macht zur Gestaltung erdacht, sind am Ende unbeweisbare Hypothesen, für die kein Mensch auch nur einen Gedanken verschwendet.“ (Hervorhebung d. V.)

Im gleichen Tenor schließt auch der Bericht der beiden Duisburger Delegierten vom Godesberger Parteitag, der in der Mitgliederzeitschrift „argumente“ 1959/60 abgedruckt wurde:

„Das Programm gibt der Partei eine neue verbindliche Basis. Es kommt jetzt darauf an, daß das Programm unser geistiges Eigentum wird. Daß wir den Willen und die Entschlossenheit aufbringen, die politische Führung zu übernehmen.“

Die positive Resonanz, die das Godesberger Programm in der Öffentlichkeit hervorrief, hatte auf die Mitgliederentwicklung des Unterbezirks Duisburg zunächst keine nachhaltige Wirkung. Von 1956 (4.735) bis 1959 (4.769) hielten sich Ein- und Austritte, Zu- und Fortzüge nahezu die Waage. Nach Verabschiedung des Grundsatzprogrammes wurden zwar verstärkt Parteieintritte registriert, jedoch stieg die Mitgliederzahl bis zum Ende des Jahres 1960 lediglich um 80 auf 4.869 an. Sie erreichte aber bereits im Jahre 1963 mit 4.583 einen neuen Tiefpunkt, von dem sich die Partei erst nachhaltig mit Eintritt in die Große Koalition erholte. 1966 wurden 5.093 Mitglieder im Unterbezirk Duisburg gezählt. Die Mitgliederzahl stieg dann bis zum Jahre 1973 kontinuierlich auf 8.411 an, wobei das Jahr 1972 mit einem Plus von 1.553 Mitgliedern besonders positiv herausragte.

Die Struktur der Parteiorganisation blieb bis zum Jahre 1963, in dem ein neues Statut für den Unterbezirk verabschiedet wurde, nahezu unverändert. Bis 1960 gliederte sich der Unterbezirk Duisburg in 23 Distrikte. Im Jahre 1961 wurde aus dem Distrikt Hüttenheim der

Bereich Ungelsheim ausgegliedert, so daß es nunmehr 24 Distrikte gab, deren Größe aber nach wie vor sehr unterschiedlich war.

Die größten Distrikte - Hochfeld (498), Neudorf (488) und Meiderich I (479) - verfügten über ein Vielfaches an Mitgliedern, auf die sich die Parteiorganisation in den kleinsten Distrikten - Neuenkamp (63), Kaßlerfeld (64) und Ruhrtort (74) - stützen konnte. Obwohl im Unterbezirksvorstand mehrfach über eine Neuorganisation der Distrikte - unter dem Stichwort: Anpassung der Distriktgrenzen an die Kommunalwahlkreise - diskutiert worden war, blieben die Veränderungsbemühungen letztendlich erfolglos. Eine Stärkung der Parteiorganisation erfolgte allerdings im hauptamtlichen Bereich: Im September 1959 war mit Franz Huppertz ein zweiter Parteisekretär angestellt worden.

Das innerparteiliche Leben scheint jedoch vielfach ideenlos und in eingefahrenen Gleisen verlaufen zu sein. In seinem Organisationsbericht für die Delegiertenkonferenz des Unterbezirkes am 7. Mai 1961 kritisierte Parteisekretär Franz Huppertz die Eintönigkeit vieler Distriktversammlungen:

„182 Distriktversammlungen im Jahre 1960 sind flüchtig betrachtet ein guter Beweis für ein reges und aktives Parteileben in den einzelnen Wohnbezirken unserer Stadt. Ein Blick in die Wirklichkeit vermittelt uns ein völlig anderes Bild... Unsere Versammlungen sind mehr oder weniger zur Schablone geworden, im politischen Sinne als auch im formalen Ablauf. Die Versammlungsform mit Begrüßung, Referat, Diskussion, Schlußwort und Punkt Verschiedenes, seit Jahrzehnten in der Partei praktiziert, ist überaltet und zerstört alle Ansätze lebendiger Auseinandersetzung. Der Punkt Verschiedenes mit immer wiederkehrenden Diskussionsbeiträgen angefüllt, weil hier die Mitglieder, das heißt die Versammelten sich aussprechen, scheint meistens der interessanteste Punkt der Versammlung zu sein.

Wie in jedem anderen Verein wird auch bei uns das Zusammentreffen der Genossen sehr oft mit viel Vereinsmeierei geschäftsordnungsmäßig erledigt.

Für die Organisation und die Aktivität der Partei ist der praktische Wert solcher Versammlungen gleich Null. Wenn wir den traditionellen Versammlungsstil und das Versammlungsleben schlechthin nicht allmählich zu Tode reiten und nicht auf alle Ewigkeit konservieren wollen, kommen wir nicht umhin, gründliche Überlegungen anzustellen, damit unsere Versammlungen attraktiver, interessanter und vor allem politischer werden."

Parteivorsitzender in dieser für die programmatische Entwicklung der SPD bedeutsamen Etappe ihrer Parteigeschichte war Wilhelm Kalisch. Nachdem die Duisburger Sozialdemokraten im Herbst 1956 nach nur zweijähriger Amtszeit den Tod ihres Vorsitzenden Jean van Kessel beklagen mußten, wurde die Partei bis zur Neuwahl eines Vorsitzenden am 31. März 1957 kommissarisch vom 2. Vorsitzenden Wilhelm Mues geführt. Den Protokollen der Unterbezirksvorstandssitzungen vom 12. Februar, 22. Februar, 2. März und 21. März 1957 ist zu entnehmen, daß es erhebliche Mühe bereitete, einen mehrheitsfähigen Nachfolger zu finden, nachdem sowohl Fritz Holthoff als auch Karl Harzig eine Kandidatur abgelehnt hatten. Schließlich beschloß der erweiterte Vorstand am 21. März 1957 einstimmig, den Delegierten Wilhelm Kalisch zur Wahl als Vorsitzender vorzuschlagen. Zehn Tage später wurde Kalisch zum Unterbezirksvorsitzenden gewählt.

Wilhelm Kalisch (geb. 1902) trat mit 20 Jahren der SPD bei und war bis zum Verbot der Partei im Ortsverein Ruhrort aktiv. Von Beruf Pädagoge unterrichtete er während der Weimarer Republik an der Bekenntnisfreien Schule Beeck. Im Oktober 1945 war er in Bruckhausen erneut der SPD beigetreten. Dort übte er lange Jahre die Funktion des Kassierers aus. Nach dem Krieg arbeitete er zunächst als Hilfsarbeiter, bevor er wieder eine Anstellung als Lehrer fand und in den 50er Jahren dann Rektor der Volksschule Schulstraße in Bruckhausen wurde. Er war von 1952 bis 1957 Mitglied des Rates der Stadt, aus dem er ausscheiden mußte, als er am 1. August 1957 zum Leiter des Sportamtes der Stadt Duisburg berufen



Willy Brandt zu Gast in Duisburg (1960)

wurde. Von März 1957 bis Mai 1961 war er Vorsitzender der Duisburger SPD.

Durch die Verabschiedung des Godesberger Programms war Bewegung in die politische Auseinandersetzung gekommen. Die SPD begann auf breiter Ebene mit der CDU um Wählergruppen zu konkurrieren, die sie vorher vernachlässigt hatte. Gleichzeitig entwickelten die Sozialdemokraten, infolge ihres neuformulierten Anspruches als Volkspartei mehrheitsfähig zu werden und damit auch im Bund Regierungsverantwortung zu übernehmen, ein neues Selbstbewußtsein. Das Erscheinungsbild der Partei änderte sich. Nicht

mehr die Abgrenzung zur CDU stand im Vordergrund, sondern die SPD begann verstärkt ihre eigenen politischen Konzepte zu formulieren und zur Diskussion zu stellen.

Damit einher ging die Aufarbeitung der eigenen Geschichte und das Herausstellen der Leistungen, die Sozialdemokraten in fast 100jährigem Kampf für die Demokratisierung der Gesellschaft erbracht haben.

Die Duisburger SPD veröffentlichte 1960 ihre Schrift "55 Jahre Kampf um freie Gemeinden". Darin stellte sie, beginnend mit einem Schreiben des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg an die Stadtvertretung aus dem Jahre



Duisburger Jungsozialisten als Wahlhelfer in Berlin 1960

1905, in dem ein vom Einkommen unabhängiges Wahlrecht gefordert wird, ihren Beitrag zur Erlangung sowie Verteidigung der Demokratie dar und dokumentierte selbstbewußt die erfolgreiche Wiederaufbauarbeit in Duisburg nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Botschaft war deutlich: Eine kommunalpolitisch erfolgreiche, sich ihrer Geschichte und Tradition bewußte SPD machte sich auf, über die Mehrheit in den Rathäusern hinaus nach der Macht zu greifen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl im September 1961 war aus Duisburger Sicht mehr als zufriedenstellend. Die SPD in Duisburg hatte mit 47,1 % (+7,4 %) nicht nur erstmals seit 1949 wieder beide Direktwahlkreise gewinnen können, sondern hatte der CDU mit 39,9 % (-10,2 %) eine deutliche Niederlage beigebracht. Duisburg war auf dem besten Wege, sich zu einer sozialdemokratischen Hochburg zu entwickeln. Die Rheinische Post, Ausgabe

Duisburg, kommentierte das Wahlergebnis am Montag nach der Wahl folgendermaßen:

“Es hat keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken, die Prügel, die die CDU insgesamt und in Duisburg noch gesondert bezog, soll man nicht vertuschen. Man kann es auch nicht, weil sie zu fühlbar sind. Hoffentlich fühlt man sie wirklich und stellt sich darauf ein. In vier Jahren wird ein neuer Bundestag gewählt. An der CDU und an ihren Verantwortlichen liegt es, daß aus der Ohrfeige kein k.o. wird.”

Für die Duisburger SPD analysierte Parteisekretär Franz Huppertz das Wahlergebnis:

“Während es noch 1960 das erklärte Ziel der CDU war, bei der Wahl am 17. September die verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag zu erreichen, was auch noch im Frühjahr

auf dem CDU Kongreß in Köln lauthals bestätigt wurde, beweist das Wahlergebnis vom 17. September, daß die CDU nicht mehr in der Lage ist, allein zu regieren. Während der Wahlkampf der CDU als kalter Bürgerkrieg angelegt war, nach dem Motto: ‘Schlagt die Sozialdemokraten, wo ihr sie trifft’, ging der Wahlkampf der Sozialdemokraten von außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten aufgrund einer umfassenden Lage - Analyse vonstatten. Während die CDU im deutschen Volk das Trennende vertiefte, wurde in unserem Wahlkampf das Gemeinsame verstärkt. Zum ersten Mal seit 1949 erhielt unser Bundeswahlkampf moderne Konturen. Ein neuer Stil setzte sich durch.”

Mit der Nominierung Willy Brandts zum Kanzlerkandidaten hatte die SPD erstmals nicht ihren amtierenden Parteivorsitzenden zum Spitzenkandidaten gewählt, sondern einen jungen und populären Landesvorsitzenden, der sich

als Regierender Bürgermeister von Berlin bereits einen Namen gemacht hatte.

Seine außenpolitische Kompetenz und seine Erfolge als Regierungschef in Berlin sowie die Herausstellung eines Schattenkabinetts, gebildet aus allseits anerkannten und respektierten Persönlichkeiten, vereitelte erfolgreich die Wahlkampfstrategie der CDU, die SPD politisch und personell als regierungsunfähig darzustellen. Für Duisburgs Sozialdemokraten, die eine besonders enge Bindung an Berlin hatten, bedeutete die Nominierung Willy Brandts einen besonderen Ansporn. Bereits 1960 waren ein Dutzend Duisburger Jungsozialisten für 10 Tage in Berlin gewesen, um der dortigen SPD im Wahlkampf zu helfen. Sie hatten Urlaub und Freizeit geopfert, um gemeinsam mit den Berliner Genossen für eine absolute Mehrheit der SPD zu kämpfen - mit Erfolg. Nun brannten sie darauf, mit Willy Brandt, der Anfang der 60er Jahre mehrfach Gast in Duisburg war, in den Bundestagswahlkampf zu ziehen - ebenfalls mit Erfolg.

In der Duisburger Parteiführung gab es 1961 einen erneuten Wechsel. Der seit 1957 amtierende Parteivorsitzende Wilhelm Kalisch hatte angekündigt, nicht wieder für dieses Amt kandidieren zu wollen. Der erweiterte Vorstand schlug der Delegiertenkonferenz des Unterbezirks am 7. Mai 1961 vor, den bisheri-

gen stellvertretenden Vorsitzenden, Hanns Theis, zum neuen Parteivorsitzenden zu wählen. Aus der Versammlung wurde ein 2. Vorschlag gemacht: Bürgermeister Hermann Spillecke. In der Abstimmung setzte sich Hermann Spillecke, der bisher nicht dem Parteivorstand angehört hatte, mit 74 zu 47 Stimmen gegen Hanns Theis durch und wurde damit zum Nachfolger von Wilhelm Kalisch gewählt. Bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden unterlag Hanns Theis erneut mit 45 zu 75 Stimmen dem Rats Herrn Willi Marmann, wurde aber wenige Stunden später als Kandidat für den Bundestagswahlkreis 93 Duisburg-Süd gewählt.

Der neugewählte Vorsitzende des Unterbezirks Duisburg, Hermann Spillecke (1924 bis 1977), geboren in Homberg, wuchs in Bissingheim auf, wo er die Volksschule und anschließend die Lehrerbildungsanstalt besuchte, nach deren Abschluß er 1943 noch Soldat wurde. Bereits 1945 konnte er wieder in den Schuldienst eintreten, dem er bis zu seiner Wahl in den Landtag von Nordrhein-Westfalen 1962 treu blieb, zuletzt als Rektor der evangelischen Schule in Bissingheim. Seit 1946 war er Mitglied der GEW. 1945 war er in die SPD eingetreten, gehörte anfangs der Juso-Gruppe von Ernst Ermert in Wanheimerort an, war hier Kassierer und Schriftführer, obwohl er in Bissingheim wohnte. Als er nach Bissingheim wechselte, wurde er 1953



Hermann Spillecke

zum Distriktvorsitzenden gewählt. Damals war er gerade 29 Jahre alt. 1956 wurde er erstmals in den Rat der Stadt und bereits ein Jahr später - nach dem Tod von Wilhelm Mues - zum Bürgermeister gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Rat der Stadt im November 1969 inne. Von 1962 bis 1965 gehörte er dem Landtag, von 1965 bis zu seinem Tod dem Bundestag an. Als er 1977 im Alter von 52 Jahren einem Herzschlag erlag, hatte er nicht nur 16 Jahre lang unangefochten den Unterbezirk Duisburg geführt, sondern war auch seit 7 Jahren stellvertretender Vorsitzender des SPD-



Ausstellung anlässlich der 100-Jahr-Feier der Duisburger SPD vom 26. 4. - 2. 5. 1964 in der Mercatorhalle



Ausstellung anlässlich der 100-Jahr-Feier der Duisburger SPD vom 26. 4. - 2. 5. 1964 in der Mercatorhalle

Bezirk Niederrhein.

Im Jahre 1963 beschäftigte sich die Duisburger SPD auf zwei Delegiertenkonferenzen am 17. März und am 27. April mit der Diskussion und Beschlussfassung über ein Unterbezirks-Statut, mit dem die organisatorische Gliederung des Unterbezirks festgelegt wurde. Nach dem neuen Statut gab es auf Unterbezirksebene die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, die Arbeitsgemeinschaft der Frauen, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die Soziale Arbeitsgemeinschaft, die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen Schaffenden, die Arbeitsgemein-

schaft der Vertriebenen und Flüchtlinge, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte.

Untergliederungen auf Distriktebene hatten nur die Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten und der Frauen, die übrigen wurden auf der Ebene des Unterbezirks organisiert. Die Arbeit der sozialdemokratischen Betriebsgruppen wurde direkt an den Unterbezirksvorstand angebunden und von diesem geleitet. Dieses Statut brachte im wesentlichen keine Neuorganisation der Parteiarbeit, sondern sicherte die bisherige Praxis nunmehr auch formell ab.

1960 hatte die Duisburger SPD erstmals mit der Aufarbeitung ihrer eigenen lokalen Parteigeschichte begonnen und mit der Schrift "55 Jahre Kampf um freie Gemeinden" die Zeit seit 1905 dargestellt. Vier Jahre später, zum 100. Gründungstag der SPD in Duisburg, legte die sozialistische Bildungsgemeinschaft Duisburg unter dem Titel "Aufbruch" eine Geschichte der Duisburger SPD von ihrer Gründung 1864 bis zum Jahre 1890 vor, in welcher der Kampf der organisierten Arbeiterbewegung für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes mit seinen Erfolgen und Rückschlägen dargestellt wurde. Diese beiden Schriften waren ein deutliches Signal des neuen Selbstbewusstseins der SPD, die sich anschickte, gestützt auf die Erfahrungen eines 100jährigen Kampfes an der Seite der Schwachen und Unterdrückten, ihren Anspruch auf die Regierungsmacht nachdrücklich zu formulieren. In Duisburg wurde das Parteijubiläum am 25. und 26. April 1964 mit einer zweitägigen Festveranstaltung begangen. Dem Organisationsbericht jenes Jahres entnehmen wir die nachfolgende Schilderung:

"Unsere 100-Jahr-Feier wurde am 25. April in der Mercatorhalle mit einem kabarettistischen Abend der 'Neuen Berliner Bühne' eröffnet. Am Samstagvormittag fand die Festveranstaltung unter Mitwirkung des städtischen Sinfonieorchesters statt. Der Berliner Bürgermeister Albertz überbrachte die Grüße des Parteivorstandes und der Berliner SPD. Den Festvortrag über das Thema: 'Friedrich-Albert Lange und die frühe Arbeiterbewegung in Duisburg' hielt Professor Eckert aus Braunschweig. Am Sonntagabend veranstaltete die Partei in allen Räumen der Mercatorhalle einen Bürgerball. Im Rahmen dieser Feierlichkeiten wurde im Konferenzsaal der Mercatorhalle die Ausstellung 'Die SPD in Duisburg von 1864 bis 1914' eröffnet. Alle Duisburger Bürger hatten Gelegenheit, vom 26. 4. bis 2. 5. 1964 diese Ausstellung zu besichtigen, die in der Öffentlichkeit starke Beachtung fand."

Nachdem die SPD bereits bei der Landtagswahl 1962 mit 53,7 % alle fünf Duisburger Landtagswahlkreise direkt

gewonnen hatte und bei der Kommunalwahl 1964 mit 57,2 % ein Rekordergebnis erzielen konnte, ging sie mit großen Hoffnungen in den Bundestagswahlkampf 1965. Denn die Ablösung Adenauers durch Erhard war für die Regierungskoalition aus CDU und FDP nicht reibungslos verlaufen. Hinzu kam, daß sich die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik verschlechtert hatte und Erhard ausgerechnet auf wirtschaftspolitischem Gebiet die Erfolge fehlten.

Wenn es dann am Abend des 19. September 1965 bei Duisburgs Sozialdemokraten dennoch unerfüllte Hoffnungen gab, dann lag das nicht am eigenen Abschneiden. In Duisburg hatte die SPD mit 53,4 % (+ 6,3 %) ihr Ergebnis nochmals deutlich verbessern können und den Regierungsparteien CDU mit 37,6 % (- 2,3 %) und FDP mit 5,9 % (- 3,5 %) eine erneute bittere Niederlage beigebracht. Enttäuschung bereitete das Gesamtergebnis der Partei, die ihren Stimmenanteil bundesweit lediglich von 36,2 auf 39,3 Prozent steigern konnte und damit weiterhin in der Opposition blieb.

Was sich im Bundestagswahlkampf bereits angedeutet hatte, wurde ein Jahr später offensichtlich. Wirtschaftliche Rezession, rapide steigende Arbeitslosigkeit und beachtliche Stimmengewinne der NPD bei Landtags- und Kom-



Bundestagswahlkampf 1965. Viel Zustimmung für Willy Brandt.

munalwahlen führten sowohl innerhalb der CDU als auch der Regierungskoalition zu harten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die FDP ihre Minister aus der Bundesregierung zurückzog und die CDU Bundeskanzler Erhard das Vertrauen entzog und Kurt-Georg Kiesinger zum Kanzlerkandidaten wählte. Kiesinger versuchte zunächst eine Neuauflage der Regierungskoalition mit der FDP zustande zu bringen. Die Gegensätze erwiesen sich aber als unüberbrückbar, so daß er anschließend mit der SPD über die Bildung einer Regierungskoalition verhandelte. Am 26. November 1966 einigten sich

die Verhandlungskommissionen von CDU/CSU und SPD auf die Bildung einer Großen Koalition, in der die CDU den Kanzler und die SPD den Vizekanzler stellen sollte.

Diese Entscheidung war innerhalb der SPD heftig umstritten, zumal rein rechnerisch auch die Bildung einer Koalition mit der FDP möglich gewesen wäre, in der die SPD als der größere Partner nicht nur mehr Gewicht gehabt hätte, sondern auch den Bundeskanzler hätte stellen können. Allerdings erschien der Mehrheit in der Parteiführung das Risiko zu groß, mit einer denkbar knappen Parlamentsmehrheit und einer FDP, die in sich stark zerstritten war, das Risiko einer Regierungsübernahme einzugehen.

Somit wurde die SPD 17 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und 36 Jahre nach dem Rücktritt der letzten sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung der Weimarer Republik als Juniorpartner der CDU/CSU wieder Regierungspartei und konnte damit erneut die Politik verantwortlich mitgestalten.

Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen verlief zunächst ähnlich wie die im Bund. Aus der Landtagswahl im Juli 1966 war die CDU/FDP-Koalition mit der äußerst knappen Mehrheit von 101 zu 99 Stimmen der SPD hervorgegangen und setzte ihre Regierung fort. Nach Bildung der Gro-



Heinz Kühn



Willy Brandt in der Mercatorhalle (9. 11. 1972). Auf dem Podium v. l. n. r.: Krings, Bulitz, Riederer, Masselter, Spillecke, Schluckebier.

ßen Koalition in Bonn verhandelten auch in Düsseldorf SPD und CDU über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Die SPD-Landtagsfraktion machte ihrem Vorsitzenden Heinz Kühn dann aber einen Strich durch die Rechnung und entschied sich für die Bildung einer Koalition mit der FDP, die in Nordrhein-Westfalen dazu bereit war.

Am 8. Dezember 1966 löste Heinz Kühn dann durch ein konstruktives Mißtrauensvotum Franz Meyers als Ministerpräsident ab und übernahm die Regierung. Erstmals in der Geschichte der Duisburger Parteiorganisation trug die SPD nun Regierungsverantwortung auf allen Ebenen, in der Stadt, im Land und im Bund.

Die Bildung der Großen Koalition war in der Duisburger SPD nicht sehr umstritten. Bergbaukrise, wirtschaftliche Rezession und steigende Arbeitslosigkeit waren die Hauptthemen der politischen Diskussion im Ruhrgebiet und in den Betrieben. Allgemeiner Tenor der Diskussion war, die SPD muß in die Regierung, um den sozialpolitischen Aspekten in der Wirtschaftspolitik zur Geltung zu verhelfen. Dabei erschien es als zweitrangig, welche der beiden bürgerlichen Parteien der Koalitionspartner war.

Heftige Auseinandersetzungen um die Regierungspolitik gab es auf Unterbezirksebene erstmals bei der Diskussion

um die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Auf der Unterbezirksdelegiertenkonferenz am 6. Mai 1967 erläuterte der Bundestagsabgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen die Absichten der Bundesregierung und den Beitrag der Sozialdemokraten zur Entschärfung der ursprünglich von der CDU/CSU beabsichtigten Gesetzesform. Dem Protokoll der Konferenz ist zu entnehmen, daß die Redner Brünen, Bulitz und Lemm die Notstandsgesetze grundsätzlich ablehnten, mit ihrer Position aber in der Minderheit blieben. Der Distrikt Kaßlerfeld hatte folgenden Antrag eingebracht:

“Die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Parteivorstand werden aufgefordert 1. die von der Bundesregierung geplante Notstandsverfassung sowie jede zusätzliche Einschränkung der Grundrechte abzulehnen, 2. ihren Einfluß geltend zu machen, daß vor dem Bundesverfassungsgericht festgestellt wird, ob die von der Mehrheit des Bundestages verabschiedeten einfachen Notstandsgesetze mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sind.”

Von den 130 stimmberechtigten Delegierten stimmten bei 11 Enthaltungen aber nur 25 zu, womit der Antrag abgelehnt wurde. Allerdings war damit noch nicht die Zustimmung zu den Absichten der Regierung erfolgt, denn anschlie-

ßend wurde ein von Helmut Ziethoff eingebrachter Initiativantrag einstimmig beschlossen:

“Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird aufgefordert, einen ‘Außerordentlichen Parteitag’ der SPD einzuberufen, um die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Frage der Notstandsgesetzgebung einzuholen. Zur Grundlage der Beratung des Außerordentlichen Parteitages möge der Entwurf der Bundesregierung vom 10. März 1967 zur Ergänzung des Grundgesetzes und die darüber erfolgten Beratungsergebnisse dienen.”

Die Forderung nach einem außerordentlichen Bundesparteitag, die damals nur knapp an der notwendigen Zustimmung von zwei Fünfteln der Bezirke scheiterte, machte ganz deutlich, daß die Partei sich weder so ohne weiteres vor den Karren der Regierung spannen lassen wollte noch in offenen Gegensatz zur Koalition geraten mochte. Die Diskussion auf einem Bundesparteitag schien der einzige Ausweg, um die Gegensätze auszutragen und verbindlich zu entscheiden, wobei sich die Durchführung in der Praxis als wenig praktikabel erwies. Erstaunlich blieb aber, wie schnell sich die zahlreichen Gegner der Notstandsgesetze mit den Realitäten abfanden, nachdem diese Gesetze mit großer Mehrheit auch der

SPD-Stimmen im Bundestag verabschiedet worden waren.

Die Große Koalition hatte die SPD in die Regierung gebracht und ihr ermöglicht, die Oppositionsrolle abzustreifen. Eine auf dauerhafte Zusammenarbeit angelegte Perspektive hatte diese Koalition aber nicht. Dazu waren die inneren Gegensätze zu groß und die Opposition im Parlament zu schwach. Mit der Neuwahl des Bundespräsidenten kam im März 1969 Bewegung in diese Konstellation.

Beide Regierungsparteien nominierten einen eigenen Kandidaten: Für die SPD kandidierte Innenminister Gustav Heinemann, die CDU schickte Verteidigungsminister Gerhard Schröder ins Rennen. Beide Parteien verfügten über keine Mehrheit in der Bundesversammlung. Die Stimmen von FDP und NPD mußten den Ausschlag geben. Die FDP stimmte geschlossen für Heinemann, der damit die zur Wahl notwendige Mehrheit erzielen konnte. Dieses Signal wurde von der SPD mit Interesse aufgenommen.

Die Bundestagswahl sechs Monate später erbrachte für SPD (42,7 %) und FDP (5,8 %) zwar eine knappe, aber regierungsfähige Mehrheit im Parlament. Die daraufhin gebildete sozial-liberale Koalition brachte mit Willy Brandt erstmals einen Sozialdemokraten ins Kanzleramt und schickte die CDU/CSU nach 20 Jahren in der Regierung auf die Bänke der Opposition im Bundestag. Im politischen und gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland hatte sich ein spürbarer Wandel vollzogen. Zumindest der CDU fiel es sehr schwer, diesen Wandel zu akzeptieren und sich in der neuen Rolle zurechtzufinden.

Die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel wurde zum Kristallisationspunkt der politischen Auseinandersetzung, deren Höhepunkt in dem Versuch gipfelte, die Regierung mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum unter Mit Hilfe abtrünniger Abgeordneter aus dem Regierungslager zu stürzen. Nachdem dieser Versuch gescheitert war, sollten vorgezogene Neuwahlen einen Ausweg aus dem politischen Patt im Bundestag bringen. Der Wahlkampf wurde

mit äußerster Härte, aber unter immenser Anteilnahme der Bevölkerung, geführt. Die Bereitschaft, sich zu den politischen Auffassungen der einen oder der anderen Seite öffentlich zu bekennen, äußerte sich z.B. in der Bildung zahlloser Wählerinitiativen oder dem Tragen von Abzeichen.

Das Wahlergebnis am 19. November 1972 brachte der Regierungskoalition eine eindeutige Bestätigung ihrer Politik.

Mit 45,8 % erreichte die SPD ihr bestes Wahlergebnis bei Bundestagswahlen und wurde erstmals stärkste Fraktion im Bundestag. Die FDP konnte ihren Stimmenanteil ebenfalls erheblich steigern und erzielte 8,4 %. Damit verfügte die sozial-liberale Regierung über eine solide Mehrheit im Parlament und die CDU/CSU war erneut, diesmal aber deutlich, in die Opposition gedrängt worden.

In Duisburg konnte die SPD das beste Wahlergebnis ihrer über 100jährigen Geschichte erzielen. Sie erreichte 63,9 % (+ 7,1 %) der abgegebenen Stimmen. Die CDU fiel mit 29,1 % (-5,8 %) erstmals unter die 30-Prozent-Marke, wohingegen die FDP sich mit 6,2 % (+1,8 %) behaupten konnte. Im Wahlkreis 90 Duisburg-Nord erreichte

Günter Schluckebier mit 68,7 % der abgegebenen Stimmen das beste Einzelergebnis aller sozialdemokratischen Wahlkreisbewerber. Die Frage war, ob ein solches Maß an Zustimmung zu sozialdemokratischer Politik von Dauer sein könnte oder ob dieses Wahlergebnis einmalig bleiben würde.

In der Organisation der Duisburger SPD hatte es bis dahin kaum Veränderungen gegeben. 1971 hatte sich die Zahl der Distrikte von 24 auf 26 erhöht. Buchholz schied aus dem Distrikt Großenbaum aus und wurde selbständig; Hochfeld war in die Distrikte Hochfeld-Nord und Hochfeld-Süd geteilt worden, eine Folge der seit 1966 kontinuierlich anwachsenden Mitgliederzahl. Auf der Unterbezirkskonferenz am 27. März 1971 war ein neues Statut für den Unterbezirk Duisburg verabschiedet worden. Gegenüber dem Statut von 1963 gab es folgende wesentliche Änderungen: Die Distrikte wurden umbenannt in Ortsvereine. Die Unterbezirkskonferenz wurde umbenannt in Unterbezirksparteitag. Der Unterbezirksvorsitzende erhielt zwei Stellvertreter. Die Beteiligung von Mandatsträgern im Unterbezirksvorstand wurde begrenzt (*„Der Unterbezirksvorstand darf in seiner Zusammensetzung zum Zeitpunkt der Wahl nicht mehr als bis zur Hälfte*



Bundestagswahlkampf 1972. Willy Brandt in der Mercatorhalle. Tausende fanden keinen Einlaß mehr und verfolgten die Rede über Lautsprecher vor der Halle.



AfA-Gründungskongreß vom 19. - 21. 10. 1973 in der Mercatorhalle

aus Mitgliedern des Rates, des Landtages und des Bundestages bestehen“). Die Arbeitsgemeinschaften wurden nicht mehr einzeln durch Aufzählung im Statut verankert.

Die sozialdemokratischen Betriebsgruppen, Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre als Reaktion auf die politische Offensive der kommunistischen Betriebsorganisationen gegründet, wurden 1973 zu einer Arbeitsgemeinschaft der SPD zusammengefaßt. Der Gründungskongreß, die erste Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), fand vom 19. bis 21. Oktober 1973 in der Duisburger Mercatorhalle statt. Diese neuformierte Arbeitsgemeinschaft wurde von Herbert Wehner damals in einem Grundsatzreferat als *“lebenswichtiges Organ, als Auge, als Ohr und Herz der SPD”* beschrieben, womit ihre zentrale Stellung innerhalb der Parteiorganisation angedeutet wurde.

Die für den 1. Januar 1975 vorgesehene Kommunale Neugliederung hatte für die Parteiorganisation erhebliche Veränderungen zur Folge. Nachdem der Vorstand des SPD-Bezirks Niederrhein, als für die Einteilung der Unterbezirke zuständige Organisationsgliederung, bereits im Februar 1974 beschlossen hatte, daß er unabhängig von Einzelentscheidungen zur Kommunalen

Neugliederung gedenke, die Grenzen der Unterbezirke so festzulegen, daß sie mit den Grenzen der kreisfreien Städte bzw. Landkreise identisch seien, war abzusehen, daß der Unterbezirk Duisburg in seiner bisherigen Form keinen Bestand haben würde.

Der Unterbezirksvorstand sah sich mit der Aufgabe konfrontiert, innerhalb eines knappen Jahres die reibungslose Eingliederung der vier großen Ortsvereine Walsum, Rheinhausen, Rumeln-Kaldenhausen und Homberg einschließlich Baerl mit zusammen rund 3.000 Mitgliedern zu vollziehen und anschließend in dem neukonstituierten Unterbezirk gemeinsam die Kandidatenlisten für die Kommunalwahl am 4. Mai 1975 aufzustellen und einen einheitlichen Wahlkampf im gesamten neuen Stadtgebiet zu organisieren.

Die Vorbereitungen auf diese gravierenden Veränderungen der Parteiorganisation nahmen einen wesentlichen Teil der Arbeit des Unterbezirksvorstands in Anspruch, der sich seit seiner ersten Beratung am 7. Februar 1974 in jeder Sitzung mit diesem Thema beschäftigte. Mit wieviel politischem Fingerspitzengefühl die Zusammenarbeit der betroffenen Parteigliederungen angegangen werden mußte, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die von der Kommunalen Neugliederung betroffenen Gemeinden, die wie Duisburg alle

über absolute SPD-Mehrheiten in ihren Räten verfügten, sich heftig, zum Teil mit Verfassungsbeschwerden, gegen die Eingemeindung gewehrt hatten.

In der Niederschrift eines Gespräches zwischen Vertretern des Duisburger Unterbezirksvorstandes und der Ortsvereinsvorstände von Walsum, Rheinhausen, Rumeln-Kaldenhausen und Homberg vom 31. Mai 1974 heißt es dazu:

“In der allgemeinen Aussprache wurde von den Vertretern der Ortsvereine zum Ausdruck gebracht, daß Verfassungsbeschwerden gegen die Neugliederungsgesetze teilweise bereits beschlossen, teilweise vorgesehen seien. Diese Verfahren seien politisch erforderlich, weil sich ein großer Teil der Bevölkerung gegen den Zusammenschluß mit Duisburg ausgesprochen habe.

Unabhängig von verfassungsrechtlichen Schritten wurde einhellig die Notwendigkeit der sofortigen Zusammenarbeit und die Aufnahme organisatorischer und politischer Kontakte betont.”

In diesem Gespräch wurde die Bildung von fünf gemeinsamen Kommissionen vereinbart, die die organisatorischen Vorbereitungen für den Zusammenschluß der betroffenen Parteigliederungen vorbereiten sollten: Eine Satzungskommission, eine Kommission für ein gemeinsames Kommunalwahlprogramm, eine Kommission für Wahlkreise und Bezirksausschüsse, eine Kommission für Organisationsfragen und eine Kommission für Verwaltungsstruktur. Die Kommission für das Wahlprogramm hatte 12 Mitglieder, 8 aus dem Unterbezirk und je eines aus jedem Ortsverein. Die anderen vier Kommissionen waren paritätisch besetzt: zwei Mitglieder aus dem Unterbezirk und je zwei Mitglieder aus den Ortsvereinen. Diese frühzeitige und gleichberechtigte Zusammenarbeit sollte bewirken, daß bis zur Konstituierung des neuen Unterbezirkes möglichst einvernehmliche Regelungen gefunden werden, was auch weitestgehend gelang.

Bis zur Neukonstituierung des Unterbezirks Duisburg am 10. November 1974 hatten sich die von der Kommunalen

Neugliederung betroffenen Duisburger, Walsumer, Rheinhausener, Rumeln-Kaldenhausener und Homberger Sozialdemokraten über die Organisationsstruktur des neuen gemeinsamen Unterbezirkes ebenso geeinigt wie über eine Satzung und ein Programm für die bevorstehende Kommunalwahl. Die Zusammenarbeit hatte sich als so reibungslos erwiesen, daß lediglich für die Wahl zum ersten gemeinsamen Unterbezirksvorstand, dessen Amtsperiode auf ein Jahr beschränkt wurde, folgender Minderheitenschutz für die neu zu Duisburg hinzugekommenen Ortsvereine in die Satzung aufgenommen wurde:

“In dem ersten Unterbezirksvorstand wird einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden aus einem der vier neuen Ortsvereine unter Anrechnung auf die nachstehend festgelegte Sitzzahl, der andere aus Alt Duisburg gewählt.

Im ersten Unterbezirksvorstand müssen die Ortsvereine Rheinhausen mit drei und Walsum mit zwei, die Ortsvereine Homberg und Rumeln-Kaldenhausen mit je einem Sitz vertreten sein.”

Der konstituierende Parteitag am 10. November 1974 verabschiedete einstimmig die Satzung für den neuen Unter-

Vorsitzender:

Hermann Spillecke (Bissingheim);

Stellvertretende Vorsitzende:

Anton Riederer (Alt-Hamborn) und Siegfried Schlicht (Rheinhausen);

Kassierer:

Karl Wolf (Neudorf);

Schriftführer:

Wolfgang Linke (Wanheimerort);

Beisitzer:

Jörg Barz (Neudorf), Willi Becker (Rumeln-Kaldenhausen), Günter

Bilke (Rheinhausen), Hans-Dietrich Bollow (Walsum), Reinhard Bu-

litz (Meiderich), Dietmar Cremer (Laar), Heinz Ehlers (Huckingen),

Ernst Ermert (Hochfeld-Süd), Michael Frenzel (Stadtmitte), Friedel

Genender (Rheinhausen), Karl-Heinz Kenn (Homberg), Josef Krings

(Duissem), Rainer Lahrmann (Ruhrtort), Inge Riederer (Alt-Hamborn),

Kurt Scheel (Walsum), Hans-Walter Schuster (Hochfeld-Nord).

bezirk Duisburg und wählte anschließend den Vorstand des Unterbezirks mit folgendem nebenstehendem Ergebnis (siehe obenstehenden Rahmen).

Damit waren die innerparteilichen Konsequenzen aus der Kommunalen Neugliederung ziemlich reibungslos vollzogen worden. Bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Mai 1975 mußte sich nun zeigen, ob die demonstrative

Geschlossenheit der SPD im Neu-Duisburger Stadtgebiet erfolgreich dazu beitragen konnte, die Wunden, die die Kommunale Neugliederung bei der Bevölkerung hinterlassen hatte, zu heilen, oder ob die Bürger mit Wahlenthaltungen auf den Zusammenschluß mit Duisburg reagieren würden.

XV. Sozialdemokraten am linken Niederrhein 1945 - 1974

Am 5. März 1945, einem Montag, marschierten amerikanische Truppen in Rheinhausen ein und besetzten das linke Rheinufer. Bis zur Einnahme der Stadt Duisburg, die sich noch mehrere Wochen hinzog, war das linke Rheinufer Frontgebiet und lag Tag und Nacht unter Artilleriebeschuß, der die durch den Luftkrieg verursachten Verwüstungen noch verstärkte.

Wie Duisburg waren auch die linksrheinischen Gemeinden von den Kriegsfolgen furchtbar betroffen worden. In der Stunde Null standen auch am linken Niederrhein fast alle Räder still: In den Schachanlagen und Hüttenwerken ruhte die Arbeit. Nur mühsam kam in den folgenden Monaten des Jahres 1945 das Leben wieder in Gang.

Die Sozialdemokraten, die nach dem Zusammenbruch 1945 wieder politisch aktiv wurden, waren sich grundsätzlich darüber einig, daß die Kräfte für den Neuaufbau aus den Reihen derjenigen kommen mußten, die sich durch die Naziherrschaft in ihrer Überzeugung nicht hatten beeinflussen lassen und deren demokratische Überzeugung außer Frage stand. Die sozialdemokratische Partei mit Kurt Schumacher erhob Anspruch auf eine politische Führungsrolle im neuen Deutschland.

Der erste Parteitag der wiedergegründeten SPD fand im Mai 1946 in Hannover statt. Er vereinigte früher getrennt arbeitende Gruppen der sozialistischen Bewegung. Den Sonderweg der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, wo es unter sowjetischem Druck zur Zwangsvereinigung zwischen SPD und KPD zur SED kam, hatte die Sozialdemokratie jedoch nicht verhindern können.

Auf dem Parteitag in Hannover wurden programmatische Festlegungen zunächst noch zurückgestellt. Die vordringlichen Aufgaben nach dem Zusammenbruch waren:

“Die Wirtschaft neu aufzubauen, Arbeitsplätze, Nahrung und Wohnung für Millionen von Menschen, darunter viele

völlig mittellose Heimatvertriebene, zu beschaffen, die kommunistischen Herrschaftsansprüche abzuwehren und die Spaltung Deutschlands nicht verewigen zu lassen...”

Noch unter dem Eindruck des Parteitaages stehend berichtete Hermann Runge aus Meerbeck, als Mitglied des Parlamentarischen Rates einer der Väter des Grundgesetzes und späterer Bundestagsabgeordneter, in einer Mitgliederversammlung der Homberger SPD:

“Zuerst wurden die alten Genossen begrüßt. Es war eine Begeisterung, die alle Herzen höher schlagen ließ... Genosse Schumacher gab einen Bericht über die bisherige Entwicklung und grundsätzliche Einstellung der Partei zu den Problemen der Gegenwart. Unabdingbar sei unser aller Ziel “Sozialismus”. Alle Maßnahmen müßten unter diesem Gesichtswinkel stehen. Zur Schuldfrage äußerte er sich folgendermaßen: Wir lehnen die Kollektivschuld ab, aber wir wollen wiedergutmachen. Dieses muß in einem möglichen Umfang geschehen. Wir dürfen uns dabei aber nicht selbst aufgeben.

Die Partei steht auf dem Boden des Einheitsstaates und lehnt alle Sonderbestrebungen ab. Besonders separatistische Bestrebungen der Welfen, Bayern und auch im Rheinland sind fehlgeschlagen.

Die SPD ist gewillt, mit den anderen demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten. Die SPD kann heute schon als die stärkste angesehen werden. Sie ist die einzige Partei, deren Programm sich durch die Zeitereignisse als richtig erwiesen hat. Darum steht ihr auch die Führung zu.

Daraus ergibt sich, daß wir Verwaltung und Wirtschaft mit unseren Genossen durchsetzen müssen. Nur die Besten dürfen herausgestellt werden. Schulungsarbeit mehr denn je müsse jetzt geleistet werden. Dann sprach Genosse Schumacher über die Einheitsfront; daß eine Einheitspartei der Arbeiter unmöglich sei, habe die Entwicklung im Ausland gezeigt, obgleich die objektiven und

dogmatischen Spanningskräfte nicht so groß waren, wie in Deutschland selbst. Glücklicherweise seien die “Neubekehrten”, wie er die Kommunisten nannte, bereit, die Verantwortung für den Neuaufbau mitzutragen. Doch die KPD bejahe - im Gegensatz zu uns - die Kollektivschuld. Leider war es nicht möglich, die Sozialdemokratie im ganzen Reich unter einer zentralen Leitung zusammenzufassen. Die Partei im russisch besetzten Gebiet werde von Berlin, die in den weiteren drei Zonen gemeinsam von Hannover aus treuhänderisch betreut.

Im Anschluß an diesen Bericht gaben die Vertreter der einzelnen Bezirke Aufschluß über ihre bisherige Arbeit. Besonders interessant war aber der Bericht eines Genossen aus Paris, eines Emigranten, der an dem französischen Sozialistenkongreß teilgenommen hatte. Er sagte, es sei sehr schwierig, die Eiswand der Ablehnung und des Hasses der französischen Sozialisten gegenüber den deutschen Sozialisten zum Schmelzen zu bringen.

Am nächsten Tag ist dann über den Aufbau und die Organisation der Partei beraten worden. Es wurde beschlossen, daß jeder Bezirk einen Vertreter nach Hannover übersendet. Diese wählen dann aus ihren Reihen fünf Genossen, die den Genossen Schumacher unterstützen. Zum Schluß möchte ich alle bitten, alles daran zu setzen, unsere Partei zu stützen und zu stärken, damit sie allen Anforderungen gerecht werden kann.”

Zum Zeitpunkt dieses Berichtes in der 2. Parteimitgliederversammlung vom 19. Mai 1946 im Rheingarten zu Homberg hatte die Homberger SPD schon Monate des Aufbaus hinter sich.

Erste Kontakte ehemaliger SPD-Mitglieder hatte es bereits im Frühjahr 1945 gegeben. Adolf Haack, später Schriftführer in der Homberger SPD, berichtet:

“Wir hatten die ersten Zusammenkünfte gehabt. Da kam Karl Frießnegg zu mir und sagte, ich solle zum Bürgermeister kommen. Das war, ich erinnere mich

genau, im Mai 1945. Dann bin ich zum Bürgermeister gegangen, und er teilte mir mit, daß er Leute suche mit guter Allgemeinbildung für den Dienst bei der Stadt. Sie hatten zu wenig Leute. Ich sei ihm vorgeschlagen worden; und dann habe ich mich entschieden und das gemacht. Ich habe meinen Lebenslauf eingereicht und bin am 15. Mai 1945 bei der Stadt angefangen."

Schriftliche Protokollnotizen aus der Homberger SPD sind ab dem 12. Oktober 1945 überliefert; jedoch berichten Karl-Heinz Kenn und Adolf Haack bereits über frühere Treffen. K.-H. Kenn erinnert sich:

"Ich bin im Juli 1945 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekommen; meine erste Versammlung, an der ich teilnahm, war im August des Jahres. Ich erinnere mich, damals sprach Sepp Simecek, Redakteur der Neuen Ruhr Zeitung und Landrat des Landkreises Moers."

Tatsächlich vermerkte Adolf Haack in seinen frühen Protokollen, daß Bürgermeister Röpling vertrauenswürdige Mitarbeiter für die Verwaltung suchte. Außerdem wurde festgestellt, daß man Röpling in die SPD aufgenommen habe. Dafür verlange man jedoch von ihm eine eindeutig loyale Haltung und eine strenge Handhabung gegenüber den Nationalsozialisten:

"Nachdem man erfahren habe, daß alte Polizeibeamte, die eindeutig Nazis waren, wieder eingestellt werden sollen, sei der Vorsitzende bei Bürgermeister Röpling vorstellig geworden und habe bei ihm ganz entschieden dagegen protestiert. Eine Stunde später kamen dann auch die Vertreter der Gewerkschaften. Diese erklärten, daß sich die ganze Arbeiterschaft gegen diese Provokation verwahre. In Zukunft solle jeder Bewerbungsbogen vom Bürgermeister auf die Frage der Nazi-Mitgliedschaft genauestens auf seinen Wahrheitsgehalt überprüft werden". ("Zellenmitarbeiterbesprechung" vom 24. 10. 1945 in der Wohnung Frießnegg).

Der damalige Ortsverein Homberg war in sogenannte "Zellen" gegliedert, die den jeweiligen Kassiererbezirken entsprachen. Erster Vorsitzender war Karl

Frießnegg, der später Jugendamtsleiter in Homberg wurde.

Der Ortsverein Homberg gehörte wie vor dem Krieg zum SPD-Unterbezirk Moers. Von der ersten Unterbezirkskonferenz nach dem Kriege wird für den 25. November berichtet: Die Parteivorstände waren aufgerufen, Mitgliederlisten nach Moers einzureichen, um die Anzahl der Vertreter festzulegen. Der Delegiertenschlüssel: Auf je 25 Mitglieder entfiel ein örtlicher Vertreter. Die Konferenz fand in Homberg statt.

Für den 1. Dezember 1945 ist zum ersten Mal die Herausgabe einer eigenen Parteipresse geplant. Es war vorgesehen, eine dreiseitige Zeitung zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen. In Homberg wurde der Genosse Simecek aus Rheinhausen, früher für die Parteipresse in Wien tätig, als Redakteur berufen. Hinsichtlich der Auflagen an das Parteiorgan ist im Protokoll des Homberger Parteivorstandes vom 5. November 1945 folgendes festgehalten:

"Für die Presse ist keine Vorzensur, wohl aber eine Nachzensur vorgesehen. Keine Kritik darf an der Militärbürokratie geübt werden. In der Außenpolitik darf nur beobachtend verhaltend berichtet werden. Ferner darf sie nur über die deutsche Arbeiterbewegung schreiben...".

Neben den Fragen, die die wirtschaftliche und soziale Not der Bevölkerung betrafen, beschäftigte sich die Homberger SPD im ersten Aufbaujahr immer wieder mit Fragen der Jugend und der Jugendbewegung:

"Genosse Frießnegg eröffnete am 16. Dezember 1945 die Vorstandssitzung und behandelte heute ausschließlich die Jugendfragen. Die sozialistische Arbeiterjugend, die sich zuerst gut angelassen hatte, geriet, nachdem die älteren Genossen, um sich mehr um den Aufbau der Partei zu kümmern, die Jugend auf eigene Füße setzte, auf die schiefe Bahn. Sie entwickelte sich zu einem bürgerlichen Theaterclub...".

Auch Karl-Heinz Kenn bestätigt aus der Erinnerung, was in der Sitzung so deutlich kritisiert wurde:



Karl Frießnegg

"Im Juli 1945 gab es bereits die ersten Ansätze der sozialistischen Jugend. Ich erinnere mich an Willi Papst und Bruno Brause. Sie leisteten nur wenig politische Arbeit, sondern gingen mehr in die Richtung der Unterhaltung. Nach dem Kriege drängten ja die jungen Leute dazu; sie wollten tanzen, einfach etwas anderes machen. Am 8. August traf ich mit Alfred Raschdorf zusammen. Wir hatten diese Unterhaltungsveranstaltungen einige Male besucht und sagten dann: So nicht. Wir haben das dann dem Parteivorstand vorgetragen...".

Der Vorstand zog Konsequenzen und beauftragte die Genossin Else Nöthen, geb. Falck, die Falkenbewegung neu aufzubauen und zu leiten. Noch vor Jahresende 1945 begann die Arbeit. Allerdings war es von seiten der Militärregierung noch verboten, die Bezeichnung "Sozialistische Jugend Die Falken" zu verwenden, weil politische Jugendorganisationen nicht gestattet wurden. Daher nannte man sich dann zunächst "Freie Jugend Die Falken". Karl-Heinz Kenn erinnert sich an die Gründungsphase:

"Schnell schon kamen Kurt Dietrichs, Heinz Weimann, Änneken Rainer, Walter Klinkhoff und Käthe Ebner hinzu. Wir fühlten uns schon bald so stark, daß wir Gruppen bildeten. Fast jeder von uns wurde dann Gruppenleiter. Dann kam auch mein Bruder Helmut Kenn aus der Kriegsgefangenschaft und hat bei uns mitgemacht..."



Rathaus Homberg

Ich glaube, im ersten Halbjahr 1946 war unser Ortsverein bereits 200 bis 250 Jugendliche stark. Unsere Forderung war nicht nur die Geselligkeit, sondern wir wollten uns ja politisch schulen. Das war für uns sehr schwer, weil wir uns das Material selbst erstellen mußten. Und das haben wir auch gemacht. Wir hatten dann einige gute Schreiber dabei. Außer der Gruppenarbeit wurde gewandert, gesungen und musiziert. Ebenfalls führten wir Heim- und Theaterspiele auf. Der Volkstanz hatte auch eine besondere Bedeutung."

Ab dem Frühjahr 1946 war es dann möglich, den Namen "Sozialistische Jugend Die Falken" zu tragen.

Nach einem halben Jahr Aufbauarbeit konnte die Homberger Partei ihre erste öffentliche Mitgliederversammlung am 3. März 1946 um 10 Uhr in der Gaststätte Hußmann abhalten. Schriftführer Adolf Haack berichtet in seinem Protokollbuch:

"Nach einer unfreiwilligen Pause von 12 Jahren hatte die SPD-Ortsgruppe Homberg ihre Mitglieder zur offiziellen Versammlung im festlich geschmückten Saal bei Hußmann eingeladen. Fast restlos waren alle Mitglieder dem Rufe gefolgt, so daß der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Nach der Rezitation eines Prologes von Bartels durch einen Jugendgenossen eröffnete Vorsitzender Frießnegg die Versammlung..."

Die Mitglieder erheben sich zu Ehren

der Opfer des Nationalsozialismus von ihren Plätzen. Dann tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein, die zuvor vom Vorsitzenden bekanntgegeben wird. Zunächst gibt der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der wieder ins Leben gerufenen Parteiorganisation und in engster Verbindung damit stehenden Nebenorganisationen wie der Arbeiterwohlfahrt, der Volksbühne etc.

Das Stadtgebiet wurde in zwei Bezirke aufgeteilt: a) nördlich und b) südlich der Moerser Straße. Diese wurden dann weiter in Zellen geteilt. Die Zellenleiter hatten die Aufgabe, alle in ihrem Gebiet wohnenden Antifaschisten für unsere Partei zu werben und diese dann 14tägig zu versammeln und auf dem Laufenden zu halten, um das Fehlen einer Zeitung auszugleichen. Diese Zusammenkünfte mußten immer in die Wohnungen verlegt werden. So gelang es nicht nur, den Kontakt zu den Mitgliedern aufrecht zu erhalten, sondern im bescheidenen Maße Schulungsarbeit zu leisten...

Als dann im ehemaligen Parteiheim die Arbeiterwohlfahrt einen Raum einrichtete, konnte an den systematischen Aufbau herangegangen werden...

In engster Tuchfühlung mit der K.P.D. übernahmen wir die Führung im kommunalpolitischen Leben und bereiteten die Entwicklung für den demokratischen Aufbau der Verwaltung vor.

Zwei Probleme waren es vor allem, die gelöst werden mußten: Die Ernährung zu sichern und eine Rückkehr der Emigranten vorzubereiten. Ebenso wichtig war die Säuberung der Verwaltung von

Nazis. Wenn trotz äußerster Kraftanstrengung und Ausnutzung aller Möglichkeiten die Dinge nicht immer in unserem Sinne gelöst wurden, so lag das am Widerstand des reaktionären Bürgertums, das sich hinter der Militärregierung verschanzte...

Bis zur Kommunalwahl im Oktober erfolgt die Vertretung der Bürgerschaft durch Ernennung der Stadträte durch die demokratischen Parteien nach Maßgabe ihrer Stärke von 1929. Auf die SPD entfallen hiernach 9 Mandate. Es sind dies die Genossen Brestal, Ebner, Gabriel, Lademacher, Tenbrink, Weigel, Woch und Cigan und die Genossin Nöthen. Fraktionsführer ist der Genosse Lademacher...

Nach Anerkennung der Parteien durch die Militärregierung müsse dieselbe nun zu einer machtvollen und schlagfertigen Organisation ausgebaut werden, damit die kommunalen Wahlen uns gerüstet finden...

Bisher habe es geheißen "Stillgestanden". Jetzt müsse es heißen "Rührt Euch". Und rühren wollen wir uns, damit es vorwärts und aufwärts gehe..."

Nach diesem umfassenden Bericht trat die Versammlung dann in den zweiten Tagesordnungspunkt ein. Vorsitzender Frießnegg gab zu diesem Zwecke die Versammlungsleitung an den Genossen Runge weiter, da jetzt der neue Vorstand gewählt werden sollte.

"Es wird der Vorschlag unterbreitet, die Versammlung möge - in Anbetracht dessen, daß der bisherige Vorstand seine Tätigkeit und Bereitwilligkeit, die Aufgaben zu meistern, unter Beweis gestellt habe - denselben wiederwählen..."

Nach kurzer Auseinandersetzung und einem nachhaltigen Appell, daß diese erste offizielle Mitgliederversammlung Einigkeit und Stärke nach außen zu demonstrieren habe, läßt Versammlungsleiter Runge über den neuen Vorstand per Akklamation abstimmen:

"... mit übergroßer Mehrheit wird der Vorstand im Block wiedergewählt und setzt sich wie folgt zusammen:

Genosse Frießnegg (1. Vorsitzender), Genosse Tenbrink (2. Vorsitzender), Genosse Gabriel (Hauptkassierer),

Genosse Haack (1. Schriftführer), Genossen Ebner, Fischer, Lademacher, Woch und Cigan (Beisitzer), Genossin Schuhmacher (für die Frauen).

Alle Gewählten nehmen die Wahl an... Genosse Frießnegg übernimmt wieder die Geschäftsordnung und erteilt dem Genossen Runge das Wort.

Dieser rekonstruiert in seinem Referat die Zeit vor 1933 und zeigt die Ursachen auf, warum in Deutschland die Demokratie außer Kraft gesetzt werden konnte...

Mit einigen Sätzen umriß er die illegale Tätigkeit nach 1933, um dann ausführlich unsere heutige Stellung zu den Problemen und zu den anderen Parteien klarzulegen.

Besonders machten seine Worte einen tiefen Eindruck auf die Versammlung: Während die bürgerliche Intelligenz geschlafen habe, haben die Sozialisten gezeigt, daß sie keine fressende Meute seien, sondern Idealisten, die auch nach der Machtergreifung durch die Nazis den Kampf illegal weitergeführt hätten und zu Tausenden in die Zuchthäuser und Konzentrationslager wanderten und ihr Leben verloren...

Die Zeit habe gezeigt, daß einzig und allein das Programm der SPD richtig und nicht abänderungsbedürftig sei. Daraus folgt, daß nur der SPD der Führungsanspruch zufalle. Dieser wird uns aber freiwillig nicht eingeräumt; daher muß jedes Mitglied der Partei ein Funktionär sein, und reine Parteibuchhhaber dürfte es nicht mehr geben...

Wenn auch die Arbeiterschaft das Gros der Mitglieder und Wähler der Partei stelle, so müsse doch jetzt auch das Bürgertum aufgerüttelt werden und demselben klargemacht werden, daß die SPD ja garnicht, wie fälschlich behauptet, ihr persönliches Eigentum streitig machen will. Im Gegenteil! Sie sind durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen schon enteignet worden; und da ja das Bürgertum Hitler in den Sattel geholfen habe und so diesen Krieg mit heraufbeschworen habe, hat es sich praktisch selbst enteignet.

Den Begriff Arbeiterschaft will der Genosse Runge auch auf die geistig Schaffenden wie Lehrer, Angestellte und Beamte usw., ausgedehnt haben...

Nach der Wichtigkeit der Frauenarbeit dränge nun das Jugendproblem zur

Lösung. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Besetzung Deutschland verläßt, muß die Demokratie fest verankert sein...

Zum Schluß weist Genosse Runge auf die sich wieder bemerkbar machende Zersplitterung der politischen Parteien hin: So haben sich z. B. in Düsseldorf 17 Parteien gebildet. Dieses beweise die politische Unreifeheit des deutschen Volkes. Vier große Parteien müßten genügen, damit jeder seine politische Heimat finden könne.

Mit den Worten des Liedes 'Auf Genossen schließt die Reihen' beendet Genosse Runge sein Referat.

Dann verliest dann Vorsitzender Frießnegg noch eine Entschließung gegen die Vergewaltigung der Partei in der östlichen Zone. Dieses wird einstimmig angenommen.

Nach einem Hinweis auf die Kundgebung am 24. März im Homberger Kino und auf die Frauenstunde am 20. März kann die Versammlung geschlossen werden. Gemeinsam gesungen erklingt dann das Lied 'Brüder zur Sonne, zur Freiheit', das alle Genossen kräftig mitsingen."

Die politische Arbeit am linken Niederrhein wurde auch in den weiteren Sitzungen, die das Protokollbuch der Homberger SPD schildert, immer wieder von den aktuellen Problemen der wirtschaftlichen Lage bestimmt.

Unvorstellbaren persönlichen Einsatz der Genossinnen und Genossen verlangte die katastrophale Ernährungssituation der Bevölkerung: Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfte man ums nackte Überleben. Bei den linksrheinischen Bauern versuchte man, gerettete Wertgegenstände - vom Schmuckstück bis zur Tischwäsche aus der Aussteuer - gegen Lebensmittel einzutauschen.

Überall waren kleinere oder größere Gruppen auf "Hamsterfahrt". Auch die Genossen versuchten, gemeinsam ihre Speisepläne ein wenig dadurch aufzubessern, daß sie - in Erntezeiten - Ähren von den Feldern "stoppelten", die die Selbstbinder nicht aufgesammelt hatten. Ganze Scharen hackten Äcker um, um hier und da noch eine übriggebliebene Kartoffel zu finden. Hart umkämpft war jedes Stückchen Grasland an Straßenböschungen: Die Behörden verpachteten es, und mit dem Gras, das hier

wuchs, konnten Kaninchen gefüttert werden.

Daneben entwickelte sich ein blühender Schwarzmarkt - teilweise unterstützt durch amerikanische und britische Soldaten -, auf dem beispielsweise ein Pfund fetter Speck nicht selten den Lohn für vier Wochen Arbeit kostete. Für eine amerikanische Zigarette - die Marke Chesterfield wurde so berühmt - mußte ein Facharbeiter sechs Stunden arbeiten. Um nicht zu erfrieren, sammelte die Bevölkerung in Homberg entlang der Strecke der Rheinpreußenbahn herabgefallene Kohlen. Auch von Überfällen auf die Kohlenzüge wird berichtet.

Obwohl zu Beginn jeder Sitzung der Homberger SPD ein Bericht und die Diskussion der aktuellen Ernährungslage erfolgte, wurde die parteipolitische Arbeit keineswegs vernachlässigt.

Nachdem der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag anerkannt worden war, wurden mit Sorgfalt die Maifeierlichkeiten vorbereitet: So legte man fest, daß die Gewerkschaften den Vormittag und die politischen Parteien den Nachmittag dieses neuen Feiertages gestalten. In Rheinhausen wurde der Maifeiertag des Jahres 1946 in einer gemeinsamen Nachmittagsveranstaltung mit der KPD begangen. Auch die Homberger entschieden sich für die gemeinsame Feier, die im "Rheingartensaal" stattfand. An der Feier beteiligten sich auch die "Falken" und die Volksbühne.

Immer wieder waren die aktuellen Probleme vor Ort Gegenstand der Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen der Partei.

Um die Betreuung der Mitglieder zu verbessern, wurde im Mai 1946 eine erste organisatorische Neugliederung beschlossen: Die ehemaligen Zellen, Basis der Arbeit in den Ortsvereinen, wurden in Gruppen umgewandelt, die jeweils von einem Gruppenleiter geführt wurden. In Homberg wurden 11 neue Gruppen eingerichtet, deren Betreuung folgende Genossen übernommen hatten:

Gen. Schmitz, Gen. E. Hoff, Gen. Nöthen, Gen. Fuchs, Gen. Wolters, Gen. Kraal, Gen. Woch, Gen. Berger, Gen. Fischer, Gen. Schade, Gen. Lademacher. Jeder Gruppe wurde eine Frau "... beigegeben, welche die Frauenarbeit zu leisten habe".



Josef Fuchs

In einer Parteiversammlung im Juli 1946 wurde das drängende Problem des Schwarzmarktes erneut aufgegriffen. Der Parteivorstand hatte zu diesem Thema den Vorsitzenden des Ortsvereins Rheinhausen Schulenberg eingeladen, der auch über die Tätigkeit des Versorgungsausschusses berichtete:

„Das Recht der Kriegsbeschädigten und der hoffenden Frauen, beim Einkauf bevorrechtigt abgefertigt zu werden, sei stark mißbraucht worden. Es sei darum beschlossen worden, dieses Recht auf die hoffenden Frauen zu beschränken und hier auch nur für ihre eigene Familie. Nach dieser Neuregelung sind die Auswüchse mit einem Mal verschwunden. Besonders spürbar sei dies bei der Freibank...

Besondere Probleme bereitet immer noch der Schwarzhandel. Doch ist im Moment kein Weg sichtbar, die Bekämpfung des Schwarzhandels ohne Schwierigkeiten durchzuführen...“

Die erste demokratische Wahl nach dem Kriege fand am 13. Oktober 1946 statt. Grundlage war ein kompliziertes Mehrheitswahlsystem, angeordnet von der Militärregierung.

In der ersten Mitgliederversammlung nach der Wahl nahm die Homberger SPD eine Wahlanalyse vor. Dazu berichtete Vorsitzender Frießnegg:

„Infolge des Versagens eines Parteigenossen ist die Partei in eine ungemüt-

liche Lage gekommen. Die Partei wurde durch das falsche Abstimmungsverhalten um die Mehrheit im Stadtparlament gebracht. Die Auswirkungen haben sich dann auch gleich gezeigt; bei der Bürgermeisterfrage. Da bei der Stimmengleichheit von 12:12 und dem Ausschlag durch den alten Bürgermeister von der CDU keine Aussicht bestand, den Bürgermeisterposten zu besetzen, hat die SPD für den CDU-Vorschlag gestimmt unter der Voraussetzung, daß die CDU den vorgeschlagenen Stadtdirektor akzeptiere. Nachträglich hat die CDU den aber versucht, die Stelle des Stadtdirektors mit der des Stadtkämmerers zu verbinden, was die SPD-Fraktion abgelehnt hat.

Bei der Kreistagswahl ist dann endlich eine SPD-Mehrheit erzielt worden.

Wenn bei der Stadtratswahl einige Funktionäre versagt haben, so muß man aber zugeben, daß einige Genossen aber auch mit viel Liebe und Arbeitsfreude bei der Sache waren und auch bei der Kreistagswahl bis in die Morgenstunden Plakate geklebt haben.

Mit dem Ergebnis sollten wir zufrieden sein...“

Tatsächlich hatte die SPD in Homberg zum ersten Mal seit 1918 die meisten Stimmen in der Kreistagswahl auf sich vereinigen können; der Ortsverein sah darin - sicherlich begründet - den gegläuckten Einbruch in das Lager der bürgerlichen Wählerschichten.

Die Tatsache, daß ein Genosse im Stadtrat nicht für seine Fraktion votiert hatte, sorgte auch im Ortsverein für Spannungen. Nach einem Mißtrauensvotum gegen den amtierenden Vorstand verständigte man sich auf eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in der Neuwahlen auf der Tagesordnung stehen sollten. So wählte die Homberger SPD - nach eingehender Personaldiskussion - eine neue Führungsspitze:

Karl Frießnegg (1. Vorsitzender), Rudolf Lademacher (2. Vorsitzender), Heinrich Gabriel (Hauptkassierer), Gen. Haack (1. Schriftführer), Gen. Fuchs (2. Schriftführer), v. Beek, Morschek, Engel, Cigan, Brestal, Genossin Oles (Beisitzer).

Die ersten Monate des Jahres 1947

galten den Vorbereitungen zur ersten Landtagswahl am 30. März 1947.

In den Vorstandssitzungen und Versammlungen wurde in diesem Zusammenhang immer wieder das zentrale Problem dieses "Wahlkampfes" diskutiert: Der Mangel an Papier! Mit viel Phantasie versuchte man, den Druck von Flugblättern und Plakaten für den Straßwahlkampf durch mündliche Aktivitäten und Werbung zu ersetzen:

Ersatz der Plakate durch Transparente aus Stoff; Anbringung von Lichtreklame am Parteiheim; Durchführung von Versammlungen in den Gruppen; Durchführung wöchentlicher Bildungsabende; Einsatz von sog. "Straßenmännern" in den Gruppen, die die einzelnen Mitglieder besuchten und informierten.

Im Wahlkreis Rheinhausen/Homberg wurde bei dieser ersten Landtagswahl nach dem Krieg Karl Matull (SPD) aus Rheinhausen mit 36% der Stimmen knapp vor dem CDU-Kandidaten gewählt.

Im September 1947 legten die Homberger den Grundstock für ein eigenes Parteibüro: Sie sammelten in der Mitgliederversammlung vom 28. September bei den anwesenden 60 Genossinnen und Genossen 375 Mark: Dieses Geld sollte zur Anmietung eines geeigneten Lokales verwendet werden. Einen Monat später berichtete der Vorsitzende, daß nun bereits ein Telefonanschluß beantragt sei.

Die Mitgliederentwicklung am linken Niederrhein gestaltete sich positiv. So verzeichnet die Ortsgruppe Homberg



Willi Lempken

im Unterbezirk Moers zu Beginn des Jahres 1948 einen Mitgliederstand von 530 Genossinnen und Genossen; dies entsprach einer Zunahme von 220 Parteimitgliedern seit Wiederaufnahme der Arbeit 1945. Im selben Jahr fand eine Wachablösung in der Führungsspitze der Partei statt: Die Jahreshauptversammlung wählte Rudolf Lademacher zum ersten Vorsitzenden, nachdem Karl Friebnegg auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Die so freigewordene Stellvertreterfunktion ging an den Genossen Berger, der neu für den Vorstand kandidierte.

Die Vorbereitungen einer gemeinsamen Gedenkfeier anlässlich des 100. Jahrestages der Revolution von 1848 (Märzfeier) mit der Ortsgruppe Rheinhausen bestimmten die Parteiarbeit im Frühjahr 1948. Es folgten dann die Vorbereitungen des Wahlkampfes für die zweite Kommunalwahl am 17. Oktober 1948; die Homberger benannten vier Direktkandidaten für den Kreistag in Moers (Kenn, Weigel, Lademacher und Lempken) sowie sieben weitere Kandidaten für die Reserveliste. Auch die Kandidatenaufstellung für die Gemeinderatswahlen wurde erforderlich: Hier waren 15 Kandidaten für die Direktstimmbezirke und 31 für die Reserveliste zu benennen.

Leider mußte die Homberger SPD nach der Kommunalwahl ihr frisch eröffnetes Parteibüro wieder schließen, da - nach der Währungsreform - die Finanzierung nicht mehr gewährleistet war.

Nach zwei Jahren Vorstandsarbeit er-



Karl Ringhoff

hielt die Homberger Ortsgruppe wiederum eine neue Führungsspitze:

Diesmal kandidierte der Ratsherr Roman Ebner zum ersten Vorsitzenden. Außerdem wählte man zum ersten Mal einen sogenannten Organisationsleiter, den ehemaligen Vorsitzenden Karl Friebnegg, der mittlerweile beim Jugendamt der Stadt Homberg tätig war und maßgeblich bei der Arbeiterwohlfahrt mitarbeitete. Die Genossinnen Waschkowitz und Emmerich vertraten die Frauen im neuen Vorstand.

Zur Förderung der Geselligkeit organisierte die Homberger SPD für den Sommer 1950 einen ersten gemeinsamen Familienausflug der Ortsgruppe nach Vluyn, in die Wirtschaft Konrad. Damit jeder die Möglichkeit hatte, an der Fahrt teilzunehmen, konnte man bereits zu Beginn des Jahres Sparkarten kaufen und mit Sparmarken im Werte von 0,50 bis 1,00 Mark den Ausflug zuvor finanzieren. Außer Volkstanzvorführungen und Tanz gab es dann noch eine große Verlosung, bei der "schöne Haushaltsgeräte" zu gewinnen waren. Damit man ungezwungen feiern konnte, beschloß man zuvor im Vorstand, *"das Fahrrad möglichst zuhause zu lassen, damit keine besonderen Vorfälle eintreten konnten"*.

Bereits im Januar 1951 war man erneut gezwungen, eine Jahreshaupt- oder, wie man damals formulierte, Generalversammlung der Mitglieder einzuberufen, da Vorsitzender Ebner aus beruflichen Gründen ausschied. Die Ortsgruppe umfaßte zu diesem Zeitpunkt 382 Mitglieder; 80 Mitglieder mußten wegen Beitragsrückstand gestrichen werden. Aus der altersmäßigen Aufschlüsselung der Mitgliedschaft geht hervor, daß die Mitglieder unter 40 Jahren weniger als 25 Prozent ausmachten. Von daher beschloß die Versammlung einstimmig, die Jugend stärker zu fördern und die Jungsozialisten zu ermuntern, viel aktiver zu werden.

"Alle, die das 18. Lebensjahr vollenden und bei den Falken seien, sollten dann sofort in die Partei eintreten und bei den Jungsozialisten arbeiten..."

Neuer Vorsitzender wurde - nach langer Diskussion - Karl Ringhoff, der bislang dem Vorstand als Beisitzer angehörte. Neben dem Organisationsleiter wählte



Wilhelm Otto

man diesmal direkt zwei Unterkassierer als Beisitzer in den Vorstand.

Die Themen der Mitgliederversammlungen spiegelten das politische Leben der Wiederaufbauphase in Deutschland. So wurde z. B. referiert über die Politik Adenauers, den Wehrbeitrag, das Betriebsverfassungsgesetz, den Streit zwischen der Bekenntnis- und der Gemeinschaftsschule, das Genossenschaftswesen und die aktuellen Fragen der Landespolitik, über die Landtagsabgeordneter Lempken regelmäßig in der Ortsgruppe berichtete.

Nach den Generalversammlungen blieben die Mitglieder anschließend meist noch einige Stunden *"gesellig bei Tanz und Unterhaltung zusammen. Neben einer Tanzkapelle sorgten meist die Falken für das Programm, dessen Höhepunkt eine Verlosung wertvoller Gegenstände war"*.

Die Ortsgruppe Homberg gehörte dem Unterbezirk Moers an, der vom Unterbezirksvorstand geführt wurde. Dieses Gremium setzte sich aus den Vorsitzenden der Ortsgruppen Lintfort, Rheinhausen, Homberg, Moers, Rheinkamp, Neukirchen und Orsoy zusammen. Hinzu kamen zwei Vertreter aus dem Norden des Kreises Moers, die weibliche Vertrauensperson des Unterbezirks und Mandatsträger der Landes- und Bundesebene als Berater.

Nach achtjähriger Amtszeit von Karl Ringhoff übernahm Ernst Hoff den



Glückauf-Halle, Homberg

Vorsitz der Ortsgruppe Homberg, die Mitte des Jahres 1959 rund 450 Mitglieder hatte. Seine Amtsperiode umfaßte nur ein halbes Jahr, denn nach Meinungsverschiedenheiten mit der Ratsfraktion wurde Hoff 1960 abgelöst, und Martin Kreymann, ehemals Bürgermeister von Homberg, wurde neuer Vorsitzender.

Zwei Jahre später wechselte jedoch erneut die Führungsspitze des Homberger Ortsvereins: Wilhelm Otto erhielt die Mehrheit und leitet die Homberger Partei bis zu seiner Ablösung durch den damaligen Jungsozialisten Dirk Lachmann, der 1973 Ortsvereinsvorsitzender wurde. Nach 13jähriger Tätigkeit gab dieser den Vorsitz ab, und die Versammlung des Ortsvereins Homberg wählte Jochen Vagt an die Vorstandsspitze.

Natürlich gab es auch auf der linken Rheinseite eine Reihe von Organisationen, die der SPD verbunden waren und ihre Aufbauarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg tatkräftig unterstützten.

Die Arbeiterwohlfahrt wurde kurz nach dem Kriege wieder gegründet. Hier erinnert sich Emilie Thissen:

“Nach 1945 war Frau Klinkhoff die erste Vorsitzende der AWO. Die Arbeiterwohlfahrt, die SPD und die Falken waren alle zusammen in einem Gebäude untergebracht, das war an der Moerser Straße. Später zog dann die AWO an die Otto-Straße in eine Baracke. Das war unsere Unterkunft bis 1961. In diesem Jahr bekamen wir dann das Heim an der Ehren-Straße. Mein Mann Jupp wurde

1960 erster Kassierer. Wir hatten damals 128 Mitglieder. Und dann steigerte sich die Zahl in den Jahren auf mehr als 600.

Wir haben auch sehr viel Kinderarbeit gemacht. Wir fuhrten mit Kindern drei Wochen in den Urlaub. Manchmal waren wir mit 370 bis 380 Kindern unterwegs. Dazu brauchten wir viele Helfer, die ehrenamtlich tätig waren...

Außerdem haben wir noch andere Arbeiten gemacht. Wir haben versucht, zu nähen. Das klappte aber nicht immer so, einmal haben sie uns sogar die Nähmaschinen gestohlen. Dann haben wir kurze Zeit Familienhilfe gemacht. Aber dann sagte man uns von oben: Das gibt es nicht mehr, das liegt weit zurück, wir müssen uns neu orientieren. Dann gab es meist Kinderarbeit. Dadurch hatten wir eine starke Kindergruppe und mehrere starke Jugendgruppen... Dann kam die Altentagesstätte, die vom Rat der Stadt beschlossen wurde. Und da die SPD damals die stärkste Fraktion war, wurde der AWO die Verwaltung der Altentagesstätte überlassen. Bedingung war, daß wir alles, was anfällt, ehrenamtlich machen. Die Tagesstätte ist immer sehr gut besucht worden; wir Frauen haben selbst den Kuchen gebacken, und von dem Erlös haben wir dann alles selbst bestritten...

Es ist vielleicht noch interessant zu erwähnen, daß die AWO Homberg später in Schindelberg im Allgäu eine alte Almhütte - vorher war das ein alter Stall - ausbaute. Das war zum Ende der 50er Jahre.”

Karl-Heinz Kenn ergänzt zu diesem Thema:

“In dem umgebauten Zustand wurde das Haus etwa 10 Jahre betrieben. Im Oktober 1983 erfolgte dann der Umbau mit einem Kostenaufwand von zusätzlich 2,8 Millionen DM. Heute nennt sich die Hütte “Berghaus Homberg”. Betreiber und Eigentümer ist die Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Niederrhein. Viele Homberger fahren immer noch gerne dorthin.”

Der langjährige Schriftführer der Ortsgruppe weiß über die Naturfreunde zu berichten, die 1951 wieder gegründet wurden:

“Ich, Adolf Haack, habe hier in Homberg-Moers 1951 die Naturfreunde gegründet. Für Homberg eine eigene Gruppe. Die Zusammenkünfte der neuen Ortsgruppe fanden im Hebeturm statt...”

Die “wichtigste Gruppe im musischen Bereich” war die Volkstanzgruppe, die auf der Ebene des Unterbezirks Moers von Karl-Heinz Kenn geleitet wurde. Es gibt noch Erinnerungen an einen Bezirkswettbewerb im November 1947, aus dem der Unterbezirk Moers als Sieger hervorging.

Der kommunalpolitische Aufbau nach dem Krieg in Homberg hatte mit der Ernennung eines Vertrauensrates durch die Militärregierung (Amtszeit vom 31. Juli 1945 bis zum 12. Februar 1946) begonnen. Der Vertrauensrat bestand aus neun Mitgliedern: 3 Vertretern der SPD, drei der KPD, zwei des Zentrums und einem Vertreter der



Gottfried Bongartz (Bürgermeister der Stadt Homberg bis 1975)

„Demokraten“. Roman Ebner, Karl Frißnegg und Heinrich Schade vertraten die Homberger Sozialdemokraten.

Per Erlaß wurde der Vertrauensrat am 13. Februar durch eine Gemeindevertretung abgelöst, die sich aus 29 von der Militärregierung ernannten Mitgliedern und einem Bürgermeister, entsprechend dem Kräfteverhältnis der politischen Parteien bei der letzten Gemeinderatswahl 1929, zusammensetzte.

Es entfielen demnach auf die Christlich Demokratische Union 15, auf die Sozialdemokratische Partei 9 und auf die Kommunistische Partei 5 Sitze. Für die SPD zogen Josef Brestal, Josef Cigan, Roman Ebner, Heinrich Gabriel, Rudolf Lademacher, Else Nöthen, Hermann Tenbrink, Heinrich Weixel und Rudolf Woch in die neue Gemeindevertretung ein. Die Militärregierung ernannte den christdemokratischen Rektor August Löckmann zum Bürgermeister; Heinrich Weixel wurde einer seiner drei Stellvertreter.

Im selben Jahr verfügte die Militärregierung die Ablösung des ernannten Stadtrates durch dem Volke gewählte Vertreter und ordnete für den 15. September 1946 die ersten Kommunalwahlen nach Kriegsende an.

In Homberg waren 24 Kandidaten zu wählen, wobei jeder Wahlberechtigte drei Stimmen abgeben konnte.

Bei einer Wahlbeteiligung von 86,53% entfielen auf die CDU 40,9% (12 Sitze), auf die SPD 40,21% (11 Sitze) und auf die KPD 13,82% (1 Sitz). Der SPD-Fraktion gehörten an: Josef Cigan, Roman Ebner, Josef Fuchs, Johann Heinrichs, Helmut Kenn, Ernst Morschek, Hermine Neumann, Else Nöthen, Heinrich Weixel, Martha Weyna und Rudolf Woch. Zum Bürgermeister wurde Friedrich Bellingkrodt (CDU), zum stellvertretenden Bürgermeister Heinrich Weixel gewählt.

Die politische Arbeit spiegelt sich in einer Vielzahl von Ausschüssen (24), von denen nur einige hier genannt sein sollen, weil sie die Arbeitsschwer-

punkte der Nachkriegsjahre verdeutlichen: Verfassungsausschuß, Rheinbrückenausschuß, Schulausschuß für die höheren Schulen, Versorgungsausschuß, Wohnungsausschuß, Fürsorgebeirat, Wohlfahrts- und Flüchtlingsausschuß, Ausschuß zur Überprüfung des Bezugscheinwesens, Marktleistungsausschuß...

Die Nachkriegsepoche war im wesentlichen gekennzeichnet durch die Beseitigung von Kriegsschäden und die Eingliederung von Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen. Die Phase des kommunalpolitischen Aufbaus dauerte bis zum Ende der 50er Jahre.

In dieser Zeit konnte die Homberger SPD ihre kommunalpolitische Arbeit ausbauen und konsolidieren:

In den Gemeinderatswahlen der Jahre 1948, 1952 und 1956 konnte sie den Anteil der SPD-Wähler kontinuierlich steigern und wurde stärkste Fraktion im Homberger Stadtrat. In der Kommunalwahl 1956 wurde zum ersten Mal die „50%-Marke“ überschritten, und die Homberger Sozialdemokraten zogen mit 17 Vertretern in den neuen Gemeinderat ein.

Zu Beginn der 60er Jahre kamen neue Aufgaben auf die Ratsfraktion in Homberg zu.

Die Ansprüche der Bürger an die Leistungen der Stadt wuchsen, und es wurde oft schwierig, diese Ansprüche mit

den Möglichkeiten einer nicht sehr finanzkräftigen Gemeinde in Einklang zu bringen.

Besondere Schwerpunkte der sozialdemokratischen Kommunalpolitik der 60er und der frühen 70er Jahre waren die Stadtplanung, die Sanierung alter Wohngebiete, die Schaffung leistungsfähiger Verkehrswege und die Beseitigung der Wohnungsnot.

Durch Inkrafttreten des Bundesbaugesetzes im Jahre 1961 und weiterer Gesetze im Bereich des Bau- und Planungsrechtes wurde ein Instrumentarium geschaffen, um diese Aufgaben wirkungsvoll in Angriff nehmen zu können.

„Da über die bereits bebauten Flächen hinaus zusätzliche Wohnsiedlungsbereiche in größerem Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen, müssen Bereiche mit überalterter und relativ lockerer Bebauung saniert bzw. verdichtet werden...“, hieß es in einem Schreiben des damaligen Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 20. 9. 1966 (heute Kommunalverband Ruhrgebiet), mit dem der Stadt landesplanerische Zielvorstellungen an die Hand gegeben wurden.

Entsprechend diesem Auftrag wurden ein Flächennutzungsplan und zahlreiche Bebauungspläne aufgestellt. Zen-

Gemeinderatswahlen in Homberg (1946 - 1969)

	SPD	CDU	FDP	Sonstige	Wahlbeteilig. %
15.09.1946 (Sitze)	40,21 (11)	40,97 (12)	4,99 (0)	KPD: 13,82 (1)	86,53
17.10.1948 (Sitze)	41,75 (10)	35,96 (9)	13,02 (3)	KPD: 9,27 (2)	keine Ang.
09.11.1952 (Sitze)	45,80 (15)	27,84 (9)	13,39 (5)	KPD: 4,9 BHE: 4,3 DP: 3,8	keine Ang.
28.10.1956 (Sitze)	52,13 (17)	35,40 (11)	8,58 (2)	BHE: 3,89	keine Ang.
19.03.1961 (Sitze)	51,77 (16)	38,57 (11)	9,66 (3)	--	77,81
27.09.1964 (Sitze)	58,71 (19)	33,11 (10)	6,43 (2)	1,75	75,43
09.11.1969 (Sitze)	58,59 (24)	36,12 (15)	5,29 (2)	--	63,49



Homberger SPD-Fraktion 1974 (untere Reihe, v. links: Willi Lempken, Margarete Otto, Gottfried Bongartz, Hans Giesen (Fraktionsvorsitzender), Käthe Schmitz; zweite Reihe, rechts: Werner Kaus, Karl-Heinz Kenn, und von rechts: Willi Hamacher)

trale Maßnahme zur Stadterneuerung war der Verkauf der im geographischen Mittelpunkt Hombergs gelegenen Rheinpreußensiedlung mit 1800 Wohnungen an eine Bauträgergesellschaft; in den Jahren nach 1967 wurden auf dem nördlich der Moerser Straße gelegenen Gelände der ehemaligen Zechensiedlung ca. 730 Wohnungen abgerissen und auf derselben Fläche 2500 Wohneinheiten neu geschaffen! Im Zusammenhang mit diesen Stadterneuerungsprojekten wurde auch das Hochheider Ladenzentrum fertiggestellt.

Auch im Homberger Altstadtbereich wurden Erneuerungsarbeiten durchgeführt. Neben der Sanierung älterer Baugebiete erschloß man vorwiegend im nördlichen Teil des Stadtgebietes nach und nach unbebaute Flächen.

Große Anstrengungen unternahm die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Homberg, um den Wohn- und Freizeitwert der Stadt zu verbessern. Dabei wurde der Stadtlogan "Stadt im Grünen" als besondere Verpflichtung verstanden, Umfang und Qualität der Grün- und Erholungsgebiete zu steigern. Voraussetzungen dafür waren umfangreiche

Grundstückskäufe von der Rheinpreußen AG und deren Rechtsnachfolgerin, der Deutschen Texaco AG. So konnten dann weitere Erholungs- und Sportflächen angelegt werden, beispielsweise die Freizeitgebiete Uettelsheimer und Essenberger See, die Sport- und Spielplatzanlage auf dem ehemaligen Ziegelgelände an der Halener Straße, die Sportplätze am Rheindeich und die Promenade auf der früheren Trasse der Rheinpreußenbahn zwischen Moerser Straße und Uettelsheimer Weg.

Durch den Bau der Glückauf-Halle als Mehrzweckhalle wurde sowohl den sportlichen als auch den kulturellen Bedürfnissen der Bürger Rechnung getragen.

Auf dem Gebiet des Schulwesens wurde das Bildungsangebot durch eine in Kooperation mit der Stadt Moers auf Moerser Stadtgebiet errichtete Realschule erweitert. Durch Herabsetzung der Klassenstärke und die Entwicklung der Bevölkerung war man gezwungen, vorhandene Haupt- und Grundschulen auszubauen und neue Schulen zu bauen. Große Aufmerksamkeit widmete die SPD-Fraktion der Einrichtung von Kindergärten: Oberstes Ziel war dabei die

Erweiterung des Angebotes an Kindergartenplätzen, um - wie vom Kindergartenengesetz gefordert - für 75% der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren in Homberg einen Kindergartenplatz bereitzustellen. Eine positive Zusammenarbeit zwischen Mehrheitsfraktion und den Kirchengemeinden bewährte sich bei der Schaffung von Einrichtungen für kranke und ältere Menschen. Die Stadt unterstützte mit erheblichen Mitteln die Erneuerung des katholischen Krankenhauses und den Bau eines evangelischen und eines katholischen Altenheimes.

In der Sitzung des Rates der Stadt Homberg vom 19. November 1974 wurde für die Jahre 1975 bis 1977 ein Investitionsplan von über 41 Millionen DM beschlossen. Doch mit Wirkung vom 1. Januar 1975 wurde die Stadt Homberg ein Stadtteil von Duisburg und die Zuständigkeit somit auf den neuen Rat der Stadt Duisburg übertragen.

Auch in Rheinhausen hatte der Aufbau der SPD unmittelbar nach dem Zusammenbruch begonnen, wenn uns hier auch die Quellen fehlen, um die Entwicklung genauer rekonstruieren zu können. Auch

die Rheinhausener Arbeiterwohlfahrt nahm schon in den ersten Nachkriegsjahren ihre Arbeit wieder auf.

Ende des Jahres 1947 wurde in Bergheim die erste offizielle Generalversammlung eingeladen; hier wurde Fritz Dominik zum ersten Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurde August Zabel. In Asterlagen, Friemersheim und Hochemmerich wurden die sogenannten "Zellen" gegründet, die später in Gruppen und dann in Distrikte umgewandelt wurden. Die gesamte Ortsgruppe Rheinhausen wird zu diesem Zeitpunkt etwa 300 Mitglieder gezählt haben.

Erstes parlamentarisches Gremium nach dem Krieg war in Rheinhausen der ab dem 3. August 1945 tagende "Vertrauensausschuß", unter dessen 9 Mitgliedern wir mit Robert Krause und Otto Post zwei Vertreter der Sozialdemokraten finden.

Dieser Vertrauensausschuß wurde im Februar 1946 abgelöst durch eine ernannte Gemeindevertretung; unter den 32 Mitgliedern waren 6 Sozialdemokraten (Johann Asch, Franz Erkes, Dietrich Kleuken, Robert Krause, Karl Matull, Maximilian Rybacki).

Den Vorsitz des ernannten Rates übernahm Otto Schulenberg (SPD) als Bürgermeister.

Am 13. Februar 1946 begann die kommunalpolitische Arbeit mit der feierlichen Eröffnung der ersten Sitzung der vom bisherigen Bürgermeister Dr. Wilhelm Weinstock einberufenen und von der Militärregierung genehmigten Gemeindevertretung. Der Verwaltungs-

bericht von 1945/46 hält diese "Grundsteinlegung für ein demokratisches Gemeindeleben in Rheinhausen" fest:

"Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt der Kommandant der Militärregierung dem Bergmann Otto Schulenberg (bereits Mitglied der Gemeindevertretung von 1926 bis 1933) dafür, daß er sich bereiterklärt hat, das Amt des Bürgermeisters der Stadt Rheinhausen zu übernehmen. Ferner dankt er Dr. Weinstock für die gute Arbeit, die er bisher geleistet hat, und bittet die Gemeindevertretung, ihn zum Stadtdirektor zu bestätigen..."

Es folgte eine kurze Eröffnungsansprache, in der das Ziel der Besatzungsmächte eindringlich betont wurde, das deutsche politische Leben auf einer demokratischen Grundlage wiederherzustellen. Bürgermeister Schulenberg führte bei seiner Amtsübernahme aus:

"Es ist mir eine außerordentliche Freude, als einfacher Arbeiter in dieser historischen Stunde das Amt als Bürgermeister übernehmen zu können... Ich brauche wohl nicht viel Worte zu machen, um zu sagen, welche Pflichten ich übernommen habe; denn ich stehe seit 1911 in der Arbeiterbewegung und weiß, was es heißt, das Amt eines Bürgermeisters zu führen. Wir müssen alle zusammenarbeiten zum Wohle der Bevölkerung Rheinhausens."

Otto Schulenberg hat das Amt des Rheinhausener Bürgermeisters bis ins Jahr 1961 ausgeübt; er vor allem hat das Bild sozialdemokratischer Kommunalpolitik im Wiederaufbaujahrzehnt in Rheinhausen geprägt.

Am 15. September 1946 wurde der Gemeinderat erstmals gewählt; die Wahlbeteiligung lag bei 81,7 %. Es entfielen auf die CDU 20.518, auf die SPD 23.552, auf die KPD 7.294, auf die FDP 647 und auf die Unabhängigen 67 Wählerstimmen. Die 30 Sitze des Gemeinderates verteilten sich wie folgt: SPD - 18 Sitze; CDU - 11 Sitze; KPD - 1 Sitz.

Im Oktober 1946 wurde auch erstmals der neue Kreistag gewählt; auch hier bestätigte eine hohe Wahlbeteiligung den Willen der Bevölkerung, das politische



Robert Krause

Leben verantwortlich mitzubestimmen.

Im Rat übernahm Robert Krause den Vorsitz der SPD-Fraktion und wurde stellvertretender Bürgermeister bis 1961. Robert Krause war auch bis zu Beginn der 50er Jahre Vorsitzender der Ortsgruppe Rheinhausen. 1953 löste ihn Johann Asch ab, der ebenfalls Ratsmitglied war und die Fraktion von 1954 bis 1961 führte. In diesem Jahr kandidierte er für das Amt des Bürgermeisters, das er bis zur Kommunalen Neuordnung im Jahre 1975 bekleidete. Den Fraktionsvorsitz übernahm Werner Rosenberg, Ratsmitglied seit 1952. Der Wechsel erfolgte 1961, weil Johann Asch Bürgermeister wurde.

Vor Beginn der sogenannten "Ära Hildebrandt" lenkte Hans Kleer die Geschicke des Ortsvereins mit den 4 Distrikten. Arnold Hildebrandt wurde 1957 zum Vorsitzenden dieses großen Ortsvereines gewählt, der seine Mitgliederzahlen unter seiner Führung von etwa 700 auf über 1.650 steigern konnte. Alle Distrikte waren über einen Vertreter in die Arbeit des Ortsvereinsvorstandes eingebunden; so kam es, daß zu Ortsvereinsvorstandssitzungen 24 bis 28 Funktionäre zusammenkamen, um die Arbeit zu koordinieren. Getagt wurde regelmäßig; Spätestens alle 14 Tage! Kurz vor der "Eingemeindung" übernahm dann Siegfried Schlicht den Ortsvereinsvorsitz im Jahre 1973, nachdem Arnold Hildebrandt die Rheinhauser Partei 16 Jahre lang "durch dick und dünn" gelenkt hatte. Siegfried Schlicht fiel nun die brisante Aufgabe zu, die Rheinhauser Partei an die Stadt Duisburg heranzuführen. Mit Erfolg...



Otto Schulenberg

Gemeinderatswahlen in Rheinhausen (1946 - 1969)

Wahltag	SPD	CDU	FDP	Sonstige	Wahlbet.(%)
15.09.1946	45,22 (18)	39,40 (11)	-	KPD: 14,0 (1)	81,7
17.10.1948	49,30 (12)	40,37 (10)	-	KPD: 10,32 (3)	62,18
09.11.1952	50,9 (19)	25,5 (10)	9,8 (4)	KPD: 5,7 (2) Unabh.(1)	70,97
28.10.1956	59,24 (23)	29,32 (11)	7,55 (2)	BHE: 3,33* (-)	keine Ang.
19.03.1961	55,5 (21)	33,4 (13)	6,7 (2)	-	keine Ang.
27.09.1964	62,9 (25)	30,1 (12)	4,6 (0)	-	keine Ang.
09.11.1969	60,3 (29)	33,0 (16)	4,9 (0)	1,7 (0)	keine Ang.

*) Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten

Seit der Kommunalwahl von 1946 war die SPD der bestimmende Faktor auf der kommunalpolitischen Ebene in Rheinhausen. Bei der Gemeinderatswahl von 1948 hatte die SPD bereits ein Stimmenergebnis von 49% (12 von 25 Sitzen) erzielt. In den fünfziger und sechziger Jahren baute die SPD ihren Stimmenanteil noch aus bis zur unangefochtenen absoluten Mehrheit.

Die dominante Stellung der SPD in Rheinhausen zeigen auch die bei den Bundestagswahlen erzielten Ergebnisse; selbst bei den für die SPD schwierigen Bundestagswahlen der fünfziger Jahre erhielt die SPD in Rheinhausen immer noch mehr Stimmen als die CDU. Bundestagswahl 1949 : 42,6%, 1953 : 43,5%, 1957 : 45,5%, 1961: 53,7%; 1965: 58,6%; 1969 : 61,1 %.

Die Beseitigung der Kriegsschäden und der mühsame Weg des schrittweisen Wiederaufbaus bestimmten die ersten Jahre der Arbeit von Partei und Fraktion in Rheinhausen. Mit der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Vorwärtswicklung war ein deutlicher Bevölkerungszuwachs verbunden, der Rat und Verwaltung vor neue Aufgaben stellte. Vordringlich war natürlich die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum, denn die umfangreichen Kriegsschäden

hatten die an sich schon schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt noch erheblich verschärft. Zwei Zahlen mögen dies veranschaulichen:

September 1950: Für 50.400 Personen gab es 11.045 Wohnungen; Dezember 1961: Für 69.610 Personen gab es 21.323 Wohnungen.

Obwohl jährlich etwa 900 Wohnungen gebaut werden konnten, war der tatsächliche Bedarf so schnell nicht zu decken. Mit Rücksicht auf die in den Wohnungsbauprogrammen enthaltenen Zweckbindungen trat die sozialdemokratische Ratsfraktion für besondere

Fördermaßnahmen ein, um auch Personengruppen, die nicht zu den Berechtigten der Programme gehörten, Wohnungen anzubieten; das galt vor allem für kinderreiche Familien.

In den Mitgliederversammlungen der Partei spielte dieses Problem immer wieder eine zentrale Rolle.

Während sich in den bisherigen Ortskernen Baulücken mehr und mehr schlossen, wurden neue, bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen für den Wohnungsbau bereitgestellt. Bedeutendstes Projekt war die Erschließung des Stadtzentrums, das bis dahin weitgehend von unerwünschter Bebauung freigehalten worden war. Ein 1954/55 aufgestellter Bebauungsplan sah dazu Wohnraum für rund 20.000 Menschen, Schulen, Kirchen und öffentliche Gebäude vor. Zielpunkt sozialdemokratischer Städtebaupolitik in Rheinhausen war das Zusammenwachsen der ehemals auseinandergelegenen Ortsteile, um eine städtebauliche Einheit zu schaffen.

Der Bau des Johanniter-Krankenhauses und das städtische Hallenbad waren zwei wichtige Projekte der Wiederaufbauarbeit nach dem Kriege, die von der sozialdemokratischen Fraktion nachhaltig gefordert und gefördert wurden.

Die Erweiterung und der Ausbau der Grünflächen in Rheinhausen wurde mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der zunehmenden Industrialisierung

Die Erweiterung und der Ausbau der Grünflächen in Rheinhausen wurde mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der zunehmenden Industrialisierung



Johann Asch (Bürgermeister von 1961-1975), rechts: Arnold Hildebrandt (stellvertretender Bürgermeister)

immer wichtiger: So erweiterte man durch Aufforstung den Volkspark an der Gartenstraße. Sportanlagen, Kleingärten, Friedhöfe und zahlreiche Straßenbäume ergänzten vorhandene Grünzonen und machten Rheinhausen zur "Gartenstadt".

Der Verwaltungsbericht der Stadt Rheinhausen für das Jahr 1959 vermerkt:

"...SBZ-Flüchtlinge und Aussiedler aus den polnisch verwalteten Gebieten... drängen immer stärker nach Rheinhausen... Am 1. Januar 1960 stellten sie 17,5% der gesamten Rheinhauser Bevölkerung..."

Hinter diesem Zitat verbirgt sich eines der größten Probleme, mit dem die Sozialdemokraten nach Kriegsende konfrontiert waren. Das zentrale Problem war die Unterbringung. Denn wie andere deutsche Städte hatte auch Rheinhausen in den beiden letzten Kriegsjahren unter Bombenangriffen gelitten, wodurch ein Großteil der vorhandenen Wohnungen zerstört worden war. Nun mußten - wie erwähnt - nicht nur die Bevölkerung ausreichend versorgt werden, sondern auch Unterbringungsmöglichkeiten für Aussiedler und Flüchtlinge geschaffen werden. Diese fanden zumeist in den Schachtanlagen und bei den Hüttenwerken Beschäftigung; so entstanden die ersten notdürftigen Unterkünfte meist in Friemersheim und Asterlagen. Die Wohnverhältnisse waren oft unvorstellbar schlecht: Die Familien lebten auf engstem Raum, bis zu 12 Personen teilten sich 40 qm Raum.

Intensiv bemühte sich die SPD um Wohnungen für die Betroffenen. Dennoch entstanden soziale und gesellschaftliche Probleme, die zur stärker werdenden Isolation der Gruppen führten, unterstützt dadurch, daß sie kaum die deutsche Sprache verstanden.

"Grün, Blau, Pollaksfrau" lernten die Kinder über Kleidung und Menschen zu spotten.

In den Parteiversammlungen diskutierte man oft diese Probleme; scharfe Kritik galt immer wieder der "Politik von oben", die z. B. Bürger aufforderte, "Gedenk-Kerzen" in die Fenster zu stellen:

Des Nachts sollte das den Bewohnern der SBZ anzeigen, daß man an sie

dachte. In vielen Rheinhauser Fenstern standen Kerzen in roten Plastik-Behältern.

"Spötter behaupteten, die Regierung Adenauer habe ein Abkommen mit den Feuer-Versicherungen getroffen, denn die Zahl der Gardinen- und Wohnungsbrände stieg drastisch an".

In den folgenden Jahren veränderte sich die Situation der "Fremden": Die Menschen, die in den 50er Jahren nach Rheinhausen gekommen waren, arbeiteten mittlerweile in den Schachtanlagen, oft unter unvorstellbar schlechten Arbeitsbedingungen: Die Schächte waren oft nicht höher als etwa 50 cm. Platzangst und Panik waren daher nicht selten, aber für die ungelerten Arbeiter war dies die einzige Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden. Das lag zum einen daran, daß die Zechen schon recht bald nach Kriegsende wieder in vollem Umfange Kohle förderten und Arbeitskräfte benötigten. Zum anderen gab es hier Sonderrationen an Lebensmitteln ausschließlich für Bergleute. Einige Jahre später arbeiteten die Aussiedler auch in der Stahlindustrie.

Nach und nach verließen die ehemaligen Flüchtlinge und Aussiedler dann ihre Notunterkünfte und bezogen eigene Wohnungen. Das Leben "normalisierte" sich und so auch das Verhältnis der Rheinhauser zu den "Fremden".

In den 60er Jahren hatte der Rat der Stadt Rheinhausen den kulturpolitischen Aufgaben ein besonderes Interesse entgegengebracht: dies betraf die Jugendpflege, die Erwachsenenbildung, aber auch die Heimat- und Kulturpflege. Fördermaßnahmen und neue Einrichtungen sollten "... dem starken Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnis der Jugend und der Erwachsenen, der Pflege des Gemeinschaftsdenkens und der Erhaltung wertvollen Kulturgutes..." dienen. So beschloß der Stadtrat - nach langen Vorbereitungen innerhalb der Partei und Fraktion - ein "Haus der Jugend". Dieses Haus sollte bestimmten Zielsetzungen folgen, wie sie in der Fraktion festgelegt worden waren:

"Das Haus der Jugend soll neuzeitlichen Auffassungen gemäß geschaffen werden. Hierdurch soll zum Ausdruck gebracht werden, daß für die Jugend das Beste gerade gut genug ist."



Siegfried Schlicht

So konnte nachhaltig das Bestreben unterstrichen werden, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Jugend zur Mitarbeit an kulturellen Projekten zu gewinnen. Darüberhinaus wollte man *"sie mit der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit vertraut machen, und sie zu Gemeinschaftsaufgaben und sinnvoller Freizeitbeschäftigung anregen."* 1960 wurde das "Haus der Jugend" eingeweiht; es hatte ausreichend Gruppenräume für die einzelnen Jugendverbände, Lesezimmer, Werkräume, ein eigenes Fotolabor sowie einen Festsaal für 150 Personen.

In den beiden nach dem Krieg gebauten Jugendzentren arbeiteten die Jugendverbände, der Stadtjugendring und das Jugendamt der Stadt Rheinhausen eng zusammen.

Im Rahmen der Maßnahmen für die Erwachsenenbildung wurde dem Ausbau des Bibliothekswesens besonderes Interesse geschenkt. In den einzelnen Stadtteilen wurde ein Netz von Zweigstellen eingerichtet und der Buchbestand auf fast 50.000 Bände aufgestockt. Damals legte man noch Wert auf die folgende Formulierung, die in einem Fraktionsprotokoll von 1962 nachzulesen ist:

"Für die Einstellung des Rates der Stadt zur Erwachsenenbildung ist unter anderem bemerkenswert, daß für die Buchausleihe seit vielen Jahren schon keine Gebühren mehr erhoben werden..."

Die Entwicklung Rheinhausens trägt die Handschrift sozialdemokratischer Kommunal- und Parteipolitik. In vielen



Rheinhausener Falken-Gruppe in Stenden, 1963. (Siegfried Schlicht, Manfred Bruckschen, Uschi Volkmann, Fritz Mellen)

Diskussionen im Rat, in der Fraktion und innerhalb der Partei reiften Entscheidungen, die auch die wirtschaftliche Weiterentwicklung der "Gartenstadt" prägten.

Ogleich Kohle und Stahl den Arbeitsmarkt beherrschten, gab es schon früh eine Chance, diese Struktur zu verändern:

Als die Opel-Werke Ende der 50er Jahre auf der Suche nach einem Standort für ein neues Werk im Ruhrgebiet waren, hatte die Geschäftsleitung ein besonderes Auge auf das Gelände an der Asterlager Straße geworfen.

Doch die Bevölkerung wehrte sich, noch bevor eine Entscheidung gefallen war, erfolgreich: Parteiversammlungen faßten Beschlüsse für die Fraktion, Betriebsräte und Betriebsgruppen der Zechen und der Hütte formierten den Widerstand, und die Rheinhauser Firmen waren ebenfalls ablehnender Haltung. Hauptargument war damals die Angst, daß Bergleute und Kruppianer ihre Arbeitsplätze zugunsten einer Anstellung in der Autoindustrie eintauschen könnten, denn diese zahlte deutlich höhere Löhne. Und da zu dieser Zeit in der Eisen- und Stahlindustrie wie im Bergbau ein Mangel an Arbeitskräften herrschte, war der Widerstand gegen die Opel-Niederlassung sicherlich verständlich.

Der Steinkohlenbergbau im Rheinhauser Raum hat in der Stadtentwicklung

eine wichtige Rolle eingenommen. Von 1910 bis 1973 wurde auf den Schachtanlagen der Zeche Diergardt-Mevissen Kohle gefördert.

Nach Kriegsende wurden rasch erhebliche Beschädigungen an den Tagesanlagen beseitigt und die Förderung wieder aufgenommen. Große Probleme bereitete jedoch der Ausfall der Belegschaft. In den ersten Parteiversammlungen nach dem Kriege wurde immer wieder dieses Thema besprochen.

Aus den Ostgebieten Vertriebene, aber auch viele Bergbaufremde, durch höhere Löhne und Sonderversorgungsrationen angelockt, kamen "auf Diergardt". Oft bemühten sich die Genossinnen und Genossen, die Vertriebenen kurzzeitig aufzunehmen oder ihnen Verpflegung zu besorgen. In den Mitgliederversammlungen wurde zu Sachspenden aufgeru-

fen, soweit man selbst dazu in der Lage war. In einem Protokoll wird berichtet, daß "... die Ostvertriebenen zeitweise in den während des Krieges auf den Schachtanlagen eingerichteten Sammellagern untergebracht wurden".

Erst allmählich konnte dann der Werkswohnungsbau in Angriff genommen werden, nachdem zunächst an den noch vorhandenen Wohnungen Kriegsschäden beseitigt worden waren.

In den 50er Jahren wurde die sozialdemokratische Betriebsgruppenarbeit weitgehend von den Themen "Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse vor Kohle" bestimmt. Anfang der 50er Jahre hatte endgültig die sogenannte "Schüttelrutsche" ausgedient. In den Strecken erleichterten Bohrhämmer und Lademaschinen den Vortrieb, der eiserne Streckenausbau setzte sich durch.

Die moderne Technik, die schrittweise in den Rheinhauser Bergbau eindrang, trug dann wesentlich zur Verringerung der schweren körperlichen Arbeit der Bergleute bei. An die Stelle von Hacke, Schaufel, Abbauhammer und Holzstempel traten mehr und mehr Maschinen, die ständig weiterentwickelt wurden. 1956 waren nach einer Angabe im Jahresbericht der Stadt Rheinhausen rund 5.500 Arbeiter und Angestellte auf Diergardt-Mevissen beschäftigt.

Doch der Aufschwung der frühen 50er Jahre ging rasch seinem Ende entgegen: Der Kohleabsatz geriet ins Stocken, da zusehends billiges Heizöl auf den Markt drängte. Feierschichten mußten eingelegt werden, und die ersten Schachtanlagen schlossen ihre Tore.



Rathaus Rheinhausen

So wurde bereits im April 1963 die Förderung auf Franz Ott endgültig eingestellt. In fünfzig Jahren, von 1913 bis 1963, waren insgesamt über 7 Mio. Tonnen Steinkohle gefördert worden. Die Belegschaft wurde zur Schachanlage Mevissen verlegt und zunächst jeden Tag mit Bussen von Neuenkamp nach Bergheim und zurück gefahren. Die Ungewißheit über die anhaltende Kohlekrise führte zu einer starken Verringerung der Belegschaften. Auch Nachwuchskräfte waren kaum noch für eine Arbeit unter Tage zu gewinnen. Daher warb man verstärkt ausländische Arbeitnehmer an, und 1961 arbeiteten auf der Schachanlage Diergardt bereits ein Drittel ausländische Belegschaftsmitglieder, im wesentlichen Türken. Drei Jahre später wurden erste türkische Berglehrlinge ausgebildet, die im Lehrlingsheim "Am Dreieck" wohnten. Die Belegschaft der Schachanlage war bis Ende 1966 auf nur noch 3.286 Mann reduziert, 2.500 Arbeitnehmer weniger als im Jahre 1952. In diese Situation fiel die Entscheidung der Bergwerksleitung, die Schachanlage Diergardt zu schließen, deren Vorräte allmählich zu Neige gingen und eine wirtschaftliche Gewinnung nicht mehr zuließen.

Am 31. Oktober 1967 wurde die Steinkohleförderung auf der Zeche endgültig eingestellt. Der letzte Förderwagen rollte vom Korb. Man bemühte sich, die deutsche Stammebelegschaft von Diergardt auf Mevissen und Rumeln weiterzubeschäftigen. Das wurde dadurch möglich, daß ältere Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand treten konnten. Ein Sozialplan, abgestimmt mit Betriebsrat und Betriebsleitung, sicherte mit Mitteln der Montanunion einen nahezu reibungslosen Ablauf und Vermeidung sozialer Härten. Doch ist festzuhalten, daß diese Regelung nicht für die türkischen Bergleute galt; vielen von ihnen wurde gekündigt.

In einer Parteiversammlung im November 1968 diskutierten die Genossinnen und Genossen anhand eines Referates auch über das Gesetz zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaus, das im Mai desselben Jahres in Kraft getreten war: In diesem Zusammenhang steht die Gründung der Ruhrkohle AG als Einheitsgesellschaft,



SPD Ratsfraktion, Rheinhausen, 1974

der fast alle Bergwerksgesellschaften des Ruhrgebietes beitraten. 52 Schachanlagen, 29 Kokereien und fünf Brikettfabriken gehörten nun zu diesem neuen Unternehmen, das somit Arbeitgeber für rund 180.000 Beschäftigte wurde.

Mit großen Hoffnungen begleitete man die politische Diskussion im Ortsverein Rheinhausen, denn auch Mevissen gehörte nun zu der neuen Unternehmung. Zusammen mit Friedrich Heinrich, Niederberg, Pattberg, Rheinpreußen und Walsum wurde Mevissen eine der fördernden Schachanlagen der Bergbau AG Niederrhein, der neugegründeten Tochtergesellschaft der Ruhrkohle AG.

Doch der Aufschwung der Jahre 1970 und 1971 im Ruhrbergbau hielt nicht lange an. Wegen des weiterhin rückläufigen Absatzes an Steinkohle, Koks und Briketts mußten Anfang 1972 sieben Kurzarbeitstage eingelegt werden. Daneben gerieten mehrere Reviere in geologische Störungszonen und mußten aufgegeben werden.

Am 30. November 1972 erhielt der Betriebsrat Kenntnis von der geplanten Stilllegung der Schachanlage Mevissen für Mitte des kommenden Jahres. Begründet wurde der Beschluß mit der Abbausituation, den verschlechterten Verhältnissen und den starken Verlusten des Bergwerks. Die Belegschaft reagierte gefaßt, wurden doch allen Mitarbeitern, die nicht über die im ausgehandelten Sozialplan vorgesehenen Anpassungsmaßnahmen ausscheiden konnten, Arbeitsplätze auf benachbarten Schachanlagen angeboten. Über 500

Bergleute gingen in den Ruhestand, 1.300 fanden einen neuen Arbeitsplatz. Im Juni 1973 wurde dann der letzte Förderkorb gehoben; das Umlegen des Fördergerüsts im November 1974 markierte endgültig den Schlußpunkt der Geschichte des Rheinhauser Bergbaus.

Von ebenso fundamentaler Bedeutung für die Entwicklung Rheinhausens ist sicherlich die Geschichte der Friedrich-Alfred-Hütte, die das Leben und Arbeiten der Sozialdemokraten in der Ortsgruppe Rheinhausen nachhaltig geprägt hat.

In Rheinhausen machten sich die Hüttenwerker schon unmittelbar nach Kriegsende daran, das erheblich zerstörte Hüttenwerk wiederaufzubauen. Von Mai bis September 1945 führten die verbliebenen und die ersten wieder heimgekehrten Arbeiter unter schwierigsten Bedingungen Aufräumarbeiten und erste Wiederherstellungsarbeiten durch. Sie bauten das Werk wieder auf, "*... um Arbeit zu haben, nicht jedoch, um es der Familie Krupp wieder zur Verfügung zu stellen...*", wie es ein Genosse später in einer Generalversammlung der Partei formulierte, "*...wir wollen künftig Eisen und Stahl für friedliche Produkte und nicht mehr für Rüstungsgüter herstellen...*"

Rasch wurde ein neuer Betriebsrat gewählt, der bereits am 11. Mai aufgrund einer Genehmigung durch die Militärregierung seine Arbeit aufnehmen konnte. Zur Erläuterung der Ausgangssituation der folgende Auszug eines Berichtes:



Letzte Ratssitzung vor der Kommunalen Neuordnung im Rathaus Rheinhausen (am Pult: Bürgermeister Johann Asch)

„...Im September 1945 wurden ein großer Teil des Direktoriums und einige nachgeordnete Mitglieder der Unternehmensführung von Krupp unter anderem wegen Verbrechen gegen die Menschheit durch die schikanöse Ausbeutung von Zwangsarbeitern verhaftet.

Kriegsgefangene und deportierte Zwangsarbeiter hatten gegen Ende des 2. Weltkrieges die Produktion bei Krupp in Rheinhausen weitgehend aufrecht erhalten. In den Verzeichnissen des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes sind für die Hüttenwerke Rheinhausen AG 3.250 Zwangsarbeiter sowie vier weitere Lager in Rheinhausen an der Atroper Straße mit 400 Menschen, an der Friedrich-Alfred-Straße 182 mit 850 Menschen, an der Krefelder Straße mit 200 Menschen sowie das 'Häftlingslager Krupp', ein sog. 'Arbeitserziehungslager' mit 150 Menschen, die im Stahlbau eingesetzt waren, ausgewiesen...“

Der Betriebsrat bemühte sich bereits seit Mai 1945, die an den nationalsozialistischen Verbrechen verantwortlichen Beteiligten an einer Fortführung ihrer Tätigkeit im Hüttenwerk zu hindern.

Im August 1946 wurde ein neuer Betriebsrat gewählt, der in einer umfangreichen Liste Namen von Nazis an den Entnazifizierungsausschuß der Stadt Rheinhausen übersandte, mit der Bitte, die genannten Personen nicht wieder einzustellen, da der Betriebsrat sie als Belastete ablehne.

Diese konsequente Haltung des Betriebsrates, der im Oktober 1946 die Wahl von Vertrauensleuten der einzelnen Produktionsbereiche durchführen lassen und damit die weitere innerbetriebliche Demokratisierung betrieben hatte, war Spiegelbild der

Einstellung der Belegschaft. Sie demonstrierte ihren Willen zu einer umfassenden Neuordnung der Besitzverhältnisse im Hüttenwerk Rheinhausen ebenfalls in einer Urabstimmung über die Sozialisierung der Schwerindustrie. Denn „...die Belegschaft hatte lange Zeit erfahren, was es bedeutete, den Interessen des Kruppschen Kapitals am privaten Profit ausgeliefert zu sein“ und drückte das in der Urabstimmung aus. Von 4.318 abstimmungsberechtigten Belegschaftsmitgliedern nahmen 3.904 ihr Stimmrecht wahr; Sie sprachen sich mit der überwältigenden Mehrheit von 3.359 gegen 387 bei 158 ungültigen Stimmen für die Sozialisierung aus.

Die Genossen hatten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dieses Abstimmungsverfahrens unterstützt. An dem Ergebnis ist deutlich ablesbar, daß die Rheinhauser das Werk nicht für Krupp wiederaufbauen wollten. Ihnen ging es um ihren Arbeitsplatz und die Möglichkeit, in einem selbstbestimmten, zumindest aber von ihnen mitbestimmten Unternehmen zu arbeiten. Für dieses Ziel setzte man alles ein; im Winter 1946/47, als die Bevölkerung

kaum etwas zu essen hatte, arbeiteten im Baubetrieb, der nach Kriegsende zum wichtigsten Bestandteil des Werkes geworden war, auch Arbeiter aus anderen Betrieben, obwohl im Baubetrieb traditionell die Löhne geringer waren als in Produktionsbetrieben. Hier wurde auch mehr gearbeitet, nämlich 48 Stunden pro Woche, als in den übrigen Betrieben, die damals meist 40 Wochenstunden tätig waren, weil sie samstags eine Feierschicht zur Energieeinsparung führten.

Nach langen Diskussionen um die Demontage des Werkes herrschte am 7. Juli 1947 endlich Klarheit: Die Friedrich-Alfred-Hütte wurde - bis auf 2 Walzstraßen - endgültig von der Demontageliste gestrichen. Dies war möglich geworden, weil man einen Antrag auf "Entflechtung" des Hüttenwerks aus dem Gesamtkonzern der Firma Krupp gestellt hatte. Im September 1947 erfolgte dann die Gründung der Hüttenwerk Rheinhausen AG mit Sitz in Rheinhausen als eigenständiges Unternehmen. Doch diese Entflechtung war nur eine scheinbare; denn das neue Unternehmen, das die Rheinhauser Arbeiter wieder aufgebaut hatten, mußte mit Krupp in Essen einen "Betriebsnutzungsvertrag" schließen. So behielt Krupp den Zugriff auf das Unternehmen und hatte schon bald seine Besitzrechte wieder vollständig erhalten. Bereits 1965 trug die Hütte wieder seinen Namen.

Während die Bürger aus Homberg und Rheinhausen 1972 ihren Sommerurlaub genossen, nahmen im Innenministerium in Düsseldorf Vorstellungen Gestalt an, die in den nachfolgenden Jahren heftig diskutiert und kritisiert wurden: Die sogenannte Kommunale Neuordnung oder Eingemeindung.

Die Planungsvorlagen vom September 1972 und der ein Jahr darauf vorgelegte Gesetzesentwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung beendete die Rheinhauser Träume von der kreisfreien Stadt.

Widerstand formierte sich in Baerl, Homberg, Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen, in seltener Eintracht war man dagegen. Es wurde diskutiert und protestiert, Argumente wurden gesammelt, die als Thesenpapiere, auf Flugblättern, als Satiren, ja sogar in lyrischer

Form kursierten. Man setzte alle Hebel in Bewegung, ließ keinen Weg unversucht: Verfassungsklage, Volksbegehren, alternative Vorschläge zur Neuordnung. So wurde beispielweise 1974 in Rheinhausen der Bürgerwille zu einer großangelegten Aktion:

“In 11 offiziellen Abstimmungslokalen konnten die Rheinhauser über Karneval - auch am Rosenmontag - ihre Meinung äußern...”.

Am Aschermittwoch war dann alles vorbei. Zahllose freiwillige Helfer hatten das Ergebnis vorbereitet, das dann auf der Monatspressekonferenz des Stadtdirektors bekanntgegeben wurde. Hierzu ein kleiner Ausschnitt aus dem Pressespiegel:

“Bilanz des Volksbegehrens. 32.909 Rheinhauser Bürger beteiligten sich von insgesamt 48.516 Eintragungsberechtigten am Volksbegehren der ‘Aktion Bürgerwille’. Das macht 67,8 vH aus. Wenn man bedenkt, daß bei der jüngsten Kommunalwahl in der Stadt Rheinhausen 64,7 vH der Bevölkerung eine Stimme abgegeben haben, dann geht daraus hervor, daß diesmal Rheinhausens Männer und Frauen sich sehr stark engagiert haben”.

“Froh über die hohe Beteiligung” zeigten sich die Aktiven der Aktion Bürgerwille, als sie gestern in einer Pressekonferenz des Volksbegehrens im Kreis Moers bekanntgaben. Im ganzen Kreis Moers wurden 117.550 Stimmen abgegeben, das sind 47,7 vH der stimmberechtigten Bürger.”

“Das Ergebnis war klar, doch die Arbeit vergebens. Der mehrheitliche

Wunsch, selbständig zu bleiben, war nicht durchsetzbar.”

So entschloß sich darauf der Rat der Stadt Rheinhausen, noch einen “letzten Versuch” zu unternehmen, den Zusammenschluß mit Duisburg abzuwenden: Die Verfassungsklage. Die CDU-Fraktion stimmte einem entsprechenden Beschlußvorschlag geschlossen, die SPD-Fraktion mit Mehrheit zu. So betrachtete CDU-Fraktionsvorsitzender Rolf Fortmann den Schritt vor den Verfassungsgerichtshof *“als echten Auftrag der Bürger an die Parlamentarier”*. Nachdem der Rat der Stadt unter dem Vorsitz von Bürgermeister Johann Asch (SPD) immer wieder versichert hatte, im Kampf um die Selbständigkeit alle Möglichkeiten auszuschöpfen, sprach sich auch die SPD-Fraktion für diese Klage aus. Fraktionsvorsitzender Willi Rummel und vier weitere Genossen aus der Partei waren jedoch anderer Meinung. Sie glaubten nicht an den Erfolg dieser Maßnahme und plädierten für eine *“richtige Einschätzung der realen Möglichkeiten”*. Rummel dazu:

“Millionenbeträge werden verausgabt für eine Sache, die von vornherein auf verlorenem Posten steht...”.

Der juristische Vertreter der Stadt, Professor Thieme, schätzte die Situation positiver ein:

“Aus der grundsätzlichen Haltung des Verfassungsgerichtshofes ergibt sich, daß die Erfolgchancen der Antragsteller in der Regel gering sind. So geht auch die Stadt Rheinhausen, wenn sie jetzt den Rechtsweg zum Verfassungsgerichtshof sucht, ein erhebliches Prozeßrisiko ein. Andererseits bin ich der Meinung, daß

sich der Standpunkt der Stadt Rheinhausen verfassungsrechtlich und auch prozessual gut begründen ließe. Ich würde daher die Chancen der Stadt, in einem Verfahren Erfolg zu haben, relativ hoch einschätzen.”

Friedel Genender, Ratsvertreter der Partei, bekräftigte in dieser Diskussion:

“Dieser Schritt muß noch getan werden, um vor unseren Bürgern nicht unglaubwürdig zu werden...”.

Schließlich gab man sich dann doch geschlagen; das 40. Stadtjubiläum war in Rheinhausen zugleich das letzte, eine Art Nachfeier. Ein kurzes Kapitel Stadtgeschichte war beendet. Man fügte sich in die Situation, die nicht mehr zu verhindern war.

Doch immer schon hatten Rheinhausen und Homberg enge Bindungen über den Rhein nach Duisburg, nicht zuletzt aufgrund der gleichen Wirtschaftsstruktur, bestimmt durch Kohle und Stahl und die Folgeprobleme, so daß der linke Niederrhein doch eher mit Duisburg als mit der Kreisstadt Moers verbunden war. Außerdem versprach die Neufassung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 1. Oktober 1979 weitreichende Mitspracherechte der neuzubildenden Bezirksvertretungen in den Stadtbezirken Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen sowie Homberg-Ruhrort-Baerl. Damit war ein wichtiger Schritt zur bürgernahen Verwaltung auch nach der kommunalen Neuordnung vollzogen. Entsprechend war die Stärkung der Bezirksämter die politische Forderung aller Parteien der ehemaligen Stadtratsfraktionen.

XVI. Walsum

Über die Entwicklung der Walsumer Sozialdemokratie zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Eingliederung in den Unterbezirk Duisburg 1974 gibt es nur wenige gesicherte Erkenntnisse. Schriftliche Unterlagen des Ortsvereins liegen uns nicht vor, so daß wir uns im wesentlichen auf die Verwaltungsberichte und die Aussagen von Zeitzeugen stützen müssen.

Die Gemeinde Walsum zählte bei Kriegsende 17.009 Einwohner, deren Zahl bis zum 1. Dezember 1945 bereits wieder auf 22.733 angewachsen war. Als die alliierten Truppen am 24. März 1945 in Walsum einmarschierten, ernannten sie den Verwaltungsangestellten Christian Pohlmann zum kommissarischen Bürgermeister. Zu seinem Nachfolger wurde am 14. Mai Karl Lomp (Zentrum) ernannt, der bis zur ersten Bürgermeisterwahl amtierte.

Aufgrund einer Verordnung der Militärregierung fanden am 15. September 1946 Gemeinderatswahlen statt. Sie ergaben folgende Sitzverteilung: SPD 18 Sitze, Zentrum 3 Sitze, CDU 2 Sitze, KPD 1 Sitz. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte waren: Ahlberg, Biehl, Brecht, Brodalla, Großer, Heuwing, Keuchel, Leichsenring, Mandel, Mattheis, Roßmüller, Schauer, Schmidt, Schmitz, Sormund, Spannekrebs, Surm und Welz.

In der Gemeinderatssitzung am 4. Oktober 1946 wurde der Sozialdemokrat Josef Schmitz einstimmig zum Bürgermeister von Walsum gewählt. Im Februar 1947 mußte der Gemeinderat jedoch erneut einen Bürgermeister wählen, da Josef Schmitz am 19. Dezember einem Herzschlag erlegen war. Gewählt wurde mit 17 Stimmen von SPD und KPD bei 4 Enthaltungen des Zentrums und der CDU Johannes Faltinski (SPD).

Am 17. Oktober 1948 wurden aufgrund des vom Landtag beschlossenen Gemeindewahlgesetzes erneut Gemeinderatswahlen mit nachfolgendem Ergebnis durchgeführt: SPD 13 Sitze, CDU 6 Sitze, KPD 4 Sitze, FDP 3 Sitze. Zum Bürgermeister wurde erneut Johannes Faltinski mit den Stimmen von SPD und

KPD gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien gewählt.

Über die Reorganisation der SPD in Walsum ist uns wenig bekannt. Ein wichtiges Ereignis der Walsumer Arbeiterbewegung ist jedoch belegt: Am 3. November 1945 fand in der Gaststätte Brücker die Gründungsversammlung der Einheitsgewerkschaft statt.

Die Gemeindeordnung von 1949 legte die Amtszeit des Bürgermeisters auf ein Jahr fest. 1950 wurde Bürgermeister Faltinski einstimmig wiedergewählt. Am 16. November 1951 gab es dann bei der Bürgermeisterwahl eine Überraschung: Mit 17 zu 16 Stimmen wurde Karl Lomp (Zentrum) zum Bürgermeister gewählt. Er amtierte allerdings nur ein Jahr, denn bei der Kommunalwahl am 9. November 1952 konnte die SPD ihre Position verbessern und erzielte 15 von 30 Sitzen im Gemeinderat. Auf die anderen Parteien entfielen:

CDU 6, Zentrum 5, FDP 2, KPD 2. Zum Bürgermeister wurde wiederum Johannes Faltinski gewählt. Er amtierte bis 1956.

Bei der Kommunalwahl 1956 konnte die SPD mit 59,7 % (19 Sitze) erstmals eine absolute Mehrheit in Walsum erzielen. Auf die CDU entfielen 32,8 % (10 Sitze), die FDP erreichte 5,2 % (1 Sitz). Zum Bürgermeister wurde Gustav Stapp (SPD) gewählt. Am 1. Juli 1958 waren Walsum vom nordrhein-

westfälischen Landtag die Stadtrechte verliehen worden, so daß Gustav Stapp auch erster Bürgermeister der neuen Stadt Walsum wurde.

Bei der Kommunalwahl 1961 hatte es für die SPD leichte Stimmeneinbußen gegeben, die aber auf die Sitzverteilung im Stadtrat keinen negativen Einfluß hatten, weil die FDP an der Fünf - Prozent - Hürde gescheitert war. Das Ergebnis: SPD 57,1 % (21 Sitze), CDU 40,3 % (15 Sitze), FDP 1,8%. Zum Bürgermeister wurde wiederum Gustav Stapp gewählt. Aufgrund interner Auseinandersetzungen innerhalb der SPD-Fraktion, in deren Folge 3 Mitglieder aus der Fraktion austraten, wurde Gustav Stapp am 27. März 1963 von Herwarth Dietrich (SPD) als Bürgermeister abgelöst. Die Sitzverteilung im Stadtrat ergab nun folgendes Bild: SPD 18 Sitze, CDU 15 Sitze, Parteilose 3 Sitze.

Die Turbulenzen innerhalb der SPD-Fraktion führten bei der Kommunalwahl im September 1964 erneut zu Verlusten der SPD, wenngleich die absolute Mehrheit verteidigt werden konnte. Es erzielten: SPD 54,1 % (21 Sitze), CDU 34,4 % (14 Sitze), FDP 5,5 % (2 Sitze).

Die abtrünnigen Sozialdemokraten waren als Demokratische Wählergemeinschaften angetreten und hatten immerhin 4,1 % der Stimmen erzielt. Zum Bürgermeister wurde Georg Matthae (SPD) gewählt. Nach dessen Ausscheiden aus dem Rat wurde 1967 Ernst Lapp (SPD) Bürgermeister.

Im November 1969, als der Rat der Stadt Walsum zum letzten Mal gewählt wurde, konnten die Sozialdemokraten einen großen Erfolg verbuchen und erzielten 61,3 % der Stimmen und 27 Sitze im Stadtrat. Die CDU erreichte 33,3 % und 14 Sitze, die FDP scheiterte mit 4,1 % der Stimmen an der Fünf - Prozent - Klausel. Zum Bürgermeister wurde wiederum Ernst Lapp gewählt, dessen Nachfolger 1973 Paul Degen (SPD) wurde. Ähnlich erfolgreich wie bei den Kommunalwahlen, waren die Walsumer Sozialdemokraten auch bei



Paul Degen

Die Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen in Walsum 1950 - 1972

Landtagswahl 1950:

SPD 41,6 %, CDU 18,9 %, FDP 5,4 %, KPD 10,1 %, Zentrum 21,5 %

Bundestagswahl 1953:

SPD 45,9 %, CDU 33,3 %, FDP 4,5 %, KPD 5,1 %, Zentrum 8,9 %

Landtagswahl 1954:

SPD 46,7 %, CDU 29,1 %, FDP 4,9 %, KPD 6,9 %, Zentrum 5,5 %

Bundestagswahl 1957:

SPD 48,9 %, CDU 44,7 %, FDP 3,0 %

Landtagswahl 1958:

SPD 55,7 %, CDU 38,2 %, FDP 3,7 %

Bundestagswahl 1961:

SPD 54,9 %, CDU 38,6 %, FDP 4,3 %

Landtagswahl 1962:

SPD 58,9 %, CDU 35,9 %, FDP 2,4 %

Bundestagswahl 1965:

SPD 57,9 %, CDU 37,5 %, FDP 2,5 %

Landtagswahl 1966:

SPD 67,7 %, CDU 28,5 %, FDP 3,8 %

Bundestagswahl 1969:

SPD 62,2 %, CDU 31,5 %, FDP 2,9 %

Landtagswahl 1970:

SPD 62,5 %, CDU 31,8 %, FDP 3,3 %

Bundestagswahl 1972:

SPD 68,8 %, CDU 25,4 %, FDP 5,1 %

Bundes- und Landtagswahlen, wo sie ihren Stimmenanteil kontinuierlich erhöhen konnten. Die Ergebnisse sind in der obenstehenden Tabelle abgedruckt.

Am 31. Dezember 1974 verlor Walsum seine Selbständigkeit und wurde der Stadt

Duisburg eingegliedert. Walsum hatte zu diesem Zeitpunkt 47.433 Einwohner. Der letzte amtierende Bürgermeister war Paul Degen. Mit 904 Mitgliedern war der Ortsverein Walsum bei seiner Eingliederung in den Unterbezirk Duisburg nach dem Ortsverein Rheinhausen der

zweitgrößte. Ortsvereinsvorsitzender war zu dieser Zeit Lutz Koch. Über die Organisationsgeschichte des Ortsvereins liegen uns keine Unterlagen vor, so daß die Darstellung der Entwicklung der Sozialdemokratie in Walsum unvollständig bleiben muß.

XVII. Kontinuität und Wandel - Die SPD in der neuen Stadt Duisburg

Die Kommunalwahlen am 4. Mai 1975 fanden gemeinsam mit den Wahlen zum Landtag von Nordrhein-Westfalen statt. Dieser Tatsache und dem großen Interesse der Bevölkerung an der zukünftigen Entwicklung der vier Monate zuvor neu geordneten Stadt Duisburg ist vermutlich die für eine Kommunalwahl ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von 83,8 Prozent zu verdanken. Von den insgesamt 425.511 wahlberechtigten Bürgern gaben 354.082 ihre Stimme ab. Auf die SPD entfielen 59,9 Prozent (+ 4,8 %) der Stimmen. Das entsprach 51 von 83 Mandaten im Rat der Stadt. Die CDU erhielt 33,3 Prozent (- 4,6 %, 28 Mandate) und die FDP 5,8 Prozent (+ 0,5 %, 4 Mandate) der abgegebenen Stimmen.

Mit einem derartigen Wahlergebnis - dem besten, das sie bei Kommunalwahlen in Duisburg je erreichen konnte - hatte niemand in der SPD gerechnet. Im Gegenteil: Es hatte die Befürchtung gegeben, daß die Verbitterung in den ehemals selbständigen Gemeinden über den Zusammenschluß mit Duisburg so groß sein könnte, daß es zu Wahlenthaltungen oder Stimmabgaben gegen die SPD kommen würde. Dieses Wahlergebnis aber war eindeutig: Die Bevöl-



Josef Krings

kerung von Neu-Duisburg sah in der SPD die einzige Kraft, die eine möglichst reibungslose Integration der ehemals selbständigen Gemeinden unter weitgehender Wahrung ihrer eigenen Identität bewerkstelligen konnte. Dem entsprachen auch die Wahlergebnisse in den neu eingerichteten Bezirksvertretungen. In allen sieben Stadtbezirken verfügte die SPD über die absolute Mehrheit und stellte den Bezirksvorsteher.

In seiner konstituierenden Sitzung am 12. Mai 1975 wählte der Rat der Stadt als Nachfolger von Arnold Masselter, der nicht mehr kandidiert hatte, den Sozialdemokraten Josef Krings zum ersten Oberbürgermeister der neuen Stadt Duisburg. Zu Bürgermeistern wurden Friedel Genender (SPD) und Helmut Wiczorek (SPD) gewählt. Damit verwehrt die SPD-Fraktion, wie schon 1961 einmal, der CDU die Wahl eines Christdemokraten zum Bürgermeister, nachdem diese im Wahlkampf einzelne Sozialdemokraten persönlich stark verunglimpft hatte.

Josef Krings (geboren 1926), gebürtiger Düsseldorfer, absolvierte nach dem Besuch der Volksschule und der Realschule die Lehrerbildungsanstalt in Koblenz. Nach Kriegsteilnahme und Gefangenschaft arbeitete er zunächst als Bauhilfsarbeiter, bevor er die pädagogische Akademie in Essen besuchte. 1950, mittlerweile Volksschullehrer, trat er in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ein. Im Jahr darauf zog er nach Duisburg, wo er dann 1957 der SPD beitrat und bereits ein Jahr später vom Ortsverein Duisern zum Vorsitzenden gewählt wurde. 1962 rückte er über die Reserveliste erstmals in den Rat der Stadt ein, dem er ununterbrochen bis heute angehört. Von 1966 bis 1970 war er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Am 1. Dezember 1969 wurde er einstimmig vom Rat der Stadt zum Bürgermeister gewählt und am 12. Mai 1975 wurde er Oberbürgermeister der neuen Stadt Duisburg. In

dieses Amt wurde er 1979 und 1984 wiedergewählt, und bei der Kommunalwahl 1989 wird er erneut Spitzenkandidat der Duisburger SPD sein.

Mit Josef Krings wählte der Rat der Stadt am 12. Mai 1975 einen Mann zum Oberbürgermeister, dessen Integrationskraft es ganz wesentlich zu verdanken ist, daß die neue Stadt Duisburg von Sezessionsbestrebungen weitgehend verschont blieb und recht schnell zu einer Einheit zusammenwuchs. Sensibilität gegenüber den hinzugekommenen Gemeinden und die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit ziehen sich wie ein roter Faden durch seine Antrittsrede als Oberbürgermeister vor dem Rat der Stadt:

„Heute, am 12. Mai 1975, beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Stadt Duisburg. Die erste Ratsvertretung der neuen Stadt konstituiert sich. Wir gelobten soeben, die Pflichten zum Wohle der Bürger zu erfüllen.

Diese neue Stadt mit ihren veränderten Grenzen, mit einer Einwohnerzahl von 600.000 Bürgern, ist durch eine Entscheidung des Landtages von Nordrhein-Westfalen entstanden. Das war ein schmerzhafter Prozeß für die Gemeinden, die seit dem 1. Januar zu Duisburg gehören: Walsum, Baerl, Homberg, Rumeln-Kaldenhausen, Rheinhausen.

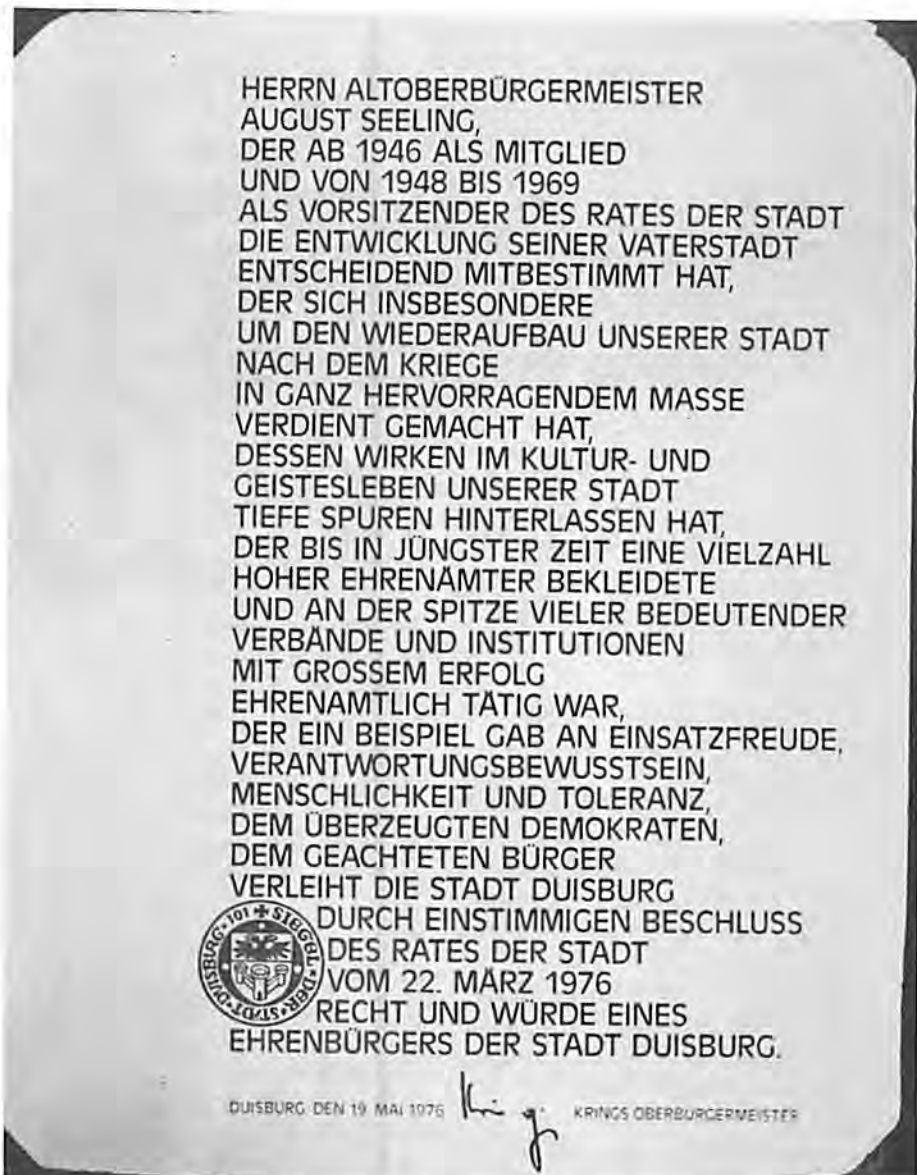
Die sachliche Notwendigkeit der Gebietsreform bleibt sicher in diesen ehemaligen selbständigen Gemeinden noch lange umstritten. Der Verlust von kommunaler Selbständigkeit ist auch Verlust an Selbstidentifikation. Identifikation ist aber auch ein Grundsatzproblem von Großgemeinden, besonders dann, wenn sie durch die Industrialisierung schnell wuchsen. Der Rat der alten Stadt Duisburg hat sich darum in der Vergangenheit einmütig zum Städteverbandsmodell bekannt, weil damit einerseits relative Selbständigkeit und Selbstidentifikation erhalten blieb. Zum anderen blieb Raum für eine zukunftsgerichtete großräumige regionale Planung.

Das ist Vergangenheit. Heute müssen wir von der Situation des Jahres 1975 ausgehen. Und die sieht so aus, daß demokratisch gewählte Ratsmitglieder aus allen Teilen der neuen Stadt durch die Annahme des Mandats ihren Willen bekundeten, für diese Stadt zu arbeiten, zum Wohle der gesamten Stadt. Wir Vertreter aus der alten Stadt Duisburg haben Grund, uns bei den Ratsmitgliedern aus den ehemaligen Nachbargemeinden für die Bereitschaft zur Kooperation zu bedanken. Integration wird die wesentliche Aufgabe in der neuen Stadt sein.

Diese neue Stadt ist in Bezirke gegliedert. Durch Gesetz. Alle im Rat vertretenen Parteien bejahen die bezirkliche Gliederung. Sie können den Prozeß der Identifikation fördern und ein Stück Stadtgeschichte erhalten. Bezirke bieten auch die Möglichkeit, einen Stadtorganismus, wie es eine Großstadt wie Duisburg ist, zu strukturieren. Die von allen Parteien geforderte Bürgernähe, sie läßt sich in den Bezirken am besten verwirklichen....

Es kommt in Zukunft darauf an, sorgfältig das Interesse der Bezirke und das Interesse der Gesamtstadt auszubalancieren. Die kommunale Gebietsreform schuf dieser Stadt einen neuen Rahmen. Das verpflichtet uns, auch in neuen Dimensionen zu denken. Dimensionen, die dieser neuen Großstadt angemessen sind. Die Stadt in Kleinstädte aufzulösen bedeutet, daß wir die historische Chance verspielen, die führende Großstadt am Niederrhein zu werden. In unserem Wirtschaftspotential sind wir es schon, auch in unserem kulturellen -, Sport- und Bildungsangebot....

Zur heutigen ersten Sitzung des neuen Rates wurden die ehemaligen Ratsvertreter Duisburgs und die ehemaligen Ratsmitglieder der hinzugekommenen Gemeinden eingeladen. Ich danke Ihnen sehr, daß Sie zu dieser Sitzung gekommen sind. Wehmut, vielleicht Bitterkeit, wäre eine verständliche Reaktion in dieser Stunde. Verstehen Sie bitte diese Einladung als einen Dank für die Arbeit zum Wohle der Bürger in Ihren alten Gemeinden. Verstehen Sie den Dank auch als einen Versuch, geschichtliche Kontinuität zu bewahren und als ein



Verleihungsurkunde der Ehrenbürgerrechte an August Seeling

Bemühen, Ihre Erfahrung auch in Zukunft zu nutzen....

Ich möchte in dieser Stunde versuchen, das Übereinstimmende zu formulieren, und dazu gehört der Wille aller im Rat vertretenen Parteien, das Gespräch mit den Bürgern fortzusetzen, verstärkt fortzusetzen. An diesem Gespräch möchte ich mich beteiligen. Darum werde ich fortan öffentliche Sprechstunden für alle Bürger einrichten. Eine einzige Aufgabe des neuen Rates will ich konkret ansprechen. Ich meine die Integration der Randgruppen als eine wesentliche Aufgabe des neuen Rates. Sich der alten Mitbürger, der Behinderten, der ausländischen Arbeiter anzunehmen, darum möchte ich den Rat besonders bitten. Das erfordert soziales Engagement und unauffällige stille Kleinarbeit... Für unsere neue Stadt den alten Gruß

der Bergleute und Schiffer: 'Glückauf' und 'in Gottes Namen'."

Zur Kommunalwahl hatte die Duisburger SPD auf einem Unterbezirksparteitag am 18. Dezember 1974 für die neue Stadt Duisburg einstimmig eine Wahlplattform verabschiedet: Den Duisburg-Plan 1975 bis 1980. Mit diesem Wahlprogramm versuchte die SPD erstmals, gemeinsame Ziele für die Entwicklung aller zu Neu - Duisburg zusammengeschlossenen Gemeinden zu formulieren:

"Die Gebietsreform hat neue Grenzen für Duisburg gesetzt. Die neue Stadt soll keine Addition von Städten und Stadtteilen bleiben, das neue Duisburg braucht die Zusammenarbeit aller Bürger. Die SPD hat für die Zusammenarbeit Zielvorstellungen entwickelt: Den Plan für

Der Duisburg Plan

1980

Die Gebietsreform hat neue Grenzen für Duisburg gesetzt. Die neue Stadt soll keine Addition von Städten und Stadtteilen bleiben, das neue Duisburg braucht die Zusammenarbeit aller Bürger. Die SPD hat für diese Zusammenarbeit Zielvorstellungen entwickelt:

Den Plan für Duisburg 1980.

Die SPD will eine moderne Stadt.
Die SPD will eine soziale Umwelt.
Die SPD will dem neuen Duisburg ein humanes Gesicht geben.

Ziele des Duisburg Planes sind

- mehr Lebensqualität durch verbesserte Wohn- und Freizeitangebote,
- verstärkte Hilfe für benachteiligte Bereiche und Gruppen,
- mehr Beteiligung des Bürgers an kommunalpolitischen Entscheidungen.

Der Duisburg Plan will den Bürger über Schwerpunkte und Zielvorstellungen sozialdemokratischer Arbeit informieren. Er ist das für unsere Stadt

entwickelte Aktionsprogramm der SPD für die Jahre 1975 bis 1980.

Die neue Stadt

Sozialdemokratische Kommunalpolitik in dieser Stadt ist ausgerichtet auf das Ziel, mehr bürgerschaftliche Selbstverwaltung zu verwirklichen. Zentrale Planung der Stadtentwicklungsziele und dezentrale Durchführung der kommunalpolitischen Entscheidungen auf bezirklicher Ebene geben dem Bürger die Chance, in seinem unmittelbaren

Bereich mitzuwirken und mitzugestalten. Dazu gehört die frühzeitige Einschaltung des Bürgers in den Planungsprozeß.

Der Landtag schuf eine Bezirksverfassung, die dieser Zielsetzung gerecht wird. Die einzelnen Stadtbezirke erhalten eigene politische Bezirksvertretungen, deren Mitglieder in diesem Stadtbezirk wohnen müssen. Die Bezirksausschüsse entscheiden im Rahmen eines durch Gesetz und Ratsbeschlüsse festgelegten Aufgabekatalogs.

Für die Gesamtstadt werden die Ziele festgelegt im

- Stadtentwicklungsplan
- Schulentwicklungsplan
- Flächennutzungsplan
- Bebauungsplänen

Breite Information, öffentliche Anhörung und ein Einspruchsrecht des Bürgers sichern bürgernahe Entscheidungen. Zur Information des Bürgers gehört auch die Öffentlichkeit der Sitzungen von Rat, Fachausschüssen und Bezirksausschüssen.

Die Lebensqualität einer Stadt ist auch geprägt von der Lebendigkeit ihrer Stadtteile. In seinem Stadtteil deckt der Bürger seinen täglichen Bedarf, hier erwartet er ortsnahe Dienstleistungen, hier wird die Nachbarschaft und ein großer Teil des Vereinslebens gepflegt.

Den größeren Rahmen setzen die neuen Stadtbezirke. Hier findet der Bürger beim Einkauf ein umfassendes Angebot, hier sind Sport- und Naherholungsanlagen. Hier soll das gesamte Schulsystem von der Hauptschule bis zur Gymnasial- und berufsbildenden Stufe angesiedelt sein. Schließlich bietet hier die Stadt alle publikumsintensiven Dienststellen an.

Die City muß lebendiger Mittelpunkt für mehr als 600.000 Einwohner und die Bürger des Umlandes sein. Hier ist auch der Standort für kulturelle und wirtschaftliche Zentralfunktionen. Die City soll weitgehend den Fußgängern vorbehalten bleiben und von S- und Stadtbahn erschlossen sein. So wird sie für den Bürger attraktiver.

SPD
Duisburg



Duisburg 1980.... Sozialdemokratische Kommunalpolitik in dieser Stadt ist ausgerichtet auf das Ziel, mehr bürger-schaftliche Selbstverwaltung zu verwirk-lichen. Zentrale Planung der Stadtent-wicklungsziele und dezentrale Durch-führung der kommunalpolitischen Ent-scheidungen auf bezirklicher Ebene geben dem Bürger die Chance, in seinem unmittelbaren Bereich mitzuwirken und mitzugestalten... Breite Information, öffentliche Anhörung und ein Einspruchs-recht des Bürgers sichern bürger-nahe Entscheidungen. Zur Informierung des Bürgers gehört auch die Öffentlichkeit der Sitzungen von Rat, Fachausschüs-sen und Bezirksvertretungen.

Die Lebensqualität einer Stadt ist auch geprägt von der Lebendigkeit ihrer Stadt-teile. In seinem Stadtteil deckt der Bür-ger seinen täglichen Bedarf, hier erwar-tet er ortsnahe Dienstleistungen, hier wird die Nachbarschaft und ein großer Teil des Vereinslebens gepflegt. Den größeren Rahmen setzen die neuen Stadt-bezirke. Hier findet der Bürger beim Einkauf ein umfassendes Angebot, hier sind Sport- und Naherholungsanlagen. Hier soll das gesamte Schulsystem von der Hauptschule bis zur Gymnasial- und Berufsbildenden Stufe angesiedelt sein. Schließlich bietet hier die Stadt alle publikumsintensiven Dienststellen an... Jeder der sieben Bezirke wird eine eige-ne Stelle der Stadtverwaltung haben: Das Bezirksamt. Das bedeutet, daß die Verwaltung zum Bürger kommt."

Darüberhinaus enthielt der Duisburg-Plan für jeden Stadtbezirk einen detail-lierten Maßnahmenkatalog für alle aus Sicht der SPD im Verlauf der Legisla-turperiode zu verwirklichenden Zielvor-stellungen.

Aus dem sehr guten Wahlergebnis der Kommunalwahl leitete die SPD den Auftrag der Wähler zur Verwirklichung des Duisburg-Planes ab. Die Umsetzung der Planziele in die Wirklichkeit gestal-tete sich aber schwieriger, als bei der Formulierung des Duisburg-Planes zu erwarten gewesen war. Die gegen Ende der 70er Jahre eintretende Rezession traf die Stadt Duisburg mit ihrer wirt-schaftlichen Monostruktur besonders hart und entzog der gesamten Finanzplanung die Grundlage. Über die Anstrengun-gen, die die SPD unternommen hat, ihre

Planziele dennoch zu verwirklichen, gab der Vorsitzende der Ratsfraktion, Ernst Ermert, auf dem Unterbezirksparteitag am 31. März 1979 einen zusammenfas-senden Bericht:

"Noch nie hat es in der Geschichte der SPD der Stadt Duisburg eine so schwie-rige Legislaturperiode gegeben wie die hinter uns liegende. Denken wir zurück an das Jahr 1975. Beginn der kommuna-len Neuordnung. Mehr als ein Drittel der Mitglieder der SPD-Fraktion kam aus bisher selbständigen Gemeinden, die mit aller Energie gegen eine Eingemeindung nach Duisburg gekämpft haben. Wer hätte damals nicht befürcht-et, daß diese SPD-Fraktion in verschie-dene Gruppen auseinanderfällt und daß es nur schwer sein würde, sie zu gemein-samem politischen Handeln zu bringen. Das Gegenteil war der Fall. Das Band gemeinsamer sozialdemokratischer Vorstellungen von Politik, die Solidari-tät in unserer Partei, macht nun einmal vor Gemeindegrenzen nicht halt..."

Wenn ich von der schwierigsten Legis-laturperiode, die wir hatten, spreche, dann denke ich insbesondere an unsere Finanzsituation... Ich meine die grund-sätzlichen Finanzprobleme, wie sie alle Großstädte haben, die aber bei uns vertieft durch die wirtschaftliche Rezession in der Stahlindustrie auftraten. Die kom-munale Neuordnung hat durch das Zu-sammenschreiben von Haushalten, die noch vor der Neuordnung in den ein-zelnen selbständigen Städten konzipiert wurden, der Stadt Duisburg ein Kredit-volumen beschert, das einmalig hoch war. 272 Mio DM zu den damals sehr hohen Zinsen mußten auf dem Kapital-markt aufgenommen werden, um die vielen Investitionen der einzelnen Städt-e, die sie vor der Aufgabe ihrer Selb-ständigkeit und vor der Wahl beschlos-sen hatten, zu verwirklichen. Ein sol-cher Haushalt mußte Folgewirkungen haben und zur Sparsamkeit für die Zu-kunft Anlaß geben. Die sozialdemokra-tische Fraktion und der Rat haben dar-aufhin auch Untersuchungen angestellt, wie man zu Einsparungen kommen könne..."

Dann kam Mitte des Jahres (1977, d. V.) die Hiobsbotschaft, daß die hiesige Wirtschaft auf Grund der Rezession in

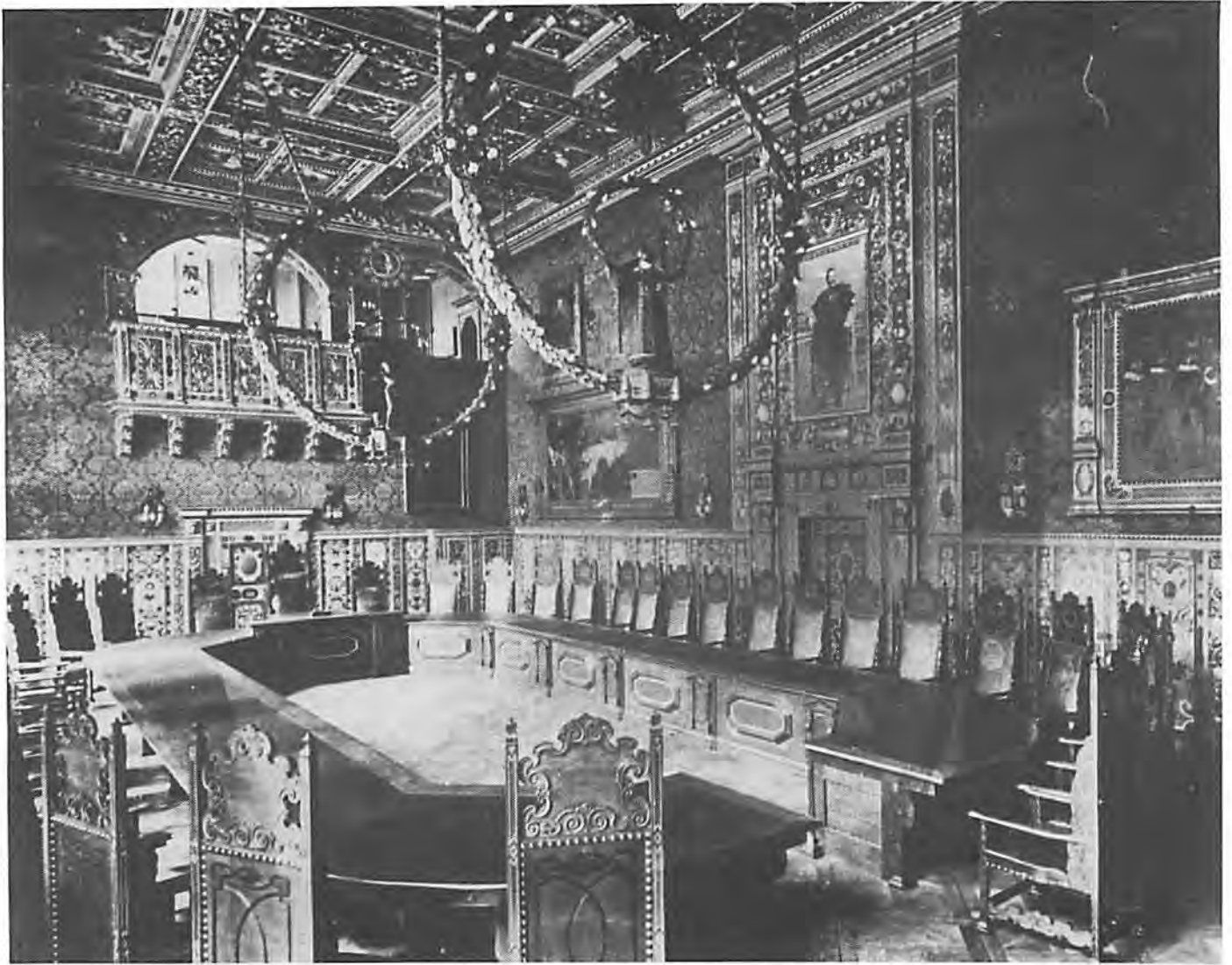
der Stahlindustrie ihre Steuervoraus-zahlungen um ca. 84 Mio DM, was unter Abzug der Umlage ein Netto von 50 Mio DM ausmacht, zurücknimmt. Einfurcht-bares Bild von zerrütteten Finanzen, Mißwirtschaft und totaler Pleite der Stadt Duisburg wurde weltweit verbreitet. Wie dieses Bild aussah, will ich noch einmal kurz skizzieren:

Mitte 1977 wurde den Mitgliedern des Rates ein Haushaltsplanentwurf für das Jahr 1978 zugeschickt. Dieser schloß mit einem Fehlbetrag von 28 Mio DM ab. Hinzu kam der Fehlbetrag aus dem Jahre 1977, der nicht, wie der beschlos-sene Plan es vorsah, mit 40,7 Mio DM Defizit, sondern mit 70,2 Mio abschloß, sodann auch noch die 50 Mio DM ver-minderte Steuereinnahmen sowie 50 Mio DM Mehrausgaben, die die Verwaltung noch aufgrund ihres Grobrasters glaub-te feststellen zu müssen. Circa 200 Mio DM ungedeckter Ausgaben war also die Ausgangslage für das Jahr 1978 nach Meinung des Kämmers und der Ver-waltung, aus der Sicht des Regierungs-präsidenten noch einige zig Millionen mehr....

Wir haben nicht nur die Finanzkrise gemeistert, wir haben auch mit den sachkundigen Argumenten die Entwick-lung der Finanzsituation richtig voraus-gesagt. Aber, was noch wichtiger ist, wir haben trotz dieser Probleme, mit denen wir zu kämpfen hatten, unsere Spitzen-stellung in kommunalen Leistungen gegenüber anderen Städten behaupten können. Wir können nach wie vor stolz darauf sein, daß wir auf allen Gebieten, insbesondere im Sozialbereich, Leistungen erbringen, die sich mit allen ande-ren Städten sehen lassen können...

Worauf wir auch stolz sind ist die Tatsa-che, daß wir trotz unserer erheblichen Finanzprobleme keinen Bediensteten der Stadt entlassen mußten. Sie alle haben Arbeitsplatzgarantie. Wir hoffen, daß wir in Kürze auch wieder an die Einstel-lung von wünschenswerten zusätzlichen Kräften denken können. Das ist insbe-sondere angesichts unserer arbeitsmarkt-politischen Probleme in unserer Stadt von Bedeutung."

Bereits sechs Monate später, bei der Kommunalwahl im September 1979,



Der Ratssaal zur Zeit der Weimarer Republik

mußte sich zeigen, ob die Haushaltskrise der Stadt Duisburg zu einer entscheidenden Schwächung der seit nunmehr 23 Jahren mit einer absoluten Mehrheit im Rat der Stadt ausgestatteten Sozialdemokraten führen würde. Die Kommunalwahl am 30. September 1979 brachte bei einer Wahlbeteiligung von nur 61,1 Prozent (- 22,7 %) folgendes Ergebnis: Für die SPD stimmten 57 Prozent (- 2,9 %, 48 Mandate), auf die CDU entfielen 36,3 Prozent (+ 3 %, 31 Mandate), die FDP erhielt 5,3 Prozent (- 0,5 %, 4 Mandate). Die SPD mußte zwar einen Verlust von 3 Mandaten hinnehmen, hatte aber gleichwohl ihre absolute Mehrheit verteidigen können.

In der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt am 16. Oktober 1979 wurde Josef Krings wiederum zum Oberbürgermeister gewählt. Wegen der zunehmenden Repräsentationsverpflichtungen in der neu geordneten Stadt Duisburg

hatten sich SPD und CDU darauf geeinigt, zukünftig die Anzahl der Bürgermeister auf drei zu erhöhen. In diese Ämter wurden vom Rat gewählt: Friedel Genender (SPD), Irmgard Karwatzki (CDU) und Helmut Wieczorek (SPD). Nachdem Helmut Wieczorek am 5. Oktober 1980 in den Bundestag gewählt worden war, trat er vom Amt des Bürgermeisters zurück und legte sein Ratsmandat nieder. Als seinen Nachfolger wählte der Rat der Stadt am 24. November 1980 Reinhard Bulitz (SPD) zum Bürgermeister.

Nach seiner einstimmigen Wiederwahl zum Oberbürgermeister zeichnete Josef Krings in seiner Einführungsrede vor dem Rat der Stadt ein programmatisches Bild der neuen Stadt Duisburg:

„Wir haben auch dadurch einen guten Anfang gemacht, daß wir wieder in den alten Ratssaal zurückkehrten. Der Rats-

sitzungssaal wurde zur Jahrhundertwende, 1902, nicht für 83 Ratsmitglieder eingerichtet. Damals gab es 30 Stadtverordnete. Trotzdem blieb der Wunsch bei allen, die ihre kommunale Arbeit hier begannen, lebendig, in den alten historischen Sitzungssaal zurückzukehren, auch wenn der Raum beengt bleibt. Unter extrem beengten Verhältnissen nehmen vor allem unsere Zuhörer auf den Tribünen an unserer Sitzung teil. Dafür bitte ich um Entschuldigung. Aber jeder wird mir zustimmen, wenn ich feststelle, der Rat gehört ins Rathaus. Rat und Rathaus gehören zusammen. Diese historische Kontinuität ist wieder hergestellt...

Die Rückkehr ins Rathaus muß uns verpflichten, daß sich Wandel... mit Sinn für geschichtliche Zusammenhänge vollzieht. Funktionalität darf nicht der einzige Gesichtspunkt sein, um z.B. die Innenstadt für die Bürger zu gestalten.

Der Burgplatz ist ein historischer Standort für die Gründung unserer Stadt. Von hier aus müssen die Impulse ausgehen, damit das Herz unserer Stadt bald wieder stärker schlägt... Die alten Bauwerke unserer Stadtgeschichte, das Rathaus, die Salvatorkirche, die Stadtmauern und auch der Hafen, sind wesentliche Bestandteile der neuen Stadt. Sie geben dem Bürger die Möglichkeit zur Identifikation. Und dies muß unser wichtigstes Ziel bleiben, daß der Bürger sagt, das ist meine Heimatstadt.

Damit rede ich keinem Historizismus das Wort. Aus der mittelalterlichen Hansesstadt ist eine Stadt mit einem Hafen von Weltgeltung geworden, und Hafenstädte sind offen. Die Produkte unserer großen Firmen und vieler mittelständischer Unternehmen sind für den Export bestimmt. Auch das kennzeichnet die Weltöffentlichkeit. Offenheit im Denken muß darum unsere Arbeit bestimmen. Um Offenheit und Toleranz möchte ich den Rat bitten. Dabei denke ich beispielsweise an eine offene Jugend- und Kulturpolitik, an eine offene Auswanderer-setzung mit Bürgern. Zur Toleranz ge-

hört auch eine von sozialer Verantwortung geprägte Politik gegenüber den ausländischen Mitbürgern...

Meine Damen und Herren, auch dies gehört zu unserem guten Anfang: Die Kreishandwerkerschaft schenkt der Stadt gleich ein neues 'Goldenes Buch'. Sie will damit die Verbundenheit des Handwerks mit unserer Stadt unterstreichen. Sie will aber auch für andere Gruppen die Stadt für unsere Bürger da ist, die Bürger aber auch für unsere Stadt. Das ist eine gute Geste von bürgerschaftlichem Selbstverständnis. Wir sollten uns alle dazu wieder bekennen."

Die zweite Legislaturperiode nach der kommunalen Neugliederung war geprägt von finanziellen Problemen. Kaum zu einer neuen Stadt zusammenge wachsen, hatte Duisburg mit erheblichen finanziellen Engpässen zu kämpfen. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt war von Anfang an um einen regionalen Ausgleich zwischen den verschiedenen Stadtbezirken einerseits und um einen Interessenausgleich zwischen den ein-

ferntig werden.

... die Haushaltslage in Duisburg weist Schwierigkeiten auf, wie sie für alle Großstädte bezeichnend sind. Die finanzielle Lage des Duisburger Haushalts hat beispielhaft Großstadtprobleme deutlich gemacht... Der Rückgang der wirtschaftlichen Zuwachsraten, besonders die Rezession in der Stahlindustrie und dadurch verursachte erhebliche Steuerniedererlöse durch die zeitigen Ausgabenanstieg durch die wachsende Zahl von Sozialhilffempfängern, haben die Stadt in den letzten Jahren vor große finanzielle Probleme gestellt.

Die Sozialdemokraten in dieser Stadt haben bewiesen, daß sie auch mit außergewöhnlichen Haushaltsituationen fertig werden.

Engpässe vorgegeben wurde: mit dem Weg durch die finanziellen SPD, den Duisburg-Plan 1979 bis 1984, auf das kommunale Wahlprogramm der Stützen konnte sich die Fraktion dabei Schwierigkeiten kommen zu können. Bewältigung der wirtschaftlichen zellen sozialen Gruppen andererseits

hört auch eine von sozialer Verantwortung geprägte Politik gegenüber den ausländischen Mitbürgern...

Meine Damen und Herren, auch dies gehört zu unserem guten Anfang: Die Kreishandwerkerschaft schenkt der Stadt gleich ein neues 'Goldenes Buch'. Sie will damit die Verbundenheit des Handwerks mit unserer Stadt unterstreichen. Sie will aber auch für andere Gruppen die Stadt für unsere Bürger da ist, die Bürger aber auch für unsere Stadt. Das ist eine gute Geste von bürgerschaftlichem Selbstverständnis. Wir sollten uns alle dazu wieder bekennen."

Die zweite Legislaturperiode nach der kommunalen Neugliederung war geprägt von finanziellen Problemen. Kaum zu einer neuen Stadt zusammenge wachsen, hatte Duisburg mit erheblichen finanziellen Engpässen zu kämpfen. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt war von Anfang an um einen regionalen Ausgleich zwischen den verschiedenen Stadtbezirken einerseits und um einen Interessenausgleich zwischen den ein-

ferntig werden.

... die Haushaltslage in Duisburg weist Schwierigkeiten auf, wie sie für alle Großstädte bezeichnend sind. Die finanzielle Lage des Duisburger Haushalts hat beispielhaft Großstadtprobleme deutlich gemacht... Der Rückgang der wirtschaftlichen Zuwachsraten, besonders die Rezession in der Stahlindustrie und dadurch verursachte erhebliche Steuerniedererlöse durch die zeitigen Ausgabenanstieg durch die wachsende Zahl von Sozialhilffempfängern, haben die Stadt in den letzten Jahren vor große finanzielle Probleme gestellt.

Die Sozialdemokraten in dieser Stadt haben bewiesen, daß sie auch mit außergewöhnlichen Haushaltsituationen fertig werden.

Engpässe vorgegeben wurde: mit dem Weg durch die finanziellen SPD, den Duisburg-Plan 1979 bis 1984, auf das kommunale Wahlprogramm der Stützen konnte sich die Fraktion dabei Schwierigkeiten kommen zu können. Bewältigung der wirtschaftlichen zellen sozialen Gruppen andererseits

Ziele der SPD

Stadt mit sicheren Arbeitsplätzen

Die SPD wird sich auch künftig vorrangig dafür einsetzen, daß in Duisburg Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und neu geschaffen werden.

● **Stärkung des Arbeitsplatzangebots durch Erschließung neuer, verkehrsgünstiger und umweltgerechter Arbeitsplätze**

● **Gewerbliche Nutzung von verfallenen Industrie- und Gewerbeflächen**

● **Umgestaltung der Innenstadt**

● **Ausbau der Nebenzentren für eine wohngebietsnahe Versorgung, z. B. durch Fortsetzung des Besatzstrabes, Programms und Ergänzung von Geschäftszentren**

● **Intensive Zusammenarbeit und Kooperation mit Nachbargemeinden bei Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, damit eine Konkurrenzsituation und Subventionen gestoppt wird.**

Im Vordergrund sozialdemokratischer Strukturpolitik standen während der letzten Jahre Bemühungen, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern, um den Menschen die Existenzgrundlage zu erhalten. Zahlreiche neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Arbeitsbedingungen für Handel und Dienstleistung verbessert.

Seit 1976 wurden rd. 3.000 Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gesichert oder geschaffen, weitere Arbeitsplätze werden nach Fortsetzung des Franzosens West in Richtung des Rheinlandes hinzukommen.

Die Bauarbeiten an einem überdimensionalen Ausbauprojekt für Handwerker mit einem Investitionsvolumen von 12 Mio. DM für 1.800 Ausbildungsplätze pro Jahr haben in Neunmühl begonnen.

Auf Gewerbeflächen wurden in den letzten Jahren zahlreiche Umweltfreundliche Klein- und Mittelbetriebe angesiedelt, davon allein in Neunmühl fast 3.000 Arbeitsplätze.

Um Dienstleistungsstellen im Bereich von Handel, Versicherungen und Banken Anreize zu schaffen, sind in Duisburg Niederlassungs- und Arbeitsplätze anzulassen, wofür den Einzelbetriebe in der Stadt, fallen attraktiver gestellt, beispielsweise in Walsum, Marl, Neunmühl, Meiderich, Vahlthemen, Homberg und demnächst auch in Rheinhausen, Rummel-Kaldenhausen und am Hagenshof.

Die Stadt Duisburg leistet selbst einen beachtlichen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung.

Aus dem Duisburg-Plan 1979-1984

Der Burgplatz ist ein historischer Standort für die Gründung unserer Stadt. Von hier aus müssen die Impulse ausgehen, damit das Herz unserer Stadt bald wieder stärker schlägt... Die alten Bauwerke unserer Stadtgeschichte, das Rathaus, die Salvatorkirche, die Stadtmauern und auch der Hafen, sind wesentliche Bestandteile der neuen Stadt. Sie geben dem Bürger die Möglichkeit zur Identifikation. Und dies muß unser wichtigstes Ziel bleiben, daß der Bürger sagt, das ist meine Heimatstadt.

Damit rede ich keinem Historizismus das Wort. Aus der mittelalterlichen Hansesstadt ist eine Stadt mit einem Hafen von Weltgeltung geworden, und Hafenstädte sind offen. Die Produkte unserer großen Firmen und vieler mittelständischer Unternehmen sind für den Export bestimmt. Auch das kennzeichnet die Weltöffentlichkeit. Offenheit im Denken muß darum unsere Arbeit bestimmen. Um Offenheit und Toleranz möchte ich den Rat bitten. Dabei denke ich beispielsweise an eine offene Jugend- und Kulturpolitik, an eine offene Auswanderer-setzung mit Bürgern. Zur Toleranz ge-

- durch gezielte Sparmaßnahmen sind die Schwierigkeiten des Haushalts schon nach kurzer Zeit auf ein erträgliches Maß reduziert worden. Dieser Kurs wird fortgesetzt,

- für die Bürger ist es nicht zu nennenswerten Rückgängen bei den städtischen Dienstleistungen gekommen, und unser Angebot wird aufrechterhalten bleiben, - es werden trotz der Finanzprobleme beträchtliche Investitionen vorgenommen, die ein wertvoller Beitrag der Stadt zur Arbeitsplatzsicherung waren. Darüberhinaus werden Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt, um die Arbeitslosigkeit in unserer Stadt zu mildern."

Obwohl nicht immer mit den Bonner Entscheidungen einverstanden, traf der Verlust der Regierungsverantwortung im Bund im Herbst 1982 die kommunale SPD insofern hart, als von der neuen Bundesregierung mit Strukturhilfen für die unter der Krise der Stahlindustrie besonders leidenden Städte des Ruhrgebiets vorerst nicht zu rechnen war. Hinzu kam, daß die CDU, nach der für sie erfolgreich verlaufenen Bundestagswahl im März 1983, mit neuem Selbstvertrauen und dem Ziel der Eroberung der "roten Rathäuser" in den Kommunalwahlkampf zog. Außerdem traten zur Kommunalwahl 1985 in Duisburg erstmals die GRÜNEN an, die bereits bei der vorangegangenen Bundestagswahl in Duisburg bis knapp an die Fünf-Prozent-Grenze herangekommen waren. Damit war die Ausgangslage für die Sozialdemokraten bei der Kommunalwahl am 30. September 1984 nicht unbedingt günstig.

Der Wahlausgang wurde mit Spannung erwartet. Würde die FDP, die bei der vorangegangenen Bundestagswahl auf 3,6 Prozent herabgesunken war, wieder den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen? Würden die GRÜNEN in den Rat einziehen und wie würde sich das auf die SPD auswirken? Würde die CDU sich weiter steigern können und vielleicht erstmals bei Kommunalwahlen über 40 Prozent kommen? Würden gar wieder vier Parteien im Rat vertreten sein oder vielleicht nur zwei?

Obwohl diese Konstellation Spannung versprach und eine Reihe verschiedener

Ergebnisse denkbar schien, war die Wahlbeteiligung enttäuschend. Sie lag mit 56,9 Prozent so niedrig wie noch nie zuvor. Auf die Parteien entfielen: SPD 57,8 Prozent (+ 0,8 %, 50 Mandate), CDU 30,1 Prozent (- 6,2 %, 26 Mandate), GRÜNE 8,6 Prozent (7 Mandate), FDP 2,7 Prozent (- 2,6 %).

Damit hatte die SPD ihre absolute Mehrheit nicht nur verteidigen, sondern gegen nunmehr drei Konkurrenten noch ausbauen können. Die CDU erzielte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1952, und die FDP blieb zum zweiten Mal - wie schon 1964 - vor der Tür des Rathauses. Die GRÜNEN erreichten auf Anhieb ein überraschend gutes Ergebnis und waren zum ersten Mal im Rat der Stadt Duisburg vertreten.

Am 15. Oktober 1984 trat der Rat der Stadt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählte Josef Krings zum dritten Mal zum Oberbürgermeister. Zu Bürgermeister wurden gewählt: Reinhard Bulitz (SPD), Clemens Fuhrmann (CDU) und ebenfalls zum dritten Mal Friedel Genender (SPD). Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister wandte sich Josef Krings mit einer nachdenklichen Rede an den Rat der Stadt:

"Wer aufmerksam den Wahlkampf miterlebte, wird festgestellt haben, daß wir uns auf eine veränderte Situation einstellen müssen. Die kommunalen Defizite der Vergangenheit waren nicht das beherrschende Thema des Wahlkampfes... Was die Menschen bewegte, waren die Sorgen um den Arbeitsplatz, die Sorge um den sozialen Abbau, die Sorge um unsere Umwelt, die Sorge um den Frieden.

Bevor wir mit unserer kommunalen Alltagsarbeit beginnen, sollten wir uns dieser Sorgen erinnern und sie in der Wahlperiode nicht vergessen, weil wir uns die Sensibilität dafür bewahren müssen, was wichtig und was unwichtig ist. Diese Themen haben ihren hohen Stellenwert, aber sie ragen weit über die Kommunalpolitik hinaus. Sie führen uns auch die Grenzen unserer Arbeit vor Augen. Um es konkreter zu sagen: Die in Brüssel festgelegten Quoten für Eisen und Stahl wirken sich unmittelbar auf die Arbeitsplätze in Duisburg aus und bestimmen letztlich den Duisburger Haushalt....

Die hohe Zahl der Bürger, die nicht wählten, ist besorgniserregend. Ich sprach bereits von Grenzen, die uns gesteckt werden. Offensichtlich erwartet ein Teil der Bürger schnellere und tiefgreifendere Erfolge. Auch wir selbst haben ja Anteil an dieser Erwartungshaltung. Trotzdem ist es notwendig, festzustellen, daß Umstrukturierungen in unserer Industriegesellschaft einen langen Atem brauchen. Umstrukturierungen verstehe ich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch, sozial, kulturell, geistig. Das sage ich nicht resignierend, sondern hoffentlich realistisch. Ich möchte ausdrücklich davor warnen, in irrationale politische Lösungen zu fliehen. Das befreit uns nicht vom ständigen Gespräch mit dem Bürger, auch nach dem Wahlkampf, um hautnah seine Probleme zu kennen, um aber auch umgekehrt Verständnis für komplizierte Sachzusammenhänge zu erreichen."

Mit welchen Schwierigkeiten der neugewählte Rat der Stadt zu kämpfen und welchen Handlungsspielraum das Kommunalparlament dabei haben würde, beschrieben die Sozialdemokraten bereits vor der Wahl in ihrem Kommunalwahlprogramm, dem Duisburg-Plan 1984 bis 1989:

"Die Handlungsfreiheit der Gemeinden ist in der Vergangenheit immer stärker eingeeengt worden. Hierfür gibt es drei Hauptursachen:

1. Die Gemeinden sind in hohem Maße von der Situation der heimischen wie auch der allgemeinen Wirtschaft abhängig, mit allen sich hieraus ergebenden Finanz- und Arbeitsmarktproblemen.

2. Zunehmend wälzt die Bundesregierung bisher von ihr finanzierte Leistungen auf die Gemeinden ab; gleichzeitig kürzt der Bund die Steuereinnahmen der Gemeinden.

3. Bundes- und landesrechtliche Regelungen beschneiden die kommunale Selbstverwaltung. Aus eigener Kraft sind die meisten Gemeinden deshalb nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben wie bisher wahrzunehmen.

Duisburgs Wirtschaft wird bestimmt durch Eisen, Stahl und Kohle, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie und Petrochemie. Besonders die drei

Unsere Stadt Duisburg

von JOSEF KRINGS
Oberbürgermeister der Stadt Duisburg

Über 1100 Jahre ist Duisburg alt. Das Stadtjubiläum hat dazu beigetragen, geistige, soziale und wirtschaftliche Wurzeln Duisburgs freizulegen und in der Bürgerschaft Geschichtsbewußtsein zu wecken. Wir suchen wieder bewußt die Bindung zur alten Hansestadt, die ein Handelszentrum, eine Produktionsstätte und ein Umschlagplatz am Schnittpunkt von Rhein und Ruhr war. Die Stadtmauer, Markthallen, der Hafen, Fördertürme und Zeichensiedlungen, Bürgerhäuser der Gründerzeit, das Rathaus und die Kirchen sind Zeugen unserer Vergangenheit, die wir zu pflegen haben und die unserem Stadtbild Profil geben.

Städte sind in der Vergangenheit recht robust mit ihrer Geschichte umgegangen. Duisburg bekennt sich zu seiner Tradition und bezieht die früher selbstständigen Gemeinden in diese Leitlinie seiner „Stadtphilosophie“ ein.

Zu unserer Stadtgeschichte gehören die Königsplatz, Versammlungsstätte mittelalterlicher Kaiser und Könige, und Gerhard Mercator, der zur Zeit der Religionswirren Flandern verließ, in Duisburg eine zweite Heimat fand und als Kartograph seine Weltkarte entwarf. Die Bortschiffahrt gehört dazu und die Zechen und Hütten seit der Industrialisierung. Wir blicken zurück auf eine lebendige Arbeiterbewegung.

Gegen soziale Ungerechtigkeit und

politische Rechtlosigkeit gründete sich 1864 die erste sozialdemokratische „Gemeinde“. Friedrich Albert Lange gründete Selbsthilfeorganisationen und Genossenschaften und versuchte, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Sie kämpften damals für eine soziale Demokratie und diese Tradition muß lebendig bleiben. Durch die Naziherrschaft wurde diese Tradition unterbrochen. Der Nationalsozialismus zerbrach die Arbeiterbewegung. Er führte zur Zerstörung unserer Stadt.

Die Duisburger Bürger bauten in einer beeindruckenden Leistung nach dem 2. Weltkrieg ihre Stadt wieder auf.

Weltoffenheit und Toleranz prägen diese Stadt. Sie sind auch der Maßstab für die Zukunft Duisburgs. Hier in dieser Stadt stehen die modernsten europäischen Hütten- und Maschinenwerke, die ihre Produkte in die ganze Welt exportieren. Duisburg wird auch in Zukunft Stahlstandort Nr. 1 bleiben.

Damit alleine kann aber die Stadt nicht bestehen. Wir stehen vor einem gewaltigen Prozeß der Umstrukturierung. Es liegt zunächst an uns, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen, auf die Intelligenz und den Fleiß der heimischen Arbeitnehmerschaft. Wir brauchen aber auch die Unterstützung der heimischen Industrie, die sich der Verantwortung für diese Region bewußt sein muß. Wir brauchen die

Hilfen des Landes und des Bundes, und wir können sie selbstbewußt fordern, weil von hier aus der wirtschaftliche Aufschwung in der Nachkriegszeit eingeleitet wurde.

Kommunalpolitik kann sich heute nicht auf das Denken und Handeln innerhalb der eigenen Stadtgrenzen beschränken. „Kommunale Außenpolitik“ zu betreiben ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit für eine Stadt mit dem größten Binnenhafen der Welt und entspricht dem wirtschaftlichen Aktionsradius Duisburgs. Deshalb knüpfen wir auch kommunale Beziehungen zu unseren Handelspartnern in den Niederlanden und Belgien, zu den Partnerstädten in England, Frankreich, China und Togo. „Kommunale Außenpolitik“ bedeutet aber auch gute Beziehungen zu unseren Nachbarn, zu den befreundeten Städten und Gemeinden am Niederrhein in erster Linie, aber auch zu den benachbarten Städten an der Ruhr und am Rhein.

Das Gesicht Duisburgs hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Das Stadtjubiläum gab

dazu einen wichtigen Impuls. Heute darf sich Duisburg mit Berechtigung als Oberzentrum im Westen des Ruhrgebietes verstehen, mit immer engeren kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen zum Niederrhein. Dies ist auch eine Verpflichtung für die Zukunft.

Offenheit als leitendes Prinzip schließt Intoleranz aus. Diese Offenheit gilt es zu praktizieren gegenüber Minderheiten, auch gegenüber Ausländern. Denn Duisburg ist für viele Heimat geworden. Offenheit schließt menschliche Beziehungen, schließt Nachbarschaft ein. Nicht nur in unserer Stadtplanung wird Nachbarschaft mitbedacht. Bei der Gestaltung von Innenhöfen und verkehrsberuhigten Straßen. Auch durch die Angebote stadtteilbezogener Kultur- und Freizeitarbeit. Nachbarschaft kann aber nicht verordnet, sondern muß von den Bürgern, von uns, geleistet werden. Erst wenn sich Bürger wieder darauf besinnen, an einer Gemeinschaft teilzuhaben, in Freud und Leid, bekommt die Stadt eine menschliche Dimension, wird sie zur Heimat ihrer Bürger.

Vorwort zum Duisburg-Plan 1984-1989

erstgenannten Branchen befinden sich in einer schweren strukturellen Krise. Überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittliche Steuereinnahmen treffen unsere Stadt. Parallel dazu schiebt die Bundesregierung den Gemeinden die Folgelasten der Arbeitslosigkeit zu...

Inzwischen sind nahezu alle Möglichkeiten, den städtischen Haushalt leistungsfähig zu halten, ausgeschöpft. In Zukunft muß es darum gehen, die Versorgung aller Bevölkerungsschichten, besonders aber der sozial Schwachen, zu sichern. Alle Einrichtungen, städtischen Investitionen und Planungsabsichten müssen deshalb ständig auf ihren sozialen Nutzen hin überprüft werden. Ohne grundlegende Reform der Gemeindefinanzen und der kommunalen Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Gewährung von Hilfen zur Auflockerung der wirtschaftlichen Monostruktur und Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wird der städtische Haushalt in steigendem Maße Defizite aufweisen...

Bei der Duisburger Industrie ist kaum Bereitschaft zu erkennen, z.B. durch den Verkauf von ungenutzten Flächen für die Ansiedlung neuer Unternehmen, einen Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten. Hier sollte der von der Landesregierung geschaffene Bodenfonds Hilfestellung leisten...

Angehörige einkommensstärkerer, mobiler Bevölkerungsschichten wandern ab. Die einkommensschwächeren, wenig mobilen Bevölkerungsschichten in der Duisburger Bevölkerungs- und Sozialstruktur nehmen zu. Der Anteil der älteren Mitbürger und Ausländer wächst.

Das bedeutet: Bei sinkenden Einnahmen kommen auf die Stadt steigende Sozialausgaben zu. In Duisburg kündigt sich keine Wende, sondern eine Zuspitzung der allgemeinen und folglich der städtischen Situation an. Das kann jedoch kein Grund zur Resignation sein. Sozialdemokraten werden - soweit es in ihrer Macht steht - Probleme und Schwierigkeiten nicht tatenlos hinnehmen.

Duisburgs kommunale Infrastruktur muß auf ihre Möglichkeiten zur Ansiedlung neuer Betriebe und Arbeitsplätze überprüft werden. Es muß klargestellt werden, wie in Krisenzeiten eine soziale Bedarfsdeckung erfolgen kann.

Die verschiedensten beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen privater und öffentlicher Träger müssen zu einem zweiten Arbeitsmarkt koordiniert werden, der allerdings nur eine zeitlich begrenzte Auffangfunktion haben kann.

Die Umweltpolitik muß als strukturpolitisches Steuerungsinstrument eingesetzt werden. Bund und Land müssen ihrer Mitverantwortung für die großen Industriestädte gerecht werden. Hierzu gehören insbesondere umfassende Strukturhilfen und eine Gemeindefinanzreform, die den tatsächlichen Aufgaben und der besonderen Stellung der Gemeinden gerecht wird."

Die Strukturkrise der Stahlindustrie, im Duisburg-Plan der SPD als eine der



Eine von zahlreichen Demonstrationen im Rheinhauser Arbeitskampf

Hauptursachen der hohen Arbeitslosigkeit und der sinkenden finanziellen Leistungskraft der Stadt Duisburg benannt, erreichte im November 1987 mit der Ankündigung des Krupp-Konzerns, seine Produktionsstätten in Rheinhausen schließen zu wollen, dramatische Ausmaße.

Einem ganzen Stadtteil mit seinen 80.000 Einwohnern sollte die wirtschaftliche Existenz entzogen werden. Mit bemerkenswerter Kampfkraft und Geschlossenheit stemmte sich die gesamte Bevölkerung Rheinhausens dem drohenden wirtschaftlichen Kollaps entgegen und forderte den Erhalt des Hüttenwerkes oder die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Wie bedrohlich die Strukturkrise der Eisen- und Stahlindustrie für die Bevölkerung Duisburgs geworden war, faßte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Bärbel Zieling, in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10. Februar 1988 zusammen:

„Von 1975 bis 1985 sind in Duisburg 21.000 Arbeitsplätze in der eisenschaffenden Industrie verlorengegangen. Die Prognose des Amtes für Statistik und Stadtforschung geht bis 1990 vom Verlust weiterer 12.000 Arbeitsplätze aus. Bis zum Jahre 2000 soll sich die Zahl der Stahlarbeitsplätze - gemessen an 1985 - auf 23.000 halbieren, und dies bei einer Arbeitslosenquote von z.Zt. schon über 17%. Das sind 33.000 Duisburger Bürgerinnen und Bürger mit ihren Familien ...

Der Verlust von 33.000 Arbeitsplätzen innerhalb von 15 Jahren in der in dieser Stadt alles dominierenden Branche von Eisen und Stahl und damit verknüpft Arbeitsplatzverluste in den übrigen Wirtschaftszweigen in fast gleicher Größenordnung dokumentiert drastischer als alles andere die tiefgreifende Strukturkrise, in der unsere Stadt seit nunmehr 10 Jahren steckt. Diese Strukturkrise betrifft die gesamte Stadt! Rheinhausen ist hierfür ein Beispiel, wengleich ein besonders dramatisches.“

Aber nicht Resignation bestimmte die Haltung der SPD, sondern der Wille, sich aus eigener Kraft, aber auch mit Hilfe der für diese Entwicklung Verantwortlichen, eine tragfähige wirtschaftliche Basis zu schaffen, die der Stadt und ihren Einwohnern eine lebenswerte Zukunftsperspektive bietet. Welchen Weg die Duisburger Sozialdemokraten dabei einzuschlagen gedenken, ist den weiteren Ausführungen Bärbel Zielings zu entnehmen:

„Rheinhausen muß leben! Dieser Wahlspruch des Widerstandes blieb nicht ungehört. Er hat die Verantwortlichen in Politik und wohl auch in der Wirtschaft erreicht und Bewegung erzeugt! Diese Bewegung gilt es wach zu halten und in nutzbringende Bahnen zu lenken. Denn: Rheinhausen - mit seinen 80.000 Einwohnern eher einer Mittelstadt als einem Ortsteil vergleichbar - kann nur leben, wenn seinen Bürgern auch in Zukunft noch Arbeitsplätze am Ort zur Verfügung stehen. Deshalb halten wir unverbrüchlich an unserer Forderung

fest: Erhalt der Arbeitsplätze in Rheinhausen oder aber Schaffung neuer Arbeitsplätze für Rheinhausen! Und zwar Zug um Zug und ohne einbruchartige Eingriffe in die vorhandene Beschäftigungssituation....

Dabei sind zuallererst die Konzerne am Zug! Bei allem Rufen auch nach staatlichen Hilfen darf eins nicht vergessen werden: Die Verantwortung für die aktuelle Krise der Eisen- und Stahlindustrie in Duisburg und für deren Überwindung liegt nicht bei der Politik, sondern bei den Entscheidungsträgern der Wirtschaft. Dies ergibt sich zwingend aus dem Grundgesetzgebot der Sozialpflichtigkeit des Eigentums.

Die Verantwortung der Wirtschaft resultiert aber auch aus der Tatsache, daß die großen Mütter der Duisburger Stahlunternehmen nicht zuletzt dieser Stadt und ihren Bürgern ihre wirtschaftliche Stärke zu verdanken haben. Es ist bedauerlich genug, daß erst heftigster Protest diese Verpflichtung ins Bewußtsein der Konzernchefs rücken mußte. Dieser Protest darf und wird solange nicht nachlassen, bis handfeste Perspektiven und Zukunftsinitiativen auf dem Tisch liegen...

Duisburg wird - dessen kann man wohl sicher sein - auch in Zukunft der Stahlstandort Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland sein.

Aber: daneben zeichnet sich als Möglichkeit ab, Standort für die Entwicklung moderner Technologien zu werden; sei es im Bereich der Mikroelektronik, sei es im Bereich von Umwelt- und Entsorgungstechnologien. Unser Hafen eröffnet uns die Chance, mehr noch als bisher, zu einem Güterverkehrszentrum von internationaler Bedeutung zu werden.

All dies aber verlangt - zwar eher heute als morgen - flächenmäßige und infrastrukturelle Voraussetzungen ebenso wie eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für die Duisburger Arbeitnehmerschaft. Nur eine große gemeinschaftliche Kraftanstrengung von Unternehmen, Bund, Land und Stadt, wie wir sie uns aus der aktuellen Situation heraus erhoffen, kann der Stadt Duisburg so schnell eine aussichtsreiche Zukunft geben, daß sie nicht zwischenzeitlich von der Last ihrer Probleme erdrückt wird."

Heute, zu Beginn des Jahres 1989, zeichnet sich ab, daß nach der Montankonferenz in Bonn und dank der Hilfe des von der Landesregierung aufgelegten Strukturhilfeprogramms "Zukunftsinitiative Montanregion" die Umstrukturierung der Duisburger Wirtschaft beträchtliche Fortschritte macht und bis zum Jahre 2000 eine Auflösung der Monostruktur erwarten läßt.

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt vollzog sich im Laufe der Legislaturperiode ein Wechsel im Vorsitz der SPD-Ratsfraktion. Ernst Ermert, Fraktionsvorsitzender seit 1969, war am 11. April 1988 verstorben. Zu seiner Nachfolgerin wurde am 4. Mai 1988 Bärbel Zieling gewählt, die bereits während der schweren Krankheit Ermerts fast ein Jahr lang die Fraktion geführt hatte.

Bärbel Zieling (geb. 1949) wurde in Meiderich geboren, wo sie aufwuchs und die Volksschule besuchte. Nach dem Abitur am Käthe-Kollwitz-Gymnasium in Ruhrort studierte sie Sozialwissenschaften und Psychologie an der Universität Bochum. Als Berufsschullehrerin mittlerweile der GEW beigetreten, unterrichtet sie derzeit an der Berufsbildenden Schule Dinslaken angehende Erzieherinnen. 1972 trat sie in die SPD ein und wurde Mitglied im Ortsverein Neumühl, dem sie bis heute angehört. 1975 wurde sie in die Bezirksvertretung Hamborn gewählt und war dort stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion. Seit 1979 ist sie Mitglied des Rates der Stadt. Von 1981 bis 1988 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, der sie seit Mai 1988 vorsitzt. Dem Unterbezirksvorstand der SPD gehört sie seit 1975 an.

Dieser reibungslos erfolgte Wechsel im Vorsitz der Fraktion ist zu einem großen Teil das Verdienst des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Ernst Ermert, der es verstanden hat, diese große und nach der Kommunalen Neuordnung auch heterogene Fraktion zu einer schlagkräftigen und geschlossenen Einheit zu formen. Diesen inneren Zusammenhalt zu stärken, ist das erklärte Ziel Bärbel Zielings, die darin einen wesentlichen Garant des kommunalpolitischen Erfolges der Duisburger Sozialdemokraten sieht.



Bärbel Zieling

Auf drei kurz hintereinander abgehaltenen Parteitage hatte sich aus den Ortsvereinen Walsum, Rheinhausen, Rumeln-Kaldenhausen, Homberg und dem Unterbezirk Alt-Duisburg der neue Unterbezirk Duisburg konstituiert (10. November 1974).

Er bestand aus nunmehr 30 Ortsvereinen: Großenbaum/Rahm, Buchholz, Hüttenheim/Huckingen, Ungelsheim/Mündelheim/Serm, Wanheim/Angerhausen, Wedau, Bissingheim, Wanheimerort, Hochfeld-Süd, Hochfeld-Nord, Stadtmitte, Neudorf, Duisern, Neuenkamp, Kaßlerfeld, Ruhrort, Laar, Beeck, Beeckerwerth, Meiderich, Obermeiderich, Marxloh/Fahm, Alt-Hamborn/Obermarxloh, Neumühl/Schmidt-horst, Röttgersbach, Bruckhausen, Walsum, Rheinhausen, Rumeln-Kaldenhausen, Homberg.

Der neue Unterbezirk verabschiedete gemeinsam am 18. Dezember 1974 das neue Kommunalwahlprogramm, den Duisburg-Plan 1975 bis 1980, und am 25. Januar 1975 die Programme zur Entwicklung der sieben neuen Stadtbezirke. Damit hatte die SPD auf der programmatischen Ebene die regionale Neuorganisation der Stadt Duisburg nachvollzogen und innerhalb von nur drei Monaten die organisatorischen und politischen Voraussetzungen geschaffen, um geschlossen in die bevorstehenden Wahlkämpfe zu ziehen.



Bundestagswahl 1976. Erste Hochrechnungen sorgen im Wahlzentrum des Duisburger Rathauses für Spannung.

Brachten die am 4. Mai 1975 gemeinsam mit der Landtagswahl stattfindenden Kommunalwahlen der Duisburger SPD mit 59,9 % schon ein hervorragendes Ergebnis, schnitten die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl noch besser ab: 60,2 % (+ 2 %) der abgegebenen Stimmen entfielen auf die SPD, CDU und FDP blieben mit 33,1 % (- 1,8 %) und 5,6 % (+ 0,8 %) weit abgeschlagen zurück. Somit waren die aufgrund der Kommunalen Neuordnung von den bürgerlichen Parteien erhofften Stimmenverluste der SPD ausgeblieben.

Rückblickend konnte der Unterbezirksvorsitzende Hermann Spillecke auf dem Parteitag am 22. November 1975 in seinem Rechenschaftsbericht für den Vorstand voller Stolz feststellen:

„Der Unterbezirksvorstand hat ein Jahr amtiert. Auf dem Unterbezirksparteitag am 10. November 1974 konstituierte sich aufgrund der vom Landtag beschlossenen Kommunalen Neuordnung der Unterbezirk Duisburg in seinen neuen Grenzen. Zu den 26 Ortsvereinen im Bereich des alten Unterbezirks Duisburg kamen nun vier Ortsvereine hinzu. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von bisher 7.720 Mitgliedern durch die Eingliederung des Ortsvereins Rheinhäuser mit 1.592, des Ortsvereins Rumeln-Kaldenhausen mit 413, des Ortsvereins Homberg mit 726, des Orts-

vereins Walsum mit 904 Mitgliedern auf insgesamt 11.355 Mitglieder zum Zeitpunkt der Neukonstituierung des Unterbezirks. Die Geburt des neuen, größeren Unterbezirks Duisburg ging verhältnismäßig reibungslos vor sich, weil wir zum frühestmöglichen Zeitpunkt die vier zu uns kommenden Ortsvereine an der Lösung aller Probleme beteiligt haben. Rückblickend darf ich feststellen, daß wir bei aller Skepsis, die man haben mußte, unsere gemeinsame Aufgabe gut gelöst haben.“

Bei der Neuwahl des Unterbezirksvorstandes wurde Hermann Spillecke als Vorsitzender bestätigt. Zu seinen beiden Stellvertretern wurden Karl-Heinz Kenn und Anton Riederer gewählt. Karl Wolf (Kassierer) und Wolfgang Linke (Schriftführer) wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt. Beisitzer des ersten ohne regionalen Proporz gewählten Unterbezirksvorstandes waren: Jörg Barz, Willi Becker, Dieter Bollmann, Hans-Dietrich Bollow, Reinhard Bulitz, Dietmar Cremer, Ernst Ermert, Josef Krings, Rainer Lahrmann, Winfried Lehmkuhler, Hanna Pucher, Inge Riederer, Hans-Walter Schuster, Albert Stockebrand, Dietmar Wolf und Bärbel Zieling.

Nachdem Willy Brandt am 6. Mai 1974 wegen des Spionagefalls Guillaume zurückgetreten war, trat die SPD erst-

mals mit Helmut Schmidt, seinem Nachfolger im Kanzleramt, als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 1976 an. Trotz eines leichten Stimmenrückgangs, gemessen am Rekordergebnis von 1972, erzielte die SPD am 3. Oktober 1976 bundesweit mit 42,6 % ein gutes Ergebnis. In Duisburg erreichte die SPD 61,7 % (- 2,2 %). Auf die CDU entfielen 31,1 % (+ 2 %), die FDP erhielt 6,3 % (+ 0,1 %) der Stimmen. Beide Duisburger Wahlkreise wurden erfolgreich von den Sozialdemokraten Günter Schluckebier und Hermann Spillecke verteidigt.

Sieben Monate nach der Bundestagswahl wurden Duisburgs Sozialdemokraten hart getroffen. Am 5. Mai 1977 erlag ihr Unterbezirksvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Hermann Spillecke im Alter von 52 Jahren überraschend einem Herzschlag. Spillecke, 16 Jahre lang Parteivorsitzender und gerade zum vierten Mal direkt in den Bundestag gewählt, warf durch seinen unerwarteten Tod das Problem auf, einen Nachfolger im Parteivorsitz zu finden, ohne den Zusammenhalt des neukonstituierten Unterbezirktes zu gefährden. Der Unterbezirksvorstand ließ sich bei der Regelung der Nachfolge Zeit. Er sah von einer Nachwahl während der laufenden Amtsperiode des Vorstandes ab und beauftragte die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Karl-Heinz Kenn und Anton Riederer mit der Führung der



Anton Riederer

Geschäfte. Bei der turnusmäßigen Neuwahl des Unterbezirksvorstandes am 3. Dezember 1977 wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Anton Riederer mit 231 von 258 abgegebenen Stimmen zum neuen Unterbezirksvorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter wurden Karl-Heinz Kenn und Günter Schluckebier.

Anton Riederer (geb. 1929), geboren und aufgewachsen in Hamborn, wo er Volksschule und Gymnasium bis zur mittleren Reife absolvierte, lernte nach dem Krieg das Maurerhandwerk und legte die Meisterprüfung ab. 1946 wurde er Mitglied der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden und 1953 trat er in die SPD ein. Nachdem er zunächst zum Vorsitzenden des Ortsvereins Alt-Hamborn/Obermarxloh gewählt worden war, fungierte er von 1965 bis 1969 und von 1974 bis 1977 auch als stellvertretender Unterbezirksvorsitzender, bevor er 1977 als Nachfolger des verstorbenen Hermann Spillecke zum Unterbezirksvorsitzenden gewählt wurde. Dieses Amt bekleidet er bis heute. Von 1964 bis 1974 war er Mitglied des Rates der Stadt und von 1966 bis 1983 Landtagsabgeordneter. Nachdem er zum Direktor der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen berufen worden war, hatte er sein Landtagsmandat niedergelegt. Seit 1984 gehört er wiederum dem Rat der Stadt an.

Das hohe Maß an Zustimmung, das dem neugewählten Unterbezirksvorsitzenden ebenso wie seinen beiden Stellvertretern vom Parteitag entgegengebracht worden war, bestätigte die Geschlossenheit, zu der der neukonstituierte Unterbezirk Duisburg innerhalb kurzer Zeit gefunden hatte. Dazu hatte Anton Riederer im Rechenschaftsbericht des Vorstandes auf dem Unterbezirksparteitag am 3. Dezember 1977, noch vor seiner Wahl zum Vorsitzenden, ausgeführt:

„Gestattet mir, daß ich zu Beginn meines Berichts auf dem 3. Wahlparteitag des neuen Unterbezirks Duisburg an die Schlußworte von Hermann Spillecke auf dem konstituierenden Unterbezirksparteitag vom 10. November 1974 erinnere. Er gab damals seiner Hoffnung Ausdruck, daß die neugebildete Partei-

organisation zusammenwachsen möge zu einer Einheit und Stärke im Interesse des Gemeinwohls und der Bürger unserer Stadt. Er appellierte an die Tradition der Arbeiterbewegung, die uns seit nunmehr über 100 Jahren immer wieder die Kraft und die Stärke verleiht, nach gemeinsam ausgefochtenen Entscheidungen und Beratungen die dann gefaßten Beschlüsse der Partei offensiv und gemeinsam zu vertreten. Ich kann heute sagen, daß die - besonders in letzter Zeit viel geschmähte - Solidarität der Sozialdemokraten in uns allesamt wacher ist als je zuvor. Rückblickend auf die letzten zwei Jahre der Vorstandstätigkeit in unserem Unterbezirk kann ich für alle 21 durch den Parteitag gewählten Mitglieder erklären, daß unsere Arbeitsmaxime getragen war von einer vertrauensvollen und loyalen Zusammenarbeit.“

Diese Geschlossenheit, mit der die Duisburger SPD nach außen hin auftrat, war ein wichtiger Garant des erfolgreichen Abschneidens bei Wahlen. Das sollte sich auch bei den kurz aufeinander folgenden Landtags- und Bundestagswahlen des Jahres 1980 bestätigen.

In die Landtagswahl am 11. Mai 1980 zog die SPD erstmals mit ihrem neuen Spitzenkandidaten Johannes Rau, der im Herbst 1978 als Nachfolger von Heinz Kühn zum Ministerpräsidenten gewählt worden war. Landesweit erreichte die SPD erstmals eine absolute Mehrheit und konnte nun allein regieren, nachdem die FDP an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert war. In Duisburg brachten die Wahlen folgendes Ergebnis: SPD 62,4 % (+ 2,2 %), CDU 30,9 % (- 2,2 %), FDP 3,8 % (- 1,8 %).

Das war aus sozialdemokratischer Sicht ein gelungener Auftakt für die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980, bei der mit Franz-Josef Strauß als Spitzenkandidat der CDU/CSU ein Politiker vom rechten Rand des politischen Spektrums nach der Macht in Bonn griff. Bundesweit konnte sich die sozial-liberale Koalition behaupten, wengleich sich innerhalb der Koalition das Kräfteverhältnis zugunsten der FDP verschoben hatte. In Duisburg verteidigte die SPD ihre dominierende Position und erzielte 61 % (- 0,7 %) der abgegebenen Stim-



Johannes Rau

men. Die CDU fiel auf 28,5 % (- 2,6 %) zurück, und die FDP erreichte mit 9 % (+ 2,7 %) ein Ergebnis, mit dem sie an ihre Wahlerfolge in den 50er Jahren anknüpfen konnte.

Das Wahlergebnis brachte die politische Landschaft in Bewegung. Die erstarkte FDP versuchte in der Bonner Koalition die politischen Gewichte zu ihren Gunsten zu verschieben. Die SPD hatte zwar einen Bundeskanzler Strauß verhindern können, geriet aber zunehmend unter Druck. Das Aufkommen der GRÜNEN einerseits, die sich zum Sprachrohr der Friedensbewegung und verschiedener Bürgerinitiativen aufschwangen, das neue Selbstbewußtsein der Liberalen andererseits leiteten einen Erosionsprozeß ein, an dessen Ende die Sozialdemokraten vor die Alternative gestellt wurden: Festhalten an der Koalitionsregierung oder Bewahrung der eigenen politischen Identität.

Die Diskussion darum wurde innerhalb und außerhalb der SPD mit zunehmender Heftigkeit geführt. Viele unzufriedene Mitglieder verließen die Partei. Wengleich sich der Mitgliederverlust in Duisburg in engen Grenzen hielt, kann er dennoch als Indikator für die abnehmende Attraktivität des sozialdemokratischen Politikansatzes auf Bundesebene dienen. Hatte der Unterbezirk Duisburg bei seiner Neukonstituierung im Jahr 1974 11.355 Mitglieder gezählt



Bundestagswahlkampf 1983

Der Betriebsratsvorsitzende von Mannesmann, Karl-Heinz Stommel, überreicht eine Sonnenuhr an Hans-Jochen Vogel.

und in den Jahren 1975 (11.804) und 1976 (11.911) noch Zuwächse erzielt, nahm die Mitgliederzahl bis 1982 kontinuierlich ab: 1977 - 11.468, 1978 - 11.136, 1979 - 11.052, 1980 - 11.018, 1981 - 10.425, 1982 - 10.285. Dabei ist zwar zu berücksichtigen, daß die Stadt Duisburg erhebliche Einwohnerverluste durch Abwanderung hinnehmen mußte, die aber weder in den Jahren vor 1977 noch nach 1982 zu gravierenden Mitgliederverlusten geführt hatten.

Im Oktober 1982 zerbrach die sozial-liberale Koalition in Bonn. Die FDP, deren konservativer Flügel die Oberhand gewonnen hatte, betrieb den Regierungswechsel und bildete mit der CDU/CSU eine bürgerliche Koalition, obwohl sie noch bei der Bundestagswahl 1980 eine derartige Koalition strikt abgelehnt und nicht zuletzt ihrem Widerstand gegen eine Kanzlerschaft von Franz-Josef Strauß ihr gutes Wahlergebnis zu verdanken hatte. Die SPD

mußte nach 16 Regierungsjahren zurück in die Opposition und machte sich daran, eine Neubestimmung ihres politischen Standortes vorzunehmen.

Die vorgezogenen Bundestagswahlen am 6. März 1983 bescherten der SPD ein enttäuschendes Ergebnis und bestätigten die Regierung Kohl/Genscher im Amt. Zusätzlich erwuchs den Sozialdemokraten mit dem Einzug der GRÜNEN in den Bundestag Konkurrenz in der Opposition.

Bundesweit hatte die SPD 4,7 % verloren und blieb mit den erzielten 38,2 % erstmals seit 1965 wieder unter 40 %. Auch in Duisburg mußten die Sozialdemokraten Verluste hinnehmen, wenngleich sie ihre dominierende Stellung mit 58 % (- 3 %) der abgegebenen Stimmen verteidigen konnte. Die übrigen Parteien erzielten:

CDU 33,4 % (+ 4,9 %), FDP 3,6 % (- 5,6 %), GRÜNE 4,4 % (+ 3,4 %).

Die Befreiung der SPD von der Koalitionsdisziplin, die Neubestimmung ihrer Position zum Nato-Doppelbeschluß und zur Kernenergie sowie die Formulierung zahlreicher politischer Alternativen zur "Politik der Wende" der bürgerlichen Regierungskoalition wirkte sich auf die Mitgliederentwicklung der Partei positiv aus. In Duisburg stiegen die Mitgliederzahlen seit dem Tiefpunkt 1982 (10.285) wieder langsam an: 1983 - 10.682, 1984 - 10.700, 1985 - 10.869, 1986 - 10.901, 1987 - 10.923 und 1988 waren es nach dem vorläufigen Ergebnis rund 11.200 Mitglieder. Damit konnte die Duisburger SPD wieder an die Mitgliederzahlen Mitte der 70er Jahre anknüpfen.

Innerhalb der Organisationsstruktur der Partei gab es nur eine gravierende Veränderung. Anfang 1981 wurde der bis dahin größte Ortsverein im Unterbezirk Duisburg, der Ortsverein Rheinhausen, der in vier Distrikte untergliedert war,

geteilt, und die ehemaligen Distrikte erhielten den Status von Ortsvereinen. Es entstanden die Ortsvereine Asterlagen (163 Mitglieder), Bergheim (540), Hochemmerich (500) und Friemersheim (370). Kurze Zeit später wurde Baerl aus dem Ortsverein Homberg ausgegliedert und ebenfalls ein eigenständiger Ortsverein, so daß der Unterbezirk Duisburg nunmehr über 34 Ortsvereine verfügte, von denen lediglich der Ortsverein Walsum noch in Distrikte unterteilt ist.

An der Spitze der Partei vollzog sich auf dem Unterbezirksparteitag am 2. Dezember 1985 ein Wechsel: Karl-Heinz Kenn verzichtete auf eine erneute Kandidatur als stellvertretender Vorsitzender. Zu seinem Nachfolger wurde Johannes Pflug gewählt. Anton Riederer (Vorsitzender) und Günter Schluckebier (stellvertretender Vorsitzender) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Nach der verlorenen Bundestagswahl 1983 war Nordrhein-Westfalen, in dem die SPD mit absoluter Mehrheit regierte, mehr und mehr zum sozialdemokratischen Gegenentwurf zur konservativen Regierung in Bonn geworden. Entsprechend hart wurde die Auseinandersetzung im Landtagswahlkampf 1985 geführt. Die SPD wollte ihre Mehrheit im größten Bundesland verteidigen, um

von hier aus ihre Rückkehr an die Regierung in Bonn vorzubereiten, wohingegen CDU und FDP mit dem gemeinsamen Ziel antraten, die Regierung Rau abzulösen. Obwohl die SPD am 12. Mai 1985 allein gegen drei Gegner antreten mußte, konnte sie ihre Mehrheit noch ausbauen und mit landesweit 52,1 % (+ 3,7 %) das bisher beste Wahlergebnis erzielen. In Duisburg wählten sogar 67,4 % (+ 5 %) die SPD, wohingegen die CDU mit 24,6 % (- 6,3 %) herbe Verluste hinnehmen mußte und FDP 3,4 % (- 0,4 %) sowie GRÜNE 3,8 % (+ 1,3 %) stagnierten.

Dieser überragende Wahlsieg beflügelte die Sozialdemokraten. Mit Ministerpräsident Johannes Rau wählte die SPD den Mann zum Spitzenkandidaten für die nächste Bundestagswahl, der bereits zweimal eine absolute Mehrheit im Land NRW für die SPD erringen konnte. Die Strategie - mit Rau und ohne potentiellen Koalitionspartner eine Mehrheit im Bundestag anzustreben - war jedoch in der Partei nicht unumstritten. Vielen erschien die Ausgangsposition zu schwach. Hinzu kam, daß die SPD ihr Verhältnis zu den GRÜNEN als möglichem Koalitionspartner nicht eindeutig geklärt hatte. Der Wahlkampf offenbarte die innere Zerrissenheit der Partei, und die Wähler versagten ihr die Zustimmung. Bundesweit erzielt die SPD

am 25. Januar 1987 nur 37 % (- 1,4 %) der abgegebenen Stimmen. In Duisburg ergab sich folgendes Bild: SPD 59,4 % (+ 1,4 %), CDU 28,8 % (- 4,7 %), FDP 4,6 % (+ 1 %), GRÜNE 6,5 % (+ 2,1 %).

Damit war es der SPD nicht gelungen, ausgehend von stabilen Mehrheiten in den Städten des Ruhrgebiets, über die Mehrheit im bevölkerungsreichsten Bundesland, auch eine Mehrheit bei Bundestagswahlen zu erreichen. Wenn man sich aber in Erinnerung ruft, daß die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg bei Kommunalwahlen in Duisburg mit 34,8 % und bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit 29,6 % der abgegebenen Stimmen begonnen hat und bei den letzten Wahlen 57,8 % bzw. 52,1 % erzielen konnte, besteht kein Grund, den nächsten Wahlauseinandersetzungen pessimistisch entgegenzusehen.

Gemessen an der Ausgangssituation bei Gründung der Partei vor 125 Jahren ist es der Sozialdemokratie gelungen, einen großen Teil ihrer Vorstellungen über das Zusammenleben der Menschen in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der gesellschaftlichen Wirklichkeit unserer Tage zu verankern. Die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus bleibt jedoch eine ständige Aufgabe.

XVIII. Ausblick

von Oberbürgermeister Josef Krings

Die Duisburger SPD legt ihre Parteigeschichte vor. Sie sichert ihre Spuren. Das ist dringend notwendig, wenn beispielsweise Zeugen der NS-Zeit noch gehört werden sollen.

Dieser historische Rückblick bringt wieder ins Bewußtsein, daß die SPD in Duisburg einen langen Weg ging, bis zu ihrer heutigen souveränen Stellung in der Kommunalpolitik.

Am Anfang steht ein Mann von ungewöhnlichem Format: Friedrich Albert Lange. Syndikus der Handelskammer, Gymnasiallehrer, der aus dem Schuldienst ausschied, weil er sich als Beamter nicht für seine fortschrittliche Gesinnung vom Kultusminister rügen ließ. Er war Begründer der Duisburger Genossenschaftsbewegung und Chefredakteur des "Boten vom Niederrhein", einer Zeitung, die unsere junge Arbeiterbewegung stützte. Sicher stand er dem Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein näher als Bebels Sozialdemokratischer Arbeiterpartei. Was ihn nicht hinderte, mit Bebel eine lebhafte Korrespondenz zu führen. Ein Idealist, der ein viel beachtetes philosophisches Werk über den Materialismus schrieb.

Der langjährige Parteisekretär und spätere Beigeordnete Heinz Josef Thome erinnerte vor 25 Jahren an den Begründer der Duisburger Arbeiterbewegung. Er veranlaßte, daß damals der Braunschweiger Historiker Prof. Eckert in der Festveranstaltung zum 100. Gründungstag der Duisburger SPD über Lange sprach. Wenige Jahre später eröffnete der damalige Bundespräsident Heinemann eine Lange-Ausstellung und hielt eine aufrüttelnde Rede über ihn.

Das Bekenntnis zu Friedrich Albert Lange verstand Heinz Josef Thome als ein Bekenntnis zum neuen Parteiprogramm, dem Godesberger Programm, das die Trennung von marxistischer Theorie und lassalleanisch-gewerkschaftlicher Praxis überwand. Godesberg, das hieß damals ein Ja zu unserem Staat, zur Landesverteidigung,

zur Marktwirtschaft, eine Aussöhnung mit den Kirchen. Die SPD wurde Volkspartei.

Das ging in Duisburg nicht so einfach. Der Marxismus übte immer eine Faszination für Intellektuelle aus, und die Marktwirtschaft war nicht gerade populär bei den Gewerkschaften, die in der Duisburger SPD immer eine bedeutende Rolle einnahmen. Heinz Josef Thome und Helmut Prinz waren die Politiker, die für "Godesberg" stritten und auf dem Parteitag für das neue Programm stimmten.

Änderte sich die Partei? Schwer zu beantworten. Programmdiskussionen berühren nur wenige. Vielleicht unterstrich das Programm eine schon vorhandene Grundströmung. Es gab in Duisburg immer wieder den Sozialdemokraten, der gleichzeitig fest in der Gewerkschaftsorganisation verwurzelt war, wie "Bur" Sander, SPD-Fraktionsvorsitzender unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, und den Mann, der den engen Kontakt zur Gewerkschaft hielt, aber gleichzeitig weit in die Bürgerschaft hineinwirkte, wie August Seeling. Sein Ansehen überschritt weit das Spektrum der Partei und der Gewerkschaften. Er repräsentierte die Stadt und ihre Bürger, so daß er ein Partner für die Wirtschaft und die Kirchen wurde - lange vor Godesberg.

Schulterschuß mit den Arbeitern und ihren Organisationen, den Gewerkschaften, aber Offenheit gegenüber allen Gruppen, das ist die Basis für den starken Erfolg der Duisburger SPD.

Auf dieser Basis vollzieht sich mit der SPD als starker politischer Kraft der Strukturwandel der Stadt. Der Arbeitskampf in Rheinhausen 1987/88 gab dem sich abzeichnenden Wandel die entscheidende Schubkraft.

Damals wehrten sich die Arbeiter von Krupp Rheinhausen gegen die geplante Stilllegung der Hütte, und mit ihnen wehrte sich Rheinhausen und Duisburg. Der radikale Abbau von Arbeitsplätzen in

der Montanstadt Duisburg, der sich über zwei Jahrzehnte fast unbemerkt vollzog, er wurde durch den dramatischen Arbeitskampf der Rheinhauser schlaglichtartig verdeutlicht. Im Revier brannte es, und die Medien vermittelten diese Botschaft in jede Wohnung.

Ministerpräsident Rau und Bundeskanzler Kohl beriefen Konferenzen ein, die in Duisburg intensiv vorbereitet wurden. Plötzlich gab es Perspektiven: 18 % Fördersatz für die Ansiedlung von Unternehmen. Aus dem Hafen für Massengut wird ein modernes Verkehrszentrum für hochwertige Produkte der Region. Alte Industriebranche wird erschlossen.

Mit welchem Profil wird Duisburg in das neue Jahrtausend gehen? Soweit man Prognosen wagen darf, wird Duisburg Stahlstandort Nr. 1 bleiben mit einem eng verbundenen Anlagenbau auf hohem technologischen Niveau. Chemie und Kohle werden die weiteren industriellen Schwerpunkte sein. Umweltschutztechnologien treten hinzu. Daneben entwickelt sich der Hafen zu einem wichtigen internationalen Dienstleistungsbereich und der Freihafen zu einem wichtigen Umschlagplatz für den Ballungsraum Rhein-Ruhr.

Die Universität hat bereits heute eine Schlüsselstellung im Umstrukturierungsprozeß. Das schnell gewachsene Ansehen der technologischen Fachbereiche führte zur Gründung des Fraunhofer Instituts für Meß- und Mikroelektronik unter massiver Einwirkung der SPD-Landesregierung. Unter der Leitung von Prof. Zimmer und in engem Verbund mit der Universität wurde dieses Institut zum erfolgreichsten Fraunhoferinstitut. Sehr schnell entstanden um dieses Institut neue Technologiezentren, und bis zum Jahre 2000 wächst in Neudorf ein Technologiepark.

Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Schon heute ist klar erkennbar, daß der früher beklagte fehlende "wissenschaftliche Humus" inzwischen vorhanden ist

und die Defizite an universitärer Forschung drastisch schmelzen.

Die Universität stellte sich konsequent auf ihre Region ein, auch mit ihren geisteswissenschaftlichen, soziologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen. Sie wächst in die Stadt hinein, prägt das Kulturleben der Stadt, macht diese Stadt zunehmend für wissenschaftliche Kongresse interessant.

Unsere exportorientierte Wirtschaft, der Hafen und die Universität - dies alles zeigt, daß Offenheit das wesentliche Element unserer Stadtentwicklung und unserer Stadtphilosophie sein muß. Das bedeutet Internationalität. Fremden-

haß wäre tödlich, er ginge an die geistige Substanz der Stadt. Wir müssen offen bleiben für die Welt, internationale Kontakte fördern. Menschen aus allen Kontinenten sollten sich bei uns wohl fühlen.

Offenheit bedeutet auch Offenheit für neue Strömungen, Ideen. Stadt war immer Markt, Handelsplatz, aber auch geistiger Markt, wie es unsere Kulturpolitik so eindrucksvoll demonstriert.

Duisburg, die westlichste Stadt des Reviers, die Stadt des Niederrheins, ist eine Stadt am Strom. Im Zentrum des größten industriellen Ballungsraums liegend spiegeln sich in der Stadtge-

schichte Krisen und Chancen dieser Region wider. Die Chancen zeichnen sich nach einer tiefen Krise ab. Sie wird ihre Zukunft packen, wenn sie sich ihrer historischen Wurzeln bewußt bleibt.

Das bedeutet konkret Bodenhaftung, Sensibilität für Schwache, Offenheit für Zukunft. Ein Ja zum alten historischen Duisburg, ein Ja zur Zukunft dieser Stadt, mit der sich der Arbeiter und der Universitätsprofessor identifizieren.

Sozialdemokraten gestalteten unsere Stadt mit Verantwortungsbewußtsein und in ständigem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dazu sind sie auch in Zukunft verpflichtet.

Anhang

Die Duisburger SPD im Jahre 1989

Mitglieder des Unterbezirksvorstandes

Vorsitzender:	Anton Riederer
Stellvertreter:	Johannes Pflug, Günter Schluckebier
Kassierer:	Karl Wolf
Schriftführer:	Achim von Wehrden
Beisitzer:	Jürgen Brandt, Monika Busse, Dietmar Cremer, Heinz Kamm, Helmut Kanngießer, Wolfgang Krause, Josef Krings, Gisela Meyer-Schiffer, Anne Müller, Brigitte Pietsch, Hannelore Richter, Siegfried Schlicht, Willi Schmotz, Albert Stockebrand, Hermann Verhufen, Bärbel Zieling

SPD - Fraktion im Rat der Stadt Duisburg

Oberbürgermeister:	Josef Krings
Bürgermeister:	Reinhard Bulitz, Friedel Genender
Fraktionsvorsitzende:	Bärbel Zieling
Stellv. Vorsitzende:	Günter Bilke, Alfred Bolland, Albert Stockebrand
Weitere Ratsmitglieder:	Norbert Bächtold, Resi Banasiak, Mischel Bertling, Alfred Boy, Jürgen Brandt, Heinz Bünk, Klaus David, Dieter Fischdick, Alfred Gronemann, Hans Georg Gusko, Karl-Heinz Hagenbuck, Willi Hahn, Wilhelm Hamacher, Werner Hammer, Liesel Hock, Manfred Hoffacker, Gerhard Jahn, Ralf Josten, Heinz Kamm, Helmut Kanngießer, Willi Knüfermann, Hans Kohlhayer, Marianne Kronwald, Dirk Lachmann, Steffi Linn, Franz Matschy, Herbert Mettler, Heinrich Otto, Wilhelm Otto, Theo Peters, Christa Pfeffer, Gottfried Pohlig, Friedel Prüßmann, Werner Rawe, Anton Riederer, Karl-Heinz Schicks, Käthe Schmitz, Sieglinde Schnabbe-Wieczorek, Egon Schotters, Karl Westhoff, Karl Wolf, Paul Wolfsdorff, Wilfried Woudboer

Arbeitsgemeinschaften des Unterbezirks

• Vorsitzende •

AsF	Brigitte Pietsch	28 AGs
AfA	Günter Schluckebier	
AfB	Christa Pfeffer	247 Mitglieder
Jusos	Volker Schmalz	22 AGs
AGS	Rudi Lisken	392 Mitglieder
AsJ	Ingo Risch	77 Mitglieder
ASG	Roland Hofmann	107 Mitglieder
AG-Senioren	Horst Bordemann	51 Mitglieder
AG-Ausländer	Niyazi Sahin	256 Mitglieder
AG-Städtebau u. Wohnungswesen	Karlheinz Sell	79 Mitglieder
Juso-Hochschulgruppe	Thomas Jakobs	

Ortsvereine	OV-Vorsitzende	Mitglieder	Juso-AG	AsF
Großenbaum	Heinz Bünk	542	x	x
Buchholz	Helmut Wieczorek	422	x	x
Hüttenheim / Huckingen	Herbert Zentek	296		x
Ungelsheim / Mündelheim	Gottfried Pohlig	266	x	x
Wanheim	Willi Hahn	456		x
Wedau	Helmut Fischer	206		x
Bissingheim	Heinz Schluckebier	104		
Wanheimerort	Friedel Prüßman	425	x	x
Hochfeld-Süd	Theo Peters	293	x	x
Hochfeld-Nord	Manfred Altmann	273	x	x
Stadtmitte	Dietmar Wolf	366	x	x
Neudorf	Hartmut Pietsch	517	x	x
Duissern	Karl F. Beyer	343	x	x
Neuenkamp	Günter Kamphaus	164		x
Kaßlerfeld	Karl Westhoff	76		
Ruhrort	Rolf Abel	195		
Laar	Eduard Christ	178	x	x
Beeck	Klaus Menke	179	x	
Beeckerwerth	Rolf Zirwes	81	x	
Meiderich	Fritz Hofmann	488	x	x
Obermeiderich	Werner Hammer	265		x
Marxloh / Fahrn	Helmut Kanngießer	336	x	x
Althamborn / Obermarxloh	Marianne Kronwald	373	x	x
Schmidthorst / Neumühl	Heinrich Karwald	373	x	x
Röttgersbach	Gerd Conrad	269	x	x
Bruckhausen / Ostacker	Herbert Eickmanns	251		x
Rumeln-Kaldenhausen	Jochen Hellwig	360		x
Homberg	Jochen Vagt	554	x	x
Baerl	Edeltraud Klabuhn	83		
Walsum	Willi Bernarding	683	x	x
Bergheim	Klaus David	515	x	x
Friemersheim	Hans-Jörg Klein	377	x	x
Hochemmerich	Günter Heister	639	x	x
Asterlagen	Norbert Bächtold	200		x
Gesamt im UB		11.153	22	28

Bezirksfraktion Walsum

Bezirksfraktionsvorsitzender: Karl-Rudolf Mattenklotz

Bezirksvorsteher: Willy Bernarding

Weitere Fraktionsmitglieder: Egon Dommen, Jürgen Feuchtner, Lothar Fink, Georg Gassner, Otto Gesell,
Theodor Jasiniecki, Herbert Mettler jr., Werner Meyer, Fritz Wiegratz,
Werner Zehner, Erika Zumkley

Bezirksfraktion Hamborn

Bezirksfraktionsvorsitzender: Rüdiger Schulz

Bezirksvorsteherin: Inge Riederer

Weitere Fraktionsmitglieder: Winfried Besold, Peter Bochynek, Gerhard Conrad, Walter Fischer,
Joachim Hajdenik, Horst Isegrei, Ellen Pflug, Klaus Schaden,
Erwin Stankowski, Ludger Töpfer

Bezirksfraktion Meiderich / Beeck

Bezirksfraktionsvorsitzender: Hermann Bertram

Bezirksvorsteher: Hans Kohlhayer

Weitere Fraktionsmitglieder: Helmut Bielstein, Heinrich Bohlmann, August Haffner, Willi Jankowski,
Horst Koch, Günter Kohn, Uwe Linsen, Klaus Menke, Konrad Pyta,
Wilhelm Schröder, Ingrid Wunder

Bezirksfraktion Homberg / Ruhrort

Bezirksfraktionsvorsitzender: Rudolf-Peter Kretz-Manteuffel

Bezirksvorsteher: Wilhelm Otto

Weitere Fraktionsmitglieder: Rosemarie Abel, Charlotte Bosch, Hermann Gläßner, Gerda Henn,
Hubert Honnef, Peter Kosch, Wolfgang Maurer, Roland Nöthen, Udo Vohl

Bezirksfraktion Innenstadt

Bezirksfraktionsvorsitzender: Kurt Müller

Bezirksvorsteher: Karl Wolf

Weitere Fraktionsmitglieder: Gerd Albers, Manfred Altmann, Elisabeth Heid, Elfriede Meyer,
Hilde Neugebauer, Bernhard Schramm, Bernd Springkämper, Michael Vonscheidt

Bezirksfraktion Rheinhausen

Bezirksfraktionsvorsitzender: Johann Döntgen

Bezirksvorsteher: Hans Kleer

Weitere Fraktionsmitglieder: Martin Berns, Magdalene Bister, Johannes Büttner, Aletta Eßer, Günter Heiser,
Arnold Hildebrandt, Heinrich Jungmann, Christel Klingenburg,
Rudi Lisken, Hannelore Richter

Bezirksfraktion Süd

Bezirksfraktionsvorsitzender: Franz Raschke

Bezirksvorsteherin: Charlotte Kann

Weitere Fraktionsmitglieder: Franz Boyke, Detlef Sieger, Siegfried Orschel, Alfred Ploum, Willi Schadwill,
Herbert Schäfer, Heinz Schluckebier, Heike Schobbenhaus, Kurt Theisen

Bundestagsabgeordnete

Günter Schluckebier, Helmut Wiczorek

Landtagsabgeordnete

Ludwig Eichhorn, Friedrich Hofmann, Karl Heinz Kenn, Waltraud Lauer, Johannes Pflug

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen:

Hauptstaatsarchiv

Düsseldorf:

Bestand Regierung Düsseldorf:

9069, 9039, 9043, 9068, 9070, 9071, 9072, 15707, 15408, 15794, 15986, 15919, 15963, 15417, 15917, 15802, 15477, 15815, 15984, 15710, 15977, 16002, 16005, 16977, 16811, 16932, 17269, 42789, 42798, 42790, 42809, 15974, 15963, 16232, 16887, 17230;

Bestand Landratsamt Dinslaken:

34, 35, 36, 39, 112

Bestand Landratsamt Duisburg und Mülheim: 473, 547;

Bestand Landratsamt und Kreisausschuß Düsseldorf:

150, 180, 191, 193 II, 195, 196, 206, 212, 214, 215, 219 I, 224, 397, 315, 398, 531; Bestand Regierung Düsseldorf Landratsamt Moers:

150 I, 146, 162, 224, 243, 244, 332, 359, 395, 399, 500, 541, 651, 659, 795, 947;

Stadtarchiv Duisburg:

Bestand:

306/200, 306/301a,b, 306/303, 306/305, 306/308, 306/309, 306/349, 306/368, 306/689, 306/748, 307/135, 307/189, 307/200, 307/215, 307/251, 307/255, 307/437, 437a, 307/438, 307/454, 307/618, 307/643, 400/423, 400/424, 400/466, 400/652, 400/653, 400/654, 400/655, 400/657, 501/06, 501/

20, 501/94, 501/158, 501/334, 501/524, 501/538, 501/540, 502/04, 502/21, 502/37, 502/113, 502/154, 502/179, 502/244, 12/1090, 12/1097, 13/419, 16/126, 16/3002, 22/149, 22/170, 22/1973, 22/1978, 22/2002;

Stadtarchiv

Mülheim / Ruhr:

Bestand:

810/36, 810/120, 810/149, 810/177, 1120/76, 1120/77, 1200/1409;

Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

Unterbezirk Duisburg:

Bild- und Dokumentenbestände

Verwaltungsberichte:

Verwaltungsberichte der Stadt Duisburg und Hamborn:

1912-1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930-1932;

Verwaltungsberichte der Stadt Walsum:

1923-1926, 1926 und 1927; 1945 ff.

Verwaltungsberichte

der Stadt Rheinhausen:

1926, 1927, 1928, 1929, 1931, 1932;

1945 - 1974

Verwaltungsberichte der Stadt Homberg:

1909-1926, 1926-1932; 1945 - 1974

Zeitungen:

Der Bote vom Niederrhein, Faksimilenachdruck der Jahrgänge 1865/66. eingel. Georg Eckert, Duisburg 1968

Duisburger Freie Zeitung 1876

Niederrheinische Volksstimme Jahrgang 1918 bis 1929 (September)

Neueste Nachrichten

Jahrgang 1929 (ab Oktober) bis 1932

Der Grafschafter:

Nr. 16, 20.1.1919, Nr. 17, 21.1.1919, Nr. 266, 12.11.1918, Nr. 272, 21.11.1918, Nr. 274, 23.11.1918, Nr. 281, 2.12.1918, Nr. 283, 4.12.1918, Nr. 290, 13.12.1918
Dezember 1919, Mai 1924, November 1924, November 1929, März 1933

Der Kampf 1916/1917

Niederrheinischer Generalanzeiger:

Nr. 575, 10.11.1918, Nr. 576, 12.11.1918, Nr. 577, 13.11.1918, Nr. 618, 7.12.1918, Nr. 65, 17.3.1920, Nr. 68, 20.3.1920

Literaturauswahl:

Aufbruch 1864 - 1890.

Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Duisburgs.

Bd. 1. Duisburg o. J. (1964)

Bludau, Kuno:

Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 - 1945. Duisburg 1973

(Duisburger Forschungen Bd. 16)

Buchloh, Ingrid:

Die nationalsozialistische Machtergreifung in Duisburg.

Duisburg 1980

(Duisburger Forschungen Bd. 29)

Duisburger im Dritten Reich. Augenzeugen berichten

Hg. v. Progressiven Eltern- und Erzieherverband Stadtverband Duisburg.

Duisburg 1983

Fischer-Eckert, Li:

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland.

Neu hrsg. und eingeleitet von Elisabeth und Ludger Heid.

Duisburg 1986

Die "Gleichschaltung" der Gewerkschaften.

Die Ereignisse um den 2. Mai 1933 in Duisburg. Berichte und Dokumente.

Hrsg. vom DGB Kreis Duisburg.

Duisburg 1982

Heid, Ludger/ Vinschen, Klaus-

Dieter/ Krings, Josef:

Ein Leben für Demokratie und sozialen Frieden. Zum 80. Geburtstag von August Seeling. Duisburg 1980

Heid, Ludger: Von der Zunft zur Arbeiterpartei. Die Social-Demokratie in Duisburg 1848-1878. Duisburg 1983 (Duisburger Forschungen Bd. 32)

Heid, Ludger, Schoeps,

Julius H.(Hrsg.):

Arbeit und Alltag im Revier.

Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik.

Duisburg 1985

(Duisburger Forschungen Bd. 33)

Kleine Geschichte der Stadt Duisburg.

Duisburg 1983

Kraume, Hans-Georg:

Duisburg im Krieg. 1939 - 1945

Düsseldorf 1982

Lucas, Erhard:

Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet,
in: Duisburger Forschungen, Bd. 15,
Duisburg 1971, S. 1-119.

Lucas, Erhard:

Märzrevolution 1920, 3 Bde.,
Frankfurt/M 1973/74.

Miller, Susanne, Potthoff, Heinrich:

Kleine Geschichte der SPD.
6. Aufl. 1988

Reulecke, Jürgen (Hrsg.):

Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr.
Wuppertal 1974.

Roden, Günter von:

Geschichte der Stadt Duisburg,
Bd. II. Duisburg 1979

Mommsen, Hans (Hrsg.):

Arbeiterbewegung und industrieller Wandel.
Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr,
Wuppertal 1980

Müller, Willi :

Demokratie vor Ort.
Ein Lesebuch zur Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mülheim an der Ruhr.
Mülheim 1979

Niethammer, Lutz, Borsdorf, Ulrich,

Brandt, Peter:
Arbeiterinitiative 1945.
Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland.
Wuppertal 1976

Pietsch, Hartmut :

Industrialisierung und soziale Frage in Duisburg.
Duisburg 1982
(Quellen und Materialien zur Geschichte und Entwicklung der Stadt Duisburg Bd.1)

SPD Duisburg:

55 Jahre Kampf um freie Gemeinden.
Duisburg 1961

SPD - Fraktion Duisburg:

40 Jahre SPD - Fraktion. 1945-1985.
Verantwortung für Duisburg.
Duisburg 1985

Stadt Duisburg:

Statistisches Jahrbuch 1980.
Duisburg 1982

Bildnachweis

Privatbesitz:

S. 35, 67 unten, 74, 75, 79 oben, 81, 82 unten, 83, 86, 87 unten, 99, 100, 102 oben, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114 oben, 115, 116, 117, 118, 126, 129 oben, 131, 133, 134, 135, 137, 139, 140, 141, 142, 143, 154, 156, 157, 163, 167, 211, 214, 215 unten, 216 unten, 218, 221, 222, 223

Bildarchiv der SPD Duisburg:

S. 16, 36 f., 49, 151 oben, 171, 175, 176, 179, 183 unten, 184, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197 unten, 200, 201, 202, 203 oben, 205, 215 oben, 226, 228, 230, 233, 235, 237, 238 unten, 239

Archiv der Naturfreunde Duisburg:

S. 52 unten, 53, 147, 148, 149

Archiv der IG-Metall Duisburg:

S. 161 oben, 162 oben, 165, 168 f., 170

Archiv des Freidenkerverbandes

Duisburg:
S. 160, 161 unten, 162 unten

Archiv der Sozialen Demokratie:

S. 9 oben, 14, 41, 42, 43, 66, 71, 72

Archiv der Stadt Duisburg:

S. 8, 9 unten, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 22, 23, 24, 26, 30, 31, 33, 34, 40, 45 ff., 50, 51, 52, 54, 59, 60, 64, 67, 69, 70, 85, 87 oben, 91, 94, 97 oben, 105, 114 unten, 145 oben, 151 unten, 153, 172, 173, 181, 182, 197 oben, 212, 216 oben, 219, 220, 224

Presseamt der Stadt Duisburg:

S. 185 oben, 186, 206, 207, 208, 229, 238 oben

Bildarchiv der NRZ Duisburg:

S. 180, 183 oben, 185 unten, 192 unten, 203 unten, 204, 232, 236, 240

Archiv der Stadt Oberhausen:

S. 68, 72 unten, 73, 77, 78, 79 unten, 80, 82 oben, 89, 92, 93, 95, 96, 97 unten, 98, 101, 102 unten, 103, 121, 125, 127, 128, 129 unten, 130, 132, 144, 145 unten, 146, 158

Archiv des Kreises Wesel:

S. 63

Archiv der Stadt Moers:

S. 122, 123

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf:

S. 27, 61, 62, 76

Universitätsbibliothek Düsseldorf:

S. 21, 25, 28, 29

